Jackson Library -UNCG
D531 .A42 1926 c.1 v.3 pt.2 NGUU
Germany / Die Ursachen des deutschen Zusammen
3 0510 06488686 5

UNIVERSITY OF NORTH CAROLINA AT GREENSBORO

BOOK CARD

Please keep this card in book pocket

-DIE-URSACHEN-DES-
PART

University of North Carolina at
Greensboro, North Carolina 27412

Walter Clinton Jackson Library

DATE DUE

Digitized by the Internet Archive
in 2025

https://archive.org/details/daswerkdesunters0000vari

# Das Werk des Untersuchungsausschusses 1919–1928

Herausgegeben
im Auftrage des Deutschen Reichstages

DVPG

# Das Werk des Untersuchungsausschusses der Verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung und des Deutschen Reichstages 1919—1928

Verhandlungen / Gutachten / Urkunden

Im Auftrage des Reichstages
unter Mitwirkung von
Dr. Eugen Fischer
als Generalsekretär
Dr. Berthold Widmann / Dr. Walther Bloch
als Sekretären des 3. und 4. Unterausschusses

herausgegeben von den Abgeordneten
Dr. Walter Schücking / Dr. Johannes Bell
als Vorsitzenden des Gesamtausschusses
Dr. Johannes Bell / Dr. Rudolf Breitscheid
Dr. Albrecht Philipp
als Vorsitzenden der Unterausschüsse

Vierte Reihe

Die Ursachen des
Deutschen Zusammenbruches
im Jahre 1918

1 9 2 8

DEUTSCHE VERLAGSGESELLSCHAFT FÜR POLITIK
UND GESCHICHTE M. B. H. IN BERLIN W 8

E Germany. Nationalversammlung ...

# Die Ursachen des Deutschen Zusammenbruches im Jahre 1918

Zweite Abteilung

## Der Innere Zusammenbruch

Im Auftrage des Vierten Unterausschusses
unter Mitwirkung von
Dr. Eugen Fischer
als Generalsekretär

Dr. Walther Bloch
als Sekretär des 4. Unterausschusses

herausgegeben von
Dr. Albrecht Philipp, M. d. R.
Vorsitzendem des 4. Unterausschusses

Siebenter Band
Verhandlungsbericht:
„Der Deutsche Reichstag im Weltkrieg"

Zweiter Halbband

1 9 2 8

DEUTSCHE VERLAGSGESELLSCHAFT FÜR POLITIK
UND GESCHICHTE M. B. H. IN BERLIN W 8

2.
Auflage
Alle Rechte,
besonders das der
Übersetzung, vorbehalten
Amerikanisches Copyright 1928
by Deutsche Verlagsgesellschaft für
Politik und Geschichte m.b.H. in Berlin W8,
Wilhelmstraße 66 / Amerikanische
Schutzzollformel: Made in Ger-
many / Gedruckt in der
Offizin C. G. Röder
G.m.b.H. in
Leipzig

D
531
A42
1926
v.7
pt.2

B

# Verhandlungsbericht

„Der Deutsche Reichstag im Weltkrieg“

## Zweiter Teil

412271

In der Sitzung vom 12. November 1926[1])
bemerkt vor Eintritt in die Tagesordnung der Vorsitzende Abg. Dr. *Philipp:*

Der Herr Sachverständige Dr. Bredt hat in den „Preußischen Jahrbüchern", Band 206, Heft 2, einen Artikel geschrieben „Reichskanzler Michaelis und die päpstliche Friedensaktion". Darin werden zum Teil Dinge erwähnt, die sich in den Akten des 2. Unterausschusses befinden. Wir haben seinerzeit auf Wunsch des Auswärtigen Amtes in dem Gutachten des Herrn Sachverständigen Dr. Bredt gewisse redaktionelle Änderungen vornehmen müssen. Entsprechend diplomatischen Gepflogenheiten war seitens der Kurie die Anregung ergangen, daß eine Veröffentlichung des amtlichen Materials nicht erwünscht sei.

Im Anschluß an das veröffentlichte Gutachten des Herrn Sachverständigen Dr. Bredt ist in der Öffentlichkeit eine Auseinandersetzung erfolgt, an der sich namentlich einerseits der frühere Reichskanzler Dr. Michaelis und auf der anderen Seite der Ritter v. Lama beteiligt haben. Der Sachverständige Dr. Bredt hat dabei, wie in seinem Artikel steht, den Eindruck gehabt, daß die Akten, deren wortgetreue Veröffentlichung im Rahmen unserer Ausschußuntersuchungen nicht in Frage kam, der anderen Seite zur Verfügung gestellt seien und schreibt auf Seite 90:

> Da nun aber der Ritter v. Lama, der im Interesse der Kurie schreibt, selbst diese Dinge erwähnt, offensichtlich nach den Akten der Kurie, wodurch die Rücksichtnahme auf diese entfällt, trage ich kein Bedenken, hier aus dem Gedächtnis mitzuteilen, was in jenen Dokumenten steht.

Ich stelle bloß, um Irrtümer zu vermeiden, fest, daß der Herr Sachverständige Dr. Bredt diese Mitteilungen aus dem Gedächtnis *unter eigener Verantwortung* gemacht hat. Ich habe es für notwendig gehalten, im Interesse des Untersuchungsausschusses dies hier festzustellen.

---

[1]) Siehe Bd. 9, II, S. 37 ff. dieser Reihe.

In der Sitzung vom 4. Dezember 1926[1])
gibt der Vorsitzende Abg. Dr. *Philipp* vor Eintritt in die Tagesordnung Kenntnis vom Eingang eines Schreibens des früheren Reichskanzlers Dr. Michaelis, in dem dieser um seine sowie des früheren Staatssekretärs Dr. v. Kühlmanns Vernehmung vor dem Ausschuß bittet.

## Sitzung, Freitag, den 10. Dezember 1926

### Aussprache über etwaige Vernehmungen (Dr. Michaelis, Dr. v. Kühlmann)

Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp:*

Ich teile mit, daß von dem früheren Abgeordneten Dr. Pachnicke eine Ausarbeitung „Das Wahlrecht und der Weltkrieg" eingegangen ist. Ich stelle die Zustimmung des Ausschusses fest, diese Arbeit unserem Werk einzuverleiben[2]).

Zur Tagesordnung hat das Wort der Sachverständige Abg. D. Dr. Dr. *Bredt:*

Ich stelle fest: Herr Reichskanzler a. D. Dr. Michaelis hat in der Öffentlichkeit angekündigt, er werde mit einer großen Veröffentlichung gegen mein Gutachten herauskommen, die mit Hilfe einer sachverständigen Autorität, Prof. Meinecke, abgefaßt sein werde. Es ist aber bereits ein halbes Jahr seit der Sache vergangen, ohne daß die Veröffentlichung erfolgt wäre. Es steht also noch nicht fest, ob die Veröffentlichung des Dr. Michaelis erfolgen wird. Ich stelle weiter fest: Herr Dr. Michaelis ist dreimal auf den Brief vom 24. September 1917 gestellt worden, das erste Mal von Erzberger, das zweite Mal von Lama und das dritte Mal von mir, und alle drei Male hat er nicht im geringsten auf die entscheidenden Fragen geantwortet, sondern regelmäßig versucht, die Sache auf ein anderes Geleise zu schieben, bei mir in der Weise, als hätte ich behauptet, es hätte 1917 eine brauchbare Friedensmöglichkeit vorgelegen, aber er (Michaelis) habe sie zerstört. In meinem Gutachten ist es aber klipp und klar anders zu lesen.

Der 2. Unterausschuß hat bereits festgestellt — diese Verhandlungen sind geheim —, daß die ganzen Ausschußakten nichts enthalten, was meinem Gutachten widerspricht, daß nichts darin stehe, was meine Darlegungen beeinträchtigen könne. Das sagt aber Herr Dr. Michaelis nicht!

Der Herr Abg. Dr. Kaas, der Berichterstatter des 2. Unterausschusses, hat mir gesagt: mein Gutachten bilde eine Ergänzung zu den

---

[1]) Siehe Bd. 9, II, S. 191 ff. dieser Reihe.
[2]) Siehe Bd. 7, I, S. 387 ff. dieser Reihe.

Verhandlungen des 2. Unterausschusses. Wenn ich den Herrn Abg. Dr. Kaas richtig verstanden habe, so hat er auseinandergesetzt, das Votum des 2. Unterausschusses sei ein unglückseliges Kompromißwerk gewesen, weil man damals zu einem einstimmigen Beschluß hätte kommen wollen. Die Hauptsache ist aber, daß Herr Dr. Kaas ganz entschieden von der Ansicht abrückte, daß der 2. Unterausschuß vor der Öffentlichkeit als Deckung für Michaelis zu gelten habe.

Wir kommen zu der Frage, was durch eine etwaige Vernehmung des Herrn v. Kühlmann erreicht wird. Herr v. Kühlmann hat im 2. Unterausschuß sehr eingehend dargelegt, daß er sich von der sogenannten Faustpfandtheorie habe leiten lassen, und ich muß zugeben, daß selbst der Geheimbrief vom 24. September 1917 in einer gewissen logischen Linie hierzu liegt. Da wir aber die Ausführungen des Herrn v. Kühlmann kennen und wir auch nicht die Friedensmöglichkeiten, sondern das Verhältnis von Reichstag und Reichsregierung zu untersuchen haben, erübrigt sich m. E. seine Vernehmung. Für uns handelt es sich gegenüber Michaelis um die Frage: Warum hast du mit dem Siebener-Ausschuß dich nicht ins Einvernehmen gesetzt? Michaelis sagt in seinen Memoiren selbst, er sei derjenige gewesen, der den Siebener-Ausschuß ins Leben gerufen und mit den Parteien große Verhandlungen gepflogen habe; er habe, um dem Reichstag einen Beweis seines Vertrauens zu geben, von sich aus vorgeschlagen, einen Vertrauensausschuß aus sieben Mitgliedern einzusetzen und ihm die Antwort an den Papst vorzulegen. Darum ist Dr. Michaelis der einzige, der Antwort geben kann.

Was die Briefe des Nuntius Pacelli anlangt, so hätte ich bei dem früher erfolgten Einspruch des Auswärtigen Amts den Vorschlag machen sollen: Die Verhandlungen hierüber abzubrechen, da diese entscheidenden Papiere die wesentlichsten Tatbestände enthalten!

Ich schlage also folgendes vor: Herr Dr. v. Kühlmann hat uns zu der Sache nichts mitzuteilen. Herr Dr. Michaelis muß gefragt werden:

a) Warum haben Sie den geheimen Brief vom 24. September 1917 nicht dem Siebener-Ausschuß vorgelegt?
b) Warum haben Sie den ersten Brief dem Siebener-Ausschuß nicht noch einmal vorgelegt, als Sie die Antwort aus Rom hatten?

Wir sind uns darüber einig, daß nichts „interpretiert" werden darf. Wir halten uns einfach an den Wortlaut der Briefe und lesen sie so, wie sie grammatisch lauten. Die Vernehmung ist aber von der Voraussetzung abhängig, daß das *ganze* Material mit hereingenommen wird.

Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp:*

Es herrscht vollkommene Übereinstimmung darüber, daß wir keine Revisionsinstanz des 2. Unterausschusses sind. Uns beschäftigt ausschließlich die Frage der Verantwortung des Reichskanzlers Michaelis

und des Staatssekretärs v. Kühlmann gegenüber dem Reichstag. Die Fragen würden etwa folgendermaßen zu formulieren sein:

1. Welche Mitteilungen sind an den Siebener-Ausschuß seitens Michaelis' und seitens Kühlmanns gemacht worden?
2. Welche Mitteilungen sind darüber hinaus an Abgeordnete gemacht worden?
3. Wie weit hat die Politik von Michaelis und Kühlmann den Absichten des Kaisers entsprochen?
4. Wie war das Verhältnis von Staatssekretär und Kanzler?
5. Wie war das Verhältnis von Michaelis und der O. H.L.?
6. Wie verhält es sich mit den Vorgängen, die sich mit den Parlamentariern zwischen dem Abgang der Antwort auf die Note und dem Briefe vom 24. September abgespielt haben?

Abg. Dr. *Rosenberg:*

Mir scheint die Fragestellung, die der Sachverständige Dr. Bredt vorschlägt, im wesentlichen richtig zu sein, während mir die Vorschläge des Herrn Vorsitzenden etwas zu weit gehen.

Die mündlichen Vernehmungen haben den Zweck, uns das zu bieten, was wir weder aus den Akten noch aus schriftlichen Äußerungen erfahren. Einige von den Fragen des Herrn Vorsitzenden brauchen wir Herrn Dr. Michaelis deshalb nicht vorzulegen, weil sie schon geklärt sind; nämlich die Frage des Verhältnisses von Herrn Dr. Michaelis zur O. H. L. Ich verweise da auf die Briefe vom 12. und 15. September 1917 zwischen Michaelis und Hindenburg. Ebenso ist auch die Stellung des Kaisers auf Grund des Protokolls des Kronrats vom 11. September 1917 geklärt. Nicht geklärt aber sind die Punkte, die Herr Dr. Bredt hervorgehoben hat.

1. Warum haben Sie den Brief vom 24. September dem Reichstag bzw. dem Siebener-Ausschuß nicht mitgeteilt?

2. Warum haben Sie dem Reichstag oder dem Siebener-Ausschuß nichts davon mitgeteilt, was in jenen Dokumenten stand, die aus Rom und München gekommen sind?

Ich schlage vor, daß die beiden Fragen genau präzisiert werden.

Abg. Graf *v. Westarp:*

Nach den Ausführungen des Herrn Sachverständigen Dr. Bredt soll die Befragung bei der Vernehmung sich auf das Verhältnis zwischen Reichskanzler und Staatssekretär einerseits und dem Reichstag andererseits beziehen, während Dr. Bredt der Meinung ist, daß die Frage, wieweit die Friedensaktion geeignet war, zum Frieden zu führen, durch den 2. Unterausschuß rechtskräftig entschieden sei. Ich bin der Meinung, daß diese Fragen sehr schwer voneinander zu trennen sind. In den Verhandlungen sind schwere Beschuldigungen gegen Herrn v. Kühlmann erhoben worden, und in dem Gutachten steht auch, daß das Verhältnis ein absolut unnormales gewesen ist, daß der Reichskanzler den Reichstag nicht genügend im Bilde ge-

halten hat. Nach diesen Behauptungen muß er den früher leitenden Staatsmännern Gelegenheit geben, dazu Stellung zu nehmen. Ich schließe mich den Vorschlägen des Herrn Vorsitzenden an. Danach wäre zu prüfen, welche Mitteilungen dem Siebener-Ausschuß als solchem und welche einzelnen Abgeordneten gemacht worden sind, aber auch die Gründe, weshalb die Mitteilungen so und nicht anders gemacht worden sind. Dabei soll man die Aussagen nicht allzu sehr beschränken, sondern den Herren freie Hand lassen, damit sie auseinandersetzen können, wie sie die Situation aufgefaßt haben.

Abg. Frhr. *v. Richthofen:*

Ich stimme den Ausführungen des Herrn Dr. Bredt in vollem Umfange zu und kann mir nicht vorstellen, was eigentlich unter solchen Voraussetzungen noch Neues bei einer Vernehmung von Michaelis und Kühlmann über ihr gegenseitiges Verhältnis und ihr Verhältnis zum Kaiser beigebracht werden soll. Die Frage, wie sich der damalige Leiter des Auswärtigen Amtes zum damaligen Reichstag gestellt hat, ist ja verhältnismäßig irrelevant. Herr v. Kühlmann könnte schon allein darauf Bezug nehmen, daß der Reichskanzler die Verantwortung zu tragen hat.

Bezüglich des Verhältnisses zwischen Reichskanzler und Siebener-Ausschuß hat es sich damals um die Frage gehandelt, was wird die Reichsregierung dem Papst über Belgien antworten? Daran wird man nicht vorbei kommen können, und es ist das auch damals in den Fraktionen der springende Punkt gewesen. Der Brief vom 24. September 1917 ist nur aus der Mentalität des Herrn Dr. Michaelis heraus zu würdigen, die er in Kenntnis der Briefe aus München und indirekt aus Rom gehabt haben muß. Läßt man diese Lücke bestehen, dann hat die ganze Arbeit hier überhaupt fast gar keinen Wert, sondern wir laufen im Gegenteil Gefahr, zu einem vollständig falschen Resultat zu kommen. Wenn also die Akten nicht veröffentlicht werden dürfen oder nicht wenigstens praktisch als vorhanden betrachtet werden können, dann würde ich mein Votum dahin abgeben, daß irgendeine Vernehmung der beiden Herren als überflüssig erscheinen muß.

Sachverständiger Abg. D. Dr. Dr. *Bredt:*

Wenn Herr Graf v. Westarp meinte, gegen Herrn Dr. Michaelis seien schwere Vorwürfe erhoben worden, zu denen er sich äußern müsse, so mache ich darauf aufmerksam, daß er schon zweimal sich darauf nicht geäußert hat. Die Angriffe von Erzberger in der Nationalversammlung stellen doch alles in den Schatten, was im Ausschuß jemals gesagt worden ist. Herr Dr. Michaelis kommt nun zwar in seinen Memoiren auf diese Dinge zurück, geht aber an den entscheidenden Punkten vollständig vorbei und stützt sich nur auf die Tatsache, daß der damalige Reichskanzler Bauer zwei Tage später seinem Freunde Erzberger zu Hilfe gekommen sei und noch

einen zweiten, übrigens ziemlich belanglosen Brief von Michaelis nur halb vorgelesen habe. Es steht aber nichts davon da, daß Erzberger den entscheidenden Brief vom 24. September ganz verlesen hat. Wenn er sich dazu äußern wollte, konnte er es sehr gut. Zweitens hatte ihm v. Lama vorgeworfen, er habe die Friedensmöglichkeit verdorben. Darauf sagt er: nein, Erzberger hat sie verdorben, er gibt aber keine Daten an. Ich habe die Daten nachgeprüft und gefunden, daß seine Behauptung unhaltbar ist.

Ich möchte nicht das Verhältnis von Michaelis zu dem Kaiser untersucht haben, weil es meiner Ansicht nach durchaus klar erkennbar ist.

Abg. *Joos:*

Ich bin auch der Ansicht, daß nach den letzten Ausführungen wir Herrn Dr. Michaelis fragen sollen:

1. Warum hat Michaelis das zweite Schreiben vom 24. September dem Siebener-Ausschuß vorenthalten?
2. Warum hat er dem Siebener-Ausschuß keine Mitteilungen von dem Schreiben der päpstlichen Vertreter zu dem Schreiben vom 10. September gemacht?

Es ist mir in der letzten Zeit mitgeteilt worden, daß nach Rom im Januar 1918 eine erneute Anregung gekommen sei, wiederum die Fühler auszustrecken, und Rom habe resolut unter Hinweis auf den Ausgang dieses Schrittes im Jahre 1917 es abgelehnt. Wenn das richtig ist, dann geht daraus hervor, wie der Adressat das Schreiben vom 24. September gedeutet hat!

Abg. *Brüninghaus:*

Ich schlage vor, daß der Ausschuß durch Beauftragte feststellt, welche Dokumente und welchen Inhalts im Auswärtigen Amt im Augenblick vorhanden sind. Gleichzeitig wird der Reichskanzler Dr. Michaelis aufgefordert, zu den formulierten Fragen sich zu äußern. Wenn er dabei die Auslegung des Briefes vom 24. September 1917 als einen integrierenden Bestandteil dieser Frage auffaßt, dann steht ihm ganz frei, das auseinanderzusetzen.

Abg. Dr. *Rosenberg:*

Es kann nachgeprüft werden, ob die Darstellung des Dr. Bredt in den „Preußischen Jahrbüchern" richtig ist. Ich glaube, wir können uns die Vernehmung des Herrn v. Kühlmann sparen, da Herr Dr. Michaelis die Verantwortung trug und die Feststellung der internen Differenzen innerhalb der Reichsregierung außerhalb unserer Aufgaben liegt.

Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp:*

Ich halte es für ausgeschlossen, die Herren Dr. Michaelis und v. Kühlmann zu trennen; denn Herr v. Kühlmann ist der intellektuelle Urheber für die ganzen außenpolitischen Aktionen gewesen, wie er auch immer loyalerweise im 2. Unterausschuß erklärt hat, während

Herr Dr. Michaelis eigentlich mehr der Briefträger des Auswärtigen Amtes gewesen ist. Die Feststellung des Gegenteils ist nur durch die Anwesenheit des Herrn v. Kühlmann möglich.

Sachverständiger Abg. D. Dr. Dr. *Bredt:*

Ich habe natürlich in den „Preußischen Jahrbüchern" aus dem Gedächtnis zitieren müssen und dabei die verschiedenen Briefe vielleicht nicht richtig auseinanderhalten können. Also bitte ich dringend, daß es genau nachgeprüft und gegebenenfalls klargestellt wird.

Es gibt im Reichstag noch drei Herren, die im Siebener-Ausschuß gesessen haben: Graf v. Westarp, Dr. Stresemann und Scheidemann. Herr Scheidemann muß als der aktivste Teil unbedingt zu der Vernehmung geladen werden, außerdem bitte ich auch, den Grafen v. Westarp zu laden, während Herr Dr. Stresemann wohl wenig davon wissen wird.

Abg. *Dittmann:*

Mir scheint es zweckmäßig, auch Herrn v. Payer, der Mitglied des Siebener-Ausschusses war, zu laden. Die Verhandlungen haben meist unter seinem Vorsitz stattgefunden.

Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp:*

Wir sind uns also einig, daß die Dokumente eingesehen werden, um nachzuprüfen, wieweit die Angaben des Herrn Sachverständigen Bredt in den „Preußischen Jahrbüchern" den Tatsachen entsprechen. Der Ausschuß ist vorläufig der Auffassung, daß im großen und ganzen die dort aufgestellten tatsächlichen Behauptungen begründet sind. Zum Zwecke der Nachprüfung wird eine kleine Kontrollkommission, bestehend aus dem Vorsitzenden, dem Berichterstatter und dem Generalsekretär, eingesetzt.

Ich stelle weiter als Beschluß des Ausschusses fest, daß zunächst Herr Dr. Michaelis allein geladen wird. Ich setze als selbstverständlich voraus, daß die noch lebenden Mitglieder des Siebener-Ausschusses mitgeladen werden.

## Sitzung, Dienstag, den 14. Dezember 1926

### Vernehmung des Reichskanzlers a. D. Dr. Michaelis unter Hinzuziehung der früheren Mitglieder des Siebener-Ausschusses Graf v. Westarp, Dr. Stresemann, v. Payer und Scheidemann

Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp:*

Herr Abg. Dr. Stresemann ist verhindert, an der Sitzung teilzunehmen. Herr v. Payer hat sich entschuldigt und mitgeteilt, daß er damals an den Sitzungen des Siebener-Ausschusses nicht teilgenommen

hat. Als sein Stellvertreter ist seinerzeit der Herr Abg. Dr. *Wiemer* tätig gewesen. Wir haben daraufhin Herrn Abg. Dr. Wiemer eingeladen, an der heutigen Sitzung teilzunehmen.

Abg. Dr. *Wiemer:*

Darf ich dazu eine Bemerkung machen? Ordentliches Mitglied war Herr v. Payer, Stellvertreter war ich. An der ersten Sitzung habe ich, an der zweiten hat Herr v. Payer teilgenommen.

Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp:*

Zur Unterrichtung der Öffentlichkeit habe ich folgendes zu bemerken:

Der 4. Unterausschuß des 20. (Untersuchungs-) Ausschusses hat am 10. Dezember 1926 beschlossen, im Anschluß an das Gutachten des Sachverständigen Dr. Bredt den früheren Reichskanzler Dr. Michaelis über die Frage des Verhaltens der Reichsregierung gegenüber dem Reichstage bzw. Siebener-Ausschuß oder anderen Vertrauensmännern des Parlaments in Sachen der päpstlichen Friedensaktion als Zeugen zu vernehmen. Der 4. Unterausschuß will sich auf die von Prof. Dr. Bredt in seinem Gutachten aufgeworfenen Fragen beschränken; er lehnt es ab, zu der Entscheidung des 2. Unterausschusses Stellung zu nehmen, nach der nicht gesagt werden kann, daß die päpstliche Friedensaktion allein durch die Verzögerung der von der Kurie gewünschten deutschen Erklärung über die Freigabe Belgiens vereitelt worden ist. Im Unterausschuß hat sich Übereinstimmung dafür ergeben, dem Zeugen Dr. Michaelis zwei Hauptfragen vorzulegen:

1. Warum wurden der Reichstag bzw. der Siebener-Ausschuß oder einzelne Vertrauensmänner der Parteien von den Einwänden der Kurie gegen die Fassung der Antwort auf die Friedensnote des Papstes nicht in Kenntnis gesetzt?
2. Warum wurde dem Siebener-Ausschuß des Reichstages die Antwort an den Nuntius Pacelli vom 24. September 1917 nicht vorgelegt?

Der Zeuge Dr. Michaelis wird gebeten, diese beiden Fragen in den Mittelpunkt seiner Aussagen zu stellen, es soll ihm dabei freistehen, alle zur Begründung des Verhaltens der Reichsregierung wesentlichen Gesichtspunkte heranzuziehen. Die von dem Sachverständigen Dr. Bredt in einem Aufsatz im November-Heft der „Preußischen Jahrbücher" „Reichskanzler Michaelis und die päpstliche Friedensaktion" auf Seite 190 ff. erwähnten Schriftstücke sind dem Zeugen im Auswärtigen Amt zur vertraulichen Einsichtnahme zur Verfügung gestellt worden. Mit Rücksicht auf die diplomatischen Gepflogenheiten darf aber in der öffentlichen Vernehmung auf diese Schriftstücke nur insoweit Bezug genommen werden, als ihr Inhalt durch die Veröffentlichungen von Dr. Bredt, Ritter v. Lama, Abg. Scheidemann u. a. bereits an die Öffentlichkeit gelangt ist.

Die in dem Bredtschen Aufsatze aufgestellten Behauptungen sind von dem Vorsitzenden und dem Generalsekretär des 20. Ausschusses Dr. Eugen Fischer im Beisein des Sachverständigen Dr. Bredt geprüft worden. Die genannten drei Herren haben das Ergebnis dieser Prüfung wie folgt zusammengefaßt:

1. Die Darstellung des Sachverständigen Prof. Dr. Bredt — Preußische Jahrbücher, November 1926, Seite 190 ff. — über den Eindruck, den der Entwurf der deutschen Note auf den Kardinalstaatssekretär Gasparri gemacht hat, findet in den Akten im wesentlichen[1]) ihre Bestätigung.
2. Die Kurie hielt nach den Mitteilungen des Nuntius Pacelli die Friedensaktion für gescheitert, wenn die im Entwurf vorgelegte deutsche Antwortnote unverändert bliebe. Aus den Akten ist bezeugt, daß Pacelli sein tiefes Bedauern darüber ausgesprochen hat, daß seine vielfachen Versuche, die deutsche Regierung zu einer Änderung ihrer Haltung zu bewegen, ergebnislos geblieben sind.

Von der Ladung des früheren Staatssekretärs v. Kühlmann als Zeugen wurde zunächst Abstand genommen. Dagegen sind die noch lebenden Mitglieder des ehemaligen Siebener-Ausschusses, Abg. Graf v. Westarp, Abg. Dr. Stresemann, Herr v. Payer, an dessen Stelle der Herr Abg. Dr. Wiemer getreten ist, und Abg. Scheidemann aufgefordert worden, an der Sitzung teilzunehmen, um gegebenenfalls als Zeugen gehört zu werden.

Das Fragerecht steht nur den Mitgliedern des Untersuchungsausschusses, den Sachverständigen und den Mitgliedern des früheren Siebener-Ausschusses zu. Zunächst soll der Zeuge Dr. Michaelis sich im Zusammenhange zu den gestellten Fragen äußern. Weitere Fragen bitte ich vorläufig zurückzustellen und bei mir anzumelden. Eine Vereidigung des Zeugen Dr. Michaelis kommt nicht in Frage, da er bereits vom 2. Unterausschuß am 19. Dezember 1921 vereidigt worden ist. Ich stelle fest, daß seine heutigen Aussagen unter dem Eide erfolgen.

Das Wort hat nunmehr der Herr Reichskanzler a. D. Dr. Michaelis.

---

[1]) Um einer irrtümlichen Auslegung des Begriffes „im wesentlichen" vorzubeugen, hat der Vors. Abg. Dr. *Philipp* in der Sitzung des 4. Unterausschusses am 20. Januar 1927 ausdrücklich erklärt:

„Im wesentlichen" bedeutet keine Einschränkung der Richtigkeit der Bredtschen Behauptungen über den Eindruck des Entwurfs der Note auf den Kardinalstaatssekretär, sondern lediglich, daß im Hinblick auf den Mangel an Aktenunterlagen bei Abfassung des Bredtschen Artikels eine absolute Gewähr für die Richtigkeit jeder einzelnen Wendung Bredts nicht übernommen werden kann.

Zeuge Dr. *Michaelis:*

Meine Herren, die Frage:

> Warum wurde dem Siebener-Ausschuß des Reichstages die Antwort an den Nuntius Pacelli vom 24. September 1917 nicht vorgelegt? —,

die in dem mir zugegangenen Schreiben als erste Frage gestellt ist, ist, wie ohne weiteres anzunehmen ist, nach dem Gutachten des Herrn Dr. Bredt darum an mich gestellt worden, weil man in dem Gutachten des Herrn Dr. Bredt die Auffassung vertreten sieht, daß die Antwort, die dem Nuntius Pacelli gegeben worden ist, der offiziellen Antwort, die mit Zustimmung des Siebener-Ausschusses an den Papst gegeben wurde, widerspricht. Es wird in dem Gutachten behauptet, daß die Antwort an den Nuntius Pacelli eine ganz andere Linie verfolgt als die Antwort, die offiziell an den Papst gegeben worden ist. Da es bei der Auffassung über die Antwort, die ich dem Nuntius Pacelli gegeben habe, auf den Wortlaut unbedingt ankommt, bitte ich mir zu gestatten, den betreffenden Passus, wie er auch in dem Gutachten des Herrn Dr. Bredt aufgezeichnet ist, verlesen zu dürfen. Die Stelle lautet:

> Sind wir mithin im heutigen Stadium der Dinge noch nicht in der Lage, dem Wunsch Eurer Exzellenz zu entsprechen

— das ist Pacelli —

> und eine bestimmte Erklärung über die Absichten der Kaiserlichen Regierung im Hinblick auf Belgien und auf die von uns gewünschten Garantien zu geben, so liegt der Grund hierfür keineswegs darin, daß die Kaiserliche Regierung grundsätzlich der Abgabe einer solchen Erklärung abgeneigt wäre oder ihre entscheidende Wichtigkeit für die Frage des Friedens unterschätzte, oder daß sie glaubte, ihre Absichten und die ihr unumgänglich nötig scheinenden Garantien könnten ein unübersteigliches Hindernis für die Sache des Friedens bilden, sondern lediglich darin, daß ihr gewisse Vorbedingungen, die eine unbedingte Voraussetzung für die Abgabe einer derartigen Erklärung bilden, noch nicht genügend geklärt zu sein scheinen. Hierüber Klarheit zu schaffen, wird das Bestreben der Kaiserlichen Regierung sein, und sie hofft, falls die Umstände ihr Vorhaben begünstigen, in nicht allzu ferner Zeit in der Lage zu sein, Euer Exzellenz über die Absichten und nötigen Forderungen der Kaiserlichen Regierung, insbesondere in bezug auf Belgien, genauer unterrichten zu können.

Herr Dr. Bredt hat gesagt, in dieser Antwort an den Nuntius Pacelli läge eine ausdrückliche Ablehnung der Erklärung über Belgien. Er hat gesagt, es läge darin ein glattes Nein. Ich habe mich nach der rein deutschsprachlichen Fassung dieses Begriffs gefragt, wie es möglich ist, daß man eine Erklärung, die sagt: grundsätz-

lich widersprechen wir nicht, wir sind bloß heute noch nicht in der Lage, über die Bedingungen, unter denen wir die Erklärung abgeben können, uns auszusprechen, wir hoffen, in nächster Zeit dazu imstande zu sein, — daß man eine derartige Erklärung als eine ausdrückliche Ablehnung und ein unbedingtes Nein, ein glattes Nein ansprechen kann. Dafür habe ich keine Erklärung. Ich erkläre — und, wie gesagt, unter dem Eid, den ich vor dem 2. Unterausschuß geleistet habe —, daß es uns ferngelegen hat, in diesem Schreiben ein glattes Nein auszusprechen oder ausdrücklich abzulehnen, daß wir eine Erklärung über Belgien abgäben. Ich habe in Übereinstimmung mit Herrn v. Kühlmann den Versuch gemacht, einen unbedingt sachverständigen Mann über die Auslegung gerade auch dieser Note an Pacelli zu hören. Ich habe seinerzeit in der Zeitung gesagt, ich würde mich auf Erklärungen in der Presse nicht weiter einlassen, sie führten bekanntlich doch nicht zu einer Klärung, aber ich hoffte, einen unbedingt sachverständigen Mann für die Sache zu gewinnen. Das ist geschehen. Der Herr Prof. Meinecke hat sich uns zur Verfügung gestellt. Er ist leider mit seinem Gutachten, weil er ja sieht, welcher Komplex von Fragen hier vorliegt, und weil er mit Arbeit schwer belastet ist, noch nicht so weit, daß ich hätte die Bitte an den Untersuchungsausschuß stellen können, den Herrn Prof. Meinecke als Sachverständigen zuzuziehen. Wir — Herr v. Kühlmann und ich — hatten gerade ihn gebeten, weil wir von ihm wußten, daß er ein Mann ist, der für einen weitgehenden Verständigungsfrieden immer eingetreten ist, also nicht einer der gewissermaßen auf das eingeschworen war, was die Regierung für richtig hielt.

Mich hat nun der Herr Prof. Meinecke ermächtigt, über diesen Punkt folgendes zu erklären; ich darf auch das verlesen.

Das Schreiben an Pacelli ist falsch gedeutet.

Nicht ein glattes Nein, sondern ein bedingtes Ja wäre aus ihm herauszuhören.

Also neben der allein sprachlichen Seite, neben meiner Erklärung unter dem Eid, daß wir nicht daran gedacht haben, ein Nein auszusprechen, sondern daß wir ein bedingtes Ja haben aussprechen wollen, wie es der Prof. Meinecke herausgelesen hat, und mit Rücksicht schließlich auf das Gutachten des Herrn Professor Meinecke bitte ich, davon Kenntnis zu nehmen, daß wir es ablehnen müssen, daß es sich hier um ein unbedingtes Nein handelt. Wenn es sich um ein solches Nein nicht handelt, dann ist die Behauptung schon halb widerlegt, daß die Antwort an Pacelli etwas anderes enthalte als die Antwort der Papstnote. Die Papstnote war vom Siebener-Ausschuß eingehend in zwei Sitzungen beraten. In diesen Sitzungen wurden scharf zwei Gegensätze betont. Die einen wollten, daß schon heute gesagt würde: wir verzichten auf Belgien, wir stellen es wirtschaftlich und politisch hoheitsrechtlich wieder her; und auf der anderen Seite im An-

schluß an die Ausführungen der Regierung bestand die Auffassung: wir halten daran fest, daß wir Belgien nicht annektieren wollen, aber es zu sagen, bevor die Situation nach irgendeiner Richtung hin geklärt ist, ob ein derartiges Aufgeben eines wichtigen Faktors in unserer ganzen Politik für die Friedenssache nützlich sein würde, wurde abgelehnt. Es wurde mit fünf gegen zwei Stimmen beschlossen, die Frage der Friedensregelung dadurch nur anzuschneiden, daß man sich allgemein auf die Friedensresolution des Juli 1917 bezog, in der ja bekanntlich stand, daß wir Annexionen nicht machen wollten, daß man aber im übrigen darauf verzichten wollte, über Belgien zu sprechen.

Diese Frage ist nach allen Richtungen hin erwogen worden und war uns so ernst, daß z. B. Herr v. Kühlmann, wie ich in seinem Namen erklären darf — ich weiß nicht, ob im ganzen Siebener-Ausschuß, auf jeden Fall aber vor einzelnen der Herren Abgeordneten, es ergibt sich auch aus dem Tagebuch des Herrn Scheidemann —, erklärt hat: wenn mir die Politik durchkreuzt wird, wenn ich genötigt würde, jetzt eine positive Erklärung über Belgien abzugeben, müßte ich das zur Kabinettsfrage machen.

Ob diese Politik richtig war, darüber soll heute hier nicht debattiert werden nach dem Inhalt des Beschlusses, den der Herr Vorsitzende des Unterausschusses verlesen hat. Der 2. Unterausschuß hat gesagt, der Regierung ist ein Vorwurf hieraus nicht zu machen. Ich verzichte darum, heute darauf einzugehen, muß aber bei Punkt 2 hierauf zurückkommen.

Wenn sodann in der Antwortnote an den Nuntius Pacelli auf sein Schreiben nicht eine andere Linie gezogen wurde, als sie in der Antwort an den Papst gezogen und innegehalten worden ist, dann lag nach unserer Meinung kein Grund vor, diesen Brief dem Siebener-Ausschuß vorzulegen. Der Brief des Nuntius Pacelli war ein vertraulicher Brief an den Reichskanzler. Er ging neben der offiziellen Aktion des Papstes einher. Er wollte eine spezielle Erklärung über Belgien extrahieren. Er hatte Material, das, wie sich nachher herausgestellt hat, von ihm überschätzt worden ist, das er aber damals für ein wichtiges Moment für die Friedensbereitschaft unserer Gegner im Westen hielt, und unter Hinweis auf dieses Material wollte er uns veranlassen, eine Erklärung über Belgien abzugeben, die auf eine glatte Freigabe hinauskam. Auch hier war es uns wieder aus denselben Gründen verschlossen, ihm eine andere Antwort zu geben, als sie ihm gegeben worden ist. Es schwebten damals auf Grund dieser Mitteilung des Nuntius Pacelli vertrauliche Verhandlungen, ob wirklich in England eine Friedensgeneigtheit vorhanden sei oder nicht. Auch das ist im 2. Unterausschuß zur Sprache gekommen. Es zeigte sich aber, daß die Friedensfühler, die ausgestreckt waren, nicht verfolgbar waren. Es zeigte sich, daß keine irgendwie ehrliche Absicht auf der anderen Seite bestand, sich mit uns an den Verhandlungstisch

zu setzen und Friedensverhandlungen anzubahnen; und darum war es unbedingt erforderlich, daß wir die Karte in der Hand behielten.

Herr v. Kühlmann hat das Wort vom Faustpfand geprägt, und das entspricht auch der Politik, die ich mit ihm verfolgt habe. Wir wollten Belgien nicht annektieren, aber wir wollten für die Verhandlung dieses Faustpfand nicht aus der Hand geben, und wir hielten es für unklug, daß wir in dieser Weise ein Pfand aus der Hand geben sollten, das uns bei den Friedensverhandlungen nützen sollte.

Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp*:

Herr Zeuge, ich bitte auf Wunsch des Ausschusses sich möglichst präzise an die gestellten Fragen zu halten.

Zeuge Dr. *Michaelis*:

Dann will ich in dem Rahmen des Gutachtens des Herrn Dr. Bredt auf den zweiten Punkt kommen, der mir zum Vorwurf gemacht hat, meine Politik hätte die Ansicht und die Politik des Kaisers konterkariert, der Kaiser hätte Belgien ganz glatt darangeben wollen, und ich hätte von Bedingungen, von Garantien, von Bürgschaften und von Kompensationen gesprochen.

Ich möchte zunächst auf einen Widerspruch in dem Gutachten des Herrn Dr. Bredt hinweisen. Er sagt auf Seite 138 seines Gutachtens [1]), daß ich nach dem Kronrat dem Kaiser die von ihm am Schluß der Verhandlung ausgesprochene Meinung ihm schriftlich wiederholt, sie also festgelegt hätte, damit sie für alle Zeit feststehe. Da stehe:

> Der Kaiser sehe ein, daß es nicht möglich sei, Belgien zu annektieren; aber die Aufgabe müsse mit Kompensationen verknüpft sein, sonst sei die Politik unhaltbar. Dazu rechne er neben der völligen Ausschaltung des englischen Einflusses wirtschaftliche Kautelen und die Lösung der Flamenfrage.

Auf Seite 138 wird also von Dr. Bredt darauf hingewiesen, daß der Kaiser offiziell festgestellt hat: das sind die Kautelen, das sind die Bedingungen, das sind die Forderungen, die ich stelle. Und wenige Seiten später wird gesagt, der Kaiser hätte Belgien bedingungslos herausgeben wollen, und ich hätte damit, daß ich von Bedingungen in dem Brief an Pacelli gesprochen hätte, den Kaiser und seine Politik desavouiert.

Meine Herren, ich gehe nicht näher darauf ein, was es für eine Verhandlung gekostet hat, um überhaupt den Kaiser damals bereitwillig zu machen, im Kronrat Erklärungen über Belgien abzugeben, wie sie nachher abgegeben worden sind. Der Kaiser als Oberster Heerführer war im Hinblick auf die Leistungen seines Heeres und seiner Marine sehr schwer zu bewegen, auf das zu verzichten, worum bei Skagerrak gekämpft worden war. Daß das geschehen ist, das schreibe ich mir zu. Ich habe mit dem Kaiser am Tage vorher stunden-

---

[1]) Siehe Bd. 8 dieser Reihe.

lang über diese Sache gesprochen und endlich seine Zustimmung bekommen. In der Nacht darauf ist ihm noch wieder — so steht es in meinem Buch — zum Bewußtsein gekommen, wie schwer er es haben würde, diesen Standpunkt vor Heer und Marine zu vertreten, und hat noch versucht, uns umzustimmen. Aber im Kronrat hat er die Erklärung so abgegeben, wie sie hier steht. — Auch dieses wieder unter Eid.

Aber auch hier habe ich ein Beweismittel, das wohl schlagen wird. Der Kaiser hat selbst in dieser Sache das Wort ergriffen und hat mir am 17. des vorigen Monats einen Brief geschrieben. Darf ich ihn verlesen?

Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp:*

Es wird kein Widerspruch dagegen erhoben.

Zeuge Dr. *Michaelis:*

Der Kaiser schreibt:

„In der Presse habe ich zu meiner Verwunderung gelesen, daß die Vorgänge bei den Versuchen der päpstlichen Friedensvermittlung während Ihrer Kanzlerzeit im Jahre 1917 jetzt erneut die öffentliche Meinung erregen und daß die Erörterung zu lebhaften Angriffen gegen die Politik der damaligen Reichsregierung geführt hat. Die Angriffe werden damit begründet, daß Sie damals in Widerspruch mit meinen Intentionen gehandelt, daß Sie insbesondere hinsichtlich Ihrer Erklärung über Belgien durch den Brief an den Nuntius Pacelli vom 24. September 1917 meinen Absichten entgegengehandelt hätten, ein Brief, von dem ich nichts gewußt hätte.

Nachdem ich mich über diese Angelegenheit genau unterrichtet habe, mir auch alle darauf bezüglichen Dokumente habe vorlegen lassen, sehe ich mich veranlaßt, zur Feststellung der geschichtlichen Wahrheit Ihnen folgendes mitzuteilen.

Ich erinnere mich unserer Unterredungen über den Brief des Nuntius Pacelli vom 30. August, die am Abend des 9. September und am Morgen des 11. vor dem Kronrat stattfanden, genau. Ich habe Ihnen meine schweren Bedenken nicht verhehlt, die ich vor meinem Volk trug, wenn ich nach den unvergleichlichen Leistungen von Heer und Marine den zur Erreichung eines ehrenvollen Friedens so wertvollen Besitz Belgiens aufzugeben mich entschloß, falls wir bis Ende 1917 zum Frieden kämen. Ich konnte mich jedoch Ihren Gründen nicht versagen und stimmte im Kronrat der Aufgabe Belgiens zu. Aber ich mußte selbstverständlich an den endgültigen und völligen Verzicht auf Belgien Bedingungen knüpfen, die ich im Interesse der Sicherung des Friedens in der Zukunft für unbedingt erforderlich hielt. In diesem Sinne war Ihr Brief an Pacelli vom 24. September verfaßt. Er entsprach in seiner Zielsetzung durchaus

meiner Auffassung. Die in ihm enthaltene Wendung ‚so liegt der Grund hierfür keineswegs darin'

— jetzt kommt der Wortlaut des Satzes, den ich vorhin verlesen habe —

mußte bei redlichem Willen zum Verständnis so gedeutet werden, daß die endgültige Freigabe Belgiens durch den Brief nicht ausgeschlossen sein sollte; sie sollte nur nicht bedingungslos erfolgen. Der Brief widersprach somit nicht der offiziellen Antwort auf die Papstnote. Auch heute noch bin ich der Meinung, daß es unverantwortlich gewesen wäre, im voraus den glatten Verzicht auf Belgien, an dessen endgültige Freigabe ich mich durch meine Erklärungen im Kronrat gebunden halten wollte, auszusprechen, ohne bei den erhofften Friedensverhandlungen Sicherungen zu erreichen, die ich zum Wohl meines Volkes für unbedingt erforderlich hielt.

Ich hoffe, durch diese Darlegung nicht nur zur Klärung der streitigen Frage beizutragen, sondern auch zu beweisen, daß ich durch meine Stellungnahme allein das Wohl des Volks im Auge hatte.

Ich ermächtige Euer Exzellenz, von diesem Schreiben den Gebrauch zu machen, den Sie im Interesse der Sache für gut und notwendig halten."

Also auch der zweite Punkt, ich hätte gegen den Kaiser und seine Politik gehandelt, dürfte durch diese Erklärung, wie er ja eigentlich schon durch die eigenen Vermerke in dem Gutachten des Dr. Bredt widerlegt worden ist, widerlegt sein.

Und nun der dritte Punkt: auch hier nach dem Gutachten von Dr. Bredt und darum im Rahmen der mir gegebenen Erlaubnis zum Reden durchaus enthalten. Es ist behauptet worden, ich hätte den Brief an den Nuntius Pacelli geschrieben und ich hätte der Politik des Kaisers entgegengehandelt, weil ich von der Obersten Heeresleitung abhängig gewesen wäre. Es wird die für mich sehr schwere Wendung daran geknüpft, namentlich in dem Aufsatz der „Preußischen Jahrbücher", ich hätte mir gesagt, daß die O. H. L. stark genug gewesen sei, meinen Vorgänger Bethmann zu beseitigen; meine Position sei schwächer gewesen als die von Bethmann; wenn ich also den Wünschen der O. H. L., die gegen einen völligen Verzicht auf Belgien gerichtet gewesen seien, nicht folgte, dann werde die Folge sein, daß ich auch meinen Kanzlerposten verlassen müsse. Aus diesen Erwägungen heraus soll ich eine Möglichkeit des Friedens, die nahegelegen hätte, dem Volk versagt haben. Das ist die Stelle in dem Gutachten von Dr. Bredt, an der er die geheimnisvolle Bemerkung macht: „Hier ist der Punkt, wo man sich scheut, die logischen Konsequenzen zu ziehen." Was er damit meinte, war mir damals, als er es schrieb, unklar. Er hat sich selbst, weil er fühlte, welche Wirkung dieser Satz auslöste, in dem Aufsatz der „Preußischen Jahrbücher" veranlaßt gesehen, seine Behauptung in der Weise zu erklären, daß er

schrieb, ich hätte aus Besorgnis vor der O. H. L., aus Besorgnis davor, ihr Mißfallen zu erregen und den Eindruck zu erwecken, daß ich ihre Politik nicht guthieße, eine Politik geführt, die den Frieden vereitelt hätte. Er sagt: wenn überhaupt eine Möglichkeit des Friedens vorhanden war, dann war sie beseitigt, dann war sie vernichtet, dann war sie vereitelt durch das Vorgehen von Michaelis. Herr Dr. Bredt hat den Ausdruck gebraucht, er wolle mich nicht kränken, er wolle bloß die Wahrheit feststellen. Hierzu sage ich folgendes. Kann man den verantwortlichen Leiter des Schicksals seines Volkes mehr kränken als dadurch, daß man sagt: er hat aus Sorge um sein Amt, das ihm die O. H. L. unter Umständen hätte nehmen können, wie sie es seinem Vorgänger genommen hat, seinem Volke den Frieden sabotiert?

(Sachverständiger Abg. D. Dr. Dr. *Bredt:* Das steht gar nicht darin!)

— Das steht nicht darin; aber der Sinn ist es — und so steht auch das Wort „sabotiert" auf der Bauchbinde der Broschüre in den „Preuß. Jahrbüchern".

(Sachverständiger Abg. D. Dr. Dr. *Bredt:* Dafür hafte ich nicht!) Auf jeden Fall ist gesagt worden: Bethmann sei durch die O. H. L. beseitigt worden, meine Stellung sei schwächer gewesen als die Bethmanns; dadurch, daß ich mich der O. H. L. nicht gefügt hätte, würde ich mich mißliebig gemacht und mein Amt verloren haben, und darauf sei meine Politik zurückzuführen. Das steht in dem Bredtschen Gutachten, und dagegen verwahre ich mich vor dieser Versammlung, verwahre ich mich vor der ganzen Welt.

Die zweite Frage lautet, warum die Einwendungen, die die Kurie gegen den Entwurf der Papstnote vorgebracht hat, nicht zur Kenntnis des Siebener-Ausschusses gekommen sind. Dazu ist folgendes zu sagen: Über die Entstehungsgeschichte der Note habe ich Mitteilung gemacht. Es bestand hinsichtlich der Erklärung über Belgien ein Widerspruch. Dieser Widerspruch wurde durch die Majorität der fünf gegen die zwei im Ausschuß überwunden. Die Note wurde dann an den Nuntius Pacelli im Entwurf geschickt, um ihm vertraulich mitzuteilen, wie sie lauten würde. Es ist richtig, und es ist ja heute durch den Herrn Vorsitzenden als das Ergebnis der Feststellungen des 2. Unterausschusses konstatiert worden, daß hiergegen von Nuntius Pacelli die schwerwiegensten Bedenken erhoben worden sind und daß der Nuntius Pacelli die Meinung zum Ausdruck gebracht hat, dadurch werde die Friedensaktion des Papstes illusorisch. Es fragt sich, warum diese Einwände nicht zur Kenntnis des Siebener-Ausschusses gekommen sind, warum nicht eine erneute Sitzung des Siebener-Ausschusses stattgefunden hat. Hierzu ist folgendes zu erklären: Zunächst möchte ich generell sagen: die ganzen Vorgänge spielten sich selbstverständlich nicht bloß in Briefen und Urkunden ab, sondern es sind auch vertrauliche Besuche, vertrauliche Informationen erfolgt,

die nebenherlaufen. Ich bin der Meinung, daß Sie unbedingt, wenn Sie die volle Wahrheit hierüber erfahren wollen, den Herrn Staatssekretär v. Kühlmann hören müssen. Der Herr Staatssekretär v. Kühlmann und ich haben zwar in voller Einmütigkeit in diesen schweren Tagen die Politik in der Hand gehabt. Aber wie vollzog sich das Ganze? Das, was das Auswärtige Amt als die ausführende Stelle tat, wurde doch in dem Gebäude und von den Organen des Auswärtigen Amtes vorberaten, durchgearbeitet, nach allen Richtungen geprüft. Dann wurde mir die Sache zum Schluß vorgetragen. Es ist ganz selbstverständlich, daß mein Gedächtnis — es sind jetzt 9 Jahre her — nicht mehr so scharf ist wie das des Herrn v. Kühlmann. Ich könnte mich also in dieser Beziehung immer nur auf Herrn v. Kühlmann berufen. Ich habe mich selbstverständlich mit ihm in Verbindung gesetzt; ich habe mit ihm eingehend konferiert. Wir haben gestern auch eingehend die Akten studiert. Ich könnte mich aber immer nur auf das verlassen, was der Herr v. Kühlmann Ihnen zu sagen hat. Ich erkläre: wir wußten, daß die Antwortnote, wie sie entworfen war, den Widerspruch des Papstes bzw. des Nuntius Pacelli hervorrufen würde; denn sie widersprach seiner Anregung. Wir wußten das, wir erwarteten diesen Widerspruch; wir wurden dadurch gar nicht überrascht. Aber mit Rücksicht auf die unendlichen Schwierigkeiten, eine Note überhaupt zustande zu bringen — ich erinnere nur daran, daß wir mit unseren Bundesgenossen Stellung zu nehmen hatten, daß unsere Bundesgenossen uns die größten Schwierigkeiten machten, eine Antwortnote zu erlassen, die nicht völlig ihren weitgehenden Wünschen entsprach —, also mit Rücksicht auf die großen Schwierigkeiten, die wir hatten, haben wir es, nachdem im einzelnen auch darüber gesprochen war, nicht für nötig gehalten, die Sache noch einmal an den Siebener-Ausschuß zu geben. Wenn Sie glauben, daß hierin ein Versäumnis liegt, dann ist es Sache des Ausschusses, das zu rügen. Wir haben nach bestem Wissen und Gewissen und nach unserer Pflicht zur diplomatischen Verschwiegenheit gegenüber der Kurie gehandelt. Die Note mußte endlich heraus; es wurde auf sie gewartet, und wir hielten es für ausreichend, daß der Siebener-Ausschuß zu ihrer Fassung bei Kenntnis aller Widerstände seine Zustimmung gegeben hatte. Darum ging sie hinaus.

Ich stelle deshalb ganz ergebenst dem hohen Ausschuß anheim, über das, was ich namentlich über die letzte Sache zu sagen hatte, sich dadurch völlige Klarheit zu verschaffen, daß er die Güte hat, den Staatssekretär Herrn v. Kühlmann, der aus Interesse an der Sache schon hier ist, zu vernehmen. Dann wird volle Klarheit in diese Sache hineinkommen.

Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp:*

Ich werde jetzt zunächst dem Herrn Sachverständigen Dr. Bredt das Wort geben, wenn er es wünscht.

Dann schlage ich vor: wir hören zunächst die anwesenden Herren des früheren Siebener-Ausschusses, die auch Fragen stellen können. Schon jetzt möchte ich aber bemerken: wir wünschen nicht, daß sich die Verhandlungen zu einer „Debatte" entwickeln. Wir sind zu einer „Vernehmung" hier, bei der die Fragestellungen an den Herrn Zeugen im Vordergrund zu stehen hat.

Abg. *Brüninghaus* (zur Geschäftsordnung):

Wir haben eben gehört, daß der frühere Herr Staatssekretär v. Kühlmann anwesend ist. Ich möchte deshalb beantragen, zunächst in Ergänzung der Ausführungen des früheren Herrn Reichskanzlers Dr. Michaelis Herrn v. Kühlmann zu hören.

Abg. *Dittmann* (zur Geschäftsordnung):

Mir scheint es nicht notwendig zu sein, Herrn v. Kühlmann noch zu hören, nachdem wir von Herrn Dr. Michaelis gerade über den Punkt, über den Herr v. Kühlmann vielleicht vernommen werden sollte, meines Erachtens volle Klarheit erhalten haben. Es kann sich für mich im Augenblick nicht darum handeln, ein Urteil darüber abzugeben, was Herr Dr. Michaelis berichtet hat. Aber ich sehe keinen Punkt, der noch der Klärung bedürfte. Ich bitte deshalb, von einer Vernehmung des Herrn v. Kühlmann Abstand zu nehmen. Eventuell müßte der Ausschuß unter sich über diese Frage beraten.

Abg. Dr. *Bergsträßer:*

Dann möchte ich doch bitten, daß der Ausschuß sich einen Augenblick zurückzieht. Ich halte es nicht für richtig, den Herrn Staatssekretär v. Kühlmann zu vernehmen, ehe an den Herrn Zeugen von denen, die dazu das Recht haben, Fragen gestellt worden sind. Ob wir Herrn Staatssekretär v. Kühlmann noch vernehmen, würde einem weiteren Beschluß unterliegen.

Abg. *Joos:*

Ich spreche mich dahin aus, daß es zweckmäßig ist, vorläufig von einer Vernehmung des Herrn v. Kühlmann Abstand zu nehmen, ohne damit die Frage selbst entscheiden zu wollen, ob wir überhaupt Herrn v. Kühlmann hören sollen. Ich möchte nur bitten, im Moment davon abzusehen und dem Vorschlage des Herrn Vorsitzenden entsprechend jetzt die Herren vom Siebener-Ausschuß Fragen stellen zu lassen.

Abg. *Treviranus:*

Ich kann mich dem nicht anschließen. Ich glaube nicht, daß ein objektives Urteil zu gewinnen ist, wenn man sich nicht ein Bild über die Zusammenhänge verschafft. Dieses Bild namentlich über die Verhandlungen mit Herrn v. Villalobar, die damals Herr v. Kühlmann geführt hat, kann nur gewonnen werden, wenn wir Herrn v. Kühlmann hören.

Abg. Dr. *Rosenberg:*

Der Ausschuß hat bereits in seiner letzten Sitzung einen Beschluß

in dieser Angelegenheit gefaßt, nämlich Herrn v. Kühlmann vorläufig nicht zu hören. Es liegen keinerlei Momente vor, die zu einer Revision dieses Beschlusses nötigen könnten. Ich denke: wir brauchen die interne Sitzung nicht, sondern bleiben vorläufig bei diesem Beschluß.

Bei der Abstimmung wird die Abhaltung einer geschäftlichen Sondersitzung der Mitglieder des Unterausschusses mit Stimmenmehrheit abgelehnt, desgleichen die sofortige Vernehmung des Staatssekretärs Dr. v. Kühlmann.

Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp:*

Wir schreiten also in der Beratung fort. Ich gebe zunächst das Wort dem Herrn Abg. Scheidemann als Mitglied des früheren Siebener-Ausschusses, um Fragen an den Zeugen Herrn Dr. Michaelis zu richten. Für den Fall, daß der Herr Abg. Scheidemann Aussagen macht, stelle ich fest, daß er bereits vor dem 2. Unterausschuß am 8. Juni 1922 den Eid geleistet hat, so daß also diese Aussagen unter dem Eide erfolgen.

Abg. *Scheidemann:*

Ich möchte zunächst einige Fragen an den früheren Herrn Reichskanzler Dr. Michaelis richten. Er hat sich selbst darauf berufen, daß er sich natürlich nicht auf sein Gedächtnis allein verlassen kann. Dafür haben wir wahrscheinlich alle volles Verständnis. Es ist ja selbstverständlich, daß er nicht alle Einzelheiten mehr kennt. Aber ich möchte doch einige Fragen an ihn stellen, die mir noch ungeklärt erscheinen und über die er uns zweifellos wird Auskunft geben können.

Ich möchte zunächst fragen, ob dem Herrn Reichskanzler a. D. Michaelis bekannt ist, daß die Anregung, einen Frieden seitens des Papstes in Anregung zu bringen, wahrscheinlich vom Kaiser ausgegangen ist, das heißt, daß der Ursprung eine Unterredung des Kaisers mit dem Nuntius Pacelli war und daß bei dieser Unterredung der Kaiser zu dem Nuntius gesagt hat: es ist doch ein unmöglicher Zustand, daß wir die Sozialdemokraten allein für den Frieden arbeiten lassen — er sprach sogar von einem dauernden Verdienst der SPD —, es ist besser, wenn der Papst das von sich aus macht. Es wäre geschichtlich von großem Interesse, wenn darüber eine Klarheit geschaffen werden könnte. Es steht also weiter fest, daß der Kaiser sich in einem gewissen Zeitpunkt entschieden für den Frieden ausgesprochen hat und zwar zu einer Zeit, in der es uns sehr schlecht ging. Wie ist es dann erklärlich, daß der Kaiser, nachdem die Friedensnote des Papstes gekommen und zum Teil auch schon beantwortet war — beispielsweise von England und Amerika aus, von Amerika aus in einem Brief, der teilweise recht unfreundlich war —, die Bemerkung machte: „Wilson muß darauf verzichten, das deutsche Volk zu haben, wie er es will, er muß es nehmen, wie es ist; ein

Wilsonverständigungsfrieden wird weder vom Volk, noch vom Heer, noch vom Kaiser akzeptiert; es ist gut, daß Wilson hinausgeschmissen wird." Das steht doch in einem schreienden Widerspruch; diese Dinge können dem damaligen Herrn Reichskanzler unmöglich unbekannt geblieben sein. Er muß den Ausgangspunkt kennen. Also der Kaiser ist in einem gewissen Zeitpunkt für den Frieden. Der Papst unternimmt diesen Schritt und bekommt Antworten, die nicht direkt zusagend, aber doch auf keinen Fall ablehnend sind. Nachdem der Kaiser, wenn ich hier die Daten richtig vor mir habe, diese Randbemerkungen gemacht hatte, kommt hinzu, daß auch noch der damalige Reichskanzler Herr Dr. Michaelis in einem bestimmten Stadium der Dinge gesagt hat, er behandele die ganze Geschichte „dilatorisch". Das ist am 22. August 1917 gewesen. Da telegraphierte Herr Michaelis an Herrn v. Wedel:

> Nach einer vom päpstlichen Vertreter hierher übermittelten vertraulichen Mitteilung des Kardinals Gasparri erklärte der englische Gesandte beim päpstlichen Stuhl, der König habe die Friedensvorgänge mit der aufrichtigsten Wertschätzung und wohlwollendsten Gesinnung aufgenommen. Die englische Regierung würde die Sache mit der größten und ernstesten Aufmerksamkeit verfolgen.

Dazu bemerkt der Reichskanzler Michaelis folgendes:

> Meines Erachtens muß unser Bestreben dahin gehen, das Odium eines etwaigen Scheiterns des päpstlichen Vermittlungsversuches auf unsere Gegner abzuwälzen und sie ins Unrecht zu setzen, wie es im Dezember vorigen Jahres mit unserer Friedensresolution der Fall gewesen ist. Ich beabsichtige daher, die Angelegenheit ziemlich dilatorisch zu behandeln, mit der Absendung unserer endgültigen Antwort zu warten, bis eine genauere Kenntnis der Stimmung uns eine zweckdienlichere Behandlung ermöglicht.

Das sind drei Fragen. Ich glaube, es ist zweckmäßig, wenn man dem Herrn Reichskanzler erst Gelegenheit gibt, darauf zu antworten. Ich habe noch verschiedene andere Fragen zu stellen.

Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp:*

Herr Abg. Scheidemann, ich möchte Sie darauf aufmerksam machen, daß im Untersuchungsausschusse Bedenken gegen diese Fragestellung erhoben werden. Die erste Frage ist nach unserem Arbeitsplan in den Rahmen dieser Vernehmung nicht hineinzubringen. Sie sind in erster Linie als früheres Mitglied des Siebener-Ausschusses geladen, und der Zweck ist, die Verhandlungen zwischen dem Siebener-Ausschusse und dem Herrn Reichskanzler Michaelis bzw. dem Herrn Staatssekretär v. Kühlmann aufzuklären. Persönlich bin ich der Auffassung: wenn Ihre Fragen beantwortet werden sollen, dann kommen wir wieder zu der Frage, ob es nicht zweckmäßig ist, den Herrn Staatssekretär v. Kühlmann zu hören; denn er wird einen Teil Ihrer Fragen viel besser beantworten können als der Herr Zeuge Dr. Mi-

chaelis. Ich gebe das Wort nunmehr Herrn Dr. Michaelis zur Beantwortung der von dem Herrn Abg. Scheidemann gestellten Fragen.

Zeuge Dr. *Michaelis:*

Die Fragen sind aus dem Komplex der Dinge herausgegriffen, so daß eine Beantwortung nach meiner Meinung zur Klärung der Sache heute keinen Zweck hat. Ich kann nicht unter dem Eid über Dinge etwas sagen, die derart kompliziert sind, daß sie eine ganz detaiilierte Kenntnis der Dinge erfordern. Ich weiß natürlich, daß der Kaiser die Anregung gegeben hat.

Abg. *Scheidemann:*

Ich habe noch eine weitere Frage. Herr Dr. Michaelis hat gesagt, daß die Kurie genau informiert gewesen sei über das, was man ihr zu schreiben gedenke, daß also, wie der Herr Zeuge sich ausdrückte, ein Konzept dorthin gegangen sei und daß die Kurie -- wenn ich recht verstanden habe — damit einverstanden gewesen sei.

(Zurufe: Nein! Kühlmann, hat er gesagt!)

Ich möchte dann feststellen, was in einem bestimmten Stadium der Verhandlungen der Staatssekretär v. Kühlmann in einer Unterredung mit mir ausdrücklich erklärt hat: daß in der Tat die Kurie genau über das informiert sei, was wir wollten, und nicht mehr die Bedingung stelle, unbedingt eine klare Auskunft über unsere Stellung Belgien gegenüber zu erhalten. Aus dem weiteren Verlauf der ganzen Aktion geht aber hervor, daß das absolut nicht der Fall gewesen ist. Im Gegenteil, die Kurie hat eine bestimmte Erklärung über Belgien verlangt, während Herr v. Kühlmann mir gesagt hat: auf diese Erklärung wird verzichtet.

Zeuge Dr. *Michaelis:*

Ich bitte, mir noch darin Folge zu geben, wenn ich sage: man sieht hieraus, daß ich über diese Dinge eine Auskunft im einzelnen gar nicht geben kann.

(Rufe: Sehr richtig!)

Ich habe erklärt, daß ich mich auch nach den Feststellungen des Ausschusses davon überzeugt habe, daß Widerstände erhoben worden sind. Ich habe das gestern in den Akten festgestellt, und das habe ich wahrheitsgemäß zum Ausdruck gebracht. Andererseits habe ich aus dem Auszug des Tagebuchs des Herrn Scheidemann, das ja sehr bekannt geworden ist, gerade hinsichtlich dieses Passus entnommen, daß Herr v. Kühlmann Äußerungen über vertrauliche Besprechungen getan hat, die zu einem Einverständnis geführt haben. Hierüber kann ich keine Auskunft geben.

Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp:*

Wünscht der Herr Abg. Dr. Wiemer als früheres Mitglied des Siebener-Ausschusses das Wort?

Abg. Dr. *Wiemer:*

Ich habe eigentliche Fragen an den Herrn Reichskanzler Michaelis nicht zu stellen. In der Sitzung vom 28. August, an der ich als Stellvertreter des Herrn v. Payer teilgenommen habe, sind zunächst die Vorbereitungen für die Antwort auf die Papstnote besprochen worden. Ich habe dabei, wenn ich das erwähnen darf, die Auffassung vertreten, daß die Friedensaktion unterstützt werden solle, und ich habe meine Meinung dahin ausgesprochen, daß ohne eine Erklärung über Belgien die Verhandlungen keine Aussicht auf Erfolg haben würden. Der Herr Reichskanzler Michaelis hat die Gründe dargelegt, aus denen die damalige Regierung glaubte, unter den vorhandenen Umständen von einer ausdrücklichen Erklärung des Verzichts auf Belgien absehen zu müssen. Ich habe darüber Fragen jetzt nicht zu stellen. Ich halte diese Auffassung nicht für richtig; aber das ist ja im gegenwärtigen Augenblick nicht zu entscheiden.

Abg. Graf *v. Westarp:*

Zur Sache selbst könnte ich nichts aussagen. Ich erinnere mich an die Dinge nicht mehr genau genug, und ich habe auch keine Notizen darüber, daß damals außerhalb der Sitzungen des Siebener-Ausschusses besondere vertrauliche Informationen uns zugegangen wären. Ich beschränke mich auf einige Fragen.

Herr Dr. Michaelis sprach von der Abstimmung im Siebener-Ausschuß mit fünf gegen zwei Stimmen. Wenn ich recht verstanden habe, bezog sich diese Abstimmung darauf, daß der Siebener-Ausschuß mit dieser Mehrheit damit einverstanden war, daß der ausdrückliche Verzicht auf Belgien nicht aufgenommen werden sollte. Es wäre von Interesse, die Namen der Abgeordneten, die dafür und dagegen gestimmt haben, noch einmal festzustellen.

Des weiteren hätte auch ich Interesse an einer Beantwortung der Frage, die der Herr Abg. Scheidemann gestellt hat. Sie bezog sich auf seine Darstellung Seite 111 seines Buches, wo der Herr Abg. Scheidemann berichtet, Herr v. Kühlmann habe ihm gesagt, daß die Kurie unsere Antwort kenne und mit ihr im wesentlichen einverstanden sei. Ich halte es für außerordentlich interessant, zu wissen, ob Herr v. Kühlmann sich erinnert, das gesagt zu haben und welches die Unterlagen dieser seiner Äußerung gewesen sind. Ich würde diese Frage an den Herrn Reichskanzler richten, wenn der Herr Reichskanzler nicht schon erklärt hätte, daß er darüber keine Auskunft geben kann. Ich behalte mir vor, falls die Vernehmung des Herrn v. Kühlmann beschlossen werden sollte, diese Frage an Herrn v. Kühlmann zu richten; denn das ist eine Frage, deren Beantwortung ich zur Aufklärung der Sache für absolut notwendig halte. Es handelt sich hier um den Vorwurf, daß die Herren der damaligen Regierung, der Reichskanzler und der Staatssekretär, dem Reichstag nicht die volle Wahrheit gesagt, ein falsches Bild in ihm

hervorgerufen hätten. Dieser Vorwurf scheint mir ohne Aufklärung des Sachverhalts, der auf Seite 111 des Scheidemannschen Buches dargestellt ist, gar nicht möglich zu sein.

Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp:*

Herr Abg. Graf v. Westarp, die Abstimmungsverhältnisse sind geklärt. Auf der einen Seite standen die Abgg. Ebert und Scheidemann, die nicht der Auffassung der Regierung waren, auf der andern Seite die übrigen fünf Mitglieder des Siebener-Ausschusses, die sich der Auffassung der Regierung angeschlossen haben.

(Zurufe: Das war die zweite Sitzung! — Abg. Dr. *Wiemer:* Das ist offenbar die Abstimmung in der zweiten Sitzung vom 10. September gewesen, in der die Entscheidung über die endgültige Fassung der Antwort an die Kurie fiel!)

Abg. *Scheidemann:*

Graf v. Westarp verwechselt, glaube ich, die beiden Sitzungen, und dasselbe Malheur ist dem Herrn Reichskanzler passiert. Die erste Sitzung hat, wenn ich nicht irre, am 28. August stattgefunden, und in dieser Sitzung ist ausschließlich der Abg. Graf v. Westarp derjenige gewesen, der einer Erklärung über Belgien widersprochen hat. Darüber habe ich genaue Aufzeichnungen. Wenn es interessiert, können wir in die Einzelheiten hineinsteigen. Graf v. Westarp berief sich darauf, man müsse „ruhige Nerven behalten" — es war natürlich eine sehr erregte Zeit —, wir dürften eine solche Erklärung nicht abgeben. Andere Abgeordnete machten die Erklärung über Belgien abhängig von anderen Erklärungen über bestimmte Dinge. Z. B. verlangte der jetzige Außenminister Dr. Stresemann bestimmte Hinweise auf Flandern. Alle übrigen Herren waren für eine unbedingte und bestimmte Erklärung über das, was wir mit Belgien machen wollten. Wir sind dann auseinandergegangen, nachdem der Reichskanzler Michaelis resümiert hatte: ich darf also annehmen, daß wir in der Hauptsache einverstanden sind. Ich kann im Augenblick die betreffende Stelle in meinen Aufzeichnungen nicht finden. Jedenfalls resümierte er, und wir waren eigentlich einig. Dann kam das Zwischenspiel. Ich muß nun, da wir in der Hauptsache über die Verhältnisse im Siebener-Ausschuß sprechen sollen — es sind ja leider nur noch ein paar Herren da —, Sie darüber unterrichten. Es kam also das Zwischenspiel, Herr Staatssekretär v. Kühlmann bat mich zu sich. Es war an einem Sonntag, am 9. oder 10. September. Ich werde das Datum noch genau feststellen können.

(Zeuge Dr. *Michaelis:* Es war am 9. September!)

Am 9. September, und zwar am Sonntag, ließ mich Staatssekretär v. Kühlmann zu sich bitten und sagte mir, er habe sich diese Dinge alle überlegt; er persönlich stehe nach wie vor ganz auf unserem Standpunkt; Belgien könne nicht behalten werden, es sei Unsinn,

wenn man über solche Sachen spreche; also wir seien darin vollkommen einer Meinung, aber inzwischen seien ihm Dinge zur Kenntnis gekommen, die es als unklug erscheinen ließen, jetzt die Erklärung über Belgien abzugeben; sie sei auch nicht notwendig, da die Kurie informiert sei. Als ich bei meinem Mißtrauen blieb, kam er allmählich mit allen möglichen Andeutungen heraus und sagte, zunächst hypothetisch: Stellen Sie sich einmal vor, wenn jetzt die Gelegenheit geboten wäre, über diese Dinge mit einer fremden Macht — er nannte England — in Verbindung zu gelangen; wenn wir erst den Anhaltspunkt haben, daß wir uns über Belgien mit dieser Macht unterhalten, dann kommen wir doch auch wahrscheinlich in ein allgemeines Friedensgespräch; wenn wir also jetzt die Erklärung über Belgien abgeben, dann fällt die ganze Aussprache ins Wasser. Ich habe gesagt, daß mein Mißtrauen dadurch nicht beseitigt werden könne; nach all den Erfahrungen, die ich mit der Regierung, mit dem, was man uns gesagt habe und was sich nachher sehr oft als nicht richtig herausgestellt habe, gemacht hätte, glaubte ich nicht, daß seine rein hypothetische Darstellung sich positiv gestalten werde. Daraufhin hat er mir Bestimmtes gesagt, und im Anschluß daran hat er erneut zum Ausdruck gebracht: es scheint mir unmöglich zu sein, unter diesen Umständen über Belgien zu reden. Demnach blieb ich bei meiner Forderung. Dann fand die zweite Sitzung des Siebener-Ausschusses statt. Das ist die Sitzung, von der die beiden Herren sagten, daß mit 5 gegen 2 Stimmen im Sinne der Regierung entschieden worden sei. Es ist niemals abgestimmt worden; ich möchte das ausdrücklich feststellen. Abstimmungen gab es nicht, sondern es wurde einfach vom Vorsitzenden festgestellt, wie das ja sehr oft geschieht: abgesehen von einigen Herren usw. Ich hatte sofort den Eindruck, daß Herr v. Kühlmann wahrscheinlich nicht nur mit mir allein gesprochen hatte, sondern wahrscheinlich auch mit Erzberger. Ob Erzberger von allem unterrichtet war, was Herr v. Kühlmann mir gesagt hatte, weiß ich nicht. Aber Erzberger war immer geneigt, sehr schnell nachzugeben, und infolgedessen gaben die anderen Mitglieder des Ausschusses mit nach. Ebert und ich haben entschieden widersprochen. Ich habe mich mit Ebert schnell noch dahin verständigen können, daß wir verlangten, in der Erklärung an den Papst sollte in bestimmter Form auf die Friedensresolution vom Juli Bezug genommen werden. Der Siebener-Ausschuß akzeptierte diesen Vorschlag. Wir äußerten unser Mißtrauen weiter und gaben der Befürchtung Ausdruck, daß der Hinweis auf die Friedensresolution an unwirksamer Stelle angebracht werden könnte. Das wollte angeblich niemand, deshalb wurde uns von Herrn v. Kühlmann sogar eine Einsichtnahme in die von Herrn v. Bergen verfaßte Note eingeräumt! Ebert sowohl wie ich sollten die Ermächtigung haben, am nächsten Morgen uns bei Herrn

v. Bergen zu überzeugen, ob in dem Sinne, wie wir es verlangt hatten, das heißt, damit es nicht ein Schlag ins Wasser war, wirklich auf die Friedensresolution so Bezug genommen war, daß der Zweck erreicht wurde, den wir erreichen wollten. Wir waren der Meinung: Wenn man sich in präziser Form auf die Friedensresolution bezieht, dann ist eine Annexion von Belgien unmöglich, das genügt dann vielleicht dem Papst. Es ist nicht die klare Ankündigung: wir geben Belgien heraus, aber immerhin ein Hinweis auf die Friedensresolution. Ich mußte in der Nacht reisen, Ebert ging am nächsten Morgen allein zu Herrn v. Bergen und hatte auch den Eindruck, daß der Hinweis auf die Friedensresolution an einer falschen Stelle stand. Herr v. Bergen erklärte sich bereit, noch einmal mit dem Herrn Reichskanzler, der den ersten Entwurf schon genehmigt hatte, wie Herr v. Bergen gesagt hat, zu sprechen, daß man an die Stelle, die Ebert als wesentlich bezeichnete, den Hinweis setzen solle. Sie können daraus ersehen, wie wir uns bemüht haben, alles Mögliche zu tun, und wie wir nun natürlich um so überraschter sein mußten, als wir nach Jahr und Tag hörten, daß neben dieser Antwort noch eine geheime Antwort abgegangen war, von der kein Mitglied des Siebener-Ausschusses etwas gewußt hat. Ich habe mit Herrn v. Kühlmann und mit verschiedenen anderen Herren sehr oft vertrauliche Besprechungen gehabt, nicht mit einer Silbe ist der Brief jemals erwähnt worden. Dieser zweite Brief, dieser Geheimbrief, der neben dem anderen hergelaufen ist, war also eine Arbeit, von der keiner der Männer, die damals in die vertrautesten Dinge eingeweiht wurden, auch nur im bescheidensten Maße informiert war.

Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp:*

Herr Graf v. Westarp, wünschen Sie eine Frage zu stellen?

Abg. Graf *v. Westarp:*

Ich nehme an, daß wir Mitglieder des Siebener-Ausschusses auch aneinander Fragen stellen können, und da möchte ich mir an Herrn Scheidemann eine Frage erlauben: Er schreibt in seinem Buche Seite 111 die bekannten Sätze, Herr v. Kühlmann habe ihm gesagt, die Kurie sei über die Antwort an den Papst informiert und vollkommen damit einverstanden, die Kurie bestehe in keiner Weise darauf, daß über Belgien in der Antwort öffentlich geredet werde; es fänden zwischen Herrn v. Kühlmann und dem vatikanischen Staatssekretär zurzeit Verhandlungen über Belgien statt, so daß auch der Papst vollkommen über die Absichten der deutschen Regierung informiert sei; er wiederhole, daß die Kurie gar keine andere Antwort erwarte, als daß er sie dem Siebener-Ausschuß am 10. dieses Monats vorlegen werde. Ich nehme an, daß der Herr Abg. Scheidemann diese Darstellung — er hat sehr leidenschaftlich in einer Sitzung darüber gesprochen, daß dem Reichstag nicht die Wahrheit gesagt worden sei —, daß er diese Darstellung über Mitteilungen,

die ihm Herr v. Kühlmann gemacht habe und die ja doch im Widerspruch zu gewissen amtlichen Äußerungen stehen sollen, über die nicht viel geredet werden soll, — kurz und gut, ich möchte wissen, ob Herr Scheidemann diese Darstellung mit dem Vorwurf gegen Herrn v. Kühlmann aufrechterhält.

Abg. *Scheidemann:*

Ich habe das damals schon im Ausschuß ausgesprochen. Es ist aber nie jemand eingefallen, die von mir aufgezeichnete Unterredung im geringsten anzuzweifeln.

Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp:*

Sind zu dieser Angelegenheit noch Fragen an den Zeugen zu stellen?

Abg. *Joos:*

Darf ich eine geschäftsordnungsmäßige Anregung geben? Wir hören ja sehr interessante Dinge, Einzelheiten von den Herren des Siebener-Ausschusses. Uns geht es aber hier um die zwei ganz konkreten Fragen: Warum wurde der Reichstag beziehungsweise der Siebener-Ausschuß oder einzelne Vertrauensmänner der Parteien von den Einwänden der Kurie gegen die Fassung der Antwort auf die Friedensnote des Papstes nicht in Kenntnis gesetzt? Exz. Michaelis hat zugegeben: Wir haben die Herren tatsächlich nicht in Kenntnis gesetzt. Damit ist die faktische Antwort gegeben, aber das *Warum* noch nicht geklärt. Vielleicht kann uns doch der Herr Zeuge noch etwas über dieses Warum sagen. Die zweite Frage ist: Warum wurde dem Siebener-Ausschuß des Reichstages die Antwort an den Nuntius Pacelli vom 24. September 1917 nicht vorgelegt? Wir haben die Auffassung gehört, daß diese Antwort hier falsch gedeutet wurde. Sie wäre ein bedingtes „Ja" gewesen, die anderen hörten aber ein „Nein" heraus. Hier ist der Punkt, wo weiter gefragt werden muß. Darauf kommt es nicht an, was *wir,* d. h. was deutscherseits bei der Antwort gedacht wurde, sondern was sich der *andere,* der Empfänger, dabei gedacht hat. Der andere hörte das „Nein", und das war das Ende. Ich bitte den Herrn Vorsitzenden, auf diese beiden *konkreten* Punkte die Fragestellung zu konzentrieren, soweit wir den Herrn Zeugen vernehmen können. Ich sehe ja voraus, daß wir sehr bald Herrn v. Kühlmann zur Ergänzung hören müssen.

Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp:*

Es handelt sich nicht bloß um die Vernehmung des Herrn Dr. Michaelis, sondern auch um die Vernehmung der Herren des Siebener-Ausschusses. Deswegen habe ich diese Frage zugelassen. Die Herren sind mit ihren Erörterungen etwas weit gegangen. Aber das ist bei solchen Verhandlungen nicht immer zu vermeiden.

Sachverständiger Abg. D. Dr. Dr. *Bredt:*

Wenn ich auf die Worte von Herrn Reichskanzler Dr. Michaelis antworten darf, so möchte ich an die Namen der drei Personen

anknüpfen, die bei ihm eine Rolle gespielt haben, und da muß ich anfangen mit der Person des Kaisers. Ich habe in meinem Gutachten die Person des Kaisers aus voller Überzeugung gedeckt, weil ich damals die Überzeugung gewonnen habe, daß der Kaiser nach dem Kronrat die Sache als entschieden angesehen hat und von den kommenden Dingen nichts mehr gewußt hat. Jedenfalls habe ich dafür keinen Anhaltspunkt gefunden, daß der Kaiser etwas wußte. Wenn nun jetzt der Kaiser aus Doorn einen Brief schreibt, wenn er gewissermaßen die ganze Sache jetzt auf seine Schultern nimmt und seine früheren obersten Staats- und Reichsbeamten deckt, dann kann ich nur sagen, ich finde das vom Kaiser sehr honorig gedacht, aber es tut mir von meinem Standpunkt aus auch leid. Aber zwei Punkte muß ich in dem Briefe des Kaisers doch berichtigen. Erstens sagt er, er habe die Akten genau nachgeprüft. Wie will der Kaiser in Doorn die entscheidenden Akten nachgeprüft haben? Woher will er denn die Akten gehabt haben? Das kann sich doch wohl nur auf die Akten beziehen, die ihm irgendwie abschriftlich jetzt zugegangen sind. Weitere Akten kommen doch gar nicht in Frage. Zweitens: Die entscheidende Frage, die ich in meinem Gutachten mit einem vermutlichen Nein beantwortet habe, daß der Kaiser den Geheimbrief vom 24. September gekannt habe, ist auch jetzt noch nicht geklärt. Der Kaiser hat nicht geschrieben, daß er den Brief gekannt hat, und ich möchte es auch heute noch bezweifeln. Also ich möchte die ganze Äußerung des Kaisers als einen sehr honorigen Versuch hinstellen, die Sache mitzudecken. Aber selbst wenn alles, was in dem Brief steht, genau so stimmt, vorbehaltlich des Aktenstudiums, was der Kaiser nicht machen kann, so ergibt sich doch, wie ich glaube, nicht allzuviel daraus.

Nun kommen wir zweitens zur Frage der Vernehmung des Herrn v. Kühlmann. Wir haben in der Sitzung neulich die Vernehmung des Herrn v. Kühlmann nicht beschlossen, weil wir geglaubt haben, daß die ganzen entscheidenden Punkte bereits aktenmäßig klargestellt sind. Ich komme da auf einen Punkt, auf den Herr Joos mit vollem Recht eben noch einmal hingewiesen hat. Die Sache ist so gewesen: In der zweiten Sitzung des Siebener-Ausschusses am 10. September ist der Entwurf einer Antwort an den Papst vorgelegt worden und ist im großen und ganzen festgestellt oder genehmigt worden in der Form, wie es Herr Scheidemann eben dargestellt hat. In dieser offiziellen Antwort — im Entwurf wohl bemerkt — war das Wort „Belgien“ überhaupt nicht enthalten, sondern es stand darin eine Bezugnahme auf die Friedensresolution, und nun wird im Siebener-Ausschuß darüber gesprochen; bedeutet die Bezugnahme auf die Friedensresolution die Bereitwilligkeit zur Herausgabe Belgiens, und da haben Erzberger, Fehrenbach und Payer sich auf den Standpunkt gestellt: Ja. Wenn ich richtig urteile, haben sich Graf Westarp

und Herr Dr. Stresemann mehr in der Sache zurückgehalten und vielleicht nicht sehr ihre Meinung geäußert. Herr Ebert und Herr Scheidemann haben gesagt: Das genügt nicht, wir wollen die Erklärung über Belgien haben. Dann ist es schließlich dahin gekommen, daß die drei: Erzberger, Fehrenbach, Payer den Ausschlag dahin gaben, daß die Bezugnahme auf die Friedensresolution als genügend angesehen würde. Das war am 10. September. Dann ist der Entwurf dieser Antwort dem Nuntius Pacelli ausgehändigt worden. Dann kommt ein Schreiben des Nuntius Pacelli, er habe diesen Entwurf chiffriert nach Rom telegraphiert an den Kardinalstaatssekretär Gasparri, und es kommt aus Rom die Rückantwort des Kardinalstaatssekretärs Gasparri, daß diese Antwort in dieser Fassung das absolute Ende der ganzen päpstlichen Friedensaktion bedeuten würde. Also diese Antwort wird im voraus als absolut ungenügend und unbrauchbar abgelehnt. Sie[1]) werden mir bestätigen, daß wir den Brief selber gelesen haben, worin es steht, wir haben das Original in der Hand gehabt. Dieser Brief ist am 1. September nachmittags im Auswärtigen Amt eingegangen. Diese im voraus abgelehnte Antwort ist trotzdem am 19. datiert, unterschrieben, abgeschrieben und abgeschickt worden. Nachdem man diese Antwort aus Rom hatte, in der stand, das bedeute das Ende der Friedensaktion, ist der erste offizielle Brief doch abgegangen. Das ist die ganz entscheidende Tatsache, über die Herr v. Kühlmann uns höchstens eine Bestätigung geben kann, aber für die doch nur der verantwortliche Leiter der deutschen Reichspolitik uns den wirklichen Schlüssel geben kann. Herr v. Kühlmann ist gewiß der Leiter der auswärtigen Politik gewesen, aber der eigentlich verantwortliche Leiter, den wir heute doch zunächst einmal gern hören möchten und von dem wir einmal einen Schlüssel zu den Dingen haben möchten, ist zweifellos der Reichskanzler selbst.

Nun komme ich aber drittens zu Dr. Meinecke, der zu meiner großen Überraschung jetzt die Antwort an den Nuntius Pacelli anders interpretiert oder anders auffaßt, wie man es nennen will. Da bitte ich nur einmal folgende beiden Sätze aus einem Schreiben des Nuntius Pacelli verlesen zu dürfen:

> Darum hat mich Seine Eminenz der Kardinalstaatssekretär beauftragt, die Aufmerksamkeit Eurer Exzellenz in besonderer Weise auf den Punkt hinzulenken, welcher sich auf Belgien bezieht, um zu erreichen eine bestimmte Erklärung über die Absichten der kaiserlichen Regierung bezüglich der vollen Unabhängigkeit Belgiens und der Entschädigung für den in Belgien durch den Krieg verursachten Schaden.

---

[1]) Zu den Herren gewendet, die die Akten eingesehen haben (s. o. S. 9).

Das sagt der Kardinal, und der Nuntius sagt: Das ist der Punkt, den wir von Deutschland erbitten, eine klare Erklärung über Belgien, auf die kommt es an. Darauf antwortet der Reichskanzler:

> . . . sind wir mithin im heutigen Stadium der Dinge noch nicht in der Lage, dem Wunsche Eurer Exzellenz zu entsprechen und eine bestimmte Erklärung über die Absichten der kaiserlichen Regierung in bezug auf Belgien usw. abzugeben.

Da kann ich allerdings nur ein Nein heraushören, trotz Herrn Professor Meinecke, den ich hoch in Ehren halte.

(Zeuge Dr. *Michaelis: Noch* nicht in der Lage!)

— Ja, darauf kommt es doch an. Der Nuntius schreibt doch jetzt: in dieser Friedensaktion kommt es darauf an, und darauf wird geschrieben: Wir können die Erklärung nicht abgeben. Da kann ich nur ein Nein heraushören, wohl gemerkt, nicht ein endgültiges Nein in der ganzen päpstlichen Frage, aber ein Nein auf die Frage: Gebt Ihr die Erklärung ab oder nicht? Anders kann man das nicht auffassen.

(Abg. *Joos:* Und erst recht nicht nach den Vorgängen zwischen dem 10. und 25.)

— Jawohl!

Nun muß ich aber noch eins hinzufügen: Nachdem die erste offizielle Antwort da war, ist ein Telegramm aus Rom gekommen, daß die Kurie diese offizielle Antwort einstweilen geheimhalten würde in der Hoffnung, daß sich die Regierung doch noch bereit finden würde, die Erklärung über Belgien abzugeben. Dieses Telegramm ist am 21. angekommen. Darnach war überhaupt jeder Zweifel ausgeschlossen. Dann kommt der Brief vom 24. Nach dem 24. kommt meines Wissens überhaupt nichts mehr; denn nach dem 24. war es einfach Schluß mit der ganzen Aktion, da hat sich der Papst zurückgezogen. Es hat kein Mensch mehr von der Friedensaktion gesprochen.

Das sind die rein aktenmäßigen Darstellungen, die man machen kann. Ich habe mich in meinem Gutachten wahrhaftig davon ferngehalten, große Folgerungen daraus zu ziehen oder gar persönlich zu werden. Aber diese tatsächlichen aktenmäßigen Darstellungen mußte ich einfach geben, wenn man überhaupt die ganze Frage behandeln will.

Zeuge Dr. ***Michaelis:***

Ich kann nur dringend bitten, Herrn v. Kühlmann zu vernehmen. Es ist unmöglich, daß ein klares Bild gewonnen wird, wenn nicht der Mann vernommen wird, der über all diese Fragen, die hier angeschnitten sind, sowohl von Herrn Scheidemann wie von den anderen Herren, Auskunft geben kann. Warum soll er nicht vernommen werden? Er ist zur Stelle. Man muß doch irgendeinen Grund haben, jemand nicht zu vernehmen, der sich zur Feststellung der Wahrheit anbietet, um dessen Vernehmung ich bitte, damit eben ein volles

Bild gewonnen wird. Ich gehe auf die Einzelheiten des Herrn Dr. Bredt nicht ein.

(Zuruf: Warum nicht?)

— Weil Herr v. Kühlmann vernommen werden soll.

(Heiterkeit.)

Abg. Dr. *Bergsträßer* (zur Geschäftsordnung):

Da Herr Dr. Michaelis damals der für die Politik Verantwortliche gewesen ist und da es sich ja viel weniger um die Einzelheiten handelt, wie sich die Aktion des Papstes abgespielt hat, sondern darum, wie der Siebener-Ausschuß informiert oder nicht informiert worden ist, so möchte ich von folgendem ausgehen. Es steht fest, daß der Nuntius auf das Konzept hin, das ihm mitgeteilt wurde, sagte: Diese Antwort macht die ganze Aktion des Papstes zunichte. Es steht zweitens fest, daß die Mehrheit des Siebener-Ausschusses, die diesem Konzept zustimmte, der Auffassung war, daß dieses Konzept, weil es auf die Friedensresolution Bezug nehme, über Belgien genug sage. Nun ist die Frage, die ich an den damaligen Reichskanzler Dr. Michaelis zu stellen habe: Da diese beiden Gegensätze feststehen, war es da nicht einfach Pflicht des Reichskanzlers, den Siebener-Ausschuß dahin zu informieren, daß seine Auffassung in bezug auf die Zitierung der Friedensresolution nicht richtig war, sondern daß vielmehr die Kurie gesagt habe, das genüge nicht in bezug auf Belgien; sonst mußte etwas entstehen, was auch tatsächlich entstanden ist, nämlich die Auffassung der Mehrheit des Siebener-Ausschusses, um es einmal so zu nennen: Diese Antwort genüge, während der Reichskanzler offiziell wußte, daß sie nicht genüge, und darin scheint mir eben eine Nichtinformation des Siebener-Ausschusses zu liegen, der doch dazu bestimmt war, mit der Regierung vertraulich zusammenzuarbeiten. Auf diese konkrete Frage muß meines Erachtens, und deswegen spreche ich hier zur Geschäftsordnung, der Herr Reichskanzler, als der offiziell Verantwortliche für die Gesamtpolitik, der Friedensnote und der Verhandlungen mit Pacelli, nicht über die Einzelheiten Auskunft geben. Und nur er kann eine Auskunft geben. Einige andere Fragen würde ich mir dann vorbehalten.

Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp:*

Die Bemerkung war in ihrem Kernstück keine Frage der Geschäftsordnung mehr.

Abg. Dr. *Rosenberg:*

Ich weiß nicht, ob es zulässig ist, daß ein Zeuge, der unter Eid vernommen wird, die Beantwortung gewisser Fragen ablehnt oder an die Bedingung knüpft, daß jemand anders vernommen wird. Ich glaube, der Herr Reichskanzler wird schon die Freundlichkeit haben müssen, Fragen zu beantworten, auch dann, wenn Herr v. Kühlmann zunächst nicht vernommen wird.

Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp:*

Wir können niemand zwingen, Fragen zu beantworten.

(Widerspruch.)

Wir können bloß aus der Nichtbeantwortung unsere Rückschlüsse ziehen. Nach dem Verfahren in England wird dann die Verweigerung der Aussage ausdrücklich festgestellt: Wenn also ein Zeuge eine Aussage ablehnt, müßte der Untersuchungsausschuß das vermerken; er muß dann seine Folgerung daraus ziehen.

Abg. Dr. *Bergsträßer:*

Wir verhandeln hier analog der Strafprozeßordnung, und es heißt ausdrücklich im Eid, daß nichts verschwiegen werden darf. Infolgedessen ist also der Zeuge verpflichtet, zu antworten.

Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp:*

Aber er kann nur Antwort geben über das, was er weiß.

Abg. *Brüninghaus* (zur Geschäftsordnung):

Wir haben vorhin gehört, daß der Reichskanzler Michaelis auf die Frage, warum denn diese ganze Aktion, die zwischen dem Auswärtigen Amt beziehungsweise der Reichsregierung, dem Nuntius Pacelli und der Kurie gespielt hat, nicht zur Kenntnis des Siebener-Ausschusses gekommen sei, erklärt, daß er nicht in der Lage sei, darauf genaue Auskunft zu geben, daß damals der für die auswärtige Politik verantwortliche Staatssekretär v. Kühlmann die Fäden in der Hand gehabt habe. Es kommt mir einigermaßen — ich will mich milde ausdrücken — komisch vor, wenn man von dem Reichskanzler Dr. Michaelis verlangt, daß er über etwas aussagt, von dem er eben erklärt hat, er wüßte es nicht. Das ist unlogisch. Ich kann unmöglich von einem Zeugen verlangen, daß er über Dinge aussagt, von denen er uns erklärt hat, er sei darüber nicht orientiert, und er bäte, den orientierten Mann, nämlich den Staatssekretär v. Kühlmann, darüber zu hören. Ich glaube, wir kommen um die Vernehmung des Staatssekretärs v. Kühlmann gar nicht herum, weil nach meiner Kenntnis der Dinge neben den ganzen Verhandlungen, die damals mit der Kurie gespielt haben, doch auch noch andere Verhandlungen parallel gelaufen sind, die selbstverständlich nach meiner Auffassung auch auf die Unterhaltung mit der Kurie abgefärbt haben, über die wir uns ja nur ein Bild machen können, wenn wir von dem verantwortlichen Redakteur, nämlich Staatssekretär v. Kühlmann, hören, aus welchem Grunde die Nichtorientierung des Siebener-Ausschusses eingetreten ist, und ob die damit parallel laufende Aktion des Herrn v. Kühlmann irgendwie auf die Verhandlung mit dem Papst abgefärbt hat. Ich komme wieder auf meinen bereits im Anfang der Verhandlung gestellten Antrag zurück, in Ergänzung der Ausführungen des Reichskanzlers Michaelis Herrn v. Kühlmann zu hören, weil für den Ausschuß, der doch zur Erforschung der Wahrheit da ist, die Aussagen des Herrn Dr. Michaelis ohne diese Ergänzung so gut wie wertlos sind.

Abg. *Dittmann:*

Ich glaube, wir werden so verfahren müssen, wenn wir einen Zeugen geladen haben, daß wir zunächst an diesen Zeugen alle Fragen stellen, die überhaupt an ihn zu stellen sind.

(Sehr richtig!)

Nachdem wir ihn gehört haben, können wir uns als Ausschuß überlegen, ob es notwendig ist, noch andere Zeugen zu hören, um die Aussagen des ersten Zeugen vielleicht zu ergänzen. In diesem Stadium befinden wir uns gegenwärtig noch nicht. Es haben sich noch eine Anzahl Mitglieder des Ausschusses zum Worte gemeldet, um Fragen an Dr. Michaelis zu richten. Ich glaube, auch einige der Herren Mitglieder des Siebener-Ausschusses haben noch die Absicht, Fragen zu stellen. Deshalb verstehe ich nicht, weshalb man immer wieder den Antrag stellt, Herrn v. Kühlmann jetzt schon zu vernehmen. Ich sage ausdrücklich, ich lasse es dahingestellt, ob nicht auch ich vielleicht, wenn wir mit der Vernehmung von Herrn Dr. Michaelis zu Ende sind, zu der Auffassung komme, daß es zweckmäßig ist, auch Herrn v. Kühlmann zu hören. Aber wir können nicht eine Zeugenvernehmung in die andere hineinschieben, wir müssen erst die eine zum Abschluß bringen, wobei immer noch offenbleibt, daß der erste Zeuge vielleicht noch einmal gehört werden kann, wenn der zweite gehört worden ist. Ich bitte deshalb den Herrn Vorsitzenden, entweder durch Abstimmung festzustellen, daß diese Anträge auch jetzt abgelehnt werden, einen zweiten Zeugen mitten in der Vernehmung des ersten zu vernehmen, oder aber einfach in der Erteilung des Wortes nach der Rednerliste weiterzufahren.

Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp:*

Herr Abgeordneter Dittmann, bei den Verhandlungen des 2. Unterausschusses sind oft die gleichen Fragen gleichzeitig von mehreren Zeugen beantwortet worden. Ich weise nur darauf hin, daß unter dem Vorsitz des Herrn Abgeordneten Dr. Breitscheid Herr Dr. Michaelis gleichzeitig mit Herrn Staatssekretär a. D. Dr. Helfferich vernommen worden ist. Der Herr Abgeordnete Scheidemann ist später auch im Rahmen dieser Zeugenvernehmung gehört worden. Also ein neuer Vorgang würde dadurch nicht entstehen, wenn gleichzeitig zwei Zeugen vernommen würden.

Abg. *Brüninghaus* (zur Geschäftsordnung):

Der Herr Abgeordnete Dittmann hat mich mißverstanden. Ich habe eben nicht den offiziellen Antrag gestellt sofort Herrn v. Kühlmann zu vernehmen, sondern habe nur zu den Bemerkungen des Herrn Abgeordneten Dr. Rosenberg dem früheren Herrn Reichskanzler gegenüber festgestellt, daß man unmöglich von jemand verlangen könne, unter seinem Eid etwas auszusagen, von dem er bereits erklärt hat, er sei darüber nicht orientiert und er wüßte das nicht.

Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp:*

Die Aussprache zur Geschäftsordnung ist geschlossen. Das Wort hat der Zeuge Dr. Michaelis.

Zeuge Dr. *Michaelis:*

Ich halte die Auffassung für ganz gerechtfertigt, daß man mich über alle die Dinge, die ich sagen kann, jetzt hintereinander fragt. Selbstversfändlich gebe ich überall Auskunft und will die Auskunft, die ich im übrigen glaube, schon erteilt zu haben, noch einmal dahin zusammenfassen: Wir haben die Antwort an Pacelli nicht zur Kenntnis gebracht einmal deswegen: Es war eine Antwort auf einen vertraulichen Brief, die neben der amtlichen herging, und wir standen auf dem Standpunkt — Sie müssen immer an die Zeit zurückdenken, wie es damals war —, daß es nicht verlangt — ich meine, nicht als Forderung aufgestellt — werden kann, daß der Reichskanzler von jedem Brief, er mag noch so wichtig sein, davon dem Reichstag oder einem Ausschuß, der ernannt worden ist, wie der Siebener-Ausschuß, Mitteilung macht, wenn er es nicht für opportun hält. Wenn er es für geboten hält, kann er selbstverständlich so verfahren, und es kann ihm im Sinne des damaligen Verfassungsrechts hieraus kein Vorwurf gemacht werden, es kann höchstens gesagt werden: Es war nicht klug; aber ein Vorwurf der Täuschung kann ihm nicht gemacht werden. Ich habe ferner gesagt: Wir haben damals diesen Brief aus einem doppelten Grunde geheimgehalten: Erstens weil Verhandlungen schwebten, deren Fortgang in diskretester Weise behandelt werden mußte, und über diese Verhandlungen soll eben Herr v. Kühlmann Auskunft geben. Das ist die Ergänzung meiner Auffassung, weil ich mir sagen muß: Über diese Verhandlungen werde ich nichts aussagen, weil ich fürchte, ich kann unter Eid nur sagen: Ich bin zu wenig informiert, hier müßt Ihr Herrn v. Kühlmann hören, nicht, als wenn ich sagen wollte: Ich will mich drücken, hört doch meinen Staatssekretär. Ebenso liegt es mit der Antwort auf die Papstnote und der Behandlung der Bedenken, die die Kurie gegen sie erhob. Die Bedenken waren schwerwiegendster Art. Trotzdem waren wir der Meinung, es ist nicht richtig im Interesse der Sache, im Interesse der Friedensvorbereitung, wenn wir jetzt erneut an diese Sache herantreten, in neue Verhandlungen treten, und wenn wir uns etwa durch diese neuen Verhandlungen bewegen lassen könnten, über Belgien etwas zu sagen. Ich habe Ihnen gesagt, daß Herr v. Kühlmann mit seinem Abschied drohte, wenn man ihn zwänge, über Belgien etwas zu sagen. Für so gefährlich hielt er die Sache. Aus welchen Gründen, und was da nebenbei für vertrauliche Verhandlungen und für vertrauliche Informationen gespielt haben, das sind Dinge, über die ich nichts sagen kann. Sie gehören aber unbedingt zur Ergänzung dessen, was ich Ihnen mitteilen kann, und darum müssen Sie nach meiner Meinung Herrn v. Kühlmann hören. Ich würde, wenn jetzt die Sache so

weitergeht wie bisher, die Empfindung haben, man sieht mich hier als den Angeschuldigten und nicht als Zeugen für Ermittlung der Wahrheit an. So steht es z. B. auch in einem Artikel von Herrn Professor Delbrück: „Der erste Angeklagte ist der frühere Reichskanzler Michaelis." Wenn es also so weitergeht, würde ich aus diesem Saale weggehen mit der für mich deprimierenden Empfindung: Der Ausschuß, vor den ich mich flüchten wollte, läßt mich in der Verfolgung der Wahrheit im Stich. Das bitte ich einmal zu bedenken. Dr. Bredt hat in der Presse geschrieben: Ich werde mich mit Herrn Michaelis vor dem Ausschuß sachlich und persönlich auseinandersetzen. Deshalb habe ich bisher mit allen Erklärungen gewartet. In dieser Zeit ist in der Presse eine Fülle von Schmutz über mich weggegangen, und das alles habe ich ertragen, weil ich sagte: Ich warte auf die Auseinandersetzung vor dem Parlamentarischen Untersuchungsausschuß, und da ist es in der Tat, so meine ich, mein Recht, auszusprechen: Meine Aussage kann geklärt und ergänzt werden, das Material kann verbessert und die Wahrheit kann gefördert werden, wenn Ihr den bis ins einzelne unterrichteten Mitarbeiter hört. Wenn das abgelehnt wird, dann —

(Abg. *Dittmann:* Nein, wir lehnen nur ab, ihn zwischendurch zu vernehmen.)

— aber, Herr Abg. Dittmann, als wir vor dem 2. Unterausschuß vernommen worden sind, da haben wir zu fünf ausgesagt, Herr v. Rosen, Herr von der Lancken, Herr Dr. Helfferich usw. Wir sind nicht in einer Verhandlung vor einem ordentlichen Strafgericht, wenn auch die Bestimmungen der Strafprozeßordnung analog angewendet werden sollen.

Abg. *Joos:*

Exzellenz, Sie haben eben eine Erklärung darüber abgegeben, warum Sie dem Siebener-Ausschuß den Brief der Reichsregierung als Antwort auf das Schreiben vom Nuntius nicht mitgeteilt haben. Aber es geht uns auch darum, warum Sie das Schreiben des Nuntius dem Siebener-Ausschuß nicht unterbreitet haben, das Schreiben, in dem stand, daß der vereinbarte Entwurf als völlig wertlos, ja in Rom als schädigend empfunden wurde, und *das,* meinten wir, hätte doch die Reichsregierung tun müssen, weil sonst der ganze Siebener-Ausschuß im Dunkeln gelassen wurde. Vielleicht haben Sie die Freundlichkeit, sich dazu zu äußern.

Zeuge Dr. *Michaelis:*

Ich habe in meinen ersten Ausführungen gesagt, daß wir auf diese Bedenken voll gerechnet haben. Wir mußten damit rechnen. Trotzdem hielten wir es nicht für gut, etwa auf eine erneute Anregung hin, die ja doch früher schon an uns gekommen war, nochmals wieder diese Sache zu erörtern und nochmals den Versuch zu machen, sie in die Antwort hineinzutun. Denn wir hätten sie nie in die Antwort

hineingetan. Das hätten wir nie getan; das war gegen unsere klare Verantwortung.

Abg. Dr. *Moses:*

Ich muß wieder auf die Aussage des Herrn Reichskanzlers zurückkommen. Vorher aber möchte ich die eine Bemerkung machen, Herr Reichskanzler, daß es uns ganz fernliegt, irgend jemanden, der als Zeuge oder Sachverständiger kommt, im Stich zu lassen, wenn er sich hierher flüchtete. Wir haben in jahrelanger Arbeit den Beweis in diesem Ausschuß erbracht, daß es nur darauf ankommt, rein historisch, nicht strafrechtlich die Wahrheit festzustellen, soweit das überhaupt möglich ist, und daß Vertreter aller Parteien ohne Unterschied in gleicher Weise sich darum bemüht haben. Das wird auch in diesem Falle so geschehen.

Ich möchte zunächst an einige Äußerungen des Herrn Michaelis anknüpfen. Herr Dr. Bredt ist darauf schon zu sprechen gekommen. Der Herr Reichskanzler hat uns einen Brief aus Doorn verlesen, und dieser Brief wird ja heute schon in die Presse hinausgehen. In dem Brief steht, daß der frühere Kaiser sich habe alle Dokumente vorlegen lassen, und erst auf Grund der Prüfung dieser Dokumente sei er zu der Äußerung gekommen, die er in seinem Briefe niedergelegt hat. Herr Reichskanzler, wir haben in der letzten Sitzung im Ausschuß ausdrücklich erklärt, daß auch Ihnen ja nach neun Jahren nicht mehr die Möglichkeit gegeben ist, alles so im Kopf zu haben, und haben beschlossen, an Sie die Bitte zu richten, sich noch einmal an das Auswärtige Amt zu wenden, um die Akten einzusehen und dann auf Grund der vorliegenden Akten die Aussagen machen zu können. Diese Akten liegen nun im Auswärtigen Amt. Der frühere Kaiser ist in Doorn gar nicht in der Lage, diese Akten, die im Auswärtigen Amt liegen, noch einmal durchzusehen, um auf Grund dieser Akten sich irgendein Urteil zu bilden. Infolgedessen, meine ich, ist das, was in dem Brief niedergelegt ist, für uns doch nur sehr fraglich und problematisch.

Nun aber ein anderes. Da möchte ich eine Frage direkt stellen. Es ist hier immer die Rede von dem Brief vom 24. September und davon, was aus diesem Brief herausgelesen wird und herausgelesen werden kann. Herr Reichskanzler, wenn ein Brief abgeschickt wird, zu dessen Deutung erst Professoren herangezogen werden müssen, dann wird doch sehr oft der Eindruck erweckt, daß einmal der Brief, was den Stil und Inhalt anlangt, sehr unklar gefaßt ist, und zweitens kann man eventuell auf die Vermutung kommen: ist dieser Brief mit einer gewissen Absicht so verfaßt worden, daß Professoren der einen oder anderen Richtung ihn verschieden deuten und ausdrücken können? Sie haben auch erklärt, daß Sie die Antwort der Kurie nicht überrascht hat. Sie haben die Antwort sogar vorausgesehen. Ja, das ist

doch eine eigentümliche Art, einen solchen Brief dann abzuschicken, wenn Sie schon im voraus sagen, Sie haben die Antwort vorausgesehen. Es kommt mir so vor, als wenn wir Ärzte zu den Patienten kommen und irgendein Rezept verordnen; wir nennen das ut aliquid fiat. Der Brief ist abgeschickt worden. Sie wußten schon im voraus, welche Wirkung er hat. Wir schließen daraus, daß ein solcher Brief nicht einer Friedensaktion dienen kann. Ich frage: Ist mit einer gewissen Absicht eine so gewundene Antwort gegeben worden, oder hatten Sie geglaubt, eine andere Einwirkung auf die Kurie mit diesem Brief ausüben zu können? Das interessiert uns hier ganz besonders.

Zeuge Dr. *Michaelis:*

Was zunächst den Ausdruck betrifft, der in dem kaiserlichen Brief steht, daß Dokumente vorgelegt worden sind, so ist das eine etwas feierliche Form, die gewählt worden ist, für die ich nicht verantwortlich bin. Dem Kaiser sind die Akten und die Unterlagen, die ich persönlich besaß, namentlich die infolge der Differenz mit Herrn Dr. Bredt usw. bei mir entstandenen, vorgelegt worden. Sie sollten ihm über das Aufschluß geben, worum es sich bei dem Streit zwischen Dr. Bredt und mir handelte.

Was die Bemerkung des Herrn Abg. Dr. Moses betrifft, ein Brief hätte von vornherein gewisse Bedenken gegen sich, wenn man erst Professoren zu seiner Erklärung zuziehen müßte, so möchte ich das eine sagen: dem 2. Unterausschuß hat der Brief vorgelegen, und kein Mensch hat daran irgendwelchen Anstoß genommen.

(Sachverständiger Abg D. Dr. Dr. *Bredt:* Sehr richtig!) — Erst ein Professor war nötig, um hinterher aus diesem Brief die überraschende Tatsache herauszulesen: hier handelt es sich um ein glattes Nein, um eine ausdrückliche Ablehnung.

(Abg. Dr. *Rosenberg:* Das ist wissenschaftlich manchmal ganz nützlich!)

Nun ist eine wichtige Frage gestellt worden, ob denn überhaupt die Absicht bei der Antwort an den Papst bestand, dem Frieden zu dienen. Die Absicht hat unbedingt bestanden. Wir sind doch der einzige Staat gewesen, der auf die große Friedensaktion des Papstes, die an die Völker der Welt ging, sich dahin ausgesprochen hat, wir erkennen nicht bloß die Absicht des Papstes voll an, sondern wir sind bereit, mitzuwirken. Wir sind auf die Vorschläge eingegangen, mitzuwirken bei Verminderung der Rüstungen, mitzuwirken bei Einrichtungen von schiedsrichterlichen Verfahren usw. Also in dem allen haben wir unsere Friedenswilligkeit zum Ausdruck gebracht und uns bereit erklärt, wenn von der anderen Seite irgendwie auch ein Echo kommt, uns an den Verhandlungstisch zu setzen. Mehr konnte man eben in diesem Moment nicht sagen.

Vertreter des Auswärtigen Amtes Vortragender Legationsrat Dr. *Meyer-Rodehüser:*

Ich brauche nicht besonders zu betonen, daß dem früheren Kaiser oder einem Beauftragten des Kaisers seitens des Auswärtigen Amts oder der Regierung irgendwelche amtliche Akten oder Auszüge oder Mitteilungen daraus nicht zur Verfügung gestellt worden sind.

Abg. *Dittmann:*

Mir scheint es doch notwendig, den Herrn Zeugen nach dem Hauptpunkt, auf den es für den Ausschuß eigentlich ankommen muß, etwas eingehender zu fragen. Herr Zeuge Dr. Michaelis, Sie wußten also, daß der Nuntius die Antwort, die ihm im Entwurf zugestellt war — um mich drastisch auszudrücken — als Zerschlagung der Friedensaussichten auslegte, wenigstens als sehr ungenügend für die Friedensaussichten bezeichnete. Die Mitglieder des Siebener-Ausschusses aber haben Sie nicht davon informiert; sie waren also im Gegensatz zu Ihnen, Herr Reichskanzler außer Dienst, dauernd der Auffassung, daß die Aktion des Papstes doch noch zu einem Erfolg führen könne. Glaubten Sie denn nun wirklich, daß so ein vertrauensvolles Zusammenarbeiten in der Friedensfrage zwischen der Regierung und dem Parlament, wie es der Siebener-Ausschuß vermitteln sollte, überhaupt möglich war, daß also der Siebener-Ausschuß zusammentritt, mit Ihnen berät und sich noch immer der Illusion hingibt, die Antwort, die wir dem Papst gegeben haben, hat die Friedensaussichten noch nicht zerschlagen, es ist noch ein Erfolg möglich? Sie aber wissen durch inoffizielle Mitteilungen, die neben den offiziellen hergegangen sind, daß so gut wie gar keine Aussicht mehr vorhanden ist. Haben Sie denn wirklich geglaubt, Herr Reichskanzler, daß auf diese Weise das Zusammenarbeiten zwischen Parlament und Regierung möglich sei, daß es auf diese Weise möglich sei, gemeinsam einen für das Deutsche Reich erträglichen Frieden erzielen zu können? Das ist die Hauptfrage, um die es sich dreht, und da kommen die Verfassungsbestimmungen, die damals in Geltung waren, gar nicht in Frage; denn verfassungsrechtlich hatte ja auch der Siebener-Ausschuß gar keine Basis. Wollten Sie sich auf diesen Standpunkt stellen, dann hätten Sie sagen müssen: wir verhandeln überhaupt nicht mit dem Siebener-Ausschuß. Da Sie aber auf die Einsetzung des Siebener-Ausschusses eingegangen waren, sich als Reichskanzler bereit erklärt hatten, mit dem Siebener-Ausschuß, d. h. mit dem Parlament vertrauensvoll den besten Weg zum Frieden zu suchen, waren Sie da nicht auch der Auffassung, daß Sie innerlich verpflichtet waren, auch von diesen angeblich diskreten Mitteilungen, die nebenher gegangen waren, dem Siebener-Ausschuß Mitteilung zu machen, um überhaupt zu einem vernünftigen Frieden zu kommen? Ich bitte, sich doch einmal auf diese Frage etwas zu äußern.

Zeuge Dr. *Michaelis:*

Die Beantwortung dieser Frage muß unter dem Gesichtspunkt behandelt werden, daß wir damals glaubten, in aussichtsreichen diskreten Besprechungen und Verhandlungen mit England durch Villalobar zu sein. Darauf bezieht sich auch, so glaube ich, die Mitteilung, die Herr v. Kühlmann an Herrn Scheidemann nach seinem Tagebuch gemacht hat, worin er sagt: In einigen Wochen werden Sie hören, wie weit wir mit England gekommen sind. In dieser Zeit lag uns unbedingt daran, über diese grundlegende Sache alles wieder bei uns zu konzentrieren und nicht dem Ausschuß zu geben. Daß ich dadurch ein vertrauensvolles Zusammenarbeiten mit dem Ausschuß und Reichstag hätte ausschalten wollen, ist nicht der Fall. Ich hatte mit Herrn v. Kühlmann gehofft, wir würden in diesen Wochen mit einem überraschenden Erfolg vor den Ausschuß hintreten können: das haben wir jetzt in der Stille erreicht, jetzt kann vielleicht der Friede kommen. In dieser Zeit mußte alles andere schweigen.

Sachverständiger Abg. D. Dr. Dr. *Bredt:*

Mir liegt nur daran, vor der Öffentlichkeit eine Feststellung zu machen. Herr Dr. Michaelis ist derjenige gewesen, der um die heutige Sitzung oder Tagung, wenn ich es so nennen darf, gebeten hat, weil er die ganzen Dinge von seinem Standpunkte aus klären wollte. Er sagt nun erstens heute, er weiß gar nicht Bescheid, das weiß alles Herr v. Kühlmann.

(Zeuge Dr. *Michaelis:* Bitte sehr! Er weiß nicht Bescheid?) — Na, in den meisten Dingen doch!

(Zeuge Dr. *Michaelis:* Da hört doch alles auf!) Er bittet, Herrn v. Kühlmann zu vernehmen, weil er in den entscheidenden Dingen nicht informiert sei. So habe ich es doch verstanden.

(Zeuge Dr. *Michaelis:* Da hört doch alles auf!) Sie sagen immer wieder, Herr v. Kühlmann soll vernommen werden, er wäre der einzige, der Auskunft geben kann.

Zeuge Dr. *Michaelis:*

Habe ich nicht eine halbstündige Auskunft gegeben, die sich ganz besonders auch gegen die Unrichtigkeit von Ihnen richtet? Und nun wollen Sie jetzt auf einmal sagen, ich verstecke mich hinter Herrn v. Kühlmann und sage immer, dieser sollte aussagen?

Sachverständiger Abg. D. Dr. Dr. *Bredt:*

Sie beantragen ständig, Herr v. Kühlmann sollte vernommen werden. Das haben Sie doch zum soundsovielten Male gesagt. Sie sagen immer wieder, man kann von Ihnen nicht verlangen, daß Sie alles aus der Vergangenheit wissen, was wir vollkommen zugestehen.

Aber zweitens möchte ich feststellen: Als ich die ganz entscheidenden Daten noch einmal vorgetragen habe, hat Herr Dr. Michaelis wörtlich gesagt: Auf diese Einzelheiten gehe ich nicht ein. Auf diese Einzelheiten kommt es aber an. Diese Einzelheiten, diese Daten, diese

Briefe sind dasjenige, worüber heute überhaupt verhandelt werden soll. Da stelle ich nur fest: Herr Dr. Michaelis hat eben wörtlich gesagt: Auf diese ganzen Einzelheiten des Herrn Dr. Bredt gehe ich nicht ein.

Zeuge Dr. *Michaelis:*

Ich habe gesagt: in dem Stadium, in dem vorhin gerade die Besprechung war, gehe ich auf die Dinge nicht ein, die Herr Dr. Bredt gesagt hat. Ich werde mir doch wohl vorbehalten können, wann ich etwa im Zusammenhang auf die Ausführungen des Herrn Dr. Bredt antworten werde. Das ist mein Recht. Ich behalte es mir für später vor. Es wird sich wohl noch mehr herausstellen.

Abg. *Scheidemann:*

Es ist mehrfach auf das von mir herausgegebene Buch Bezug genommen worden. Ich möchte ausdrücklich feststellen, daß das Buch nur Auszüge enthält. Meine Aufzeichnungen selbst sind viel umfangreicher. Ich habe inzwischen Zeit gehabt, Notizen nachzusehen, an die ich vorhin gar nicht gedacht habe. Es ist beispielsweise Bezug genommen auf ein Resümee, das der Herr Reichskanzler gegeben hat am Schluß der ersten Sitzung des Siebener-Ausschusses. Das habe ich vorhin nicht gefunden; ich habe es jetzt hier. Der Herr Reichskanzler hat damals zusammenfassend folgendes erklärt:

Es besteht wohl Einverständnis:

1. im allgemeinen mit den Ausführungen Kühlmanns,

— der durchaus mit uns in der Grundauffassung einig gegangen ist;

(Zuruf: In welcher Sitzung?)

— in der ersten Sitzung vom 28. August: „Wir geben Belgien heraus", das war unsere Grundauffassung;

2. besonders zu betonen sind die idealistischen Gesichtspunkte;

— das war eine Anregung, die ich damals als der erste Redner gegeben hatte. Ich habe gesagt: Das Ausland weist fortwährend auf alle möglichen „idealen Gesichtspunkte" hin, wir verstehen das eigentlich gar nicht so, die müssen auch einmal erwähnt werden. Weiter:

3. nichts tun, was die Verhandlungen behindern könnte.
4. Faßt die Anregungen über Belgien so auf, daß wir Friedensverhandlungen gefährden, wenn wir von Belgien *nichts* sagen.
5. Zunächst abwarten, was unsere Bundesgenossen sagen.
6. Demnächst weitere Beratung auf Grund der eingelaufenen Berichte unserer Verbündeten.

Ich will darauf aufmerksam machen, vielleicht ist das doch von einem gewissen Wert, weil ich immer mehr merke — auch Graf v. Westarp wird mir das nicht übelnehmen —, daß keiner von den Herren Notizen hat; das Gedächtnis läßt uns aber nach so vielen Jahren im Stich. Es scheint, ich bin der einzige, der damals überhaupt ausführlichere Aufzeichnungen gemacht hat.

Vorhin ist die Rede von der Aussprache des Herrn v. Kühlmann mit mir gewesen, und ich sprach die Vermutung aus, daß er wahr-

scheinlich auch mit Erzberger gesprochen hat. Ich habe jetzt Notizen gefunden, aus denen hervorgeht, daß in der Tat zwischen der ersten und der zweiten Sitzung des Siebener-Ausschusses eine Aussprache zwischen Herrn v. Kühlmann und Herrn Erzberger stattgefunden hat. Das geht daraus hervor, daß ich in meinen Notizen ausführlich von einem Bericht spreche, den ich an den sogenannten Interfraktionellen Ausschuß gegeben habe. Das war ein Ausschuß, der sich damals gebildet hatte und dem alle Parteien angehörten, die die Regierungsmehrheit bildeten. In einer Sitzung habe ich ausführlich berichtet über die Aussprache mit Herrn v. Kühlmann. Im Anschluß an den Bericht hat dann aber — und daraus können Sie ersehen, wie ausführlich ich notiert habe — Herr v. Payer, der leider wegen Krankheit nicht hier sein kann, folgendes gesagt: auch er sei überzeugt, daß wir zu Verhandlungen kaum kommen könnten, bevor über Belgien öffentlich Klarheit geschaffen sei; er sei aber doch verschiedener Ansicht mit uns in bezug auf die Form, in der das geschehen könne. Es erscheine ihm nach dem Gehörten fraglich, ob in der Tat die Antwort jetzt noch die beste Stelle sei, von der aus öffentlich über Belgien Erklärungen abgegeben werden. Wenn die Hypothesen Kühlmanns, von denen Scheidemann gesprochen hat, irgendeinen Untergrund hätten, so müsse man unbedingt Kühlmann recht geben. Er wolle sich also seine endgültige Stellung vorbehalten für den Nachmittag. Vielleicht ginge da Kühlmann mehr aus sich heraus. Auf jeden Fall akzeptiere er Scheidemanns Vorschlag, der Bezugnahme auf den 19. Juli — das ist der Tag, an dem die Friedensresolution beschlossen worden ist — verlange. Die Regierung müsse heute Nachmittag in der zweiten Sitzung des Siebener-Ausschusses offen reden; dann erst werde sich zeigen, ob wir überhaupt mitmachen können.

Herr Erzberger hat in derselben Sitzung über eine Aussprache mit Kühlmann gesprochen, d. h. er hat sie nur erwähnt, und stellte sich auf Kühlmanns Seite. Ich hatte den Eindruck, daß Herr v. Kühlmann dem Herrn Erzberger nicht alles gesagt hatte, was er mir mitteilte, denn Erzberger machte gar keine detaillierten Mitteilungen. Ich hatte Herrn v. Kühlmann ausdrücklich versprochen, und habe es selbstverständlich auch gehalten, nichts zu sagen, was irgendwie, wenn es durchsickere, eine Gefahr bringen könnte.

Nun kommt aber noch folgendes in Betracht: Der Siebener-Ausschuß war gar kein Ausschuß in dem Sinne, wie wir sonst Ausschüsse haben. Dieser Siebener-Ausschuß war gewählt worden als ein Ausschuß von Vertrauensleuten, die ganz sorgsam ausgesucht wurden, weil die Regierung erklärt hatte, sie könne manche Dinge nur wenigen Herren mitteilen, die dann, soweit sie glaubten, weitergehen zu können, mit ihren Fraktionsführern Rücksprache nehmen sollten. Das Mißtrauen der Regierung war damals sehr groß. Der Siebener-Ausschuß tagte nicht etwa so, daß wir nur zu sieben Abgeordneten anwesend

gewesen wären, sondern an diesen Sitzungen nahmen auch sieben Vertreter des Bundesrats teil. Aus meinen ausführlichen Aufzeichnungen geht hervor, daß sich an den Debatten beispielsweise Graf v. Lerchenfeld, Herr v. Boden und Freiherr v. Biegeleben, in der zweiten Sitzung auch der als Gast anwesende Reichstagspräsident Kaempf beteiligt haben.

Nun kommt es meines Erachtens auf folgendes an, und darüber müßte uns der frühere Reichskanzler Michaelis zweifellos eine Auskunft geben können. Es steht fest, daß durch die Verhandlungen eine gewisse Zweideutigkeit läuft. Diese Zweideutigkeit tritt einmal in die Erscheinung schon bei dem Verhalten des Kaisers, und zwar dadurch, daß er zunächst in einer bestimmten Situation für den Frieden arbeitete, daß er dann aber, als die amerikanische Antwort kam, sofort wieder gegen Wilson Stellung nahm und sagte: der muß herausgeschmissen werden. Diese Zweideutigkeit läuft aber nicht nur durch die Äußerungen des Kaisers, sondern auch durch alles, was die Herren, die die Verantwortung zu tragen hatten, der frühere Reichskanzler Michaelis und auch der Staatssekretär v. Kühlmann, getan haben. In der ersten Sitzung gab es das Resümee des Herrn Reichskanzlers: vollkommene Einmütigkeit. Dann kommt das Zwischenspiel Kühlmann-Scheidemann, Kühlmann-Erzberger. Sodann fand die zweite Sitzung am 10. September statt mit dem für uns Sozialdemokraten unbefriedigenden Ausgang. Der Siebener-Ausschuß, der ausgesucht und ausgesiebt worden war, hat niemals etwas von der inzwischen eingelaufenen Antwort des Nuntius Pacelli erfahren. Das ist die Angelegenheit, in bezug auf die der Herr Abgeordnete Joos zum Ausdruck gebracht hat, daß er unbedingt darauf bestehen müsse, einwandfreie Erklärungen zu erhalten. Davon haben wir nichts gehört.

Zweitens — und das scheint mir allerdings das Wichtigste zu sein —: Wir haben uns in der zweiten Sitzung des Siebener-Ausschusses dahin geeinigt — das habe ich vorhin schon erwähnt —: Wir wollen, wenn Sie das Wort „Belgien" nicht gebrauchen wollen, wenigstens auf die Friedensresolution hinweisen, weil nach der Friedensresolution eine Annexion Belgiens ja unter keinen Umständen in Betracht kommen kann. Das hat die Reichsregierung akzeptiert, und mit dieser Deklaration ist die Antwort abgefaßt worden. Trotzdem nachher der geheime Brief, den der Kollege Bredt ausgegraben hat und weiter die damit gar nicht in Einklang stehende, wenigstens für mich nicht in Einklang stehende Erklärung des Herrn Reichskanzlers, warum dieser Brief nebenhergelaufen war. Vielleicht kann der Herr Reichskanzler darauf Antwort geben.

Zeuge Dr. *Michaelis:*

Ich habe, glaube ich, schon wiederholt gesagt, daß dieser Brief ein vertraulicher Brief war und von uns vertraulich beantwortet wurde, so daß wir nicht einmal im Kronrat den Mitgliedern der Ministerien

usw. Mitteilung davon gemacht haben. Man hat mir ja auch in der Lamaschrift vorgeworfen, ich hätte den Kronrat belogen. Wir waren uns einig — der Kaiser, v. Kühlmann und ich — über den Weg, auf dem dieser Friedensfühler, wofür wir den Brief von Pacelli hielten, an uns gelangt war, nichts bekanntwerden zu lassen; denn selbst in einem Kreise wie dem Kronrat ist nicht unbedingt sicher, daß die Sache so geheimbleibt, wie sie geheimbleiben mußte. Darum mußte die Antwort geheimbleiben. Wir waren gebeten worden, vertraulich etwas über Belgien zu sagen, auch wenn wir es ablehnen zu sollen meinten, es in einer offiziellen Antwortnote zu tun. Die Antwort lautete: Wir können jetzt noch nicht antworten; aber grundsätzlich sind wir nicht dagegen, und was wir über Belgien zu sagen haben, wird nie ein wirkliches Hindernis des Friedens bilden. Darüber geht Herr Dr. Bredt einfach hinweg. Wir betrachteten die belgische Sache grundsätzlich als kein Hindernis des Friedens, aber wir konnten nicht sagen: Belgien kann bedingungslos herausgegeben werden. Darüber waren wir uns im Kronrat alle klar. Die zu stellenden Bedingungen waren teils militärischer, teils wirtschaftlicher Natur. Die Bedingungen sollten erst besprochen und fixiert werden. Darum war es nicht irgendein Zeichen von Mißtrauen, sondern es war eine einfache Notwendigkeit der unbedingt vertraulichen Behandlung einer Sache, die nach unserer Meinung durch die geringste Ausbreitung in ihrem Keim erstickt werden konnte, wenn wir keine Mitteilung an den Siebener-Ausschuß machten.

Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp:*

Ich habe mich selbst zum Worte gemeldet. Die Darstellung der Dinge zwischen dem Abgang der Note an den Papst und dem Abgang des sogenannten Geheimbriefs, wie sie Herr Dr. Michaelis gegeben hat, scheint mir auf Grund der Akten nach meiner persönlichen Auffassung die richtige zu sein. Aber ich bitte zu einem andern Punkt um Aufklärung. Die Kurie hat ausdrücklich gewünscht, daß die „Note", also die offizielle Antwort an den Papst, nicht veröffentlicht werden sollte. Ich möchte gern wissen, wer deutscherseits auf die Veröffentlichung gedrängt hat. Ist es die Regierung gewesen, oder war es der Siebener-Ausschuß oder waren es andere Kreise des Reichstags? Mir ist jedenfalls aufgefallen, daß seitens der Kurie immer wieder gesagt worden ist: Veröffentlicht die Note nicht oder wartet noch mit ihrer Veröffentlichung. Man versuchte also anscheinend auf ihrer Seite zwischen Abgang und Veröffentlichung der Note noch soviel als möglich an Zugeständnissen deutscherseits herauszuholen. Irgend jemand muß doch verantwortlich gewesen sein für die sofortige Veröffentlichung der Note deutscherseits.

(Zeuge Dr. *Michaelis:* Die Regierung ist dafür verantwortlich!) Die deutsche Regierung hat diese Veröffentlichung mit Zustimmung des Reichstags, beziehentlich einzelner Vertreter des Reichstags unter-

nommen. Ist die Veröffentlichung besonders auf Betreiben gewisser Kreise des Reichstags veranlaßt worden?

(Zeuge Dr. *Michaelis:* Das weiß ich nicht mehr!)

Abg. *Treviranus* (zur Geschäftsordnung):

Der Herr Abg. Joos hat sehr klar und präzis die beiden Fragen formuliert, auf die es ankommt. Darauf hat der Herr Zeuge geantwortet mit der Bitte, zur Ergänzung seiner Aussage den ihm verantwortlichen Staatssekretär v. Kühlmann hören zu wollen. Dann ist der Antrag gestellt worden, dieser Bitte nachzugeben. Das wurde abgelehnt. Seither ist zwar vieles geredet worden. Aber man hat es vermieden, auf den Kernpunkt dieser beiden Fragen einzugehen. Ich glaube, daß es im Interesse der Beschleunigung der Wahrheitserforschung nunmehr an der Zeit wäre, die Bitte auszusprechen, die Vernehmung des Staatssekretärs von Kühlmann nicht länger hinauszuschieben.

Abg. *Joos* (zur Geschäftsordnung):

Ich nehme an, daß dieser Gesichtspunkt, auf den der Herr Kollege eben aufmerksam macht, der ist: Was sind das für nebenhergehende Informationen,

(Abg. *Treviranus:* Sehr richtig!)

wer war der Träger solcher Informationen? Sobald wir mit unseren Fragen an den Herrn Zeugen zu Ende sind, werden wir ja diese Angelegenheit aufgreifen müssen.

(Zustimmung.)

Nun haben wir aber noch einige Fragen zu stellen, und ich bitte deshalb, die Fragestellung weitergehen zu lassen. Ich persönlich hätte auch noch eine Frage, die ich vielleicht gleich anbringen kann.

Der Brief vom 24. September ist so „vertraulich" behandelt worden, Exzellenz, daß selbst der Kronrat und andere Instanzen wie O. H. L. usw., wenn ich Sie richtig verstanden habe, nichts davon wußten oder jedenfalls keine Einzelheiten kannten. Nun fällt mir aber trotzdem auf, wie schwer es sein muß, zu konstruieren, daß dieser Brief noch in der Richtung der allgemeinen Friedenstendenz lag, wenn es zum Schlusse heißt, daß die *„Absichten und nötigen Forderungen der deutschen Regierung"* dem Römischen Stuhl angemeldet werden. Ich kann beim besten Willen in einem solchen Brief auch nicht irgendeinen Keim von Verständigungswillen finden, wie Exzellenz meinten, als Sie sagten: „Belgien würde für uns nie ein wirkliches Hindernis gewesen sein, und Rom muß das gewußt haben." Nach diesem Brief konnte niemand wissen, daß Belgien nie ein wirkliches Hindernis beim Abschluß des Friedens sein würde, da man ja noch von „Forderungen" und von „Absichten" sprach. —

Dann das Zweite! Ich kann wohl annehmen, daß über die Nichtvorlage des Briefes des Nuntius Pacelli und des Antwortschreibens der Reichsregierung an den Nuntius — beide sind dem Siebener-Ausschuß

nicht vorgelegt worden — der damalige Herr Reichskanzler mit dem damaligen Herrn Staatssekretär einig ging, daß er mit ihm die Sache besprochen hat und daß beide Herren der Meinung waren: Wir legen diese Schriftstücke dem Siebener-Ausschuß nicht vor. Kann ich das annehmen?

Zeuge Dr. *Michaelis:*

Es ist hierbei allerdings ein Irrtum vorgekommen. Sie sagten, Herr Abgeordneter, der Brief vom 24. sei dem Kronrat nicht vorgelegt worden. Das war ja gar nicht möglich. Der Kronrat war am 11., der Brief ist vom 24. datiert. Den Pacellibrief, der Veranlassung zum Kronrat gab, haben Herr v. Kühlmann und ich in seinem ganzen Aufbau keinem Menschen mitgeteilt außer dem Kaiser und, wenn ich nicht irre, Herrn Helfferich. Wir wollten nicht in einem Kreise von immerhin 20 oder 21 Herren den Weg verraten, auf dem dieser Fühler zu uns gekommen war. Wir haben öfters schlimme Erfahrungen mit derartigen Fühlern gemacht. Die zarten, dünnen Fäden wurden oft durch irgendeinen vielleicht ganz wohlgemeinten, aber ungeschickten Schachzug wieder durchkreuzt. Darum ist dem Kronrat von mir gesagt worden: Es sei jetzt zum erstenmal, seitdem ich Reichskanzler bin, eine Anregung gekommen, und zwar von englischer Seite, die uns so scheint, als wenn hier wirklich ein ehrlicher Wille, zu Verhandlungen zu kommen, bestände. Voraussetzung sei eine Klarstellung über unsere Ziele betreffend Belgien.

Nun sollen die Forderungen, die wir gestellt hätten, die Friedensaktion zunichte gemacht haben. Wir waren uns darüber klar, daß in Belgien — der Kaiser hat das mit den Worten ausgedrückt: „Der König kann wiederkommen“ usw. — die volle Souveränität wiederhergestellt wird, und zwar in politischer Beziehung und in militärischer Beziehung, sodaß nicht eine Inanspruchnahme von Teilen des belgischen Staates für uns in Frage kommen konnte. Wir waren uns aber darüber klar: Wenn wir wirklich in Zukunft mit Belgien zu einem andern Stand des Zusammenlebens kommen wollen, wenn für uns in Zukunft die Garantie gegeben sein soll, daß Belgien nie wieder Seitensprünge machen kann, dann müßte es wirtschaftlich so mit uns verbunden sein, daß sein Interesse mit dem unsrigen identisch wäre. Diese Fragen bezogen sich auf den Hafen von Antwerpen, auf die Benutzung der viergleisigen Bahn, die von uns nach Antwerpen gebaut war, auf Frachtabreden und andere Dinge. Es waren meistens Dinge, die sich auf die Industrie bezogen und in denen eine größere Gemeinschaftlichkeit des Kapital-Interesses eintreten mußte. Das waren die Forderungen, von denen wir sprechen wollten, wirtschaftliche Forderungen, von denen der Kaiser gesagt hat: „Das ist aber eine Sache, die zwischen Belgien und uns in letzter Linie ausgemacht werden muß,“ ferner Forderungen an England. Diese Forderungen sollten auf Wunsch der Marineverwaltung in bezug auf einen Stützpunkt gestellt

werden, für den der Kaiser an Valona und Korfu dachte. Alles das waren nach unserer Meinung keine Hindernisse für Friedensverhandlungen über Belgien.

Abg. Dr. *Bergsträßer:*

Wenn ich Sie richtig verstanden habe, Herr Zeuge, so haben Sie vorhin gesagt, diese Antwort vom 24. September, die nach Ihrer Auffassung kein Zuschlagen der Tür bedeutet habe, sei eigentlich in gewissem Sinne nichts anderes als das, was auch in der ersten Antwort gesagt worden ist; die Antwort habe grundsätzlich weder anderes noch etwas Neues enthalten. Ich glaube, daß ich so richtig verstanden habe.

Zeuge Dr. *Michaelis:*

Wenn ich recht in Erinnerung habe, so habe ich gesagt: Sie lief in derselben Richtung.

Abg. Dr. *Bergsträßer:*

Schön! Dann will ich diesen Ausdruck übernehmen. Wenn nun nach Ihrer Auffassung diese zweite Mitteilung in derselben Richtung lag, dann möchte ich bitten, mir zu sagen, warum diese zweite Mitteilung noch ergangen ist. Das wäre die erste Frage. Ich würde dann noch eine Zusatzfrage zu stellen haben.

Zeuge Dr. *Michaelis:*

Die zweite Mitteilung erfolgte, weil mehrfach auf Antwort gedrängt wurde. Es war, wie Herr v. Kühlmann sich ausdrückte, ein Zwischenbescheid, wenn ich juristisch diesen Ausdruck einmal gebrauchen soll. Es war ein Zwischenbescheid, der dahin ging: Verliert nicht die Geduld, wir verhandeln; wir hoffen, demnächst eine endgültige Antwort geben zu können; wir werden selbstverständlich gewisse Forderungen stellen müssen; aber das Ganze soll nicht ein Hinderungsgrund sein; beruhigt Euch. Es kam darauf an, einen diplomatisch höflichen Zwischenbescheid an den Nuntius zu geben.

Abg. Dr. *Bergsträßer:*

Wenn Sie nun gesagt haben, daß dieser zweite Zwischenbescheid vom 24. September in derselben Richtung ging, würden Sie dann nicht selbst zugeben, daß dieser Bescheid vom 24. September in bezug auf Belgien, sagen wir einmal, vom Standpunkt des Nuntius Pacelli aus weniger enthielt als die offizielle Antwort mit ihrem Bezug auf die Friedensresolution?

Zeuge Dr. *Michaelis:*

Diese Empfindung hatte ich, glaube ich, nicht; ich habe sie wenigstens heute nicht in der Erinnerung. Ich glaube vielmehr, daß durch diesen Brief an den Nuntius klargemacht würde, daß die Stellungnahme in der Papstnote, wo Belgien nicht erwähnt ist, einen Schritt vorwärtskommt.

(Abg. Dr. *Bergsträßer:* Einen Schritt vorwärts im Sinne der Konkretisierung?)

Richtig!

Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp:*

Die Frage der Auslegung des Wortlautes der deutschen Antwortnote spielt natürlich eine große Rolle; ich erinnere mich irgendwo gelesen zu haben, daß deutscherseits der Standpunkt vertreten worden ist: wenn von der anderen Seite die Note dahin ausgelegt wird, daß sie einen Verzicht auf Belgien enthalte, so könne man nichts dagegen haben.

Abg. Dr. *Bergsträßer:*

Darf ich nun noch eine Frage stellen! Es ist bekannt, daß mit der O. H. L. über die Art, wie die belgische Frage beantwortet werden solle, ein Schriftwechsel stattgefunden hat. Ist zwischen der Absendung der offiziellen Antwort und der Absendung dieses, wie der Zeuge sagt, Zwischenbescheides noch einmal mit der O. H. L. selbst oder mit einem ihrer Vertreter — es sind ja verschiedene gewesen — über die Dinge gesprochen worden?

(Zeuge Dr. *Michaelis:* Ich glaube, nein!)

Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp:*

Aus den Akten ist nichts Derartiges ersichtlich, Herr Kollege.

Abg. Dr. *Bergsträßer:*

Gewisse Gespräche werden ja nicht immer nachher notiert.

Zeuge Dr. *Michaelis:*

Ich habe ausdrücklich gesagt: ich glaube. Ich bitte doch zu bedenken, daß ich einen eigenen Verbindungsoffizier zur O. H. L. hatte, nämlich den Oberst v. Winterfeldt, der bei mir dauernd in der Reichskanzlei war. Er hatte ein direktes Telephon nach der O. H. L. und war täglich mit der O. H. L. verbunden, so daß, da Herr v. Winterfeldt fast täglich zu mir zum Vortrag kam, es ohne weiteres möglich ist, daß er sich in Verbindung gesetzt hat. Das sind ja alles Dinge, die sich meiner Kenntnis entziehen.

Abg. Dr. *Bergsträßer:*

Dann wollte ich noch eine zweite Frage stellen. Erinnern Sie sich daran, ob über diesen Zwischenbescheid vom 24. September der O. H. L. eine Mitteilung gemacht worden ist oder nicht?

Zeuge Dr. *Michaelis:*

Das glaube ich nicht, weil gerade der O. H. L. gegenüber unsere Vertraulichkeit, unsere Verschwiegenheit in erster Linie in Frage kam, der O. H. L. in ihrer großen Zusammensetzung. Also nicht die großen Götter, sondern die dii minorum gentium waren es, auf die es uns so ankam, die durften von diesen Dingen nichts erfahren. Darum glaube ich, in diesem Falle sagen zu können, daß der O. H. L. von diesem Schreiben vom 24. 9. nichts zur Kenntnis gekommen ist, soweit es nicht vertraulich vielleicht mit dem Feldmarschall durch Herrn von Winterfeldt geschehen ist.

Abg. Dr. *Bergsträßer:*

Dann noch eine Frage, die auf einem etwas anderen Boden steht.

Mir scheint, da doch die zweite Antwort in derselben Richtung wie die erste sich bewegte, da man aber von der ersten Antwort wußte, daß sie dem Papst oder seinem Vertreter nicht genügen werde — Herr Dr. Bredt gebrauchte sogar den Ausdruck „die Sache zerschlagen werde" —, da das vor der Sitzung mit dem Siebener-Ausschuß bekannt war, so ist doch — so stellt sich mir die Sache im Augenblick dar —

(Zeuge Dr. *Michaelis:* Es war *nach* der Sitzung gewesen. Die Sitzung ist am 10. gewesen, wenn ich nicht irre, und dies ist am 18. präsentiert worden.)

— Dann habe ich eine Äußerung des Zeugen vorher nicht ganz richtig aufgefaßt.

Abg. Dr. *Rosenberg:*

Ich halte es doch für nötig, noch einmal zu betonen, daß der Untersuchungsausschuß kein Urteil zu der Frage abgeben will, ob 1917 ernste Friedensmöglichkeiten vorhanden waren oder nicht. Darüber kann man sehr verschiedener Meinung sein. Uns interessiert in erster Linie das konstitutionelle Verhältnis und das Machtverhältnis innerpolitischer Art zwischen Reichsregierung, Reichstag und O. H. L. Nun wollte ich mir folgende Frage gestatten: Von der damaligen Reichsregierung ist doch ein ganz bestimmter Verhandlungs- und Friedensplan aufgestellt worden; man glaubte, auf einem bestimmten Weg damals zum Frieden gelangen zu können. Mit bestimmten Mitteln — auf Einzelheiten will ich nicht eingehen —, und man hatte auch bestimmte Gedanken, was man z. B. in bezug auf Belgien fordern könne. Nun kommt es für mich darauf an, daß die Reichsregierung über diesen Plan im einzelnen den Reichstag bzw. den Siebener-Ausschuß nicht orientierte, dagegen die O. H. L. orientierte, wenigstens Herrn v. Hindenburg; denn über Belgien gab es doch zwei verschiedene Auffassungen. Die eine sagte: Belgien muß restlos, ohne Vorbehalt zurückgegeben werden; die andere sagte: es kann nur zurückgegeben werden mit gewissen Vorbehalten, gewissen Zugeständnissen für Deutschland, Lüttich, wirtschaftliche Dinge usw. Nun ist die Sache offenbar nach den Akten so gelaufen, daß sich der Herr Reichskanzler damals mit Herrn v. Hindenburg in Verbindung setzte und daß man eine Einigung über gewisse Forderungen erzielte, die Deutschland an Belgien stellen würde, daß aber der Siebener-Ausschuß und der Reichstag sowie die Öffentlichkeit der Meinung waren, daß Deutschland auf Grund der Friedensresolution und des offiziellen Wortlauts der Papstnote Belgien restlos zurückgeben würde. Nun wollte ich den Herrn Reichskanzler Dr. Michaelis fragen, ob er sich dieses Widerspruches bewußt war, daß also der Siebener-Ausschuß über Deutschlands Belgienpolitik eine andere Auffassung hatte als die Politik, die wirklich festgelegt war, als jene Auffassung, die der Herr Reichskanzler selbst hatte, Herr v. Kühlmann und der Feldmarschall

Hindenburg. Also meine erste Frage ist die, ob der Herr Reichskanzler sich über diesen Gegensatz klar war, und wenn er sich darüber klar war, ob er vielleicht der Meinung war, es sei im Interesse der Sache, im Interesse der Friedensmöglichkeit und dieser ganzen Politik, daß der Reichstag und der Siebener-Ausschuß die Einzelheiten nicht erfuhren.

Zeuge Dr. *Michaelis:*

Es ist wohl zunächst insofern eine nicht ganz zutreffende Auffassung, als wenn es sich um einen wirklichen Friedensplan gehandelt haben könnte. Das, was ich in meiner Kanzlerzeit vermißt habe, war, daß wir nicht in der genügenden Weise die Möglichkeit eines Friedensschlusses schon vorher erörtert und beraten hätten, über alles das, was rechtlich, politisch, wirtschaftspolitisch usw. zu ordnen war. Ich habe mit Herrn Dr. Helfferich namentlich über diese Dinge viel verhandelt, und er mit seinem außerordentlichen wirtschaftlichen Verständnis betonte auch namentlich die wirtschaftliche Seite. Aber alles das ist leider nie zu irgendeinem Plane gekommen, von dem man hätte sagen können: Hier ist etwas Einheitliches, Großes. Es müßte denn sein, daß im Auswärtigen Amt von irgendwelchen Referenten, die aus eigenem Drange mit solchen Arbeiten beschäftigt waren, etwas vorlag, das weiß ich nicht.

Was aber nun Belgien betrifft, so war die Feststellung mit dem Feldmarschall bzw. der O. H. L. immer nur eine negative, negativ insofern: soll aus militärischen Gründen ein Teil von Belgien in Anspruch genommen werden oder nicht, und da wurden diese Gegensätze scharf, insbesondere über Lüttich, über die flandrische Küste; aber in der Sitzung selbst wurde von der O. H. L. gesagt: Lüttich müssen wir dann wenigstens solange behalten, bis wir uns überzeugt haben, daß die Forderungen, die wir auf wirtschaftlichem Gebiete stellten, erreicht sind. Darum wurde seitens der O. H. L. auf Lüttichs Besitz für eine bestimmte Zeit mindestens Wert gelegt. Nur insofern ist mit der O. H. L. ein Plan besprochen worden. Daß wir schon hätten von Gegensätzen der Auffassung über die Aufstellung dieses Planes sprechen und sagen sollen: der Siebener-Ausschuß wird diese Auffassung haben und die Reichsleitung diese, das kann ich verneinen, das ist nicht der Fall gewesen. Es würde vielleicht interessant sein, aber zu weit führen, wenn man im einzelnen zeigen würde, wie ich mit Herrn v. Kühlmann von Anfang an alle diese Dinge bearbeitet habe. So habe ich in meinen Akten einen Brief gefunden von Herrn v. Kühlmann und seine Zustimmung festgestellt, ihn bei geeigneter Gelegenheit zu verwerten. Als ich Herrn v. Kühlmann fragte, ob er das Staatssekretariat des Auswärtigen übernehmen wolle, hat er einen großzügigen Brief geschrieben, in dem er seine politischen Gedanken über den Friedensschluß aussprach. In diesem Briefe steht auch, daß Belgien wiederhergestellt werden müsse; aber auch dort wird von

allgemeinen Forderungen usw. gesprochen. Der Brief ist sonst nicht geeignet, jetzt zur Kenntnis gebracht zu werden. Er war zu meiner „persönlichen Orientierung" über seine Auffassung über die wirtschaftlichen und politischen Gedanken geschrieben und hat die Richtlinien für unser Zusammenarbeiten gezogen. Ich konnte ihnen im allgemeinen durchaus zustimmen. Der Unterschied zwischen uns beiden ist eigentlich der gewesen, daß ich dauernd an dem vollen Vertrauen zu unserem Heer, zu unserer Marine und ihrem endlichen Erfolg festhielt, während Herr v. Kühlmann ein kritischerer Beobachter auf diesem Gebiete gewesen ist und darum eher geneigt war, so schnell wie möglich zum Frieden zu kommen. Der Unterschied bestand aber nicht in der Auffassung über die Ziele, die wir uns zu stecken hatten.

Abg. Dr. *Rosenberg* (zur Ergänzung der Fragestellung):

Bei der sehr langen Zeit, die vergangen war und bei der großen Zahl von Akten, die damals gemacht wurden, ist es natürlich nicht verwunderlich, wenn sich der Herr Zeuge an das oder jenes nicht mehr entsinnen kann. Ich möchte aber auf den Brief verweisen, den der Herr Zeuge am 12. September an den Feldmarschall Hindenburg geschrieben hat. Da heißt es: „Ich nehme als Forderung der O. H. L., an der unbedingt nach Ihrer Meinung festgehalten werden muß, in unseren Verhandlungsplan auf" — nun kommt im einzelnen, daß Sie beide zum Schutz unserer westlichen Industrie in erster Linie Lüttich fordern, und ähnliches mehr. Daraus geht doch hervor, daß bestimmte Verhandlungspläne präziser Art damals da waren, die auch ganz bestimmte Einzelheiten über Belgien enthielten. Für mich und für den Ausschuß überhaupt, für unsere Fragestellung ist es sehr bedeutsam, daß über die Details dieser Verhandlungspläne zwischen Reichsleitung und Herrn v. Hindenburg verhandelt wurde, daß aber der Siebener-Ausschuß davon nichts wußte, und deshalb wollte ich mir noch einmal die ergänzende Frage gestatten, die der Herr Zeuge noch nicht ganz beantwortet hat: Hielten Sie diese Differenzierung für nützlich? Waren Sie der Meinung, es sei der Politik, der Sache schädlich, wenn der Siebener-Ausschuß auch diese Einzelheiten erfahren würde?

Zeuge Dr. *Michaelis:*

Es wird jetzt immer so aufgefaßt, als wenn der Siebener-Ausschuß ein auch vom Reichstag voll begrüßtes Instrument gewesen wäre, um bei dem Verkehr mit der Reichsregierung dauernd ein Bindeglied zwischen Regierung und Parlament zu sein. Das war mein Gedanke; der ist aber abgelehnt worden. Ich wollte ein derartiges dauerndes Organ haben, um eine vertrauensvolle Zusammenarbeit zu ermöglichen. Das wurde aber abgelehnt, sowohl von rechts wie von links, von der linken Seite, weil man glaubte, es solle damit der Hauptausschuß bis zu einem gewissen Grade ausgeschaltet werden, man wolle sich regierungsseitig in Zukunft in der Regel mit dem Sie-

bener-Ausschuß begnügen, und von der rechten Seite, weil man darin den ersten Schritt sah, dem Parlament Einfluß auf die Verwaltung und die laufenden Geschäfte zu geben, so daß der Gedanke, den ich hatte, den Siebener-Ausschuß als ein ständiges Vertrauensglied zwischen Reichstag und Regierung zu setzen, nicht durchgedrungen ist. Man sprach sich im Hauptausschuß des Reichstags deshalb dahin aus, daß der Siebener-Ausschuß zunächst mit der Fassung des Wortlauts der päpstlichen Note befaßt werden sollte. Irgendwelche weiteren Aufgaben, insbesondere die gewaltige Aufgabe der Aufstellung von Verhandlungsplänen für den Frieden lagen nicht im Rahmen der Zuständigkeit des Siebener-Ausschusses. Ich glaube, das werden die Herren des Siebener-Ausschusses durchaus bestätigen.

Was nun meinen Brief an Hindenburg vom 12. September 1917, der viel mißverstanden worden ist, anlangt, so wiederhole ich, was ich darüber gesagt habe und was ich meine: Es war schwer, mit der O. H. L., die je nach der Kriegslage ihre Auffassung über die Friedensziele änderte, immer bindende Abmachungen über die von ihr zu erhebenden Forderungen zu treffen. Demgegenüber wollte ich nach dem Kronrat zum Ausdruck bringen, daß wir bei künftigen Verhandlungen — hätte ich statt Verhandlungen „Besprechungen" gesagt, wäre es klarer gewesen —, daß wir bei unseren künftigen Besprechungen nicht wieder von der flandrischen Küste anfangen wollen. Die sei auf jeden Fall erledigt, selbst wenn wir nicht Frieden bis zum Ende des Jahres bekommen: Aber auch im übrigen müsse die O. H. L. festhalten, was sie im Kronrat gesagt habe, und müsse helfen, daß von jetzt ab hinsichtlich der Friedensziele eine gemäßigtere Auffassung Platz greife. In welchem Sinne der ganze Brief geschrieben war, das zeige der Schlußsatz, der auch jetzt wieder, wie 1919 in Weimar, verschwiegen wurde, daß, wenn es uns möglich wäre, unserem armen, gequälten Volke Frieden zu geben, dann dürfe auch nicht ein noch so wertvoller Stützpunkt, wie etwa Lüttich, es hindern. Der Satz steht auch nicht in dem Bredtschen Gutachten. Aber gerade auf diesen Schlußsatz ist eminenter Wert zu legen. Wenn ich einen Brief an den Feldmarschall von Hindenburg geschrieben habe, wo zum Schluß steht: Und so bitte ich den Feldmarschall, mitzuwirken, daß hinsichtlich der Friedensziele jetzt eine mäßigere Richtung bei der O. H. L. Platz greift, wir könnten wegen eines auch noch so wertvollen militärischen Stützpunktes unser armes, gequältes Volk auch nicht einen Monat länger mit diesem Krieg belasten, dann bitte ich, das doch einmal zur Kenntnis zu nehmen und meiner Auffassung gegenüber der O. H. L. auf Grund dieser Mitteilung doch den Charakter zu geben, den ich gegeben haben wollte.

Abg. Graf *v. Westarp:*

Ich habe einige Fragen, die ich im Augenblick zurückstellen möchte, weil ich annehme, daß sie durch Herrn v. Kühlmann besser

beantwortet werden können als durch den Herrn Reichskanzler Michaelis. Ich würde, falls der Ausschuß wider Erwarten beschließen sollte, Herrn v. Kühlmann nicht zu vernehmen, mir vorbehalten, sie an den Herrn Reichskanzler zu richten, um zu versuchen, auf diese Weise wenigstens eine Aufklärung zu schaffen.

Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp:*

Ich glaube, Herr Abg. Graf v. Westarp, nachdem ich durch Umfrage die Meinung des Ausschusses festgestellt habe, daß der Vernehmung des Staatssekretärs v. Kühlmann kein Hindernis in den Weg gelegt wird. Ich habe die Absicht, diese Vernehmung für morgen in Vorschlag zu bringen.

Abg. Graf *v. Westarp:*

Dann werde ich mir diese Fragen vorbehalten und möchte jetzt den Herrn Reichskanzler im Anschluß an etwas, was er ausführte, um eine Ergänzung bitten. Auch ich erinnere mich, daß der Siebener-Ausschuß nicht, vielleicht entgegen dem Wunsche des Reichskanzlers, eingerichtet worden ist als eine ständige Einrichtung zur Beeinflussung der auswärtigen Politik, sondern daß er gewissermaßen, nachdem sowohl von links wie von rechts, wie es der Herr Reichskanzler zutreffend dargestellt hat, Bedenken dagegen erhoben waren, zunächst einmal als ein Versuch betrachtet wurde, der sich darauf beschränkte, mit ihm über einen einzelnen Gegenstand zu verhandeln, nämlich über die Antwort auf die Papstnote, und daß darnach erst entschieden werden sollte, ob der Siebener-Ausschuß weitergehen sollte oder nicht. Darnach wäre also der Sachverhalt der gewesen, daß am 10. September, wo wir das zweite Mal gesessen haben, der Wortlaut der Papstnote skizziert worden ist.

(Abg. *Scheidemann:* Nicht der Wortlaut.)

— Ich erinnere mich aber, daß uns gewisse Formulierungen und Entwürfe vorgelesen wurden, über die vielleicht nicht im einzelnen formulierend beschlossen wurde, daß uns aber doch bekanntgegeben worden ist, daß damit ein gewisser Abschluß erzielt wäre. Nunmehr hatte der Siebener-Ausschuß zu der ihm vorgelegten einzigen Frage: Wie soll die Papstnote beantwortet werden? Stellung genommen. Dann ist er nicht mehr in Funktion getreten, und ich glaube, daß auch der interfraktionelle Ausschuß der Links- und Mittelparteien ein weiteres Funktionieren des Siebener-Ausschusses nicht verlangt hat. Damit war doch wohl die Meinung die, daß am 10. September mit der Festsetzung der Papstnote diese Aktion abgeschlossen war. Der Brief von Pacelli, der am 18. einging, —

(Sachverständiger Abg. D. Dr. Dr. *Bredt:* Nein, am 30. August. — Zeuge Dr. *Michaelis:* Jawohl, der Pacelli-Brief ist am 18. präsentiert worden.)

— und die Antwort vom 24. war gegenüber der Festlegung der Antwortnote ein Novum, eine neue diplomatische Aktion, zu der eine

formelle Verpflichtung, den Siebener-Ausschuß in Tätigkeit zu setzen, doch wohl von Ihnen nicht mehr als vorliegend angesehen wurde, um so mehr als nun diese neue Aktion: Antwort vom 24., in Verbindung stand mit den anderen vertraulichen Sondierungen und Fühlungen, die nebenhergegangen sind, und die Form und Inhalt der Antwort vom 24. September mitbestimmt haben und die geheim gehalten werden sollte, und über die vielleicht in anderem Zusammenhang Herr v. Kühlmann aussagen wird. Am 10. September, als wir saßen, lagen nun Informationen vor, die Herr v. Kühlmann dem Herrn Scheidemann nach seinem Buche auf Seite 111 gegeben hat. Über diese Informationen und deren Ursprung werden wir Herrn v. Kühlmann noch zu fragen haben. Ich wollte hier nur noch einmal feststellen, daß der Brief vom 24. außerhalb der Aktion gefallen ist, für die der Siebener-Ausschuß in Tätigkeit gesetzt worden ist, und zwar gefallen ist nach Abschluß der Verhandlungen mit dem Siebener-Ausschuß.

(Abg. Dr. *Bergsträßer:* Das ist keine Feststellung, sondern eine Meinung.)

— Ich wollte eben fragen, ob das die Meinung des Zeugen ist.

Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp:*

Die Frage, wie weit „Feststellungen" gemacht werden können, ist dem Ausschusse und seinen weiteren Beratungen zu überlassen. Mir scheint bei der ganzen Behandlung dieser Frage wichtig, was für Besprechungen neben den Sitzungen des Siebener-Ausschusses stattgefunden haben. Ich persönlich habe den Eindruck, daß der Siebener-Ausschuß tatsächlich bei der Entscheidung durch die Sonderverhandlungen mit einzelnen Abgeordneten beiseite geschoben worden ist. Dabei sind besonders *die* Abgeordneten in den Vordergrund getreten, die die Träger der Friedensentschließung waren; mit ihnen suchte die Regierung auch diese ganze Aktion zu machen.

Abg. *Dittmann:*

Der Herr Zeuge und auch Herr Graf Westarp haben besonderes Gewicht darauf gelegt, daß der Siebener-Ausschuß verfassungsrechtlich keine Grundlage gehabt habe. Das ist durchaus richtig; ich habe es früher auch schon betont, aber das war während des Krieges keine Seltenheit. Ich erinnere daran, daß kurz nach Ausbruch des Krieges — ich erinnere mich deutlich an die Verhandlungen im Dezember 1914 — eine freie Kommission aus allen Parteien gebildet wurde, die sozusagen an die Stelle des Haushaltsausschusses trat, vor der alle Probleme erörtert wurden, die den Krieg überhaupt betrafen. Dasselbe war nun auch bei diesem Siebener-Ausschuß der Fall, der ein Vertrauensausschuß des Reichstages war, um mit der Regierung den Weg zum Frieden zu suchen, der auf der Basis der Friedensresolution vom 19. Juli 1917 gesucht werden sollte.

Nun haben wir aber — ich möchte das durch den Herrn Zeugen bestätigt haben, deswegen wiederhole ich es, ich möchte wissen, daß ich ihn nicht etwa falsch verstanden habe — durch den Herrn Zeugen gehört, daß dem Siebener-Ausschuß nur ganz beschränkte Informationen zuteil geworden sind, daß ihm nicht alle Informationen über die Verhandlungen zwischen dem Papst und der deutschen Regierung mitgeteilt worden sind, daß ihm gar keine Mitteilung über die geheime Friedensverhandlung gemacht worden ist, die man damals mit England zu führen glaubte. Ist denn nicht auch dem Herrn Reichskanzler Michaelis damals bereits die Auffassung gekommen, daß eigentlich die Regierung dem Siebener-Ausschuß gegenüber so eine Art von doppelter Buchführung betreibe und daß der Siebener-Ausschuß, wenn er gewußt hätte, wie er von der Regierung behandelt wurde, sich selbst als fünftes Rad am Wagen betrachten mußte — daß der Siebener-Ausschuß jedenfalls seine Aufgabe nicht so aufgefaßt hat, wie der Herr Zeuge nach seiner Darstellung sie aufgefaßt hat? — Die anderen Fragen will ich zurückstellen.

Zeuge Dr. *Michaelis:*

Ich wiederhole, daß ich den Siebener-Ausschuß gern ausgebaut hätte. Auf die verfassungsrechtliche Grundlage wäre es mir gar nicht angekommen. Das war während des Kriegs in der Tat nicht eine conditio sine qua non. Es wäre mir aber sehr erwünscht gewesen, in dem Siebener-Ausschuß ein Verbindungsorgan zwischen Reichsregierung und Parlament zu bekommen, denn durch die dauernden Einberufungen des Hauptausschusses, der schließlich durch die große Zahl der Mitglieder und Zuhörer wie ein Plenum war, war in der Tat geheime Politik schwer zu treiben. Darum wäre mir dieses Organ außerordentlich erwünscht gewesen. Ich wiederhole aber ausdrücklich, daß von allen Seiten — links und rechts — hiergegen Widerspruch erhoben wurde. Es wurde bekämpft von links, wie ich es vorhin gesagt habe: man will damit den Hauptausschuß beiseite drücken; und von rechts: das ist der erste Schritt, um seitens des Parlaments auf die laufende Geschäftsführung und Verwaltung einzuwirken. Ich kann nicht dafür verantwortlich gemacht werden, daß sich der Ausschuß nicht zu dem entwickelt hat, was ich wollte. Das lag am Widerspruch des Parlaments.

Abg. *Dittmann:*

Nach dieser Auskunft legt der Zeuge entscheidendes Gewicht auf die Frage, ob der Siebener-Ausschuß verfassungsrechtlich verankert wurde.

(Zeuge Dr. *Michaelis:* Nein! — Abg. *Joos:* Ob er nach dem 10. September noch etwas zu sagen hat!)

— Er sagt selbst, er bedauert, daß er nicht so ausgebaut wurde, wie er es gewünscht hat. Aber gerade wenn er den Wunsch gehabt hat, hätte es doch nahegelegen, dem Ausschuß auch alle diese Mitteilungen

über die Verhandlungen mit England zu machen, auch die Mitteilungen, wie die Dinge mit dem Papst standen. Denn der Siebener-Ausschuß war ja gar nicht in der Lage, die Aufgabe zu erfüllen, zu der er berufen war, wenn er diese Informationen nicht hatte. Ich muß sagen: da bleibt mir vieles unklar in dem, was der Herr Zeuge vorgetragen hat.

Nun liegt mir vor allen Dingen noch an einem. Als die Herren Kollegen Joos und Dr. Rosenberg auf die Wendung in der Antwort des Nuntius von den „Absichten und Forderungen" hingewiesen haben, hat der Zeuge gesagt: es handelt sich nicht um militärische und nicht um politische Forderungen, sondern um wirtschaftliche Forderungen bezüglich Antwerpens usw. Darüber muß ich eigentlich meine Verwunderung aussprechen. Ich möchte den Herrn Zeugen fragen, ob er sich als Reichskanzler damals nicht klar gewesen ist, daß, wenn Deutschland irgendwelche Forderungen stellte, die die Integrität Belgiens, so wie es vor dem Kriege war, antasteten, dann England sich niemals auf einen Frieden einlassen würde, es sei denn, daß es zu Boden gerungen wäre, ob der Herr Reichskanzler sich darüber klar gewesen ist, daß diese wirtschaftliche Annexion Belgiens, die geplant war — denn etwas Weiteres war es nicht — genau so ein Friedenshindernis sein mußte wie die militärische und die politische Annexion.

Andererseits aber hat der Herr Reichskanzler eben sehr klar zum Ausdruck gebracht, in welcher Abhängigkeit er sich von der O. H. L. gefühlt hat, weil er geglaubt hat, auf die O. H. L. einwirken zu müssen, daß sie ihre Forderung bezüglich Belgiens und bezüglich der Annexionen überhaupt mäßige; das ist doch der beste Beweis, glaube ich, daß der Herr Reichskanzler sich nicht unabhängig von der O. H. L. gefühlt hat, nicht als politischer Leiter der Geschicke des Reichs geglaubt hat, entscheiden zu müssen, sondern der Meinung gewesen ist, daß er seine Friedensziele nur im Einvernehmen mit der O. H. L. aufstellen könnte.

Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp:*

Die Fragen stehen zwar auch nicht im unmittelbaren Zusammenhang mit den an den Herrn Zeugen gestellten Fragen; ich bitte aber doch, darauf zu antworten.

Zeuge Dr. *Michaelis:*

Wenn Herr Dittmann die Güte haben will, meinen Brief zu lesen, so steht nicht darin, daß die O. H. L. sich mäßigen soll, sondern daß sie ihrerseits darauf hinwirken soll, daß sie Vertretern, die aus dem inneren Land zu ihr kommen

(Zuruf von den Soz.: Industrievertreter!)

— wir wollen doch die Sache nach der Richtung hin nicht verschärfen —, daß sie also denjenigen, die immer mit der O. H. L. Fühlung hatten, sagte: ihr dürft nicht so große Forderungen stellen. Das ist

die Mäßigung, die ich gefordert habe. Es war natürlich viel wirksamer gewesen, wenn das die O. H. L. tat, als wenn ich es tat. Das ist der Gedankengang gewesen. Das hat doch Hand und Fuß.

Was das Zweite betrifft, so stehen wir doch, glaube ich, wenn wir diese Fragen jetzt erwägen, leicht in der Gefahr, daß wir uns nie genügend in die Lage von damals zurückversetzen. Wir arbeiten immer ex nunc, nicht ex tunc. Damals, wo wir glaubten, England wäre durch den U-Boot-Krieg so weit, daß es den Friedensfühler ausstreckte, hätte man allerhand Forderungen an England gehabt. Das ist ganz klar: wenn England „an der Barriere" gewesen wäre, dann wäre es selbstverständlich möglich gewesen, Forderungen zu stellen. Wir müssen uns doch immer in die Lage hineinversetzen, daß wir damals geglaubt haben, wir können doch einen Frieden machen, wo wir Forderungen stellen.

(Abg. *Dittmann:* Das haben wir doch nicht geglaubt; deshalb kam die Friedensresolution!)

— Aber nicht alle haben es geglaubt. Ein großer Teil des deutschen Volkes und die Regierung sind doch der Meinung gewesen: unsere Lage war damals eine solche, daß wir gegenüber England Forderungen stellen konnten. — Aber wir kommen hier in das Gebiet, ob eine Friedensmöglichkeit bestand oder nicht, und darüber soll doch in diesem Ausschuß nicht gesprochen werden — keinesfalls kann man mir einen Vorwurf machen, wenn ich persönlich davon überzeugt war, daß unsere Kriegslage so sei, daß, wenn jetzt England wirklich den Friedensfühler ausstreckte, wir nicht hätten aussprechen können, daß die künftige Freistellung Belgiens das Hauptziel Englands war, und daß, wenn England sich in Belgien Sicherheiten für die Zukunft schaffen wolle und wir dies konzedierten, daß dann auch wir selbstverständlich Forderungen, insbesondere wirtschaftliche Forderungen, stellen konnten. — Warum dies den Frieden vereiteln sollte, ist nicht ersichtlich.

Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp:*

Ich hatte die Absicht, die Sitzung um 1 Uhr abzubrechen. Es liegen noch vier Wortmeldungen vor. Ich bitte die Herren, sich möglichst kurz zu fassen und auf die „Friedensmöglichkeiten" nicht einzugehen; diese sind sehr gründlich im 2. Unterausschuß untersucht worden. Wir sind darin einig, uns nicht irgendwie als Revisionsinstanz des 2. Unterausschusses zu betätigen.

Abg. *Scheidemann:*

Ich möchte eins feststellen und zwei Fragen an den Herrn Reichskanzler richten. Das Konzept, das an den Nuntius Pacelli ging, ist nicht zwischen den zwei Sitzungen weggegangen — das war unmöglich —, sondern nach der zweiten Sitzung. Von der Antwort, die von dem Nuntius Pacelli gekommen ist, ist dem Siebener-Ausschuß keine Mitteilung gemacht worden. Die Mitteilung des Nuntius

Pacelli, also der Protest gegen das Konzept, erfolgte, obwohl in diesem Konzept eine deutliche Hinweisung auf die Friedensresolution des Reichstags enthalten war. Das wollte ich feststellen.

Nun möchte ich den Herrn Reichskanzler fragen, ob er sich nicht über folgendes äußern will, soweit er es noch in Erinnerung hat. Die Aufnahme des Hinweises auf die Friedensresolution ist erfolgt, weil Sie sowohl wie Herr v. Kühlmann der Meinung waren: mit dem Hinweis auf die Friedensresolution ist deutlich zum Ausdruck gebracht worden, daß an die Annexion Belgiens nicht gedacht wird. Die zweite Frage betrifft folgendes: Der Herr Reichskanzler hat vorhin gesagt, die Antwort vom 24. September, der geheime Brief, sei nur vier Herren zur Kenntnis gekommen, erstens dem Kaiser, zweitens dem Reichskanzler, drittens dem Staatssekretär von Kühlmann und viertens — —

(Zeuge Dr. *Michaelis:* Ich glaube: Helfferich; aber das will ich nicht genau sagen!)

— Sagten Sie nicht: v. Haeften?

(Zuruf: Helfferich als Vizekanzler!)

Diese vier Herren sind es also gewesen. Dann wäre demnach der Siebener-Ausschuß damals ausgeschaltet und durch Herrn Helfferich ersetzt worden. So ist das also zu verstehen.

(Zurufe: Helfferich war damals nicht Abgeordneter!)

Der Siebener-Ausschuß wurde jedenfalls beiseite geschoben. Statt den Siebener-Ausschuß für die Erörterung zu Rate zu ziehen, wurde Helfferich herangezogen. Ich hatte verstanden: v. Haeften.

(Zeuge Dr. *Michaelis:* Nein Helfferich! — Abg. Graf *v. Westarp:* Helfferich als Vizekanzler!)

Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp:*

Wünscht der Herr Zeuge das Wort?

Zeuge Dr. *Michaelis:*

Wir waren uns darüber klar, daß wir, wenn wir auf die Friedensresolution Bezug nahmen, damit erklärten: eine Annexion Belgiens kommt nicht in Frage. Aber ich mache nach wie vor einen Unterschied. Es ist ganz etwas anderes, ob wir auch im Siebener-Ausschuß oder sonstwie im weiteren Kreis unsere innere Einstellung kund taten, daß für uns eine Annexion Belgiens nicht in Frage komme, und daß wir dadurch den Verhandlungen vorgriffen, von denen wir hofften, sie würden zum Ergebnis führen, oder aber ob über diese Angelegenheit nur im engsten Kreise der Regierung und ihres Vertrauensmannes gesprochen wurde. So lag die Sache. Wir wollten und konnten unsere endliche Stellungnahme damals noch nicht bekannt werden lassen.

Abg. *Scheidemann:*

Der Hinweis auf die Friedensresolution bedeutete in Wirklichkeit einen Verzicht auf Belgien?

(Zeuge Dr. *Michaelis:* Ja!)
Darauf kommt es an.

(Zeuge Dr. *Michaelis:* Das habe ich ja gesagt!)

Sachverständiger *Schwertfeger:*

Dem Herrn Reichskanzler a. D. Michaelis ist sicherlich bekannt, daß der Reichskanzler v. Bethmann Hollweg in seinen „Betrachtungen zum Weltkrieg" die Beweiskraft der vom Auswärtigen Amt 1914 herausgegebenen belgischen Dokumente als sehr gering bezeichnet hat. Nun haben aber gerade diese Dokumente den Ausgangspunkt für den immer mehr anwachsenden, auch auf ethische Motive sich stützenden Wunsch großer Teile der öffentlichen Meinung in Deutschland gebildet, Belgien ganz oder teilweise zu behalten. Die Reichsleitung stand unter dem Druck dieser öffentlichen Meinung. Ist der Herr Reichskanzler Michaelis bei Übernahme seines neuen Amtes darüber unterrichtet worden, daß die Beweiskraft der Belgien wegen seiner Vorkriegshaltung belastenden Dokumente von seinem Amtsvorgänger selbst als gering bewertet worden ist? Diese Frage möchte ich an den Herrn Reichskanzler a. D. Michaelis richten. Wenn ja, durch wen ist diese Unterrichtung des Herrn Reichskanzlers damals erfolgt?

Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp:*

Herr Sachverständiger, wenn wir diese Frage zur Beantwortung zulassen, dann kommen wir vollkommen ins Uferlose.

(Sachverständiger *Schwertfeger:* Ich glaube, sie gehört zum Thema!)

Ich stelle aber dem Herrn Reichskanzler Dr. Michaelis anheim, die Frage zu beantworten. Jedenfalls liegt sie zweifellos außerhalb des Zieles, das wir uns für die heutige Vernehmung gesteckt haben. Darüber herrscht im Ausschuß Übereinstimmung. Wünscht der Herr Zeuge etwas dazu zu bemerken?

Zeuge Dr. *Michaelis:*

Nur weil die Frage dadurch erledigt wird, daß ich sagen kann: soviel ich weiß, nicht.

Abg. Dr. *Bergsträßer:*

Herr Zeuge, es steht nach einer Mitteilung v. Bethmann Hollweg fest, daß am 26. Juni der Nuntius zum ersten Mal zu Bethmann Hollweg kam, daß damals auch über die Sache gesprochen worden ist, und zwar sagt Bethmann Hollweg: „Auf die Frage nach unseren Zielen bezüglich Belgiens erwiderte ich, daß wir seine völlige Unabhängigkeit wiederherstellen würden." Nun ist doch wohl ohne Zweifel, daß die Äußerungen vom 24. September die Garantierung der vollen Unabhängigkeit nicht enthalten haben. Es besteht also zwischen der Politik des Reichskanzlers Michaelis bzw. des Staatssekretärs v. Kühlmann und der Politik des Reichskanzlers Bethmann Hollweg ein sehr starker Unterschied, der ja auch tatsächlich vorhanden ist,

da Bethmann Hollweg folgerichtig auf Grund seiner Erklärung vom 4. August seine Antwort am 26. Juni 1917 gegeben hat. Nun möchte ich gern wissen, ob dieser Gegensatz, und zwar der Gegensatz nicht nur zum 4. August 1914, sondern auch zum 26. Juni 1917 Ihnen als Reichskanzler bewußt gewesen ist, d. h. ob Sie von dieser Unterhaltung etwa eine Aufzeichnung gehabt haben oder durch eine andere Persönlichkeit über diese Unterhaltung informiert worden sind, etwa von dem Herrn Reichskanzler Bethmann Hollweg selbst bei der Übergabe der Geschäfte.

Zeuge Dr. *Michaelis:*

Auch hierauf kann ich mich nicht besinnen.

Abg. Graf *v. Westarp:*

Der Herr Reichskanzler führte vorhin aus, der Brief an den Generalfeldmarschall v. Hindenburg vom 15. September habe den Zweck gehabt, die O. H. L. auch ihrerseits auf ein eingeschränktes Programm von Forderungen hinsichtlich Belgiens zurückzuführen, sie zu bewegen, in den Verhandlungen und Besprechungen nicht weitergehende Forderungen zu vertreten. Ich glaube, dem Herrn Reichskanzler durch eine Frage Gelegenheit zur Feststellung einer Tatsache geben zu sollen, die diese seine Auffassung bestätigen kann. Erinnern Sie sich, Herr Reichskanzler, daß Sie mich kurz nach diesem Brief baten oder durch Herrn v. Winterfeldt oder sonst jemand — das kann ich nicht mehr genau sagen — bitten ließen, zur O. H. L. zu fahren, um mich mit ihr über die Kriegsziele auszusprechen und daß ich Ihnen dann — ich glaube, es war Anfang Oktober oder Ende September — berichtete, die O. H. L. habe tatsächlich mir gegenüber ein Programm entwickelt, das dem sachlichen Programm dieses Briefes entsprach, von dem ich damals keine Kenntnis hatte? Die O. H. L., sowohl Ludendorff wie der Generalfeldmarschall, haben mir damals keinen Zweifel darüber gelassen, daß, wenn ich oder andere glauben, jetzt noch weitergehende Forderungen vertreten zu sollen, das nicht im Einvernehmen mit der O. H. L. geschehe. Ich glaube, mich auch zu entsinnen, daß ich Ihnen, Herr Reichskanzler, durch Herrn v. Winterfeldt oder direkt davon Kenntnis gegeben habe.

Abg. Dr. *Moses:*

Eine kurze Frage! Herr Reichskanzler, Sie hatten erklärt, Sie würden am liebsten den Siebener-Ausschuß als eine Art Vertrauensinstitution angesehen haben. Nun ist der Entwurf der Antwort auf die Papstnote dem Nuntius Pacelli mitgeteilt worden, von Pacelli selbst aber als nicht genügend bezeichnet worden. Davon ist dem Siebener-Ausschuß gar keine Mitteilung gemacht worden, obschon er nach Ihrer Meinung eine Art Vertrauensausschuß sein sollte. Herr Reichskanzler, das ist doch ein Widerspruch zwischen den tatsächlichen Verhältnissen und dem, was Sie selbst gesagt haben.

Abg. *Joos:*

Ich wollte eine ähnliche Frage stellen. Ich hatte natürlich herausgehört, daß der Herr Reichskanzler darauf antwortete: „Ja, der Reichstag hat mich daran gehindert, meine Absicht auszuführen". Aber ich möchte die Frage konkreter gestalten. War nach Ihrer Auffassung die Mission des Siebener-Ausschusses mit der Unterbreitung des Entwurfs am 10. September zu Ende?

Zeuge Dr. *Michaelis:*

Das bleibt im unklaren. Ich erinnere an ein witziges Wort des Reichstagsabgeordneten Dr. David im Reichstag, das mir in Erinnerung geblieben ist. Er hat eines Tages an mich die Frage gerichtet: „Sagen Sie, Herr Reichskanzler, was ist eigentlich mit dem Siebener-Ausschuß? Lebt er noch, röchelt er noch?" Der Siebener-Ausschuß ist darum, weil er nicht von dem Zutrauen in seine Produktivität und in seine wirkliche Aufgabe von dem Parlament getragen wurde, eingeschlafen. Eine Aufhebung ist nicht erfolgt. Man muß sich auch über folgendes klar werden. Ich war als Reichskanzler jederzeit in der Lage, die Parteien zu bitten, zu einer bestimmten Sitzung Vertreter zu mir zu schicken. Man hielt mir entgegen, es bedürfe keiner verfassungsrechtlichen Änderung, keines Beschlusses. Der Reichskanzler könne die Männer zusammenrufen, die er zur Beratung haben wolle; sie würden selbstverständlich kommen. Es ist klar, daß, wenn ich die Bedenken der Kurie dem Siebener-Ausschuß nicht mitgeteilt habe, der Gedanke berechtigt war, ich wolle den Siebener-Ausschuß in dieser Sache nicht weiter beteiligen. Das ist richtig. Weswegen das nun für uns zwingende Notwendigkeit war, darüber bin ich in diesem Augenblick auch wegen der Besprechungen, die nebenher gegangen sind, nicht in der Lage, auszusagen, und darum bitte ich gerade, einen solchen Punkt einmal Herrn v. Kühlmann vorzulegen.

Abg. *Dittmann:*

Herr Zeuge, ich glaube, ich habe Sie vorhin recht verstanden, daß Sie gesagt haben, Sie hätten durch Ihren Brief an die O. H. L. diese gebeten, mäßigend auf die annexionistischen Kreise im Innern einzuwirken.

(Zeuge Dr. *Michaelis:* Das war der Hauptzweck des Briefes.)

Nun muß dem ganzen Ausschuß daran liegen, zu erfahren, welche Kreise im Innern es denn waren, die in einer solchen Weise auf die O. H. L. und indirekt auch auf die Reichsleitung einwirkten und dadurch immer wieder verhinderten, daß es überhaupt zu Friedensmöglichkeiten kam. Waren das die Kreise der Schwerindustrie, des Großgrundbesitzes, waren es die sogenannten sieben Wirtschaftsverbände, die die bekannte Eingabe an den Reichskanzler gemacht hatten, oder welche Kreise waren es?

Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp:*

Diese Frage gehört nicht unmittelbar zur Sache. Sie beschäftigt eingehend das Gutachten des Sachverständigen Prof. Dr. Hobohm, mit dem wir uns im neuen Jahre auseinandersetzen werden. Aber die Dinge liegen einfach. Es ist ausdrücklich Graf v. Westarp in diesem Zusammenhang genannt worden, der wegen seiner annexionistischen Auffassung von der O. H. L. beeinflußt werden sollte.

Abg. *Dittmann:*

Ich habe nichts dagegen, wenn offiziell festgestellt wird, daß Graf Westarp das Hindernis des Friedens war.

(Heiterkeit.)

Zeuge Dr. *Michaelis:*

Uns war bekannt, daß in die O. H. L. sehr viele Männer aus dem Innern des Landes kamen und dort Besprechungen hatten. Das war einmal die Gruppe der Industrie, aber auch noch andere Leute aus dem Innern des Landes, die nach verschiedenen Richtungen hin den Gedanken propagierten, daß in ihren Kreisen das Ziel der Siegfrieden sei. Auf diese sollte eingewirkt werden. Ich habe damals den maßvollsten und nach meiner Meinung bedeutendsten Mann, der unter ihnen war, gebeten, zur O. H. L. zu reisen und sich dort informieren zu lassen, was im Kronrat beschlossen sei und dann zu Haus das zu berichten, was er gehört habe. Das würde auf seine Partei einen großen Einfluß haben. Der Graf Westarp hat dies freundlichst übernommen und er hat selbst gesagt, wie die Sache abgelaufen ist. Aber daß man jetzt etwa bestimmte Gruppen daraufhin festnagelt, erscheint mir nicht angängig.

Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp:*

Damit ist die Aussprache geschlossen. Zu einer persönlichen Bemerkung hat das Wort der Herr Abgeordnete Graf v. Westarp.

Abg. Graf *v. Westarp:*

Persönlich darf ich gegen die Feststellungen des Herrn Abg. Dittmann, daß ich damit als Hindernis des Friedens gekennzeichnet worden sei,

(Heiterkeit.)

entschieden Einspruch erheben. Wenn Herr Dittmann nach dem Ausgang der heutigen Verhandlung das Bedürfnis hat, der Öffentlichkeit irgendein agitatorisch wirksames Bonmot zuzuwerfen, so kann ich ihn daran nicht hindern; mit dem Sachverhalt der Verhandlungen, wie sie hier verlaufen sind, hat seine Bemerkung absolut nichts zu tun.

(Abg. *Dittmann:* Die Öffentlichkeit wird selbst urteilen.)

## Sitzung, Mittwoch, den 15. Dezember 1926

Vernehmung des Staatssekretärs a. D. Dr. v. Kühlmann und Fortsetzung der Vernehmung des Reichskanzlers a. D. Dr. Michaelis unter Hinzuziehung der früheren Mitglieder des Siebener-Ausschusses Graf v. Westarp, Dr. Stresemann, Dr. Wiemer und Scheidemann

Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp:*

Der Herr Staatssekretär v. Kühlmann wird sich zunächst über die Fragen zu äußern haben, die wir gestern an den Herrn Reichskanzler Dr. Michaelis gestellt haben:

1. Warum wurden der Reichstag beziehentlich der Siebener-Ausschuß oder einzelne Vertrauensmänner der Parteien von den Einwänden der Kurie gegen die Fassung der Antwort auf die Note des Papstes nicht in Kenntnis gesetzt?

2. Warum wurde dem Siebener-Ausschuß die Antwortnote an den Nuntius Pacelli vom 24. September 1917 nicht vorgelegt?

Ich weise darauf hin, daß der Herr Staatssekretär v. Kühlmann über diese Dinge bereits ausführlich vor dem 2. Unterausschuß Zeugnis abgelegt hat. Ich mache ihn darauf aufmerksam, daß er bei den Anwesenden nicht voraussetzen kann, daß sie die Verhandlungen des 2. Unterausschusses kennen. Ich bitte ihn aber gleichzeitig, bei seinen Ausführungen *die* Gesichtspunkte zu betonen, auf die es *uns* hier ankommt. Also nicht die eigentlich außenpolitischen Fragen, sondern die Rückwirkung der Außenpolitik auf die Innenpolitik des Reichs stehen hier zur Untersuchung.

Herr Staatssekretär Dr. v. Kühlmann hat bereits vor dem 2. Unterausschuß den Eid abgelegt[1]). Ich stelle das fest. Seine Aussagen hier erfolgen unter dem bereits früher geleisteten Eide.

Vor Eintritt in die Vernehmung erteile ich das Wort dem Herrn Abgeordneten Joos zu einer kurzen Erklärung.

Abg. *Joos:*

In der heutigen Morgenausgabe der „Neuen Preußischen Zeitung" lese ich folgende Stellen, die unseren Unterausschuß betreffen:

„Indem man für den Untersuchungsausschuß das Verfahren der Ge-

---

[1]) Staatssekretär v. Kühlmann gab bei seiner Vereidigung am 6. Dezember 1921 die folgende Erklärung ab:

„Ich möchte meinen Eid dahin präzisieren, daß die Aussagen gemacht werden mit der expressen Reservation, soweit ich mich auf mein Gedächtnis verlassen kann bzw. soweit mein Gedächtnis mich nicht täuscht, und mit der zweiten Reservation, daß ich Namen von vermittelnden Persönlichkeiten, Korporationen oder Staaten, da, wo ich durch spezielle Umstände gebunden bin, nicht nenne."

richtsbarkeit entlehnt, wird Dr. Michaelis aus der Position des Klarheit gebenden Zeugen in die Rolle des Angeklagten gedrängt, dem neben dem ‚Staatsanwalt' Dr. Bredt eine *Schar von meist übelwollenden Richtern* gegenübersteht, während die übrigen Zeugen nicht zur Ermittelung der angeblich gesuchten ‚historischen Wahrheit', sondern als Ent- bzw. Belastungszeugen für den ‚angeklagten' Dr. Michaelis fungieren müssen."

Und an einer anderen Stelle:

„Das Ganze läuft auf nichts anderes hinaus, als auf eine *parteipolitisch aufgezogene Aktion der Novemberleute und ihrer Nach- und Mitläufer,* auf einen Versuch, mit allen möglichen *Mitteln* der *Demagogie* die Männer zu verdächtigen, auf deren Schultern die ungeheure Last der Verantwortlichkeit ruhte, ein Millionenvolk, das von Feinden umgeben war, durch die Nöte eines schweren Krieges zu führen."

Als Mann, der selbst von der Presse herkommt, fällt es mir nicht ein, der Presse irgendwelche Vorschriften zu machen, wie sie die Dinge beurteilt, die hier vor sich gehen. Aber etwas anderes ist es, wie man uns als Mitglieder des Ausschusses hier kennzeichnet. Im Interesse der historischen Wahrheit muß ich feststellen, daß die Vernehmung des Herrn Reichskanzlers a. D. Dr. Michaelis vom Ausschuß auf ausdrückliches Verlangen des Herrn Dr. Michaelis angeordnet worden ist. Er wünschte, Gelegenheit zu bekommen, sich zu den Feststellungen in dem Gutachten des Herrn Dr. Bredt zu äußern. Diese Gelegenheit sollte ihm durch diese Zeugenvernehmung geboten werden. Das ist die Wahrheit. Wir haben Herrn Dr. Michaelis hier nicht vor ein Forum gezerrt, um die Männer, die früher Verantwortung getragen haben, herunterzureißen. Ich weiß nicht, wie die übrigen Mitglieder des Ausschusses zu dieser Kennzeichnung stehen; ich muß sie jedenfalls für meinen Teil — und ich glaube, auch für einen großen Teil, wenn nicht für den ganzen Ausschuß — ausdrücklich ablehnen.

Abg. *Dittmann:*

Obgleich ich sonst auf Presseäußerungen, die sich gegen mich persönlich wenden, sehr wenig gebe, so muß ich, nachdem der Herr Kollege Joos diese Sache angeschnitten hat, erklären, daß ich ihm in diesem Falle beitrete.

Abg. Dr. *Bergsträßer:*

Ich tue dasselbe.

Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp:*

Ich möchte nur darauf aufmerksam machen, daß wir ein Untersuchungsausschuß sind, und daß unseren Untersuchungen am besten gedient ist, wenn man nicht die Begriffe des Gerichtsverfahrens ohne weiteres auf unsere Verhandlungen überträgt. Wir haben keine „Angeklagten", und wir sind keine „Richter", sondern lediglich ein parlamentarischer Ausschuß zur Ermittlung von Tatsachen. Diese Aufgabe

ist in umständlichen Verhandlungen vielfach festgestellt worden, aber es scheint mir notwendig, immer wieder darauf hinzuweisen.

Ich erteile jetzt das Wort dem Herrn Zeugen Dr. v. Kühlmann.

Zeuge Dr. v. *Kühlmann:*

Wenn die Ausführungen, die ich hier als Zeuge unter dem im 2. Unterausschuß geleisteten Eide mache, dazu beitragen können, die historische Wahrheit über den Abschnitt des Weltkrieges, der sich um die Papstnote gruppiert, in etwas zu fördern, dann begrüße ich die Möglichkeit, vor der Kommission, welche die Vertretung des deutschen Volkes repräsentiert, die Dinge darstellen zu können, wie sie sich mir bzw. der damals verantwortlichen Regierung dargestellt haben.

Um die Friedensaktion des Papstes vom Jahre 1917 hat sich ein dichtes Gestrüpp von Legenden gerankt, und ich glaube, daß auch heute noch nur in beschränktem Maße Klarheit über diese Aktion herrscht. Der 2. Unterausschuß hat unter dem Schutze der Vertraulichkeit, wie ich glaube, viel wertvolles Material zusammengetragen. Die Diskussion der damaligen Vorgänge in voller Öffentlichkeit stößt noch auf diplomatische Schwierigkeiten. Infolgedessen ist auch die Bewegungsfreiheit der damals diplomatisch tätigen Staatsmänner leider — muß ich sagen — nur eine beschränkte.

Es ist selbstverständlich, daß ich mich, dem Wunsche des Herrn Vorsitzenden entsprechend, möglichst auf das innenpolitische Gebiet konzentrieren will. Da aber damals natürlich die außenpolitischen Gesichtspunkte die maßgebenden waren, würde unsere Haltung in innenpolitischen Fragen vollkommen unverständlich sein, wenn ich nicht die Möglichkeit hätte — und dafür erbitte ich Ihre Geduld und Ihre Zustimmung —, auch die außenpolitische Lage im Zusammenhang soweit zu kennzeichnen, daß daraus unser innenpolitisches Handeln erklärlich wird.

Vor allem möchte ich, gerade da wir hier in breiterer Öffentlichkeit verhandeln, etwas feststellen, was der 2. Unterausschuß in seinem publizierten Konklusum festgestellt hat, allerdings in einer verhältnismäßig diplomatisch gefaßten Form. Was ich feststellen möchte, und wofür ich mir erlauben werde, den Herren einige Beweisstücke zu unterbreiten, ist: Die Friedensaussichten des Jahres 1917, welche der Heilige Stuhl durch seine Note bis zu einer Verhandlungsmöglichkeit zu verdichten hoffte, haben ihr Ende gefunden am 26. August des Jahres 1917. Alles, was nachher geschehen ist, unsere Verhandlungen mit den Verbündeten, unsere Diskussion mit den Neutralen, unser Schriftwechsel mit der Kurie, unsere Arbeit im Siebener-Ausschuß, alles das hat an diesem Resultat, daß, falls überhaupt eine Friedensmöglichkeit bestanden hat, diese mit dem 26. August endgültig eingesargt und begraben war, nichts ändern können. Es ist deshalb wesentlich, das festzustellen, weil damit der wichtigste Teil der Legendenbildung, die sich um die päpstliche Friedensnote gerankt hat, meines

Erachtens endgültig zerstört sein dürfte. Die begreifliche und berechtigte Erregung im deutschen Volke kam daher, daß sich die Vorstellung bildete, es habe eine greifbare Friedensmöglichkeit bestanden, und diese sei durch fahrlässiges oder schuldhaftes Handeln oder Unterlassen der verantwortlichen Reichsregierung versäumt worden; das Volk sei dadurch gezwungen worden, weiterzukämpfen.

In diesem einen Punkte bin ich auch mit dem Gutachten, welches Herr Professor Dr. Bredt für den Untersuchungsausschuß verfaßt hat, einverstanden. Das Gutachten macht keinen Versuch, diese fundamentale Tatsache in Abrede zu stellen. Es unterläßt es aber, diese Feststellung, die ich als sehr wesentlich nochmals unterstreichen möchte, auf Grund außenpolitischen Materials zu belegen. Deswegen bitte ich, Ihnen die Belege in Kürze vortragen zu dürfen.

Die päpstliche Kurie hat seinerzeit — das ist ja bereits publiziert — der damaligen kaiserlichen Regierung Mitteilung von der Note gemacht, mit welcher der englische Gesandte am Heiligen Stuhl die päpstliche Friedensanregung aufgenommen hat. Ich brauche darauf nicht einzugehen, möchte aber konstatieren, daß der Text, wie er uns jetzt im englischen Weißbuch vorliegt, nicht vollkommen mit dem Text übereinstimmt, welchen der englische Gesandte seinerzeit der Kurie übermittelt hat. Der der Kurie übermittelte Text ist höflicher und erweckt einen etwas optimistischeren Eindruck als der Text, den das englische Weißbuch bringt. Das hängt wohl damit zusammen, daß allem Anschein nach der englische Gesandte am Heiligen Stuhl, Graf v. Salis, selbst ein begeisterter Anhänger des Gedankens war, eventuell über England und die Kurie einen Frieden herbeizuführen. Er ist, wie sich aus dem Briefwechsel ergibt, von seiner Regierung sehr energisch zur Ordnung gerufen worden. Der englische Gesandte hatte dem Heiligen Stuhl mitgeteilt — worüber dieser uns nachträglich selbst wieder Mitteilung machte —, daß auch die französische Regierung sich seinem Schritt anschließe. Daraufhin hat die französische Regierung in London den Schritt unternommen, welcher der ganzen Aktion ein für allemal ein jähes Ende bereitet hat. Auf Frankreichs Seite hat damals nie die leiseste Geneigtheit zum Frieden bestanden. Das wird sich aus dem Schriftstück klar ergeben, das ich Ihnen vorlege. Ob auf englischer Seite eine Friedensgeneigtheit bestand, muß jetzt zweifelhaft erscheinen. Es ist aber immerhin möglich, daß gewisse Unterströmungen der englischen Regierung einer Sondierung, einer Fühlungnahme durch den Vatikan nicht ablehnend gegenübergestanden haben. Dann würde sich einfach im Kriege schon das abgespielt haben, was wir in der Tagespolitik ja täglich erleben — wir brauchen dabei nur an Genf zu denken —, daß in England doch breitere europäische Gesichtspunkte herrschen als wenigstens bei einem Teil der französischen Staatsmänner. Wir dürfen nicht vergessen, daß Poincaré zu dieser Zeit Präsident der französischen Republik war und

daß der französische Außenminister Ribot auf einem mindestens ebenso extremen Standpunkt stand wie Poincaré selbst.

Der französische Geschäftsträger Fleuriaut in London übergab am 26. August ein schriftliches Aide-mémoire, also eine schon unterstrichene diplomatische Aktion, welche, aus dem Stegreif ins Deutsche übersetzt, folgenden Wortlaut hatte:

> Erlauben Sie mir, die Gelegenheit zu ergreifen, um Ihnen von einer anderen wichtigen Frage zu sprechen, über welche ich mich bisher mit Ihnen nicht unterhalten konnte, bevor sie von Ihnen und dem Kriegskabinett diskutiert wurde. Es handelt sich um die Mitteilung, welche Herr v. Salis bezüglich der Papstnote dem Vatikan gemacht hat. Meine Regierung hatte sich diesem Schritt angeschlossen, weil der Schritt ein mündlicher sein sollte und weil dieser Schritt Aussicht darauf eröffnete, eine ausführlichere Antwort an den Papst überhaupt überflüssig zu machen. Im Gegensatz dazu hat aber der Schritt dazu geführt, daß dem Kardinal Gasparri ein schriftliches Dokument eingehändigt worden ist, das eine Diskussion über das Schicksal Belgiens entfesselt hat. Das war nicht, was wir wünschten, und es steht zu befürchten, daß wir weiter mitgezogen werden könnten, als wir wollen. M. Ribot bittet mich, Ihnen seine Befürchtungen mitzuteilen und Ihnen zu sagen, daß er sich unter keinen Umständen auf den Weg schleppen lassen kann, auf welchen der Vatikan ihn zu ziehen bereit scheint. Er hofft, daß die großbritannische Regierung seine Anschauung teilt und Herrn v. Salis instruieren wird, daß er alle weiteren Versuche des Kardinalstaatssekretärs im Sinne einer offiziösen Vermittlung zwischen den Kriegführenden in Zukunft unterläßt.

Die Folgen dieser sehr peremptorischen Intervention haben sich auch alsbald gezeigt, indem Graf v. Salis von seiner Regierung angewiesen worden ist, jede Diskussion mit der päpstlichen Kurie strikte zu vermeiden und sich bei Mitteilung von Schriftstücken auf Empfangsanzeigen zu beschränken.

Der Heilige Stuhl hat am 28. September eine sehr ausführliche Note an die großbritannische Regierung gerichtet, in welcher er ihr sowohl die deutsche als die österreichische Note, welche auf die Papstnote erfolgt waren, mitteilt und sich ausdrücklich bereit erklärt, seine vermittelnde Tätigkeit fortzusetzen. Ich darf mir erlauben, später auf diese Note zurückzukommen. Die englische Antwort darauf lautete einfach:

> Sie werden angewiesen, Kardinal Gasparri in passender Weise zu informieren, daß der Premierminister diese Dokumente empfangen hat.

Von seiten der Entente war damit die Sache vollkommen abgeschnitten. Alles, was wir nachher getan oder nicht getan haben, ist im Gegensatz zu den Darstellungen, die heute noch in weiten Kreisen Glauben

finden, vollkommen unverständlich. Dies hindert aber nicht, da wir damals diese schroffe und peremptorische Stellungnahme der Entente ja nicht kannten, daß der Beschluß der Kaiserlichen Regierung feststand, auf die Papstnote im Rahmen des Möglichen ausführlich einzugehen.

Ich muß, um die Vorgänge einigermaßen klarzumachen, etwas ausgreifen. Als mich seinerzeit auf Wunsch Seiner Majestät des Kaisers der Herr Reichskanzler Michaelis aufforderte, die Leitung des Auswärtigen Amtes zu übernehmen, habe ich dem Herrn Reichskanzler Michaelis kurz, aber präzise die Grundgedanken auseinandergesetzt, von welchen ich glaubte, daß sie bei der Führung dieses Amtes maßgebend sein sollten. Der Hauptgrundgedanke, auf den Herr Reichskanzler Michaelis schon gestern in seinen Ausführungen hingewiesen hat, war der, daß ich die militärische, maritime und innere Situation Deutschlands so beurteilte, daß ich es für unbedingt nötig hielt, sobald wie möglich zum Frieden zu kommen. Daß dieser Friede nach den Verhältnissen nur ein ehrenvoller und für die öffentliche Meinung tragbarer sein konnte, versteht sich von selbst. Ich fand die auswärtigen Geschäfte erschwert durch eine starke Führung Österreichs im Bündnis und durch eine erhebliche Unklarheit in bezug auf die wesentlichsten Friedensziele. Die politischen Verhältnisse Deutschlands, auf die wir dann auch noch näher einzugehen haben werden, waren schwierige. Es war ein Faktor entstanden, der in der Verfassung überhaupt nicht existierte: die O. H. L. Unter dem Zwang der Verhältnisse entwickelten sich die Dinge so, daß die O. H. L. einen ganz außerordentlich starken politischen Einfluß übte und daß die politische Leitung ohne Auseinandersetzung oder Verständigung mit der O. H. L. — Verständigung wenigstens über die Richtlinien in den wichtigsten Punkten — an Händen und Füßen gefesselt war.

Ich habe sofort nach Übernahme des Amtes meine Überzeugung dahin zum Ausdruck gebracht, daß unsere Politik aktiver werden müßte, daß insbesondere, bevor wir in das Elend eines neuen Winterfeldzugs hineingingen, festgestellt werden müßte, ob nicht auf seiten der Ententemächte irgendwelche Friedensgeneigtheit, irgendwelche Friedensmöglichkeiten bestünden. Herr Reichskanzler Michaelis, mit dem ich — ich möchte dies ausdrücklich gegenüber anderweitigen Ausführungen in der Presse betonen — stets in voller Harmonie und Übereinstimmung zusammengearbeitet habe, und von dem ich bei Verfolgung der außenpolitischen Ziele, die mir nötig schienen, nie die leiseste Schwierigkeit erfahren habe, stimmte mir darin bei. So wurde der Entschluß gefaßt, durch eine geeignete neutrale Persönlichkeit, welche insbesondere am englischen Hof und bei der englischen Regierung eine besonders geachtete und einflußreiche Stellung besaß, feststellen zu lassen, ob bei England irgendwelche Friedensgeneigtheit bestünde. Es war vollkommen klar — und ich habe das in mehr-

fachen mündlichen und schriftlichen Darlegungen wiederholt —, daß neben der elsaß-lothringischen Frage, welche zwar anscheinend im Hintergrund stand, an Bedeutung aber alle anderen überragte, die belgische Frage diejenige sei, der die Hauptbedeutung zukomme, und daß für England die belgische Frage bei weitem die ausschlaggebende sei. Um den mit der Sondierung betrauten Mittelsmann nicht mit leeren Händen auf seine Mission zu schicken, mußten wir also die Möglichkeit haben, England verantwortlich sagen zu lassen: Wir sind unter Umständen bereit, über Belgien zu verhandeln, und sind auch ermächtigt, die Souveränität und Integrität Belgiens bindend diplomatisch zuzusagen, wenn gewisse andere Vorbedingungen auf der Gegenseite erfüllt werden. Dieses Programm bot erhebliche Schwierigkeiten, denn ein sehr wesentlicher Teil der öffentlichen Meinung — die Marine ganz und die O. H. L. doch in sehr wesentlichem Maße — waren Belgien gegenüber annexionistisch eingestellt. Es schwebte den Herren entweder eine politische Annexion vor oder irgendeines der Zwischengebilde, welche nicht gerade Annexion bedeuteten, aber vollkommene politische, industrielle, handelspolitische Durchdringung und Beherrschung dieses Gebiets.

Ich habe die Machtverhältnisse damals so beurteilt, daß ich die Erreichung dieser Ziele von vornherein machtpolitisch für ausgeschlossen hielt. Ich hätte aber, selbst wenn die Machtverhältnisse unter Umständen eine solche Politik ermöglicht hätten, diese Politik für falsch gehalten und bekämpft. Um diese Ermächtigung für den Reichskanzler und mich zu verschaffen, war es notwendig, einen bindenden Entscheid über die belgische Frage herbeizuführen, und dieser bindende Entscheid ist in dem viel besprochenen Kronrat des Schlosses Bellevue herbeigeführt worden. Durch die von mir vorhin gestreifte Machtfülle der O. H. L., mit der die Marineleitung im großen und ganzen konform ging, hatte sich der Zustand herausgebildet, daß der Kanzler und die politische Leitung praktisch als eine Art konkurrierende und gleichberechtigte Macht mit der O. H. L. aufgefaßt wurden, daß sie ihre Ziele und Absichten nur durch Diskussion von Fall zu Fall mit der O. H. L. verwirklichen konnten und daß in Fällen wie dem vorliegenden, wo die O. H. L. freiwillig und von sich aus sich niemals den Gesichtspunkten der politischen Leitung angeschlossen hätte, der Kaiser als Oberster Chef des Heeres und der Marine gleichsam als Schiedsrichter angerufen wurde und durch sein Votum diese Frage endgültig entschied. Natürlich bedeutete dies für die Autorität des Kaisers eine schwere Belastung, und wenn dieser Weg zu oft beschritten wurde, mußte die Autorität des Kaisers in schwerwiegender Weise leiden. Immerhin haben wir uns dazu entschlossen, und der Kaiser hat nach den Vorgängen, die ja mehr oder weniger genau in der Öffentlichkeit bereits diskutiert worden sind, im Sinne der politischen Leitung entschieden.

Nun ist es aber sehr wesentlich, den genauen Tenor zu kennen. Der Herr Reichskanzler hat damals die Verhandlungen mit einer allgemeinen Ansprache eingeleitet und hat mir dann das Wort erteilt zur Formulierung des Antrages der Reichsregierung und zu ihrer Begründung. Der damalige Antrag lautete:

> Der Staatssekretär des Auswärtigen Amts möge bevollmächtigt werden, auf diskretem, aber sicherem Wege sich darüber zu vergewissern, welches die Minimalforderungen der Westmächte in bezug auf Belgien sind, und ob eine vorläufig von Regierung zu Regierung vertraulich zu gebende, aber bindende Erklärung für die zukünftige Gestaltung der Dinge in Belgien die Eröffnung von Friedensverhandlungen unmittelbar zur Folge haben wird.

Das ist ein Punkt, der sehr wesentlich ist. Der Kronrat in Bellevue hat der politischen Leitung keine unbedingt freie Hand gegeben, sondern freie Hand zu Erklärungen über Belgien, wenn diese Erklärungen nach vorhergehenden Feststellungen unmittelbar zu Friedensverhandlungen führen. Diese Einschränkung hat auch ihr Echo gefunden in dem Briefwechsel zwischen dem Herrn Reichskanzler Michaelis und dem Generalfeldmarschall v. Hindenburg. Ich möchte aber ausdrücklich hervorheben, daß mir dieser Schriftwechsel erst bekannt geworden ist Jahre nach der fraglichen Periode, als der Schriftwechsel durch die Blätter ging. Der Herr Reichskanzler hat sich auf den Standpunkt gestellt, daß dieser Schriftwechsel ein rein privater zur Klärung der Verhältnisse zwischen ihm und dem Feldmarschall war. In diesem Schriftwechsel unterstreicht der Feldmarschall die Bedingtheit der belgischen Zusage, indem er sagt, die Zustimmung der O. H. L. gelte nur, wenn bis zum Herbst damit eine Friedensverhandlung eingeleitet sei. Der Herr Reichskanzler Michaelis hatte in seinem Schreiben Herbst oder Frühjahr zitiert. Die O. H. L. ist später von den Bellevuebeschlüssen absolut abgewichen und hat sich Belgien gegenüber wieder auf annexionistische Pläne eingestellt, hat immer hervorgehoben, die Beschlüsse von Bellevue hätten nur für das laufende Kalenderjahr Geltung gehabt, ein Gesichtspunkt, den wir im Auswärtigen Amt nicht geteilt haben.

Der neutrale Vertrauensmann ist sofort, nachdem die kaiserliche Entscheidung gefallen war, entsprechend instruiert und hat auch Versuche gemacht, auf die ich hier nicht eingehen möchte, da verschiedene neutrale Regierungen die Rolle, die sie im Kriege gespielt haben, auch heute noch als streng vertraulich der Öffentlichkeit gegenüber behandelt zu sehen wünschten. Diese Schritte haben zu keinem Erfolg geführt, außer zu dem negativen Erfolg, daß eine Friedensbereitschaft auf der gegnerischen Seite nicht vorhanden war. Der Vertrauensmann hat aber zweifellos im Laufe der Gespräche, welche er mit gegnerischen, insbesondere englischen Diplomaten geführt hat, klar zum Ausdruck gebracht, daß er eventualiter bevollmächtigt sei,

England über Belgien befriedigende Erklärungen abzugeben. Daß diese nicht auf fruchtbaren Boden fallen konnten, hat sich ja aus den englischen Geheimdokumenten ergeben, die ich vorhin den Herren vorzulegen die Ehre hatte.

Daß in der Entente ganz klar erkannt wurde, wohin unsere Reise ging, ergibt sich aus einem Artikel des „Temps", in welchem ausgeführt wird — nach dem Scheitern der Friedensaktion —, Deutschland hätte machiavellistischerweise versucht, durch Konzessionen in der belgischen Frage England von Frankreich zu trennen, es sei aber Frankreich gelungen, dieses Spiel zu vereiteln. Wir wußten damals nicht — und wir wissen es heute noch nicht —, in welchem Stadium des Krieges die englische Regierung der französischen die bindende Zusicherung gegeben hat, ohne Elsaß-Lothringen nicht Frieden zu schließen. Die Vermutung liegt nahe, daß es unter der Regierung Lloyd Georges war. Aufgeklärt ist der Punkt heute noch nicht. Jedenfalls habe ich aus allem, was ich seitdem gehört und über die Frage studiert habe, den Eindruck, daß zur Zeit der päpstlichen Friedensaktion bereits bindende Versprechungen Englands vorlagen, und diese Erkenntnis, die mir damals im Lauf der Verhandlungen klar wurde, hat dazu geführt, daß ich dem Reichstag in öffentlicher Rede mitteilte, daß nicht Belgien das Friedenshindernis sei, besonders da wir in der belgischen Frage ja zum Entgegenkommen geneigt wären, sondern daß die Fortführung des Krieges ausschließlich um Elsaß-Lothringens willen notwendig sei.

Ich habe diese neutrale Sondierungsmission deswegen so ausführlich behandelt, weil sie schon eingeleitet und im Gange war, als die päpstliche Friedensnote bei uns eintraf. Diese in Gang befindliche und in Gang gebliebene neutrale Sondierungsmission hat auf die Behandlung der päpstlichen Friedensnote einen wesentlichen Einfluß gehabt; denn wären die Berichte unseres neutralen Gewährsmannes einigermaßen günstig gewesen, so hätte man in der öffentlichen Beantwortung der Papstnote in manchen Punkten weitergehen können, als es tatsächlich geschehen ist.

Es war natürlich, abgesehen von den Informationen, welche der neutrale Mittelsmann uns zukommen lassen konnte, unsere Aufgabe, während der ganzen Zeit nach Wetterzeichen nach allen Seiten hin auszuschauen, aus denen man erkennen konnte, wie der Wind auf der Gegenseite wehen würde, und die Herren, welche die Akten des Auswärtigen Amtes durchgesehen haben, werden den Eindruck bekommen haben, daß die allermeisten Meldungen aus informierten Kreisen eine ungünstige Stellungnahme der Entente voraussehen ließen. Dies zwang uns ebenfalls zu besonderer Vorsicht.

Nun zur Behandlung der Papstnote selbst! Die Papstnote hatte eine längere Vorgeschichte, welche gestern von Herrn Reichskanzler Michaelis gestreift wurde, auf die ich aber nicht eingehen möchte, da

sie vor meiner Amtszeit liegt. Es ist wohl anzunehmen, daß zur Zeit, wo der Plan einer Friedensaktion zuerst erwogen wurde, und zur Zeit, als durch Nuntius Pacelli bei Deutschland die entsprechenden Sondierungen stattfanden, der politische Himmel vielleicht etwas heller aussah als zur Zeit, wo die Note wirklich abging und von den Verbündeten, wie ich mir vorhin darzulegen erlaubt habe, in schroffer Form sofort bei ihrem Erscheinen erdrosselt wurde.

Für uns war die Behandlung der Note im großen und ganzen zwangsläufig. Wir mußten uns in erster Linie mit unseren Bundesgenossen auseinandersetzen, in zweiter Linie mit der O. H. L., mit den internen Stellen, also dem Bundesratsausschuß für auswärtige Angelegenheiten, dem preußischen Staatsministerium, das in wichtigen außenpolitischen Fragen gehört zu werden pflegte, und selbstverständlich auch vor allem mit dem Reichstage.

Wenn ich, um ebenfalls auf Ausführungen des Herrn Professors Bredt einzugehen, mit wenigen Worten hier in Parenthese meine Stellung zum Reichstag umreißen darf, so ist es, glaube ich, keine Abschweifung, sondern gehört zum Thema. Ich war vom Beginn des Krieges an der Überzeugung, daß ein solches Ringen, das dem Volk so kolossale Opfer auferlegte, nur durchgeführt werden könne in enger Fühlung und in voller Übereinstimmung mit der Majorität des Reichstages. Ich hielt alle diejenigen Pläne und Entwürfe, die darauf hinausliefen, den Reichstag nach Hause zu jagen und diktatorisch zu regieren, für absoluten Wahnsinn. Ich legte deswegen auch den allergrößten Wert von Anfang an darauf, mit den Mehrheitsparteien, welche eine geschlossene und festgefügte Majorität im Reichstag darstellten, so weit in Fühlung und in Übereinstimmung zu sein, daß die auswärtige Politik mit diesen Parteien zusammenarbeiten konnte. Die Form der Zusammenarbeit mit dem Reichstage in den damals schon fließend gewordenen innerpolitischen Machtverhältnissen hat verschiedene Stadien durchlaufen. Es ist vollkommen falsch, wenn heute geglaubt wird, das Parlament habe damals nicht schon einen ganz überragenden Einfluß besessen. Es hat ihn besessen. Es hat nicht den alleinigen Einfluß besessen, weil, wie ich vorhin ausführte, ein nicht verfassungsmäßig existierender eminent starker Einfluß, nämlich der der O. H. L., durch die Verhältnisse geschaffen worden war. Die Form der intimen Zusammenarbeit des Reichstags mit der Regierung hat verschiedene Stadien durchlaufen. Das erste und versuchsmäßige Stadium war der sogenannte Siebener-Ausschuß, auf den ich mir erlauben werde, nachher im Detail im Zusammenhang mit der präzisen Fragestellung zu sprechen zu kommen. Mir schwebte vor — ich habe das auch Seiner Majestät trotz vielleicht nicht ganz konform gehender Grundanschauung des Kaisers gesagt —, daß man schrittweise und stufenweise zu einer fortschreitenden Parlamentarisierung der Regierung kommen müsse, nicht in dem Sinne, daß jeder Minister aus dem Parlament genommen werden müsse, aber

daß doch immerhin der eine oder andere einflußreich im Parlament und dort fest verankert sein müsse. Ich glaube, nicht fehlzugehen in der Annahme, daß bei der Entscheidung für die Ernennung des Reichskanzlers Grafen Hertling der Gesichtspunkt ausschlaggebend war, daß Graf Hertling lange der Zentrumspartei angehört und in dieser Partei speziell die Bearbeitung der außenpolitischen Angelegenheiten vertreten hat. Es entwickelte sich mit der Zeit das System, daß der eine oder andere Abgeordnete in ein besonders enges Vertrauensverhältnis zur Regierung trat, und schließlich reifte der Entschluß, dieses Vertrauensverhältnis zu konsolidieren, indem Herr v. Payer, der damals als Vertrauensmann des Parlaments und der Regierung gelten konnte, an Stelle von Helfferich zum Vizekanzler ernannt wurde. Der Vizekanzler war in alle, auch die geheimen Dinge eingeweiht. Es ist gestern bemängelt worden, daß Herr Michaelis Dr. Helfferich von den geheimen Schriftstücken unterrichtet hat. Das war aber ganz selbstverständlich. Der Stellvertreter des Reichskanzlers, der jeden Moment entweder ins Hauptquartier berufen werden oder krank werden konnte, mußte über die wichtigsten Vorgänge des Staatslebens informiert sein. Der Eintritt des Herrn v. Payer in die Reichsregierung — ein Reichskabinett gab es damals noch nicht — war eigentlich der entscheidende Schritt im Sinne der Parlamentarisierung der Regierung. Ich möchte das nur hervorheben, weil in dem Gutachten des Herrn Professors Dr. Bredt eine abweichende Auffassung vertreten zu sein scheint, insbesondere aber in seinem Artikel in den „Preußischen Jahrbüchern", nämlich die Auffassung, als ob nach der Papstnote zwischen Reichsregierung und Parlament eine Kluft geklafft hätte. Diese Auffassung ist vollkommen unhistorisch. Diejenigen Herren, die damals dem Parlament angehört haben, werden wissen, daß speziell die auswärtige Politik dauernd in enger Fühlung mit leitenden Persönlichkeiten des Parlaments war. Ich erwähne den verstorbenen Friedrich Ebert und den auf so traurige Weise hingemordeten Abgeordneten Erzberger, die beide in enger Fühlung waren. Ich habe niemals den Eindruck gehabt, solange ich die Ehre hatte, im Amte zu sein, daß zwischen uns und dem Parlament auch nur der Schatten eines Mißtrauens oder einer Verstimmung bestanden hätte. Ich hätte es für absolut unmöglich gehalten, die Ziele der auswärtigen Politik zu verfolgen, wenn nicht vom Parlament verständnisvoll und taktvoll in dieser Beziehung mitgearbeitet worden wäre. Diese Auffassung ist also unrichtig. Ich persönlich — Graf Hertling vielleicht in erheblich geringerem Maße — wünschte und erstrebte eine fortschreitende Parlamentarisierung, weil nur aus dieser die Regierung die nötige Kraft schöpfen konnte, um den Krieg weiter — und, wie wir damals hofften, zu einem leidlichen Ende zu führen.

Ich darf damit diese Abschweifung über das Parlament, die aber als Stellungnahme doch wesentlich war und auch für das Nachstehende nicht unwesentlich ist, beenden und zur Papstnote zurückkehren.

Nachdem unsere Beratungen alle diese Stadien durchlaufen hatten, kam aus einem Zwischenfall heraus, der auf ganz anderem Gebiete als auf außenpolitischem lag, der Siebener-Ausschuß zustande, der, wie ich vorhin ausführte, der erste Versuch war, ein Zusammenarbeiten von Regierung und Parlament in die Wege zu leiten.

Wie der Herr Abgeordnete Scheidemann, der eben nicht zugegen ist, gestern ausführte, war er von dem lebendigsten Mißtrauen gegen die Regierung erfüllt. Worauf konnte sich dieses Mißtrauen beziehen? Vernünftigerweise nur darauf, daß die Regierung im Gegensatz und abweichend von der Parlamentsmehrheit annexionistische oder Eroberungsziele verfolgte. Das war damals eigentlich die große trennende Einstellung: Die einen sagten: Annexionen, Eroberungen sind notwendig; infolgedessen muß der Krieg fortgesetzt werden, bis diese möglich sind! Die andere, durch die Reichstagsmehrheit und die überwiegende Menge des Volkes und auch durch die damalige Reichsregierung vertretene Anschauung war: Der Krieg ist ein so großes Übel, daß, wenn irgendein ehrenvoller Friede zustande kommen kann, jeder Gedanke an Gebietserwerb oder Gebietserweiterung zurückzustehen hat; der Friede ist das eigentliche Ziel! Diese Gedankengänge trennten damals — darüber ist man sich in der Erinnerung nicht klar — das deutsche Volk bis in seine Grundfesten. Man darf nicht vergessen, daß unmittelbar im Zusammenhang mit dem Votum des Kaisers im Schloß Bellevue sofort unter offener Förderung durch das Reichsmarineamt sich die Vaterlandspartei bildete, welche eine energische, tatkräftige Agitation entfaltete und welche man kurz die „Partei der flandrischen Küste“ nennen könnte; denn sie war ausdrücklich zu dem Zwecke gegründet, um den Gedanken der flandrischen Küste, das heißt implizite die Annexion Belgiens im Volke propagandistisch zu verbreiten und lebendig zu erhalten.

Diese großen Gegensätze durchzogen die damalige Zeit, und wenn, wie ich ausführte, zwischen Regierung und Parlament, solange ich die Ehre hatte, das Auswärtige Amt zu leiten, ein sympathisches und verständnisvolles Zusammenarbeiten stattgefunden hat, so stammte das daher, daß das Parlament die Überzeugung hatte, daß wir in dieser großen Grundfrage mit dem Parlament einig gingen.

Wenn ich zur technischen Behandlung der päpstlichen Friedensnote komme, so ergibt sich eine Schwierigkeit, welche in diplomatischen Verhältnissen liegt. Ich werde nicht umhin können, Sie zu bitten, durch den Vertreter des Auswärtigen Amts, nachdem wir öffentlich verhandeln, klar und deutlich umschreiben zu lassen, welche Dokumente der damaligen Zeit in der Diskussion berührt werden dürfen, ohne außenpolitische Fensterscheiben einzuschlagen, und welche nicht. Im Interesse der absoluten Klarheit der Darlegungen wäre es mir persönlich erwünscht, wenn wir diese Dokumente schrankenlos gebrauchen

dürften. Die diplomatische Lage läßt es aber nicht zu. Ich wäre dankbar, wenn der Herr Vorsitzende in einem ihm geeignet scheinenden Moment, speziell bevor wir auf die Detaildiskussion eingehen, den Herrn Vertreter des Auswärtigen Amts zur genauen Definition des Raumes veranlassen könnte, innerhalb dessen meine Ausführungen sich bewegen dürfen.

Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp:*

Wünscht der Herr Vertreter des Auswärtigen Amts eine Erklärung abzugeben?

Vertreter des Auswärtigen Amtes Vortragender Legationsrat Dr. *Meyer-Rodehüser:*

Es entspricht einer in der ganzen Welt beobachteten diplomatischen Gepflogenheit, daß Dokumente, die zwischen einem kriegführenden Staat und einer während des Krieges neutralen Macht ausgetauscht worden sind, nur mit beiderseitiger Zustimmung veröffentlicht werden dürfen. Die Dokumente, welche die hier in Frage stehende neutrale Macht betreffen, sind zu einem Teil durch Publikationen bereits in der Öffentlichkeit bekannt geworden. Die neutrale Macht hat aber die Genehmigung zur Veröffentlichung des noch ungedruckten Restes dieser Dokumente, einem von ihr stets aufrechterhaltenen Brauche getreu, bisher nicht erteilt. Das Auswärtige Amt hat daher, wie ich das gegenüber diesem Hohen Ausschuß bereits früher wiederholt zu betonen Gelegenheit hatte, die selbstverständliche Pflicht, zu bitten, daß die Dokumente betreffend die päpstliche Friedensaktion, die tatsächlich bisher nicht publiziert und nicht bekannt sind, auch durch die gegenwärtigen Verhandlungen dieses Hohen Ausschusses nicht an die Öffentlichkeit gelangen. Das Auswärtige Amt geht bei diesem Wunsch, wie der Hohe Ausschuß weiß, lediglich von der Absicht aus, dafür zu sorgen, daß die erwähnte diplomatische Gepflogenheit deutscherseits nicht verletzt wird und daß nicht fremde Mächte, wenn ohne ihre Zustimmung deutscherseits einschlägige Veröffentlichungen erfolgen, letzten Endes Bedenken tragen, der deutschen Regierung fernerhin überhaupt vertrauliche, und insbesondere schriftliche vertrauliche Mitteilungen zu machen.

Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp:*

Der Ausschuß nimmt diese Erklärung des Herrn Vertreters des Auswärtigen Amts zur Kenntnis. Ich möchte darauf hinweisen, daß ich bereits gestern eine Erklärung im Auftrage des Unterausschusses abgegeben habe, die sich mit dieser Frage beschäftigt. Ich werde sie nochmals verlesen, damit der Herr Zeuge genau sieht, wie weit er bei seinen Ausführungen gehen kann.

Die in dem Bredtschen Aufsatz

— es handelt sich um den Aufsatz in den „Preußischen Jahrbüchern“ —

aufgestellten Behauptungen sind von dem Vorsitzenden und dem Generalsekretär des 20. Ausschusses im Beisein des Sachverständigen Dr. Bredt geprüft worden. Die genannten drei Herren haben das Ergebnis dieser Prüfung wie folgt festgestellt:

1. Die Darstellung des Sachverständigen Dr. Bredt über den Eindruck, den der Entwurf der deutschen Note auf den Kardinalstaatssekretär Gasparri gemacht hat, findet in den Akten im wesentlichen ihre Bestätigung.

2. Die Kurie hielt nach den Mitteilungen des Nuntius Pacelli die Friedensaktion für gescheitert, wenn die im Entwurf vorgelegte deutsche Antwortnote unverändert blieb. Aus den Akten ist bezeugt, daß Pacelli sein tiefes Bedauern darüber ausgesprochen hat, daß seine vielfachen Versuche, die deutsche Regierung zu einer Änderung ihrer Haltung zu bewegen, ergebnislos geblieben sind.

Ich glaube, das genügt, um die Fortsetzung der Vernehmung zu gewährleisten. Ich habe auch bereits bemerkt, daß das, was in der Literatur über unseren Beratungsgegenstand zu finden ist, selbstverständlich auch hier als Verhandlungsgrundlage dienen kann. Ich verweise auf das Buch des Herrn Abgeordneten Scheidemann, auf die Ausführungen des Herrn Ritter v. Lama und auf die Erörterungen, die im Anschluß daran in der Presse stattgefunden haben.

Ich bitte jetzt den Herrn Zeugen, fortzufahren.

Zeuge Dr. *v. Kühlmann:*

Es ist eben der Ritter v. Lama erwähnt worden. Ich darf vielleicht eine Einschiebung machen, die mit ihm zusammenhängt. Die Generalthese des Ritters v. Lama, als ob den Reichskanzler Dr. Michaelis sein evangelisches Bekenntnis irgendwie dahin beeinflußt hätte, daß er dem Heiligen Stuhl die Ehre und den Ruhm mißgönnt hätte, durch seine Intervention den Weltkrieg zu beenden, ist absolut phantastisch.

(Sachverständiger Abg. D. Dr. Dr. *Bredt:* Das stimmt!)

So sehr ich vorhin betont habe, daß zwischen dem Herrn Reichskanzler Michaelis und mir in außenpolitischer Beziehung keine Divergenz war, so sehr muß ich auch betonen, daß der Herr Reichskanzler die Führung der auswärtigen Geschäfte, die Federführung in den auswärtigen Angelegenheiten dem Auswärtigen Amt und speziell mir als dem Leiter des Auswärtigen Amtes übertragen hat, und was an Verantwortung für diese Aktion vor der Öffentlichkeit und der Geschichte zu tragen ist, trägt er formal, staatsrechtlich; intellektuell trete ich für diejenigen Dinge, die das Auswärtige Amt damals gemacht hat, die Noten, die Schriftwechsel, die Mitteilungen an Parlament oder Parteiführer ganz persönlich ein. Wie gesagt, staatsrechtlich war er der Verantwortliche; vor der Geschichte bin ich gern bereit, die Verantwortung für alles zu übernehmen, was die auswärtige Politik des Deutschen Reiches während meiner Amtszeit getan hat.

Also diese Feststellung ist vollkommen phantastisch, und mir liegt nach meiner Erziehung, nach meiner Konfession nichts ferner, als irgendwelche oppositionelle Stellung zur päpstlichen Kurie. Die ganzen Dinge sind damals mit einer stahlharten Sachlichkeit lediglich von dem Gesichtspunkt behandelt worden: Was nützt, was schadet dem Deutschen Reich und dem ganzen Volke? Die gegenteiligen Behauptungen sind vollkommen aus der Luft gegriffen und unhistorisch.

Darf ich nach dieser Abschweifung wieder zu unserem eigentlichen Thema zurückkehren. In der Behandlung der Papstnote sind verschiedene nebeneinanderlaufende Dinge zu unterscheiden; erstens die offizielle Note des Papstes selbst und die offizielle Antwortnote der deutschen Regierung. Neben diesem offiziellen Schriftverkehr fand aber wohl ein durch viele Kanäle gehender Meinungsaustausch statt. Die Beziehungen zwischen dem Heiligen Stuhl und der deutschen Regierung waren, kann ich wohl sagen, freundschaftlich, und neben der ganzen offiziellen Korrespondenz liefen wohl halboffizielle private und ganz vertrauliche Korrespondenzen nebenher. Es ist ja auch kein Geheimnis, daß das Parlament damals schon in einzelnen seiner Persönlichkeiten eine Tätigkeit entfaltete, die weit über dem Rahmen der eigentlichen parlamentarischen Tätigkeit hinausging. Wie einesteils die sozialistische Partei ein weit verzweigtes Netz von Beziehungen nach allen Seiten unterhielt, welches seinerzeit zu den Friedensbestrebungen der Sozialdemokratie, die sich in der Stockholmer Konferenz verdichtet haben, führte, so bestand auch zweifellos nach der katholischen Kirche hin ein weites Netz von Beziehungen, welches neben der offiziellen, der offiziösen und selbst der privaten Korrespondenz herging. Diese Dinge heute klar zu erkennen, ist wohl außerordentlich schwierig; es ist wohl auch nicht unmittelbar nötig. Daß sie bestanden haben zu wissen, ist aber unbedingt nötig; denn ihr Bestehen wird vielleicht manches erklären, was sonst historisch dunkel sein könnte. Durch die Ausführungen des Herrn Vertreters des Auswärtigen Amtes entstehen immerhin gewisse Schwierigkeiten in dieser Beziehung. Die Texte der Papstnote und unserer Antwort auf die Papstnote sind ja publici juris. Hingegen sind von der neben der offiziellen Note herlaufenden halboffiziellen und offiziösen Korrespondenz die Texte bisher nicht veröffentlicht. Ich beabsichtigte, den Antrag zu stellen, daß der ominöse Brief, welchen der Herr Abgeordnete Dr. Bredt zur Grundlage seiner gesamten Darlegungen sowohl in seinem Gutachten wie in den „Preußischen Jahrbüchern" gemacht hat, einmal vollständig verlesen werde. Ich bin dabei aber auf entschiedenen Widerspruch gestoßen.

(Sachverständiger Abg. D. Dr. Dr. *Bredt:* Welcher Brief?)

— Der gesamte Text des Briefes vom 24. September.

(Sachverständiger Abg. D. Dr. Dr. *Bredt:* Der steht ja bei Ludendorff im Wortlaut. Das kann verlesen werden.)

Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp:*

Wir werden uns bemühen, den Text zu beschaffen. Ich bitte den Herrn Zeugen fortzufahren.

Zeuge Dr. *v. Kühlmann:*

Wenn Bedenken gegen die Verlesung des Textes nicht vorliegen, würde ich die Verlesung des Textes deswegen beantragen, weil, wie gesagt, das Gutachten und die dem Gutachten folgenden Ausführungen im wesentlichen Teil auf diesen Geheimbrief und seinen angeblichen Wirkungen aufgebaut sind. und hier kann ich zu meinem großen Bedauern dem Herrn Gutachter nicht folgen. Aus der Verlesung wird sich ergeben, daß dieser Brief die Antwort auf einen früheren Brief und eine Erläuterung der offiziellen Note ist.

Die Verhandlung wird hierauf einige Minuten ausgesetzt, um den Brief herbeizuschaffen.

Nach Wiederaufnahme der Verhandlung verliest Sekretär Dr. *Bloch* die Antwort der deutschen Regierung an den Nuntius Pacelli vom 24. September 1917, die folgenden Wortlaut hat:

Berlin, den 24. September 1917.

Euerer Exzellenz

geneigtes Schreiben vom 30. v. Mts. habe ich zu erhalten die Ehre gehabt und bitte den Ausdruck meines aufrichtigen Dankes für die gütige Übersendung der interessanten Mitteilungen entgegenzunehmen.

Wie ich aus dem Schreiben Euerer Exzellenz entnehme, will der Herr Kardinalstaatssekretär seine Bemühungen für baldige Herbeiführung eines gerechten und dauerhaften Friedens wirksam fortsetzen; ich nehme hiervon mit lebhafter Genugtuung Kenntnis, da die Wünsche der kaiserlichen Regierung mit diesen Bestrebungen Seiner Eminenz vollkommen übereinstimmen.

Euere Exzellenz wollen mir gestatten, zu der mir gütigst übermittelten Abschrift eines Telegramms der Königlich Großbritannischen Regierung an ihren Gesandten bei dem Heiligen Stuhle nachstehendes zu bemerken:

Die kaiserliche Regierung schließt sich der Auffassung an, daß eine genaue Präzisierung der Kriegsziele denjenigen Weg bildet, auf dem sich unter Umständen eine Einigung unter den kriegführenden Parteien wird erzielen lassen. Denn gerade eine scharfe Präzisierung der gegenseitigen Bedingungen wird es ermöglichen, zu übersehen, ob durch eine Prüfung im Geiste eines verständigen Entgegenkommens vorhandene Gegensätze beseitigt werden können. Für die Behandlung der zu untersuchenden Punkte wird ohne Zweifel eine gewisse Ordnung und Reihenfolge festzulegen sein; hierbei

werden auch nach unserer Ansicht die auf Belgien bezüglichen Fragen in erster Linie Beachtung zu finden haben.

Alle Einigungsversuche müssen aber — und hierauf möchte ich vor Eintritt in Einzelheiten besonders hinweisen — von vornherein zur Unfruchtbarkeit verurteilt sein, wenn nicht bei dem Austausch der Meinungen derjenige Geist von Objektivität und Achtung vor dem Standpunkt des Gegners verwaltet, für den gerade Seine Heiligkeit der Papst während der ganzen Dauer dieses furchtbaren Krieges den Völkern ein so leuchtendes Vorbild gegeben hat.

Bei unseren Gegnern ist im allgemeinen die Tendenz hervorgetreten, den Mittelmächten die alleinige Schuld an dem Kriege aufzubürden und von ihnen in einem Tone zu reden, als habe ein Angeklagter vor dem Tribunal strenger Richter zu erscheinen. Wir haben mit aufrichtigem Bedauern wahrgenommen, daß auch in dem von Euerer Exzellenz mir überreichten Telegramme der Königlich Großbritannischen Regierung Auffassungen anklingen, die den eben geschilderten entsprechen. Und doch sind nach uns zugegangenen Berichten manchmal auch in den Äußerungen leitender englischer Staatsmänner objektivere Auffassungen zutage getreten, die von uns angenommen werden könnten und dem Urteil entsprechen dürften, das die Geschichte dereinst über die Entstehungsursache dieses gewaltigen Kampfes als Wahrheit feststellen wird.

Nur ein solcher Geist der ruhigen Beurteilung und der Versöhnlichkeit kann eine für einen erfolgreichen Gedankenaustausch günstige Atmosphäre schaffen. Es würde mit dem berechtigten Stolze des deutschen Volkes vollkommen unverträglich sein, auf dem Boden anderer Anschauungen oder Gefühle sich mit seinen heutigen Gegnern zu einer Diskussion über die Möglichkeit und die Bedingungen eines Friedens zu begegnen.

Ich habe mir erlaubt, diesen Gesichtspunkt so ausführlich hervorzuheben, nicht zu dem Zweck, alte Kontroversen, die jetzt mehr als drei Jahre lang die Völker entflammt hatten, wieder zu beleben und das Friedenswerk zu erschweren, sondern gerade in dem Bestreben, durch genaue Umschreibung jener seelischen Voraussetzungen — auch bei unseren Gegnern —, ohne welche alle noch so wohlgemeinten Versuche ergebnislos bleiben müßten, dem Friedenswerke den Weg zu ebnen.

Wenn sich unsere heutigen Gegner darauf berufen, daß sie als Antwort auf die Note des Präsidenten Wilson ihre Kriegsziele mitgeteilt hätten, so dürfte es nicht überflüssig sein, schon jetzt darauf hinzuweisen, daß die damals bekanntgegebenen Kriegsziele als Grundlage eines Meinungsaustausches nicht in Erwägung gezogen werden können, da sie einen Ausgangspunkt zur Voraussetzung haben, der dank der Standhaftigkeit des deutschen Volkes niemals eintreten wird; nämlich eine völlige Niederwerfung Deutsch-

lands und seiner Verbündeten. Wollte Deutschland Kriegsziele veröffentlichen oder seinen heutigen Gegnern mitteilen lassen, die von der umgekehrten Voraussetzung, d. h. von einer völligen Niederwerfung seiner heutigen Gegner, ausgingen, so würde unseres Erachtens die Sache des Friedens hierdurch nicht gefördert, sondern geschädigt; denn die Abweichungen der gegenseitigen Forderungen wären so groß, daß auch der beste Wille verzweifeln müßte, eine Einigung für möglich zu halten. Sollte es im gegenwärtigen Augenblicke zu Gesprächen über die Möglichkeit des Friedens kommen, so könnten sie nur auf einer neuen Grundlage geführt werden — auf der Grundlage nämlich, daß zurzeit keine von beiden Parteien besiegt sei und keine der anderen moralisch oder politisch etwas zumute, was von einem stolzen Volke, selbst wenn es besiegt wäre, nicht ertragen werden könnte.

Sind wir mithin im heutigen Stadium der Dinge noch nicht in der Lage, dem Wunsche Euerer Exzellenz zu entsprechen und eine bestimmte Erklärung über die Absichten der kaiserlichen Regierung im Hinblick auf Belgien und auf die von uns gewünschten Garantien zu geben, so liegt der Grund keineswegs darin, daß die kaiserliche Regierung grundsätzlich der Abgabe einer solchen Erklärung abgeneigt wäre oder ihre entscheidende Wichtigkeit für die Frage des Friedens unterschätzte oder glaubte, ihre Absichten und die ihr unumgänglich nötig scheinenden Garantien könnten ein unübersteigliches Hindernis für die Sache des Friedens bilden, sondern lediglich darin, daß ihr gewisse Vorbedingungen, die eine unbedingte Voraussetzung für die Abgabe einer derartigen Erklärung bilden, noch nicht genügend geklärt zu sein scheinen.

Hierüber Klarheit zu gewinnen, wird das Bestreben der kaiserlichen Regierung sein, und sie hofft — falls die Umstände ihr Vorhaben begünstigen —, in nicht allzu ferner Zeit in der Lage zu sein, Euere Exzellenz über die Absichten und nötigen Forderungen der kaiserlichen Regierung, insbesondere in bezug auf Belgien, genauer unterrichten zu können.

Ich darf schon jetzt der uns beseelenden Hoffnung Ausdruck geben, daß das große Unternehmen Seiner Heiligkeit des Papstes, den Völkern nach so vielen Schrecknissen dieses beispiellosen Kampfes die Segnungen des Friedens wieder zu schenken, von vollem Erfolg gekrönt sein möge.

Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp:*

Darf ich den Herrn Zeugen bitten, fortzufahren.

Zeuge Dr. *v. Kühlmann:*

Ich mußte Wert darauf legen, daß der Brief im Wortlaut verlesen wird, denn das Gutachten des Professors Dr. Bredt baut sich im wesentlichen auf diesen Brief auf. Dieser Brief ist, wie aus

seinem Tenor ersichtlich ist, ein Glied in einer Korrespondenz, und zwar in einer streng geheimen persönlichen Korrespondenz, und der wesentliche Zweck dieses Briefes war, der Kurie indirekt eine Antwort auf die englische Note zu geben. Die englische Note, welche die Kurie uns vertraulich übermittelt hatte, war, wenn man sie näher analysiert, keineswegs so günstig, wie es vielleicht auf den ersten Blick scheinen konnte. Selbst in dem uns übermittelten, wahrscheinlich von Salis redigierten, etwas höflicheren Text. Insbesondere bezog sich die englische Note auf die Antwortnote der Verbündeten an den amerikanischen Präsidenten bei dessen ersten Friedensschritt, und diese Note, mit deren Verlesung ich Sie nicht ermüden will, die vielleicht den Herren, die damals politisch tätig waren, noch im Gedächtnis ist, ist ein Schriftstück, in welchem Deutschland in der schwersten Weise beschimpft wird, und in welchem die extremsten Friedensziele, die später im Versailler Diktat verwirklicht worden sind, programmäßig schon alle enthalten sind. Es schien sehr notwendig, in erster Linie den Heiligen Stuhl und in zweiter Linie durch den Heiligen Stuhl die englische Regierung davon zu verständigen, daß nur auf dem Boden vollkommener Gleichberechtigung und nur auf dem Boden eines wirklichen Friedens überhaupt in eine Diskussion eingetreten werden konnte.

(Abg. *Joos:* Die englische Note hatte aber diese Dinge von der Wilson-Note nicht aufgenommen.)

Sie hat darauf angespielt.

(Abg. *Joos:* In welcher Form?)

— Ich darf vielleicht die englische Note verlesen, das wird wohl genügen, da dieser Brief ja die indirekte Antwort auf die uns übermittelte englische Note ist:

> Die Regierung Seiner Majestät (die englische Regierung) ist bisher nicht imstande gewesen, die Ansichten der Verbündeten einzuholen in bezug auf die durch Seine Heiligkeit in der Note vom 1. August gegebenen Anregungen über die Frage, unter welchen Bedingungen es möglich sein könnte, zu einem dauernden Frieden zu gelangen. Wir können noch nicht sagen, ob es irgendeinem nützlichen Zweck dienen würde, überhaupt darauf zu antworten, oder wenn wir darauf antworten, welche Form unsere Antwort bekommen soll; obwohl die Zentralmächte ihre Schuld im Hinblick auf Belgien eingestanden haben, so haben sie niemals klar erklärt, daß sie entweder den Status quo in Belgien wiederherstellen, seine völlige Unabhängigkeit wieder herstellen oder die Schäden ersetzen sollten, welche sie diesem Lande zugefügt haben. Solange wie sie und ihre Verbündeten nicht erklärt haben, wie weit sie gewillt sind zu gehen in der Frage der Reparation, der Restauration, ihre Kriegsziele vollkommen verkündigt und Vorschläge über die Maßnahmen gemacht haben, welche der

Welt Garantien bieten sollen, daß sie nicht wieder in die Schrecken gestürzt wird, welche sie augenblicklich verwüsten, solange dies nicht geschehen ist, glaubt Seiner Majestät Regierung nicht, daß irgendein Fortschritt im Sinne des Briefes gemacht werden kann. Es scheint überflüssig zu versuchen, Übereinstimmung zwischen den Kriegführenden herbeizuführen, bevor die Differenzpunkte klar erkannt sind, und weder Deutschland noch Österreich haben bisher irgendwelche offizielle Mitteilung gemacht, welche korrespondieren würde den Darlegungen der Alliierten in ihrer Antwort an den Präsidenten der Vereinigten Staaten, ein Dokument, welches jedenfalls dem Herrn Kardinalstaatssekretär noch gegenwärtig ist. Ich bitte, bei geeigneter Gelegenheit dies seiner Eminenz mitzuteilen.

Das ist also eine klare Bezugnahme auf die Note der Verbündeten an Wilson. Diese Note war wie gesagt in anklagenden, beschimpfenden Ausdrücken gehalten und stipulierte die Kriegsziele, die in Versailles realisiert worden sind. Deswegen schien es uns außerordentlich wichtig, der Kurie sofort unsere Stellungnahme und unsere Wünsche in bezug auf die Atmosphäre mitzuteilen, die uns als unerläßliche Voraussetzung für eine Verhandlung überhaupt erschien.

Das Gutachten des Herrn Professors Dr. Bredt stützt sich nun in erster Linie auf diesen eben verlesenen Brief und führt aus, daß dieser Brief von der Kurie als Abschneidung aller Friedensmöglichkeiten betrachtet werden mußte, da darin die deutsche Regierung erklärt: Wir geben keine irgendwie gearteten Deklarationen über Belgien. Ich halte diese Ausführung für unhistorisch. Sie verträgt sich weder mit unseren damaligen Absichten, noch ist das Schreiben von der Kurie so aufgefaßt worden, wie das Gutachten es auffaßt, so daß ich in diesem Punkte dem Gutachten nicht nur nicht beitreten kann, sondern ihm ausdrücklich widersprechen muß.

Gestern hat der Herr Reichskanzler Dr. Michaelis eine gutachtliche Äußerung des Professors Meinecke angeführt. Ich möchte nicht in Auslegungskünste eintreten. Zwei Professoren widersprechen sich, wahrscheinlich würden sich mehrere Professoren auch weiter widersprechen.

(Abg. *Dittmann:* Nur die Juristen sind unfehlbar. — Heiterkeit.)

Ich möchte hingegen ein anderes Dokument anführen, und zwar eine offizielle Note des Vatikans, in welcher der Vatikan amtlich eine Auffassung vertritt, welche jedenfalls damit nicht gut in Einklang zu bringen ist. Das ist die Note, in welcher der Vatikan dem englischen Premierminister die deutsche Antwort auf die Friedenskundgebung übermittelt.

(Zuruf: Von welchem Tag?)

— Vom 28. September.

(Abg. *Dittmann:* Im Wortlaut haben wir sie erst später erfahren, nicht während des Krieges.)

Wir haben keine Anhaltspunkte, wann der besprochene Brief im Vatikan eingegangen ist; ob er telegraphiert worden ist, das wissen wir nicht. Immerhin möchte ich aus dem Wortlaut folgern, daß der Vatikan gewisse parallele Mitteilungen bereits erhalten haben muß; denn er sagt — es ist ein Auszug, ich lese nur den Passus vor —

Die deutsche Antwort nimmt ausdrücklich an, den ersten und den zweiten Punkt der pontifikalen Note. Implizite akzeptiert die Note auch die übrigen Punkte, wie man aus der Antwort entnehmen kann, welche sagt: „Bezugnehmend auf die Reichstagsfriedensresolution vom 19. Juli dieses Jahres." Der Heilige Stuhl hat starke und besondere Gründe für den Glauben und die Behauptung, daß der Satz tatsächlich in diesem Sinne auszulegen ist, d. h. auszulegen als eine deutsche Annahme der Punkte 3 und 4 der päpstlichen Note.

Der Vatikan stand also damals auf dem Standpunkt — und soviel ich weiß, hat er diesen Standpunkt niemals verlassen —, daß dieser Brief vom 24. nicht eine Negation unserer Bereitwilligkeit bedeutete.

(Abg. *Dittmann:* Das bezog sich doch auf die offizielle Antwortnote!)

— Aber er sagt doch: Wir haben besondere Gründe, anzunehmen und zu erklären, daß die Note implizite auch die Punkte 3 und 4, in denen eben die belgische Frage enthalten war, annimmt.

(Abg. Graf *v. Westarp:* Das ist nach dem Brief vom 24. ausgesprochen worden?)

— Wir wissen nicht, wie schnell der Brief vom 24. von der Nuntiatur übermittelt worden ist. Nachdem aber in dem offiziellen, offiziösen und auch privaten Schriftverkehr, soweit er aktenkundig ist, eine derartige Spezialmitteilung nicht enthalten ist, kann ich nicht annehmen, daß der Vatikan in einer amtlichen Note an die englische Regierung sagen würde, er habe besondere Gründe, das und das anzunehmen und zu erklären, wenn nicht mindestens ein halboffizieller Brief der deutschen Regierung ihm diesen Grund gegeben hätte. Welche andere Mitteilung soll diese Note sonst im Auge haben?

Wie gesagt: der Verlauf der Dinge ist nicht so gewesen, daß wir irgend Grund hatten, anzunehmen, als hätte der Brief vom 24. im Vatikan oder sonst an irgendeiner Stelle den Eindruck gemacht, als bestünde eine wesentliche Diskrepanz zwischen diesem Brief und der Papstnote. Der Brief vom 24. war zum Teil als interpretierende Ergänzung der Papstnote gedacht, er sollte eben gerade unterstreichen, daß die Regierung prinzipiell zur Abgabe der Erklärung bereit sei, sie aber pro tempore noch nicht abgeben könne. Er sollte zweitens zur Klärung der Fragen beitragen, welche durch die aus-

drückliche Anführung der Wilson-Note in der englischen Note angeregt worden waren.

Ich komme nun zu der Frage des Siebener-Ausschusses. Die Entstehung des Siebener-Ausschusses ist gestern geschildert worden. Ich war an derselben selbst so gut wie unbeteiligt. Der Siebener-Ausschuß ist hervorgegangen aus persönlichen Verhandlungen des Herrn Reichskanzlers Michaelis mit dem damaligen Parlament und erfolgte im Anschluß an eine Meinungsdifferenz über die Interpretation der Friedensresolution. Der Siebener-Ausschuß war eine Vertretung des Parlaments, wie gestern ausgeführt worden ist, und wie ich mir heute ergänzend auszuführen erlaubt habe, waren die Verfassungszustände damals fließende. Irgendwelche verfassungsmäßigen Grundlagen, welche die Befugnisse und der Machtumfang dieses Siebener-Ausschusses sein sollten, lagen nicht vor. Immerhin war die Einsetzung dieses Ausschusses insofern erwünscht, als man diesem engeren Kreise über diplomatische Vorgänge und Tatsachen doch mehr mitteilen konnte, als dem Plenum oder dem Hauptausschuß. Ohne dem Siebener-Ausschuß im geringsten einen Vorwurf daraus machen zu wollen, kann ich doch sagen, daß auch dieses Gremium natürlich keine absolute Gewähr für strikte Geheimhaltung sehr sekreter Dinge bot; denn der Siebener-Ausschuß hatte selbstverständlich die Aufgabe, den einzelnen Fraktionen über die Verhandlungen zu berichten. Was in der ungeheuren Spannung der Kriegszeit, wo jeder nach den leisesten Aussichten einer Friedenshoffnung lechzte, irgendeine Mitteilung über Friedensmöglichkeiten für eine Bedeutung hatte, das kann man heute schwer erwägen. Im ganzen ist im Kriege sehr wenig wirklich geheim geblieben, eigentlich nur diejengen Dinge, welche einem ganz engen Kreis von Personen zugänglich waren. Selbst Stellen, wie beispielsweise die Bureaus der O. H. L. boten nach Erfahrungen, die gemacht worden sind, keine unbedingte Gewähr für Geheimhaltung, ebensowenig das Allerhöchste Hauptquartier, so daß die auswärtige Politik während des Krieges ganz besonders ängstlich und gewissenhaft abwägen mußte: was ist geheimzuhalten, und wem kann ich geheimzuhaltende Dinge mitteilen, ohne die Geheimhaltung zu gefährden? Ich habe auf dem Standpunkt gestanden und nehme ihn noch heute ein, daß — und dies betrifft die Kernfrage, die heute zur Diskussion steht — der gesamte vertrauliche und persönliche Briefwechsel, welcher mit neutralen Mächten parallel mit dem offiziellen Dokumentenaustausch stattgefunden hat, zu den Dingen gehörte, welche die auswärtige Politik pflichtgemäß als streng vertraulich betrachten mußte. Das Maß der Vertraulichkeit in einem solchen Falle wird in erster Linie, wie der Herr Vertreter des Auswärtigen Amtes vorhin hervorgehoben hat, durch die Anschauungen des Staates bezw. der Regierung bestimmt, mit welcher dieser Schriftwechsel geführt wird. Daß die Kurie, daß speziell der

diplomatische Vertreter der Kurie, der Nuntius Pacelli, wenn wir ihn angegangen hätten, einer parlamentarischen Kommission den Inhalt oder gar den Wortlaut dieser streng geheimen Korrespondenz mitzuteilen, unter keinen Umständen seine Genehmigung dazu gegeben hätte, darüber brauchen wir nicht den geringsten Zweifel zu haben. Ich habe die Möglichkeiten sehr ausführlich erwogen. Es war unser begreiflicher Wunsch, aus den Anschauungen heraus, die ich Ihnen vorher entwickelt habe, womöglich die Papstnote durch die gesamten Mehrheitsparteien, die der Friedensresolution zugestimmt hatten, angenommen, approbiert zu sehen. Aus diesem Wunsche heraus habe ich über die Mitteilungen hinaus, die ich im Siebener-Ausschuß zu machen für tunlich hielt, einzelnen Mitgliedern des Ausschusses unter vier Augen andeutungsweise und in einer sehr sorgfältig abgewogenen Mitteilungsform wenigstens einigermaßen Einblick in die Motive zu gewähren versucht, welche die Regierung bei ihrer Politik leiteten, eine ausdrückliche Erklärung über Belgien nicht abzugeben, solange nicht die Sicherheit oder wenigstens eine große Wahrscheinlichkeit dafür vorlag, daß die Abgabe einer solchen Erklärung über Belgien tatsächlich die Gegner zur Einleitung von Friedensverhandlungen bringen würde. Wir waren ja auch, wie ich vorhin hervorhob, durch die Form, in welcher das Votum im Kronrat erfolgte, behindert. Wenn wir die öffentliche Erklärung über Belgien abgegeben hätten, ohne irgendeine Gewähr dafür zu haben, in welcher Form die Erklärung von den Gegnern aufgenommen würde und welche Wirkung sie in bezug auf den Frieden haben würde, hätten wir unsere Vollmacht überschritten. Wir können heute schon nach dem, was wir über die Vorgänge beim Gegner wissen, mit voller Sicherheit sagen, daß, wenn diese Erklärung auch abgegeben worden wäre, sie an der diplomatischen Lage nichts geändert haben würde. England wußte, daß wir bereit sind, mit ihm über Belgien zu konferieren. Der Vatikan wußte es auch, trotz der Auffassung, die anderweitig vertreten worden ist. Der Vatikan bestätigt England ausdrücklich, daß er ernsten Grund habe, zu glauben, daß wir Punkt 3 und 4 implizite bereits angenommen hätten. Trotzdem nimmt die englische Regierung unter dem Druck der französischen die vorhin geschilderte vollkommen ablehnende Haltung ein. Wir können also heute retrospektiv mit voller Sicherheit sagen: auch eine ausdrückliche Erklärung über Belgien, sei es in der Papstnote, sei es im Parlament, hätte uns damals dem Frieden um keinen Schritt näher gebracht.

Ich habe im 2. Unterausschuß ausführlicher dargelegt, daß der Gedanke, der vielfach in der Öffentlichkeit auch von sehr eminenten und hervorragenden Köpfen vertreten worden ist, als ob eine solche Erklärung einen unwiderstehlichen Druck der öffentlichen Meinung in England auf die englische Regierung zustande gebracht hätte, falsch

ist. Die Regierungen waren im Kriege außerordentlich stark. Auch in den anderen Ländern, besonders in England, haben sich auf innenpolitischem Gebiete — das ist wichtig im Zusammenhange der Stellung der O. H. L. — Konstruktionen entwickelt, die der englischen Verfassung nicht gemäß waren, in dem Sinne, daß die englische Demokratie klar erkannt hat, daß ihr größtes Privilegium die Verleihung diktatorischer Gewalt ist. Lloyd George war im Höhepunkt seiner Macht absoluter Diktator, und nur dadurch ist es ihm gelungen, seiner Obersten Heeres- und Marineleitung gegenüber die Stellung einzunehmen, die bei uns nach der Konstruktion im Innern weder für die Krone, noch für die politische Reichsleitung möglich war.

Ich habe kurz ausgeführt, welches die Gründe waren, welche es uns nach gewissenhafter Prüfung unmöglich erscheinen ließen, die vertraulichen Schriftstücke, die, wie ich anführte, in verschiedenen Graden der Intimität zwischen uns und neutralen Vertretern gewechselt wurden, im Siebener-Ausschuß, sei es dem Inhalt nach, sei es im Wortlaut, mitzuteilen. Die Kurie würde einem solchen Wunsche, wenn wir ihn geäußert hätten, ein glattes Nein entgegengesetzt haben, und die vertrauensvollen Beziehungen, welche damals ein großes Aktivum für uns bildeten, hätten dadurch gelitten, und zwar in erheblichem Maße. Andererseits muß man sich auch vorstellen, was ich bereits sagte, daß eine absolute Geheimhaltung einer Mitteilung, die einem parlamentarischen Ausschuß und durch diesen wieder dem Parlament gemacht wurde, nicht gewährleistet war. Es hätte ja doch gleichzeitig das Faktum mitgeteilt werden müssen, daß die deutsche Regierung durch eine neutrale diplomatische Mittelsperson bei England sondieren lasse — denn das war ja ein Teil des Gesamtkomplexes, den wir bearbeiteten —, weiter das Faktum, daß unsere Beziehungen zur Kurie so intime waren, daß wir den Entwurf unserer Antwortnote der Kurie vorher vertraulich mitteilten. Dieses ganz ungewöhnliche diplomatische Vorgehen hätte, wenn es bekannt wurde, allein genügt, um den Friedensschritt der Kurie beim Gegner von vornherein vollkommen zu diskreditieren und für die Entente unannehmbar zu machen; denn der Verdacht der Entente war von Anfang an, daß die Kurie ihren Friedensschritt im Interesse der deutschen Politik gemacht habe. Diese Konsequenzen muß man sich im einzelnen durchdenken. Sowie bekannt geworden wäre, daß ein privater, heimlicher Briefwechsel zwischen den Leitern der deutschen Politik und den Vertretern der Kurie besteht, der soweit geht, daß die Deutschen den Entwurf ihrer Antwortnote der Kurie vertraulich unterbreiten, von ihr ein Gutachten darüber einholen, ob ihr die Antwort gefällt oder nicht, wäre die Möglichkeit, an die Gegner heranzukommen, an die wir doch damals noch bis zu einem gewissen Grade glauben konnten, abgeschnitten und die päpstliche

Friedensaktion wäre vollkommen und endgültig vernichtet worden. Das sind Erwägungen, die so schwerwiegender Natur sind, daß sie damals für uns ausschlaggebend gewesen sind. Und ich kann sagen, daß mich solche Gründe heute unter analogen Umständen wieder bewegen würden, die Verantwortung auf mich zu nehmen, sei es dem Parlament, sei es einem Ausschuß nur das mitzuteilen, was nach reiflicher pflichtgemäßer Überlegung mitgeteilt werden konnte.

Denn eine isolierte Mitteilung ist nicht möglich. In dem Gutachten wird das Hauptgewicht immer auf den Schlußpassus des vorhin verlesenen sogenannten Geheimbriefes gelegt. Es ergibt sich aber, daß der Brief einfach ein Stück in einer laufenden Korrespondenzserie ist. Wie hätten wir dem Hauptausschuß mitteilen sollen, die Kurie wünscht die und die Erklärung und befürchtet, wenn die und die Erklärung nicht abgegeben wird, einen ungünstigen Einfluß auf ihre Demarche! Wenn wir nicht gleichzeitig mitteilten: Wir sind mit der Kurie in einem geheimen Verkehr und haben ihr die Dinge unterbreitet! Das ist vollkommen ausgeschlossen und war damals vollkommen ausgeschlossen. Wie gesagt, die erste, die es für vollkommen ausgeschlossen erklärt hätte, wäre die Kurie selbst gewesen. Sie hätte gesagt: Mit einer Regierung, auf deren Diskretion ich mich so wenig verlassen kann, die durch die verfassungsmäßigen Zustände gezwungen ist, strikt geheime private diplomatische Korrespondenzen parlamentarisch zu verwerten, kann ich im Kriege und außer Kriege vertraulich überhaupt nicht mehr verkehren! Das Wesen der diplomatischen Korrespondenz ist heute noch ebenso die Vertraulichkeit, und ich glaube, daß auch heute unter einem rein parlamentarischen Regime ein Außenminister in derselben Lage ähnliche Erwägungen anstellen und zu demselben Resultate kommen würde.

Das ist es, was ich im wesentlichen zu den beiden vom Ausschuß als Thema für diese Behandlung vorgelegten Fragen zu sagen hätte. Ich möchte ergebenst anheimstellen, wenn noch Detailfragen im einzelnen sind, sie formulieren zu wollen.

Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp:*

Es ist jetzt über 12 Uhr und um 2 Uhr soll die Sitzung des Plenums beginnen. Bisher haben sich fünf Herren gemeldet, die an den Herrn Zeugen Fragen zu stellen wünschen. Ich nehme an, daß wir einen Teil dieser Fragen jetzt noch stellen können, und gebe zuerst das Wort dem Herrn Sachverständigen Schwertfeger. Ich bitte, um etwas Ordnung in die Vernehmung hereinzubringen, zunächst solche Fragen zu stellen, die sich lediglich an Herrn Staatssekretär v. Kühlmann richten. Ist das bei Ihnen der Fall, Herr Sachverständiger?

(Sachverständiger *Schwertfeger:* Ich hätte gern zwei kurze Fragen an den Herrn Reichskanzler Michaelis gerichtet!)

Dann bitte ich Sie, diese Fragen zurückzustellen.

(Sachverständiger *Schwertfeger:* Dann verzichte ich vorläufig!)

Abg. Dr. *Bergsträßer:*

Herr Staatssekretär, Sie sagten, daß am 26. August die ganze Aktion des Papstes schon durch die erst später bekannt gewordene französische Note zerschlagen worden sei. Ist der Regierung — ich stelle die Frage nur der Sicherheit halber — während des Krieges die französische Antwort nicht bekannt geworden?

Zeuge Dr. *v. Kühlmann:*

Nein, sie ist nicht bekannt geworden. Ich darf aber vielleicht in diesem Zusammenhang sagen, daß uns schon sehr früh Meldungen zugegangen sind, welche aus anderen Gesichtspunkten einen Erfolg der päpstlichen Friedensdemarche als äußerst unwahrscheinlich, wenn nicht ausgeschlossen hinstellen mußten. So berichtet uns am 28. August der kaiserliche Botschafter in Wien, daß Kaiser Karl dem päpstlichen Nuntius gegenüber jede Konzession Österreichs an Italien strikte abgelehnt habe und daß der Nuntius unserem Botschafter erklärte, damit sei die Demarche des Papstes zur Hoffnungslosigkeit verurteilt. Also am 28. August bezeichnet der Wiener Nuntius unserem Botschafter gegenüber die Demarche als hoffnungslos, weil er bei Österreich kein Entgegenkommen für italienische Wünsche im Trentino gefunden hat. Das ist zwar nicht ausschlaggebend, aber schon ein sehr schwerwiegendes Argument gewesen.

Abg. Dr. *Bergsträßer:*

Das steht ja auch in der kleinen Schrift von Scheidemann.

Die erste mündliche Sondierung des Nuntius war am 26. Juni bei Bethmann Hollweg und am 29. Juni in einem mündlichen Gespräch beim Kaiser. Damals hat Bethmann Hollweg — so schreibt er wenigstens in seinen Erinnerungen — dem Nuntius die Zusicherung einer vollen Wiederherstellung Belgiens gegeben, also nicht nur seiner Souveränität, sondern seiner Unabhängigkeit derart, daß von einem Protektorat — ich will einmal die Pläne der Wirtschaft so bezeichnen — gar keine Rede gewesen wäre. Diese Linie hat Bethmann Hollweg vom 4. August 1914 an innegehalten. Ich weiß auch, daß er im Jahre 1916 an Wilson eine ähnliche Erklärung hat gehen lassen; das steht im Buche von Graf Bernstorff. Nun scheint es mir doch, daß die Mitteilung an den Papst als Gegensatz gegen diese Erklärung von Bethmann Hollweg aufgefaßt werden muß, und ich möchte Sie fragen: Ist Ihnen, der Sie nach der Entlassung Bethmann Hollwegs in das Amt gekommen sind, von dieser Antwort Bethmann Hollwegs etwas bekannt geworden?

Zeuge Dr. *v. Kühlmann:*

Ich habe die Akten damals durchgelesen, aber ich habe diese Erklärung Bethmann Hollwegs nicht als eine formulierte offizielle Regierungserklärung, sondern als eine Mitteilung seines privaten Standpunktes angesehen. Denn Bethmann Hollweg hatte ja keinerlei

Schritte getan, um diese Erklärung sozusagen mit voller Autorität abgeben zu können. Ich bin sicher, er hatte sich weder mit der Krone, noch mit der O. H. L., noch überhaupt mit irgendeiner Stelle auseinandergesetzt, und nach den Darlegungen, die ich vorhin gegeben hatte, konnte die politische Reichsleitung eine solche Erklärung mit wirklicher Autorität nur abgeben, wenn eine Auseinandersetzung mit diesen tatsächlichen Machtfaktoren stattgefunden hatte. Ich möchte erklärend hinzufügen: ich habe pflichtgemäß, da ich über meinen Auftrag und meine Vollmacht nicht hinausgehen konnte, Reserven in der Beziehung gemacht, die in dem sogenannten Geheimbrief formuliert sind. Innerlich war ich überzeugt, daß, wenn erst mal Friedensverhandlungen eingeleitet sind und diese Reserven im geringsten Schwierigkeiten machen, dann die politische Reichsleitung Macht genug haben würde, um die Reserven wegzubringen. Wir mußten das nehmen, was wir erhalten konnten, um damit vorwärtszukommen. Der Rest hätte sich nach der grundsätzlichen Freigabe Belgiens von selbst gefunden.

Abg. Dr. *Bergsträßer:*

Darf ich dann noch eine Frage stellen, obgleich ich nicht weiß, ob Sie überhaupt die Möglichkeit haben, darauf zu antworten: Wußte die O. H. L. von der Antwort, die Bethmann Hollweg privatim, als der Nuntius Pacelli bei ihm war, gegeben hatte, und von dem, was etwa der Kaiser dem Nuntius gesagt hatte?

Zeuge Dr. *v. Kühlmann:*

Daß Bethmann Hollweg seine Antwort der Heeresleitung mitgeteilt hätte, halte ich für ziemlich ausgeschlossen.

Abg. Dr. *Bergsträßer:*

Ich auch! Aber es ist doch zwischen der O. H. L. und Ihnen über Belgien verhandelt worden. Ist aus diesen Besprechungen etwa zu entnehmen, daß die O. H. L. von dieser Antwort Bethmann Hollwegs in gewissem Sinne Kenntnis gehabt hat? Es ist anzunehmen, daß diese Antwort auch dem Kaiser mitgeteilt worden ist, so daß die O. H. L. durch den Kaiser davon hätte erfahren können. Das würde auf die Stellung der O. H. L. zu Bethmann Hollweg wie zu ihrer Energie, die damals in der belgischen Frage bestand, sehr erklärend einwirken.

Zeuge Dr. *v. Kühlmann:*

Es ist möglich, aber ich habe keinen Anhaltspunkt dafür gefunden.

Abg. Dr. *Bergsträßer:*

Dann sprachen Sie von Auseinandersetzungen mit dem Preußischen Staatsministerium über die belgische Frage. Wann haben sie stattgefunden und welche Tendenz haben sie gehabt?

Zeuge Dr. *v. Kühlmann:*

Nach der damaligen Gepflogenheit mußte dem Preußischen Staats-

ministerium Mitteilung von solchen diplomatischen Angelegenheiten gemacht werden. Ich kann aus dem Gedächtnis die Sitzungstage nicht rekonstruieren. Irgendwelche erhebliche Friktionen oder Schwierigkeiten sind aus dem Schoße des Staatsministeriums in diesen Fragen an uns nicht herangetreten.

Abg. Dr. *Bergsträßer:*

Ich komme nunmehr zu der Hauptsache. Mir stellen sich die Dinge jetzt folgendermaßen dar: Die Regierung hat einen Entwurf an den Nuntius Pacelli mitgeteilt, in welchem — ich gehe wohl richtig, bitte mich aber eventuell zu verbessern — kein Bezug auf die Friedensresolution genommen war.

(Lebhafte Rufe: Doch!)

Dann komme ich auf die Daten der Antwort des Papstes. Der Papst teilt am 28. der englischen Regierung die deutsche Antwort mit. In der Antwort des Papstes wird ausdrücklich gesagt: Da die deutsche Regierung sich in ihrer Antwort auf die Friedensresolution bezieht, so lege ich (der Papst) diese Antwort so aus, daß auch auf die Punkte 3 und 4 durch die Bezugnahme auf die Friedensresolution eine Antwort in positivem Sinne gegeben ist. — So habe ich das von Ihnen Verlesene verstanden.

(Zeuge Dr. *v. Kühlmann:* Vollkommen richtig!)

Dann scheint es mir aber so, daß diese Antwort ergangen sein muß, ehe der Brief vom 24. in der Hand der Kurie war, der auf die Friedensresolution keinen Bezug nimmt, sondern, wie der Herr Reichskanzler Michaelis gestern ausdrücklich gesagt hat, zwar eine ähnliche Richtung darstellt, aber ausdrücklich eine Konkretisierung in bezug auf die belgische Frage enthält, das heißt, eine Konkretisierung der Vorbehalte, die Deutschland in bezug auf die belgische Frage — ich will nicht sagen: Forderungen, sondern Vorbehalte — macht, und zwar im Sinne des von der O. H. L. am 12. September aufgestellten Programms.

Zeuge Dr. *v. Kühlmann:*

Ich bin sehr dankbar, daß dieser Punkt zur Sprache kommt, weil er auch von dem Herrn Sachverständigen Professor Dr. Bredt in seinem Aufsatz berührt wird. Das ist historisch vollkommen unmöglich. Wie ich vorhin ausführte, war der Briefwechsel zwischen dem Kanzler Michaelis und der O. H. L. mir vollkommen unbekannt. Das Konzept des Briefes vom 24. ist von mir persönlich im engsten Einvernehmen mit dem Referenten hergestellt worden. Der Referent war derjenige, der die Kontinuität der ganzen Aktion wahrte, und es ist bekannt, daß dieser Referent selbst die intimsten Beziehungen zum Heiligen Stuhle hatte, die er heute als Botschafter dort weiter pflegt. Es ist also ganz unmöglich, daß der Brief der O. H. L., der mir unbekannt war, bei der Abfassung des Konzepts mich irgendwie beeinflußt hat. Beide Schriftstücke entstammen sozusagen meiner

Feder. Ich zeichnete jedenfalls als der verantwortliche Redakteur, und mir waren die Wünsche der O. H. L. und ihre allgemeine Tendenz bekannt. Aber daß in irgendeiner Form ein Gedankenaustausch über die Frage stattgefunden hat, ist mir erst Jahre nachher aus der Presse bekanntgeworden.

Abg. Dr. *Bergsträßer:*

Also würde der Brief in seinem Inhalt bezüglich Belgiens in dem, was ich Vorbehalt nenne, auf Ihrer Kenntnis dessen beruhen, was im Kronrat beschlossen war, und auf Ihrer allgemeinen Kenntnis der sich daran anschließenden Intention der beteiligten Faktoren?

Zeuge Dr. *v. Kühlmann:*

Der Kronrat hatte mir ein ganz bestimmt umschriebenes Mandat gegeben, was ich als Mandatar nicht überschreiten durfte.

Abg. Dr. *Bergsträßer:*

Ich enthalte mich jedes Urteils und versuche nur, die Vorgänge aufzuklären. — Dann würde aber denn doch das bestehen, was der schärfere Ausdruck dieser Vorbehalte im gewissen Sinne gegenüber der reinen Bezugnahme auf die Friedensresolution eine Konkretisierung der Forderungen bezüglich Belgiens, also sagen wir, im Entgegenkommen ein gewisses Minus darstellte.

(Abg. *Joos:* Ein Weniger gegenüber früher! wenn auch nur ein leichtes.)

Zeuge Dr. *v. Kühlmann:*

Wie gesagt, eine Bezugnahme auf die Friedensresolution enthielt ja eine Tendenz, vor allem eine negative Tendenz, nämlich die Ausschließung jeder Annexionsmöglichkeit. Mehr enthielt sie nicht.

(Sachverständiger Dr. *Delbrück:* Sie enthielt viel mehr als eine bloße Abweisung der Annexion!)

Abg. Dr. *Bergsträßer:*

Die Friedensresolution schloß jegliche Annexion aus. Sie war im Grunde genommen nichts anderes als der Wille, Frieden zu machen auf dem Grunde des status quo, Hubertusburger Frieden, um zwei Schlagworte zu gebrauchen. Dieser Brief vom 24. aber enthielt das nicht, sondern er enthielt Vorbehalte in bezug auf Belgien, und zwar nennen wir es einmal leichte, vielleicht nicht einmal oder sicher nicht auf dem politischen Gebiete liegende Sicherungen bezüglich Belgiens und wenn nicht seiner politischen Zukunft, so doch seiner politischen Tendenzen nach dem Kriege.

Zeuge Dr. *v. Kühlmann:*

Die Intention war jedenfalls nicht, das zu präzisieren, sondern sich eben an das Mandat zu halten. Ich konnte nicht mehr zusagen, als ich in diesem Stadium von den anderen widerstrebenden Elementen des Staatswesens konzediert bekommen hatte.

(Abg. Dr. *Bergsträßer:* Gewiß, aber dadurch besteht dieser Unterschied.)

Ich habe auch nach Abschluß der Friedensaktion natürlich dauernd enge Fühlung mit vatikanischen Kreisen gehalten, weil politisch die Dinge im Fluß blieben, auch nachdem die Papstnote gescheitert war. Die Auffassung aber, daß der Brief vom 24. irgendeine Erschwerung der Lage gebracht hätte, ist mir niemals in irgendeiner vatikanischen Kundgebung oder auch privaten vertraulichen Besprechung entgegengetreten.

Abg. Dr. *Bergsträßer:*

Dann darf ich noch um eine Aufklärung bitten. Sie sagten, daß die ganze Stellungnahme bezüglich des vatikanischen Schrittes davon abhängig gewesen sei, daß die Regierung von sich aus diesen anderen Schritt bei England direkt getan hat. Nun ist mir persönlich nicht ganz klar, inwiefern die Stellungnahme gegenüber den belgischen Dingen in der Antwort auf die Papstnote von dieser Sondierung bei England beeinflußt werden mußte, wenn man England gegenüber sagte, wie ich Ihren Äußerungen entnehme, — wir sind bereit — so scheint es der Mittelsmann angedeutet zu haben, — die Frage Belgien schließlich im Sinne der englischen Wünsche, d. h. der vollen Freigabe zu behandeln.

Zeuge Dr. *v. Kühlmann:*

Der Auftrag war bedeutend präziser, er war vollkommen formuliert und ging dahin: er ist ermächtigt, die volle Wiederherstellung der Integrität und Souveränität Belgiens von seiten der deutschen Regierung bindend amtlich zuzusagen, wenn die Gegenpartei dagegen erklärt, daß diese amtliche Zusage zur Folge haben würde, Verhandlungen über einen Frieden, welcher die Integrität des deutschen Reichsterritoriums, die Integrität des Verbündetenterritoriums und den Ausschluß des Handelskrieges nach dem Kriege in sich schlösse. Das war die ganz präzise Formulierung des Auftrags.

Abg. Dr. *Bergsträßer:*

Warum ist nun bei dieser vollkommenen Präzisierung des Auftrags dieselbe Erklärung nicht auch dem Papst in bezug auf Belgien abgegeben worden?

Zeuge Dr. *v. Kühlmann:*

Weil diese Erklärung eben nur abgegeben werden sollte, wenn von der anderen Seite die Gegenerklärung kam. Jede Erklärung an den Papst war eine öffentliche Erklärung. In der öffentlichen Erklärung kann man unmöglich stipulieren: Ich gebe die Erklärung ab unter der Bedingung, daß ein tertius etwas erklärt. Der tertius wird sagen: „Du hast ja öffentlich erklärt, also vorweg geleistet, also wird es Dir nicht mehr gutgeschrieben, während der sondierende Vertrauensmann, der mit dem englischen Premierminister persönlich zu verhandeln die Absicht hatte, mir als Gentlemanswort die Versicherung des Gegenspielers bringen konnte, er ist bereit, um diesen Preis in die Verhandlung einzutreten."

Abg. Dr. *Bergsträßer:*

Ich habe deswegen gefragt, weil mir aus der ganzen Entwicklung sich zu ergeben erscheint, daß doch zu verschiedenen Zeiten von Deutschland, was wir längst wußten, was aber jetzt konkreter herauskommt, über Belgien verschiedene Erklärungen abgegeben worden sind, und ich bin persönlich geneigt, darin für die Gegenseite die Möglichkeiten zu sehen, Unklarheiten der deutschen Politik zu folgern. Deswegen habe ich diese Frage gestellt.

Nun möchte ich noch auf etwas anderes kommen. Sie haben gesagt, daß Ihnen aus einer allgemeinen Anschauung der Dinge heraus an einem vertrauensvollen Zusammenarbeiten mit dem Reichstag gelegen habe. Andererseits haben Sie gesagt, daß eine Informierung auch des Siebener-Ausschusses, z. B. darüber, daß die Antwort im Konzept dem Nuntius mitgeteilt sei, weiter nicht möglich gewesen sei. Bestand nicht doch eine Möglichkeit, den Siebener-Ausschuß insoweit zu informieren, daß er nicht über die ganze Aktion notwendig falsche Vorstellungen haben mußte? Denn tatsächlich liegen die Dinge doch so: Es sind Mitteilungen an den Siebener-Ausschuß gemacht worden; aber diese Mitteilungen waren derart, daß der Siebener-Ausschuß notwendig, seiner Information nach, die gegenteiligen Folgerungen ziehen mußte, als das, was wirklich gewesen ist. Infolgedessen ergab sich — ich will einmal die Dinge noch geschichtlich weiterführen—, daß die Parteien — ich denke da an die damalige Fortschrittspartei und auch an das damalige Zentrum, die Parteien der Friedensresolution selbst — im Jahre 1918 — es ist für den Januar in einer Aufzeichnung von Haußmann, die ich glaube, als richtig ansehen zu sollen, bestätigt —, daß diese selben Parteien im Jahre 1918 die Friedensresolution, sagen wir einmal, aufs Eis gelegt haben, aber nur, weil sie eine falsche Auffassung hatten und sich sagten: Die Antwort an den Papst und zwar eben die Antwort, die sie kannten, die ihnen vorgelegt war, haben die anderen so ablehnend beantwortet, also ist die ganze Friedensresolution eine völlig verfehlte Sache. Es ist also tatsächlich dadurch, daß die Mitglieder des Ausschusses die zweite restringierende Antwort nicht kannten, bei ihnen eine völlig falsche Auffassung der gesamten politischen Situation erweckt worden. Hätte das nicht vermieden werden können? Das scheint mir für unsere Untersuchung bezüglich des Reichstags nach dem Gutachten von Herrn Dr. Bredt der eigentlich springende Punkt der ganzen Sache zu sein.

Zeuge Dr. *v. Kühlmann:*

Wie ich schon ausführte, ich habe es nicht für tunlich gehalten und würde es unter den gleichen Bedingungen heute nicht für tunlich halten, diese vertraulichen Nebenaktionen einer parlamentarischen Körperschaft ohne ausdrückliche Genehmigung des Gegenspielers mitzuteilen. Das würde eine diplomatische Inkorrektheit sein. Wie

gesagt, die Verhältnisse haben sich verschoben. Diese atemlose Spannung, mit der jede Friedensmöglichkeit besprochen wurde, ließ eine Indiskretion leider so gut wie sicher erscheinen, und eine Indiskretion hätte auf alle Fälle die Sache komplett abreißen lassen. Wir haben ja einen anderen Fall, der vielfach in der Literatur behandelt worden ist, der zweifellos mit hereingespielt hat. Ein bekannter Zentrumsabgeordneter erhielt, wie ich hier sagen kann, von Kaiser Karl direkt die geheime Denkschrift des Grafen Czernin, hat die auch streng vertraulich in einer Versammlung der Vertrauensmänner der Zentrumspartei mitgeteilt mit dem Resultat, daß sie sehr kurze Zeit danach publici juris geworden ist. Ein anderer Fall: Der Fürst Lichnowsky, der frühere Botschafter in London, hat numerierte Exemplare einer privaten Denkschrift gegen ehrenwörtliche Scheine zirkulieren lassen mit dem Resultat, daß sie publici juris geworden ist und die Entente sie in zwei Millionen Exemplaren aus den Flugzeugen geworfen hat. Man mußte also da mit äußerster Vorsicht verfahren.

Abg. Dr. *Bergsträßer:*

Trotzdem bleibt bestehen: Der Siebener-Ausschuß ist über die erste Antwort informiert worden, er ist aber gar nicht informiert worden über die zweite Antwort. Warum ist über die zweite Antwort an den Siebener-Ausschuß nichts gesagt worden?

(Zuruf.)

— Die zweite Antwort ist der Brief vom 24. September, die erste Antwort ist die offizielle Note mit Bezug auf die Friedensresolution.

Zeuge Dr. *v. Kühlmann:*

Da kann ich grundsätzlich der Auffassung nicht zustimmen, daß sie wesentlich etwas anderes enthält als die Papstnote in bezug auf die Friedensresolution. Es würde mich sehr interessieren, nachträglich festgestellt zu sehen, ob in vatikanischen Kreisen jemand diese Auffassung bestätigt hat, daß diese Note wegen ihrer Restriktion über die belgische Frage einen wesentlichen Einfluß gehabt hat. Die Absicht bei der Redaktion war, zu präzisieren im Rahmen dessen, was das Mandat erlaubte.

Abg. Dr. *Bergsträßer:*

Warum ist dann nicht gleich in der ersten Antwort präzisiert worden? Warum hat man das getrennt, wenn es dasselbe enthielt? Warum hat man dann von der offiziellen Antwort die nachherige Präzisierung getrennt und warum hat man die Präzisierung nicht gleich auch dem Siebener-Ausschuß vorgelegt, wo doch der Siebener-Ausschuß den größten Wert darauf legte, die Antwort an den Papst, also die Gesamtheit der Antwort an den Papst kennen zu lernen.

Zeuge Dr. *v. Kühlmann:*

Meines Erachtens ist die Note, die offiziell ergangen ist, durch den Brief vom 24. nicht wesentlich modifiziert.

Abg. Dr. *Bergsträßer:*

Warum hat man den Brief vom 24. nicht hier gezeigt, warum nicht beide gleich dem Siebener-Ausschuß vorgelegt?

Zeuge Dr. *v. Kühlmann:*

Weil der Brief vom 24., wie ich mir erlaubt habe, auszuführen, in seinem ersten Teil eine indirekte Mitteilung an die englische Regierung ist, veranlaßt durch die Mitteilung der englischen Note an den Vatikan an uns und in seinem zweiten Teil eine Erklärung an den Nuntius über die Stellungnahme der Regierung zu einer ausdrücklichen Erklärung über Belgien. Sie sagt: Wir sehen die Wichtigkeit der belgischen Frage ein; wir sind auch prinzipiell bereit, eine befriedigende Erklärung abzugeben; wir müssen nur gewisse Ereignisse, die ja nicht näher präzisiert werden konnten, da sie mit der anderen Mission zusammenhingen, abwarten, bevor wir diese Erklärung abgeben.

Abg. Dr. *Bergsträßer:*

Es ist mir noch immer nicht klar, warum man das nicht dem Ausschuß mitteilte.

Zeuge Dr. *v. Kühlmann:*

Aus dem Grunde, weil es Teil einer geheimen Korrespondenz war.

Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp:*

Ich mache darauf aufmerksam, daß wir unsere Verhandlungen um 1 Uhr abbrechen müssen. Es haben sich noch neun Herren gemeldet, die an den Herrn Zeugen Fragen zu richten wünschen. Wir müssen also noch morgen mit einer Sitzung rechnen. Ich bitte deswegen nochmals, alle die Fragen zurückzustellen, die eigentlich der 2. Unterausschuß beantworten müßte, die also die Friedensaktion als solche betreffen, und *die* Fragen in den Vordergrund zu stellen, die Herr Dr. Bergsträßer zuletzt behandelt hat, die Verantwortung des Herrn Staatssekretärs bzw. des Reichskanzlers gegenüber dem Reichstag und seinen Gliedern.

Das Wort hat nun der Herr Sachverständige Dr. Bredt.

Sachverständiger Abg. D. Dr. Dr. *Bredt:*

Ich bin zunächst Herrn v. Kühlmann sehr dankbar, daß er einen Punkt heute mit aller Energie ausgeräumt hat. Ich habe den Standpunkt vertreten, daß im Jahre 1917 eine wirklich greifbare Friedensmöglichkeit nicht vorgelegen habe. Wenn man die erste Veröffentlichung von Herrn Dr. Michaelis las, so sah sie aus, als ob ich behauptet hätte, es habe eine greifbare Friedensmöglichkeit vorgelegen, und als ob das widerlegt würde. Eine solche Möglichkeit habe ich nie behauptet. Ich stimme auch Exzellenz v. Kühlmann darin vollkommen bei, daß die These des Ritters v. Lama eine durchaus phantastische ist, Reichskanzler Michaelis habe aus konfessionellen Gründen gehandelt. Ich halte das für vollkommen ausgeschlossen.

Aber nun komme ich zu einem Punkt, wo ich mit Exzellenz v. Kühlmann auseinandergehe und wo mir einstweilen der Schlüssel zu seinem Standpunkt fehlt. Exzellenz v. Kühlmann führte eben aus, daß der Kardinal Gasparri später an die Ententemächte eine Note gerichtet hat, in der dargelegt ist, die deutsche Antwortnote könne doch wohl immerhin in einem guten Sinne gedeutet werden. Man könnte immerhin —

(Abg. *Joos:* Besondere Gründe, sie so und so auslegen!)

— Ja ich glaube, gleich den Schlüssel zu dieser Antwort einfach geben zu können. Entscheidend ist doch wohl folgendes: Als die deutsche Regierung den gewiß außergewöhnlichen Schritt tat, dem Nuntius Pacelli das Konzept der deutschen Antwortnote mitzuteilen, und als der Nuntius das nach Rom chiffriert telegraphiert hatte, war sofort vom Kardinalstaatssekretär eine Antwort gekommen: Wenn Ihr diese Antwort so, wie sie ist, abschickt, ist damit jede Friedensmöglichkeit zerschlagen. Wir haben unter uns, Herr Dr. Fischer, Herr Dr. Philipp und ich, das Originaldokument eingesehen und haben ausdrücklich festgestellt, daß der Ausdruck, den ich gebraucht habe: „jede Friedensmöglichkeit zerschlagen" durchaus nicht zu scharf gefaßt worden ist, —

(Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp:* Aber durch die Note bereits!)

— durch die Note, lassen Sie mich ruhig ausreden, — daß durch diese Note, deren Konzept nach Rom telegraphiert worden ist, jede Friedensmöglichkeit zerschlagen würde.

Dieser Brief mußte doch der deutschen Regierung eigentlich den Mut nehmen, die Note überhaupt noch abzuschicken.

Nun komme ich zum zweiten Punkt; der preußische Gesandte Treutler aus Wien berichtet, daß der Nuntius Pacelli auch ihm mitgeteilt habe, daß die Note, wie sie abzuschicken beabsichtigt sei, das Ende der Friedensaktion bedeuten würde. Der Nuntius habe sich auch an den Grafen Hertling gewendet und diesen um seine Ansicht gefragt. Der Graf Hertling habe ihm erwidert — ich zitiere das so ungefähr aus dem Gedächtnis —, er könne auch nichts daran ändern, aber der Nuntius möge doch auf den Kardinalstaatssekretär einwirken; wenn ich mich recht erinnere: er möge dem Kardinalstaatssekretär suggerieren, daß doch die Antwortnote der deutschen Regierung immerhin im optimistischen Sinne ausgelegt werden könnte.

Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp:*

Herr Sachverständiger, ich muß Sie unterbrechen. Der Herr Vertreter des Auswärtigen Amtes wünscht das Wort.

Vertreter des Auswärtigen Amtes Vortragender Legationsrat Dr. *Meyer-Rodehüser:*

Ich darf auf die Bemerkungen zurückgreifen, die ich vorhin gemacht habe. Das geht über das hinaus, was bisher durch Publikation bekannt ist.

Sachverständiger Abg. D. Dr. Dr. *Bredt:*

Dann bitte ich, das letzte als nicht gesagt zu betrachten, bitte aber, es als einen Schlüssel zu dem aufzufassen, was Exzellenz v. Kühlmann gesagt hat.

Aber nun komme ich zu einem ganz entscheidenden Punkt. Exzellenz v. Kühlmann sagt, man könne natürlich in der großen auswärtigen Politik nicht dem Reichstag oder einem seiner Ausschüsse über alles Auskunft geben. Das wollen wir selbstverständlich in keiner Weise bestreiten. Aber hier stehen wir doch vor der Tatsache, daß der Siebener-Ausschuß überhaupt nur zu dem Zweck eingesetzt war, Auskunft über das zu bekommen, was dem Papst geantwortet werden sollte. Das war der Zweck, zu dem der Siebener-Ausschuß überhaupt eingesetzt war.

(Sachverständiger Dr. *Herz:* Das ist ja eben bestritten!)

— Aber es steht doch ausdrücklich in den Memoiren von Exzellenz Michaelis, und ich glaube, es wird auch von keiner Seite bestritten, daß der Siebener-Ausschuß zu diesem Zweck eingesetzt war. Tatsächlich hat er doch auch die Antwort an den Papst vorgelegt bekommen.

(Abg. *Scheidemann:* Das ist am 22. August beschlossen worden!) Nun wird dem Siebener-Ausschuß gesagt: Wir geben die gewünschte Erklärung in der Form besser nicht ab; es genügt die Bezugnahme auf die Friedensresolution. Nun, glaube ich, kann man doch einwandfrei feststellen, daß der Siebener-Ausschuß in der Bezugnahme auf die Friedensresolution den klaren glatten Verzicht auf ganz Belgien gesehen hat, daß er auch ein Protektorat oder eine wirtschaftliche Angliederung mit der Friedensresolution für nicht vereinbar gehalten hat. Der ganz begeisterte Brief von Ebert an Erzberger, den ich mit abgedruckt habe, geht doch inhaltlich dahin: „Gott sei Dank, nun haben wir einmal die Regierung klipp und klar auf die Friedensresolution festgenagelt; nun ist alles in Ordnung." Der Siebener-Ausschuß ist bestimmt des Glaubens gewesen: durch die Bezugnahme auf die Friedensresolution ist die ganze belgische Frage in unserem Sinne erledigt; Belgien behalten wir nicht.

Nun bleibt die Frage offen: Wenn man von der Kurie erfuhr, daß diese Bezugnahme auf die Friedensresolution nicht genüge, lag es dann im Rahmen der Intentionen, den Siebener-Ausschuß bei dem Glauben zu belassen, die Antwort an den Papst enthalte den Verzicht auf Belgien? Die Kurie hatte doch mitgeteilt, sie könne den Verzicht auf Belgien aus der Note nicht herauslesen. Ich gebe vollkommen zu, daß man dem Siebener-Ausschuß nicht etwa diesen Brief des Kardinalstaatssekretärs unterbreiten konnte. Aber dann hätte man doch irgendeinen Weg finden müssen, etwa zu sagen: Wir haben uns die Sache noch einmal überlegt; diese Antwort werden wir vielleicht nicht abschicken. Aber der Siebener-Ausschuß ist vollkommen

bei dem Glauben belassen worden: es ist eine Antwort nach Rom hinausgegangen, die den Verzicht auf Belgien enthält.

Das ist ja der Punkt, der in meinem ganzen Gutachten entscheidend ist. Ich habe ja gar nicht die auswärtige Politik behandelt, sondern die innere Politik, und habe daraus die Folgerung gezogen: Wenn Dr. Michaelis immer wieder schreibt, es mußte ein vertrauensvolles Verhältnis hergestellt werden, wie sollte das denn erreicht werden, wenn der Siebener-Ausschuß in dem Glauben belassen wurde, die Erklärung sei abgegeben, obwohl die Kurie schrieb, das genüge ja gar nicht?

Dann kommt der folgende Punkt. Ich kann zwischen der offiziellen Antwort an den Papst, in der auf die Friedensresolution Bezug genommen wird, und dem zweiten Brief, in dem gesagt wird, wir seien nicht in der Lage, die Erklärung über Belgien abzugeben, beim besten Willen eine Übereinstimmung nicht finden. Ich will in keiner Weise bestreiten, daß damals die deutsche Regierung der Auffassung gewesen sein mag, daß darin eine Übereinstimmung gelegen habe. Hier geht es aber um die rein objektive Darstellung. Wenn man auf die Friedensresolution Bezug nahm, dann hieß das: Wir wollen keine Annexion, auch keine verschleierte Annexion. Dann konnte man also auch ruhig sagen: Wir geben Belgien später heraus. Man hat aber nachher geschrieben, man könne diese Erklärung über Belgien *nicht* abgeben. Das ist der Punkt, der aufgeklärt werden muß, und ich möchte bitten, diese Aufklärung freundlichst zu geben.

Zeuge Dr. *v. Kühlmann:*

Ich habe ja vorhin schon die Gesichtspunkte dargelegt. Nachdem aber das Gutachten des Herrn Professors Dr. Bredt auf diesem einen Punkt aufgebaut ist, will ich gern noch einmal das Wort dazu nehmen.

Rein schematisch gesprochen ist die offizielle und einzig offizielle Antwort die Antwort auf die Papstnote unter Bezugnahme auf die Friedensresolution gewesen. Die Friedensresolution enthielt jedenfalls nach der negativen Seite hin den Verzicht auf jede Annexion, meiner Ansicht nach auch nach der positiven Seite hin das Versprechen einer Wiederherstellung Belgiens. Darüber ist gar kein Zweifel, und wenn der Siebener-Ausschuß diese Auffassung gehabt hat, hat er sie mit vollem Recht gehabt. Es ist nur nach den elementarsten Regeln der Diplomatie und jedes anderen Verkehrs klar, daß ein privater vertraulicher Brief niemals eine offizielle amtliche Äußerung restringieren oder abändern kann. Diese Auffassung hat weder — das kann ich historisch feststellen — bei den Herren bestanden, welche den Brief veranlaßt und verfaßt haben, noch, soweit meine Unterrichtung geht, bei der Kurie. Ich kann also diesen Widerspruch nicht sehen. Wesentlich enthalten die beiden Briefe vollkommen dasselbe, da sie derselben Intention entspringen. Der Empfänger hat auch, wie ich aus der Note mitgeteilt habe, amtlich nach

außen an die kriegführenden Mächte, nämlich an England, mitgeteilt, daß er diese Auffassung hat.

(Zuruf: Sie wußten aber nicht, daß er den Brief vom 24. schon kannte!)

— Das schließe ich daraus, daß er sagt, er habe diese besonderen Gründe, das und das mitzuteilen. Ich glaube, daß jedes Bild irreführend wäre, das versucht, nur aus der Aktenlage sämtliche zwischen hier und den römischen Stellen hin- und hergegangenen Mitteilungen zu rekonstruieren. Ich glaube, daß sich in den Akten nur Teile dieses sehr komplizierten und vielseitigen Gedankenaustauschs befinden, daß jedenfalls das Material, das uns zur Verfügung steht, nicht ausreicht, um die Geschichte dieser Mitteilungen erschöpfend zu schreiben.

Abg. *Joos:*

Ein Widerspruch in den Darlegungen ist mir aufgefallen. Sie haben, Herr Staatssekretär, die Sondierung durch Neutrale in England dargelegt, und Sie haben festgestellt, daß keine Friedensbereitschaft bestanden habe. Diese Feststellung lag bereits vor, als die römische Note kam.

(Widerspruch.)

— Ich hatte Sie so verstanden.

Zeuge Dr. *v. Kühlmann:*

Die Ergebnisse lagen noch nicht vor; daher die dilatorische Behandlung, weil wir hofften, wenn Ergebnisse vorlägen, könnten wir deutlicher werden.

Abg. *Joos:*

Ich habe mir allerdings den Satz gemerkt: „Wenn die Ergebnisse dieser neutralen Sondierung günstiger *gewesen wären,* dann hätten wir in unserer öffentlichen Beantwortung auch weitergehen können." Aber daraus kann man ja am Ende auch entnehmen: Das war noch nicht abgeschlossen; wir waren erst am Sondieren.

Zeuge Dr. *v. Kühlmann:*

Abgeschlossen ist die Sondierung bei England durch ein spanisches Zirkular vom 15. September, in dem ausgesprochen wird, die vatikanische Aktion müsse als ein Schlag ins Wasser erscheinen.

Abg. *Joos:*

Dann ist der Punkt aufgeklärt.

Nun die Note vom 28. September an England! Sie wird von Ihnen so ausgelegt, daß daraus einwandfrei hervorgehe: Deutschland hat die nötige Klarheit für die Kurie geschaffen. Das geht aber aus dem Text gar nicht zwingend hervor, sondern es kann auch eine sehr höfliche und von Rom, dem am Frieden gelegen war, etwas gepreßte Ausdeutung sein, um uns einen Gefallen zu tun. Das kann ich mir psychologisch sehr wohl denken. Zwingend geht nicht daraus hervor, daß die Antworten, die inzwischen in Rom eingelaufen, ge-

nügend gewesen, daß die Zweifel ausgeräumt waren. Wenn nämlich dem nicht so wäre, wären die Pacelli-Briefe zwischen dem 10. und 24. September für mich einfach ein Rätsel. Wenn es wahr ist, daß das Schreiben vom 10. September, abgemacht mit dem Siebener-Ausschuß, in dem auf die Friedensresolution Bezug genommen wurde, die entscheidende Antwort war, dann ist diese entscheidende Antwort von Rom durch Pacelli und den Kardinalstaatssekretär Gasparri abgelehnt, wenigstens als *nicht* ausreichend, ja als eine Gefahr für die Fortführung sämtlicher Friedensbemühungen hingestellt und empfunden worden. Das geht doch aus den Dokumenten hervor. (Zustimmung.) Wenn also die wesentliche Antwort schon abgelehnt wurde und die andere, als privates Schreiben hingestellte, vom 28., noch eine Abschwächung enthielt, dann mußte in der Tat das Schreiben vom 24. das Ende sein. Das muß man aus dem ganzen Zusammenhang, soweit er bis jetzt zutage liegt, zwingend schließen. Der Herr Staatssekretär hat festgestellt, er habe nie gehört, daß die römische Kurie angenommen hätte, mit dieser Aktion und diesen Schreiben wäre die Sache am Ende gewesen und die Friedensaktion wäre an der Weigerung Deutschlands, restlose Klarheit über Belgien zu schaffen, gescheitert. Mir ist allerdings in den letzten Tagen mitgeteilt worden, daß eine absolut einwandfreie, die einwandfreieste Persönlichkeit, die überhaupt existieren kann, in diesem Zusammenhang geäußert hat, daß, als im Frühjahr 1918 erneut an Rom das Ansinnen gestellt wurde, einen Friedensfühler auszustrecken, Rom resolut abgelehnt habe unter Hinweis auf den Ausgang der Aktion vom Herbst 1917. (Hört! Hört!) Hier stände also Behauptung gegen Behauptung, und wenn uns keine Dokumente eröffnet werden, solange uns die römische Kurie nicht alles, was da vorliegt, eröffnet und vorlegt — und das tut sie nicht —, können wir darüber restlose Klarheit offenbar nicht schaffen. Daß damals die Vertraulichkeit gewahrt wurde von einem Manne von Verantwortungsgefühl, der das Land zu vertreten hat, dafür haben wir schon Verständnis und dafür hat man auch Verständnis in einer Demokratie unter dem parlamentarischen System. Aber hier besteht doch das zu Recht, worauf schon von verschiedenen Seiten hingewiesen wurde: die Herren vom Siebener-Ausschuß tappten eigentlich im Dunkeln und auch der Mann, von dem man annehmen sollte, daß er private Informationen vom Staatssekretär erhalten hat, Erzberger, tappte völlig im Dunkeln. Das ist aus seinem Buch zu entnehmen. Ich zitiere nur den einen Satz:

> „Auf Grund der mir in Berlin gewordenen Informationen mußte ich an der Überzeugung festhalten, daß dem Heiligen Stuhle über Belgien bald eine genügende Antwort zuteil würde, und zwar auf die vertrauliche Anfrage des Kardinalstaatssekretärs, so daß die Friedensaktion nicht, wie man befürchtete, zum Scheitern gelangt sei."

Erzberger ist maßlos entsetzt, nachher zu sehen, daß die Informationen nach Rom ganz andere waren, als er wußte und aus dem Siebener-Ausschuß und aus den internen Besprechungen wissen konnte.

Bei der Gelegenheit aber will ich, weil auf den berühmten Bruch der Vertraulichkeit in Frankfurt angespielt wurde, wo der Vertreter einer Partei vor 200 bis 300 Menschen ein gewisses geheimes Schriftstück, die Denkschrift Czernins, der Öffentlichkeit übergeben hat, endlich diese Legende ausräumen. Ich war in Frankfurt; ich war unter diesen 200 bis 300 Menschen; ich habe nicht gehört, daß Erzberger sie uns vorgelesen hat. Es war ein ganz kleiner Kreis von den 200 bis 300 Menschen, dem Einzelheiten bekanntgegeben wurden.

(Zeuge Dr. *v. Kühlmann:* Ich habe keine Zahl genannt!)

Sie nicht, Herr Staatssekretär, aber das ist die Legende, die seit Jahr und Tag durchs Land geht. Es sind einem kleinen Kreise Informationen vertraulich vorgelegt worden. Die 200 bis 300 warteten in Geduld, haben aber nachher gar nichts erfahren als Vermutungen. Das ist die Wahrheit über diese Sache.

Zeuge Dr. *v. Kühlmann:*

Darf ich darauf antworten? — Zunächst möchte ich den Herrn Abgeordneten fragen: ist es nicht schwer erklärlich, daß ein Mann, wie Ihr jetzt verstorbener Fraktionskollege, der in täglichem Meinungsaustausch sowohl mit der Nuntiatur als mit Rom stand, so spät erfahren hat, daß der Brief vom 24. September den Abbruch der päpstlichen Friedensbemühungen bedeutete? Glauben Sie das? Ich nicht!

Abg. Joos:

Ich glaube daran, daß die Kurie solche Dinge streng vertraulich hält. Das haben wir immer wieder vom Auswärtigen Amt gehört.

Zeuge Dr. *v. Kühlmann:*

Es ist jedenfalls, historisch gesprochen, kaum sehr wahrscheinlich. Ich habe vorhin gesagt: wahrscheinlich sind doch immerzu noch vertrauliche Gedankenäußerungen hin und hergegangen. Es wäre jedenfalls sehr merkwürdig, wenn ein politisch so hochbegabter, durch seinen ungeheuren offiziellen Informationsapparat, der fast einem zweiten Auswärtigen Amt glich, mit allen Stellen in ständiger Fühlung stehender Politiker erst so spät erfahren haben sollte, daß eine Aktion, bei der er — wir wollen sagen: mindestens eine leitende, wenn nicht eine maßgebende Rolle gespielt hat, infolge einer Mitteilung der deutschen Regierung gescheitert sei. — Non liquet!

Abg. *Joos:*

Erzberger ist tot, er kann sich hier nicht mehr verteidigen.

Zeuge Dr. *v. Kühlmann:*

Ich habe, wie ich hinzufügen möchte, mit ihm immer in der angenehmsten Weise zusammengearbeitet, und gerade deswegen scheint

es mir sehr unwahrscheinlich, weil die Zusammenarbeit zwischen dem Zentrum, das er damals führte, und der auswärtigen Leitung, bis zu meinem Ausscheiden aus dem Amt, eine durchaus harmonische und sehr vertrauliche war, sollte es mich ungeheuer wundern, wenn er erst so spät von dem Scheitern der Aktion erfahren haben sollte.

In diesem Zusammenhange möchte ich übrigens den letzten Passus der Note des Papstes, den ich, um mit Ihrer Zeit keinen Mißbrauch zu treiben, nicht vorgelesen hatte, auch bekanntgeben; er scheint mir die Ausführungen des Herrn Abgeordneten zum Teil zu widerlegen. Er lautet:

> Wenn die Regierungen der Ententemächte, beflügelt von dem Wunsche nach Frieden, wie sie es zweifellos sind, nicht ablehnen wollen, in Verhandlungen einzutreten, so ist der Heilige Stuhl vollkommen bereit, seine Dienste anzubieten, indem er auf seine eigene Initiative hin weitere Erklärungen und präzisere Definitionen anfordern wird in bezug auf die verschiedenen Punkte, welche dem Heiligen Stuhl von den Ententemächten bezeichnet werden könnten.

Das zeigt doch klar, daß zur Zeit der Absendung der Note vom 28. der Heilige Stuhl vollkommen überzeugt war, daß — das war ja die Bedingung, die dem Heiligen Stuhl auch bekannt war —, wenn die Ententemächte prinzipiell sagten: wir gehen auf Friedensunterhaltungen ein, er in der Lage sein würde, dem Heiligen Stuhl viel präzisere Erklärungen über diesen Punkt zu geben.

Abg. Graf *v. Westarp:*

Ich will mir nur einige tatsächliche Fragen erlauben. Die eine habe ich gestern schon vorgetragen, sie nimmt Bezug auf das Buch von Herrn Scheidemann, Seite 111, wo er berichtet, daß ihm am 9. September, also am Tage vor der Sitzung des Siebener-Ausschusses von Ihnen, Herr Staatssekretär, bei der privaten Unterredung mitgeteilt worden sei, „die Kurie sei über die Antwort an den Papst informiert und vollkommen damit einverstanden, sie bestehe in keiner Weise darauf, daß über Belgien in der Antwort öffentlich geredet werde, es fänden zwischen Ihnen und dem vatikanischen Staatssekretär zurzeit Verhandlungen über Belgien statt, so daß auch der Papst eingehend über die Absicht informiert sei. Er wiederholte, daß die Kurie keine andere Antwort erwarte, als er sie dem Siebener-Ausschuß am 10. vorlegen werde." Ich wollte mir die Frage erlauben, ob diese Mitteilung auch Ihren Erinnerungen entspricht und ob auch hier irgendwelche besonderen Informationen über die Auffassung der Kurie bei Ihnen, außer den amtlichen, noch vorgelegen haben.

Zeuge Dr. *v. Kühlmann:*

Ich habe mich schon im anderen Ausschuß mit Herrn Scheidemann auseinandergesetzt. Die Darstellung ist in diesem Punkte zweifel-

los unrichtig. Ich habe, da ich den Wunsch hatte, wenn irgend möglich die gesamten Mehrheitsparteien in der Antwort auf die Papstnote übereinstimmend vorgehen zu sehen, und die Sozialdemokratie unter Führung der Abgeordneten Ebert und Scheidemann eine dissentierende Stellung einnahmen, versucht, in einer den Verhältnissen entsprechend sehr diplomatisch gehaltenen Unterredung dem Abgeordneten Scheidemann soweit Einblick in die geheimen diplomatischen Vorgänge zu geben, daß er in die Lage gesetzt werden sollte, unsere Gründe wenigstens andeutungsweise klarzulegen und sich eine Meinung darüber zu bilden, ob diese Gründe nicht auch für ihn ausschlaggebend sein sollten. Ich habe keinerlei Aufzeichnungen über diese Unterredung gehabt. Aber wenn ich dem Herrn Abgeordneten Scheidemann diese Darlegung, wie er sie in seinem Tagebuch gegeben hat, gemacht hätte, würde sie unwahr gewesen sein, und so schwacher Diplomat bin ich nie gewesen — Lügen haben kurze Beine, sogar die diplomatischen —, daß ich dem Abgeordneten Scheidemann, der unmittelbar darauf mit dem Abgeordneten Erzberger und seinen anderen Fraktionskollegen die Sache durchsprach, etwas mitteilte, wovon gerade der genannte Abgeordnete Erzberger nach Lage der Verhältnisse genau wissen mußte, daß die Darstellung als solche nicht richtig wäre. Ich kann im Detail nicht rekonstruieren, was ich ihm gesagt habe, weil diese Mitteilung, da sie geheime Dinge betraf, in jedem Wort sehr sorgfältig abgewogen war, und ich kann mir die Auffassung, die sich der Herr Abgeordnete Scheidemann gebildet hat und meines Erachtens bona fide — er spricht mir die bona fides ab —

(Abg. *Scheidemann:* Nein, das tue ich nicht!)

ich spreche sie ihm zu — gehabt hat, daraus erklären, daß er sehr präzis und wörtlich aufzufassende Dinge in einem allgemeineren Sinne verstanden hat. Das ist die berühmte Frage des roten Kanapees, die in der Literatur und auch in unseren Debatten im 2. Unterausschuß bereits eine Rolle gespielt hat, leider aber zu einer Bereinigung und Vereinigung zwischen seiner Erinnerung und meiner nicht geführt haben.

Abg. Graf *v. Westarp:*

Der Herr Staatssekretär sagte vorhin, daß ein gewisser Abgeordneter eine sehr rege Tätigkeit entfaltet hätte auch in den Beziehungen zur Kurie, die weit über die parlamentarische Arbeit hinausgegangen wäre. Der weitere Verlauf der Debatte hat wohl schon ergeben — ich bitte, mir das zu bestätigen —, daß Sie dabei gerade auch den Abgeordneten Erzberger im Auge gehabt haben,

(Zeuge Dr. *v. Kühlmann* nickt bestätigend)

und ich erlaube mir nun die Frage daran anzuschließen: Sind Ihnen durch den Abgeordneten Erzberger Informationen über die Auffas-

sungen zugegangen, die in der Kurie bestanden haben? Sie deuteten ja vorhin schon an, Sie glaubten nicht, daß der Herr Abgeordnete Erzberger von der ablehnenden Haltung der Kurie erst so spät erfahren habe, wie es in dem Buche dargelegt ist; es müsse ein Irrtum in seinem Buche vorliegen, weil er dauernd in solchen Beziehungen gestanden habe. Ist Ihnen etwas Näheres darüber bekannt geworden, wie der Abgeordnete Erzberger mit Vertretern der Kurie verhandelt hat, und hat er Ihnen darüber Mitteilung gemacht? Können wir darüber noch etwas erfahren? Denn es handelt sich doch hier gerade um die Beziehungen zwischen Reichstag und einzelnen Abgeordneten einerseits und der Regierung andererseits, und deshalb scheint mir diese Frage in das Thema hineinzugehören.

Zeuge Dr. *v. Kühlmann:*

In dem Zeitpunkt, der Gegenstand unserer Untersuchung bildet, habe ich natürlich nur ganz wenig Unterredungen mit dem Abgeordneten Erzberger gehabt. Ich glaube, daß ungefähr gleichzeitig mit der Unterredung mit dem Abgeordneten Erzberger, d. h. also in der Vorbereitung der zweiten Sitzung des Siebener-Ausschusses ich eine längere Unterredung mit ihm gehabt habe; aber auf die Einzelheiten derselben kann ich mich nicht besinnen. Hingegen stand selbstverständlich der Abgeordnete Erzberger, da er eine nicht unbeträchtliche diplomatische Tätigkeit durch seine verschiedenen Bureaus ausübte, mit dem Referenten des Auswärtigen Amtes in Verbindung, und ich habe zweifellos den Gesamteindruck gewonnen aus den Mitteilungen, die aber nicht direkt von ihm kamen, aus verschiedenen Mitteilungen, die den Referenten zugingen von der Auffassung der Kurie, daß sie allerdings großen Wert darauf legte und offiziell verlangen würde, daß wir die expressis verbis gemachte Erklärung über Belgien abgeben, daß sie aber, wenn diese Erklärung nicht stattfände, sondern durch die Friedensresolution ersetzt würde, sich nolens volens damit abfinden würde.

(Abg. *Joos:* Wie ist der Brief von Pacelli in diesem Zusammenhang zu erklären?)

— Der Nuntius hatte zweifellos vom Herrn Kardinalstaatssekretär den Auftrag, wenn irgend möglich von uns eine Erklärung expressis verbis zu extrahieren. Wir hatten aus den Gründen, die ich dargelegt habe, aus der Beschränkung unseres Mandats heraus und aus dem Mißtrauen in die Bereitwilligkeit der Gegenseite (bei der Entente) eine solche Erklärung zu honorieren, beschlossen, es sei für uns nicht möglich, im gegenwärtigen Stadium diese Erklärung expressis verbis zu geben. Wir mußten aber schließlich auch der Kurie gegenüber, so freundschaftlich die Beziehungen waren, immer den Standpunkt aufrecht erhalten: Die Kurie ist eine neutrale Macht, aber eine fremde, außenstehende Macht, deren Wünsche für uns äußerst beachtlich sind und die mit größter Sorgfalt geprüft werden müssen, deren Wünsche

aber für uns als solche nicht absolut ausschlaggebend oder maßgebend sein können.

Abg. Graf *v. Westarp:*

Ich darf also annehmen, daß Exzellenz ausgesagt haben, aus dem Verkehr mit Erzberger hätten Sie den Eindruck gewonnen, daß nach seiner Ansicht und seiner Information die Kurie sich mit dem Minus evtl. abfinden würde. Würden wir durch eine Vernehmung des damaligen Referenten, des Herrn v. Bergen, zu dieser Frage und namentlich zu der Tätigkeit des Abgeordneten Erzberger überhaupt wohl genauere Auskünfte bekommen können?

Zeuge Dr. *v. Kühlmann:*

Herr v. Bergen hat natürlich mit den Herren viel regelmäßiger und häufiger verkehrt als ich. Ich halte es nicht für ausgeschlossen, das muß übrigens aus den Verhandlungen der anderen Ausschüsse sich ergeben haben, ob in dieser Beziehung historisch Wertvolles eruiert werden kann.

Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp:*

Herr v. Bergen ist vom 2. Unterausschuß vernommen worden. Darüber liegt ein ausführlicher Bericht vor, in dem auch diese Dinge mit behandelt sind.

Abg. Graf *v. Westarp:*

Bei der jetzigen Untersuchung handelt es sich um die Beziehungen zwischen Auswärtigem Amt und Reichstag, die durch das Gutachten Bredt zur Erörterung gestellt sind, und ich weiß nicht, ob Herr v. Bergen im 2. Unterausschuß gerade über die persönlichen Informationen, die er dem Herrn Abgeordneten Erzberger gegeben hat, evtl. auch über den ganzen Verlauf des geheimen Briefwechsels, von dem Sie berichtet haben, und über Informationen, die Herr v. Bergen durch Erzberger erhalten hat, schon vernommen worden ist. Ich glaube es nicht, und das scheint mir für dieses Thema doch von Bedeutung zu sein.

(Abg. *Joos:* Das wäre eine sehr einseitige Sache. Den Toten können wir hier nicht zitieren.)

Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp:*

Der Untersuchungsausschuß wird die Frage in einer geschäftlichen Sitzung prüfen müssen. Ich nehme die Anregung zur Kenntnis.

Abg. Graf *v. Westarp:*

Dann noch eine Frage. Ich glaube, mich nicht zu erinnern — ich weiß nicht, ob Sie eine andere Erinnerung haben —, daß Sie die Güte gehabt haben, mir damals vertrauliche Informationen dieser Art zu machen. Ich erinnere mich nicht.

Zeuge Dr. *v. Kühlmann:*

Nein, ich glaube bestimmt nicht, daß das der Fall gewesen ist. Die Herren standen ja ohnehin auf unserem Standpunkt, also war es

gar nicht nötig, die Partei noch weiter vertraulich zu informieren. Wir nahmen an, daß sich aus der Information auch nur ergeben würde, daß die Herren mit uns übereinstimmten.

(Heiterkeit.)

Abg. *Scheidemann:*

Herr v. Kühlmann hat bereits darauf hingewiesen, daß wir uns wegen der Dinge, die ich jetzt noch einmal berühren möchte, schon in einer früheren Sitzung unterhalten haben. Herr v. Kühlmann hat damals schon, wenn ich mich nicht sehr täusche, gesagt — allerdings wohl nicht mit der Bestimmtheit wie eben —, er könne nicht zugeben, daß meine Darstellung in jeder Einzelheit richtig sei. Heute aber behaupten Sie nun, Herr Staatssekretär, sie sei überhaupt nicht richtig. Ja, ich bitte Sie, sich doch einmal zu überlegen, wie ich dazu kommen sollte, eine derartige Aufzeichnung zu machen, unmittelbar nachdem ich Ihr Zimmer verlassen habe. Ich weiß natürlich sehr wohl, daß man sich in Einzelheiten irren kann. Aber die ganze Darstellung, die ich hier gebe, ist nicht etwa acht oder auch nur einen Tag später geschrieben worden, sondern unmittelbar nachher. Sie ist bis ins einzelne hinein — und meine handschriftlichen Aufzeichnungen erstrecken sich noch weiter — ganz exakt. Mir war die Tatsache, daß die Richtigkeit meiner Auffassung bestritten wurde, deshalb zunächst so unbegreiflich — und sie ist es bis heute geblieben —, weil Sie mir gegenüber immer den Standpunkt eingenommen haben, daß Sie mit uns, d. h. mit Ebert und mir, in bezug auf Belgien grundsätzlich absolut einer Meinung waren. Sie haben mir in einer Unterredung gesagt: Ich bin ganz mit Ihnen einverstanden; es handelt sich jetzt nur um eine taktische Frage. Dann haben Sie damals bei der Einleitung wörtlich gesagt — darüber gibt es gar keinen Streit: Bei dem großen Einfluß, den Sie, wie ich mich überzeugt habe, im Siebener-Ausschuß haben, will ich Ihnen als dem einzigen bestimmte Mitteilungen machen, die ich unmöglich im Ausschuß machen kann. Wirken Sie dahin, daß man auf die Erklärung über Belgien verzichtet, denn ich halte es für einen großen politischen Fehler, wenn wir sie abgeben. — Ich habe den gegenteiligen Standpunkt eingenommen und zum Ausdruck gebracht; darauf haben Sie gesagt: Würden Sie es nicht verstehen, wenn ich Ihnen sage, daß die Kurie damit einverstanden ist? Die Kurie *ist* informiert; sie *verzichtet* nunmehr auf die positive Erklärung. — Trotzdem bin ich fest geblieben. Ich habe Ihnen in scherzhafter Form gesagt, ich könne mich auf solche Dinge nicht einlassen: „Ich traue keinem Diplomaten mehr, nachdem uns die Regierung so oft hineingelegt hat.“ — Kurz und gut, ich blieb auf meinem Standpunkt beharren. Und dann haben Sie gesagt: Stellen Sie sich doch einmal vor, daß wir in wenigen Wochen Gelegenheit haben könnten, mit irgendeinem Lande über die belgische Frage zu verhandeln; wäre es nicht eine kolossale Dummheit, wenn wir jetzt

sagen würden, wir geben Belgien heraus? Dann wäre ja gar nichts mehr zu verhandeln. — Ich sagte darauf, wenn das stimmte, daß wir Gelegenheit bekommen, zu verhandeln, dann bekäme die Geschichte ein anderes Gesicht; ich glaube es aber nicht. Darauf haben Sie gesagt: Sie können sich darauf verlassen. In drei bis vier Wochen werden Sie sich an diesen Sonntag, wo wir hier auf dem roten Sofa sitzen, erinnern, denn dann *sind* wir in den Verhandlungen.

Mir ist jetzt ganz klar geworden, was ich bisher gar nicht gewußt habe. Sie haben uns heute morgen erzählt, daß Sie damals *versucht* haben, mit England in Fühlung zu kommen. Das ist auch begreiflich, Herr Staatssekretär. Sie haben wahrscheinlich damals der festen Überzeugung gelebt, daß Ihre Unternehmung Erfolg haben würde und daß wir in drei bis vier Wochen mit England in Unterhandlungen sein würden. Sie haben mir das aber als positive Tatsache geschildert.

(Zeuge Dr. *v. Kühlmann:* Als eine Hoffnung!)

Na ja, ich bekomme immer mehr die Überzeugung: man muß auch mit Ihnen sehr vorsichtig sein! (Heiterkeit.) Sie haben uns heute morgen gesagt, daß Sie versucht hätten, uns in „wohlabgewogenen Wendungen" diplomatisch beizubringen, wie man ungefähr verfahren müsse. Es gibt hier wirklich nichts an diplomatischen oder undiplomatischen Wendungen aufzuklären; was von mir schriftlich fixiert worden ist, ist mir in der Tat damals von Ihnen gesagt worden.

Sie haben weiter gesagt: es ist unmöglich, daß Sie jetzt zu Ihren Freunden gehen und ihnen *alles* sagen; denn wenn das möglich wäre, hätte ich es im Siebener-Ausschuß sagen können. Ich sage es Ihnen, ich habe Vertrauen zu Ihnen —, damit Sie dem einen oder anderen beibringen können, daß nicht auf der Erklärung bestanden wird. Sehen Sie mal zu, wie die Geschichte zu machen ist! Ich habe gesagt: wie weit kann ich in den Mitteilungen gehen, wenn ich jetzt oder morgen früh in die Sitzung des Interfraktionellen Ausschusses komme? — es war die Sitzung, die der zweiten Sitzung des Siebener-Ausschusses vorausging. Darauf haben Sie gesagt: Ich muß es Ihnen überlassen, wie weit Sie gehen wollen; Sie müssen ungefähr fühlen, wo die Grenze abgesteckt ist. Aber daß wir in drei bis vier Wochen Unterhandlungen mit England haben, darüber dürfen Sie selbstverständlich nichts sagen! — Die Unterredung war am 9. September. Am 10. vormittags war die Sitzung des Interfraktionellen Ausschusses. Ich habe dann berichtet und hörte aus Bemerkungen des Abgeordneten Erzberger, daß er mit Ihnen unbedingt gesprochen haben mußte; denn Erzberger berichtete — das habe ich aber nur ganz kurz fixiert — in wenigen Worten über dieses und jenes. Aber er machte keine materiellen Mitteilungen, und daraus schließe ich, daß Erzberger die ins Detail gehenden Dinge, die Sie mir anvertraut hatten, nicht wußte, daß Sie ihm darüber nichts gesagt hatten.

Fest steht aber, daß Erzberger mit den Herren im Interfraktionellen Ausschuß noch privatim gesprochen haben mußte, denn als wir im Siebener-Ausschuß am Nachmittag zusammengekommen waren, stellte sich heraus — das wird Herr Graf v. Westarp bestätigen können —, daß Ebert und ich allein standen. Die Herren waren einverstanden, *nichts* über Belgien zu sagen; sie akzeptierten nur unsere Forderung: Hinweis auf die Friedensresolution. Wenn ich also irgend wie — ich will sagen: entgleist wäre bei der Darstellung, dann hätte das bei meinem Bericht in Erscheinung treten müssen in der Sitzung des Interfraktionellen Ausschusses. Dort habe ich berichtet, darüber sind auch Aufzeichnungen da. Im Anschluß an meine Rede hat Herr v. Payer zu vermitteln versucht; aus allem, was Herr v. Payer sagt, geht klar und deutlich hervor, daß ich genau so, wie ich es damals und heute geschildert habe, über die Unterredung mit Herrn v. Kühlmann berichtet habe. Eine Aufklärung darüber zu geben, warum Sie mir das damals alles gesagt haben, warum Sie insbesondere die Dinge von der Kurie berichtet haben, kann ich nicht erforschen, das könnten nur Sie sagen. Ich muß entschieden bei meiner Darstellung beharren, daß das, was ich damals fixiert habe, unter allen Umständen der Wahrheit entspricht. Die angefochtenen Bemerkungen über die Kurie nehmen in meinem Bericht über Ihre Mitteilungen — das sind mehr als drei Druckseiten — insgesamt etwa zehn Zeilen ein. Wie hätte ich dazu kommen können, eine solche Bemerkung zu erfinden!

Zeuge Dr. *v. Kühlmann:*

Daß es Ihrer individuellen Überzeugung nach der Wahrheit entspricht, will ich gern zugestehen; daß es aber objektiv historisch nicht richtig ist, kann ich sagen. Wir haben uns unterhalten, um zu einer Vereinigung zu kommen. Die Darstellung von der Einleitung der Aktion entspricht den Tatsachen. Aber eine einfache Frage: Glauben Sie, daß der Abgeordnete Erzberger für die Papstnote in dieser Form gestimmt hätte, wenn er die Überzeugung gehabt hätte, daß sie in dieser Form für die Kurie vollkommen inakzeptabel ist?

Abg. *Scheidemann:*

Ich vermute, daß Sie Erzberger nicht alles gesagt haben, was Sie mir gesagt haben, oder aber, daß er Ihnen mehr geglaubt hat als ich.

Zeuge Dr. *v. Kühlmann:*

Aber Erzberger hatte viele andere Informationen.

Abg. Graf *v. Westarp:*

Erzberger hatte doch direkte Beziehungen zur Kurie und zum Nuntius und war von der Seite informiert.

## Sitzung, Freitag, den 17. Dezember 1926

Fortsetzung der Vernehmung des Reichskanzlers a. D. Dr. Michaelis und des Staatssekretärs a. D. Dr. v. Kühlmann unter Hinzuziehung der früheren Mitglieder des Siebener-Ausschusses Graf v. Westarp, Dr. Stresemann, Dr. Wiemer und Scheidemann

Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp:*

In einer „W. S." bezeichneten Korrespondenz befindet sich die Notiz:

> Nachdem bereits durch Vermittlung des Auswärtigen Amts seitens des Heiligen Stuhls der Wunsch ausgesprochen war, bezüglich der zwischen Rom und Berlin im Jahre 1917 gepflogenen Unterhandlungen Reserve walten zu lassen, werden jetzt, wie wir erfahren, in den nächsten Tagen in der Schweiz Besprechungen stattfinden, die darauf hinzielen, in dieser Angelegenheit eine Verständigung herbeizuführen. Bei dieser Gelegenheit wird auch der Versuch gemacht werden, zwischen Reichskanzler a. D. Dr. Michaelis und seinem Gegner, dem Ritter von Lama, einen Ausgleich herzustellen.

Nach Erkundigungen ist diese Nachricht völlig aus der Luft gegriffen. Weder die Mitglieder des Ausschusses noch das Auswärtige Amt haben irgendwelchen Anlaß zu einer derartigen Nachricht gegeben.

Wir treten in die Tagesordnung ein:

Fortsetzung der Vernehmung des Reichskanzlers a. D. Dr. Michaelis und des Staatssekretärs Dr. v. Kühlmann.

Ich möchte darauf hinweisen, daß wir unsere Verhandlungen um 12 Uhr abbrechen müssen und es erwünscht ist, daß wir bis dahin mit unserer Vernehmung fertig werden. Ich bitte deswegen die Herren, welche an die Zeugen Fragen stellen wollen, sich möglichst kurz zu fassen und Reden zu vermeiden.

Ich erlaube mir, jetzt selbst ein paar kurze Fragen zu stellen. In dem Vertrag von London vom 26. April 1915, der dem Eintritt Italiens in die Reihen unserer Feinde vorausging, lautet Artikel 15 folgendermaßen:

> Frankreich, England und Rußland verpflichten sich, Italien in seinem Widerstande gegen die Zulassung von Vertretern des Heiligen Stuhls bei irgendwelchen diplomatischen Schritten über den Friedensschluß oder über die Regelung der mit dem gegenwärtigen Kriege zusammenhängenden Fragen ihren Beistand zu leisten.

Ich frage die Herren Zeugen, ob damals bei den Verhandlungen über die Papstaktion diese Vertragsbestimmungen der kaiserlichen Regierung bekannt gewesen sind.

Zeuge Dr. *Michaelis:*

Mir nicht!

Zeuge Dr. *v. Kühlmann:*

Uns war diese Stipulation nicht bekannt. Sie ist ja strikte geheim gehalten worden und erst später durch die russischen Veröffentlichungen publici juris geworden.

Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp:*

Zweitens möchte ich gern etwas Näheres wissen über die Beziehungen zwischen dem Auswärtigen Amt beziehentlich dem Herrn Reichskanzler und dem Abgeordneten Erzberger. Der Herr Staatssekretär v. Kühlmann hat erklärt, daß der Herr Abgeordnete Erzberger damals eine Art kleines Auswärtiges Amt für sich gehabt hat. Man könnte vielleicht von einer Art Nebenregierung sprechen. Für unsere Verhandlungen ist es wichtig zu erfahren, welche privaten Verhandlungen zwischen dem Herrn Reichskanzler beziehentlich dem Herrn Staatssekretär und dem Abgeordneten Erzberger damals stattgefunden haben. Wünscht der Herr Zeuge Dr. Michaelis sich dazu zu äußern?

Zeuge Dr. *Michaelis:*

Als ich das Reichskanzleramt übernommen hatte, kam nach wenigen Tagen der Abgeordnete Erzberger zu mir und fragte, ob es in seinem Verhältnis zum Auswärtigen Amt so bleiben sollte, wie es unter meinem Vorgänger gewesen war. Mir war das Maß seiner Mitwirkung im Auswärtigen Amt noch nicht bekannt, und ich habe infolgedessen gesagt, ich müßte mich erst erkundigen. Es wurde mir gesagt, Erzberger hätte eine Vertrauensstellung, die jetzt nicht gut zurückgezogen werden könnte, wenn auch von verschiedenen Seiten Bedenken gegen seine Mitwirkung in der bisherigen Weise geäußert wurden. Ich habe in einer Beziehung nach meiner Erinnerung eine Änderung eintreten lassen. Der Abgeordnete Erzberger hatte eine allgemeine Reiseerlaubnis, einen generellen Paß ins Ausland, soweit es uns damals offen stand. Diese allgemeine Erlaubnis habe ich nach meiner Erinnerung in eine spezielle umgewandelt, so daß für jede Reise, die Erzberger ins Ausland machen wollte, eine Zustimmung des Reichskanzlers erforderlich war.

Daß seine Beziehungen zu dem Vatikan ganz besonders eng waren, bewies ein Vorgang, an den ich jetzt dadurch erinnert worden bin, daß ich meine Vernehmung vor dem 2. Unterausschuß im Jahre 1921 wieder durchgelesen habe. Ich habe damals aus frischer Erinnerung gesagt und besinne mich jetzt auf den Vorgang genau, daß, ehe ich den Brief des Nuntius Pacelli vom 30. August amtlich vorgelegt bekam, der Abgeordnete Erzberger zu mir herüberkam aus dem Auswärtigen Amt und mich fragte, ob ich einen Brief des Nuntius Pacelli bekommen hätte. Ich gab eine ausweichende Antwort, weil ich ja nicht wissen konnte, ob nicht etwas eingegangen war, was noch nicht zu

meiner amtlichen Kenntnis gekommen war. Darauf sagte Erzberger: es handele sich um einen außerordentlich wichtigen Brief, und er hätte gern gewußt, ob er schon in meine Hand gekommen sei. Ich mußte das damals verneinen. Kurz darauf wurde mir der Brief dann amtlich vorgelegt. Hieraus habe ich als zweifellos und doch wohl mit Recht entnommen, daß der Abgeordnete Erzberger von der Absendung dieses Briefes des Nuntius Pacelli an das Auswärtige Amt Kenntnis hatte, die meiner persönlichen Kenntnis vorauslief. Über den Inhalt des Briefes haben wir nicht gesprochen.

Abg. *Dittmann:*

Sie wissen auch nicht, ob er denselben Brief gemeint hat?

Zeuge Dr. *Michaelis:*

Es ist in dieser Zeit kein anderer Brief Pacellis an mich gekommen, und da Erzberger den Brief als außerordentlich wichtig bezeichnete, so habe ich keinen Zweifel darüber gehabt, daß es sich bei seiner Nachfrage um den Pacelli-Brief vom 30. 8. 17 gehandelt hat.

Im übrigen kann ich über das Maß der Befugnisse, die Erzberger eingeräumt waren, und über die Art und Weise, wie er sie ausgeübt hat, aus eigener Kenntnis namentlich jetzt nach dieser Zeit nichts Näheres sagen. Auch hier würde wohl wieder die amtliche Stelle des Auswärtigen Amts weitere Mitteilungen machen können.

Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp:*

Das Merkwürdige ist, daß aus den Akten des 2. Unterausschusses sich ergibt, daß auch der Referent im Auswärtigen Amt jedenfalls den Brief nicht rechtzeitig gekannt hat und sich erst durch die Nachfrage des Abgeordneten Erzberger auf die Suche nach dem Briefe begeben hat. Das läßt auf ein recht umständliches Verfahren im Verkehr zwischen der Reichskanzlei und dem Auswärtigen Amt schließen und ist für uns in bezug auf die innenpolitische Verantwortlichkeit nicht ohne Bedeutung.

Wünscht Herr Staatssekretär v. Kühlmann sich zu äußern?

Zeuge Dr. *v. Kühlmann:*

In der Zeit, welche unsere Untersuchung umfaßt, hat der Abgeordnete Erzberger, wie ich bereits in meiner vorigen Vernehmung auszuführen mir erlaubt habe, eine weitgehende Vertrauensstellung besessen, welche, wie Herr Reichskanzler Michaelis eben darlegte, schon aus dem Regime Bethmann Hollweg übernommen war. Der Abgeordnete Erzberger hatte, wie die Herren, die damals schon politisch tätig waren, sich erinnern, umfangreiche Bureaus in der Budapester Straße, welche aus Reichsmitteln, soweit ich damals unterrichtet worden bin, unterhalten wurden, und hat im Informations- und Propagandadienst eine große Rolle gespielt. Wie im einzelnen die Fäden gelaufen sind, entzieht sich meiner Kenntnis. Ich führte in meiner letzten Vernehmung aus, daß ich nur von Zeit zu Zeit und von Fall zu Fall mit den Herren des Parlaments persönliche Fühlung

nahm, daß aber sonst — ein Zustand, den ich bei meiner Übernahme des Auswärtigen Amtes schon als bestehend angetroffen habe — die parlamentarischen Vertreter mehr oder minder in fortlaufendem Gedankenaustausch mit den Referenten des Auswärtigen Amtes standen. Auch da hatten sich konstitutionelle Neubildungen als notwendig erwiesen. Im Kriege konnte die ungeheure Masse der Aufgaben nicht mehr durch den regulären bureaukratischen Apparat voll bewältigt werden. Es wurden alle lebendigen Kräfte der Nation herangezogen, und wer, wie der genannte Abgeordnete, Talent, Verbindungen, Unternehmungsgeist und Eifer hatte, schuf sich mit der Zeit einen Wirkungskreis und einen Wirkungsapparat, der über das, was wir uns heute vorstellen können, weit hinausging. Wie weit im einzelnen und in Spezialfällen Beziehungen und Nachrichten zwischen dem Herrn Abgeordneten Erzberger und der Nuntiatur bzw. der Kurie getauscht worden sind, entzieht sich natürlich unserer Kenntnis, da selbstverständlich auch der Abgeordnete Erzberger diese Dinge seinerseits wieder als streng konfidentiell behandelte und wohl auch behandeln mußte.

Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp:*

Noch eine Frage, Herr Staatssekretär. Warum ist die amtliche Note auf die Papstaktion veröffentlicht worden? Ich möchte in diesem Zusammenhang darauf hinweisen, daß in den Akten über die päpstliche Friedensaktion im Auswärtigen Amt sich der vom Herrn Abgeordneten Bredt in seinem Aufsatze abgedruckte Brief des Herrn Ebert an Herrn Erzberger befindet, in dem die veröffentlichte Note als besondere „Tat" gefeiert wird. Es ist doch merkwürdig, daß der Privatbrief des Herrn Ebert an Herrn Erzberger in die Akten des Auswärtigen Amtes gekommen ist.

Zeuge Dr. *v. Kühlmann:*

Vermutlich ist das zu erklären durch einen häufigen Gedankenaustausch. Der Abgeordnete Erzberger wird einem der Herren des Auswärtigen Amts von dieser Stellungnahme seines Kollegen der sozialdemokratischen Fraktion Mitteilung gemacht und ihm gleichzeitig das Original übergeben haben. Die Veröffentlichungsfrage war schwierig. Einesteils lag der Wunsch der Kurie vor, zunächst nicht zu veröffentlichen. Anderenteils sprachen natürlich für uns innerpolitische Momente von entscheidendem Gewicht für die Veröffentlichung.

Es hatte sich damals in einer Heftigkeit, die vielleicht heute dem Gedächtnis entschwunden ist, der Kampf entsponnen: hie Friedensresolution — hie Antifriedensresolution. Die Männer der Friedensresolution wurden von der Gegenseite aufs schärfste angegriffen und wehrten sich mit großer Energie ihrer Haut. Das gab eine Spannung im öffentlichen Leben, die dahin führte, daß jede Erwähnung der Friedensresolution sofort im Hause eine sehr gesteigerte Temperatur

zur Folge hatte. Kurz vorher hatte eine Debatte stattgefunden, in welcher zwischen dem Herrn Reichskanzler Michaelis und den Vertretern der Mehrheit, insbesondere dem Abgeordneten Ebert, an dessen Rolle ich mich genau erinnere, eine außerordentlich scharfe Auseinandersetzung über die Friedensresolution erfolgte. Für uns, wie ich mir neulich auszuführen erlaubte, war es eine Kriegsnotwendigkeit, mit der Majorität des Reichstags, insbesondere mit der Linken, dauernd zusammenzuarbeiten. Denn, meine Herren, darüber müssen wir uns klar sein: wäre damals in diesem Stadium die Sozialdemokratie abgesprengt worden, so wäre der Krieg viel rascher und noch viel unglücklicher beendet worden als heute. Denn nur dadurch, daß die Sozialdemokratie mit den Mehrheitsparteien zusammen im großen und ganzen der Regierung folgte, war es möglich, die Arbeiterschaft und die breiten Massen so weit zusammenzuhalten, daß eine gemeinsame nationale Arbeit möglich war. Deswegen mußte man den allergrößten Wert auf die Mitarbeit der Sozialdemokratie legen. Deswegen habe ich mich auch trotz der großen außenpolitischen Bedenken entschlossen, in einem Privatgespräch dem Herrn Abgeordneten Scheidemann in einer vorsichtig abgewogenen Weise Einblicke in unsere diplomatische Tätigkeit zu geben, die weiter gingen als die Einblicke, die ich den Anhängern irgendeiner anderen Partei zu geben für notwendig hielt. Die Einfügung der Friedensresolution in das offizielle Dokument der Papstnote war ein außenpolitischer Schritt, hatte aber ganz enorme innenpolitische Bedeutung, und wegen dieser innenpolitischen Bedeutung konnten wir dem Drängen der Mehrheitsparteien, dieses offizielle unwiderrufliche, feierliche Bekenntnis der Regierung zu den Friedensresolutionen sobald wie möglich in die Öffentlichkeit hinauszugeben, uns nicht widersetzen. Das ist die wahre Erklärung, warum wir uns trotz entgegenstehender außenpolitischer Bedenken zur Veröffentlichung entschlossen haben.

Abg. Dr. *Moses:*

Am 24. September 1917 wurde damals der Reichstag einberufen, also an demselben Tage, an dem der Reichskanzler Michaelis die ablehnende Note abgesandt hatte, wohlbemerkt die Note, in der es heißt:

> Sind wir mithin in heutigem Stadium der Dinge noch nicht in der Lage, eine bestimmte Erklärung im Hinblick auf Belgien und auf die von uns gewünschten Garantien abzugeben . . .

Vier Tage später hat der Herr Staatssekretär v. Kühlmann im Reichstag eine Rede gehalten, in der — daran muß in diesem Augenblick erinnert werden — es ausdrücklich heißt:

> Vor allem will ich mit wenigen Worten auf die in den heutigen Morgenblättern erschienene Nachricht eingehen, es existiere eine deutsche Note über Belgien. Ich will den Herren die Nachricht im einzelnen nicht vorlesen. Ich kann sie aber mit wenigen Wor-

ten abtun. Es ist eine der dreistesten Erfindungen, die mir jemals in meiner politischen Praxis vorgekommen ist. Sie ist wahrscheinlich französischen Ursprungs. An der ganzen Sache ist kein wahres Wort.

Da frage ich mich: war diese Rede auch in gewissem Sinne bewußte Diplomatie, wie der Herr Staatssekretär es wiederholt ausdrückte, daß man also ableugnete, daß überhaupt eine Note über Belgien existierte? Sollte dadurch auch der Siebener-Ausschuß im gewissen Sinne beeinflußt werden? Sollte die Erklärung des Herrn Staatssekretärs Kühlmann nur eine außenpolitische Wirkung haben? Sollte dahinter vielleicht auch der Druck der O. H. L. gestanden haben? Oder waren nicht solche Erklärungen auch innenpolitisch eine Stärkung der Kreise, die hinter den Alldeutschen gestanden haben? Ich will nicht sagen, daß eine solche Stärkung beabsichtigt war, wohl aber wurden in der Wirkung die Kreise gestärkt, von denen Herr Reichskanzler Michaelis in seinem Werke „Staat und Volk" erklärt hat:

> Die Vaterlandspartei suchte mich zu bestimmen, mich unter Verwerfung der Verständigungspolitik der Resolution auf sie zu stützen und vor äußersten Maßnahmen, insbesondere der Auflösung des Reichstages nicht zurückzuschrecken. In den Reihen der Partei, die selbst keine Partei sein, sondern nur einen Aktionsbund darstellen wollte, waren viele mir menschlich und politisch nahestehende Persönlichkeiten, und in meinem allgemeinen politischen Empfinden stand ich ihnen näher als denen, die die Friedensresolution angenommen hatten.

Die innenpolitische Wirkung solcher Reden, wie sie der Herr Staatssekretär Kühlmann am 24. September gehalten hat, insbesondere auf die Kreise, die auf Grund der Friedensresolution eine baldige Beendigung des Krieges wenigstens noch in jenem Winter erstrebten und erhofften, bedeutete soviel wie einen Schlag ins Gesicht. Denn wir wissen, daß durch diese Rede innenpolitisch eine gewisse Enttäuschung im Volke hervorgerufen worden war.

Ich hatte auch geglaubt, noch etwas über Elsaß-Lothringen von Herrn Kühlmann zu erfahren; denn es steht fest, daß die elsaß-lothringische Frage für den Frieden eine große Rolle gespielt hat. Herr v. Kühlmann hat in seiner Rede vom 9. Oktober 1917 gesagt:

> Auf die Frage: kann Deutschland in Elsaß-Lothringen Frankreich irgendwelche Zugeständnisse machen, haben wir eine Antwort: nein, nein, niemals. Solange eine deutsche Faust eine Klinge halten kann, kann die Unversehrtheit des Reiches, wie wir sie von unseren Vätern übernommen haben, nicht Gegenstand von Zugeständnissen sein. Elsaß-Lothringen ist Deutschlands Schild, das Symbol der deutschen Einheit.

Ein großer Teil meiner Freunde und ich stehen auf dem Standpunkt, daß Herr v. Kühlmann darin in gewissem Sinne die Tür nach Frankreich zugeschlagen hat. Denn es war doch sicher Herrn Kühlmann bekannt, daß zwischen der Entente reguläre Vereinbarungen bestanden haben, die einen Frieden ohne Zugeständnisse an Frankreich unmöglich machen. Ich meine, Herr v. Kühlmann hat doch sicher gewußt, daß damals die Zugeständnisse, die Frankreich verlangte — wenigstens nach dem, was wir aus den Akten entnehmen können — außerordentlich geringe waren, nicht so umfangreich, wie im allgemeinen in der Öffentlichkeit geglaubt wird. Und dadurch hätte nach meiner Meinung auch die Friedensmöglichkeit eine Erschwerung erfahren.

Im übrigen möchte ich auf eins hinweisen. Das hat mir der Sachverständige Herr Dr. Herz heute morgen zugehen lassen, er selbst ist leider heute am Erscheinen verhindert. Er sagt, Herr Staatssekretär Kühlmann hätte vorgestern erklärt, es sei nicht bekannt, wann England die französischen Ansprüche auf Elsaß-Lothringen zum eigenen Kriegsziel gemacht habe. Herr Dr. Herz sagt dazu:

„Painlevé hat den Schleier darüber gelüftet, allerdings in einem Buche, das in Deutschland außerhalb der Militärforscher fast unbekannt geblieben ist: „Comment j'ai nommé Foch et Petain", S. 249 ff."

Ich weiß nicht, ob das Buch Herrn v. Kühlmann bekannt ist.

„Painlevé erzählt, Balfour habe im englischen Unterhause gelegentlich des Rücktritts Ribots auf eine kleine Anfrage erwidert, er billige das französische Kriegsziel auf Rückgewinnung der verlorenen Provinzen, er spreche aber nur für seine eigene Person. Dadurch ist nach Painlevé die französische Öffentlichkeit stark beunruhigt worden. Am 25. September 1917 verhandelte er darauf als Ministerpräsident mit Lloyd George über eine öffentliche Erklärung, daß England nicht früher die Waffen niederlegen werde, als das Gebiet wieder französisch geworden sei. Lloyd George trug Bedenken, ob eine solche öffentliche Erklärung opportun sei. Er entschloß sich dazu, nachdem Painlevé ihm sein Manneswort verpfändet hatte, daß Frankreich fest bleiben werde, was es auch noch zu erdulden haben werde. Wenige Tage später erklärte dann Lloyd George den englischen Genossenschaftern (mutualistes), England werde Frankreich solange unterstützen, bis es seine unterdrückten Brüder vom Joche befreit habe. Am 10. Oktober 1917 gaben Churchill, der im Begriff stand, wieder Minister zu werden, vor den Munitionsarbeitern und Asquith als Führer der Unabhängigen Liberalen in Edinburg ähnliche Erklärungen ab. Bis dahin hatte nach Painlevés Zeugnis England niemals die Wiedergewinnung Elsaß-Lothringens zum eigenen Kriegsziel gemacht.

Man kann zweifeln, ob dies nach dem Wortlaut der Rede Lloyd Georges im vollen Umfange erfolgt ist. Ebenso fehlen bisher die Beweise, daß England sich soweit für das französische Kriegsziel engagiert hat, weil Deutschland die gewünschte Erklärung über Belgien nicht abgegeben hat. Zeitlich aber steht fest, daß bis zur Ablehnung dieser Erklärung die englische Regierung sich zur Unterstützung der französischen Forderungen nicht gebunden hatte.

Bemerkenswert ist auch, daß sich Painlevé bei dieser Gelegenheit gegen den Vorwurf verwahrt, daß er den Frieden im Herbst 1917 verhindert habe. Er sei damals nur zu Bedingungen zu haben gewesen, die für die Alliierten unannehmbar waren, nämlich Verbleiben Elsaß-Lothringens bei Deutschland und Abhängigkeit Belgiens von Deutschland."

Soweit die außenpolitische Seite! Nun möchte ich noch einige Fragen an den Herrn Staatssekretär richten über sein Verhalten gegenüber dem Siebener-Ausschuß. Herr v. Kühlmann hat wie vor einigen Tagen der Herr Reichskanzler Michaelis, ich möchte beinahe sagen, mit einer gewissen Wärme darauf hingewiesen, sie hätten beide bei Antritt ihres Amtes den dringendsten Wunsch gehabt, in engster Fühlung mit dem Reichstag zu arbeiten. Herr v. Kühlmann hat gesagt, er wollte nur in engster Fühlung mit der Mehrheit des Reichstages tätig sein. Nun war ja aber gerade der Siebener-Ausschuß vom Reichstag eingesetzt worden, um diese enge Fühlung, die von der Regierung erstrebt worden war, herbeizuführen, und zwar gerade für gewisse vertrauliche Mitteilungen, wobei wir selbstverständlich — das möchte ich betonen — nicht so töricht sind, zu glauben, daß die Regierung die allerstrengst vertraulichen Dinge nun auch irgendwelchen Abgeordneten mitteilt; wir sind soweit auch im Bilde, daß es da gewisse Gepflogenheiten gibt, die, wenn man auch auf unserem Standpunkt steht, daß die alte Diplomatie, auf die Herr v. Kühlmann mehrfach Bezug genommen hat, während des Krieges Bankrott gemacht hat, auch bei einer Modernisierung der Diplomatie nicht außer acht gelassen werden können, daß man nicht sagen kann: alles, was als streng vertraulich mitgeteilt wird, von dem das Wohl und Wehe des Volkes abhängt, muß den Herren mitgeteilt werden. Aber ich meine: wenn man diese Mentalität hat, dann hätte man auch nicht so tun dürfen, als ob man dem Siebener-Ausschuß die allervertraulichsten Mitteilungen machen würde, man hätte in gewissem Sinne den Schein vermeiden müssen. Das ist aber nicht geschehen, und dadurch ist es gekommen, daß der Siebener-Ausschuß über die Mitteilungen der Regierung sich ein vollständig falsches Bild entworfen hat. Was wir tadeln — wenn man überhaupt vom Tadeln sprechen kann; ich meine, das ist nicht wörtlich zu nehmen — ist nicht, daß man dem Siebener-Ausschuß vertrauliche Mitteilungen

nicht zugänglich gemacht hat, sondern daß man, wie wir meinen, ihn geradezu irregeführt hat, ihn im Dunkel gelassen hat. Dadurch ist es gekommen, daß der Siebener-Ausschuß auf ganz andere Dinge hinausgekommen ist. Da frage ich mich nun: wenn dem Siebener-Ausschuß der Entwurf des Briefes an Pacelli mitgeteilt wurde und Pacelli erklärte, das genüge nicht, damit würde alles zu Ende sein, es wäre besser, lieber keine Antwort zu geben —, warum hat man das wenigstens nicht dem Siebener-Ausschuß mitgeteilt? Dann wäre vielleicht doch der Siebener-Ausschuß zu einer anderen Fassung des Briefes geschritten. Gerade durch diese falsche Orientierung war jedes Zusammenarbeiten mit dem Siebener-Ausschuß zerstört. Ich möchte doch nach dieser Richtung hin einige Aufklärung sowohl in außenpolitischer wie in innenpolitischer Richtung von dem Herrn Staatssekretär noch erbitten.

Abg. Frhr. *v. Rheinbaben* (zur Geschäftsordnung):

Ich glaube, der Augenblick ist gekommen, wo dieser Ausschuß sich über die weitere geschäftsordnungsmäßige Behandlung der Angelegenheit klar sein muß. Wir haben um 12 Uhr Plenarsitzung. Ich glaube: erstens dürfen wir hier als Mitglieder keine langen Reden halten, sondern müssen die zur Verfügung stehende Zeit ausnutzen, um den Zeugen zu fragen, und zweitens müssen wir uns etwas mehr als in der letzten Rede klar sein, daß die Friedensmöglichkeiten außerdem bereits ausgiebig in dem 2. Unterausschuß behandelt worden sind. Wir müssen uns mehr darauf beschränken, die Aufgaben dieses Ausschusses bis 12 Uhr zu Ende zu führen.

Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp:*

Ich habe zu Beginn der Sitzung gesagt: „Wir wollen uns bemühen, keine ‚Reden' zu halten, sondern ‚präzise Fragen' zu stellen, zweitens: wir wollen alles das vermeiden, was durch die Erörterungen im 2. Unterausschuß geklärt ist."

Im Hinblick auf diese Bemerkungen bitte ich den Herrn Zeugen zu den „präzisen Fragen" des Herrn Abg. Dr. Moses Stellung zu nehmen.

Zeuge Dr. *v. Kühlmann:*

So sehr ich den dringenden Wunsch habe, dem Ersuchen des Untersuchungsausschusses zu entsprechen, kurz und präzis zu antworten, so werden die Herren doch zugeben, daß die Themen, welche die Fragen der Abgeordneten entrollt haben, ziemlich umfangreich sind und mit Ja und Nein nicht abgetan werden können.

Ich bitte um die Erlaubnis, bevor ich auf diese Fragen eingehe, mit einem Wort auf eine Frage zurückzukommen, welche der Herr Vertreter des Zentrums gestern angeschnitten hat. In der Unruhe, welche der Aufhebung der Sitzung vorangegangen ist, habe ich diese nicht mehr zweckmäßig erörtern können.

Bestehen keine Bedenken?

(Zurufe: Nein!)

Der Abgeordnete des Zentrums hat gestern ausgeführt, daß im Frühjahr nach dem Herbst 1917, mit dem wir uns beschäftigen, von einer Seite an die Kurie herangetreten worden ist mit einer Anregung, einen erneuten Friedensschritt zu unternehmen, daß sich aber die Kurie ablehnend verhalten habe. Herr Abgeordneter, mir sind die betreffenden Schriftstücke nicht bekannt. Jedenfalls aber möchte ich anheim geben, zu erwägen: welche Behandlung hat der päpstliche Friedensschritt gefunden, abgesehen von dem materiellen Inhalt formal und diplomatisch durch die beiden Mächtegruppen?

Die Mittelmächte haben mit dem größten Entgegenkommen in der überhaupt denkbar höflichsten Form dem Heiligen Vater auf seine Anregung geantwortet. Sie haben in materiellen Dingen — Österreich in der Frage der Abtretung des Trentino, Deutschland in der Frage der sofortigen öffentlichen Erklärung über Belgien — den Wünschen der päpstlichen Diplomatie nicht ganz nachkommen können.

Welche Behandlung hat der Friedensschritt von seiten der Entente erfahren? Die Entente hat erst durch Vermittlung Englands eine Note geschickt, die nicht hervorragend höflich ist, wenn man sie analysiert, materiell durch die Zitierung der Wilson-Note vollkommen unbefriedigend ist, und hat, nachdem Frankreich in London interveniert war, dem Heiligen Vater auf eine lange, ausführliche Note, in der er sich zu weiteren Verhandlungen, zu weiteren Erklärungen bereit erklärt, mit einer Empfangsbestätigung geantwortet — nach diplomatischem Gebrauch die schroffste und unhöflichste Form der Ablehnung, die überhaupt möglich ist.

Glaubt nun der Herr Abgeordnete Joos, wenn der Vatikan erneut vor die Frage gestellt war, ob er einen Friedensschritt unternehmen sollte, daß nicht die schroffe, beleidigende, ablehnende Haltung der Entente ihn mehr bewogen hat, von weiteren Friedensschritten abzusehen, als die deutsche Erklärung, die materiell in einem einzigen Punkte ihn nicht vollkommen befriedigt?

(Abg. *Joos:* In dem entscheidenden Punkte nicht folgte, in der Erklärung über Belgien!)

Ich bin der Auffassung, daß in dieser ganzen Diskussion wir immer zu sehr nach innen gesehen haben, weil ja im Ursprung der öffentlichen Diskussion — ich muß leider sagen: Agitation — über die Frage der Friedensmöglichkeit es darauf ankam, mehr innenpolitische Wirkungen zu erzielen als außenpolitische Wahrheiten zu erforschen. Es ist uns nicht möglich, da die päpstliche Kurie, guter Tradition gemäß, über den Dingen der Vergangenheit den Schleier des diplomatischen Geheimnisses bewahrt wünscht, die Motive zu kennen; aber wenn Sie ganz objektiv historisch die Haltung der beiden Mächtegruppen gegenüber dem päpstlichen Friedensschritt nehmen, entscheide ich mich, zu sagen: die päpstliche Kurie hat keinen anderen Schritt unternommen, weil sie von einer der großen Kriegsparteien in verletzender Weise

mit ihrem Friedensschritt zurückgewiesen worden ist. Das scheint mir die historische Wahrheit zu sein! Ich überlasse dem Ausschuß und der Geschichte ein endgültiges Urteil. Soviel zu dieser Frage, die ich glaubte anregen zu müssen, weil sie gestern berührt wurde und weil sie in der Tat, wenn die Interpretation des Herrn Abgeordneten Joos die richtige wäre, von erheblicher historischer Bedeutung wäre.

Nun darf ich mich zu den recht zahlreichen, umfangreichen Fragen wenden, welche der Herr Abgeordnete Dr. Moses uns vorgelegt hat. Ich möchte vor allem darauf hinweisen, daß das diplomatische Gewerbe seiner Natur nach mit der äußersten Präzision arbeiten muß. In den Ausführungen, die wir eben gehört haben, ist der Begriff „Note" und der Begriff „Brief" und „Schreiben" alternativ einmal für das andere verwendet worden. Der Herr Abgeordnete hat vom Schreiben des Papstes gesprochen, als er die Note meinte, und von der Note über Belgien, als er das Privatschreiben des Kanzlers Michaelis meinte. Wir können unser Gewerbe nur ausüben, wenn wir absolut präzise sind. Und wenn der Herr Abgeordnete fragt, ob eine Note ergangen ist, und es sind 24 Privatbriefe ergangen, so würde ich nach der Gepflogenheit aller Parlamente antworten: Nein! Ich habe selbst den Vorzug gehabt, bei der Beantwortung der Fragen im englischen Parlament zugegen zu sein, und wenn im englischen Parlament gefragt wird: „Ist der Abgeordnete gestern um 4 Uhr 15 Minuten über die Friedrichstraße gegangen?" so wird diese Frage verneint, wenn er um 4 Uhr 17 Minuten über die Friedrichstraße gegangen ist.

(Heiterkeit.)

Sonst, meine Herren, können wir die Fiktion, daß im Parlament über geheime außenpolitische Dinge Frage- und Antwortspiel stattfindet, nicht aufrechterhalten.

Also die Anfrage war präzise gestellt, ob eine Note besteht. Eine Note bestand nicht; es bestand, wie ich gestern ausgeführt habe, ein Nebeneinander von mehr oder minder offiziellen Briefen, Korrespondenzen, neben denen wohl noch zahlreiche vertrauliche Kanäle der Übermittelung der Ansichten und Absichten hin und her dienten.

Nun möchte ich aber — es sitzt ja eine Reihe Juristen in dem Ausschuß — die Herren doch bitten,

(Zuruf: Nicht ein einziger! Das ist ja unser Vorteil! — Heiterkeit.)

dieses Privatschreiben des Herrn Reichskanzlers Michaelis an den Nuntius Pacelli zu analysieren. Ich wollte ausführen: wenn die Herren einen Prozeß führen, eine Klageschrift einreichen, der Gegner sagt: der Anspruch ist an sich begründet, ich erkenne auch die Wichtigkeit des Anspruchs für unsere Prozeßführung, und ich bin auch durchaus prinzipiell nicht abgeneigt, diesen Anspruch anzuerkennen und es auszusprechen; nur pro tempore, aus Gründen, die ich dir nur andeuten, aber nicht sagen kann, kann ich dir diese ausdrückliche Erklärung nicht

abgeben, so ist das eben — und das ist der Kernpunkt der Debatte — keine Ablehnung, keine zugeschlagene Tür, kein bedingungsloses Nein, sondern ein bedingtes Ja, das mit einer Temporärklausel versehen ist. So war die Absicht, und so ist nach allem, was bekannt ist, die Note auch aufgenommen worden. Wir wollen nicht die Fiktion aufrechterhalten, als ob die Entente gesagt hätte, die Deutschen lehnen jede Erklärung über Belgien ab, infolgedessen mußte der Krieg weitergehen. Ein Artikel des „Temps" sagte nach dem Abschluß der Aktion: „Die Deutschen haben einen diplomatischen Feldzug gemacht, der sehr schlau angelegt ist, aber Gott sei Dank gescheitert ist." Im 2. Unterausschuß habe ich die Nummer und die Details über den Artikel gegeben; jetzt kann ich ihn nur aus dem Gedächtnis zitieren: „Er ist Gott sei Dank an unserer Wachsamkeit gescheitert. Sie haben sich erboten, über Belgien vollkommen bindende Erklärungen abzugeben, um England von dem Bündnis abzusprengen und dadurch die Möglichkeit zu gewinnen, über Elsaß-Lothringen nichts zu erklären, die französischen Kriegsziele also zu ignorieren. Durch unsere Wachsamkeit ist Gott sei Dank dieser gefährliche Versuch gescheitert." Die Franzosen haben — —

(Zuruf: Aber nicht die französische Regierung!)

— Der „Temps" und die französische Regierung! Die Franzosen haben meiner Ansicht nach sehr früh die Gefahr erkannt, denn wenn Painlevé in seinem Buch, das ich nicht kannte — es wird in der politischen Diskussion zu wenig erwähnt, ich habe auch zu viel andere Dinge zu tun, um in allen Details der Geschichte der Zeit folgen zu können —, so zeigt sich, daß das französische Drängen in England auf Bindung in der elsaß-lothringischen Frage vollkommen gleichzeitig läuft mit unseren diplomatischen Versuchen, durch Aufwerfung und bedingt günstige Lösung der belgischen Frage England und Frankreich zu trennen.

Ich habe aber im Laufe dieser Sondierungen, die ja viel weiter gingen und umfangreicher waren — ein gewissenhafter auswärtiger Staatssekretär muß überall seine Fühler haben, er sammelt Stimmungen, Äußerungen und Meinungen von allen Seiten ein und macht sich daraus ein Bild —, eben den bestimmten Eindruck gewonnen, daß England während dieser Periode, jedenfalls bei Abschluß dieser Periode gebunden war an Elsaß-Lothringen.

Um nun auf die zweite Frage einzugehen, die auch in der Presse aufgeworfen worden ist: Wenn der Staatssekretär damals klar erkannt hatte, Elsaß-Lothringen ist der Kernpunkt, was hat er getan, um in der elsaß-lothringischen Frage vorwärtszukommen? Wir konnten wenig in der elsaß-lothringischen Frage tun. Wir konnten aber eine Sache tun, die von sehr weitreichender Bedeutung gewesen wäre: wir konnten Elsaß-Lothringen im Kriege eine weitgehende Autonomie geben. Ich habe vor dem Kriege sehr enge Fühlung mit vielen französischen

Politikern gehabt in meiner Tätigkeit in London, und in der jüngeren Generation ist mir immer die Auffassung entgegengetreten: wenn Elsaß-Lothringen im Rahmen des Deutschen Reiches befriedigt wäre, wenn von dort keine Notrufe mehr zu uns kämen, so könnten wir uns, so wie wir die weltpolitische Lage auffassen, allenfalls mit den Tatsachen abfinden. Aus diesem Gedanken heraus hat schon der Kanzler Bethmann Hollweg eine gewisse Autonomie Elsaß-Lothringens ins Auge gefaßt, und als ich die Ehre hatte, die Leitung des Amts zu übernehmen, war einer der ersten Punkte, die ich hervorhob: wir müssen unbedingt Elsaß-Lothringen eine weitgehende Autonomie gewähren und müssen aus Elsaß-Lothringen heraus ein entschiedenes und klares Bekenntnis zum Reich erzielen; wenn das erreicht ist, ist dem französischen Anspruch doch ein großer Teil seiner Gefährlichkeit genommen, und eine Sektion der öffentlichen Meinung der Welt wird sagen: Elsaß-Lothringen ist freiwillig in Deutschland, es besteht kein Grund, es aus der Reichseinheit herauszubrechen. In diesem Punkte hatten wir die sehr warme Unterstützung und die sehr sachverständige Unterstützung des damaligen Staatssekretärs Schwander, der, als er sah, daß diese Ziele verurteilt waren, nicht durchgeführt zu werden, sich aus dem Kreise der Regierung zurückzog. Diese Bestrebungen haben — und das muß hervorgehoben werden — das volle Verständnis und die volle Unterstützung des damaligen Reichskanzlers Michaelis gehabt. Die entgegenstehenden Widerstände lagen — das kann heute auch ruhig ausgesprochen werden — in erster Linie bei der O. H. L., welche eine Autonomisierung Elsaß-Lothringens absolut verabscheute.

Ein weiteres Hindernis waren die Teilungspläne. Es schwebten weitgehende Ideen, wonach die Wittelsbacher Elsaß, Preußen Lothringen bekommen sollten, und wie nach dem Ausscheiden des Reichskanzlers Michaelis Graf Hertling Kanzler wurde, der in weitgehender Weise die bayerischen Hausmachtpläne seinerzeit gefördert hatte, war die Hoffnung auf eine Autonomieerteilung an Elsaß-Lothringen ziemlich begraben. Ich glaube, daß bis zu einem gewissen Grade eine weitgehende Autonomie für Elsaß-Lothringen eine Schärfe beseitigt hätte. Mehr konnten wir, so wie die Kriegslage war, nicht tun. Die Herren müssen sich vergegenwärtigen, was uns auch nicht mehr so gegenwärtig ist, daß der damalige Präsident der französischen Republik Poincaré war, der in umfassendster Weise die auswärtige Politik mitleitete, und daß Poincaré mehrfach — insbesondere geht dies aus den Ausführungen des Prinzen von Parma-Bourbon hervor, der im Auftrage des Kaisers Karl die Mission übernahm, die Franzosen über den Frieden zu sondieren, und zwar mit der ausdrücklichen Zusicherung, daß er sich für die berechtigten Ansprüche Frankreichs an Elsaß-Lothringen einsetzen würde, was nebenbei glatter Verrat war —, daß also Poincaré demgegenüber ausführte: wir wollen uns

über Bedingungen überhaupt nicht unterhalten; was Frankreich will und anstrebt, ist die endgültige und vollkommene Zertrümmerung Deutschlands — l'écrasement —, erst wenn das erreicht ist, dann werden wir über Bedingungen reden. Dieser Vernichtungswille, der in Poincaré damals außerordentlich lebendig gewesen ist, der sich später im Versailler Frieden ausgewirkt hat und der, glaube ich, auch in der heutigen Tagespolitik noch seine Schatten wirft, ist das wesentliche Element, mit dem wir rechnen mußten. Wie wir die Überzeugung gewonnen hatten, daß dieser absolute Vernichtungswille vorhanden sei, und wie gleichzeitig — das ist öffentlich auch nie gesagt worden — von sehr maßgebender französischer Seite ausgesprengt wurde, die deutsche Regierung habe in vertraulicher Weise zu verstehen gegeben, sie würde in der elsaß-lothringischen Frage weit entgegenkommen, da war die Notwendigkeit, einmal der Welt gegenüber ganz klar zu sagen: in Elsaß-Lothringen können wir territorial nicht entgegenkommen.

Ich darf mich auf ein unverdächtiges Zeugnis beziehen, nämlich einen Leitartikel des „Vorwärts", der am 21. Dezember 1917 erschienen ist. Ich will sie bei der Knappheit der Zeit nicht durch Vorlesungen aufhalten, aber einen Passus bitte ich verlesen zu dürfen.

> Verständlich ist der Standpunkt: wir geben Belgien wieder heraus, denken aber gar nicht daran, Elsaß-Lothringen oder ein sonstiges Stück des Reichsgebiets herauszugeben. Es ist notwendig, Klarheit nach beiden Seiten zu schaffen, und nach der neuesten Rede des Herrn Ribot ist es doppelt notwendig: an die Auslieferung Elsaß-Lothringens — das mag man in Frankreich wissen — denkt in Deutschland kein Mensch, auch kein Mann der allerlinkesten Opposition. Würde heute beispielsweise Karl Liebknecht Reichskanzler, so würde er die französische Forderung Elsaß-Lothringens genau ebenso zurückweisen müssen wie Herr Michaelis. Will Frankreich Elsaß-Lothringen haben, so muß es Deuschland erst schlagen, so schlagen, daß jeder Widerstand gegen die Forderungen des Feindes völlig aussichtslos erscheint. Die Franzosen sollen sich daher selbst die Frage vorlegen, ob sie das können.

Dies ist in dem offiziellen Organ der Sozialdemokratie die damalige Stellungnahme. Die Stellungnahme war vollkommen einmütig, und auch der verstorbene Präsident Ebert hat in einer vertraulichen Besprechung in noch viel schrofferer Form als dieser jeden Gedanken an territoriale Konzessionen in Elsaß-Lothringen zurückgewiesen.

Die Regierung kann nicht mehr sein als bis zu einem gewissen Punkte Ausdruck der öffentlichen Meinung; und wenn ein Volk in schwerem Kampf so einmütig sagt: die Einheit des Reichs ist die Vorbedingung, an der halten wir unbedingt fest, so muß sich die Regierung, um das Volk zusammenzuhalten und zu bestärken, selbst mit Entschiedenheit und Klarheit auf diesen Standpunkt stellen. — Dies

ist nur in kurzen Worten — wir müssen uns kurz fassen — ein Abriß dessen, was in bezug auf Elsaß-Lothringen erfolgt ist.

Darf ich zum Schluß noch auf die Frage der engen Fühlung kommen. Die enge Fühlung mit dem Parlament ist, solange ich die Ehre hatte, amtlich tätig zu sein, wenn ich so sagen darf, der leitende Gesichtspunkt bei mir gewesen. Wie ich gestern ausführte, war ich überzeugt, daß ohne eine weitgehendere Einflußnahme des Parlaments auf die öffentlichen Dinge der innere Bestand Deutschlands auf die Dauer nicht gesichert erschien, und ich habe den Herren gestern ausgeführt, wie trotz der Schwierigkeiten der Kriegslage ich meinen bescheidenen Einfluß im Sinne einer schrittweisen, nicht abrupten Parlamentarisierung zur Geltung zu bringen versucht habe. Es war für mich ein außerordentlich schwieriger Konflikt zwischen den Geboten der diplomatischen Lage und der diplomatischen Vorsicht und diesem Wunsch, mit dem Parlament Fühlung zu halten, von Fall zu Fall zu entscheiden. Ich habe mir erlaubt, darauf hinzuweisen, möchte aber erneut darauf hinweisen; das Ergebnis ist doch maßgebend.

Nach den Veröffentlichungen, auch nach dem Gutachten des Herrn Prof. Dr. Bredt könnte man annehmen, daß nach der Papstnote zwischen Regierung und Parlament eine unüberbrückbare Kluft geklafft hätte. Das Gegenteil ist der Fall; das werden mir die Herren bestätigen, die damals parlamentarisch tätig waren. Es hat bis zu meinem Ausscheiden aus dem Amte sowohl in persönlicher wie in sachlicher Beziehung eine stete, enge Fühlungnahme mit dem Parlament stattgefunden und in keiner Frage der auswärtigen Politik irgendeine wesentliche Divergenz zwischen der Leitung des Auswärtigen Amts und dem Parlament gegeben.

(Abg. *Dittmann:* Das Mißtrauen ging aber gegen den Reichskanzler Michaelis! Das Mißtrauen wurde so stark, daß auf Drängen der Mehrheitsparteien Michaelis seinen Platz verlassen mußte!)

— Diese Vorgänge sind bekannt.

(Abg. *Scheidemann:* Die O. H. L. stand dazwischen!)

Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp:*

Der Herr Staatssekretär sprach von der Zeit, als Graf Hertling Reichskanzler war.

Zeuge Dr. *v. Kühlmann:*

Ich möchte damit, um die kostbare Zeit nicht länger aufzuhalten, diese Ausführungen schließen. Ich hielt sie aber für notwendig, nachdem diese Themata in der Frage berührt worden waren.

Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp:*

Ich bitte die folgenden Herren noch einmal, möglichst nur „Fragen" zu stellen und alles zu vermeiden, was zu einer Ausartung der Vernehmung in ein außenpolitisches Kolleg führen könnte, so nützlich das vielleicht sein mag.

Zur Fragestellung hat Herr Sachverständiger Schwertfeger das Wort.

Sachverständiger *Schwertfeger:*

Der Herr Staatssekretär v. Kühlmann hat sich wiederholt darauf bezogen, daß ihm hinsichtlich der belgischen Frage ein engbegrenztes Mandat im Kronrate von Bellevue am 11. September 1917 zuteil geworden sei. Wenn der Herr Staatssekretär die ihm auferlegten Bindungen hinsichtlich Belgiens als zu weitgehend, als seine Politik einengend empfand, so lag der Versuch nahe, auf eine Beseitigung dieser Hemmungen hinzuwirken. Hat der Herr Staatssekretär eine Erweiterung seines ihm gewordenen Mandats in der belgischen Frage damals als erforderlich angesehen, und — was mir die Hauptsache scheint — hat der Herr Staatssekretär den Versuch gemacht, von den ihm auferlegten Hemmungen freizukommen? Das wäre meine erste Frage.

Zeuge Dr. *v. Kühlmann:*

Wir müssen meiner Ansicht nach bei der Frage des Herrn Sachverständigen zwei Gebiete klar unterscheiden. Die eine Umgrenzung war die ausdrückliche Bedingung: du bist nur ermächtigt, öffentlich zu erklären, wenn du die begründete Überzeugung hast, daß diese Erklärung zur Einleitung von Friedensverhandlungen führt. Diese Begrenzung war nach damaliger Lage der Dinge nicht unvernünftig. Sie stellte auch bis zu einem gewissen Grade einen Kompromiß dar, denn ich habe ausgeführt, daß ein großer Teil der Nation und eine sehr mächtige Institution, die O. H. L., dieser Erklärung und der Tatsache der Freigabe Belgiens materiell entgegengesetzt waren. Es wäre mir verhältnismäßig leicht gewesen, diese Umgrenzung und auch die zweite Gruppe zu überwinden in dem Moment, wo ich der Krone und den Herren der O. H. L. darlegen konnte: meine Sondierungen führen dazu, ich habe die Überzeugung: in dem Moment, wo ich die Erklärung abgebe, kommen wir, wie damals der klassische Ausdruck lautete — — ich habe ihn nie sehr schön gefunden — an den Friedenstisch. Das konnte ich aber nicht. Aber diese Umgrenzung war in der Natur der Sache gegeben; ich kann sie nicht für unbillig halten.

Die zweite Umgrenzung oder Erschwerung war das Residuum annexionistischer Bestrebungen, das in einem Hinweis auf handelspolitische Bindungen usw. lag. Einen direkten Versuch zu machen, dies zu beseitigen, etwa durch einen zweiten Kronrat, hätte zum Scheitern geführt; das ist gar keine Frage. Denn die Kräfte, welche auf Annexionen hinarbeiteten, haben sich sehr bald nach dem Kronrat in Bellevue wieder gesammelt und gestärkt und waren um die Jahreswende zweifellos kampfesmutiger und siegesgewisser, als sie beim Kronrat gewesen waren. Aber, wie ich mir schon auszuführen erlaubt habe, in dem Moment, wo man die Möglichkeit des Friedens zeigen und sagen konnte: der Friede kann aber nur kommen, wenn auf diesen

ganzen Komplex glatt verzichtet wird, wäre die Stellung der auswärtigen Politik so stark gewesen, daß man spielend Widerstände, die von dieser Seite her noch gekommen wären, hätte überwinden können. Das Wesentliche war immer: ist beim Gegner eine Friedensgeneigtheit vorhanden, kann ich der Krone mit einiger Aussicht auf Erfolg sagen: Jawohl, wir kommen dem Frieden näher? Und nach der Stellung der Entente war es vollkommen unmöglich.

Sachverständiger *Schwertfeger:*

Der Herr Staatssekretär v. Kühlmann hat am 15. Dezember und auch eben wieder nach meiner Meinung überzeugend ausgeführt, daß ein ernstlicher Friedenswille auf seiten der Entente im Herbst 1917 nicht bestand. Auch ich bin der Meinung, daß selbst eine offene und ganz rückhaltlose Erklärung über Belgien damals den Frieden nicht unmittelbar herbeigeführt haben würde. Dafür waren die Siegeshoffnungen der Entente infolge des Kriegseintritts Amerikas zu hoch gespannt. Sollte es aber jemals auch nur zu Friedensvorbesprechungen kommen, so war die Ausräumung der über Belgien lastenden Unklarheit deutscherseits, wie mir scheint, der erste und hauptsächlich erforderliche Schritt. Ist nicht auch der Herr Staatssekretär von Kühlmann der Ansicht, daß ohne eine völlig unmißverständliche Erklärung über Belgien auch nicht einmal eine Aussicht bestand, an den Verhandlungstisch zu gelangen?

Zeuge Dr. *v. Kühlmann:*

Die Antwort auf diese Frage ergibt sich implizite aus meinen bisherigen Ausführungen. Es bestand ja bei der verantwortlichen politischen Leitung nicht das leiseste Bedenken, diese Erklärung abzugeben, und wir waren alle vollkommen darüber klar, daß diese Erklärung eben dadurch, daß sie einen wesentlichen Teil der englischen Kriegsziele befriedigte, notwendig und unausweichlich war. Hingegen handelt doch die ganze Kontroverse nur darum, ob man ohne jede Zusicherung oder Sicherheit über die Aufnahme dieser Erklärung bei der Entente vollkommen einseitig ins Dunkle hinein eine öffentliche Erklärung abgeben sollte, die für uns unwiderruflich und bindend war, von der anderen Seite, die ja diplomatisch zweifellos sehr fähig geleitet war, als Vorwegleistung vereinnahmt worden wäre und uns eines der wenigen Argumente beraubt hätte, das wir in einer Diskussion über den Frieden, die immer ein do ut des ist, hätten verwenden können.

Sachverständiger *Schwertfeger:*

Ich hätte noch zwei kurze Fragen an den Herrn Reichskanzler. Der Herr Reichskanzler a. D. Michaelis hat in seinen Darlegungen vom 14. Dezember von deutschen wirtschaftlichen und anderen Wünschen Belgien gegenüber gesprochen. Hat der Herr Reichskanzler bei der ganz besonderen Stellung Belgiens zur Entente — Belgien war für die Entente die „edle Verwundete", für die alles getan werden sollte —

irgendwelche deutschen Wünsche, die auf eine Beschränkung der staatlichen, militärischen oder wirtschaftlichen Oberhoheit Belgiens hinausliefen, der Entente gegenüber für durchsetzbar gehalten? Hätte nicht England — ähnlich wie zur napoleonischen Zeit gegen die Festsetzung der stärksten Kontinentalmacht in Belgien — bis zur äußersten Konsequenz kämpfen müssen? Meine Frage geht dahin: Hat der Herr Reichskanzler derartige Wünsche irgendwelcher Art überhaupt für durchsetzbar gehalten, soweit sie sich auf Belgien bezogen?

Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp:*

Herr Sachverständiger, die Herren des Ausschusses sind der Meinung, daß diese Frage heute nicht notwendig ist.

(Sachverständiger *Schwertfeger:* Dann ziehe ich sie zurück!) Wenn der Herr Reichskanzler sie beantworten will, gebe ich ihm gern das Wort.

Zeuge Dr. *Michaelis:*

Das kann mit wenigen Worten geschehen. Die dritte Bedingung, die dem Vermittler mitgegeben wurde — die erste war Integrität des Gebiets, die zweite die Rückgabe der Kolonien — war die Verhinderung und Garantien gegen einen Wirtschaftskrieg, der nach dem Krieg kommen konnte. Hierfür mußten Garantien gefordert werden. Das hielten wir durchaus für erreichbar.

Sachverständiger *Schwertfeger:*

Noch eine abschließende kurze Frage. Der Herr Reichskanzler Dr. Michaelis sprach neulich von den Seitensprüngen Belgiens. Ich darf um eine Auskunft darüber bitten, welche Vorgänge der Herr Reichskanzler dabei im Auge gehabt hat.

Zeuge Dr. *Michaelis:*

Gehört die Frage hierher?

(Widerspruch.)

Die Frage läßt sich doch nicht in zwei Sätzen beantworten.

Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp:*

Darüber sind wir uns einig, daß die Frage nicht hierher gehört.

(Zustimmung.)

Die Frage ist zurückgewiesen.

Zur Fragestellung Herr Sachverständiger Dr. Delbrück!

Sachverständiger Dr. *Delbrück:*

Ehe ich zu meiner Frage komme, möchte ich eine Feststellung machen. Der Herr Reichskanzler hat sich gestern auf ein Gutachten des Professors Meinecke berufen, aber hinzugefügt, es sei nur ein vorläufiges, der Verfasser habe noch nicht Zeit genug gehabt, es völlig auszuarbeiten. Was ist ein vorläufiges Gutachten, wenn der Autor überhaupt noch nicht zu einer definitiven Auffassung gekommen ist? Ich möchte also dieses vorläufige Gutachten des Professors

Meinecke um so mehr aus der weiteren Verhandlung ausschalten, als er nur Professor ist, was gestern ja mehrfach hervorgehoben wurde. (Heiterkeit.)

Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp:*

Ich bitte, nun zu den „Fragen" zu kommen. „Feststellungen" zu machen, ist Sache des Untersuchungsausschusses.

Sachverständiger Dr. *Delbrück:*

Ich mußte diese Feststellung machen, daß es nur ein vorläufiges Gutachten ist, weil das nach allem, was ich bemerkt habe, überhört worden ist.

Dann hat der Herr Staatssekretär v. Kühlmann fortwährend darauf pointiert, wir hätten die Erklärung über die absolute Freigabe Belgiens nicht aussprechen dürfen, weil wir damit etwas aus der Hand gegeben hätten. Diese Auffassung ist mir vollkommen unverständlich. Was gaben wir damit aus der Hand? Wir gaben ja nicht Belgien weg, wir behielten es ja. Wir eröffneten damit nur die Friedensverhandlungen, und wenn es nicht zum Frieden kam, dann band uns diese Erklärung nicht mehr. Der große Unterschied, weshalb die Gegner absolut auf der Vorwegerklärung über Belgien bestehen mußten, ist doch der, daß wir die Kriegskarte für uns hatten und jene die Zeit. Je länger der Krieg dauerte, desto mehr gingen unsere Kräfte hin, und deshalb mußten unsere Gegner darauf bestehen, vorweg die vorbehaltlose Erklärung über Belgien zu erhalten. Denn wenn wir annehmen, wir wären ohne absolute Erklärung über Belgien an den Friedenstisch gekommen, dann hatten wir ja alles in der Hand. Wenn man einmal am Friedenstisch saß, waren die Völker nicht mehr in den Krieg hineinzuhetzen, und dann war derjenige, der die Kriegskarte für sich hatte, der bei weitem Überlegene. Deshalb ist ganz klar, daß der andere diese nicht für alle Zeit, aber für diese Verhandlungen bindende Erklärung haben mußte. Deshalb muß ich ausdrücklich an den Herrn Staatssekretär die Frage richten, inwiefern er diese Auffassung für falsch hält.

Zeuge Dr. *v. Kühlmann:*

Diese Diskussion ist die Fortsetzung eines sehr eingehenden Gedankenaustausches, welchen ich mit dem Herrn Sachverständigen schon zur Zeit der Beantwortung der Papstnote gehabt habe. Herr Professor Delbrück hat mir damals dieselben Gesichtspunkte auseinandergesetzt. Ich habe, damals stärker gehemmt als heute in meiner Argumentation, ihm klarzumachen versucht, welche Gesichtspunkte für das Verhalten der Reichsregierung damals maßgebend waren. Die diplomatisch-taktische Wichtigkeit einer solchen Erklärung hat Herr Professor ebenso überzeugend dargelegt, daß ich dem nichts hinzuzufügen habe. Aber, um Gesagtes zu wiederholen, niemand bei uns lehnte die Erklärung ab. Der Zweck der vertraulichen Mission, über die wir uns gestern unterhalten haben, bestand

gerade darin, diplomatisch-vertraulich dem englischen Kabinett zu sagen: wir sind bereit, eine solche Erklärung zu geben, wenn wir die Gegenerklärung bekommen, daß die Abgabe dieser Erklärung tatsächlich die Einleitung von Friedensverhandlungen zur Folge haben würde. Wenn in einem großen Kreise eine Großmacht offiziell eine Erklärung abgibt wie die: ich restituiere Belgien bedingungslos, so kann sie diese Erklärung weder bloß theoretisch abgeben, noch kann sie sie in der Öffentlichkeit bedingt abgeben. Das sind ganz elementare Dinge, die wie ein Gießbach herunterkommen, die können Sie nicht mit kleinen Verzierungen verklausulieren. Das ist ein ganz klarer Grundsatz jeder Diskussion: was der Gegner öffentlich vorher bereits kundgegeben hat, dafür zahle ich ihm bei der Verhandlung nichts mehr. Bei jedem Zivilprozeß ist es genau dasselbe. Der Herr Professor ist nicht meiner Anschauung. Ich darf mich darauf berufen, daß ich immerhin 28 Jahre lang diplomatische Geschäfte geführt habe, und daß ich, wenn der Gegner öffentlich solche Erklärungen abgegeben hätte, in der Verhandlung nicht einen roten Pfennig dafür geboten hätte.

Sachverständiger Dr. *Delbrück:*

Ich kann es nicht verstehen, was uns die öffentliche Erklärung über die Freigabe Belgiens hätte schaden können. Im Gegenteil, ich muß Herrn v. Kühlmann fragen, ob es uns nicht einen ungeheuren Nutzen gebracht hätte, wenn wir diese Erklärung abgaben. Namentlich in England war doch eine sehr starke Friedenspartei vorhanden, die immer wieder diese Erklärung verlangte, die wir verweigerten; denn entweder wurde sie nur im geheimen angedeutet oder an Bedingungen geknüpft. Dadurch war sie vollständig wertlos, und es war unmöglich, auf diese Weise an den Verhandlungstisch zu kommen.

Nun sagt uns Herr Staatssekretär v. Kühlmann, wenn wir das getan hätten, dann wäre es noch viel schlimmer geworden, denn dann wäre ein Teil der Parteien im Reichstag von dem Zusammenhalten des nationalen Blocks abgesprengt, und wir hätten den Krieg noch viel weniger führen können.

(Abg. *Joos:* Das bezog sich auf die elsaß-lothringische Frage!) — Um so besser, dann führe ich das hierauf zurück. Sie haben immer nur als Motiv dafür, daß Sie nicht mit der öffentlichen Erklärung über Belgien herauskamen und auch den Siebener-Ausschuß täuschten, angegeben: wir mußten das Geheimnis wahren. Im Gegenteil, ich lege den größten Wert darauf, daß das öffentlich gemacht wurde. Ich frage nunmehr, ob nicht dieses Motiv in Ihren Besprechungen mit dem Reichskanzler und dem Staatssekretär Helfferich mitgespielt hat. Hat dieses Motiv: wir sprengen dadurch die Einheit der Kriegskreditbewilligung, wir halten die Sozialdemokratie und einen großen Teil der Linken an der Bewilligung der Kriegskredite

fest, dabei mitgespielt, daß Sie den Siebener-Ausschuß über den Wert der Antwort, die an die Kurie gegangen war, täuschten?

Zeuge Dr. v. *Kühlmann:*

Ich gestehe offen — ich weiß nicht, ob es dem Ausschuß ebenso geht —: die Fragestellung ist mir nicht sehr klar. Ich will aber trotzdem darauf antworten. Wenn wir im geringsten eine öffentliche Erklärung über Belgien für nützlich und wertvoll gehalten hätten, wäre nichts einfacher gewesen, als sie abzugeben. Unsere Überzeugung von ihrer Gefährlichkeit und Schädlichkeit muß doch eine sehr tiefgewurzelte gewesen sein, daß wir alle diese Schwierigkeiten und Gefahren auf uns nahmen, um sie nicht zu geben. An sich wäre nichts einfacher gewesen, als mit dem Winde der Parlamentsmajorität zu segeln und zu sagen: ihr wünscht die Erklärung, da habt ihr sie.

Sachverständiger Dr. *Delbrück:*

Dahinter stand die O. H. L. Sie täuschten den Siebener-Ausschuß, ließen ihn in einer ganz falschen Vorstellung über das, was geschehen war. Meine Frage bezieht sich darauf, ob Sie diese Täuschung nicht mit dem Hintergedanken vollzogen haben: sonst können wir den Krieg nicht weiterführen, weil wir keine Kriegskredite bekommen, ob das als zweites Motiv neben dem anderen: wir können aus diplomatischen Gründen nicht in die Öffentlichkeit, mitgewirkt hat.

Zeuge Dr. *v. Kühlmann:*

Ich habe vorhin ausgeführt, daß meiner Überzeugung nach, abgesehen von der Frage der Kriegskredite, der Zusammenhalt der Parlamentsmajorität, insbesondere die freiwillige und tätige Mitarbeit der Linken, der Sozialdemokratie, eine unumgängliche Notwendigkeit war für die Fortführung des Krieges. Daß die parlamentarischen Erwägungen bei uns eine maßgebende Rolle gespielt haben, ist ganz klar. Die Rolle der Regierung war eine außerordentlich schwierige. Ich habe gezeigt, welche Mächte im Staate wirkten. Eine große Macht war die O. H. L., war die Marine und war der annexionistisch gerichtete Teil unserer Bevölkerung. Die Parlamentsmajorität stand auf der anderen Seite. Die Politik mußte fortgeführt werden, und zwar eine Politik, von der man vernünftigerweise erwarten konnte, daß sie unter Umständen zum Frieden führe. Denn die Welt war ja mit dem Scheitern der päpstlichen Aktion nicht zu Ende. Der Krieg ging weiter, und die Friedensmöglichkeiten mußten weiterverfolgt werden. Der Herr Professor denkt sich, es wäre furchtbar einfach gewesen. Man hätte diese Erklärung nicht abgegeben oder abgegeben, dann wäre eine andere Regierung gekommen, Diktatur sei Wahnsinn gewesen. Daß Diktatur Wahnsinn war, davon war ich überzeugt. Daß wir haarscharf an der Diktatur vorbeigegangen sind, dafür wird der Herr Professor als Historiker schon heute, nehme ich an, umfangreiche Belege haben. Denn wenn die Politik befolgt wor-

den wäre — das ist eine sehr persönliche Bemerkung —, die mir persönlich außerordentlich leicht gewesen wäre: ich stelle mich vor die Reichstagsmehrheit, arbeite bedingungslos mit der Reichstagsmehrheit zusammen im Sinne der Friedensresolution und im Sinne der Majorität, so brach der Konflikt: Reichstagsmehrheit, Kanzler oder Staatssekretär — O. H. L. offen aus, und dann war die Diktatur nicht absurd, sondern sie war da. Diese ungeheure Schwierigkeit hat uns die ganze Zeit zu sehr komplizierten und sehr schwierigen Dingen gezwungen. Unsere heilige Pflicht war es, diesen Konflikt zu vermeiden, und wir haben ihn vermieden. Wir haben ihn vermieden, und das Vermeiden dieses Konfliktes war die große staatsrechtliche Aufgabe. Diese enorm starken Mächte, die in Deutschland damals auseinanderstrebten, deren offenes Zusammenprallen zu unserem Zusammenbruch — — —

Sachverständiger Dr. *Delbrück:*

Also doch Furcht vor der O. H. L.!

Zeuge Dr. *v. Kühlmann:*

Jedem Faktor!

Sachverständiger Dr. *Delbrück:*

Vor allem Furcht vor der O. H. L. und Furcht vor der Diktatur!

Sie sagen, Herr Staatssekretär, ich hätte mir als Historiker klarmachen müssen, daß die Diktatur doch hätte kommen müssen, daß wir scharf daran vorbeigekommen seien. Ich leugne das! Es ist damals ausgerechnet worden: hinter der Friedensresolution standen 10 Millionen; dagegen gestimmt hatten Abgeordnete, die ungefähr 1 300 000 Wähler hinter sich hatten. Gegen eine solche Majorität im Volke läßt sich keine Diktatur machen,

(Zuruf: Im Kriege?!)

auch keine recht energische Diktatur! Ich komme immer wieder darauf, daß dieses Argument nicht durchschlagend ist.

Aber Sie führen weiter aus, daß wir nicht hätten wissen können, wie eine öffentliche Erklärung über Belgien aufgenommen worden wäre. Ich glaube, wir haben ein vorzügliches Kennzeichen dafür, nämlich: Wie ist die Friedensresolution aufgenommen worden? Was finden Sie — das ist nun meine Frage — für einen Unterschied zwischen der Friedensresolution und einer Erklärung, die die Regierung gegeben hätte? Die Friedensresolution ist bekanntlich doppelseitig aufgenommen worden. Einerseits haben eine Anzahl Entente-Zeitungen geschrieben: aha, die Deutschen pfeifen auf dem letzten Loch. Aber auf der anderen Seite haben sie gesagt: ja, der Reichstag hat ja nichts zu sagen, der ist nicht die entscheidende Instanz. Das hat zum Beispiel auch Gasparri zu Salis gesagt: Ja, wenn die Regierung das täte! Also: wenn schon bei der Friedensresolution unter den Führern der Entente die Furcht entstanden ist, daß ihre Friedensparteien dadurch hochgebracht werden könnten, wieviel mehr

konnten wir mit voller Sicherheit vorausrechnen — so rechne ich, und ich erbitte darüber Ihre Antwort —, daß, wenn die Regierung nun dasselbe sagte und ganz rückhaltlos und offen sagte, das doppelte Echo dann ebenfalls erfolgt wäre, und dieses doppelte Echo war natürlich für uns ein ungeheurer Vorteil. Ich möchte fragen, was Sie darauf zu sagen haben.

Zeuge Dr. *v. Kühlmann:*

Ich möchte dem Herrn Professor darauf erwidern, daß rein stilistisch ich es zurückweise, daß Furcht bei mir in irgendeiner meiner politischen Handlungen eine Rolle gespielt habe. Ich glaube, ich habe nie Furcht gehabt, und wer mir imputiert, daß Furcht mir meine politischen Handlungen diktiert habe —

(Sachverständiger Dr. *Delbrück:* Das ist ein Mißverständnis!)

Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp:* Der Herr Zeuge hat das Wort.

(Zuruf: Rücksicht!)

Zeuge Dr. *v. Kühlmann:*

„Rücksicht" ist eine vollkommen richtige Ausdrucksweise; denn Rücksicht mußte ein gewissenhafter Staatsmann auf eine Macht nehmen, die so stark war wie die O. H. L., und die sich doch auf einen sehr erheblichen, größeren Teil der Öffentlichkeit stützte. Wer darauf keine Rücksicht genommen hätte, wäre ein Idealist gewesen, der in den Wolken spazieren ging, aber nicht reale Politik machte, wie sie damals nötig war.

Das ist auch eine Erwägung, die rein theoretisch ist, daß man mit der Zahl der Wähler, die hinter einer Resolution steht, operiert. Wenn ich der O. H. L. gesagt hätte: die Zahl der Wähler, die hinter euch steht, ist geringer als die Zahl der Wähler, die hinter der Reichstagsmajorität steht, — Herr Professor, damit hätten wir verflucht wenig Erfolg gehabt!

Sachverständiger Dr. *Delbrück:*

Ich möchte, da Sie sich sozusagen persönlich verletzt gefühlt haben, doch den Ausdruck „Furcht" genau so interpretieren, wie Sie selbst es getan haben und will dabei auf einen anderen Vorfall zurückkommen. Herr Reichskanzler Michaelis hat Herrn Dr. Bredt gegenüber dessen Wendungen auch so ausgelegt, als ob der Kanzler aus Kleberei an seinem Amt damals nicht seine Politik, die er eigentlich wollte, streng durchgeführt hätte. Das ist natürlich nur so gemeint gewesen, wie ich es eben gemeint habe, daß es politische Rücksichten waren, und es sollte kein moralischer Vorwurf, sondern nur eine politische Kritik sein. Ich frage Herrn Bredt, ob ich ihn damit richtig auslege.

(Zustimmung des Sachverständigen Abg. D. Dr. Dr. *Bredt.*)

Zeuge Dr. *v. Kühlmann:*

Ich bin noch nicht mit meiner Antwort fertig!

Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp:*

Bitte, Sie haben das Wort Herr Staatssekretär.

Zeuge Dr. *v. Kühlmann:*

Der Herr Professor hat eben auf die segensreiche außenpolitische Wirkung der Friedensresolution hingewiesen. Ich will, da wir zur Kürze gezwungen sind, sagen: die Friedensresolution, so wichtig ihre Funktionen nach innen waren, hat außenpolitisch eine nennenswerte Wirkung überhaupt nicht zur Folge gehabt. Wenn sie außenpolitisch eine nennenswerte Wirkung gezeigt hätte, so hätte sie sich in dem Moment zeigen müssen, wo die Regierung die Friedensresolution durch die ausdrückliche Bezugnahme in ihrer amtlichen Note offiziell zu einem Teil ihres Programms gemacht hatte. Sie hat sich nicht gezeigt! Gehen Sie doch endlich einmal ab von der Idee, daß auf der anderen Seite eine Friedensgeneigtheit war. Sie war nicht vorhanden! Sie hätten zu Fuß nach Canossa gehen können und Poincaré hätte Sie ausgelacht und hätte Ihnen den Versailler Frieden aufgebrummt genau wie später.

Sachverständiger Dr. *Delbrück:*

Daß Poincaré das gemacht hätte, glaube ich wohl. Aber ich weiß, daß in England — und auf England kam es an; ohne England konnte Frankreich nicht den Krieg weiterführen — eine starke Friedenspartei war, die nur auf diese Erklärung von uns wartete. Das ist die Differenz zwischen uns.

Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp:*

Das ist eine Frage, die im 2. Unterausschuß jahrelang besprochen worden ist. Wenn wir in dieser Weise verfahren, kommen wir überhaupt nicht zum Abschluß.

Sachverständiger Dr. *Delbrück:*

Herr v. Kühlmann hat sich endlich darauf berufen, daß alles, was wir hier über die Frage sprechen, was wir hätten tun sollen, keine große Bedeutung habe, da bereits am 26. August der Botschafter Salis in Rom die Instruktion erhalten habe: du sollst die Verhandlungen abbrechen —, und daß sich daraus zeige, daß drüben keine Friedensmöglichkeit war. Die Kurie hat das nicht so aufgefaßt. Denn wenn die das als absolutes Abbrechen aufgefaßt hätte, wäre sie nicht so außer sich gewesen über unsere Antwort vom 24. September. Auch in diesem Augenblick glaubte sie also noch an die Möglichkeit einer Vermittlung. Also diese Instruktion an Salis war, wie ich sie auffasse — ich frage, ob ich mich da in einem Irrtum bewege —, nicht ein absoluter Abbruch. Dem Wortlaut nach scheint es so. Aber wie ist der Widerspruch zu erklären, daß eine Diplomatie wie die Kurie dann doch die Verhandlungen nicht für abgebrochen hielt?

Zeuge Dr. *v. Kühlmann:*

Darauf möchte ich dem Herrn Professor erwidern, daß wir in den Daten nicht übereinstimmen. Materiell ist die Aktion zu Ende gekom-

men durch die von einem Aide-memoire begleitete Demarche des französischen Geschäftsträgers vom 26. August. Definitiv ausgewirkt hat sich diese Demarche inzwischen in der Instruktion Balfours an Salis vom 13. Oktober, in welcher er Graf Salis anweist, der Kurie auf die ausführliche und sehr entgegenkommende Note eine einfache Empfangsbestätigung auszuhändigen. Mit dieser Empfangsbestätigung, die eine schwere Brüskierung des Heiligen Stuhls war, war allerdings die Aktion vollkommen zu Ende.

Sachverständiger Dr. *Delbrück:*

Jawohl, das bestätigt meine Auffassung,

(Heiterkeit)

daß sie August-September noch nicht zu Ende war.

Abg. Dr. *Rosenberg:*

Ich möchte über die objektiven Friedensmöglichkeiten von 1917 nichts fragen. Aber nachdem so viel darüber geredet worden ist, muß ich doch folgendes als meine Meinung sagen. Es ist meines Erachtens durchaus utopisch und irreal, wenn man ständig die Frage „Belgien" und „Elsaß-Lothringen" verknüpft mit den objektiven Friedensmöglichkeiten oder -unmöglichkeiten von 1917. Nach meiner Überzeugung handelte es sich weder um Belgien noch um Elsaß-Lothringen, sondern nur um die Vernichtung der konkurrierenden deutschen Großmacht. Im einzelnen das nachzuweisen, ist hier nicht der Ort.

Herr Staatssekretär, Sie haben es nachträglich erfahren, einige Jahre später, daß im September 1917 die Korrespondenz zwischen Reichskanzler Dr. Michaelis und Herrn v. Hindenburg stattfand. Müssen Sie jetzt rückschauend nicht darin eine erhebliche Behinderung Ihrer Arbeit sehen, daß Dinge von so entscheidender Bedeutung für die Formulierung der deutschen Friedensbedingungen Ihnen vorenthalten wurden?

Zeuge Dr. *v. Kühlmann:*

Ich gestehe, daß ich überrascht und nicht angenehm überrascht war, als ich durch die Presse von diesem Schriftwechsel Kenntnis bekam. Praktisch hat es eine hemmende Wirkung nicht ausgeübt, denn federführend war, wie ich gestern ausführte, das Auswärtige Amt, und, wie ich gestern pflichtgemäß ausgeführt habe, habe ich durch den Herrn Reichskanzler Michaelis in der Führung der politischen Geschäfte nicht die leiseste Hemmung erfahren, auch keine Hemmung, welche aus diesem Schriftwechsel oder den darin niedergelegten Gesinnungen erklärlich wäre. Ich bin von verschiedenen Seiten gefragt worden: warum identifizieren Sie sich denn in so weitgehender Weise mit dem Herrn Kanzler Michaelis, der ist doch unpopulär? — Meine Herren, wenn man in der Weise in einer schweren Zeit zusammen gestanden hat und in wesentlichen Fragen nicht Hemmungen, sondern Förderung von einem Vorgesetzten erfahren

hat, von dem ich mir vielleicht den Ausdruck erlauben darf, daß wir zusammengearbeitet haben, so halte ich es, auch wenn die Welle der Unpopularität über ihn hinweggeht, für anständig, mit ihm zusammenzustehen.

(Lebhaftes Bravo!)

Abg. *Dittmann:*

Das würde die Tatsache bestätigen, daß Ihnen dazwischengepfuscht worden ist und Sie nicht federführend sein konnten.

Zeuge Dr. *Michaelis:*

Ich glaube, durch die Verhandlungen der vorigen Tage ist erwiesen worden, daß dieses Schreiben an den Feldmarschall v. Hindenburg lediglich den Zweck gehabt hat, mäßigend durch ihn auf die Kreise einzuwirken, die eine schärfere Friedensbedingung wollten, und der Herr Graf Westarp hat es in anerkennenswerter Weise, wofür ich ihm dankbar bin, bestätigt. Ich hatte ihn gebeten, sich vom Feldmarschall Hindenburg sagen zu lassen, was wir in Bellevue besprochen haben, soweit es sich zur Mitteilung eignet, und dann zurückzufahren und den Scharfmachern zu sagen, daß auch in der O. H. L. jetzt ein mäßigerer Wind weht. Das ist der Zweck dieses Briefes gewesen. Ich bin mit dem Feldmarschall freundschaftlich verbunden gewesen, und darum habe ich diesen Brief als einer, der ihm nahestand, geschrieben, um ihn persönlich für die Schaffung einer Temperatur in Anspruch zu nehmen, in der wir weiter vorwärtskommen konnten. Das ist der einzige Zweck gewesen. Daß der Brief nicht an Herrn v. Kühlmann gegangen ist, das mag auch in diesem persönlichen Zugehörigkeitsverhältnis zum Feldmarschall, das ein rein persönliches Verehrungsverhältnis war, erklärbar sein, und wenn er sich unangenehm davon berührt gefühlt hat, dann kann ich ihm das durchaus nachfühlen; aber ich wiederhole, wie er selbst gesagt hat: irgendeinen Einfluß auf den Gang der Dinge hat diese Korrespondenz nicht gehabt, sondern sie hat lediglich fördernd für gewisse Elemente gewirkt, die in ihren Ansprüchen an den Frieden mäßiger auftreten sollten.

Abg. Dr. *Rosenberg:*

Auf die materielle Auslegung der Korrespondenz will ich im Rahmen einer Fragestellung nicht eingehen. Mir genügt durchaus der erste Satz in der Antwort des Herrn Staatssekretärs.

Noch eine andere Frage. Herr Staatssekretär, Sie sprachen mehrfach in den letzten Tagen über die Papstnote vom 28. September an die englische Regierung, wo die päpstliche Kurie unter anderem ausführte, sie sei auf Grund ganz besonderer Informationen zu der Überzeugung gelangt, daß es mit der Friedensresolution ernst wäre. Sie meinten, daß die Papstnote sich dabei auf den Brief vom 24. September beziehen müsse. Ich glaube nicht, daß sich diese Auslegung wird halten lassen; denn ganz abgesehen davon, wie das Verhältnis

der offiziellen deutschen Antwort an den Papst zu dem Privatbrief vom 24. September gewesen sein mag, soviel wird wohl feststehen, daß, wenn die offizielle Antwort über Belgien nichts sagt, nur allgemein auf die Friedensresolution hinwies, der Brief vom 24. September sicher nicht mehr gesagt hat; es war sicher keine größere Präzision. Ich habe folgende Auffassung und möchte den Herrn Staatssekretär bitten, sich dazu zu äußern. Hat nicht vielmehr die Kurie mit dem Satz gemeint, daß sie besondere Informationen über angebliche Stärke der Reichstagsmehrheit habe, über den Willen, den etwa Männer wie Erzberger verkörperten, die Friedensresolution zu verwirklichen? Bezog sich die Äußerung der Kurie nicht eher darauf als auf die problematischen Sätze des Antwortbriefs vom 24. September?

Zeuge Dr. v. *Kühlmann:*

Wir müssen uns klar sein, daß wir uns bei dieser Frage auf dem Gebiete der Vermutungen bewegen.

(Abg. Dr. *Rosenberg:* Sehr richtig!)

Eine sichere Antwort könnte nur die Kurie selbst geben; denn ich weiß nicht — und ich glaube, es wird sehr viel Zeit vergehen, bis wir es erfahren werden —, ob der Brief vom 24. September durch telegraphische Übermittlung schon im Besitz des Heiligen Stuhles war und bei der Abfassung und Absendung der Note vom 28. eine Rolle gespielt hat. Bei der sehr großen traditionellen Vorsicht der päpstlichen Diplomatie halte ich es für ganz ausgeschlossen, daß die prägnanten und für den diplomatisch Geschulten bedeutungsvollen Worte, wie „Wir haben starke und spezielle Gründe für den Glauben und die Behauptung", in Wirklichkeit in diesem Sinne, d. h. im Sinne der Freigabe Belgiens zu verstehen sind. Die von mir ausgesprochene Annahme — und ich unterstreiche: es ist eine Annahme —, es sei dies eine Bezugnahme auf den Schlußabsatz des vielfach zitierten Briefes des Reichskanzlers an den Nuntius Pacelli, ist eine Annahme. Ich halte es aber durchaus für möglich — und vielleicht wird die Geschichte diese Auffassung bestätigen —, daß durch irgendeinen der sehr zahlreichen Kanäle, auf die ich gestern hingewiesen habe, die aus der großen deutschen katholischen Welt sowohl nach der Nuntiatur in München wie nach dem Vatikan geflossen sind — und manche dieser Kanäle, nehme ich an, waren sehr gut unterrichtet, hatten Mittel, sich über die noch nicht ausgesprochenen Strömungen in Regierungskreisen so zu unterrichten, daß sie vertrauliche Informationen geben konnten, die sich im offiziellen Schriftverkehr noch nicht abspiegelten —, es ist eine andere Hypothese, daß durch solche Kanäle die Kurie Nachrichten bekommen haben kann, welche sie zu der Auffassung brachten, die Leiter der deutschen Politik meinen es ernst mit ihrer Anerkennung der Friedensresolution und sind in bezug auf Belgien im Prinzip mit uns einig, wenn sie auch unseren Wünschen nach Formulierung pro tempore

noch nicht nachkommen können. Ich halte es für wahrscheinlich; weiter möchte ich in meinen Annahmen nicht gehen.

Abg. Dr. *Rosenberg:*

Noch eine letzte Frage. Nach meiner Auffassung bestand ein erheblicher Unterschied zwischen der Art und Weise, wie etwa die englische und französische Regierung die deutsche Innenpolitik sah, und der päpstlichen Kurie. Die maßgebenden Kreise Englands und Frankreichs während des Krieges waren durchaus der Meinung, daß die O. H. L. alles in der Hand hatte, daß der Reichstag nur eine Dekorationsfigur war. Die päpstliche Kurie dagegen war offenbar und darüber würde ich um eine Äußerung des Herrn Staatssekretärs bitten, anderer Meinung. Die päpstliche Kurie hat offenbar auf Grund besonderer Informationen, die ihr zugegangen waren, die Reichstagsmehrheit für einen sehr ernsten Faktor angesehen. Ich glaube auch, das ständige Drängen von Staatssekretär Gasparri in der Zeit vom 10. bis 24. September erfolgte im Hinblick auf die Parallelaktion des Abg. Erzberger und der Reichstagsmehrheit. Um die Frage abzuschließen: Wenn die päpstliche Kurie auch nach dem 24. September nicht erklärte: Es ist alles aus, mit Deutschland sind wir jetzt in feindlicher Lage, — hängt das nicht auch damit zusammen, daß die päpstliche Kurie sich dachte: es sind eben starke Kräfte in Deutschland vorhanden, die auf einen sogenannten Verständigungsfrieden drängen, die Kräfte sind da, sie können sich später auswirken, die Regierung ist vielleicht augenblicklich zu schwach, um ganz im Sinne dieser Kräfte zu handeln, aber wir wollen abwarten? Das würde den Widerspruch ausräumen, daß trotz der sehr drängenden und heftigen Schreiben des Staatssekretärs Gasparri ein brüsker Abbruch der Verhandlungen zwischen Deutschland und der Kurie nicht erfolgt ist. Denn, Herr Staatssekretär, darin gebe ich Ihnen recht: der verstorbene Abgeordnete Erzberger hätte ohne Zweifel auch davon erfahren müssen, wenn etwa die Kurie den Wunsch gehabt hätte, ganz mit Deutschland zu brechen. Ein solcher ganz brüskierter Abbruch hat nicht vorgelegen? Das möchte ich gern noch bestätigt haben.

Zeuge Dr. *v. Kühlmann:*

Ich möchte auf den letzten Teil der Frage das Hauptgewicht legen, weil er das wichtigste ist. Es hat nicht nur kein Bruch stattgefunden, sondern die vertraulichen Beziehungen und der vertrauliche Meinungsaustausch sind auch nach Abschluß der Papstnote fortgesetzt worden und haben die ganze Zeit über bestanden, in welcher ich die Ehre hatte, das Auswärtige Amt zu leiten. Genau so wenig wie ein Bruch zwischen der Regierung bzw. der Leitung des Auswärtigen Amts und den maßgebenden Führern der Reichstagsmehrheit eingetreten ist, ebensowenig ist ein Bruch oder auch nur eine ernste Trübung der Beziehungen zwischen dem Heiligen Stuhl und der Leitung des Auswärtigen Amts bzw. Deutschlands eingetreten.

Der Heilige Stuhl war, um auf den ersten Teil der Frage zurückzukommen, zweifellos ganz hervorragend über die Lage in Deutschland informiert, was ja gar kein Wunder ist. Ich habe darauf hingewiesen: Wir haben Millionen von Katholiken in Deutschland. Die päpstliche Nuntiatur war in München, im Herzen des katholischen Landes. Es führte nicht einer, sondern, wie ich ausgeführt habe, führten Dutzende, vielleicht Hunderte von Fäden dorthin. Wenn die Regierungen Englands und Frankreichs sich auf den Standpunkt stellten, in Deutschland ist nur die O. H. L. maßgebend, so muß man erwägen, daß darin Taktik lag. Denn wenn die Leute sagen: Maßgebend ist die friedensfreundliche Reichstagsmajorität, dann allerdings kam in ihrem eigenen Parlament der Druck: Wenn das die Leute sind, die Einfluß haben, müßt ihr doch versuchen, mit ihnen zu irgendeiner Art Abschluß zu kommen. Dies zu dieser Frage.

Aber ich möchte noch weiter sagen: Auch die anderen Regierungen haben die Sache keineswegs so aufgefaßt. Es ist ja wohl heute schon publici juris, daß im Sommer 1918 zum erstenmal seit dem Verlauf des Krieges von England ein offizieller Friedensfühler ausgestreckt worden ist. Er ist ausgestreckt worden, ohne eine prinzipielle Bindung über Belgien zu verlangen und ohne daß in Vorsprechungen eine solche prinzipielle bindende Erklärung verlangt worden wäre. Es war allerdings selbstverständlich, daß für das deutsch-englische Verhältnis eine Lösung der belgischen Frage im englischen Sinne wesentlich war. Also auch da ergibt sich historisch zwingend der Schluß, daß im Augenblick, wo die anderen Regierungen über Frieden sprechen wollten, sie es ohne weiteres konnten und auch tatsächlich getan haben.

Abg. *Dittmann:*

Ich habe nicht nur einige Fragen zu stellen, sondern ich möchte auch ein Dokument zur Verlesung bringen, das große Klarheit über manche Punkte bringt, die hier erörtert worden sind. Das ist das Protokoll der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, also der Mehrheitspartei, der ich damals nicht angehörte — ich war ja Abgeordneter der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei —, aus der Sitzung vom 24. August 1917. Es handelt sich dabei um die Berichte, die die Abgeordneten Ebert und Scheidemann über die Verhandlungen gegeben haben, die hier eine Rolle spielen. Es ist relativ kurz, wie das im Wesen eines Protokolls liegt, aber es bringt eine ganze Anzahl von Punkten scharf und klar heraus. Es heißt in dem Protokoll:

> Ebert berichtet zunächst über die am Montag und Dienstag dieser Woche stattgefundenen Besprechungen der Vertreter der Mehrheitsparteien.

Das waren die Parteien der Friedensresolution.

> Die Nationalliberalen haben den offiziellen Fraktionsbeschluß gefaßt, sich an den Arbeiten der Mehrheit zu beteiligen, d. h. mit den bekannten Vorbehalten für die auswärtige Politik. Die Mitarbeit

der Nationalliberalen wurde angenommen. Man habe sich sodann verständigt, sich unter keinen Umständen durch die Beantwortung der Papstnote vor eine vollendete Tatsache stellen zu lassen; die Mehrheit wolle mitsprechen. Ferner soll zur Sprache gebracht werden die Behandlung des Papstes durch die Annexionisten, ferner die Parlamentarisierung im Reich, die Frage der Autonomie Elsaß-Lothringens und die belgische Frage. Über dieses Programm war Einmütigkeit aller, auch der Nationalliberalen, erzielt. Am Dienstag sei sodann eine Besprechung des Kanzlers mit sämtlichen Fraktionsvorständen erfolgt. Hierbei habe der Kanzler eine bemerkenswerte Erklärung darüber abgegeben, wie er in seiner Rede zur Friedensresolution der Mehrheit am 19. Juli zu der vielumstrittenen Wendung „wie ich sie auffasse" gekommen ist. Er habe aus dem Hause heraus den Eindruck gehabt, daß er im Sinne auch vieler Einbringer der Resolution reden würde, wenn er doch nicht die reine, vorbehaltlose Zustimmung zur Resolution aussprechen würde. Da sei er impulsiv, ohne daß er sie vorher in das Manuskript seines Vortrages aufgenommen, zu jener Einschaltung gekommen. Es sollte damit aber an den Vereinbarungen, die er mit den Mehrheitsvertretern getroffen, nichts geändert werden. Mit großem Nachdruck sei dann bei dieser Besprechung mit dem Reichskanzler von den Mehrheitsparteien das Begehren vertreten worden, einen entscheidenden Einfluß auf die Beantwortung der Papstnote auszuüben. Der Kanzler habe zusagend geantwortet; aber er wolle sich das nicht abtrotzen lassen, sondern man solle das seiner Initiative überlassen.

Ebert berichtet weiter über die im Haushaltsausschuß gepflogenen Verhandlungen:

Die Rede des neuen Staatssekretärs Kühlmann habe im allgemeinen sympathisch berührt. David habe dann

— im Haushaltsausschuß —

die Kanzlerwendung aus dem Reichstag „so, wie ich sie auffasse", zur Sprache gebracht, und nun habe der Kanzler zu dieser Einschaltung eine etwas andere Erklärung als in der vorangegangenen Besprechung mit den Fraktionsvertretern gegeben. Der Kanzler habe nun gesagt, er habe bei den Vorbesprechungen mit den Fraktionsvertretern keinen Zweifel darüber gelassen, daß er nicht auf dem Boden der Reichstagsresolution steht. Das hat dann dazu geführt, daß Ebert im Namen und Auftrag der Mehrheitsparteien die Erklärung im Haushaltsausschuß abgab, daß sie einmütig den Standpunkt vertreten, daß der Kanzler in keinem Stadium der Verhandlungen habe erkennen lassen, daß er nicht auf dem Boden der Resolution stehe. Darüber herrschte Einmütigkeit unter allen Mehrheitsvertretern.

— Ebert schildert dann weitere Einzelheiten dieses Konflikts und schließt mit der Darlegung: —

Die Fraktion müsse sich damit abfinden, daß der Kanzler nicht zuverlässig ist in seinen Erklärungen, daß er nicht zuverlässig ist in seiner Kriegszielstellung und daß er seinem Posten nicht gewachsen sei. Die Fraktion werde dazu übergehen müssen, ihm mit dem allertiefsten Mißtrauen entgegenzutreten und eventuell dazu zu helfen, ihn so schnell wie möglich zu beseitigen. An dem Zusammenarbeiten mit den bürgerlichen Parteien, so wie es sich jetzt gestaltet, sei aber deshalb noch festzuhalten.

Scheidemann erklärte den Bericht Eberts für richtig; er legte aber Wert auf die Hervorhebung, daß das Endergebnis in der Besprechung im Haushaltsausschuß doch gewesen sei, daß der Kanzler erklärt habe, er stehe zu der Resolution vom 19. Juli, was Scheidemann auch in seiner gestrigen Rede im Haushaltsauschuß feststellte. Scheidemann berichtet dann über die Besprechungen, die die Fraktionsvertreter im weiteren Verlauf der Woche mit dem Kanzler gehabt haben.

Zur Frage der Mitwirkung bei der Abfassung der Papstnote sei vom Kanzler die Einsetzung eines kleinen Unterausschusses gewünscht worden, dessen Mitglieder er gemäß den Vorschlägen der Fraktion berufen wollte. Scheidemann empfiehlt die Beteiligung an dieser Einrichtung, aber unter der Voraussetzung und Betonung von Seiten der Fraktion, daß es sich hier nur um ein Provisorium handeln könne und daß unsere Forderung bleibe: Parlamentarisierung!

Der Bericht wendet sich nun anderen Fragen zu, die hier nicht interessieren. Ich glaube, daß das, was ich eben verlesen habe, wichtig ist und auf manche Fragen, die hier eine Rolle gespielt haben, ein aufklärendes Licht werfen kann. Ich habe es absichtlich zur Kenntnis gegeben im Beisein der beiden Zeugen Michaelis und Kühlmann.

Nun einige Fragen an den Herrn Staatssekretär. Herr Staatssekretär, die Bezugnahme auf die Friedensresolution in der Antwort auf den Papst hat doch bei der Linken den Eindruck erweckt und sollte ihn erwecken, daß damit implizite Belgien freigegeben sei. Aber ich glaube, Sie darin auch recht verstanden zu haben: Die Regierung verband diesen Sinn nicht mit der Bezugnahme auf die Friedensresolution. Dann steht doch schon fest, daß die beiden Körperschaften, die zusammenarbeiten wollten, Regierung und Parlament, von ganz diametralen Auffassungen ausgingen, und es war daher ganz unmöglich, daß auf einer solchen Basis, wo die eine Seite etwas anderes unter der Friedensresolution verstand als die andere, ein ersprießliches Zusammenarbeiten herauskommen konnte. Ist Ihnen dieser Widerspruch nicht auch aufgeklafft? Steht das nicht im Gegensatz zu Ihrer Auffassung, die Regierung könne nur im Verein mit dem Parlament und gestützt auf alle Kräfte im Volke den Krieg zu Ende führen?

Zeuge Dr. *v. Kühlmann:*

Ich kann der Auslegung, als ob die Regierung nicht gewillt und

gesonnen gewesen wäre, Belgien freizugeben, nicht zustimmen. Ich habe darüber schon in meinen vorigen Erklärungen gesprochen. Wir wollten Belgien freigeben.

(Zuruf: Sie wollten es freigeben als Staatssekretär des Auswärtigen Amts?)

Ich habe ausgeführt, daß in diesen Fragen, soweit sie sich diplomatisch auswirkten, ich nie von dem Herrn Reichskanzler Michaelis den geringsten Widerstand, die geringsten Schwierigkeiten gefunden habe. Wir haben das Maximum dessen getan, um der annexionistischen Flut vorläufig einmal einen Damm abzuringen. Wenn Sie Land eindeichen, müssen sie auch einen Damm haben, Sie müssen den Damm offen lassen, damit die Flut ein- und ausspülen kann. Daß wir mit einem Schlag nur um unserer schönen Augen willen von der Krone, von der O. H. L., von der Marine vollkommen ein Programm der Mehrheitsparteien bewilligt bekommen konnten, konnte doch wirklich kein Mensch damals erwarten. Es waren große reale Kräfte im Kampfe, und unsere Aufgabe war, uns wenigstens den Damm durch diese Sturmflut hindurchzubauen, auf dem wir diplomatisch verhandlungsfähig wurden. Das hat der Kronrat gebracht. Er hat nicht alles gebracht, aber er hat soviel gebracht, daß wir bona fide, ohne weder der einen realen Macht noch der anderen realen Macht entgegentreten zu müssen, diplomatisch weiterverhandeln konnten.

Abg. *Dittmann:*

Herr Staatssekretär, waren die Parteiführer nicht auch in den Glauben versetzt, daß der Kronrat vom 11. September mit der Freigabe Belgiens, so wie sie die Mehrheit des Reichstags verstand, einverstanden sei, während nach dem, was Sie uns gesagt haben, das tatsächlich nicht der Fall war? War nicht auch in diesem Punkte der Siebener-Ausschuß getäuscht worden? Ich will den Ausdruck gar nicht als Vorwurf gebrauchen, nur als objektive Feststellung.

Zeuge Dr. *v. Kühlmann:*

Ich habe schon ausgeführt, daß die Formel, die wir mit Bedacht im Kronrat gewählt hatten, die Souveränität und Integrität Belgiens, an sich vollkommen ausreichend war — mehr wurde von der Gegenseite ja nicht von uns gefordert —, um einesteils unsere Ziele, d. h. dem Frieden näherzukommen, zu fördern, andernteils auch formaljuristisch den Reserven, die der Kronrat formuliert hatte, gerecht zu werden. In einer Lage von so ungeheuren Interessenkonflikten von radikalen Anschauungen, weiß und schwarz, ist eine Regierung, die, wie ich vorhin ausführte, die Aufgabe hatte, einen offenen Zusammenstoß zu vermeiden und zugleich aktiv politisch weiter zu arbeiten, gezwungen, zu sehr präzisen Formulierungen zu greifen und Formulierungen zu finden, was ja übrigens im Parteileben eine tägliche Beschäftigung ist, welche radikal entgegenstehende Meinungen auf einer gangbaren Basis vereinigen.

Abg. *Dittmann:*

Herr Staatssekretär, ich habe volles Verständnis für die Schwierigkeit Ihrer Stellung und die Stellung der Reichsregierung während des Krieges. Ich habe dieses Verständnis auch während des Krieges durchaus gehabt.

(Zeuge Dr. *v. Kühlmann:* Das möchte ich vollkommen anerkennen!)

— Aber war nicht gerade von diesem Standpunkt aus es eine Stärkung ihrer Position, der Position der Regierung gegenüber den annexionistischen Bestrebungen der O. H. L., der Kreise, die hinter diesen standen, wenn Sie in dem vertraulichen Schreiben an den Papst vom 24., das, wenn ich recht verstanden habe, von Ihnen entworfen worden ist,

(Zeuge Dr. *v. Kühlmann:* Im wesentlichen!)

dasjenige, was im Kronrat beschlossen war, auch dem Papst zur Kenntnis brachten? Selbst wenn Sie Bedenken trugen, in einer öffentlichen Erklärung oder in einem Schreiben an die Entente ganz frei zu sagen: Wir geben Belgien ohne weiteres preis — war es nicht möglich, wenigstens den Papst zu seiner Information davon in Kenntnis zu setzen und ihn vielleicht zu ersuchen, bei der Übermittlung an die Entente die geeignete Form zu wählen? Der Papst trat doch als Mittelsmann auf. Sie mußten doch ein gewisses Vertrauen zum Papst haben, wenn der Papst seine Aktion zu einem glücklichen Ende führen wollte, daß er dann auch bereit sei, nicht alle Karten, die ihm Ihrerseits bis zu einem gewissen Grade aufgedeckt waren, restlos der Entente wieder preiszugeben. Hätte es da nicht gerade im Interesse Ihrer Politik gelegen, den Papst entweder durch den Brief, oder, wenn Sie etwas Schriftliches für zu gefährlich hielten, durch einen der Kanäle, von denen Sie sprachen — meinetwegen den Abgeordneten Erzberger — darüber zu informieren: Jawohl, wir sind bereit, letzten Endes die Integrität Belgiens restlos wiederherzustellen, wenn die Entente bereit ist, sich mit uns an den Friedenstisch zu setzen?

Zeuge Dr. *v. Kühlmann:*

Der Herr Vorredner berührt einen Punkt, der etwas delikater Natur ist, der aber hier auch im Interesse der Klärung berührt werden muß. An den erhabenen Absichten des Heiligen Stuhls, an den Absichten, in Erfüllung der hohen Mission, die er hat, am Frieden der Welt mitzuarbeiten, bestand bei uns nicht der leiseste Zweifel. Man muß sich aber sagen, daß die päpstliche Kurie eine internationale selbständige politische Großmacht ist, und zwar eine Großmacht, die, da sie allgemeinen Interessen dient, niemals in einseitiger Weise den Interessen einer Nation dienen kann. Auch bei der vatikanischen Diplomatie ist bei der vollkommen internationalen Zusammensetzung des Kardinalkollegiums und bei der durch den Charakter der katholischen Kirche gegebenen Universalität eine absolute Geheimhaltung in dem Sinne nicht gesichert, daß nicht französische Kurienkardinäle

den zahlreichen anderen Vertretungen und französischen Katholiken auch von solchen geheimen Mitteilungen doch Kenntnis geben. Darin lag eine recht große Gefahr. Die Auffassung, als ob wir in amtlichem oder vertraulichem Verkehr mit der Kurie so rückhaltlos hätten reden können, wie wir qua Regierung unter uns redeten, traf nicht zu. Ich glaube nicht, daß eine vorsichtliche Diplomatie in ihrem Vertrauen so weit hätte gehen können; und daß die Kurie über unsere wesentlichen Absichten informiert war, geht ja aus der oft zitierten Note an die englische Regierung hervor. Die Kurie hat, glaube ich, keinen Moment daran gezweifelt, daß die Regierung, der anzugehören ich die Ehre hatte, im wesentlichen entschlossen und bereit sei, die Unabhängigkeit Belgiens wiederherzustellen.

Abg. *Joos:*

Herr Staatssekretär, hatten Sie während des Krieges konkrete Beispiele, daß Ihre Annahme richtig ist, auch Rom gegenüber mußte man in einem gewissen Sinne vorsichtig sein? Lagen konkrete Merkmale für die Vermutung vor, die Sie hier aussprechen?

Zeuge Dr. *v. Kühlmann:*

Das ist ein Kapitel, auf das ich selbst nur sehr ungern eingehe. Aber der Herr Vorredner wird sich vielleicht erinnern, daß sich an die Person des Monsignore Gerlach nicht ganz unerquickliche Auseinandersetzungen geknüpft haben. Und Auseinandersetzungen, die nach einer Seite möglich waren, wären sehr wohl auch nach anderer Seite möglich gewesen.

Abg. *Dittmann:*

Ich gebe Ihnen durchaus zu, Herr Staatssekretär, daß der Weg hätte gefährlich sein können. Aber wie hatte man sich im Kronrat dazu gestellt?

Zeuge Dr. *v. Kühlmann:*

Die Formel des Kronrats war die, die ich mehrfach angeführt habe. Der Kurie ausdrücklich mitzuteilen: im Kronrat sind gewisse Strömungen auf wirtschaftliche Beherrschungen, zeitweise Okkupationen, hielt ich nicht für nützlich. Denn die Beseitigung dieser Strömungen wurde ja für mich erst möglich, wenn ich durch eine auftauchende Friedensaussicht meine persönliche Stellung so gestärkt hatte, daß ich mit Aussicht auf Erfolg sie überwinden konnte. Wie gesagt, ich möchte es keineswegs als unmöglich in Abrede stellen, daß durch einen dieser Kanäle, die der Herr Vorredner genannt hat, tatsächlich solche Mitteilungen über die konkreten Absichten der Regierung im Hinblick auf Belgien an den Vatikan gelangt sind; und daß sie gelangt sind und vom Vatikan sehr ernst genommen worden sind, bezeugen ja diese sehr unterstrichenen und absichtlich bedeutungsvoll, aber dunkel gehaltenen Worte in der päpstlichen Note an England.

Abg. *Dittmann:*

Kann man nicht vielleicht zu der Auffassung kommen, daß, wenn eine solche Erklärung doch nach Rom hin vermittelt worden wäre, die päpstliche Note an England vielleicht noch viel klarer nach der Richtung hin gewesen wäre: jawohl, Deutschland wird Belgien restlos wieder freigeben? Natürlich steht da Vermutung gegen Vermutung; das gebe ich Ihnen zu.

Zeuge Dr. *v. Kühlmann:*

Die Öffentlichkeit hat ja bisher vollkommen begreiflicherweise nach dem vorliegenden Material angenommen, daß der einzige Gedankenaustausch Deutschland — Vatikan — England war. Das ist nicht der Fall. Durch die Sondierungsmission, die ich in Umrissen hier angedeutet habe, war eine der ersten diplomatischen Persönlichkeiten Europas beauftragt und bevollmächtigt, der englischen Regierung direkte Mitteilungen zu machen. Die englische Regierung war aber über den Inhalt dieser Mitteilungen vollkommen im Bilde. Also daß auf seiten der englischen Regierung Zweifel bestehen konnten, ob wir geneigt seien, Belgien herauszugeben, ist vollkommen falsch. Die englische Regierung hat nie den leisesten Zweifel gehabt.

Dann möchte ich ein Moment anführen, weil die Debatte doch zum Schluß kommt: die Gegner, die diplomatisch und publizistisch sehr geschickt sind, haben doch über die Frage der deutschen Kriegsschuld, über jede Frage, in der Deutschlands Haltung Anlaß zu Angriffen gab, mit den schwersten Angriffen gegen uns gearbeitet. Sie werden aber in der gesamten gegnerischen Literatur die Frage der Verlängerung des Krieges, die Kriegsschuld durch Zurückweisung der Friedensmöglichkeiten, soweit meine Kenntnis geht, auch nicht mit einem einzigen Wort erwähnt finden.

(Abg. *Joos:* Durchaus erklärlich, wenn man am Ende gesiegt hat!)

Abg. *Dittmann:*

Herr Staatssekretär, darf ich noch eine Frage an Sie richten? Sie haben für Deutschland gesagt: die Akten allein geben keinen klaren Aufschluß; wenn man zu einem abschließenden Urteil kommen will, muß man die Gespräche, Verhandlungen usw. mitberücksichtigen, die nebenhergegangen sind. Ich will Ihnen das zugeben. Aber wenn es für Deutschland zutrifft, trifft es dann nicht auch für England und Frankreich zu? Sie haben sich auf eine Anzahl englischer und französischer Dokumente berufen, die Ihnen nachträglich zur Kenntnis gekommen sind, aus denen Sie schlußfolgern, daß am 26. August 1917 schon jede Hoffnung auf einen Erfolg der päpstlichen Friedensaktion „eingesargt" werden mußte. Aber gilt nicht auch für Frankreich und England, daß alle möglichen Nebendinge nebenher gegangen sind und daß man aus den französischen und englischen

amtlichen Schriftstücken allein nicht die Stellungnahme der englischen und französischen Regierung richtig rekonstruieren kann? Sie müssen jedenfalls zugeben, daß, wenn es für Deutschland gilt, es auch für England und Frankreich gelten muß, daß Sie sich da auch nur auf dem Gebiet von Mutmaßungen bewegen, aber nicht sicher sagen können: man mußte am 26. August schon jede Hoffnung auf den Erfolg der päpstlichen Friedensaktion „einsargen"!

Zeuge Dr. *v. Kühlmann:*

Im Krieg und im Frieden ist das Wesentliche in der Diplomatie die Psychologie. Wenn Sie den Mann, der der Gegenspieler ist, genau kennen, seine Geschichte, seine Absichten, seine Bedingtheit, seine Schwächen, so können Sie danach Ihre Aktion einrichten. In England, das eine weltumspannende Großmacht ist, ist die Einstellung nie eine so absolute. England hat Feinde und Freunde nur pro tempore, weil seine Weltinteressen so verschieden sind, daß die Konstellationen sich ändern. Frankreich ist seit Jahrhunderten eingestellt auf den Rhein. Den Gegensatz zu Deutschland bildet das Essentielle seiner Politik; und wenn ich mir gegenüber Leute wie Poincaré und Ribot hatte, über deren Absichten und Äußerungen man ja eben auch durch die vielen Kanäle, die auch trotz des Krieges hin und her führten, ganz eindeutig unterrichtet war, so konnte man von diesen Leuten, besonders da wir, wie ich ausgeführt habe, nicht eine Stimme für eine Politik des Verzichts auf Elsaß-Lothringen bekommen hätten, die ich persönlich nie gemacht hätte, nichts erhoffen. Man konnte erhoffen, daß England noch nicht gebunden sei. Daß die Bindung gerade in diesem Zeitpunkt stattfand, wußten wir nicht. Aber es war einfach der Schluß zu ziehen: wenn England ablehnt, einen hervorragenden erstklassig qualifizierten Diplomaten anzuhören, der sagt: Ich bin bereit, die Mitteilungen über die deutschen Absichten im Hinblick auf den Frieden zu machen, dann war der Schluß zwingend: auch nach dieser Seite ist nichts zu machen, momentan besteht keine Friedensmöglichkeit.

Abg. *Dittmann:*

Alles zugegeben, Herr Staatssekretär; aber andererseits konnte man englischer- und französischerseits sagen: Bei der bekannten Mentalität der deutschen Militärs, die die tatsächliche Macht in Händen haben, können wir der deutschen Regierung nicht trauen. Das ist das, was ich vorhin sagte. Sie können natürlich vom deutschen Standpunkt aus die Psychologie der Engländer und Franzosen irgendwie festzustellen versuchen und mitberücksichtigen; aber dasselbe gilt auch auf der anderen Seite; und was ich vorhin sagte, bleibt trotzdem wahr, daß allerhand Dinge auf der Ententeseite nebenhergegangen sein können, die man nicht aus amtlichen Schriftstücken kennt. Darüber werden wir uns wohl verständigen können.

Aber noch eine Frage, Herr Staatssekretär: Müssen Sie jetzt nicht rückschauend sagen: wenn wir gewußt hätten, daß der Friedensfühler, den wir durch neutrale Mächte nach England ausstrecken wollten, nicht zum Erfolg geführt hätte, dann wären wir doch vielleicht der päpstlichen Friedensanregung energischer und sorgfältiger nachgegangen als das tatsächlich damals geschehen ist?

Zeuge Dr. *v. Kühlmann:*

Das hängt immer wieder mit der Gebundenheit zusammen, auf die ich schon oft hingewiesen habe. Wir hatten nur die Ermächtigung, diese Erklärung abzugeben, wenn sie uns unmittelbare Sicherheit oder höchste Wahrscheinlichkeit bot, dadurch zum Frieden zu kommen. Deswegen mußten wir auf Wegen, wie immer sie möglich waren, feststellen: Kommst du, wenn du diese Erklärung abgibst, zum Frieden? Wir konnten unser Mandat nicht überschreiten. Man stelle sich die Blamage vor: wir stellen uns hin, geben eine öffentliche Erklärung über Belgien ab, und von der anderen Seite — was bestimmt der Fall gewesen wäre — kommt ein schroffes Nein, eine Flut von Beleidigungen, wie sie auf das erste öffentliche Friedensangebot von Deutschland erfolgt ist. Da war die Regierung vollkommen unmöglich und mußte innerhalb von 24 Stunden ihre Demission geben, und der Konflikt, von dem ich vorhin gesprochen habe, der latent immer vorhanden war, Reichsleitung bezw. Reichstag und O. H. L., war da.

Abg. *Dittmann:*

Sie sprachen davon, daß die Friedensresolution im Ausland wenig gewirkt habe. Müssen nicht auch Sie zugeben, daß diese geringe Wirkung der Friedensresolution wohl wesentlich auf die Entwertung zurückzuführen ist, die durch den Herrn Reichskanzler Michaelis in der Reichstagssitzung vom 19. Juli erfolgt ist, nämlich durch die ominöse Wendung: „Wie ich sie auffasse" und den Kommentar, den diese Wendung in der Rechtspresse bei uns gefunden hat?

Zeuge Dr. *v. Kühlmann:*

Es ist schwer, ein maßgebendes Urteil darüber zu haben, welche Einwirkungen im einzelnen eine Äußerung eines Mitglieds der Regierung auf das Ausland gehabt hat. Wir dürfen aber nicht vergessen, meine Herren, daß in der Antwort, welche Amerika damals auf die päpstliche Friedensnote gab und die dazu geführt hat, daß die Entente eine offizielle Antwort überhaupt abgelehnt hat, sich bereits die Formel findet, die später schließlich zum Versailler Frieden geführt hat: Frieden mit dem deutschen Volk, nicht Frieden mit der deutschen Regierung. Die Idee, daß der Friede mit der damaligen kaiserlichen Regierung bzw. mit dem kaiserlichen Regime nicht geschlossen werden sollte, war in Amerika schon vorhanden, und man konnte der kaiserlichen Regierung damals nicht zumuten, daß sie auf diesen Boden tritt und zugibt, daß sie nicht das autorisierte Sprachrohr des deutschen Volkes ist.

Abg. *Dittmann:*

Sie haben vorhin gesagt, daß die Veröffentlichung der Antwortnote an den Papst sicherlich von der Kurie nicht gern gesehen worden sei, daß sie aber trotzdem vom deutschen Standpunkt aus eine Kriegsnotwendigkeit gewesen sei. Ist damit nicht das Prinzip durchbrochen, auf das Sie sich immer berufen haben, Herr Staatssekretär, zur Begründung dafür, weswegen Sie dem Siebener-Ausschuß keinen Aufschluß gegeben haben? Sie haben immer gesagt: Sie konnten dem Siebener-Ausschuß diese Mitteilung nicht machen, weil sicherlich die Kurie nicht damit einverstanden gewesen wäre. Sie werden zugeben müssen, daß Sie mit diesem Schritt dieses Prinzip völlig durchbrochen haben.

Zeuge Dr. *v. Kühlmann:*

Auch da muß man unterscheiden. Die päpstliche Note an uns und unsere Antwort an den Papst waren offizielle Dokumente. In einer Publikation solcher Dokumente kann keine Macht eine Unhöflichkeit sehen. Das Gegenteil wäre ein besonderer Akt von Höflichkeit. Ganz anders bei Schriftstücken, die vertraulich sind, die einen Verkehr decken, der ein weitgehendes Entgegenkommen der Kurie gegen deutsche Wünsche und Bedürfnisse bedeutete. Hätte England oder Frankreich die Kurie darüber interpelliert, ob der Schritt in Konnivenz mit Deutschland erfolgt sei und die Kurie hätte mit Nein antworten müssen: so wäre die Lage für sie sehr schwierig und delikat gewesen.

Abg. *Dittmann:*

In einem andern Fall haben Sie das Prinzip doch durchbrochen durch die Mitteilungen an Scheidemann. Sie haben also als Diplomat Mittel und Wege gefunden, um die Sache Ihren Intensionen gemäß weiterzubringen. Darin besteht, soweit ich es verstehe, doch wohl das Wesen der Diplomatie. Man ist aber gegenüber dem Siebener-Ausschuß nicht mit der Offenheit verfahren, die notwendig gewesen wäre in der damaligen schwierigen Lage.

Zeuge Dr. *Michaelis* (in Beantwortung eines Zwischenrufs):

Ich habe am ersten Tag mit voller Bestimmtheit erklärt, daß auch von mir in Aussicht genommen war, Belgien aufzugeben. Ich, wie Herr v. Kühlmann, haben den Beweis erbracht, daß wir in der außerordentlich schwierigen damaligen Lage uns unter Ausschaltung trennender Auffassungen zur gemeinsamen Arbeit zusammengeschlossen haben. Auf die Frage nach dem „wie ich sie auffasse" gehe ich nicht ein. Ich muß die damit verbundene Unpopularität auf mich nehmen. Der leitende Staatsmann, der in einer solchen Situation, wie die, in der wir waren, populär sein will, wird seine Aufgaben vielleicht weniger erfüllen als der, der sich nicht scheut, unpopulär zu sein.

Abg. Dr. *Spahn:*

Was wir gehört haben, beweist, wie recht Graf v. Westarp gestern hatte, als er nach dem Anteil fragte, den in jener Zeit Herr Erzberger an den Ereignissen hatte. Es handelte sich damals für alle, die Bescheid wußten, nicht nur um die Frage, was Regierung, O. H. L., Siebener-Ausschuß, Reichtag als maßgebende Instanzen taten, sondern auch darum, daß Herr Erzberger eine sehr weitgehende Funktion ausübte.

(Zurufe: Er ist tot!)

Erzberger hat den Brief des Nuntius früher gekannt als der Reichskanzler. Es wäre in hohem Maße wichtig, wenn wir erfahren könnten, wie Herr Erzberger den Inhalt des Briefes kennengelernt hat. Kann das Auswärtige Amt darauf antworten? Wir stellen die weitere Frage, warum Erzberger meinte, in der zweiten Septemberhälfte 1917 beruhigend auf die Reichstagsmehrheit einwirken zu können. Die Herren von der Sozialdemokratischen Partei sind damals unruhig geworden. Die wacheren unter ihnen hatten das Gefühl, daß nicht alles so lief, wie es im Siebener-Ausschuß bekanntgegeben worden war. Es hätte nahegelegen, daß der Siebener-Ausschuß sich wieder gemeldet hätte. Wir fragen: Kann der Zeuge oder vielleicht Herr v. Bergen bekunden, daß Herr Erzberger soweit informiert war, daß es durch ihn nicht zu einer Aktion im Siebener-Ausschuß kam?

(Abg. *Dittmann:* Im Protokollbuch meiner Partei steht nichts darüber!)

Um so dringender muß die Frage an die Zeugen aus der Regierung, unter Umständen an Herrn v. Bergen gestellt werden, wie es kam, daß Erzberger plötzlich so beruhigend wirken konnte. Die Frage ist auch deshalb für uns wichtig, weil der Anschein erweckt wurde, als ob er von der Kurie unterrichtet wurde. Ich möchte diese Vermutung nicht unwidersprochen in die Welt gehen lassen — Herr v. Kühlmann hat den Takt der Kurie schon betont —: es liegt kein Beweis dafür vor, daß der Nuntius oder eine kuriale Persönlichkeit Herrn Erzberger unterrichtet hat. Ich frage: gibt es einen Briefwechsel im Auswärtigen Amt oder in der Reichskanzlei, der beweist, daß vielmehr umgekehrt auf Veranlassung eines hohen Kirchenfürsten Ende 1915 Reichskanzler v. Bethmann Hollweg ersucht wurde, Vorsicht walten zu lassen in bezug auf die Reisen des Abgeordneten Erzberger besonders nach Österreich?

(Erregte Zwischenrufe.)

Zeuge Dr. *v. Kühlmann:*

Ich kann zu der Frage aus eigenem Wissen wesentliches nicht beitragen. Wie ich ausgeführt habe, beschränkte sich in der Zeit, um welche die Untersuchung sich dreht, mein Verkehr mit Persönlichkeiten des Parlamentes auf gelegentliche vertrauliche Aussprachen. Ich habe mit Erzberger im allgemeinen über die dem Siebener-Aus-

schuß vorliegenden Fragen, wie ich aus der Verlesung der Tagebuch-Notizen des Herrn Abgeordneten Scheidemann wieder gehört habe, gesprochen und habe ihm wohl gesagt, daß ich als letztes Ziel die Freigabe Belgiens nachdrücklich als Mittel, zum Frieden zu kommen, verfolge. Über das Maß der Intimität Erzbergers zu der Kurie kann ich nichts aussagen. Daß ihm vom Auswärtigen Amt die wichtigsten und vertraulichsten Schriftstücke privatim vorgelegt worden wären, glaube ich bestimmt nicht annehmen zu können, weil ich nicht glaube, daß das ohne meine Billigung geschehen wäre. Man ist in dieser Hinsicht nicht an mich herangetreten und ich habe nichts veranlaßt. Aber es gibt ja viele Informationsmöglichkeiten, und man kann über die generale Tendenz eines Schriftstücks informiert sein, ohne es zu kennen. Ich glaube, in dem Gutachten des Herrn Sachverständigen Abg. Dr. Bredt liegt eine Äußerung vor, Erzberger habe wichtige Schriftstücke nicht gekannt.

(Zuruf des Abg. Dr. *Bergsträßer:* Den Brief vom 24. September!)

Abg. Dr. *Spahn:*

Hat die Antwort der Österreicher auf die Papstnote auf die deutsche Antwort Einfluß ausgeübt? Graf Czernin hat seine Antwort nach der Rücksprache mit Ihnen gemildert. Es war auch die Rede davon, daß die Erklärung des Kaisers Karl über das Trentino ernüchternd auf die Kurie gewirkt habe. Ist irgendwie eine Fühlungnahme zwischen den Regierungen erfolgt oder ist man unabhängig voneinander vorgegangen?

Zeuge Dr. *v. Kühlmann:*

Wir haben uns sofort nach Empfang der Note mit den Verbündeten in Verbindung gesetzt, zunächst in dem Sinn, daß wir anregten, die Verbündeten möchten nach gemeinsamen Richtlinien antworten. Die Anregung wurde aufgenommen, und es ist ein dauernder Gedankenaustausch in Gang gewesen. Insbesondere mit dem Grafen Czernin haben fortwährende Fühlungnahmen stattgefunden. Die Frage bezieht sich wohl auf den vom 28. August datierten Bericht des deutschen Botschafters Grafen Wedel aus Wien, in welchem dieser ausführt, der Nuntius in Wien habe ihm erklärt, dadurch, daß Kaiser Karl jede Abtretung im Gebiet von Trient abgelehnt habe, sei die päpstliche Friedensdemarche zur Hoffnungslosigkeit verurteilt. Es ist klar, daß eine solche Meldung zur weiteren Vorsicht mahnte. Ein Staatssekretär des Auswärtigen Amtes wird nachdenklich werden über den Erfolg im ganzen angesichts einer solchen Meldung.

Abg. Dr. *Spahn:*

Wenn der Siebener-Ausschuß nicht unterrichtet wurde über den Brief vom 24. September: hat dabei mitgespielt die Unterscheidung, die zwischen der päpstlichen Friedensvermittlung und dem englischen Friedensfühler der Ritter v. Lama macht? Dieser sagt, bei der

päpstlichen Friedenskundgebung habe es sich um eine schöne Geste gehandelt, die nur als Kulisse dafür diente, daß England unbemerkt einen Friedensfühler an uns richten konnte. Dann bestände ein Unterschied zwischen der päpstlichen Friedensaktion und dem rein diplomatischen Schreiben vom 30. August, durch das die Verbindung zwischen Deutschland und England in Gang kommen sollte und mit dem sich die Kurie auf die Rolle des Briefträgers beschränkte. Hat das Auswärtige Amt Gründe für eine Vermutung in dieser Richtung gehabt und etwa deshalb mit zwei verschiedenen Schreiben geantwortet?

Zeuge Dr. *v. Kühlmann:*

Ich glaube, daß man die beiden Dinge nicht trennen kann. Ich habe die Schrift des Herrn v. Lama zu meinem Bedauern nicht gelesen. Daß bei dem Friedensschritt der Kurie die Hoffnung eine Rolle gespielt hat, eine Verbindung zwischen Deutschland und England herzustellen, halte ich für sicher. Die Kurie mußte wissen, daß, wenn überhaupt ein Mitglied des Ententebundes dem Frieden geneigt sein konnte, dafür nur England in Betracht kam. Ich habe im 2. Unterausschuß davon gesprochen, ob wir vermuten konnten, daß die deutsche Haltung eine englische Friedenspartei entmutigen würde. Ich wiederhole aber, daß durch das Dazwischentreten der französischen Regierung jede Hoffnung auf Erfolg des päpstlichen Schrittes abgeschnitten war. Ich glaube nicht, daß irgendein Vorwurf gegen die deutsche Diplomatie aus der Behandlung der Papstnote abgeleitet werden kann.

Abg. Dr. *Spahn* (an den Sachverständigen Abg. D. Dr. Dr. Bredt gewendet):

Wollen Sie nicht zugeben, daß sich aus der Vernehmung die Unrichtigkeit Ihrer gegen die deutsche Regierung von damals erhobenen Vorwürfe ergeben hat?

Sachverständiger Abg. D. Dr. Dr. *Bredt:*

Ich habe nicht die Überzeugung gewonnen, daß irgend etwas von meinen Thesen umgeworfen ist.

Abg. *Joos:*

Herr Professor Spahn hat großen Wert gelegt auf eine Beruhigungsaktion, die von Erzberger ausgegangen sei. Ich möchte die Herren fragen, insbesondere vom Siebener-Ausschuß, ob Ihnen etwas von einer solchen Aktion bekannt ist.

Abg. *Scheidemann:*

Auf mich hat er nicht beruhigend eingewirkt.

Abg. Dr. *Bergsträßer:*

Ich will einmal die vom Abg. Spahn angenommene Beruhigungsaktion als richtig unterstellen, ohne auf alles andere, was Herr Spahn gesagt hat, einzugehen, weil ich es einem Toten gegenüber für unmöglich halte. Ich möchte dann fragen: Ist diese Beruhigungsaktion

des Abg. Erzberger nicht etwa damit zu erklären, daß innerhalb dieser ganzen Verhandlungen zwar die Kurie ihre Antwort an England nicht gegeben hat in Kenntnis des Briefes vom 24. September 1917, sondern daß die Kurie, wie Herr v. Kühlmann als Möglichkeit angedeutet hat, durch andere Kanäle aus Deutschland Mitteilungen bekommen hat, die die Kurie darin bestärkt haben, die offizielle Antwort so aufzufassen, als ob darin die vollständige Antwort über Belgien, wie die Kurie sie wollte, gegeben gewesen sei. Welche derartigen Informationen etwa gegeben worden sind, weiß ich nicht. Unsere Schwierigkeit als Fragende beruht darin, daß Sie (zum Zeugen gewendet) die Akten kennen und wir nicht. Wir stoßen also manchmal in den Nebel. Es lag in einer Äußerung von Herrn Bredt, daß in München der damalige Ministerpräsident Graf Hertling erwogen habe, ob nicht die Kurie dahin informiert werden könne, daß der Kurie suggeriert würde, sie müsse die deutsche Antwortnote so auffassen. Ich wollte fragen: Sind etwa von der Regierung derartige Schritte getan worden, oder kommen nur andere Kanäle in Betracht?

Zeuge Dr. *v. Kühlmann:*

Für den ersten Teil möchte ich antworten, daß eine Beruhigungsaktion des Abgeordneten Erzberger, von der Herr Scheidemann, wie er selbst sagt, nichts gespürt hat, wohl kaum vorhanden gewesen sein kann.

Die zweite Frage kann ich präzis nicht beantworten. Ich habe gesagt: Es bestanden viele Kanäle. Es ist möglich, daß Graf Hertling einer davon gewesen ist. Er war Vorsitzender des Ausschusses des Bundesrats für auswärtige Angelegenheiten, war also eine dieser zahlreichen Stellen, mit denen wir pflichtgemäß dauernd Fühlung halten mußten. Ich kann mich nicht erinnern — in solchen bewegten Tagen gehen tausende Dinge durcheinander — ob Graf Hertling bei mir gewesen ist und ich ihm sagte: wir stehen fest auf der Kompaßlinie des Verzichtes auf Belgien, es ist also kein Grund zur Beunruhigung. Ebenso habe ich dem Grafen Czernin gesagt, daß wir in der belgischen Frage fest bleiben wollen. Das kann auch ein Kanal gewesen sein. Es ist unmöglich zu wissen, aus wieviel Steinen sich das Mosaik zusammensetzt, durch das das Bild einer Politik bestimmt wird.

Abg. Dr. *Bergsträßer:*

Graf Hertling hat die Überzeugung gehabt, die offizielle Antwort an die Kurie ist trotz Berufung auf die Friedensresolution des Reichstages nicht die Antwort, die die Kurie primär verlangt hat. Sonst hätte Hertling eine Suggestion an Gasparri für nötig gehalten. Sie, Herr von Kühlmann, haben gesagt: Wenn wir die Möglichkeit gehabt hätten — die aber nicht gegeben war — den Siebener-Ausschuß ganz klar darüber zu informieren, daß unsere offizielle Antwort an den Papst tatsächlich in bezug auf Belgien nicht die von

der Kurie gewollte Erklärung völlig enthielt, dann hätten wir diese Information an den Siebener-Ausschuß völlig gegeben. . . .

Zeuge Dr. *v. Kühlmann* (unterbrechend):

Die Sache wird etwas scholastisch. Die Mitteilung an den Siebener-Ausschuß, welche die vertrauliche Korrespondenz . . .

Abg. Dr. *Bergsträßer:*

Ich meine die Mitteilung, die dem Siebener-Ausschuß gemacht wurde in bezug auf die offizielle deutsche Note an den Papst. Diese offizielle Antwort hat Graf Hertling so aufgefaßt, daß sie nicht die vollständige Erklärung hinsichtlich Belgiens enthalte.

Zeuge Dr. *v. Kühlmann:*

Ich nehme an, daß das eine Einwirkung des Nuntius auf Hertling war, der Nuntius hatte wohl die Weisung, alles von uns zu extrahieren, was er konnte. Wir konnten aber die gewünschte Erklärung damals nicht abgeben.

(Sachverständiger Abg. D. Dr. Dr. *Bredt:* Der Nuntius hat das Hertling sofort mitgeteilt.)

— Der Nuntius wollte die Autorität des Grafen Hertling einspannen. Ich nehme an, daß unsererseits dem Grafen Hertling vertraulich wie dem einen oder anderen Mitglied der Mehrheitsparteien gesagt worden ist: Wir können aus gewissen Gründen dem Drängen der Nuntiatur auf Erteilen einer öffentlichen Antwort nicht nachgeben. Können Dir aber versichern, daß wir grundsätzlich auf dem Standpunkt stehen, den der Heilige Stuhl wünscht.

Abg. Dr. *Bergsträßer:*

Nun haben Sie gesagt: wenn wir die Möglichkeit gehabt hätten, den Siebener-Ausschuß ganz klar zu informieren, daß unsere Antwort dem, was die Kurie will, nicht ganz entspreche, dann hätten wir es getan. Die Tatsache, daß der Siebener-Ausschuß die Überzeugung haben mußte, daß die Antwort der Erwartung der Kurie entspreche, während das nicht der Fall war, steht also fest.

Zeuge Dr. *v. Kühlmann:*

Unsere Antwort war nicht alles, was die Kurie wollte, aber sie war, wie aus dem späteren Briefwechsel der Kurie mit England hervorgeht, ein wesentlicher Teil dessen, was die Kurie wollte. Man kann in so schweren Zeiten nicht mit 100 % bezahlen.

Abg. Dr. *Bergsträßer:*

Ich wollte das unterstreichen: es waren nicht die 100 %. Der Siebener-Ausschuß mußte aber der Meinung sein, es seien die 100 % und Sie waren nicht in der Lage, den Siebener-Ausschuß zu informieren, daß die Antwort nicht genügend schien.

Zeuge Dr. *v. Kühlmann:*

Weil es sich um Stücke einer vertraulichen Korrespondenz handelte, aus der man keine Teile herausgreifen konnte. Außerdem hemmte der Beschluß des Kronrates.

Abg. Dr. *Bergsträßer:*

Darauf kommt es mir an, weil diese Diskrepanz, die ich als zwangsläufig annehme, nachher sehr bedeutsame Folgen gehabt hat in bezug auf die Haltung der Parteien.

Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp:*

Ich möchte dazu bemerken, daß nach der Rede Erzbergers in der Nationalversammlung er der Auffassung war, daß die deutsche Antwortnote klipp und klar die „Annahme" des päpstlichen Vorschlages bedeute.

Abg. *Dittmann:*

Er war also nicht im Bilde.

Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp:*

Ich breche die Vernehmung ab, danke den Herren Zeugen für ihre Mitarbeit und bitte, die Ergebnisse der Vernehmung während der Weihnachtsferien weiter zu bearbeiten.

## Sitzung, Donnerstag, den 20. Januar 1927

### Fortsetzung der Aussprache über das Gutachten des Sachverständigen Abgeordneten D. Dr. Dr. Bredt „Der Deutsche Reichstag im Weltkrieg" und die dazu erfolgten Vernehmungen

Vorsitzender Abg. *Dr. Philipp:*

In der Sitzung vom 14. Dezember 1926 hatte ich das Ergebnis der Prüfung der Akten betreffend die päpstliche Friedensaktion mitgeteilt. Dabei ist im ersten Satz gesagt, daß die Darstellung des Sachverständigen Prof. Bredt in den Akten „im wesentlichen" ihre Bestätigung finde. Um einer irrtümlichen Auslegung des Begriffes „im wesentlichen" vorzubeugen, erkläre ich:

„Im wesentlichen" bedeutet keine Einschränkung der Richtigkeit der Bredtschen Behauptungen über den Eindruck des Entwurfs der Note auf den Kardinalstaatssekretär, sondern lediglich, daß im Hinblick auf den Mangel an Aktenunterlagen bei Abfassung des Bredtschen Artikels eine absolute Gewähr für die Richtigkeit jeder einzelnen Wendung Bredts nicht übernommen werden kann.

Der Abg. Dr. Werner, der sich im Sommer 1926 zum Wort gemeldet hatte, hat inzwischen als „Altparlamentarier" in einem Schriftsatz seine Ausführungen niedergelegt; sie wurden dem Verhandlungsberichte angefügt [1]).

---

[1]) Vgl. Bd. 7, I, S. 395 ff. dieser Reihe.

Zu dem Gutachten des Sachverständigen Abg. D. Dr. Dr. Bredt und der bisherigen Erörterung darüber habe ich selbst Folgendes auszuführen:

## Inhalt

Seite
1. Allgemeines . . . . . 151
2. Die Vorbereitung des parlamentarischen Systems . . . . . 154
3. Der Verfassungsausschuß des Reichstags . . . . . 157
4. Die preußische Wahlrechtsfrage . . . . . 163
5. Die deutsche Friedensentschließung vom 19. Juli 1917 . . . 167
6. Die päpstliche Friedensaktion . . . . . 170
7. Die deutsche Ostpolitik . . . . . 176

### *1. Allgemeines*

Die parlamentarische Untersuchung über das Verhalten des deutschen Reichstages im Weltkriege, die den 4. Unterausschuß während der Sommermonate 1926 in Anspruch genommen hat, ist jetzt zu einem Teilabschlusse gekommen. Über die Notwendigkeit einer solchen Untersuchung herrscht heute volle Übereinstimmung. Auch die Stimmen, die unsere Arbeiten über diesen Gegenstand aus den verschiedensten Gründen früher nicht für notwendig oder zweckmäßig erachtet haben, sind heute verstummt. Ich stelle das persönlich mit einer gewissen Genugtuung fest. Als bei früheren Verhandlungen unseres Unterausschusses von mir angeregt wurde, auch die Zusammenhänge zwischen „Reichstag und Zusammenbruch“ zu untersuchen, fand dieser Vorschlag keine Beachtung oder kühle Ablehnung. Deswegen mußte ich mich damals darauf beschränken, auf die Notwendigkeit einer Prüfung der heute behandelten wichtigen Fragen hinzuweisen. Das ist geschehen in meiner Stellungnahme zu dem Entwurfe einer „Entschließung über die Ursachen des deutschen Zusammenbruchs im Jahre 1918“, den der damalige Berichterstatter des Ausschusses Abg. Dr. Deermann abgefaßt hatte[1]), und in meinem „Entwurfe einer Entschließung zur sogenannten Dolchstoßfrage“[2]), der ebenfalls aus dem Frühjahr 1924 stammt. Erfreulicherweise hat sich der Unterausschuß während seiner Verhandlungen Anfang 1925 entschlossen, diese Lücke in seinen Untersuchungen zu füllen, und dank der eifrigen Arbeit des ursprünglich für diesen Gegenstand bestellten Berichterstatters und späteren Sachverständigen Abg. Dr. Bredt ist es gelungen, für diese Teiluntersuchung in dessen ausführlichem Gutachten eine geeignete Grundlage zu finden, die für den Zweck der parlamentarischen Untersuchung geradezu zugeschnitten erscheint.

[1]) Vgl. Bd. 1, S. 293 ff. dieser Reihe.
[2]) Vgl. Bd. 4, S. 52 ff. dieser Reihe.

Über den Wert der parlamentarischen Untersuchung überhaupt sind in Deutschland die Meinungen sehr geteilt. Da die parlamentarische Untersuchung nach dem bestehenden Staatsrecht einen wesentlichen Bestandteil des parlamentarischen Systems bildet, ist es verständlich, daß alle diejenigen politischen Gruppen, die Gegner des parlamentarischen Systems sind, von vornherein dazu neigen, den parlamentarischen Untersuchungsausschüssen insgemein kritisch oder feindlich gegenüberzustehen. Das hat unser Unterausschuß zur Genüge am eigenen Leibe erfahren. Historisch möchte ich hierzu auf Folgendes hinweisen:

Die parlamentarischen Untersuchungsausschüsse, die wir seit 1919 in Deutschland erlebt haben, sind mit derartig verschiedenen Aufgaben betraut gewesen, daß es unmöglich ist, über sie ein allgemeines Verdammungsurteil zu fällen. Es ist ein Unterschied, ob eine parlamentarische Untersuchung stattfindet, um irgendwelche Maßnahmen der Regierung oder von Regierungsstellen nachzuprüfen oder ob es sich darum handelt, die Handhabung der Rechtsprechung kritisch zu prüfen oder ob geschichtliche Schuldfragen zu untersuchen sind. Wenn letzteres der Fall ist, wie bei unserem Untersuchungsausschusse, wird die Erforschung der Wahrheit durch das Parlament naturnotwendig — trotz eines zweifellos vorhandenen politischen Anlasses für die Einsetzung des Untersuchungsausschusses — sich mehr oder minder von der Tagespolitik entfernen und zur Wissenschaft werden müssen. Und das ist gut so! Es liegt natürlich der Gedanke nahe, solche historisch-politische Untersuchungen ganz dem Parlamente zu entziehen und allein der Geschichtsforschung zu überlassen. Es ist richtig: Das letzte Wort über eine solche Frage wie die „Ursachen des deutschen Zusammenbruchs“ kann nur der Historiker — erst nach gründlichen Quellenstudien — sprechen, und dazu ist der nötige Zeitabstand von den geschichtlichen Ereignissen abzuwarten. Trotzdem hat der Untersuchungsausschuß, auch nachdem der ursprüngliche Zweck, der zu seiner Einsetzung geführt hat[1]), entfallen ist, die ihm gestellte Aufgabe einer historischen Schulduntersuchung zu lösen versucht. Es ist das nicht geschehen, um irgendwie die Ereignisse der wissenschaftlichen Forschung vorweg zu nehmen, sondern hauptsächlich um die „Feststellungen“ zu machen, für die zurzeit der Wissenschaft die nötigen Hilfs- bzw. Machtmittel fehlen, und die vielleicht später aus technischen Gründen nicht mehr gemacht werden können. Wenn die Geschichtsforschung einmal dazu kommt, die von uns behandelten Fragen wissenschaftlich zu vertiefen, wissen wir nicht, ob der heute verhältnismäßig leicht erreichbare Quellenstoff noch vorhanden oder greifbar ist.

---

[1]) Vgl. Bd. 1, S. 497 dieser Reihe.

Das gilt besonders für den Gegenstand der jetzigen Aussprache. Eine Untersuchung des Verhaltens des deutschen Reichstages im Weltkriege setzt voraus die Mitwirkung derjenigen Männer, die im Weltkriegsreichstage als politische Führer tätig waren. Ihre Heranziehung aber ist eine Aufgabe, für die unser parlamentarischer Untersuchungsausschuß zuständig ist, wie keine andere Stelle. Durch die ohne eigentliche „Vernehmungen" im Sinne der Strafprozeßordnung gemachten freiwilligen Aussagen hervorragender deutscher Politiker der Kriegszeit ist eine Fülle von Tatsachenstoff aus der jüngsten deutschen Vergangenheit herausgeholt worden, der ohne die Arbeit des Unterausschusses wahrscheinlich der wissenschaftlichen Forschung erst später oder teilweise gar nicht zugänglich gemacht worden wäre. Es ist uns gelungen, eine ganze Reihe der führenden Männer des alten Reichstages hier zu Worte kommen zu lassen und damit einen wichtigen Stoff für Politik und Geschichtsforschung zu erschließen, der andernfalls vielfach in großem Umfange daheim in den Schreibtischen liegen geblieben wäre. Wie ich genau weiß, ist für einen der Herren Parteiführer, die hier gesprochen haben, unsere Untersuchung überhaupt erst der Anlaß gewesen, seine Erinnerungen zu sammeln und schriftlich niederzulegen. Unsere, im Sommer 1926 begonnene Umfrage bei den Parteiführern des Kriegsreichstages über ihre Stellung zum Gutachten Dr. Bredts ist jetzt nahezu beendet. Sie bedarf nur noch der Ergänzung durch eine Äußerung des früheren Führers der Nationalliberalen Dr. Stresemann.

Selbstverständlich können die Ausführungen, die wir hier von den Männern des alten Reichstages gehört haben bzw. noch hören, nicht in jeder Hinsicht und nicht in allen ihren Teilen für unsere Untersuchung als gleichwertiger Quellenstoff beurteilt werden. Es lag in der Natur der Dinge, daß die Herren „Altparlamentarier" sich bei ihren Reden nicht bloß auf die Wiedergabe des Tatsächlichen und eigener Beobachtungen beschränkt, sondern auch zahlreiche persönliche Werturteile abgegeben und versucht haben, die eigene Politik und die Politik der eigenen Partei während des Krieges nach Möglichkeit zu rechtfertigen. So ist es erklärlich, daß wir viel von politischen Glaubensbekenntnissen, Parteikundgebungen usw. gehört haben, die für den unmittelbaren Zweck unserer Untersuchung nicht von besonderer Bedeutung sind. Trotzdem möchte ich auch diese Zeugnisse nicht missen, geben sie doch uns und späteren Geschlechtern erstens zuverlässigen Aufschluß über die Gründe für die Kriegspolitik der deutschen Parteiführer, und zweitens bezeugen sie, wie diese Männer heute — im Jahre 1926 — die Ereignisse von 1914—1918 beurteilen bzw. beurteilt wissen möchten.

Für den Fortgang unserer Untersuchung wird es zweckmäßig sein, sich im Rahmen des Gutachtens von Dr. Bredt zunächst an die Bekundungen der Parteiführer über jene Tatsachen zu halten, mit

denen unmittelbar historische Schuldfragen verbunden sind. Um bei der Untersuchung aber weiter vorwärts zu kommen, müssen auch aus der Fülle des ins Ungeheure anwachsenden Stoffes von vornherein alle *die* Dinge ausgeschieden werden, bei denen sich mit Hilfe der parlamentarischen Untersuchung einfach nichts beweisen läßt. Dazu gehören zahlreiche von den Rednern gemachte theoretische Ausführungen, z. B. über die Beziehungen von Politik und Kriegführung; ebensowenig helfen uns weiter vorwärts die zahllosen persönlichen Werturteile über die verantwortlichen Personen. Es sollten ferner bei der weiteren Untersuchung die vielfach gemachten historischen Konstruktionen eingeschränkt werden, soweit sie überwiegend auf bedingten Urteilen aufgebaut sind. Alle Bekundungen solcher Art behalten trotzdem gewissen Wert als Quelle für die zukünftige Forschung; aber auf Grund solcher „Meinungen" entscheidende „Feststellungen" schon jetzt zu machen, wäre verfehlt und würde nur Zeitverlust bedeuten.

Nach einer solchen Sichtung unseres überreichen Beratungsstoffes möchte ich aus praktischen Gründen anregen, weiterhin alle die Fragen bei der Aussprache vorläufig auszuscheiden, die besser im Anschlusse an das ausführliche Gutachten des Sachverständigen Professor Dr. Hobohm über den „Annexionismus im Weltkriege" behandelt werden. Ich werde mich deswegen im folgenden nur an einige klar umrissene Fragen halten, bei denen nach meiner Meinung noch ein Bedürfnis nach Aufklärung besteht und diese vielleicht mit den Mitteln der parlamentarischen Untersuchung beschafft werden kann.

### *2. Die Vorbereitung des parlamentarischen Systems*

Sowohl der Sachverständige Abg. Dr. Bredt wie der Berichterstatter des Unterausschusses über Bredts Gutachten Abg. Dr. Moses behaupten, das parlamentarische System kam, „weil es kommen mußte", und es war unser Verhängnis, daß es zu spät kam. Ich will nicht bestreiten, daß die geschichtliche Entwicklung in Europa im allgemeinen die Linie vom absoluten Königtume über die konstitutionelle Monarchie zum parlamentarischen Systeme genommen hat. Das Deutsche Reich hat aber daneben eine ziemlich selbständige verfassungsgeschichtliche Entwicklung durchgemacht. Daraus geht hervor, daß in Deutschland der Übergang zum parlamentarischen Systeme — geschweige denn während des Weltkrieges — keine historische Notwendigkeit war. Solange der Zufall eine unberechenbare Großmacht in der Weltgeschichte ist, werden auch die schönsten sogenannten „Gesetze" der Verfassungsgeschichte durch die Tücke der Ereignisse über den Haufen geworfen. Mit demselben Recht, wie seinerzeit das parlamentarische System über Deutschland „kommen mußte", müßte uns heute die Entwicklung zum parlamentarisch verkleideten Abso-

lutismus unmittelbar bevorstehen, wie wir ihn in Spanien, Italien und anderwärts erlebt haben. Das parlamentarische System im Deutschen Reiche wurde meines Erachtens als späte Kriegsfrucht nur dadurch möglich, weil es aus Mangel an einem geeigneten *politischen* Führer an der entscheidenden Stelle nicht möglich war, uns mit Zustimmung des Parlaments eine diktatorische Gewalt zu schaffen, wie es in den Ländern unserer Kriegsgegner der Fall war. Wir standen bei uns in bezug auf die politische Führung vor einem verhängnisvollen Leerraum; dieser war als schicksalhafte Tatsache von Anfang an da und wirkte sich mit der Dauer des Krieges immer verhängnisvoller bis zum Zusammenbruche aus. Daß die Anhänger des parlamentarischen Systems diesen politischen Hohlraum, der förmlich nach Füllung mit Willenskraft schrie, auf ihre Weise zu besetzen versuchten, war im Hinblick auf die westeuropäische Umwelt verständlich, aber man übersah hierbei zweierlei:

1. daß die mit Hilfe des parlamentarischen Systems an der Spitze des Reiches erhofften „großen" Männer einfach nicht da waren — das hat auch die Nachkriegszeit rasch erwiesen — und
2. daß jede staatsrechtliche Veränderung im Sinne des Parlamentarismus von weiten Kreisen des In- und Auslandes als Zeichen versiegender Kraft des deutschen Volkes aufgefaßt wurde.

Die „reine" Demokratie, als Lockmittel von außen für Deutschland gefordert, hat ja dann auch beim Zusammenbruche Wunder für unsere Feinde gewirkt.

Es ist deswegen nach meiner Meinung völlig abwegig zu glauben, wie manche der Herren Redner behauptet haben, ein früherer Übergang zum parlamentarischen Systeme hätte uns vor dem inneren Zusammenbruche bewahren können. Hierauf ist folgendes zu erwidern: Auch die parlamentarische Regierungsform schafft an sich keine Übereinstimmung im Parlamente. Das haben wir doch wohl seit 1918 genügend an uns selbst feststellen können. Unendliche Regierungskrisen, immer schwerer werdende Kompromisse, kein einheitlicher Wille, das sind bisher die Kriterien unseres parlamentarischen Regiments. Auch damals wäre über Kriegsziele und Beendigung des Krieges eine Einigung unter den Parteien oder wenigstens eine feste Mehrheit nicht zu erreichen gewesen; äußerlich wurde eine Mehrheit zwar für die Friedensentschließung erzielt, aber jede Partei, die ihr zustimmte, dachte sich schließlich etwas anderes bei dem Wortlaute. Im Kriege können in erster Linie nur der verantwortliche Staatsmann und die O. H. L. Entscheidungen treffen. Daß es an einem starken, verantwortungsvollen, entschlußkräftigen Staatsmann fehlte, war, wie gesagt, unser Unglück. In England und Frankreich hat nicht das Parlament geherrscht, hat nicht das Parlament zur Beendigung des Krieges beigetragen, sondern hier herrschten mit souveräner Gewalt

wie Diktatoren Staatsmänner vom Schlage Clemenceaus und Lloyd Georges. Es ist, was nicht genug unterstrichen werden kann, ein durchaus abwegiger Gedanke, daß wir einen früheren und besseren Frieden durch Einführung des parlamentarischen Regimes hätten erreichen können. Im Gegenteil, die Einführung des parlamentarischen Systems hat nach vieler Meinung, wie der Verlauf der Ereignisse am Kriegsende gezeigt hat, den allgemeinen Zusammenbruch beschleunigt. Zwingend wird sich natürlich in der Frage, ob das parlamentarische System den inneren Zusammenbruch hätte verhindern können, oder im Gegenteile beschleunigt hat, nie etwas beweisen lassen. Gerade hier wird weiterhin Behauptung gegen Behauptung stehen, deswegen kann sich meines Erachtens bei der Behandlung dieser Frage der Ausschuß darauf beschränken, den Tatbestand im einzelnen aufzuklären. Auf die Feststellung eines Gesamturteils über Zusammenbruch und parlamentarisches System wird aber wohl am besten verzichtet werden.

Wieder aus praktischen Gründen schlage ich deshalb vor, in erster Linie die Kräfte und Personen festzustellen, die im Weltkriege in Deutschland zum Parlamentarismus gedrängt und die ihnen günstig erscheinenden militärischen oder inneren Krisen planmäßig benutzt haben, dieses Ziel zu erreichen. Das Schulbeispiel hierfür sind meines Erachtens die Vorgänge bei dem Zustandekommen der Friedensentschließung, die schließlich mit dem anfangs gar nicht gewollten Sturze Bethmanns endeten. Hier waren es — wie die verlesenen Tagebucheinträge des Abgeordneten Scheidemann zeigen — nicht die Vertreter der Linken, die mit der Friedensentschließung den innenpolitischen Systemwechsel zuerst verquickten, sondern dieser Stein ist ins Rollen gebracht worden durch die Parteien der Mitte. Der nationalliberale Abgeordnete Freiherr v. Richthofen ist — nach Scheidemanns Tagebuch — der erste gewesen, der betont hat, daß die „Friedensfrage nicht erörtert werden könnte, ohne daß gleichzeitig ein Personalwechsel eintrete". Als Grund dafür gibt er an — immer nach Scheidemann —: „Einen Frieden mit Bethmann Hollweg und Zimmermann werde das Ausland ablehnen". Von den aus Rücksicht auf das Ausland geforderten „Personalveränderungen" zum Systemwechsel ist aber nur ein Schritt.

Erzberger griff diese Anregung von Richthofens nur zögernd auf; Dr. Stresemann stützte aber seinen damaligen Parteifreund, indem er betonte: „Wir sind kompetent, auch einen Wechsel im Personal zu verlangen." Und ihm schlossen sich dann v. Payer und Erzberger an, so daß — als Nebenfrucht der Friedensentschließung — der Friedenskanzler Bethmann fiel. So liegen die Dinge nach dem Tagebuche von Scheidemann, aber auch die übrigen Umstände sprechen dafür, daß ohne die Friedensaktion des Reichstages im Sommer 1917 der Abgang Bethmanns sicherlich nicht erfolgt wäre. Eine Mitschuld an diesem Ereignisse trägt daher die Reichstagsmehrheit der Friedensentschließung

auch dann, wenn sie sich beim Sturze nur als Werkzeug der O. H. L. hätte gebrauchen lassen. Wie mir erwiesen erscheint, ist das eigene Machtstreben wenigstens bei den Parteien der Mitte neben dem Verlangen nach Frieden bei der Linken und den ihr nahestehenden Kreisen der entscheidende Beweggrund für die ganze Aktion gewesen. Die Rücksicht auf den Wunsch der O. H. L, Bethmann zu beseitigen, hat dabei als willkommener Vorwand für die ganze Aktion gedient.

Kennzeichnend für die damalige völlig verworrene Lage ist die folgende Nachricht im „Vorwärts" Nr. 186 vom 10. Juli 1917, die in Fettdruck unter der Überschrift „Letzte Nachrichten" gebracht wird:

„Scheitern der Reichtagsaktion?

Wie uns in später Abendstunde mitgeteilt wird, droht die Kriegszielkundgebung des Reichstags an dem unschlüssigen Verhalten der *Nationalliberalen* zu scheitern.

Auch nach dem Ausscheiden der Nationalliberalen würde eine starke Mehrheit für die vereinbarte Erklärung übrig bleiben. Das *Zentrum* erklärt jedoch, seine Zustimmung zu ihr von der Mitwirkung der Nationalliberalen abhängig zu machen.

Unabhängig von dem Schicksal der geplanten Kundgebung werden die Bestrebungen zur *Parlamentarisierung* der Regierung weiter fortgesetzt. Die Nationalliberalen zeigen an ihnen lebhaftes Interesse, da ein sehr starker Teil der Fraktion einen Personenwechsel an der höchsten verantwortlichen Stelle für unbedingt notwendig hält."

Die Pressenotiz zeigt deutlich, wie das Schicksal der Friedensentschließung und damit der Reichskanzlerschaft Bethmanns bei den Parteien der Mitte lag, die vom parlamentarischen Systeme die Rettung Deutschlands erhofften.

### *3. Der Verfassungsausschuß des Reichstags*

Es kann kein Zweifel bestehen, daß der Verfassungsausschuß, der lediglich unter dem Drucke der Linken und der Mitte des Reichstages von der Regierung widerwillig bewilligt war, von ihr nach Möglichkeit kaltgestellt wurde. Es zeigte sich hier wie bei allen anderen Maßnahmen die zwangsläufige Halbheit in dem Verhalten der Regierung. Sie macht nach links Zugeständnisse, will es aber dabei vermeiden, die Rechte noch mehr zu brüskieren, wie es durch die Genehmigung des Verfassungsausschusses schon der Fall war. Die teilweise vom Abg. Scheidemann behandelten Vorgänge in dem Verfassungsausschusse des Reichstages waren für diese Einstellung der Regierung bezeichnend und für das Verhalten der Regierungen in den Einzelstaaten gegenüber ihren Landtagen richtunggebend. Es zeigte sich überall in Deutschland ein Hin- und Her-Verhandeln über die künftige Machtverteilung im Staate.

Dabei hatten nach meinen Beobachtungen im Hinblick auf die „Kriegsgebundenheit“ alle Teile das Gefühl und teilweise auch den Wunsch, daß nicht viel dabei herauskommen würde bzw. sollte. Das war z. B. regierungsseitig besonders deutlich in Sachsen zu spüren, wo der Minister Graf Vitzthum v. Eckstädt der Not gehorchend die Bildung des Verfassungsausschusses geduldet hatte und dann ohne jede innere Anteilnahme die Dinge laufen ließ. Das Scheitern der Arbeiten in fast allen Verfassungsausschüssen der letzten Kriegszeit ist aber nicht bloß auf den Widerstand der Regierungen des monarchischen Systems zurückzuführen, sondern ebenso auf die Unklarheit der politischen Ziele bei den liberalen Gruppen. Da diese im Reiche und in den Einzelstaaten mit Ausnahme Preußens mit der Linken und dem Zentrum zusammen jederzeit eine Mehrheit bilden konnten, der sich die Regierung letzten Endes doch wohl oder übel hätte fügen müssen, liegt vom Standpunkte der rückwärtigen Betrachtung in dieser Frage für den Verehrer demokratischer Einrichtungen ein Versagen des bürgerlichen Liberalismus auf der ganzen Linie vor. In Sachsen wurde wie im Reiche der Verfassungsausschuß auf einen Antrag der Nationalliberalen hin eingesetzt und in der politischen Mitte mit großen Hoffnungen begrüßt. Die Verhandlungen kamen aber monatelang nicht vom Fleck und versackten in Sachsen, dessen Wahlrecht von der Sozialdemokratie nicht so angefochten wurde wie das preußische, rettungslos über der zuerst behandelten Frage der Reform der Ersten Kammer. Da die Nationalliberalen am Zweikammersystem festhalten wollten, war von vornherein ein schwerer Streitpunkt zwischen den Parteien vorhanden, die zusammen die Einsetzung des Verfassungsausschusses durchgesetzt hatten. In der Öffentlichkeit hatten weite Kreise angesichts der oft recht merkwürdigen Verhandlungen in den verschiedenen deutschen Verfassungsausschüssen sehr bald den Eindruck: Die Liberalen beider Richtungen wollen wohl den Anschein erwecken, als ob sie eine starke Demokratisierung wünschen; innerlich aber widerstreben sie „derzeitig“ einer solchen und sind froh, wenn es gelingt, die formelle Verantwortung für das Scheitern von durchgreifenden Reformen immer wieder auf die Konservativen und die Ersten Kammern abzuschieben. Während die Sozialdemokraten meines Erachtens als Partei überall den ernsten Willen zeigten, durch die Verfassungsausschüsse soviel als möglich an demokratischen Errungenschaften herauszuholen und sicherlich teilweise glaubten, dadurch die Massen in bessere Stimmung zu bringen, haben die Nationalliberalen mit starkem Willen die Reformen gefordert, dann aber nur schüchtern die Reformversuche mitgemacht und bei den wichtigsten Entscheidungen tatsächlich mehr gebremst als vorwärts getrieben. Mit Recht hat Abg. Dr. Bredt öfter die Unsicherheit der Ziele in der deutschen Innenpolitik bei den liberalen Gruppen und dem Zentrum betont und Dr. Moses hervorgehoben, daß, wenn bei der Frage der Neuordnung

auch die Mitte des Reichstages die gleiche Tatkraft wie die Sozialdemokratie gezeigt hätte, der Demokratisierung kein Halt mehr zu bieten gewesen wäre. Die Verhinderung der nach Auffassung von Dr. Bredt und Dr. Moses zu spät erfolgten Demokratisierung ist daher praktisch ebenso die Schuld — wenn von einer solchen überhaupt gesprochen werden soll — der politischen Mittelgruppen wie der Reichsregierung und der Konservativen, denen die ganze neue Entwicklung in jeder Hinsicht verhaßt war. Es liegt also eine Sammelschuld vieler vor, die unmöglich einer bestimmten politischen Gruppe angekreidet werden kann. Ob die Einsetzung des Verfassungsausschusses in Deutschland — wie manche behaupten — den „Anfang der Revolution" bedeutet, ist wieder eine rein akademische Frage, bei der unbeweisbar Meinung gegen Meinung steht. Die Konservativen haben rechtzeitig und eindeutig innenpolitisch in den Verfassungsausschüssen den Anfang vom Ende des alten Staates gesehen. Und historisch ist es unbestreitbar, daß von der Einsetzung des Verfassungsausschusses des Reichstags zu dem Umbau des Reiches im Oktober 1918 und weiterhin zur Revolution eine gerade Linie führt. Daß im Sinne dieser Auffassung auch heute noch aus politischen Stimmungen heraus die Einsetzung eines Ausschusses für Verfassungsfragen als Anfang zu einem Umsturze gedeutet wird, zeigte vor einiger Zeit das Verhalten der jetzigen Linken und Mitte des Reichstages. Als im Jahre 1925 über den Antrag der Deutschnationalen, einen Ausschuß zur Revision der Weimarer Verfassung einzusetzen, abgestimmt wurde, lehnte die Linke diesen mit der Begründung ab, das sei Reaktion und ein Anschlag auf die Republik, und die übrigen Parteien der Weimarer Koalition stimmten diesen Antrag mit nieder.

Alleinige aktive Träger der zielbewußten Entwicklung über Verfassungsänderungen zur reinen Demokratie auf der ganzen Linie waren in den deutschen Parlamenten der Kriegszeit die Sozialdemokraten. Die eifrige Arbeit des Freisinns in der gleichen Richtung war nach meiner Auffassung teilweise überwiegend taktischer Art; sie fand gewöhnlich ihre praktischen Grenzen dort, wo durch die allgemein geforderten demokratischen Errungenschaften die eigene Machtstellung erschüttert werden mußte, wie in den vom Linksliberalismus beherrschten Gemeinden. Der konservative kleinbürgerliche Kommunalfreisinn machte zwar aus Gewohnheit die Bewegung zur reinen Demokratie mit, aber er glaubte — und hoffte — auf die bremsenden Kräfte der Rechtskreise und vielleicht letzten Endes auf das Veto des Monarchen. Nur so ließ sich der angeblichen Stimmung des Volkes nach Demokratie Rechnung tragen und doch gleichzeitig die Erreichung der letzten demokratischen Ziele verhindern, für die man so gern geredet hatte, die man aber vielfach innerlich ablehnte. Auch gewissen sozialistischen Kreisen mögen derartige Gedankengänge nicht immer fern gelegen haben. Das Grollen der revolutionären Bewegung von unten

war für manchen sozialistischen Politiker einerseits wohl der Ansporn, durch Verfassungsreformen Schlimmerem vorzubeugen, aber andererseits auch eine Quelle der Furcht, daß die durch die allzu rasche Einführung der Volldemokratie von unten heraufbeschworenen Geister die zur Zeit in der Sozialdemokratie regierenden Männer in ihrer Machtstellung ablösen könnten. So entstand selbst bei manchen sozialistischen Führern jene aus der „Kriegsgebundenheit", von der der Abgeordnete David sprach, verständliche „gemischte Stimmung", aus der heraus zwar draußen im Volke durch Hinweis auf die Arbeiten der Verfassungsausschüsse die Hoffnungen auf volle Demokratie genährt wurden, während bei der parlamentarischen Arbeit die Hemmungen der radikalen Reformen oft nicht ungern gesehen und noch häufiger zugelassen wurden.

Ich will damit an dem reinen Willen zur Demokratie bei keinem sozialistischen Führer irgendwelche Zweifel erheben, sondern nur zum Ausdruck bringen, daß auch bei ihnen eine plötzliche Umstellung des Staates zur Demokratie während des Krieges vielfach als nicht ungefährlich anerkannt oder zum mindesten empfunden wurde. Das ist auch von der anderen sogenannten „reaktionären" Seite mehrfach vermutet worden. Ich verweise hierzu auf einen Vorgang während unserer Verhandlungen im Sommer 1925. Damals hat der Abgeordnete Scheidemann an einen Zwischenfall im Verfassungsausschusse des Reichstags erinnert. Er bemerkte, daß die Reichsregierung die Verhandlungen dort „in jeder Hinsicht sabotiert" habe, und berichtet dann Folgendes: Der Verfassungsausschuß habe zu Beginn einer Sitzung auf den preußischen Kriegsminister v. Stein gewartet. Auf die Frage des Vorsitzenden (Abgeordneten Scheidemann) an den Staatssekretär Dr. Lewald, ob noch länger gewartet werden solle, habe dieser erklärt: „Glauben Sie doch nicht, daß er (Stein) kommt. Er kommt einfach nicht, weil er nicht will." Da ich die Äußerung des als sehr geschickt bekannten Staatssekretärs in dieser Form für unwahrscheinlich hielt, habe ich mich an Dr. Lewald brieflich um Aufklärung gewendet und einen kurzen Bericht vom 8. November 1926 über den Vorfall erhalten. Die Mitteilungen Lewalds halte ich für die ganze Beurteilung der Verhandlungen des Verfassungsausschusses des Reichstages nicht für unwichtig und bringe sie deswegen zum Vortrag. Dr. Lewald schreibt:

„Während der Verhandlungen des Verfassungsausschusses, dem ich in der Regel als *einziger* wortführender Regierungsvertreter beiwohnte, hatten sich zwischen dem Vorsitzenden, Herrn Abgeordneten Scheidemann, und mir „burgfriedliche" Beziehungen herausgestellt, die zu vertraulichen persönlichen Bemerkungen häufiger Anlaß gaben, da ich regelmäßig an seiner rechten Seite saß.

Ich entsinne mich dessen nicht, halte es aber für sehr wohl möglich, daß ich Herrn Scheidemann auf seine an mich *privatim*

gerichtete Frage, ob der Kriegsminister v. Stein zur Sitzung des Verfassungsausschusses kommen würde, geantwortet habe, „das glaube ich nicht, er wird keine Lust haben zu kommen", oder etwas Derartiges. Es ergab sich dies aus der damals herrschenden Situation, die es für den Kriegsminister überaus schwierig und peinlich gemacht hätte, ohne die Mehrheit des Verfassungsausschusses zu verletzen, eine Erklärung abzugeben, daß an die Änderung der Kommandogewalt des Kaisers während des Krieges nicht herangegangen werden könne.

Wenn Herr Scheidemann derartige, in der Privatunterhaltung gefallene Bemerkungen in dem Untersuchungsausschusse wiedergibt, so möchte ich dafür an ein mir deutlich im Gedächtnis haftendes Wort von Herrn Scheidemann erinnern; ihm war, wie ich glaube, von Herrn Unterstaatssekretär Wahnschaffe, im Auftrage des Reichskanzlers von Bethmann Hollweg die dringende Bitte ausgesprochen, um Schwierigkeiten zu vermeiden, doch die Erörterung der Kommandofrage des Kaisers, die ein sehr heißes Eisen wäre, möglichst zurückzustellen. Das hat Herr Scheidemann getan. Bei einem Verhandlungsabschnitt erklärte er, die Erörterung dieser Frage müsse solange zurückgestellt werden, bis der Abgeordnete Gröber, der erkrankt sei und das Referat für sie übernommen habe, wieder in der Kommission erscheinen könne, und zu mir gewandt fügte Herr Scheidemann hinzu: *„Na, habe ich das nicht fein gemacht? Sie werden mit mir zufrieden sein."* Es liegt mir fern zu behaupten, daß Herr Scheidemann damit etwa die Verhandlungen des Verfassungsausschusses absichtlich aufgehalten hat. Aber wenn er private Unterhaltungen als Beweis anführt, möchte ich mit dieser Angabe doch nicht zurückhalten und stelle Ihnen anheim, hiervon jeden gewünschten Gebrauch zu machen.

Im übrigen würde es doch wohl zweckmäßig sein, wenn der Untersuchungsausschuß bei der Befassung mit dem Verhalten der Regierung im Verfassungsausschuß *mich* befragen wollte, evtl. auch meinen damaligen Hauptreferenten, den Ministerialdirektor im Sächsischen Staatsministerium Dr. Schultze, der allen Verhandlungen ebenso wie ich beigewohnt hat."

Der Ausschuß wird, wenn er die Tätigkeit des Verfassungsausschusses des Reichstages näher kennenlernen will, vielleicht auf die letzte Anregung des Staatssekretärs a. D. Dr. Lewald zurückgreifen müssen. Vorläufig kommt es mir darauf an, an diesem Falle zu zeigen, wie bei den Beratungen des Verfassungsausschusses eine Hemmung entstanden ist und was für „Auffassungen" der Lage im Anschluß daran bei den verschiedenen Teilnehmern entstanden sind. Der Abgeordnete Scheidemann, dem Staatssekretär Dr. Lewald seinen Briefwechsel mit mir zur Kenntnis gegeben hat, bestreitet es, die für seine ganze Einstellung zu den Dingen wichtige Äußerung getan zu haben,

er habe Anerkennung für die Verzögerung der Beratungen über die kaiserliche Kommandogewalt verdient. Herr Abgeordneter Scheidemann hat mir seine Antwort auf den an mich gerichteten Brief Dr. Lewalds mitgeteilt und mich „ausdrücklich" schriftlich ermächtigt, sein Schreiben „beliebig zu verwenden". Ich halte es deswegen für notwendig, auch den Brief Scheidemanns an Lewald soweit zur Verlesung zu bringen, als er die von mir angeschnittene Frage berührt. Herr Abgeordneter Scheidemann hat am 11. November 1926 an den Staatssekretär a. D. Dr. Lewald geschrieben:

„Ich lege Wert darauf, Ihnen sagen zu können, daß ich in der Sitzung des Untersuchungsausschusses[1]), auf die Herr Dr. Philipp hinweist, provoziert durch den Berichterstatter, lediglich Bezug genommen habe auf Stellen meines vor sechs Jahren erschienenen Buches, das Ihnen, wie Sie mir selbst gesagt haben, bekannt ist. Es mußte mir damals darauf ankommen, das Verhalten des Kriegsministers zu kennzeichnen, weil er sein Fernbleiben vom Verfassungsausschuß im Plenum des Reichstags mit der m. E. wenig kriegerischen und unrichtigen Behauptung zu erklären suchte, er sei nicht eingeladen worden. Da Sie, bzw. Ihr Amt, die Einladungen an das Kriegsministerium zu besorgen hatten, ist mein Hinweis auf Ihre mir gegebene Erklärung gewiß nicht unstatthaft gewesen.

Wenn Sie jetzt, nachdem Herr Philipp sich an Sie gewandt hat, Ärgernis an dem Hinweis nehmen, so bedaure ich das. Daß Sie aber in demselben Augenblick, in dem Sie von der Unzulässigkeit Ihrer Anrufung als Zeuge gegen einen Dritten, der vor versammeltem Reichstag unrichtige Angaben gemacht hatte, sprechen, viel Schlimmeres tun, überrascht mich. Immerhin würde ich an der Tatsache, daß Sie nunmehr — nach etwa 9 Jahren — auch von mir angeblich geäußerte Worte zitieren, ein Ärgernis nicht nehmen, wenn Sie einwandfrei Richtiges zitiert hätten. Das tun Sie leider nicht. Daß der Abgeordnete Gröber als Berichterstatter in kritischen Tagen des Verfassungsausschusses tatsächlich krank war, ist bekannt. Daß ich mit Gröber im Krankenhaus eingehend über die Behandlung der von ihm mit besonderer Sorgfalt bearbeiteten Gegenstände verhandelt habe, ist Ihnen wohl nicht bekannt geworden. Es ist mir wohl erinnerlich, daß ich einmal eine (auch dem Reichskanzler und seinem Unterstaatssekretär erwünscht gewesene) Umstellung der Tagesordnung unter Hinweis auf Gröbers Erkrankung angeregt und begründet habe. Absolut unrichtig, ja vollkommen unmöglich aber ist, daß ich zu Ihnen gesagt haben könnte: ‚Sie werden mit mir zufrieden sein!' Das kann sich hier nur um einen Irrtum auf Ihrer Seite handeln, denn ich war meines Wissens niemals in der Lage, den Wunsch zu hegen, daß Sie mit

[1]) Vgl. Bd. 7, I, dieser Reihe S. 281.

mir zufrieden sein möchten. Dagegen bestätige ich gern, daß ich mit Ihnen, der Sie uns allen, besonders 1917, als politischer „Bremser" ein sehr unangenehmer Zeitgenosse waren, sehr zufrieden gewesen bin, als Sie 1918 den Volksbeauftragten Ihre große Arbeitskraft ebenso loyal und bereitwilligst zur Verfügung stellten, wie vor dem Zusammenbruch dem alten Regime."

### *4. Die preußische Wahlrechtsfrage*

Die preußische Wahlrechtsfrage hat als Gegenstand politischer Auseinandersetzungen zweifellos einen ungünstigen Einfluß in der Entwicklung zum Zusammenbruche ausgeübt. Insgemein ist aber nach meiner Meinung ihre Bedeutung überschätzt worden. Die Fronttruppen standen nach meiner Beobachtung eigentlich überall dieser Frage ziemlich teilnahmslos gegenüber. Wer jeden Augenblick vor dem Feinde sein Leben einbüßen konnte, hatte seine Gedanken auf andere Dinge gerichtet. Da der Wahlrechtsstreit aus dem Frieden mit in die Kriegszeit übernommen wurde, war es begreiflich, daß er während des Krieges nicht auf die Dauer ausgeschaltet werden konnte. Wieder aufgegriffen wurde der Streit von jenen Kreisen der Heimat, die den Kriegszustand ausnutzen wollten, um innenpolitisch ihre Macht zu stärken. Entscheidend hierfür war für viele neben parteipolitischem Machthunger und der Freude am inneren Kampfe auch das Mißtrauen: bei erfolgter Beendigung des Krieges werde sich die Regierung an ihr Wahlrechtsversprechen nicht halten, sondern es werde erbarmungslos die „Reaktion" einsetzen. Die agitatorisch viel ausgenutzte Behauptung von dem zu erwartenden Wortbruche des Kaisers und der preußischen Regierung in der Wahlrechtsfrage entbehrt jeder Begründung.

An dem guten Willen des Kaisers, auf breitester Grundlage ein allgemeines Wahlrecht für Preußen zu schaffen, besteht kein Zweifel. Die nach den Mitteilungen des Abgeordneten Fischbeck[1]) vom Abgeordneten Kaempf im September 1917 beobachtete Abneigung des Kronprinzen gegen die Einführung des gleichen Wahlrechts in Preußen ist — sofern der Tatbestand richtig ist — auch kein Beweis dafür, daß der Thronfolger in Preußen ein unüberwindliches Hindernis für die Lösung der Wahlrechtsfrage in demokratischem Sinne war. Wenn die von Fischbeck erwähnte, bei derselben Gelegenheit gemachte Erinnerung von Kaempf stimmt, hat damals sogar Herr v. Heydebrand es für sehr schwer gehalten, das gleiche Wahlrecht durch „Bremsen" zu verhindern. Das Verhalten des preußischen Herrenhauses 1918 zeigte ja, daß auch diese verfassungsmäßig verankerte Hauptbremse des preußischen Staates gegen das gleiche Wahlrecht aus Gründen

[1]) Vgl. Bd. 7, I, dieser Reihe S. 382.

der Staatsräson im letzten Augenblick versagte. Der leidenschaftlich aufgebauschte Kampf für das gleiche Wahlrecht in der Heimat und leider auch in der für das Feld bestimmten Presse war unnötig, weil die nahezu 100prozentige Demokratie ohnedies in Anmarsch war. Das zeigt auch deutlich eine mir zur Verfügung gestellte Darstellung des früheren Staatsministers v. Loebell. Ich füge diese samt einer „Ergänzung" als Anlage zu meinen Ausführungen bei[1]). Nach dieser Aufzeichnung hat der als „konservativ" verschriene Herr v. Loebell im Juli 1917 dem Kaiser nach der entscheidenden Sitzung im Kronrate empfohlen, das gleiche und direkte Wahlrecht zu gewähren und mit Hilfe eines solchen königlichen Zugeständnisses durch einen *neuen* Kanzler die für die Kriegführung so nötige innere Festigung herbeizuführen. Die Ironie der Weltgeschichte hat es nun gewollt, daß noch Bethmann vom Kaiser dieses Wahlrechtzugeständnis erhielt und den Tag darauf von *den* Kräften des Reichstages gestürzt wurde, denen er neben der Friedensentschließung auch noch als königliches Opfer das gleiche Wahlrecht zu schenken im Begriffe war. Auch in diesem Zusammenhange liegt hier vom Standpunkt der späteren demokratischen Entwicklung aus eine schwere historische Schuld jener Kreise, die durch den Sturz Bethmanns zu diesem Zeitpunkte die sofortige Wahlreform verhindert haben.

Auf die im Verlaufe der Aussprache über das Gutachten Dr. Bredt zur preußischen Wahlrechtsfrage gemachten kritischen Bemerkungen erwidere ich kurz Folgendes:

Ganz unzutreffend und ungerecht ist die Erklärung des Abgeordneten Landsberg (Bd. 7, I. dieser Reihe, S. 322):

> „Soviel scheint mir aber festzustehen, daß Graf Westarp und seine Freunde fest entschlossen waren, auch nach dem Kriege an den verfassungsrechtlichen Zuständen Preußens und damit Deutschlands nichts zu ändern. (Abg. Dr. Bergsträßer: Auch Herr v. Loebell!) Auch Herr Minister v. Loebell. Er ist ja sogar nach den Akten als Minister ausgeschieden, als die Wahlrechtsvorlage in Preußen eingebracht wurde."

Die Widersinnigkeit dieser Ausführungen geht aus dem von mir eben Gesagten und der Darstellung des Herrn v. Loebell zur preußischen Wahlrechtsfrage und zur sogenannten Neuorientierung klar hervor.

Wenn schon im Herbst 1917 Herr v. Heydebrand — nach Fischbeck — es für unwahrscheinlich hielt, das gleiche Wahlrecht abzubremsen, kann von dem Entschlusse der Konservativen, den verfassungsmäßigen Status quo auf alle Fälle aufrecht zu erhalten, nicht die Rede sein. Abgeordneter Dr. Bergsträßer behauptet (Bd. 7, I. dieser Reihe, S. 229):

---

[1]) S. u. S. 190 ff.

„v. Bethmann Hollweg hat im Dezember 1914 schon den preußischen zuständigen Minister v. Loebell beauftragt, eine Reform auszuarbeiten."

Abgesehen davon, daß der preußische Ministerpräsident verfassungsmäßig gar nicht in der Lage war, den Staatsministern Aufträge zu geben, ist die Auffassung falsch, als ob es erst einer Mahnung des Ministerpräsidenten bedurft hätte, um die Reform vorzubereiten. Herr v. Bethmann war, wie Herr v. Loebell meint, damals so vorsichtig in der Wahlrechtsfrage, daß er noch 1915 abriet, zu früh damit an den Kaiser heranzutreten, um sich keiner Ablehnung auszusetzen. Er beurteilte hierbei den Kaiser falsch, wie aus der Aufnahme klar hervorging, die schon von Loebells erste Denkschrift vom Dezember 1915 bei ihm fand. Diese mußte natürlich auf die Mentalität des Kaisers eingestellt sein und enthielt also kein politisches Glaubensbekenntnis, sondern verfolgte nur den Zweck, dem Kaiser die Notwendigkeit einer Reform klar zu machen und ihn hierfür zu gewinnen. Dieser Zweck wurde voll erreicht.

Herr Abgeordneter Dr. Bergsträßer sagt weiter:

„Das Pluralwahlrecht sollte durchgeführt werden mit Konservativen, Nationalliberalen und Zentrum. Das ist die merkwürdige Diskrepanz, die durch die ganze Arbeit der preußischen Regierung in der Wahlrechtsfrage geht. Sie will auf der einen Seite eine Lösung des Wahlrechts, die eine Annäherung der Sozialdemokratie an die Regierung gebe, und auf der anderen Seite will sie diese Lösung parlamentarisch ohne die Sozialdemokratie machen. Das ist natürlich eine volle Sinnlosigkeit.

Den Freisinn — so steht in der Denkschrift — hofft man durch andere Konzessionen zu gewinnen. Die Sozialdemokratie bleibt aus der Rechnung überhaupt heraus."

Herr Abgeordneter Bergsträßer zeigt hier wiederum, daß er sich nicht in die herrschenden Verhältnisse der damaligen Zeit hineinfinden kann. Im Abgeordnetenhause war eine starke Rechtsmehrheit; Sozialdemokraten (9) und Freisinnige (39) bildeten eine ganz verschwindende Minderheit, der eine Mehrheit von 274 Konservativen und Nationalliberalen gegenüberstand. Ein politischer Kampf mit Auflösung und Neuwahlen war nach Auffassung der Regierung und fast aller Parteien ausgeschlossen, solange Millionen Stimmberechtigter durch den Krieg von der Heimat ferngehalten wurden. Die Regierung mußte also ein Kompromiß mit den Mehrheitsparteien suchen und konnte sich nicht auf die 48 Mandate der Linksparteien stützen. Dieses Kompromiß ist in überraschender Weise zustande gekommen, wesentlich deshalb, weil die Konservativen — das steht zweifelsfrei historisch fest — sich zu sehr weitgehenden Zugeständnissen im liberalen Sinne entschlossen. Das bleibt ihr Verdienst, das ihnen auch jetzt niemand nehmen kann.

Herr Abgeordneter Dr. Bergsträßer behauptet (Bd. 7, I. dieser Reihe, S. 231) weiter:

„Nachdem diese Denkschrift mit den Marginalien an das Ministerium zurückkam, bekam Herr v. Loebell plötzlich sozusagen einen moralischen Katzenjammer politischer Natur über die Wahlrechtsänderung überhaupt. Er sprach sich nun plötzlich gegen jede Wahlrechtsänderung aus. Er sagte, die ganze Frage sei künstlich aufgebauscht. Die Wichtigkeit, die die Parteien der Frage beimessen, sei bedauerlich und den Staatsinteressen nicht zuträglich. Das Ministerium hat sich da gegen seinen Minister gestellt sowohl Meister, wie v. Berger, wie Freund, der spätere Staatssekretär."

Worauf sich diese Äußerung gründet, ist unklar, jedenfalls ist sie, wie mir Herr v. Loebell versichert hat, völlig falsch. Dieser behauptet, während des Krieges seine Ansicht über die Notwendigkeit der Reform des Wahlrechts nicht geändert zu haben und erklärte mir positiv:

„Ich habe stets an der Forderung der Wahlrechtsreform festgehalten und sie häufig gegen einzelne Mitarbeiter im Ministerium verteidigt, wobei es sich aber nur um Einzelheiten handelte. Über die Notwendigkeit der Reform war das ganze Ministerium einig. Daß ich dagegen war, die Wahlrechtsfrage in der Thronrede 1916 wieder mit einem feierlichen Versprechen des Königs aufzunehmen, war nur dadurch begründet, daß ich nicht dieses Kampfobjekt immer wieder hervorgehoben sehen, vielmehr damit warten wollte, bis man an die Ausführung der Reform selbst herantreten konnte."

Abschließend über die Kämpfe um Erweiterung der Parlamentsrechte und um Demokratie muß ich bemerken:

Wenn man in Deutschland jetzt den Verfassungsfragen so große Bedeutung beimessen will, daß man der nicht rechtzeitigen Durchführung der Reformen die Schuld an dem Verluste des Krieges und an der Revolution aufbürden will, so erscheint mir gerade hier ein Vergleich mit den kriegführenden Gegnern angemessen. Auch in Frankreich und England hatten die Linksradikalen, vor allem die Arbeiter, zahlreiche politische Wünsche. Hat man sie dort durch Versprechungen auf politischem Gebiete zum Durchhalten und zur Zufriedenheit zu bringen versucht? Niemals! Und doch hat man den Krieg dort gewonnen und den unerhörtesten Diktatfrieden erreicht, den die Weltgeschichte gesehen hat. Nein: hätten unsere Waffen bei der Offensive 1918 gesiegt und wir Staatsmänner gehabt, die nach dem Erfolge unserer Waffen versucht hätten, einen Frieden zu bekommen — schließlich auch ohne Annexionen und Entschädigungen — und wären Heer und Heimat nicht planmäßig durch eine wilde Agitation zermürbt worden, so war es möglich, einen erträglichen Frieden zu erhalten, und die nötige und gewünschte politische Reform wäre dann unter allen Umständen gekommen.

Die Hoffnung auf den Erfolg der eigenen Waffen und auf den Widerstandswillen und die Widerstandskraft des deutschen Volkes war m. E. jedenfalls ein besseres Mittel für die Erringung der inneren und äußeren Kriegsziele der demokratischen Kreise des deutschen Volkes als die Hoffnung auf die Rückwirkung auswärtiger Umwälzungen auf Deutschland, von der Herr Abgeordneter Dr. Rosenberg (Bd. 7, I. dieser Reihe, S. 256) gesprochen hat. Es heißt dort:

„Meine Auffassung ist die, daß die militärische Situation Deutschlands durch das Eingreifen der großen überseeischen Weltmacht immer hoffnungsloser wurde und daß schließlich ein anderes Kriegsende nur durch eine innerpolitische Umwälzung zu erzielen war, weil eine deutsche Revolution zusammen mit der russischen Revolution eine andere Lage auch in Frankreich und England innerpolitisch gebracht hätte."

Er glaubt also, den Teufel durch Beelzebub austreiben zu können; er will die Weltrevolution von Rußland aus über alle kämpfenden Länder ausdehnen und hofft so, — im allgemeinen Chaos — bessere Kriegsbedingungen für uns zu erreichen! Das ist nach meiner Meinung nichts als leere Vermutung. Der Gedanke, durch eine Weltrevolution einen besseren Kriegsausgang für Deutschland zu schaffen, erscheint mir nach den bisherigen Erfahrungen der Weltgeschichte völlig abwegig und ist phantastisch angesichts der Tatsache, daß die aus dem Osten kommende revolutionäre Weltkriegswelle, ausgelöst durch den militärischen Zusammenbruch Rußlands, 1918 vor den im Westen vordringenden Feinden und der englischen Machtstellung in der Nordsee Halt machte und dann sich überschlagend rückwärts Deutschland überflutete.

### *5. Die deutsche Friedensentschließung vom 19. Juli 1917*

Die Entstehung der Friedensentschließung ist bedingt durch die im Sommer 1917 durch Pacelli mit den verantwortlichen Häuptern der deutschen Regierung genommene Fühlung wegen einer etwaigen Friedensvermittlung des Papstes. Nach Mitteilung des Zentrumsabgeordneten Müller (Fulda)[1] hat am 2. Juli 1917 Erzberger die Auffassung vertreten, „Deutschland könne den Frieden haben, wenn es ernstlich wolle" und eine „Kundgebung des Reichstages für einen annexionslosen Frieden" gefordert. Deren Zweck sollte sein, „die beabsichtigte Friedensvermittlung des Papstes zu unterstützen". Die Friedensentschließung war also von Erzberger als Hilfsmaßnahme für den päpstlichen Friedensvorschlag gedacht[2].

[1]) Vgl. Bd. 7, I, dieser Reihe S. 384.

[2]) Eine „Verbindung mit Rom" in Sachen der Friedensentschließung hat Erzberger bestritten. Vgl. Prinz Max von Baden, Erinnerungen und Dokumente, S. 114.

Die Verhandlungen der sogenannten „friedenswilligen Parteien" nahmen nach Müller (Fulda) dann folgenden Verlauf: Anstelle des von Müller dem Abgeordneten Erzberger vorgeschlagenen Abgeordneten v. Payer übernahm es noch an demselben 2. Juli 1917 der ebenfalls der Fortschrittlichen Volkspartei angehörige Abgeordnete Waldstein, die Vertreter der Sozialdemokratie und der Mittelparteien zu interfraktionellen Besprechungen zusammenzurufen. Darauf erfolgten die bekannten Vorstöße im Haushaltungsausschusse und die Einsetzung eines Ausschusses zum Entwurfe einer Friedensentschließung. Diesem gehörten die Abgeordneten Dr. David, Gothein und v. Richthofen an. Erzberger war zunächst bei dieser redaktionellen Tätigkeit nicht beteiligt. Dadurch wird aber sein Anteil an der Urheberschaft der Friedensentschließung in keiner Weise geschmälert. Der Abgeordnete Scheidemann hat in seinen Ausführungen davon gesprochen, daß Erzberger „fälschlicherweise" in den Ruf gekommen sei, „Vater der Friedensresolution zu sein". Er begründet diese Auffassung mit der an sich richtigen Behauptung, daß Erzberger der erste bürgerliche Abgeordnete gewesen sei, der sich „entschlossen und offen zum Standpunkte der Sozialdemokratie in der Friedensfrage" bekannt habe. Diese historische Wendung Erzbergers und ihm folgend des Zentrums war aber gerade die Voraussetzung für das Zustandekommen der Friedensentschließung. Ohne Erzberger und die Mitwirkung des Zentrums wäre diese niemals angenommen worden. Deswegen haben diejenigen recht, die in dieser Frage bei aller Anerkennung der Mutterschaft der Sozialdemokratie für die Friedensentschließung die entscheidende Verantwortung für das Zustandekommen der Kundgebung im Reichstage bei Erzberger und im Zentrum suchen.

Daß die Mehrheit für die Friedensentschließung, um dieser größte Wucht zu verleihen, möglichst auch in den Reihen der Opposition Eroberungen zu machen suchte, ist erklärlich. Es gelang ihr bei einem Teile der Mitglieder der Deutschen Fraktion. Die Behauptung des Abgeordneten Scheidemann aber, daß der jetzige deutschnationale Abgeordnete Bruhn „Mitunterzeichner der Friedensentschließung" gewesen sei, ist ein Irrtum. Die „Resolution zur zweiten Beratung eines Entwurfes eines Gesetzes betreffend die Feststellung eines Nachtrages zum Reichshaushaltsetat für das Rechnungsjahr 1917" — das ist die parlamentsamtliche Bezeichnung der Friedensentschließung — ist, nach der Drucksache Nr. 933 zu urteilen, von überhaupt niemand unterzeichnet und trägt lediglich am Kopfe die Namen: Dr. David, Ebert, Erzberger, Fehrenbach, Fischbeck, Gothein, Hauß, Haußmann, Dr. Mayer (Kaufbeuren), Molkenbuhr, Müller (Fulda), Dr. Müller (Meiningen), v. Payer, Scheidemann und Dr. Südekum.

Über seine angebliche „Mitwirkung" bei der Friedensentschließung hat mir der Abgeordnete Bruhn am 23. November 1926 auf Befragen geschrieben:

„Die von dem Herrn Abgeordneten Scheidemann aufgestellte Behauptung, ich sei Mitunterzeichner der Friedensresolution von 1917, ist ebenso unwahr wie seine weitere Behauptung, ich hätte an den interfraktionellen Sitzungen mitgewirkt. Aus den Reihen der Mittelparteien war die Deutsche Fraktion eingeladen worden, an interfraktionellen Besprechungen, in denen die politische Lage erörtert werden sollte, teilzunehmen. Die Deutsche Fraktion delegierte neben einem anderen Herrn mich, um diesen interfraktionellen Sitzungen *informatorisch* beizuwohnen. Ich habe mich an den Verhandlungen dieser interfraktionellen Besprechungen nicht beteiligt, sondern nur als Beobachter daran teilgenommen und dann meiner Fraktion Bericht erstattet."

(Abg. *Dittmann:* Herr Bruhn hat im Reichstag mit dafür gestimmt und hat das neulich noch in der Sitzung erklärt.)

Es hat nicht an Versuchen gefehlt, über die Freikonservativen, Christlich-sozialen und Antisemiten hinaus auch die Konservativen für eine „Friedensentschließung" zu gewinnen. Wie sich der Abgeordnete Dr. Pfleger erinnert, ist deswegen der Zentrumsabgeordnete Dr. Spahn seinerzeit mit dem Abgeordneten Grafen v. Westarp in Verbindung getreten. Abgeordneter Graf v. Westarp hat es aber abgelehnt, irgendwelche Zustimmung zu der Friedensentschließung für seine Freunde in Aussicht zu stellen. Das entsprach durchaus der ganzen Einstellung der Konservativen, nachdem diese von allen vorangegangenen Verhandlungen ausgeschlossen waren und die Erörterungen über eine bevorstehende Friedensentschließung in der Presse schon die Gemüter erhitzt hatte. Zu welchem Zeitpunkt die Besprechung zwischen Graf v. Westarp und dem Abgeordneten Dr. Spahn stattgefunden hat, ist heute nicht mehr genau zu bestimmen, jedoch muß es vor dem 12. Juli 1917 gewesen sein, dem Tage, an dem der Abgeordnete Dr. Spahn in der Fraktionssitzung des Zentrums zusammengebrochen ist. Es ist für die Beurteilung der ganzen Vorgänge wichtig, daß im letzten Augenblicke aus der Mehrheit für die Friedensentschließung der Versuch gemacht wurde, die daran nicht beteiligten Konservativen mit für eine solche Kundgebung zu gewinnen. Es handelt sich hier allerdings nur um einen wohlgemeinten Vorstoß jener Gruppe des Zentrums, die durch Heranziehung der Konservativen zu der Friedensentschließung deren innen- und außenpolitische Wirkung im Sinne einer stärkeren nationalen Politik umbiegen wollte. Die Brücke nach rechts in dieser Frage brach bald darauf völlig zusammen, als nach der vorzeitigen Veröffentlichung des Wortlauts der Friedensentschließung in Nr. 190 des „Vorwärts" vom 14. Juli 1917 — durch den Kanal des Abg. Scheidemann — die Sozialdemokratie eine Lage geschaffen hatte, die weitere Verhandlungen nach rechts völlig unmöglich machte.

(Abg. *Dittmann:* „Durch den Kanal des Abg. Scheidemann", — habe ich das richtig verstanden?)

Scheidemann hat selbst gesagt, daß er die vorzeitige Veröffentlichung vorgenommen hat.

(Abg. *Joos:* Wer hat die Verbindungen nach rechts damals gepflegt?)

Die Gruppe Dr. Prleger—Dr. Spahn.

### *6. Die päpstliche Friedensaktion*

Das Verhalten der Reichsregierung zum Reichstage in Sachen des päpstlichen Friedensvorstoßes 1917 ist bekanntlich der letzte Anstoß zur Einsetzung unseres ganzen Untersuchungsausschusses gewesen. Am 25. Juli 1919 erhob in der 66. Sitzung der Verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung zu Weimar der damalige Reichsfinanzminister Erzberger wuchtige Anklagen gegen die Reichsregierung von Dr. Michaelis, gegen die O. H. L. und gegen die Konservativen, weil sie den Papstfrieden verhindert hätten. Von diesen schweren Anschuldigungen wird auszugehen sein, um zu einer richtigen Bewertung der letzten Vernehmungen des Unterausschusses zu kommen. Aus Erzbergers damaliger Rede ergibt sich meines Erachtens folgendes:

1. Die deutsche Antwortnote auf die päpstliche Friedensnote hat Erzberger „klipp und klar" als „Annahme" der päpstlichen Vorschläge betrachtet.
2. Den Inhalt des Briefes des Reichskanzlers Dr. Michaelis an Pacelli vom 24. September 1917 behauptet Erzberger, nicht gekannt zu haben; er legt den Brief als eine „Absage" an die Kurie aus.
3. Aus beiden Auffassungen folgert Erzberger: Die Reichsregierung hat die Friedensaktion des Papstes vereitelt und dies von Anfang an gewollt, sonst hätte die Behauptung Erzbergers, „ab 1. August 1917 beginne das Verbrechen am deutschen Volke" keinen Sinn.
4. Für den Mißerfolg der päpstlichen Friedensaktion hat nach Erzberger die Konservative Partei „tatkräftig" mitgewirkt; andeutungsweise wird hierbei von Erzberger auf den Vizekanzler Dr. Helfferich hingewiesen.

Nach den überaus gründlichen und verdienstvollen Arbeiten des 2. Unterausschusses und nach unseren eigenen Vernehmungen sehen wir heute über diese Dinge wesentlich klarer. Ich fasse die Ergebnisse dieser Untersuchungen wie folgt zusammen:

1. Die Voraussetzung für alle Behauptungen Erzbergers, daß im Herbste 1917 eine greifbare Friedensmöglichkeit vorhanden war, ist falsch, wie heute im Ausschusse wohl allgemein anerkannt wird. Damit bricht die Grundlage aller Erzbergerschen Anklagen zusammen.

Auf die Irrigkeit der Gedankengänge Erzbergers hat damals — also nach der Rede vom 25. Juli 1919 — das Auswärtige Amt sofort den zuständigen Reichsminister des Äußern Hermann Müller in einer besonderen Denkschrift aufmerksam gemacht. Diese befindet sich im Abzuge bei den Akten des 2. Unterausschusses und ist von dem Gesandten v. Rosenberg gezeichnet. Sie macht auf die „verhängnisvollen Wirkungen" des Erzbergerschen Vorstoßes aufmerksam und wirft dem Abgeordneten Erzberger „ungenaue" und „unvollständige" Wiedergabe von Aktenstücken vor. Außerdem befürchtet das Auswärtige Amt, daß aus der Rede Erzbergers unsere Feinde „die Schlußfolgerung ziehen, daß sie mit vollem Rechte dem geschlagenen deutschen Volke das Schuldbekenntnis und die Auslieferungspflicht aufgezwungen haben."

Die vom Staatssekretär a. D. Dr. v. Kühlmann behauptete und meines Erachtens in jeder Hinsicht erwiesene Auffassung, „daß alle Friedensbewegungen des Papstes leer laufen mußten", wird bis ins einzelne auch bestätigt durch die Vernehmungen des Botschafters v. Bergen vor dem 2. Unterausschusse am 7. April 1922.

2. Der von Erzberger behauptete und von Dr. Bredt angenommene sachliche Gegensatz zwischen dem Wortlaute der deutschen Antwortnote und dem Briefe vom 24. September 1917 ist seitens der Reichsregierung keinesfalls beabsichtigt gewesen. Das kann wohl ohne weiteres nach den bisherigen Vernehmungen als sicher angenommen werden. Die moralische Verantwortung für den Inhalt und die Form beider Schriftstücke trägt, wie dies auch von ihm loyaler Weise erklärt worden ist, der Staatssekretär v. Kühlmann. Ich gebe persönlich zu, daß bei einseitiger Auslegung von Note und Brief ein gewisser Gegensatz in der Form des Wortlautes zwischen beiden Schriftstücken gefunden werden kann; er muß aber nicht notwendigerweise herausgelesen werden. Wenn ein Gelehrter vom Rufe des Berliner Historikers Prof. Dr. Meinecke aus dem — nach Dr. David — „frevelhaften Brief" vom 24. September 1917 das bedingte „Ja" herausliest, erscheint mir die Erzberger-Bredtsche Auffassung samt Schlußfolgerung unhaltbar. Man kann bei einigermaßen kritischer Auslegung unmöglich, wie es Erzberger getan hat, in einem Zuge die „Note" als Annahme des päpstlichen Vorschlages bezeichnen, den „Brief" aber als Ablehnung derselben auffassen. Mit Recht hat der Zeuge v. Kühlmann nachgewiesen, daß auch *nach* dem Empfange des „verbrecherischen Schreibens" vom 24. September 1917 die Verhandlungen mit dem Heiligen Stuhle weitergegangen sind. Mitte Dezember 1917 wurde, wie aus den Aufzeichnungen des Auswärtigen Amtes für den Außenminister anläßlich der Erzberger-Rede vom 25. Juli 1919 hervorgeht, der Nuntius eingehend über alle Zusammenhänge unterrichtet und auch über die dem Schreiben vom 24. September 1917 zugrundeliegenden Beweggründe. Diese Tatsache ist der

beste Beweis für die Irrigkeit der Behauptungen, als seien mit dem Abgange des Schreibens vom 24. September 1917 die ganzen Verhandlungen zu einem jähen Abbruche gekommen.

3. Die Behauptung Erzbergers, er habe den Brief vom 24. September 1917 bis kurz vor seiner Rede in der Nationalversammlung nicht gekannt, steht die deutliche Aussage von Kühlmann gegenüber, er „glaube" das nicht. Die Frage wird wohl ungeklärt bleiben.

(Sachverständiger Abg. D. Dr. Dr. *Bredt:* Was Herr v. Kühlmann glaubt, ist doch ganz gleichgültig.

Sachverständiger Dr. *Delbrück:* Woher soll er den Brief gekannt haben? Wie ist das überhaupt möglich?)

Als ich sagte: die Frage wird wohl ungeklärt bleiben, stellte ich nur fest: hier ist mit unseren Untersuchungen nicht mehr weiterzukommen.

(Sachverständiger Abg. D. Dr. Dr. *Bredt:* Wenn Erzberger bestimmt behauptet, er habe den Brief nicht gekannt, und Herr v. Kühlmann behauptet: das glaube ich nicht, so sind das doch keine entgegengesetzten Behauptungen.)

Die Gegenüberstellung dient der Klärung des Sachverhalts. Erzberger sagt: ich kannte den Brief nicht; Kühlmann sagt: das glaube ich nicht; und ich sage: angesichts dieser Tatsachen bleibt die Frage ungeklärt.

(Sachverständiger Dr. *Delbrück:* Herr v. Kühlmann muß den Grund angeben, weshalb Erzberger den Brief gekannt haben soll. Er war ja geheim!)

4. Von einer groß angelegten „Friedenssabotage" durch die Reichsregierung kann trotz Erzberger nach alledem nicht mehr die Rede sein. Auch ein Einfluß der O. H. L. nach dieser Richtung war meines Erachtens nicht nachweisbar. Der vielfach besprochene private Briefwechsel zwischen Hindenburg und Michaelis hat auf den Gang der Verhandlungen sicher überhaupt keinen Einfluß gehabt. Die Tatsache, daß Michaelis davon seinem Staatssekretär keine Kenntnis gegeben hat, beweist meines Erachtens, daß die päpstliche Friedensaktion damals seitens des Auswärtigen Amtes in jeder Hinsicht unabhängig von Einflüssen der O. H. L. geführt worden ist.

(Sachverständiger Abg. D. Dr. Dr. *Bredt:* Herr v. Kühlmann hat unter Eid das Gegenteil gesagt!)

Nein! Das war ein ganz anderer Zusammenhang. Michaelis und v. Kühlmann haben sich bei Verfolgung der päpstlichen Friedensaktion jederzeit streng an die für sie allein maßgebenden Ergebnisse des Kronrats vom 11. September 1917 gehalten. Auf deren Grundlage sind die Vertreter des Reichstages bis zur Vorlegung des Entwurfes der Antwortnote an den Papst richtig unterrichtet worden. Hingegen ist, wie einwandfrei feststeht, eine Mitteilung an die Mitglieder des Siebener-Ausschusses über die Einwände der Kurie gegen den Ent-

wurf der Papstnote nicht erfolgt. Eine solche nach dem herkömmlichen Verfahren keineswegs übliche Mitteilung unterblieb nicht, um die Vertreter des Reichstages zu täuschen, sondern lediglich aus der auch heute noch üblichen diplomatischen Gepflogenheit heraus, vertrauliche Schriftsätze geheim zu halten und — was meines Erachtens entscheidend ist — aus dem Glauben des Auswärtigen Amtes heraus, daß die Kurie auch mit der vorgeschlagenen Fassung der Note letzten Endes herausholen konnte, was sie wollte, und schließlich damit einverstanden sein werde. Begründete Tatsachen für die Berechtigung der letzten Vermutung sind bisher meines Wissens noch nicht bekannt geworden.

5. Streitig ist, ob und wieweit der Abgeordnete Erzberger über die Stellungnahme der Kurie zum Entwurfe der deutschen Note unterrichtet war und durch ihn die Meinung der Kurie zur Kenntnis der verantwortlichen Männer der Reichsregierung gekommen ist. Bei den guten Beziehungen Erzbergers zum Heiligen Stuhle war wohl anzunehmen, daß er völlig im klaren über die Auffassung in Rom war. Ähnliches hat ja auch der Staatssekretär v. Kühlmann bei seinen Vernehmungen erklärt. Darauf deutet auch die folgende Pressenachricht hin, die im Anschlusse an die Vernehmung von Dr. Michaelis und von Kühlmann Ende Dezember 1926 bekannt geworden ist:

„*Erzberger 1917.* Aus Berlin wird gemeldet: Staatssekretär v. Kühlmann ist Katholik und hat vor dem Untersuchungsausschuß sehr schonend über Erzberger gesprochen. Jetzt nagelt Dr. Bredt als Ergebnis der Vernehmung Kühlmanns fest, daß das der Kurie am 19. September 1917 vertraulich mitgeteilte Konzept der deutschen Antwort schon das Ende einer etwaigen Friedensaktion bedeutete, daß man den Siebener-Ausschuß aber darüber im Unklaren gelassen habe. Auch Erzberger hat in seiner Enthüllerrede am 25. Juli 1919 in Weimar der alten kaiserlichen Regierung vorgeworfen, daß sie den Frieden sabotiert habe. Gerade er hätte das nicht sagen dürfen. Da wir keinerlei Verpflichtung haben, sein Andenken besonders zu schonen, wollen wir hier mitteilen, was Herr v. Kühlmann nicht mitgeteilt hat, da er ja nur auf zwei Fragen zu antworten und nicht sein ganzes Wissen zeugenmäßig auszukramen hatte. Die Wahrheit ist die folgende: Nachdem das Konzept vom 19. September 1917 von Gasparri über Pacelli als völlig unzulänglich bezeichnet worden war, ist Erzberger im halbamtlichen Auftrage zum Nuntius gegangen und hat ihm im Namen Kühlmanns die notwendigen Aufklärungen gegeben, durch die die Kurie völlig befriedigt wurde. Es war keine neue Situation entstanden, von der man dem Siebener-Ausschuß hätte Mitteilung machen müssen. Von dem Erfolge der Aufklärung machte Erzberger Herrn v. Kühlmann in besonders dankbaren Ausdrücken Mitteilung. Dieses Schreiben besitzt Kühlmann noch heute. Als nun am 25. Juli 1919 Erzberger in Weimar

seine fanatische Rede mit der objektiv unwahren Darstellung hielt, wurde er von beteiligter Seite darauf aufmerksam gemacht, daß Kühlmann ihn doch durch Veröffentlichung des Briefes als Lügner hinstellen könne. Erzberger erwiderte nur zynisch: ‚Dees wird der Kühlmann net tun!‘ “

Hat, wie es in dieser Nachricht behauptet wird, Erzberger tatsächlich im „halbamtlichen“ Auftrage die Bedenken der Kurie gegen den Entwurf der Note beschwichtigt und über den Erfolg seiner Bemühungen an Herrn v. Kühlmann schriftlich berichtet, so ist die Leidenschaft verständlich, mit der er sich in der Nationalversammlung gegen den ihm bis dahin angeblich unbekannten Brief vom 24. September 1917 gewendet hat. Es ist aber dann auch erklärlich, wie die Reichsregierung trotz der schriftlichen Einwände der Kurie gegen den Wortlaut der deutschen Note zu der Auffassung kommen konnte, man werde sich in Rom mit der Note, wie sie nun einmal war, abfinden und aus ihr schon herauslesen, was für den Fortgang der Friedensfühlung notwendig sei. Das ist ja auch teilweise nachher in der Antwort an England geschehen, wie die Erklärungen des Herrn v. Kühlmann bei seiner Vernehmung beweisen. Andererseits ist es aber unwahrscheinlich, daß Erzberger, nachdem er einmal wegen der Note mit Pacelli verhandelt hatte, nichts von dem bald darauf abgegangenen Briefe hätte hören sollen, es sei denn, daß der Nuntius diesem Schreiben keine Bedeutung zusprach. Ist letzteres aber der Fall, so brechen erst recht die Behauptungen von Erzberger bzw. die von Dr. Bredt angedeuteten und von Dr. Moses gezogenen „Schlußfolgerungen“ zusammen.

Es wird jetzt Aufgabe des Unterausschusses sein, Herrn v. Kühlmann — ich schlage der Einfachheit halber vor schriftlich — die folgenden präzisen Fragen vorzulegen:

a) Hat Erzberger im Auftrage oder Einvernehmen des Staatssekretärs oder des Auswärtigen Amtes oder in sonstigem Auftrage oder von sich aus amtlich, halbamtlich oder rein persönlich mit der Kurie bzw. einem Vertreter derselben über den Entwurf der deutschen Antwortnote an den Papst erläuternde Erklärungen abgegeben?

b) Ist darüber dem Staatssekretär v. Kühlmann eine schriftliche Mitteilung Erzbergers zugegangen und wie lautet diese gegebenenfalls?

c) Was hat der Staatssekretär a. D. Dr. v. Kühlmann sonst zu den in der obigen Pressenotiz aufgestellten Behauptungen auszusagen?

Die verlesene Zeitungsnotiz habe ich aus dem „Tageblatt für Borna“ vom 25. Dezember 1926 entnommen. Ich war darüber sehr verwundert und habe sofort festzustellen versucht, woher die Nachricht stammt. Sie ist, wie mir die Schriftleitung des Tageblattes für Borna mitteilte,

aus dem „Chemnitzer Tageblatt“ entnommen worden, und dort findet sie sich mit der Bemerkung, die Nachricht sei von der „Berliner Schriftleitung“ dieser Zeitung nach Chemnitz mitgeteilt worden. Ich habe versucht, hier im Reichstage einen Vertreter der genannten Chemnitzer Zeitung festzustellen; das ist mir bisher nicht gelungen. Zweifelsohne ist es verwunderlich, wenn diese Nachricht, falls sie von einem allgemeinen Nachrichtenbüro ausgegeben wurde, nicht anderweit zum Abdruck gebracht worden wäre. Ich habe in dieser Angelegenheit sofort Herrn Generalsekretär Dr. Fischer unterrichtet und die Sache an das Auswärtige Amt weitergehen lassen. Es ist dort nicht gelungen, durch Nachprüfung der führenden Zeitungen diese Notiz festzustellen. Sie ist aber einmal da und daher muß diese mysteriöse Geschichte aufgeklärt werden.

(Abg. *Joos:* Die Sache scheint nicht mysteriös; sie erwuchs aus den letzten Fragen, die Herr Abg. Dr. Spahn formulierte!

Abg. *Dittmann:* Solange wir die Quelle nicht kennen, lehne ich es ab, daß wir uns im Ausschuß damit befassen und jemanden darüber vernehmen!)

— Die Quelle ist von mir angegeben. Wir müssen uns daher mit der Pressenotiz weiter beschäftigen.

(Sachverständiger Dr. *Delbrück:* Keine große Zeitung wird das nachdrucken!)

— Das ist sicher auffällig. Ich frage mich: warum hat diese Nachricht, die von irgendeinem Zentralbüro gekommen sein muß, die übrige Presse verschwiegen.

(Abg. *Dittmann:* Die große Presse hat sie für Unsinn gehalten und deshalb nicht abgedruckt!)

6. Über die von Erzberger behauptete Tätigkeit der Konservativen zur Verhinderung des Papstfriedens hat sich nicht die Spur eines Beweises finden lassen. Die Tatsache, daß die Konservativen durch Staatssekretär v. Kühmann über die Vorgänge teils überhaupt nicht, teils nicht so wie die Vertreter der Mehrheitsparteien des Reichstages unterrichtet worden sind und die Begründung dieses Verhaltens der Reichsregierung mit der Annahme, eine besondere Information der Konservativen erübrige sich, weil man ohnedies ihrer Zustimmung für die amtliche Politik sicher sei, widerlegt schlagend auch die Erzbergersche Behauptung von der „tatkräftigen Mitwirkung“ der Konservativen zur Verhinderung des Papstfriedens.

7. Nach alledem brechen auch die Behauptungen des Ritters v. Lama, bei der päpstlichen Friedensaktion hätte konfessionelle Vor-

eingenommenheit die Handlungen des Reichskanzlers Dr. Michaelis beeinflußt, sie in keiner Hinsicht stichhaltig zusammen. Sie gehören, wie Staatssekretär v. Kühlmann richtig behauptet hat, in das Gebiet der Phantasie.

### *7. Die deutsche Ostpolitik*

Die deutsche Ostpolitik krankte, wie von Anfang an die gesamte deutsche Kriegspolitik, an starker Zielunsicherheit. Die Wege der politischen Parteien, der Reichsregierung und der O. H. L. durchkreuzten sich und schufen ein völlig unklares Bild. Es ist daher überaus schwer, gerade hier die Verantwortung für die Einzelhandlungen festzustellen. Eines aber läßt sich rückblickend mit Gewißheit behaupten: Die voreilige Gründung des Königreichs Polen durch Bethmann hat von vornherein die Geleise der deutschen Ostpolitik in verhängnisvoller Weise bestimmt. Wir wissen, daß die Zustimmung der O. H. L. zur Ankündigung des zu schaffenden neuen polnischen Reiches nur aus der Hoffnung heraus erfolgt ist, dadurch polnische Hilfstruppen in beachtlicher Zahl für den weiteren Kampf gegen Rußland zu erhalten. Urheber dieser Vermutung war der Generalgouverneur v. Beseler in Warschau; auf ihm bleibt letzten Endes die moralische Verantwortung für die Neugründung des selbständigen Polen hängen. Der Reichstag hat sich in der polnischen Angelegenheit nur wenig gerührt und, wie heute wohl mit Bredt allgemein anerkannt wird, außerhalb der konservativen Kreise nichts getan, das Unheil zu verhindern. Die Linke konnte aus ihrer inneren Einstellung heraus gegen die Loslösung des Weichsellandes aus dem russischen Staatsverbande nicht Sturm laufen. Sie war hypnotisiert von dem Gedanken des Kampfes gegen das zaristische Rußland und für die Befreiung der von diesem unterdrückten Völker. In den liberalen Kreisen war in Erinnerung an die Vergangenheit die Befreiung des „edlen Volkes der Polen“ hier und da immer noch eine überlieferte Forderung. Im Zentrum sprachen auch die Rücksichten auf den Katholizismus mit für die Befreiung Polens. Nur die konservativen und die alldeutschen Kreise bekämpften die polnische Politik der Reichsregierung tatkräftig; sie konnten sich aber nicht durchsetzen von dem Augenblicke an, als die O. H. L. in der Hoffnung auf polnische Hilfstruppen sich auf die Seite Bethmanns gestellt hatte.

Die „Befreiung Polens“ hatte für die gesamte weitere deutsche Ostpolitik zwangsläufige Folgen. Sie verbaute den Weg zu einem Frieden mit dem kaiserlichen Rußland und machte ungewollt die weitere „Befreiung unterdrückter Völker“ nahezu zu einem deutschen Kriegsziel. Die Losung: „Befreiung der kleinen Völker des Ostens vom Zarenjoche“ hat sicherlich auch die deutschen Volksteile länger bei der Fahne gehalten, denen der Weltkrieg grundsätz-

lich nur ein Verteidigungskrieg war. Für die Freiheit anderer Unterdrückter zu kämpfen, entsprach durchaus dem Wesen der internationalen Solidarität, wie man sie in Deutschland auffaßte; deswegen marschierte auch der deutsche sozialistische Arbeiter mit Begeisterung bis tief nach Rußland hinein. Ohne Zweifel hat die ganze „freiheitliche" Gedankenwelt des deutschen Sozialismus ein gutes Stück zur moralischen Rechtfertigung der Eroberung der weiten russischen Randgebiete beigetragen. Praktisch gingen so in der Ostpolitik die Wege der deutschen Sozialisten und der Alldeutschen eine gute Weile zusammen. Die Vertreter beider Anschauungen erhofften durch das gleiche Mittel — den deutschen Sieg — die Erfüllung ihrer völlig verschiedenen Ziele. Der Streit zwischen ihnen brach erst aus, als durch die deutschen Waffen die Befreiung Osteuropas von der „zaristischen Knechtschaft" vollendet war und es galt, neue politische Formen zu finden für die Ordnung der befreiten Völker im Osten Mitteleuropas. Hierbei war es nun *nach* der Gründung des polnischen Reiches unmöglich, die kleineren befreiten Völker wesentlich anders zu behandeln wie vorher die Polen. Die Gründung eines litauischen und ukrainischen Staates, sowie die Loslösung der baltischen Provinzen von Rußland waren die nahezu naturnotwendigen Folgen des in Polen geschaffenen Vorganges. Wer die Gründung des polnischen Reiches mitbegünstigt oder auch nur geduldet hatte, hat daher kein Recht, die anderen staatlichen Neugründungen auf dem ehemals russischen Gebiete zu verurteilen.

Die Kritik an der deutschen Ostpolitik hat — angesichts dieser Zusammenhänge — weniger an die Tatsache der Randstaatengründungen selbst angeknüpft, als wie an die Umstände, unter denen die neuen politischen Gebilde geschaffen wurden und an die Frage, was aus ihnen in der Zukunft werden sollte. Der Frieden von Brest-Litowsk bedeutet hiernach nach meiner Meinung keinen Sieg der alldeutschen Richtung, sondern in erster Linie die Fortsetzung der 1916 von Bethmann begonnenen Befreiungspolitik der westlichen Länder des russischen Reiches. Diese deutsche Ostpolitik hat allerdings — ich gebe das ohne weiteres zu — durch den Willen, den auf den ehemals russischen Gebieten befindlichen deutschen Minderheiten zu helfen, auch einen besonderen alldeutschen Einschlag gehabt.

Wenn nachträglich von sozialistischer Seite an dem von dieser selbst zugelassenen Frieden von Brest-Litowsk schärfste Kritik geübt worden ist, so ist die Hauptursache dafür in der durch den Sieg der Revolution in Rußland eingetretenen Schwenkung der deutschen Sozialdemokratie in ihrem Verhalten zum Osten zu suchen. Die Befreiung Gesamtrußlands vom Zarenjoche rückte die frühere Begünstigung der „Befreiung" einzelner Stücke des Riesenreiches in ein anderes Licht. Mit Kerenskis Umwälzung war für die deutschen Sozialisten ihr besonderes östliches Kriegsziel erreicht. Ihr Augenmerk richtete sich

nunmehr mit Vorliebe darauf, zu verhindern, daß im Osten „neue Horte der Reaktion" entstanden. Deswegen trat die Frage der staatsrechtlichen Form der Randstaaten und ihres künftigen Verhältnisses zu Deutschland und zu Preußen in den Vordergrund, d. h. innenpolitische Gesichtspunkte wurden entscheidend für die Gestaltung der Verhältnisse im Osten Deutschlands.

Der Abgeordnete Dr. David hat sich in dankenswerter Weise sehr eingehend mit diesen Fragen beschäftigt und betont, daß der frühere konservative Abgeordnete v. Winterfeldt-Menkin bei einem gelegentlichen Zusammensein den Willen geäußert habe, er werde sich alles notieren, was er dort im Osten zusammen mit Dr. David gesehen und besprochen habe. Weiterhin hat Abgeordneter Dr. David erklärt, nähere Auskunft über die Vorgänge in Litauen könne Freiherr v. Gayl, das jetzige Mitglied des Reichsrates und des preußischen Staatsrates, geben. Dem Hinweise des Abgeordneten Dr. David zufolge habe ich mich mit den beiden genannten Herren in Verbindung gesetzt.

Herr v. Winterfeldt-Menkin hat sich über seine Erlebnisse beim Oberbefehlshaber Ober-Ost tatsächlich Aufzeichnungen gemacht. In diesen wird auch der Besuch des Abgeordneten Dr. David erwähnt und über die gemeinsamen Besprechungen der beiden Abgeordneten mit General Hoffmann berichtet. Die Verwertung seiner Aufzeichnungen in der Öffentlichkeit hat sich Herr v. Winterfeld-Menkin vorbehalten. Ich bin aber in der Lage, nach Einsicht seiner Tagebuchauszüge im allgemeinen zu bestätigen, was der Abgeordnete Dr. David hier vor dem Untersuchungsausschusse als seine damalige Auffassung über die Lage im Osten dargestellt hat. Abgeordneter Dr. David ist bei den Verhandlungen entschieden gegen die Forderung von Kurland und Litauen aufgetreten. Er hat gemeint, bei den Friedensverhandlungen mit den Russen dürfe „nichts Bestimmtes" gefordert werden; es sollten aber am Verhandlungstische „Kompensationen" für beide Teile in Aussicht genommen werden. Am 20. Mai 1917 hat sich — nach Winterfeldt-Menkin — Abgeordneter Dr. David bereit erklärt, „soweit es gegen die russischen Aktionen möglich ist, mit ihm (Winterfeldt) an einem Strange zu ziehen" und den dringenden Wunsch geäußert, daß „evtl. Litauen und Kurland Selbstbestimmung übten, was kein Plebiszit zu sein brauche in Ansehung des niedrigen Kulturstandes". Zwei Tage darauf — am 22. Mai 1917 — begründete Abgeordneter Dr. David seinen Wunsch nach möglichst sofortigem Frieden mit Rußland mit den inneren Schwierigkeiten in Deutschland; er fürchtete, daß die Sozialdemokratische Partei nicht mehr zusammenzuhalten sei, wenn gesagt werden könne, wir hätten die Gelegenheit zu einem Frieden vorübergehen lassen; wir dürften nicht warten, sondern müßten, sobald es gehe, zum Ende zu kommen suchen; ihn „ängstige" der Gedanke eines Streiks unserer Munitionsarbeiter. Wir sehen also, auch hier das Hineinspielen innenpolitischer Gesichtspunkte.

Herr v. Gayl hat — seine Befragung wurde vom Abgeordneten Dr. David der Rechten ausdrücklich nahegelegt — sich in einer Zuschrift an mich ausführlich über die an der deutschen Ostpolitik geübte Kritik geäußert. Ich bringe seine Niederschrift vom 9. August 1926 in ihrem Kernstücke wie folgt zum Vortrag:

„Die Erinnerungen des Herrn Dr. David gipfeln in dem Satz: ‚Man wollte eben neue Kronen schaffen für deutsche Fürsten.' Diese Folgerung aus der deutschen Politik in Litauen ist völlig falsch. Der Oberbefehlshaber Ost hat bis zur Wende des Jahres 1917/18 vergebens sich bemüht, irgendwelche feste Richtlininien für seine Politik zu erhalten. Weder Bethmann Hollweg noch Michaelis haben sich dazu verstehen können, eine klare Linie einzuschlagen und feste Weisungen zu erteilen. Erst unter Hertling ist unter dem ständigen Druck der O. H. L. auf klare Entscheidungen eine größere Aktivität der politischen Leitung fühlbar geworden. Die militärischen Stellen betrachteten die Zukunft Litauens und Kurlands naturgemäß vor allen Dingen unter dem Gesichtspunkte der dauernden Schwächung Rußlands und der militärischen Verbesserung unserer alten Grenzen gegenüber Rußland. Zum Schutze der deutschen Ostgrenze gehörte eine Verschiebung des künftigen Aufmarschgeländes nach Osten in eine Linie, innerhalb deren Bialystock —Grodno—Wilna—Dünaburg—Riga lagen. Seit dem November 1916 war die Wiedererrichtung des polnischen Staates vollendete Tatsache. Es lag nahe, den breiten Gürtel von der Grenze Kongreßpolens bis an die Ostsee dauernd unter deutschen Einfluß zu bringen. Eine einfache Einverleibung von Litauen (im weitesten Umfang der national-litauischen Wünsche) und des Baltikums sind bei den maßgeblichen militärischen Stellen *nie* erwogen worden. Es blieb also nur das Ziel der Schaffung eines litauischen und eines baltischen Randstaates in engster Anlehnung an das Deutsche Reich. Ich habe selbst in einer im April 1917 vom Oberbefehlshaber Ost dem Reichskanzler mit Zustimmung der O. H. L. vorgelegten Denkschrift die Ziele und Wege der gewünschten deutschen Ostpolitik niedergelegt. Litauen sollte nach dem Vorbild Amerikas auf den Philippinen durch ein Menschenalter deutscher Besetzung und Verwaltung herangezogen werden zu einem westeuropäischen Staat mit einem sich selbst regierenden Volke. Durch eine Zoll-, Münz-, Bahn-, Post- und Militärkonvention sollte die engste politische, wirtschaftliche und militärische Anlehnung an das Deutsche Reich herbeigeführt werden. Diese Entwicklung hätte dem an sich gut veranlagten und liebenswerten litauischen Volke eine allmähliche und gesunde Entwicklung bringen können. Im Dezember 1917 habe ich auf Befehl des Oberbefehlshabers und unter Mitwirkung eines Beauftragten des Reichskanzlers mit dem inzwischen errichteten, in seiner Zusammensetzung unbeeinflußt durch uns entstandenen

litauischen Landesrate unter Führung des nachmaligen Staatspräsidenten Smetona eine entsprechende Konvention zu Kowno abgeschlossen.

Die Frage der Verfassung ist in den zahlreichen Gesprächen zwischen mir und den litauischen Führern oft behandelt worden. Über die Errichtung einer konstitutionellen Monarchie herrschte trotz sehr demokratischer Neigungen der Litauer stets völlig freiwillige Übereinstimmung. Die Verfassungsfrage interessierte die militärischen Stellen außerordentlich wenig. Sie blieb in der Hauptsache mir überlassen. Anfang 1918 erbat ich für die Bearbeitung dieser Dinge die Kommandierung des Herrn Prof. Dr. Bredt zu meiner Abteilung. Allein maßgebend war und blieb für die Verfassungsfrage das Interesse des Deutschen Reiches. Nicht einmal preußisch-dynastische Gesichtspunkte spielten in unsere Erwägungen hinein. Da während des Krieges die Errichtung einer Monarchie allein im Gedankenkreise der beteiligten Stellen lag, so lag die Lösung in Gestalt einer Personalunion mit dem Deutschen Reich am nächsten. Sie bot die beste Gewähr für ein reibungsloses künftiges Zusammenarbeiten zwischen den deutschen und litauischen Stellen. Da staatsrechtlich eine Personalunion zwischen dem deutschen Kaiser und dem litauischen Monarchen nicht möglich war, weil der deutsche Kaiser staatsrechtlich nicht Monarch war, sondern nur in seiner Eigenschaft als König von Preußen, so mußte die Union mit dem König von Preußen als das gegebene angesehen werden. Von einer Sekundogenitur der Hohenzollern war überhaupt nicht die Rede.

In diese Zeit der Vorbereitung der Zukunft Litauens fielen nun Bestrebungen, für Litauen einen eigenen Thron zu errichten. Von Dresden aus wurde der Gedanke verbreitet, in Litauen eine Sekundogenitur des Hauses Wettin zu errichten. Ob der Reichskanzler diesen Gedanken von vornherein energisch abgewiesen hat, entzieht sich meiner Kenntnis. Ernst wurde dieser Plan außer von Sachsen von niemand genommen. Ende August 1918 habe ich ihn in einem Vortrag vor den Bevollmächtigten zum Bundesrat in Gegenwart des sächsischen Gesandten eindeutig abgefertigt. Für uns waren und blieben nicht dynastische, sondern Reichsinteressen allein maßgeblich und ausschlaggebend.

Wenn von einer Stelle eine rücksichtslose Königsmacherei betrieben worden ist, so geschah es 1917 bis zum Umsturz aus der Mitte des Reichstags durch den Abgeordneten Erzberger, der mit allen Mitteln den Versuch gemacht hat, hinter dem Rücken der Reichsregierung, der O. H. L. und der örtlichen Instanzen einen litauischen Thron für den Herzog von Urach zu errichten. Tatsächlich gelang es seinem Einfluß, den litauischen Landesrat zu dem überraschenden Beschlusse zu veranlassen, eine konstitutionelle

Monarchie zu errichten mit dem Herzog von Urach als König unter dem historischen Namen Mindaugas II. Erst als eine Deputation Reisepapiere nach Deutschland zur offiziellen Anzeige an den Herzog von Urach bei mir erbat, kamen die Tatsachen dieses Beschlusses und sein Urheber Erzberger ans Licht.

Wenn also „Kronen für deutsche Fürsten" geschaffen werden sollten, so geschah es nicht von der Reichsregierung und von den militärischen Stellen, sondern aus dem Reichstage heraus. Es war für die Entwicklung in Litauen höchst unheilvoll, daß Mitglieder des Reichstages nicht in Fühlung mit den amtlichen Stellen, sondern hinter deren Rücken in Verbindung mit führenden Litauern traten und diese gegen die bestehende Militärverwaltung beeinflußten. Gegen Ende des Krieges wurde dieser Zustand unerträglich. Die Litauer fühlten die Zwiespältigkeit des deutschen Willens und zogen daraus den Schluß, daß sie zu ihrem Vorteil einen deutschen Faktor gegen den anderen ausspielen konnten. Dies war umso unerträglicher, als die Arbeit der Militärverwaltung in dem von den Russen völlig von allen Verwaltungseinrichtungen entblößten und als Kriegsschauplatz ausgesogenen Lande überaus schwer war. Die im Dienst der Verwaltung stehenden Parteifreunde des Herrn Dr. David und andere Abgeordnete machten sich zum Sprachrohr der berechtigten und unberechtigten Beschwerden der Litauer. Berechtigte Klagen betrafen die Ernährung und Warenversorgung. Ihre Ursache war nicht der böse Wille der Verwaltung, sondern die Hungerblockade mit ihren furchtbaren Folgen. Aus dem Lande mußten die Ostheere und ihre Etappentruppen zu einem erheblichen Teil ernährt werden. Nur strenge Zwangswirtschaft schützte das Land vor dem Hungertode. Daß dieser Zustand, dessen Ursachen die Litauer in ihrer Mehrzahl nicht übersehen konnten, zu Beschwerden Anlaß gab, liegt auf der Hand. Mißgriffe und Fehler sind dabei vorgekommen, aber der gute Wille der Bevölkerung, über diese Zeiten so gut es ging, hinwegzuhelfen, bestand und wurde getätigt. Die Behauptungen des Herrn Dr. David über Wilna und seinen Hunger sind übertrieben. Ob die Wilnaer Suppen in den öffentlichen Küchen viel schlechter waren als in den deutschen, bezweifle ich aus eigener Kenntnis der Dinge. Es ist auch richtig, daß einige Personen beim nächtlichen Überschreiten der Postenketten um Wilna nach erfolglosem Anruf erschossen sein mögen. Die große Stadt Wilna, als Sitz des A. O. K. X, war ein gefährliches Zentrum der russischen Spionage. Die nächtlichen Absperrungen waren von der Spionageabwehr, nicht von der Verwaltung angeordnet und von Truppen durchgeführt. Die Lage war der Bevölkerung genau bekannt. Wer auf Anruf nicht stand, begab sich bewußt in Gefahr des Erschossenwerdens. Es war Krieg mit allen seinen Folgen für die Zivilbe-

völkerung. Stillschweigend sind aber täglich ganze Kolonnen von sogenannten Pudträgern mit Lebensmitteln vom Lande durchgelassen worden.

Die Wiederherstellung des Schulwesens war notwendig, die Einführung deutschen Unterrichts nützlich für die Verständigung. Ich kann nicht abstreiten, daß hier und da der Eifer deutscher Schulaufsichtsbeamter zu weit geführt haben mag; in der Regel ist lediglich guter Wille von den Lehrern, nicht Unmögliches verlangt worden. In der Ostkonferenz unter Vorsitz des Kanzlers Hertling im November 1917 habe ich deutlich gegen jeden Zwang zu deutschem Unterricht Stellung genommen. Ich erwähne das, um zu zeigen, daß ich bemüht bin, die Dinge objektiv zu betrachten.

Im Herbst 1917 habe ich als Kommissar des Kriegsministeriums in einem Unterausschusse des Reichstages gegenüber den Herren Abgeordneten Erzberger, Gothein, David, Haase, Cohn-Nordhausen, Trampczynski, Seyda die Maßnahmen der Militärverwaltung in stundenlanger Debatte verteidigen müssen. Ich habe damals den Eindruck gewonnen, daß die Herren der Opposition von vorgefaßten Meinungen ausgehen wollten und daher bei ihren Anschauungen blieben, die jetzt in der Erinnerung noch krasser geworden sind.

Die Militärverwaltung in Litauen hat ehrlich gearbeitet, hat objektiv sein wollen und, wie es im gesamtdeutschen Charakter liegt, das Beste des Landes gewollt. Fehler sind gemacht worden, Versager im Personal waren vorhanden. Sie hat viel und Bleibendes geleistet. Von litauischen Juden, die die schärfsten Beobachter gewesen sein dürften, ist mir nach dem Kriege freiwillig versichert worden, daß die deutsche Verwaltung gerechter gewesen sei, als die heutige litauische. Erst kurz vor dem Umsturze wurde die Verwaltung von der allgemeinen Korruption erfaßt."

Soweit Herr v. Gayl, der zweifelsohne einer der besten Kenner der litauischen Vorgänge ist.

Bei der nachträglichen Beurteilung der deutschen Randstaatenpolitik habe ich bereits auf den durch die Gründung Polens geschaffenen verhängnisvollen Vorgang hingewiesen. Von dort führt über das Schlagwort „von der Befreiung unterdrückter Völker" ein unmittelbarer ideengeschichtlicher Zusammenhang zu der vom Abgeordneten Dr. David für die Litauer geforderten „Selbstbestimmung der Nationen", und zu den 14 Punkten Wilsons. Als der Reichstag und die Mehrheit des deutschen Volkes sich auf den Boden dieser Punkte stellten, waren die internationalen theoretischen Voraussetzungen in allerhand Schlagworten gefunden, die den Zusammenbruch der Mittelmächte beschleunigten, weil sie bei weiten Kreisen unseres Volkes als politisches Evangelium anerkannt wurden. Die von uns selbst geschaffenen teilweise in dem Rüstzeuge des deutschen Sozialismus vorhandenen, teils vom Auslande willig aufgenommenen

Befreiungs- und Friedensformulierungen haben neben Ernährungselend und Kriegsmüdigkeit bei uns, und noch früher bei unseren österreichischen Verbündeten jenen Geisteszustand geschaffen, der den Boden für Zusammenbruch und Auflösung bildete. Die in Polen begonnene, vom deutschen Standpunkte aus für das Reich lebensgefährliche „Befreiungspolitik" endete mit der Befreiung aller Westslaven, mit dem Tode der Habsburger Monarchie und bei der sprichwörtlichen Undankbarkeit befreiter Völker mit dem Verluste der deutschen Ostmarken in Versailles. Bei dieser für unser Volk furchtbaren Entwicklung hat sich der deutsche Reichstag zuerst nur als Zuschauer beteiligt, später selbst mitgewirkt und auch damit ein vollgerüttelt Maß von Schuld an dem deutschen Schicksale 1918 auf sich geladen.

Abg. *Joos:*

Ich will mich nur zu den präzisen Vorschlägen des Herrn Vorsitzenden äußern, die er aus dieser mysteriösen Zeitungsnotiz herausholt, und möchte betonen, daß diese Fragen an Herrn v. Kühlmann bereits gestellt sind. Ich erinnere an die Frage, die Herr Prof. Spahn an ihn gerichtet hatte:

> „Was wir gehört haben, beweist, wie recht Graf v. Westarp gestern hatte, als er nach dem Anteil fragte, den in jener Zeit Herr Erzberger an den Ereignissen hatte. Es handelte sich damals für alle, die Bescheid wußten, nicht nur um die Frage, was Regierung, O. H. L., Siebener-Ausschuß, Reichstag als maßgebende Instanzen taten, sondern auch darum, daß Herr Erzberger eine sehr weitgehende Funktion ausübte. Erzberger hat den Brief des Nuntius früher gekannt als der Reichskanzler. Es wäre in hohem Maße wichtig, wenn wir erfahren könnten, wie Herr Erzberger den Inhalt des Briefes kennengelernt hat. Kann das Auswärtige Amt darauf antworten? Wir stellen die weitere Frage, warum Erzberger meinte, in der zweiten Septemberhälfte 1917 beruhigend auf die Reichstagsmehrheit einwirken zu können. Die Herren von der Sozialdemokratischen Partei sind damals unruhig geworden. Die wacheren unter ihnen hatten das Gefühl, daß nicht alles so lief, wie es im Siebener-Ausschuß bekanntgegeben worden war. Es hätte nahegelegen, daß sich der Siebener-Ausschuß wieder gemeldet hätte. Wir fragen: Kann der Zeuge oder vielleicht Herr v. Bergen bekunden, daß Herr Erzberger soweit informiert war, daß es durch ihn nicht zu einer Aktion im Siebener-Ausschuß kam?"

Und dann heißt es weiter:

> „Um so dringender muß die Frage an die Zeugen aus der Regierung, unter Umständen an Herrn v. Bergen, gestellt werden, wie es kam, daß Erzberger plötzlich so beruhigend wirken konnte. Die Frage ist auch deshalb für uns wichtig, weil der Anschein erweckt wurde, als ob er von der Kurie unterrichtet wurde. Ich

möchte diese Vermutung nicht unwidersprochen in die Welt gehen lassen. .. . ."

Auf alle diese klaren Fragen, die den Zweck sichtbar machten, den auch Graf v. Westarp schon eröffnet hatte, antwortete der Zeuge v. Kühlmann:

„Ich habe mit Erzberger im allgemeinen über die dem Siebener-Ausschuß vorliegenden Fragen, wie ich aus der Verlesung der Tagebuch-Notizen des Herrn Abgeordneten Scheidemann wieder gehört habe, gesprochen und habe ihm wohl gesagt, daß ich als letztes Ziel die Freigabe Belgiens nachdrücklich als Mittel, zum Frieden zu kommen, verfolge. Über das Maß der Intimität Erzbergers zu der Kurie kann ich nichts aussagen. Daß ihm vom Auswärtigen Amt die wichtigsten und vertraulichsten Schriftstücke privatim vorgelegt worden wären, glaube ich bestimmt nicht annehmen zu können, weil ich nicht glaube, daß das ohne meine Billigung geschehen wäre."

Wenn also ein solcher Brief existierte, wäre Herr v. Kühlmann verpflichtet gewesen, das bei seiner Aussage zu sagen. Warum hat er diese Äußerung nicht gemacht. Er ist auf seinen Eid hingewiesen worden, den er im Jahre 1921 geleistet hat.

Nun hat der Herr Generalsekretär auf die Vorbehalte aufmerksam gemacht, die damals bei der Eidesablegung gemacht wurden. Auf S. 61 Anmerk. 1 dieses Bandes heißt es:

„Ich möchte meinen Eid dahin präzisieren, daß die Aussagen gemacht werden mit der expressen Reservation, soweit ich mich auf mein Gedächtnis verlassen kann bzw. soweit mein Gedächtnis mich nicht täuscht, und mit der zweiten Reservation, daß ich Namen von vermittelnden Persönlichkeiten, Korporationen oder Staaten, da, wo ich durch spezielle Umstände gebunden bin, nicht nenne."

Um einen Gedächtnismangel kann es sich in diesem Falle nicht handeln; denn es mußte durch die Anzapfungen von den verschiedenen Seiten angeregt sein. Ich glaube, er könnte sich auch nicht darauf berufen, daß er vermittelnde Persönlichkeiten, Korporationen oder Staaten nicht nennen wollte. Wenn *das* die Ursache wäre, dann würden wir durch eine neue Vernehmung nichts von ihm zu hören bekommen. Er würde sich also entweder wieder auf seine Vorbehalte zurückziehen, wobei wir nichts weiter aus ihm herausbekommen, oder er spricht. Dann frage ich mich: warum hat er in seinen bisherigen Aussagen nicht gesprochen, als er gefragt wurde? Dann muß man sich in der Tat überlegen, ob er sich nicht einer Unterlassung schuldig gemacht hat, als er diese ausweichende Antwort gab.

Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp:*

Als Herr v. Kühlmann vernommen wurde, habe ich an den Eid vor dem 2. Unterausschusse erinnert.

Damals hat der Vorsitzende, Abg. Dr. Breitscheid, Bedenken gegen Kühlmanns Vorbehalte geäußert. In der Tat ist die Frage von Bedeutung, ob es richtig ist, eidliche Vorbehalte zuzulassen.

Der Kernpunkt der Sache ist heute: Hat Kühlmann den erwähnten Brief erhalten oder nicht und ist ein solcher vorhanden? Wenn nicht, dann würden sich die weiteren Fragen erübrigen. Ich will keinen Anlaß zu einer neuen Vernehmung geben, deshalb habe ich vorgeschlagen, Kühlmann schriftlich zu befragen. Der Ausschuß kann dann aus seiner Antwort die Folgerungen ziehen.

Abg. *Dittmann:*

Auf mich hat der größte Teil der Ausführungen des Abg. Dr. Philipp wie eine deutschnationale Parteideklamation gewirkt, um sozusagen seine Partei während des Krieges zu rechtfertigen. Ich glaube, daß wir durch den Herrn Abg. Dr. Spahn darüber Aufschluß bekommen können, wer diese merkwürdige Zeitungsnotiz in das „Tageblatt für Borna" hineinlanciert hat. Sie deckt sich nämlich sehr merkwürdig genau mit den Gedankengängen, die Herr Spahn hier vorgetragen hat. Sollte sich übrigens Herr Spahn nicht dazu bekennen, mitgeholfen zu haben, diese merkwürdige Notiz in das Bornaer Tageblatt zu bringen, dann bin ich nicht willens, auf diese Notiz hin irgendwelche Vernehmung von irgendwelchen Personen vorzunehmen. Wir können nicht alle Pressekloaken ausmisten, die im ganzen Lande vorhanden sind. Deshalb gebe ich auf diese Notiz zunächst überhaupt nichts.

Auffällig ist, daß die große Rechtspresse darüber nichts gebracht hat. Sie muß also wohl gewußt haben, daß sie, wenn sie darauf gestellt würde, nachher eingestehen müßte, daß alles nicht wichtig ist. In welche Situation kämen wir auch, wenn wir Herrn Kühlmann nun neu vernehmen? Er wird sagen: was ich zu sagen habe, habe ich unter Eid ausgesagt. Wir haben also die Pflicht, uns erst zu vergewissern, um was für eine Quelle es sich handelt. Wenn sich nicht herausstellt, woher das Bornaer Tageblatt seine Weisheit hat, dann werde ich mich dagegen wenden, daß wir daraufhin überhaupt etwas veranlassen.

Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp:*

Mit Herrn Dr. Spahn habe ich gestern abend um 7 Uhr zum erstenmal über diese Sache gesprochen.

Abg. Dr. *Bergsträßer:*

Herr Kollege Dr. Philipp hat sehr viele Dinge berührt und hat, was mich persönlich sehr interessiert, über die Verwaltung Oberost Mitteilungen des Herrn von Gayl gegeben, an denen ich sehr gern einige Kritik übte. Ich war drei Jahre in Oberost tätig und könnte deshalb allerlei reizvolle Dinge erzählen. Aber man mag die Dinge ruhig einmal grundsätzlich behandeln. Dann wird man sehen, daß diese ganze Oberostpolitik eine Unmasse von stark gegensätzlichen

Dingen gewesen ist, was sich schon daraus ergibt, daß diese ganze Oberostpolitik vom Standpunkt allgemeiner politischer Auffassung aus völlig verfehlt gewesen ist, ohne Einzelheiten in bezug auf die Behandlung der Bevölkerung berühren zu wollen, wobei ich auch mit einem ganzen Katalog dienen könnte.

Wir werden aber genötigt sein, nach diesem Referate des Herrn Abg. Dr. Philipp uns über alle darin berührten Fragen neuerdings auseinanderzusetzen.

Sachverständiger Abg. D. Dr. Dr. *Bredt:*

Der Herr Abg. Dr. Philipp hat heute die Frage erörtert, ob wir durch frühzeitige Wahlrechtsreform usw. den militärischen Verlust des Krieges hätten vermeiden können. Diese Frage ist im Ausschuß bisher niemals erörtert worden. Es hat sich nur darum gehandelt, ob wir beim militärischen Verlust des Krieges den inneren Umsturz vermeiden konnten.

Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp:*

Wir können heute entscheiden, ob wir Herrn v. Kühlmann schriftlich oder mündlich oder überhaupt nicht vernehmen wollen.

Abg. Frhr. *v. Rheinbaben:*

Der Vorbehalt des Staatssekretärs Dr. v. Kühlmann bei seiner Vernehmung vor dem 2. Unterausschuß hat sich ausdrücklich auch auf Vermittler im Innern, also u. a. auch auf den verstorbenen Abg. Erzberger bezogen.

Wenn Sie daran denken, daß Herr v. Kühlmann in der Dezembervernehmung immer wieder darauf zurückgekommen ist, daß er unter Eid aussagen muß, sich aber natürlich auch an diese Reservation gebunden fühlte, dann werden Sie verstehen, daß Herr v. Kühlmann, soweit ihm das möglich war, eine gewisse Reservation geübt hat. Er hat mit äußerstem Geschick die Grenze eingehalten, einerseits Reservation zu üben, andererseits nichts zu verschweigen, wozu er nach dem Eid verpflichtet war.

(Abg. *Joos:* Auch seine Äußerung „darüber kann ich nicht aussagen" kann man so deuten: weil ich diesen Vorbehalt machen muß!)

Ich habe aber noch Folgendes zu bemerken: Ich bin in der damaligen Zeit, wenn auch in untergeordneter Stellung, im Auswärtigen Amt gewesen. Ich war damals an die Schweigepflicht des Auswärtigen Amts nach dem allgemeinen Revers gebunden. Mit dem verstorbenen Abg. Erzberger habe ich in den Jahren 1917 und 1918 in einem sehr häufigen Gedankenaustausch gestanden und noch jetzt sehr viele Äußerungen von ihm persönlich so deutlich in der Erinnerung, daß ich gar keine Bedenken tragen würde sie wörtlich hier wiederzugeben. Wenn Sie den ganzen letzten Einzelheiten in den Friedensvermittlungsaktionen eine so große Bedeutung beilegen, dann werden,

fürchte ich, noch reichlich delikate Dinge hier zur Sprache kommen. Ich stelle Folgendes fest:

In der Dezembervernehmung der Herren Michaelis und v. Kühlmann ist auf die besondere Rolle des Abg. Erzberger durch den Herrn Kollegen Dr. Spahn hingewiesen worden; ebenso durch die Erklärungen, die der Herr Vorsitzende als Mitglied des Ausschusses gemacht hat. Da scheint es mir allerdings nötig, dieser Frage einen gewissen Abschluß zu geben, und ich möchte mich zunächst auch dahin aussprechen, daß ich glaube, vorbehaltlich der grundsätzlichen Einstellung, die der Ausschuß noch vielleicht einnehmen könnte, wäre es richtig, daß er schriftlich an Herrn v. Kühlmann die vorgeschlagenen Fragen richtet. Es handelt sich eventuell um eine Auskunfterteilung als Ergänzung zu seinen Ausführungen im Dezember. Dem Ausschuß steht es dann frei, was er mit einer solchen Beantwortung dieser Fragen machen will. Aber die Bedeutungslosigkeit des „Bornaer Tageblatts" hat wohl damit nichts zu tun: daß immerhin schon in der Fragestellung des Herrn Kollegen Dr. Spahn auch die Frage lag, ob nicht der Abg. Erzberger damals doch in irgendeiner Weise noch präziser als Vermittlungsmann tätig gewesen ist, als das vielleicht in den Dezembervernehmungen zum Ausdruck gekommen ist.

Abg. Dr. *Spahn:*

Von der Notiz über Herrn v. Kühlmann habe ich gestern abend durch Herrn Dr. Philipp gehört. Es handelt sich nicht um das Amtsblatt von Borna, sondern um das „Chemnitzer Tageblatt". Wenn man ein Interesse daran hat, die Wahrheit festzustellen, wird man an der Notiz eines größeren Blattes nicht achtlos vorübergehen können. Es wird nicht genügen, Herrn v. Kühlmann zu fragen, sondern man muß auch feststellen, woher die Mitteilung im „Chemnitzer Tageblatt" stammt. Gegen die Einzelheiten, die darin angegeben sind, möchte ich zunächst noch einige Zweifel hegen. Ich bin durch meinen Vater im allgemeinen immer unterrichtet gewesen. Ich habe den Eindruck gehabt, daß Herr v. Kühlmann gerade auf meine Fragen ungemein vorsichtig antwortete. Das erklärt sich wohl aus dem Eidesvorbehalt Kühlmanns. Ich hatte eine etwas präzisere Antwort von ihm erwartet. Etwas bestimmter hat er nur gesagt, daß er über Erzbergers Beziehungen zur Kurie keinen Bescheid geben könnte. Ich stehe durchaus auf dem Standpunkt, daß die Kurie Herrn Erzberger immer skeptisch behandelt hat.

Die Indiskretionen, durch die Herr Erzberger in den Besitz seiner Kenntnisse kam, waren meines Erachtens die Folge von Verfilzungen zwischen unseren Ämtern und den Reichstagsparteien. Auf meine Frage, wie weit Herr Erzberger aus dem Amt heraus unterrichtet sein konnte, hat Herr v. Kühlmann außerordentlich vorsichtig geantwortet und gesagt, er glaube das nicht, weil er nichts davon ge-

hört hätte. Was verschlägt es denn, wenn ihm die Frage vorgelegt wird, ob das stimmt, was im „Chemnitzer Tageblatt" steht? Ich würde bitten, ihn danach zu fragen.

Abg. *Dittmann:*

Ich sehe nicht ein, was die Frage, ob Herr Erzberger 1917 schon gewußt hat, was er 1919 im Reichstag vorgebracht hat, mit unserem eigentlichen Untersuchungsthema zu tun hat. Für uns hat es sich darum gehandelt: Herr Dr. Bredt hat Vorwürfe gegen Herrn Michaelis und indirekt gegen Herrn v. Kühlmann wegen ihres Verhaltens bei der Friedensaktion erhoben. Wir haben beide gehört und Aufschluß bekommen, weshalb sie ihr Verhalten so eingerichtet haben, wie es der Fall war. Vor allem haben wir erfahren, daß es immer die Rücksicht auf die O. H. L., die Schwerindustriellen und die großagrarischen Kreise gewesen ist, die die Herren beeinflußt hat. Die Frage, ob Herr Erzberger damals schon gewußt hat, was er 1919 vorgetragen hat, ist für unsere Untersuchung nicht wichtig. Angenommen, er habe es gewußt, es sei ihm von Herren des Auswärtigen Amtes mitgeteilt worden, so sicherlich mit der Verpflichtung, absolutes Schweigen darüber zu bewahren.

Sachverständiger Dr. *Delbrück:*

Dadurch ist die Situation entstanden, daß man bei der Kurie glaubte; trotz dieser Absage können wir doch noch weiter arbeiten. Warum man den Engländern nachher gesagt hat, es wäre noch nicht alle Hoffnung verloren, das könnte durch den Erzberger Brief geklärt werden.

Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp:*

Der Kern meiner Fragestellung ist der: Hat Herr Erzberger in seiner Eigenschaft als Abgeordneter in irgendwelchem Auftrag oder meinetwegen in keinem Auftrag nach dem Abgang der deutschen Note bei Pacelli oder bei anderen Personen der Kurie die Note im Sinne des Herrn v. Kühlmann interpretiert und hat er über das Ergebnis dieser Beratungen an Herrn v. Kühlmann einen Brief geschrieben, worin er sich anerkennend über seine Erfolge ausspricht? Die Frage kann Herr v. Kühlmann mit einem knappen Ja oder Nein beantworten.

Abg. *Joos:*

Er hat aber schon geantwortet; er mußte nach der Fragestellung eine Antwort geben und hat sie nicht gegeben.

Abg. Frhr. *v. Rheinbaben:*

Gegenüber Herrn Abg. Joos möchte ich sagen: Sie haben mit Recht die Auffassung, daß Ihre Fragen eigentlich beantwortet worden sind. Andere Kollegen haben diese Auffassung nicht. Nun wollen Sie in der Tätigkeit dieses Ausschusses Fragen und Bedenken anderer Kollegen offen lassen. Ich fürchte, wir kommen dann überhaupt nicht zu einem einwandfreien Resultat. Es wird von der anderen Seite

vielleicht gesagt werden: Wenn wir Herrn v. Kühlmann noch ergänzend gefragt hätten, würden wir eine positivere Grundlage für unsere Beschlüsse haben. Wir anderen bleiben jedenfalls nach unseren Indizien auf unserer Grundlage stehen. Deshalb möchte ich noch einmal den praktischen Vorschlag machen, die von Herrn Philipp gewünschten Fragen schriftlich an Herrn Kühlmann zu stellen. Vielleicht wird er — nach meiner Ansicht mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit — sich erneut auf seine Reservationen zurückziehen. Dann ist aber immerhin noch etwas deutlicher als aus den Dezemberaussagen heraus festgestellt, daß Herr v. Kühlmann bei seinen ersten Reservationen bestehen bleibt und einfach sagt: „Es gibt gewisse Dinge, die so vertraulicher Natur waren, — ich habe das gleich am Anfang betont —, daß ich darüber nichts sagen kann; mein Gedächtnis ist vielleicht auch nicht mehr gut genug, daß ich die teilweise in Gesprächen gemachten Einzelheiten nun alle noch unter Eid aussagen kann."

Auf jeden Fall scheint mir die Situation so zu sein, daß eine schriftliche Anfrage nicht irgendwie *schaden* könnte, und die Möglichkeit, daß die schriftliche Aussage *nutzt*, ist immerhin vorhanden.

Abg. Dr. *Rosenberg:*

Wenn die sächsische Provinzpresse weltgeschichtliche Beiträge liefert, ist das an sich sehr nützlich. Aber ich glaube, daß ein Vorgehen in dem vorgeschlagenen Sinne uns weit über die Grenzen unserer Aufgabe hinausführt. Für uns handelt es sich um die konstitutionelle Frage: Welchen Einfluß hatte der Reichstag, ganz besonders der Siebener-Ausschuß auf die Außenpolitik bei Behandlung der Papstnote? Diese Frage haben wir mühsam zu klären gesucht. Die Sondertätigkeit des Herrn Erzberger hat damit nichts zu tun. Ich wehre mich besonders gegen die neuen Anregungen, weil ich das Gefühl habe, daß vielleicht einige Mitglieder des Ausschusses allzusehr darauf drängen, aus den Fragen, die wir hier zu behandeln haben, eine Frage Erzberger zu machen. Diese Frage mag recht interessant sein, aber sie beschäftigt uns hier nicht.

Abg. *Joos:*

Aus meiner Stellungnahme zu den Anregungen des Herrn Vorsitzenden und des Kollegen v. Rheinbaben ergibt sich für mich die peinliche Situation, daß ich den Eindruck erwecken könnte, als weigerte ich mich, diesen Anregungen Folge zu leisten, und hätte ein Interesse daran, irgend etwas zu verheimlichen, was mit dem Namen Erzberger und seiner Tätigkeit zusammenhängt. In etwa hängt das zwar mit unserem Thema zusammen, wenn wir nämlich untersuchen, wie die Reichsregierung mit dem Siebener-Ausschuß umgegangen ist, was sie ihm anvertraut und was sie ihm vorenthalten hat. Da ist natürlich nicht ganz unerheblich, welche Sonderinformationen nebenher liefen.

Wir werden uns — glaube ich — schnell einigen können.

Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp:*

Nach meiner Auffassung braucht Herr v. Kühlmann nur zu erklären, ob er von einem solchen Briefe etwas weiß oder nicht.

## Anlage I

### Stellungnahme des Staatsministers v. Loebell zur preußischen Wahlrechtsfrage und der sogenannten Neuorientierung vom 13. November 1926

Als ich im April 1914 das Preußische Ministerium des Innern übernahm, erklärte mir der Ministerpräsident v. Bethmann Hollweg, daß eine alsbaldige Aufnahme der Wahlrechtsfrage im Parlament nicht seinen Wünschen entspräche. Auch ich glaubte, daß nach dem mißglückten Versuch des Ministers v. Moltke die Einbringung einer Wahlrechtsvorlage sich erst nach Klärung der Verhältnisse im Abgeordnetenhause auf Grund eingehender Vorverhandlungen mit den Parteien rechtfertige. Ich gab deshalb in der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 18. Mai 1914 auf eine Anfrage des Abgeordneten Pachnicke eine ablehnende Antwort, die etwas schroff ausfiel, weil ich den Gerüchten entgegentreten wollte, die meine Berufung als Minister lediglich mit der Wahlrechtsfrage begründen wollten.

Dann kam der Weltkrieg. Es war mir sehr bald klar, daß ihm eine Neuordnung folgen müsse. In diesem Sinne habe ich bereits 1915 in einer Denkschrift an den Kaiser berichtet und darin ausgeführt, daß der Krieg mit seinen ungeheuren Leistungen mit Recht eine starke Schätzung der Persönlichkeit bringen würde, der nach dem Kriege auch politisch Rechnung getragen werden müsse. Es sei deshalb auch ein unbedingtes Erfordernis, dann die Wahlrechtsfrage völlig zu lösen und zwar auf freiheitlicher Grundlage. Der Kaiser stimmte mir unbedingt und freudig zu und verlangte von mir alsbald weitere Vorschläge. Diese Vorschläge, die auf ein sehr milde abgestuftes Pluralwahlrecht mit einer geringen Höchststimmenzahl ausliefen, habe ich dem Kaiser vorgelegt und auch hierin seine Zustimmung gefunden. Zwischen Staatsregierung und der überwiegenden Mehrheit des Landtages herrschte aber Übereinstimmung daß eine Vorlage an das Parlament erst nach dem Kriege kommen dürfe. Die Vorarbeiten im Ministerium des Innern wurden aber eifrig fortgesetzt. Als dann im Jahre 1917 die Osterbotschaft des Kaisers ergangen war, erschien es mir trotz aller früheren Bedenken nötig, die feierliche Versprechung der Krone auch sofort in die Tat umzusetzen. Ich trat mit sämtlichen Fraktionen des Abgeordnetenhauses in Verbindung und erreichte eine Einigung der Konservativen, Frei-

konservativen, Nationalliberalen und der Zentrumspartei auf der Grundlage eines sehr maßvollen und freiheitlichen Pluralwahlrechts. Die Sozialdemokratie lehnte die Zustimmung ab, und auch die Freisinnige Volkspartei glaubte, entsprechend ihrer grundsätzlichen Haltung gegenüber dem gleichen direkten Wahlrecht nicht zustimmen zu können, hätte aber wohl die Lösung der Frage auf Grund des Kompromisses damals nicht ungern gesehen.

Der Ministerpräsident v. Bethmann Hollweg widerstrebte aber dem Vorgehen und glaubte, dies wohl gegenüber von ihm gegebenen anderweiten Zusagen nicht verantworten zu können. Die weitere Verfolgung unterblieb deshalb, und einige Wochen darauf forderte Herr v. Bethmann Hollweg das gleiche direkte Wahlrecht. Die weiteren Vorgänge sind bekannt. Die preußischen Minister, die Gegner des gleichen Wahlrechts waren, schieden aus, nachdem vorher Herr v. Bethmann Hollweg durch Herrn Michaelis ersetzt war. Am Tage nach der Kronratsitzung im Juli 1917 habe ich aber bereits dem Kaiser in einem mündlichen Vortrage, den er wünschte, auf seine Frage erklärt, daß nunmehr das gleiche direkte Wahlrecht von ihm bewilligt werden müsse, diese Aktion aber nicht mehr von dem Reichskanzler v. Bethmann Hollweg durchgeführt werden könne, da dieser im Reichstage und im Landtage nicht mehr die nötige Autorität für eine solche Aktion besäße.

Über die Notwendigkeit einer anderweitigen Orientierung der inneren Politik habe ich mich aber wiederholt im Landtage ausgesprochen. So habe ich in der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 17. Januar 1916 erklärt:

„Aufgaben, die dem öffentlichen Leben der Friedenszeit und nur diesem gelten, dürfen wir nicht lösen unter Ausschluß der Millionen deutscher Männer im Felde, die ihr Leben dafür einsetzen, daß Deutschland nach diesem Kriege einer glücklichen Zukunft und gesichertem Frieden entgegengeht. Diejenigen, die in der Heimat heute schon und mitten unter den Schlachtenentscheidungen die Hand anlegen wollen an die Einrichtungen der Friedenszeit, müssen sich gedulden, bis Deutschlands Krieger heimkehren.

Es ist mir verständlich, daß heute, da das gesamte deutsche Volk mit Recht dem Hochgefühl erfüllter Pflicht lebt, die Hoffnung auf die bisher unerreichbare Erfüllung des einen oder anderen politischen Wunsches aufkommen kann. Doppelt verständlich ist es mir, wenn die einzelnen Parteien, die gemeinsam die Last des Krieges tragen, heute voneinander mehr Verständnis und mehr Entgegenkommen erwarten. Der Wunsch und der Wille, den Frieden einst so in gemeinsamer Arbeit zu gestalten, wie man den Krieg durchlebt hat, wäre ein gewaltiger Gewinn dieses Krieges. Die Regierung wird das ihre tun, wird alles daran setzen, selbst Träger des Willens zur Erhaltung der nationalen Einmütigkeit zu sein.

Die Aufgaben, die die Regierung schon jetzt im Kriege als im Frieden bevorstehend erkennt, sind solche, die die Kriegszeit bereits als geboten, als notwendig erscheinen läßt. Ich erwähne ausdrücklich in diesem Sinne und in diesem Zusammenhang die dem Kriege folgenden abschließenden Arbeiten an den für die Wahlen zum Hause der Abgeordneten gültigen Bestimmungen, die endgültige Lösung einer Frage, die vor dem Kriege in Angriff genommen, aber nicht beendet wurde.

Die Regierung weiß auch und hat gesehen, wie die umstrittene Frage durch Jahre die Parteien voneinander geschieden hat. Sie sieht in der ernsten großen Stunde und in der hier gewonnenen Einmütigkeit der Parteien einen zu kostbaren Gewinn der Kriegszeit, um nicht alles zu tun, sie zu erhalten. Die Regierung ist deshalb entschlossen, wenn die Waffen ruhen, das politische Leben Preußens und Deutschlands von der umstrittensten Frage dauernd zu entlasten und sie erwartet, alle Parteien an ihrer Seite zu finden, wenn sie die Grundlagen für die Beratungen in ihren Vorschlägen bietet.

Auch den Anhängern der Sozialdemokratischen Partei gegenüber hat die Verwaltung Preußens der Tatsache Rechnung getragen, daß die Gegensätze der Parteien aufgegangen sind in der großen Pflicht der Vaterlandsverteidigung. Die Regierung hofft, daß die große Mehrheit der Sozialdemokratischen Partei auch im Frieden auf dem Wege bleibt, den sie bei Kriegsausbruch zum Segen Deutschlands beschritten hat. Die Regierung wird das ihre tun, der Sozialdemokratie diesen Weg nicht schwer zu machen. Die Fülle der Gegensätze wird sich ganz gewiß nicht ausgleichen lassen, aber die Hoffnung ist erweckt, und die Hoffnung wollen wir festhalten, daß, wie im Kriege so auch in der Friedensarbeit in großen Fragen, vor allem in nationalen Lebensfragen, die Mehrheit der Sozialdemokratischen Partei auf dem Boden des Staatsgedankens ihren Platz an der Seite der anderen Parteien sucht und findet."

In derselben Sitzung sagte ich über die Presse:

„Leben und Wirken der Presse sind untrennbar verbunden mit der Möglichkeit der freien Meinungsäußerung. Die Presse ist bei uns groß geworden mit der Befreiung der öffentlichen Meinung von staatlicher Zensur. Die Zeitungen und die politisch beruflichen Kreise, denen sie dienen, müssen sich an einem Lebensnerv getroffen fühlen, wenn Zensurbeschränkungen der Freiheit der Meinungsäußerung ihre Grenze ziehen."

In der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 14. Februar 1917 führte ich folgendes aus:

„Erst müssen wir diesen Krieg sieghaft zu Ende geführt haben, ehe wir daran gehen können, unser inneres Haus auszubauen und,

soweit nötig, neu zu bauen. Die Frage, wie dann unsere innere Politik nach dem Kriege aussehen wird, ist mir trotzdem gewiß verständlich, sie liegt in der Luft. Aber Sie wollen mir eins zu sagen gestatten, das Wort Neuorientierung — als halbes Fremdwort eigentlich kein sehr schöner Ausdruck — spricht die Wahrheit aus, daß ein Erlebnis wie dieser Weltkrieg, ein Erlebnis, das so tief in alle privaten und öffentlichen Verhältnisse einschneidet, auch unserem inneren nationalen Leben andere Bedingungen vorschreibt, es in eine neue Richtung bringt. Meine Herren, dieser Wahrheit kann sich die königliche Staatsregierung nicht entziehen und wird sie sich auch nicht entziehen, ihr wird sich auch kein Mitglied dieses Hauses, auf welcher Seite es auch seinen Platz haben mag, entziehen. Ein solcher Weltkrieg bringt das Völkerleben und das Volksleben in neue Bahnen, in Bahnen, für die die vergangene Friedenszeit Muster und Grundsätze an sich kaum haben konnte. Es kann kein Politiker und Staatsmann glauben, daß die innere Politik nach dem Kriege an der Stelle wieder einsetzen sollte, wo sie vor dem Kriege aufgehört hat, daß etwa der einzige Erfolg der Neuorientierung darin bestände, daß nun eine neue politische Richtung zur Geltung käme.

Zunächst werden wir alles zu tun haben, um den Wiederaufbau unseres Staates nach dem Kriege zu vollbringen. Daneben werden die Gesetze kommen, die ich Ihnen schon verkündet habe. Aber es wird nicht die Aufgabe der Staatsregierung sein, etwa nun nach dem Kriege eine Fülle von neuen Gesetzen über das Land zu ergießen. Wo nach dem Kriege Gesetze nötig sind, werden sie kommen und die Staatsregierung wird sie vorurteilslos ohne politische Voreingenommenheit bringen in der Form, von der sie annehmen darf, daß sie dem beabsichtigten Zweck am besten entsprechen.

Meine Herren, wenn ich unsere Verwaltung durchaus loben konnte, weil sie sich bewährt hat, so bin ich trotzdem vollkommen der Ansicht, daß wir eine Reform der Verwaltung sobald wie möglich anstreben müssen, eine Reform sowohl hinsichtlich des Betriebes der Verwaltung als auch hinsichtlich ihres eigentlichen Aufbaues. Es sind deshalb jetzt schon zwei Kommissare ernannt worden, die ihrerseits vollkommen selbständig ihre Vorschläge nach Maßgabe ihrer Erfahrungen machen sollen. Weiter wird aber noch manches geschehen können, und ich werde das meine dazu tun, daß die Handhabung in der Praxis der Verwaltung eine wahrhafte freiheitliche ist. Meine Herren, die Tatsache, daß die Not der Zeit alle Berufsstände und Klassen, alle Parteien einmütig zusammenführt und die verschiedenen Bevölkerungskreise so nahe zueinander gebracht hat, muß auch von der preußischen Verwaltung unbedingt dauernd im Auge behalten werden und auch für jeden Beamten leitend sein

und bleiben. Das muß sich im einzelnen wie im ganzen auch in der Art des Umganges, im Ton und in den Formen zeigen. Es ist möglich, daß hin und wieder noch nicht die richtige Art im Verkehr zwischen Behörden und Bevölkerung herrscht, da muß nach meinem Dafürhalten jede Gepflogenheit beseitigt werden, die mit der Aufrechterhaltung der Autorität des Beamten nicht notwendig verbunden, die in dem Verhältnis zu den Beamten und dem Vertrauen zu den Beamten abträglich und für die Bevölkerung verletzend ist. Die mit der Ausführung der Gesetze betrauten Behörden und Beamten sollen wissen, daß die Gesetze zur Wohlfahrt der Bevölvölkerung gemacht sind, und sie sollen diese Tatsache auch stets der Bevölkerung im Bewußtsein halten. Bürokratische Engherzigkeit, schroffe scharfe Formen, kleinliche unnötige polizeiliche Maßregeln wirken verärgernd und verletzend, werden vielleicht manchmal die Bevölkerung nicht zu dem vollen Bewußtsein kommen lassen, Bürger eines durch seine Gesetzgebung und Verwaltung freien Staates zu sein."

Weiter sagte ich in derselben Sitzung, daß ich die tüchtigen Beamten nehmen würde aus jedem Beruf und jedem Stand, und ich würde die Tüchtigkeit nur beurteilen nach der Leistung, nach der Beweglichkeit des Geistes, nach der Festigkeit des Charakters. So hoffte ich, daß die preußische Verwaltung zur Trägerin der persönlichen Freiheit würde, die Verwaltung und Gesetzgebung sicherstellt. Ich beklagte es, daß das Verhältnis der katholischen Beamten zu den evangelischen nach den Prozentzahlen ein ungünstiges wäre, und ich würde mir alle Mühe geben, dieses Verhältnis zu verbessern. Unter keinen Umständen würde ich eine Zurücksetzung katholischer Beamten dulden. Vorurteilslosigkeit, Gerechtigkeit, Auswahl der Beamten lediglich nach der Tüchtigkeit, das müßten selbstverständlich die unverrückbaren Grundlagen eines jeden Chefs der preußischen Verwaltung sein.

Diese Grundsätze habe ich während meiner Amtszeit streng befolgt und glaube, darin meine Pflichten gegenüber dem Staat und den Zeitverhältnissen erfüllt zu haben.

## Ergänzende Bemerkungen

Prof. Bredt sagt[1]): Daß die Einführung des gleichen Wahlrechts eine Notwendigkeit war, lag auf der Hand. Es war aber ein Unglück, daß die rechtsstehenden Parteien solchen Widerstand leisteten.

Solche Behauptung ist ex post leicht aufzustellen, man muß sich aber doch in die damaligen Zeitverhältnisse zurückversetzen. Die

[1]) Bd. 8 dieser Reihe S. 192.

rechtsstehenden Parteien hatten eine große Mehrheit im Abgeordnetenhause, das sich zusammensetzte aus

147 Konservativen
53 Freikonservativen
74 Nationalliberalen
39 Freisinnigen
101 Zentrum
11 Polen
5 Sozialdemokraten
4 Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft
3 Wilden.

Die beiden konservativen Fraktionen und die Nationalliberalen hatten mit 274 Mandaten die überwiegende Mehrheit. Ein direkter Übergang vom Dreiklassenwahlrecht zum gleichen allgemeinen Wahlrecht war eine Aufgabe, die in den ersten Kriegsjahren kein Staatsmann hätte lösen können ohne schweren Konflikt, ohne Auflösung und Neuwahlen, bei denen die gesamte Wehrmacht, die in schwersten Kämpfen unser Vaterland verteidigte, ausgeschlossen war. Der Minister des Innern mußte also zunächst versuchen, ein Kompromiß zustande zu bringen. Hierbei ist zu berücksichtigen, daß die konservativen Parteien und die Nationalliberalen das gleiche Wahlrecht ablehnten und das Zentrum zwar dringend eine Abänderung des Wahlrechts verlangte, aber nicht auf dem gleichen Wahlrecht bestand. In den ersten Kriegsjahren war unter allen Umständen der Burgfrieden möglichst aufrechtzuerhalten. Jeder Kampf in den Parlamenten mußte vermieden werden. Als aber infolge der politischen Ereignisse, insbesondere des Umsturzes in Rußland, die Osterbotschaft mit ihren feierlichen Versprechungen ergangen war, erschien es dem Minister des Innern geboten, das umstrittenste Kampfobjekt im Innern, die Wahlrechtsfrage, in liberalem Sinne sofort in Angriff zu nehmen und zur Durchführung zu bringen. Er fand hierbei die bereitwillige Unterstützung der konservativen Fraktion des Abgeordnetenhauses. In voller Übereinstimmung mit dieser und den Vertretern der Freikonservativen, Nationalliberalen und Zentrumsfraktion kam im Frühjahr 1917 eine Vereinbarung zustande, die dann vom Minister des Innern in dem hier beigefügten Votum vom 18. Juni 1917[1]) an das Staatsministerium gebracht wurde. Da auch im Herrenhause auf Zustimmung zu rechnen war, ergab sich die Möglichkeit, in einer kurzen Zeitspanne ein Wahlrecht zustandezubringen, das zwar nicht das gleiche, aber ein sehr milde abgestuftes ganz liberales Wahlrecht darstellte. In der Begründung zu dem Vorschlag heißt es u. a.:

„Die Zusatzstimmen sind so gewählt, daß sie dem von Haus aus vermögenslosen, fleißigen, intelligenten und sparsamen Hand-

[1]) S. Anlage II S. 197 ff.

arbeiter zugänglich sind. Die Untergrenzen gehen nicht über das Maß dessen hinaus, was innerhalb normaler wirtschaftlicher Entwicklung der Angehörigen der arbeitenden Klasse liegt. —

Das Wahlrecht des Entwurfs ist so ausgebaut, daß es die tüchtigsten Wähler innerhalb einer jeden sozialen Schicht zu bevorzugter politischer Mitarbeit beruft. — Der Entwurf stellt den Grundsatz ‚Freie Bahn dem Tüchtigen' auch für das politische Wahlrecht auf. Der Grundsatz des leichten Aufstiegs zu den Zusatzstimmen bedeutet die Anerkennung des Entwicklungsmoments in der inneren Politik anstelle des starren Grundsatzes absoluter Gleichheit. Nicht absolute, sondern *potentielle* Gleichheit soll in Zukunft das Wahlrecht beherrschen."

Nach der der Begründung beigefügten Berechnung würden auf die Sozialdemokraten etwa 25,33 v. H. Stimmen entfallen, während sie bei dem Reichstagswahlrecht etwa 33,33 v. H. zu erwarten gehabt hätten. Ihre Mandate würden im Abgeordnetenhause von 5 bzw. 9 auf 65 gestiegen sein. Die Mitte würde gestärkt, die Rechte wesentlich geschwächt worden sein, ihre beherrschende Stellung wäre gebrochen. Es bleibt eine Tat weitsichtiger, staatsmännischer Einsicht, daß die Konservative Partei diesem Entwurf schon 1917 zustimmte. Der Vorwurf, daß sie jede liberale Reform abgelehnt hätte, ist ungerecht.

Ministerpräsident v. Bethmann Hollweg stimmte dem Entwurf nicht zu. Seine weitere Verfolgung unterblieb deshalb und der Kampf um das gleiche Wahlrecht begann. Ganz abwegig ist die Schlußfolgerung Bredts[1]):

„Wenn man also vom ‚Dolchstoß' redet, kann man unmöglich das preußische Wahlrecht aus seiner Betrachtung herauslassen. Der eigentliche Anlaß zur ganzen späteren Umwälzung liegt im Grunde hier und nirgends anders."

Als die Forderung des gleichen Wahlrechts im Juli 1917 vom Ministerpräsidenten erhoben wurde, habe ich pflichtgemäß im Kronrat meine Bedenken hiergegen geltend gemacht, habe aber dem Kaiser, dem bereits in der Öffentlichkeit die ganze Verantwortung in dieser Frage zugeschoben war, am Tage nach der Sitzung offen erklärt, daß das gleiche Wahlrecht nach meiner Auffassung nicht mehr zu vermeiden und deshalb zu bewilligen sei. Es dürfe aber nicht mehr dem damaligen Kanzler, sondern einem neu zu ernennenden in die Hand gegeben werden, der zunächst die Verständigung der Vertreter des Abgeordneten- und des Herrenhauses herbeizuführen und dann die Vorlage an den Landtag zu bringen habe. Nur ein neuer Kanzler würde unbelastet durch die bisherige Politik die nötige Macht im Parlament haben, um die Vorlage auch durchzusetzen. Bei meinem

[1]) S. Bd. 8 dieser Reihe S. 194.

Abschied aus dem Staatsdienst habe ich dem Reichskanzler Michaelis dringend geraten, die Wahlrechtsvorlage so schnell als möglich an den Landtag zu bringen und dafür zu sorgen, daß sie in kürzester Frist durchgebracht würde. Dieser Rat ist nicht befolgt, und die langwierigen Verhandlungen im Abgeordnetenhaus haben, wie nicht verkannt werden kann, zur Erregung von Unzufriedenheiten beigetragen.

## Anlage II

### Denkschrift des Staatsministers v. Loebell über die preußische Wahlrechtsfrage vom 18. Juni 1917

Der Minister des Innern. Berlin, den 18. Juni 1917

Weitere Äußerung[1]) des Ministers des Innern, betreffend die preußische Wahlreform, dem Königlichen Staatsministerium ergebenst vorzulegen.

Dem Königlichen Staatsministerium überreiche ich anliegend sehr ergebenst eine Zusammenstellung des Systems der Zusatzstimmen, Anlage auf das sich bei den mündlichen Besprechungen die Fraktionen geeinigt haben. Da ich den Herren Staatsministern über den Gang der Verhandlungen und die dabei zu Tage getretenen Anschauungen der auf dem Boden des Kompromisses stehenden Parteien bereits in der Sitzung vom 23. v. Mts. mündliche Mitteilung gemacht habe, darf ich mich nunmehr zunächst auf eine Erläuterung der Bedeutung der einzelnen Zusatzstimmen beschränken.

Während das Reichstagswahlrecht infolge seiner einseitigen Berücksichtigung der großen Masse in seinem Ergebnis zu einer einseitigen Bevorzugung der besitzlosen Stände führt, liegt die Schwäche des Dreiklassenwahlrechtes in der überaus starken und einseitigen Bevorzugung einer geringen Anzahl von Besitzenden. Dies hat vor allem zur Folge, daß die Bedingungen für die Zugehörigkeit zu den oberen Abteilungen für die große Menge der Wähler trotz Fleiß, Sparsamkeit und durchschnittlicher Intelligenz unerfüllbar sind, daß mithin die Wähler der beiden oberen Abteilungen als eine bevorzugte Klasse denen der untersten Abteilung gegenüberstehen. Ein

---

[1]) Die erste Äußerung des Herrn v. Loebell vom Juni 1915 über die preußische Wahlreform ist im Werk des Untersuchungsausschusses nicht abgedruckt. Ein Hinweis darauf befindet sich in den Ausführungen des Abgeordneten Dr. Bergsträßer Bd. 7, I, dieser Reihe S. 230.

System, das den Fehler einer Bevorzugung von Arm oder Reich vermeidet, kann nur auf dem Boden des Mehrstimmenrechtes gefunden werden. Es unterliegt nun gar keinen übermäßigen Schwierigkeiten, die Zusatzstimmen so zu wählen, daß die Wirkung in der Mitte zwischen den beiden fehlerhaften Systemen liegt, um so schwerer lösbar ist dagegen die Aufgabe, für die Gewährung der Zusatzstimmen einen gemeinsamen, zeitgemäßen, sozialen Empfinden entsprechenden Gesichtspunkt zu finden. Die Hervorkehrung eines solchen Gesichtspunktes ist aber unerläßlich, nachdem der meinem ersten Entwurf zugrunde liegende Gedanke einer verhältnismäßig engen Anlehnung an den Grundsatz des Dreiklassenwahlrechts der veränderten politischen Lage zum Opfer gebracht werden mußte. Ein Mehrstimmrecht, das lediglich auf die Erreichung eines bestimmten politischen Erfolges abgestellt ist, muß mit Merkmalen arbeiten, die von vornherein den Eindruck des Willkürlichen machen. Es sei hier nur auf die Untergrenzen für die Zuerkennung von Mehrstimmen in dem sächsischen Wahlgesetze von 1909 verwiesen. Gerade weil es, wie ich bereits in meiner Äußerung vom 16. September v. Js. hervorgehoben habe, ohnedies unmöglich ist, das Stimmengewicht des *einzelnen* Wählers in seiner Bedeutung für den Staat zu erfassen, bedarf das Mehrstimmrecht eines leitenden Gedankens, aus dem die unvermeidliche subjektive Ungerechtigkeit im Einzelfalle verständlich und erträglich wird. Nur wenn ein solcher sozialversöhnender Grundgedanke ohne Rücksicht auf seine politische Wirkung im einzelnen folgerichtig durchgeführt wird, kann man dem Gesetze weder den Vorwurf der Willkür noch den der ungerechtfertigten Privilegierung einzelner Klassen der Bevölkerung machen.

Als ein solcher Gedanke liegt dem Entwurfe der einer Bevorzugung des Strebsamen und Tüchtigen zugrunde. Die Zusatzstimmen sind so gewählt, daß sie dem von Haus aus vermögenslosen, fleißigen, intelligenten und sparsamen Handarbeiter zugänglich sind. Die Untergrenzen gehen nicht über das Maß desjenigen hinaus, was innerhalb der normalen wirtschaftlichen Entwickelung der Angehörigen der arbeitenden Klasse liegt. Zwar waren auch die oberen Abteilungen des Dreiklassenwahlrechtes dem von Hause aus Besitzlosen natürlich nicht absolut unerreichbar; aber sie setzten im allgemeinen eine so hohe Stufe wirtschaftlicher Entwicklung voraus, daß mit ihrer Erreichung der Wähler aus seiner bisherigen Gesellschaftsklasse heraus und in eine höhere eintrat. Das Wahlrecht des Entwurfs ist dagegen so ausgebaut, daß es die tüchtigsten Wähler *innerhalb* einer jeden sozialen Schicht zur bevorzugten politischen Mitarbeit beruft. Während das Reichstagswahlrecht das gleiche Gewicht politischen Rechtes beim Eintritt in das öffentliche Leben als ein unverrückbares Maß gewährt, während das Dreiklassenwahlrecht das erhöhte Stimmgewicht an für die große Menge unerfüllbare

Voraussetzungen knüpft, stellt der Entwurf den Grundsatz: „Freie Bahn dem Tüchtigen" auch für das politische Wahlrecht auf.

Mit diesem Grundsatz will der Entwurf eine erziehliche Wirkung auf die Bevölkerung ausüben. Der Grundsatz des leichten Aufstiegs zu den Zusatzstimmen bedeutet die Anerkennung des Entwicklungsmoments in der inneren Politik anstelle des starren Grundsatzes absoluter Gleichheit. Nicht absolute, sondern *potentielle Gleichheit* soll in Zukunft das Wahlrecht beherrschen! Die unteren Stände können sich ohne Schwierigkeit zur Gleichheit ihrer staatsbürgerlichen Rechte mit den Rechten der höheren Stände emporschwingen. Das darwinistische Entwicklungsprinzip in der Natur soll seine Parallele in der Politik finden. Je freier die Bahn für diese Entwicklung zur erhöhten Rechtsstellung gemacht wird, um so bedeutsamer muß auch das ethische Moment des neuen Grundsatzes gewertet werden.

Daß diese Gedanken in dem Entwurfe ihren Niederschlag finden, ergibt m. E. eine nähere Betrachtung der einzelnen Merkmale. Hinsichtlich der *Alters- und Familienstandsstimme* bedarf dies keiner näheren Erläuterung. Während mein erster Entwurf für die Erreichung des 50. Lebensjahres und das Vorhandensein dreier ehelicher Kinder *je eine* Zusatzstimme gewährt, sind diese Erfordernisse nunmehr vereinigt und durch die weitere Voraussetzung, daß die Kinder das vierzehnte Lebensjahr vollendet haben müssen, erschwert worden. Es ist klar, daß diese Abänderung dem oben entwickelten Gedanken entspricht. Die Erreichung eines gewissen Lebensalters *allein* begründet wohl die Vermutung einer erhöhten Lebenserfahrung, aber nicht die einer besonderen Tüchtigkeit. Erst der weitere Umstand, daß der Wähler eine Familie begründet und eine Anzahl von Kindern *erzogen* hat, erbringt den Beweis, daß es sich um eine für die Allgemeinheit wertvolle Persönlichkeit handelt. Der Umstand, daß erfahrungsgemäß die Kinderzahl der unteren Stände eine größere ist als die der Besitzenden, läßt diese Stimme als sozial besonders versöhnend erscheinen. Die Untergrenzen von 50 Jahren, bzw. 3 Kindern rechtfertigen sich aus den zu §§ 4 und 5 meines ersten Entwurfes angegebenen Gründen. Das vierzehnte Lebensjahr bezeichnet in der Regel die Beendigung der Volksschulpflicht und damit für die Masse der Bevölkerung auch den Abschluß der häuslichen Erziehung.

Auch die *Vermögensstimme* beginnt bei einer so tiefen Untergrenze, daß sie dem Handarbeiter erreichbar ist. Die Höhe der Löhne gestattet vor allem zahlreichen industriellen Arbeitern, Ersparnisse in Höhe von 6 000 Mark zu machen. Die Erreichung einer Stellung als Werkmeister, Vorarbeiter usw. ist dem strebsamen Arbeiter auf der Grundlage einer guten Volksschulbildung ohne übergroße Schwierigkeit möglich, sobald er die reichlich vorhandenen Ge-

legenheiten zur Fortbildung benutzt. Hiermit ist im allgemeinen die Möglichkeit zu Ersparnissen gegeben, abgesehen etwa von den Fällen, in denen eine große Familie die gesamten Einkünfte beansprucht. In diesen Fällen wird der Ausgleich dann durch die Alters- und Familienstandsstimme geschaffen. Die Berücksichtigung des Vermögens neben dem Einkommen ist m. E. innerlich wohl begründet. Der Arbeiter, der Ersparnisse macht, beweist damit ein erhöhtes Maß wirtschaftlicher Voraussicht und ein gesteigertes Verantwortlichkeitsgefühl gegenüber seinen Angehörigen. Es ist anzunehmen, daß er die Vorsorge für die Zukunft, die er in seinen eigenen Angelegenheiten beweist, auch bei der Beurteilung der großen Fragen des Staatslebens nicht außer Acht lassen wird. Der Erwerb eines kleinen Vermögens ist zweifellos ein Zeichen erhöhter wirtschaftlicher Tüchtigkeit gegenüber demjenigen, der sein Einkommen restlos verbraucht. Meines Erachtens ist der in dieser Zusatzstimme liegende Anreiz zum Sparen aber auch aus anderen Gründen für den Staat von besonderem Werte. Die Jahrzehnte nach dem Kriege werden unter dem Zeichen eines ungeheuren Kapitalbedürfnisses stehen. Gegenüber der angelsächsischen Kapitalmacht wird die Konkurrenzfähigkeit Deutschlands auf dem Weltmarkt wesentlich davon abhängen, daß es uns gelingt, die zum Wiederaufbau unseres Wirtschaftslebens nötigen Kapitalien unter erträglichen Bedingungen aufzubringen. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß wir hierfür im wesentlichen auf die eigene Kraft angewiesen bleiben werden. Nur die auf dieser Erkenntnis beruhende strenge Sparsamkeit aller Schichten des Volkes wird uns die erforderlichen großen Mittel liefern und gleichzeitig unsere steuerliche Leistungsfähigkeit sicherstellen. Wie wichtig hierbei insbesondere die Mithilfe der kleinen Sparer ist, haben die Erfahrungen bei den Kriegsanleihen bewiesen. Ich würde es für eine sehr erfreuliche Wirkung des neuen Wahlrechtes halten, wenn es auch zu seinem Teile der Erweckung und Stärkung des Spartriebes im Volke dienen würde.

Bei der Festsetzung der *Zusatzstimme für das Einkommen* ist wieder an die Stellung des Wählers in der Gemeinde angeknüpft. Über die zwingenden Gründe zu einer solchen Regelung habe ich mich in meiner ersten Äußerung eingehend ausgesprochen. Das Durchschnittsprinzip ist in Preußen nichts neues, es findet sich
Anlage B bereits in § 2 des Gesetzes, betreffend die Wählerabteilungen bei den Gemeindewahlen vom 30. Juni 1900. Über die Wirkung der Vorschrift geben die anliegenden Probeerhebungen Aufschluß. Am wertvollsten sind hierbei die Feststellungen über die Städte Spandau, Brandenburg und Waldenburg mit einer zahlreichen industriellen Arbeiterschaft. Die Stimme kommt hier 35,59 bzw. 17,07 bzw. 18,22 v. H. der Wähler mit einem Einkommen von je 1650 Mark an zugute. Es ist also auch hier dafür gesorgt, daß sie dem Stande

des Handarbeiters nicht verschlossen bleibt. Im übrigen schwankt in den Städten der Prozentsatz der bevorzugten Wähler zwischen 15,61 v. H. (Werder a. H.) und 35,59 (Spandau), die Höhe des erforderlichen Einkommens zwischen 1200 M (Fehrbellin) und 2400 Mark (Höxter).

Erheblicher sind naturgemäß die Schwankungen bei den Gutsbezirken und Landgemeinden. Bei der verhältnismäßig kleinen Wählerzahl kann hier der Durchschnitt durch einzelne reiche Wähler stark beeinflußt werden. Der Entwurf sucht dem dadurch vorzubeugen, daß Gemeinden (Gutsbezirke) mit weniger als 30 Wählern zur Festsetzung des Durchschnittes mit einer benachbarten Gemeinde (einem benachbarten Gutsbezirke) zusammengelegt werden. Trotzdem besteht natürlich die Möglichkeit, daß ein sehr reicher Großgrundbesitzer den Durchschnitt so erhöht, daß neben ihm z. B. der Geistliche die Stimme nicht erhält. Deshalb soll bei einem Einkommen von über 3000 M (dem Beginne der Deklarationspflicht) die Zusatzstimme stets gegeben werden. Hierdurch werden Wahlkuriosa verhütet werden. In den bisher berechneten Landgemeinden liegt in zahlreichen Fällen der Durchschnitt unter dem niedrigsten Einkommensteuersatze von 6 M. Hier würde also jeder zur Einkommensteuer veranlagte Wähler die Zusatzstimme erhalten, was mir, wie bereits früher ausgeführt, für das Land nur erwünscht scheint. Die Prozentzahlen der bevorzugten Wähler in den Landgemeinden schwanken zwischen 1,96 v. H. und 37,40 v. H., die Einkommensgrenzen zwischen 900 M. und 3300 M. In zwei Landgemeinden und einem Gutsbezirke, in denen der Steuerdurchschnitt 52 M. übersteigt, findet die Sondervorschrift des letzten Absatzes Anwendung, so daß die Grenzen des Einkommens tatsächlich zwischen 900 und 3000 M liegen.

Die folgende *Zusatzstimme für die Ausübung einer selbständigen Erwerbstätigkeit* deckt sich in den Grundzügen mit Buchstabe a und b der in Anlage D zu meiner ersten Äußerung wiedergegebenen Selbständigkeits- und Ansässigkeitsstimme, jedoch mit einer wesentlichen Verbesserung. Während die erstere Fassung jedem *Eigentümer* eines gewissen Grundbesitzes — neben dem Pächter — die Stimme gewährt, fordert der Entwurf, daß der Wähler die Landwirtschaft *betreibt*. Sie schließt mithin den Gutsbesitzer, der sich damit begnügt, den Pachtertrag seines Gutes in der Stadt zu verzehren, von der Stimme aus. Die meines Erachtens erfreuliche Konsequenz ist die Nichtberücksichtigung des städtischen Hausbesitzes. Grundbesitz in Stadt und Land, der nicht der Erwerbstätigkeit, sondern lediglich der Kapitalsanlage dient, bleibt grundsätzlich außer Betracht. Soweit städtischer Hausbesitz den Gegenstand einer Erwerbstätigkeit bildet, wie bei den Inhabern gewisser großstädtischer Architektenbüros, wird der Inhaber die Zusatzstimme auf Grund von Buchstabe a erhalten. Die

Untergrenzen zu b habe ich dem § 11 e des sächsischen Wahlgesetzes entnommen, nur mit der Abweichung, daß für die Gärtnerei statt $^1/_2$ ha ebenfalls 2 ha erfordert werden. Es scheint mir nicht möglich, Gärtnerei und Obstbau, wie in Sachsen, verschieden zu bewerten, zumal da beide vielfach auf derselben Fläche betrieben werden. Die Untergrenze von 2 ha für die Landwirtschaft findet ihre innere Begründung darin, daß sie volkswirtschaftlich als die Untergrenze des kleinbäuerlichen Besitzes angesehen wird, tiefer oder höher zu gehen hieße eine willkürliche Untergrenze schaffen. Ob die übrigen Grenzen im Verhältnis hierzu richtig gewählt sind, möchte ich dahingestellt sein lassen, vielleicht trifft eine Festsetzung von 4 ha Forstwirtschaft, 2 ha Landwirtschaft, $^1/_2$ ha Obstbau, Gärtnerei und Weinbau eher das Richtige. Ich hoffe, daß der Herr Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten mich in dieser Frage mit seinem sachkundigen Rat unterstützen wird.

Eine Stimme, die dem kleinsten Bauer zuteil, dem nichtarbeitenden Großgrundbesitzer dagegen versagt wird, wird m. E. dadurch mit der größten Schärfe nicht als Besitz-, sondern als *Arbeitsstimme* gekennzeichnet. Die Untergrenzen sind so tief, daß auch der Vermögenslose in der Lage ist, den nötigen Grundbesitz zu erwerben, vor allem, wenn seine persönliche Tüchtigkeit ihn kreditwürdig erscheinen läßt.

Die Bedenken, die gegen die Hervorkehrung der Arbeitgeberschaft in Buchstabe a bestehen, lassen sich freilich nicht ganz beseitigen. Es wird jedoch auch hier der Hinweis nicht ohne Wirkung sein, daß die geringe Untergrenze von zwei krankenversicherungspflichtigen Arbeitern die Stimme dem kleinen Mittelstande zugänglich macht und damit, vor allem in den mittleren und kleinen Städten, solchen Schichten der Bevölkerung zugute kommt, die sozial und wirtschaftlich dem gehobenen großstädtischen Industriearbeiter gleichstehen, ohne daß sie über ein ergänzungssteuerpflichtiges Vermögen oder überdurchschnittliches Einkommen verfügen. Die Anknüpfung an die Krankenversicherung statt an die Invalidenversicherung empfiehlt sich aus wahltechnischen Gründen. Den Nachweis der Beschäftigung krankenversicherungspflichtiger Personen vermag der Arbeitgeber aus den Quittungen der Krankenkasse über die Beitragsleistungen ohne Schwierigkeit zu erbringen, die Quittungskarten der Invalidenversicherung lassen dagegen die Person des Arbeitgebers nicht erkennen. Sachlich wird gegenüber der Invalidenversicherung der Kreis der in Anrechnung kommenden Personen hauptsächlich insofern erweitert, als allgemein Personen unter 16 Jahren, ferner Lehrlinge auch beim Mangel eines Lohnes versicherungspflichtig sind. Ferner findet die Vorschrift in § 1227 R.V.O., wonach eine Beschäftigung, für die als Entgelt nur freier Unterhalt gewährt wird,

hinsichtlich der Invalidität versicherungsfrei ist, auf die Krankenversicherung keine Anwendung Die Stimme wird also durch das Merkmal der Krankenversicherung dem kleinen Handwerker sehr viel leichter zugänglich. Die Berücksichtigung des Versicherungsgesetzes für Angestellte neben der Krankenversicherung betrifft nur einen verhältnismäßig kleinen Personenkreis. Es sind dies nach § 1 des Reichsgesetzes vom 20. Dezember 1911 hauptsächlich die Angestellten in leitender Stellung, sowie sonstige Angestellte mit einem Jahresarbeitsverdienst von 2500 bis 5000 M. Ihre Erwähnung im Gesetz ist nötig, um zu verhüten, daß die besonders hoch qualifizierten Angestellten außer Anrechnung bleiben, so daß z. B. ein Rechtsanwalt durch die Gehaltsaufbesserung seines Bürovorstehers die Zusatzstimme verlieren würde. Bei diesen Angestellten kann man sich unbedenklich mit der Mindestzahl von einem Angestellten begnügen, hiermit kommt man ohne Willkür zu der nächsthöheren Untergrenze von zwei krankenversicherungspflichtigen Angestellten, da diese gegenüber den hochgelohnten Angestellten etwas geringer bewertet werden müssen. Gefordert wird die Beschäftigung „bei Ausübung einer Erwerbstätigkeit". Hiermit wird verhindert, daß die Berücksichtigung von Dienstboten den Charakter der Stimme als einer Arbeitsstimme verwischt. Die Frist von sechs Monaten ist zur Vermeidung von Täuschungen notwendig und ausreichend.

Am anfechtbarsten ist m. E. die Bildungsstimme in § 8 des Entwurfes. Ich muß an den in meinem ersten Votum geäußerten Bedenken gegen eine solche, notgedrungen an die Examina geknüpfte Stimme grundsätzlich festhalten. Hierzu kommt, daß sie mit dem Grundgedanken des Entwurfs, nur dem Tüchtigen jeden Standes zugängliche Voraussetzungen zu schaffen, kaum verträglich ist. Das Maß an Schulbildung, das der einzelne erwirbt, wird in der Regel nicht durch ihn selbst, sondern durch die Eltern bestimmt. Eine in späteren Jahren aus eigenem Antriebe erfolgende Vertiefung und Erweiterung der Bildung pflegt nur selten einen äußeren Abschluß durch Ablegung einer Prüfung zu finden. Diese Stimme wird daher meist auch dem tüchtigsten Arbeiter unzugänglich sein. Erheblich verringert würden diese Bedenken werden, sobald man die Bildung nicht selbständig, sondern nur als eine dritte Alternative neben der Beschäftigung von Angestellten und dem Betriebe der Landwirtschaft bevorzugen würde. Es würde hierdurch die erhöhte soziale und wirtschaftliche Bedeutung der Nichtselbständigen in Handel und Industrie im Vergleich mit der Landwirtschaft berücksichtigt werden. Der Grundsatz, daß die Zusatzstimme niemandem unzugänglich sein solle, sollte, streng genommen, auch zugunsten der geistigen Arbeiter gelten. Diese werden die Voraussetzungen der beiden ersten Alternativen niemals erfüllen können, solange sie innerhalb ihres Berufes bleiben. Hier würde durch die Berücksichtigung der Bildung ein Ausgleich derart ge-

schaffen werden können, daß wenigstens eine der drei Alternativen und damit die Stimme als solche allgemein zugänglich würde. Freilich müßte der Begriff der selbständigen Erwerbstätigkeit damit eine gewisse Erweiterung erfahren, indem darunter neben der wirtschaftlichen auch die geistige Selbständigkeit verstanden würde. Die Tätigkeit des höhergebildeten Angestellten ist, auch bei wirtschaftlicher Abhängigkeit, als solche eine selbständige, indem sie seine eigene geistige Mitarbeit zur unerläßlichen Voraussetzung hat, sie ließe sich m. E. daher ohne Zwang unter den Begriff der selbständigen Erwerbstätigkeit subsumieren. Folgerichtigerweise müßte dann allerdings auch neben der Bildung die Ausübung einer Erwerbstätigkeit gefordert werden. Der Rentner, der einmal ein Examen gemacht hat, bliebe unberücksichtigt, auch würde der Beamte beim Übertritt in den Ruhestand die Stimme ebenso verlieren, wie der Bauer, der aufs Altenteil geht. Da jedoch die Parteien sich einstweilen für eine *besondere* Bildungsstimme entschieden haben, so habe ich sie zunächst aufgenommen, möglicherweise wird die Umwandlung dieser Stimme in ein alternatives Merkmal ein geeignetes Kompensationsobjekt bilden. Bei der äußeren Gestaltung der Stimme ist die Anknüpfung an den einjährig-freiwilligen Dienst vermieden worden, durch die Berücksichtigung der Mittelschulen sollen vielmehr auch Wähler ohne diese Berechtigung die Stimme erhalten. Ob und inwieweit noch weitere Schularten (Landwirtschafts-, Baugewerksschulen usw.) der Erwähnung bedürfen, glaube ich zunächst der Prüfung der Herren Ressortminister überlassen zu dürfen.

Es handelt sich mithin um ein System von Zusatzstimmen, die sämtlich dem Tüchtigen und Strebsamen ohne außergewöhnliche Leistungen erreichbar sind. Der hochgelöhnte Arbeiter kann die Stimmen neben dem Fabrikdirektor, der kleine Sparer neben dem Millionär, der Bauer neben dem Großgrundbesitzer, der Handwerker neben dem Großindustriellen erhalten. Nur die höher Gebildeten, die zum Teile an der wirtschaftlichen Entwicklung nur indirekt teilnehmen, werden besonders bewertet. Zuzugeben ist dabei selbstverständlich, daß die Besitz- und Bildungsstimmen dem Sohne wohlhabender Eltern sehr viel leichter zugänglich sind als dem Besitzlosen. Was der tüchtige Arbeiter sich mühsam erwerben muß, wird vielfach dem von Hause aus Besitzenden mühelos in den Schoß fallen. Eine solche Konsequenz hat aber m. E. keine entscheidende Bedeutung gegenüber dem Grundgedanken, daß die Stimmen allgemein zugänglich sind. Ein Staat, der das Erbrecht nicht nur anerkennt, sondern der es zur Grundlage seiner Volkswirtschaft gemacht hat, kann selbstverständlich den ererbten Besitz bei der Bemessung politischer Rechte nicht übergehen.

Über die voraussichtlichen Wirkungen des Entwurfs läßt sich wohl mit ziemlicher Sicherheit sagen, daß er an antidemokratischer

Wirkung hinter meinem ersten Entwurf zurückstehen wird. Die Verringerung der Steuerstimmen ist zum Teil durch die Erhöhung der Untergrenze ausgeglichen, die nunmehr nicht mehr von jedem zur Einkommensteuer Veranlagten erreicht wird. Ferner sind die demokratischen Alters- und Familienstandsstimmen erheblich verringert worden, immerhin wird hierdurch ein voller Ausgleich anscheinend nicht geschaffen. Es ergibt sich ungefähr folgendes Bild:

### I. Alters- und Familienstandsstimme

Nach einer Statistik, die die Reichspostverwaltung 1913 dem Reichstage vorgelegt hat (Drucksachen des Reichstags Nr. 703) hatten unter 20 662 Beamten über 50 Jahre 57,6 v. H. mehr als zwei lebende Kinder. Hiervon sind noch die Beamten mit Kindern unter 14 Jahren abzuziehen. Solche Kinder soll es nach Ansicht des Statistischen Amts nur wenige geben, weil das durchschnittliche Heiratsalter der Männer nur ungefähr 28 Jahre beträgt, so daß 50jährige nur selten drei Kinder unter 14 Jahren haben. Da jedoch die Zahl der verheirateten Beamten um einige Prozent höher ist, als beim Durchschnitt der Bevölkerung, so ist die Verhältniszahl für die ganze Bevölkerung nur auf 51 v. H. anzunehmen. In Preußen betrug 1910 der Prozentsatz an Männern über 24 Jahre, die das fünfzigste Lebensjahr vollendet hatten, 29,4 v. H. Nimmt man also an, daß von diesen 29,4 v. H. 51 v. H. mehr als zwei lebende Kinder über 14 Jahre besitzen, so würde die Stimme 15 v. H. aller Wähler zugute kommen.

### II. Vermögensstimme

Zur Ergänzungssteuer waren 1914/16 1 940 000 Zensiten veranlagt. Wie viele von ihnen das Wahlrecht haben, ist nicht festgestellt. Da von den 7 330 000 Einkommensteuerpflichtigen 5 340 000 = 73 v. H. wahlberechtigt waren, so kann man wohl annehmen, daß der Prozentsatz bei der Ergänzungssteuer ungefähr der gleiche sein wird. Man kommt dann auf 1 416 000 ergänzungssteuerpflichtige Wähler = ca. 17 v. H. der gesamten Wählerzahl von 8 400 000.

### III. Einkommensstimme

Nach den bisherigen Probeerhebungen wird die Stimme durchschnittlich ungefähr 20 v. H. der Wähler zugute kommen.

## IV. Stimme der Erwerbstätigkeit

a) Nach der Betriebsstatistik von 1907 gab es in Preußen ca. 500 000 gewerbliche Betriebe, in denen einschließlich des Betriebsinhabers mindestens drei Personen beschäftigt waren. Hiervon sind jedoch abzurechnen diejenigen, in denen infolge Mitarbeit der Frau oder eines nichtversicherungspflichtigen Familienmitgliedes nicht zwei versicherungspflichtige Personen tätig waren, ferner mehrere Betriebe in einer Hand sowie diejenigen, die von Nichtwählern (Frauen, unter 25jährigen Männern, Nichtpreußen, noch nicht seit 1 Jahr wohnhaften juristischen Personen) betrieben werden. Man wird daher die Zahl der wahlberechtigten Betriebsinhaber vielleicht auf 400 000 schätzen können. Die landwirtschaftlichen Arbeitgeber wird man hier in der Hauptsache unberücksichtigt lassen können. Da in der Landwirtschaft außer dem Betriebsleiter fast regelmäßig die Frau oder sonst ein nicht versicherungspflichtiges Mitglied der Familie im Betriebe tätig ist, so würden an sich die Betriebe in Frage kommen, in denen einschließlich des Betriebsleiters mindestens vier Personen beschäftigt sind. Solche Betriebe gab es in Preußen 1907: 745 000 (Statistik des Deutschen Reichs Bd. 212 Teil 1).

Tatsächlich werden jedoch diese Betriebe fast ausnahmslos unter Buchstabe b fallen. Denn landwirtschaftliche Betriebe unter 2 ha, in denen einschließlich des Betriebsleiters mindestens vier Personen beschäftigt werden, waren 1907 kaum 70 000 vorhanden, auf die ca. 60 000 Zusatzstimmen zu rechnen sind. Buchstabe b soll gerade für die Landwirtschaft die Merkmale gegenüber a herabsetzen, da sie sonst, infolge der ganz allgemeinen Mitarbeit der Familie gegenüber den übrigen Erwerbszweigen zu kurz kommen würde. Die Landwirtschaft wird also fast restlos durch die zweite Alternative erfaßt.

Es ergaben sich mithin für a insgesamt ca. 460 000 Zusatzstimmen.

b) Nach der Berufs- und Betriebszählung von 1907 gab es in Preußen 1 299 000 landwirtschaftliche Betriebe über 2 ha. Hierzu kommen ca. 10 000 Weinbergsbetriebe von 50 a bis 2 ha. Hiervon sind jedoch abzurechnen mehrere Betriebe in einer Hand, ferner diejenigen, die Nichtwählern (77 228 Frauen, Männern unter 25 Jahren, juristischen Personen, noch nicht seit 1 Jahre wohnhaften, Nichtpreußen) gehören. Immerhin wird man die Zahl der bevorzugten Landwirte auf reichlich 1 000 000 veranschlagen können.

V. Nach einer bei der Vorbereitung der letzten Wahlreform gemachten ungefähren Veranschlagung werden ca. 6 v. H. der Wähler die Bildungsstimme erhalten.

Auf dieser Grundlage kommt man ungefähr zu folgendem Ergebnis:

| | | |
|---|---|---|
| Zahl der Wahlberechtigten | | 8 400 000 |
| Hierzu 15 v. H. Alters- u. Familienstandsstimme | | 1 260 000 |
| 17 v. H. Vermögensstimme | | 1 428 000 |
| 20 v. H. Einkommensstimme | | 1 680 000 |
| Selbständige Erwerbstätigkeit | a) | 460 000 |
| | b) | 1 000 000 |
| 6 v. H. Bildungsstimme | | 504 000 |
| Stimmenzahl | | 14 732 000 |

Bei der letzten Reichstagswahl erhielt die Sozialdemokratie 32,1 v. H. aller Stimmen, also ca. ein Drittel.

Hiernach würde sie erhalten:

| | | |
|---|---|---|
| $^1/_3$ der Grundstimmen | | 2 800 000 |
| $^1/_3$ Alters- und Familienstandsstimme | | 420 000 |

Wie groß ihr Anteil an den übrigen Stimmen ist, läßt sich natürlich ziffernmäßig nicht sagen, fest steht nur, daß er erheblich geringer sein wird, als der Anteil an den Grundstimmen. Ich glaube, man wird nicht unvorsichtig rechnen, wenn man bei den übrigen Stimmen ein Zehntel im Durchschnitte annimmt. Sie erhielt dann ferner:

| | | |
|---|---|---|
| $^1/_{10}$ Vermögensstimmen | | 142 800 |
| $^1/_{10}$ Einkommensstimmen | | 168 000 |
| $^1/_{10}$ Stimmen auf Grund der Erwerbstätigkeit | a) | 46 000 |
| | b) | 100 000 |
| $^1/_{10}$ Bildungsstimmen | | 50 400 |
| Insgesamt | | 3 727 200 Stimmen. |

Ihr Stimmenanteil würde von 33,33 v. H. beim Reichstagswahlrecht auf ca. 25,3 v. H. also von einem Drittel auf ein Viertel sinken.

Ich bin absichtlich auf die Grundlagen für die Berechnung der einzelnen Stimmen etwas näher eingegangen, um den Herren Staatsministern die Möglichkeit zu geben, sich selbst ein Bild über die Zuverlässigkeit der Berechnungen zu machen. Es liegt auf der Hand, daß diese nur gering ist. Vor allem entzieht sich der entscheidende Punkt, wie groß der Anteil der Sozialdemokratie an den für die politische Bedeutung des Systems maßgebenden Besitzstimmen ist, jeglicher statistischen Feststellung. Selbst Probeerhebungen in einzelnen Wahlkreisen werden hierüber keine Klarheit schaffen können. Ihnen steht, ganz abgesehen davon, daß ihre Zuverlässigkeit bei der Arbeitsüberlastung aller Behörden recht gering sein wird, das Bedenken entgegen, daß das Ziel der Reform der Öffentlichkeit damit erkennbar gemacht würde.

Ich habe jedoch das Statistische Amt beauftragt, mir über die Möglichkeit weiterer Erhebungen und den davon zu erwartenden Erfolg zu berichten. Ich darf mir hierüber eine weitere Miteilung vorbehalten.

(gez.:) v. Loebell

Anlage A

§ 1

Wahlberechtigt ist jeder Preuße, der das fünfundzwanzigste Lebensjahr vollendet hat, in der Gemeinde, in der er seit einem Jahre seinen Wohnsitz oder Aufenthalt hat.

Jeder Wähler darf nur an einem Orte wählen.

Für die zum aktiven Heere gehörigen Militärpersonen, mit Ausnahme der Militärbeamten, ruht die Berechtigung zum Wählen.

§ 2

Ausgeschlossen vom Rechte zu wählen sind Personen:

1. die entmündigt sind oder unter vorläufiger Vormundschaft stehen,
2. über deren Vermögen das Konkursverfahren schwebt,
3. die der bürgerlichen Ehrenrechte entbehren,
4. denen die Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ämter abgeht,
5. die sich in Straf- oder Untersuchungshaft befinden,
6. die unter Polizeiaufsicht stehen,
7. die eine Armenunterstützung aus öffentlichen Mitteln erhalten.

Als Armenunterstützung im Sinne dieses Gesetzes gelten nicht:

a) dem Wähler oder einem seiner Angehörigen gewährte Pflege oder Unterstützung in Krankheitsfällen,

b) einem Angehörigen wegen körperlicher oder geistiger Gebrechen gewährte Anstaltspflege.

§ 3

Jeder Wähler hat eine Grundstimme. Hierzu treten je eine Zusatzstimme auf Grund

a) des Lebensalters und der Zahl der erwachsenen Kinder,
b) des Vermögens,
c) des Einkommens,
d) der selbständigen Erwerbstätigkeit,
e) der Schulbildung.

§ 4

Auf Grund des Lebensalters und der Zahl der erwachsenen Kinder erhält eine Zusatzstimme jeder Wähler, der das fünfzigste Lebensjahr vollendet hat und mindestens drei eheliche Kinder, die das vierzehnte Lebensjahr vollendet haben, hat oder gehabt hat.

§ 5

Auf Grund des Vermögens erhält eine Zusatzstimme jeder Wähler, der zur Ergänzungssteuer veranlagt ist.

§ 6

Auf Grund des Einkommens erhält eine Zusatzstimme jeder Wähler, der vom Staate zur Einkommensteuer veranlagt ist, sofern der Steuerbetrag den im Durchschnitte auf einen Wähler in der Gemeinde entfallenden Steuerbetrag übersteigt.

Gemeinden, (Gutsbezirke) in denen nicht mindestens dreißig Wähler vorhanden sind, werden von dem Landrate zwecks Festsetzung der Zusatzstimme mit einer benachbarten Gemeinde (einem Gutsbezirke) vereinigt.

Wähler, die zu einem Einkommen von mehr als dreitausend Mark veranlagt worden sind, erhalten stets eine Zusatzstimme.

§ 7

Auf Grund der selbständigen Erwerbstätigkeit erhält eine Zusatzstimme jeder Wähler, der entweder

a) mindestens eine nach den Vorschriften des Versicherungsgesetzes für Angestellte vom 20. Dezember 1911 (Reichs-Gesetzbl. S. 989) der Versicherungspflicht für den Fall der Berufsunfähigkeit und des Alters sowie zugunsten der Hinterbliebenen oder zwei nach den Vorschriften der Reichsversicherungsordnung vom 19. Juli 1911 (Reichs-Gesetzbl. S. 509) der Versicherungspflicht für den Fall der Krankheit unterliegende Personen ganz oder teilweise bei Ausübung einer Erwerbstätigkeit ununterbrochen seit mindestens sechs Monaten beschäftigt,

oder

b) als Eigentümer, Nießbraucher oder Pächter inländischen Grundbesitzes auf mindestens 2 ha Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Obstbau oder Gärtnerei oder auf mindestens $1/2$ ha Weinbau betreibt.

Bei Berechnung der landwirtschaftlich, forstwirtschaftlich, für den Obstbau oder gärtnerisch genutzten Fläche kommt eine dem Weinbau dienende Fläche unter $1/2$ ha mit der vierfachen Größe in Anrechnung. Das Stimmrecht der Miteigentümer (Nießbraucher, Pächter) bestimmt sich für einen jeden selbständig nach der Größe seines Anteils unter Berücksichtigung der Kulturart.

§ 8

Auf Grund der Schulbildung erhält eine Zusatzstimme jeder Wähler, der entweder

das Ziel einer Mittelschule oder Realschule

oder

in einer mehr als sechsklassigen höheren Schule die Versetzung in die drittoberste Klasse

oder

in einer Lehrerbildungsanstalt die Aufnahme in die dritte Seminarklasse erreicht hat.

Zu I c — 539

Anlage B

Anlage B

## Tabelle

über die Zahl der Urwähler, die den Durchschnitt an Staatseinkommensteuer übersteigen

| Name | | | Zahl der Urwähler überhaupt | Betrag der Staatseinkommensteuer | Auf einen Urwähler entfällt im Durchschnitt eine Staatseinkommensteuer | Zahl der Urwähler, die den Durchschnitt an Staatseinkommensteuer übersteigen | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| und Nummer des Wahlbezirks | des Kreises | der Gemeinde | | ℳ | ℳ | überhaupt | v. H. d. Sp. 4 |
| 1 | 2 | 3 | 4 | 5 | 6 | 7 | 8 |
| **a. Städte** | | | | | | | |
| Königsberg 3 | Kr. Fischhausen | Stadt Fischhausen | 506 | 6 383 | 12,61 | 116 | 22,92 |
| | „ „ | „ Pillau | 1 142 | 15 761 | 13,80 | 269 | 23,56 |
| Danzig 1 | Stadtkreis Elbing | „ Elbing | 10 784 | 176 907 | 16,40 | 1924 | 17,84 |
| | Kreis Marienburg W | „ Marienburg | 2 310 | 46 393 | 20,08 | 564 | 24,42 |
| Potsdam 6 | Stadtkreis Spandau | „ Spandau | 16 059 | 414 881 | 25,83 | 5716 | 35,59 |
| Potsdam 7 | Kreis Osthavelland | „ Fehrbellin | 304 | 3 304 | 10,87 | 92 | 30,26 |
| | „ Westhavelland | „ Pritzerbe | 412 | 4 806 | 11,67 | 132 | 32,04 |
| | Stadtkreis Brandenburg a. d. H. | „ Brandenburg a. H. | 10 802 | 278 723 | 25,80 | 1844 | 17,07 |
| | Kreis Zauch-Belzig | „ Werder | 1 563 | 38 024 | 24,33 | 244 | 15,61 |
| Posen 1 | Stadtkreis Posen | „ Posen | 28 918 | 956 143 | 33,06 | 5581 | 19,30 |
| Bromberg 5 | Kreis Znin | „ Znin | 817 | 18 843 | 16 94 | 200 | 24,48 |
| | „ „ | „ Janowitz | 387 | 6 003 | 15,51 | 100 | 25,84 |
| Breslau 7 | Kreis Waldenburg | „ Waldenburg | 3 962 | 99 258 | 25,05 | 722 | 18,22 |
| Magdeburg 6 | „ Wanzleben | „ Wanzleben | 838 | 18 942 | 22,60 | 165 | 19,69 |
| Minden 4 | „ Höxter | „ Höxter | 1 085 | 41 716 | 38,45 | 198 | 18,25 |
| | „ „ | „ Nieheim | 348 | 4 117 | 11,83 | 86 | 24,71 |
| Trier 1 | „ Bitburg | „ Bitburg | 569 | 19 309 | 33,93 | 121 | 21,27 |

| Name | | | Zahl der Urwähler überhaupt | Betrag der Staatseinkommensteuer ℳ | Auf einen Urwähler entfällt im Durchschnitt eine Staatseinkommensteuer ℳ | Zahl der Urwähler, die den Durchschnitt an Staatseinkommensteuer übersteigen | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| und Nummer des Wahlbezirks | des Kreises | der Gemeinde | | | | überhaupt | v.H.d. Sp. 4 |
| 1 | 2 | 3 | 4 | 5 | 6 | 7 | 8 |
| **b. Landgemeinden und Gutsbezirke** | | | | | | | |
| Königsberg 3 | Ldkr. Königsberg | Metgethen (Gut) | 53 | 1 127 | 21,26 | 4 | 7,55 |
| | | Moditten (Land) | 121 | 201 | 1,66 | 14 | 11,57 |
| | | Holstein (Gut) | 48 | 237 | 4,94 | 9 | 18,75 |
| Danzig 1 | Landkreis Elbing | Zeyersniederkampen (Land) | 96 | 154 | 1,60 | 14 | 14,58 |
| | | Zeyersvorderkampen (Land) | 85 | 537 | 6,32 | 22 | 25,88 |
| Danzig 4 | Kreis Dirschau | Garoschau (Land) | 102 | 490 | 4,80 | 23 | 22,55 |
| Potsdam 6 | „ Osthavelland | Betzin (Land) | 63 | 404 | 6,41 | 17 | 26,98 |
| | | Brunne (Land) | 109 | 896 | 8,22 | 27 | 24,77 |
| | | Gohlitz (Land) | 80 | 494 | 6,18 | 17 | 21,25 |
| Potsdam 7 | Kr. Westhavelland | Niebede (Land) | 39 | 343 | 8,79 | 9 | 23,08 |
| | | Schwanebeck (Gut) | 33 | 948 | 28,73 | 2 | 6,06 |
| | | Brunn (Gut) | 56 | 1 221 | 32,92 | 3 | 8,33 |
| Stettin 2 | Kreis Randow | Wussow (Land) | 131 | 719 | 5,49 | 49 | 37,40 |
| | | Zabelsdorf (Gut) | 54 | 540 | 10,00 | 13 | 24,07 |
| | | Eckerberg (Gut) | 37 | 775 | 20,95 | 12 | 32,43 |
| | | Rotzog (Land) | 41 | 104 | 2,54 | 6 | 14,63 |
| Köslin 2 | Kr. Schlawe | Jatzingen (Land) | 51 | 219 | 4,29 | 12 | 23,53 |
| | | Wend. Bukow (Land) | 48 | 406 | 8,46 | 7 | 14,58 |
| | | Lubtsch (Land) | 69 | 226 | 3,28 | 11 | 15,94 |
| Bromberg 5 | Kreis Znin | Ryschewo (Land) | 55 | 390 | 7,09 | 14 | 25,45 |
| | | Friedrichsgrund (Land) | 37 | 36 | 0,97 | 1 | 2,70 |
| Breslau 7 | Kreis Reichenbach | Friedrichshain (Land) | 70 | 21 | 0,30 | 3 | 4,29 |
| | | Kaschbach (Land) | 42 | 21 | 0,50 | 1 | 2,38 |
| | | Jordansmühle (Land) | 127 | 2 510 | 19,76 | 20 | 15,75 |
| Breslau 10 | Kreis Nimptsch | Poseritz (Land) | 42 | 2 605 | 62,02 | 1 | 2,38 |
| | | Ampfurth (Land) | 110 | 5 765 | 52,41 | 5 | 4,55 |
| Magdeburg | Kreis Wanzleben | Ampfurth (Gut) | 51 | 242 | 4,75 | 8 | 15,69 |
| | | Peseckendorf (Gut) | 51 | 3 543 | 69,47 | 1 | 1,96 |
| | | Bälau (Land) | 32 | 341 | 10,66 | 9 | 28,13 |
| Schleswig 19 | Kreis Herzogtum Lauenburg | Borsdorf (Land) | 42 | 352 | 8,38 | 13 | 30,95 |
| | | Breitenfelde (Land) | 181 | 791 | 4,37 | 46 | 25,41 |
| | | Arnstorf (Land) | 96 | 241 | 2,51 | 17 | 17,71 |
| Stade 3 | Kr. Neuhaus a. O. | Moorausmoor (Land) | 45 | 12 | 0,27 | 2 | 4,44 |
| | | Abbenseth (Land) | 55 | 73 | 1,33 | 5 | 9,09 |
| | | Calenberg (Land) | 57 | 892 | 15,65 | 7 | 12,28 |
| Minden 4 | Kreis Warburg | Hertinghausen (Land) | 77 | 316 | 4,10 | 15 | 19,48 |
| | | Guntershausen (Land) | 72 | 1 003 | 13,93 | 14 | 19,44 |
| Cassel 4 | Landkreis Cassel | Dannhausen (Land) | 101 | 360 | 3,56 | 27 | 26,73 |
| | | Dittershausen (Land) | 52 | 161 | 3,10 | 13 | 25,00 |
| | | Rengen (Land) | 62 | 78 | 1,26 | 10 | 16,13 |
| Trier 1 | Kreis Daun | Darscheid (Land) | 74 | 116 | 1,57 | 8 | 10,81 |

In einer geschäftlichen Sitzung am 25. Januar 1927 teilt der Vorsitzende Abg. Dr. Philipp mit, daß die von ihm in seinen Ausführungen zum Gutachten des Sachverständigen Abg. D. Dr. Dr. Bredt erwähnte Notiz des „Chemnitzer Tageblatts" „Erzberger 1917" auf den „Deutschen Pressedienst" zurückgeht. Hierauf stellt Abg. Dr. Rosenberg den Antrag, den Schriftsteller Adolf Stein, den Herausgeber des „Deutschen Pressedienstes", als Zeugen über die Herkunft der obengenannten Notiz zu vernehmen. Diesem Antrage wird zugestimmt.

---

## Sitzung, Dienstag, den 8. Februar 1927

### Vernehmung des Schriftstellers Adolf Stein über die Herkunft der Nachricht des Deutschen Pressedienstes „Erzberger 1917"

Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp:*

Es handelt sich um Folgendes: Im Dezember 1926 ist eine Pressenotiz mit der Überschrift „Erzberger 1917" erschienen. Diese Nachricht ist, wie mir mitgeteilt worden ist, durch den „Deutschen Pressedienst" verbreitet worden. Der Ausschuß hat Herrn Stein geladen und ich ersuche ihn, Auskunft darüber zu geben, auf welchen Quellen diese Nachricht beruht, wer sein Gewährsmann ist und in welchem Umfange diese Nachricht von Herrn Stein aus in die Öffentlichkeit gelangt ist.

Zeuge *Stein* (nach Leistung des Zeugeneides):

Die Nachricht ist an alle deutschnationalen Blätter im Reiche gegangen, deren Berliner Vertretung der „Deutsche Pressedienst" ist, sie ist im „Chemnitzer Tageblatt" in Chemnitz, in der „München-Augsburger Abendzeitung" in München, in der „Süddeutschen Zeitung" in Stuttgart und in einer Reihe anderer deutschnationaler Blätter im Reiche erschienen und verschiedentlich nachgedruckt worden. Die Zahl der Blätter, die diese Notiz gebracht haben, kann ich nicht feststellen; die Notiz ist aber durch viele deutschnationale Blätter gegangen.

Wie ich darauf gekommen bin, ist in wenigen Worten gesagt. Ich habe als Zuhörer der Vernehmung des Herrn Reichskanzlers a. D. Michaelis und des Herrn Staatssekretärs v. Kühlmann beigewohnt und dabei den sehr angenehmen Eindruck gehabt, daß aus dem ursprünglichen Revolutionstribunal hier eine Art Gelehrtenkommission zur Erforschung der tatsächlichen Vorgänge geworden ist.

Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp:*

Herr Zeuge, ich bitte, derartige Urteile über den Untersuchungsausschuß nicht mit in ihre Antwort auf unsre Fragen einzuflechten.

Zeuge *Stein:*

Ich habe dann die eine große Lücke gern ausfüllen wollen, die sich bei der Vernehmung der beiden Herren ergeben hat. Pacelli weist, wie noch der Herr Sachverständige Dr. Bredt zuletzt betont hat, den Entwurf des deutschen Briefes an die Kurie als völlig unzureichend zurück.

Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp:*

Sie schreiben in ihrer Pressenotiz von der „Note"; reden jetzt aber von einem „Briefe". Wir müssen unterscheiden: es handelt sich in der Angelegenheit zunächst um eine amtliche Note vom 19. September und um einen Brief vom 24. September 1917.

Zeuge *Stein:*

Jawohl, ich bitte um Entschuldigung, wenn mir ein derartiger lapsus linguae passiert ist. — Also Pacelli weist den Entwurf der deutschen Note an die Kurie als völlig unzureichend zurück und sagt, dann sei alles kaputt. Trotzdem schickt die deutsche Regierung die Note in dieser Form endgültig an die Kurie ab, ohne den Siebener-Ausschuß davon zu benachrichtigen, daß eine völlig neue Situation entstanden sei. Diese Lücke gilt es auszufüllen. Ich habe darum in dem kleinen Artikel darauf hingewiesen, wer sie ausfüllen könne, indem ich die Person des Staatssekretärs v. Kühlmann nannte. Reichskanzler a. D. Michaelis und Staatssekretär v. Kühlmann haben außerhalb des Untersuchungsausschusses aus ihrem Herzen keine Mördergrube gemacht und haben die Dinge, die ich hier geschrieben habe, im kleineren oder größeren Kreise erzählt, Reichskanzler Dr. Michaelis sozusagen aus zweiter Hand; denn seine Kenntnis stammt ja auch von Herrn v. Kühlmann. Daß Herr v. Kühlmann in der Sitzung selbst über diese Dinge nicht gesprochen hat, ist für jeden Zuhörer aus seiner Bemerkung zu seinem Zeugeneide über das Nichtverschweigen erklärlich. Herr v. Kühlmann hat gesagt, er wolle nicht unnütz Personen oder Institutionen in die Sache hereinziehen. Es hat sich aber trotzdem die vorhin genannte Lücke ergeben.

Nun bin ich persönlich auf Grund der Strafprozeßordnung nicht verpflichtet, Berufsgeheimnisse preiszugeben und den Informator eines Artikels zu nennen. Ich will von diesem Brauche natürlich nicht abgehen. Aber ich habe Ihnen, glaube ich, deutlich genug gesagt, wer Ihnen die Wahrheit dessen, was in dem Artikel vorgebracht worden ist, bestätigen und ergänzen kann. Das ist Herr v. Kühlmann. Deutlicher brauche ich nicht zu werden. Wenn Sie den Wunsch haben, die Lücke auszufüllen und aufzuklären, was noch aufzuklären ist, dann müssen Sie die Fragen an Herrn v. Kühlmann richten. Denn ich selbst habe 1917 nichts von den Dingen an Ort und Stelle mit-

erlebt. Ich war im Felde der älteste Fliegeroffizier der ganzen Armee, der noch über dem Feinde flog, und hatte kaum Lust, Zeitungen zu lesen. Meine Kenntnisse von diesen Dingen stammen aus dem Jahre 1919, aus der Weimarer Nationalversammlung, und aus der Zeit von Anfang Dezember 1926. Ich kann nur sagen: Herr Staatssekretär v. Kühlmann wird Wort für Wort das bestätigen können, was in dem Artikel über 1917 geschrieben worden ist.

Abg. *Dittmann:*

Ich persönlich habe die Auffassung, daß Fragen an Herrn Stein kaum noch zu stellen sein werden und daß wir deswegen den Herrn Zeugen Stein ruhig entlassen können.

Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp:*

Erhebt sich dagegen Widerspruch? — Das ist nicht der Fall. Dann entlasse ich den Herrn Zeugen.

Der Ausschuß beschließt darauf, den Staatssekretär a. D. Dr. v. Kühlmann über die Zeitungsnotiz „Erzberger 1917" zu hören.

---

In der Sitzung vom 22. Februar 1927 nimmt der Unterausschuß von einem Schreiben des Auswärtigen Amtes vom 12. Februar Kenntnis. Diesem zufolge beschließt der 4. Unterausschuß, statt der in der Sitzung vom 8. Februar 1927 beschlossenen erneuten mündlichen Vernehmung des Staatssekretärs a. D. Dr. v. Kühlmann lediglich eine schriftliche Äußerung von ihm über die Pressenotiz „Erzberger 1917" herbeizuführen.

---

## Sitzung, Freitag, den 25. Februar 1927

Fortsetzung der Aussprache über das Gutachten des Sachverständigen Abgeordneten D. Dr. Dr. Bredt „Der Deutsche Reichstag im Weltkrieg" und die dazu erfolgten Vernehmungen

Abg. Frhr. *v. Richthofen:*

Ich kann mich zu diesem Gutachten an sich nur insoweit äußern, als es sich um die Stellungnahme der Nationalliberalen Partei, d. h. der Reichstags- und Preußischen Landtagsfraktion, während der Kriegszeit und meine eigene Tätigkeit in den verschiedenen Phasen der Kriegszeit handelt. Als der Krieg 1914 begann, war innerhalb der nationalliberalen Fraktion des Reichstags unter der Einwirkung des damaligen Führers, des verstorbenen Abgeordneten Bassermann, eigentlich von einer Verschiedenartigkeit der Grundauffassungen zunächst nichts zu spüren. Es ist bekannt, daß Herr Bassermann ein

politischer Gegner des damaligen Reichskanzlers v. Bethmann Hollweg war, den er für eine überaus unglückliche und schwache Persönlichkeit und für durchaus ungeeignet hielt, in schweren Zeiten oder überhaupt an der Spitze der Verwaltung des Deutschen Reiches zu stehen. Diese Anschauung führte Herrn Bassermann in Verbindung mit einer Reihe von Besprechungen, die er ebenso wie ich damals mit dem Staatssekretär v. Jagow gehabt hat, dazu, daß er sagte: der Eintritt Deutschlands in den Weltkrieg ist unter überaus ungünstigen außenpolitischen Umständen erfolgt, und die Prognose, die man daher stellen müsse, könne für Deutschland schon aus diesem Grunde nicht so sehr günstig lauten. Hierbei ist von Bedeutung, daß der Staatssekretär v. Jagow von vornherein ein außerordentlich großer Pessimist war, wie ich mich auch erinnere, daß er mir — ich glaube, bereits einen oder zwei Tage nach dem Eintritt Englands in den Weltkrieg — im Auswärtigen Amt bei einer Besprechung dargelegt hat, daß es das Ziel der deutschen auswärtigen Politik sein müsse, so schnell wie irgend möglich aus diesem unglückseligsten aller Kriege wieder herauszukommen.

Die Anschauungen, die der damalige Führer der Nationalliberalen, Herr Bassermann, zunächst hatte, haben sich dann allerdings im Laufe schon des Jahres 1914 wesentlich geändert. Die großen äußerlichen kriegerischen Erfolge, die errungen wurden, die Siege namentlich auch im Osten, haben auf ihn einen sehr großen Einfluß ausgeübt, und mehr und mehr kam er zu der Anschauung, daß dieser Krieg doch in keiner Weise so aussichtslos für das Deutsche Reich sei und daß er mit einem Frieden enden müsse, der letzten Endes in irgendeiner Art und Weise die gebrachten großen Opfer lohnen werde. Diese seine Stimmung hat sich dann auf die weit überwiegende Mehrheit der damaligen nationalliberalen Fraktion des Reichstags übertragen. Sie ist auch geteilt worden von Herrn Dr. Stresemann, der ihm ja nachher als Führer folgte. Die Zahl derjenigen, die innerlich, ohne das nach außen ostentativ zu bekunden, an einer gewissen pessimistischen Einstellung zu dem ganzen Krieg festhielten, war innerhalb der Nationalliberalen Partei eine sehr kleine und hat sich bis Kriegsende vielleicht auf meine Person und diesen oder jenen anderen Herrn beschränkt.

Im großen und ganzen ähnliche Anschauungen wie ich, hatte Herr Dr. Junck, der bekannte Rechtsanwalt am Reichsgericht. Ebenso dachte auch der Prinz zu Schönaich-Carolath.

Nun ist es zweifellos richtig, was in dem Gutachten ausgeführt ist, daß die außenpolitischen Ziele und die außenpolitische Einstellung der nationalliberalen Fraktion immer sehr eng mit den innerpolitischen Bestrebungen zusammengehangen haben und daß hier eine gegenseitige Wechselwirkung eingetreten ist, die sich namentlich auch bei der Friedensresolution 1917 erheblich geltend gemacht hat.

Ich glaube, es kann nicht widersprochen werden, wenn ich feststelle, daß ich der erste nationalliberale Abgeordnete gewesen bin, der während des Krieges öffentlich für eine Änderung unserer verfassungsmäßigen Zustände eingetreten ist. Ich habe, glaube ich, schon Ende 1915, spätestens jedenfalls Anfang 1916 in einer Reihe von Artikeln die Notwendigkeit eines Übergangs Deutschlands zum parlamentarischen System dargelegt, insbesondere auch darauf hingewiesen, daß durch eine solche Änderung unserer inneren Verhältnisse ein Friedensschluß ganz ungemein erleichtert werden müsse. Die Nationalliberale Partei hat in ihrer weit überwiegenden Mehrheit sich zunächst derartigen Anregungen gegenüber sehr ablehnend gegenübergestellt, und ich erinnere mich — das muß sich ja aus den Protokollen des damaligen Abgeordnetenhauses ergeben, dem ich auch damals angehört habe —, daß der damalige Führer der nationalliberalen Fraktion im Abgeordnetenhaus, Herr Friedberg, der später sehr anderer Meinung geworden ist, mich einmal in einer Sitzung — ich glaube, es war 1916 — öffentlich im Landtag abgeschüttelt und erklärt hat, daß diese Stellungnahme des Freiherrn v. Richthofen zur Frage des parlamentarischen Systems in keiner Weise diejenige der Nationalliberalen Partei sei.

Ich muß hierbei feststellen, daß Herr Dr. Stresemann innerlich zweifellos meine Anschauung wohl ab initio, d. h. in der Kriegszeit, geteilt hat, und auch, nachdem er die Führung der Fraktion übernommen hat, mehr und mehr diesen Anschauungen sich geneigt zeigte, daß überhaupt innerhalb der nationalliberalen Fraktion des Reichstags eine wesentlich, wenn man so sagen soll, demokratischere oder liberalere Tendenz vorwaltend war als in der Fraktion des Preußischen Abgeordnetenhauses. Bei der Fraktion des Preußischen Abgeordnetenhauses spielte die Frage des preußischen Wahlrechts eine überwiegende Rolle, in der die Anschauungen sehr geteilt waren und in der eigentlich bis zum Schluß des Krieges nur eine Minderheit für eine Änderung des preußischen Wahlrechts zu haben war; ich kann im Moment nicht sagen, wann diese Minderheit sich in eine Mehrheit verwandelte, aber sie verwandelte sich eines Tags im Jahre 1918 in eine Mehrheit, während innerhalb der Reichstagsfraktion die Notwendigkeit einer Änderung des preußischen Wahlrechts im großen und ganzen wohl stets mit einigen wenigen Ausnahmen eine gemeinsame Anschauung darstellte.

In diesem Widerstreit, der sich nun im Laufe des Krieges verstärkte, sind wir in das Jahr 1917, um das es sich hier vor allem handelt, hineingekommen. Die vorhergehende Zeit war so erfüllt mit einer ganzen Reihe von kriegerischen Ereignissen, daß an sich für innerpolitische Betätigung verhältnismäßig nicht viel Raum geblieben ist.

Als man in das Jahr 1917 eintrat, wurde die allgemeine Situation,

wie ja bekannt ist, kritischer. Es mehrten sich die Stimmen auch bei uns, also auch innerhalb der Nationalliberalen Partei, daß doch irgendeine Möglichkeit zu einer Beendigung des Krieges gefunden werden müsse. Es erhöhte sich auch in der Fraktion der Nationalliberalen die schon aus der Zeit des Herrn Bassermann stammende Mißstimmung gegen den Reichskanzler v. Bethmann Hollweg, die wohl auch — darüber wird sich vielleicht Herr Dr. Stresemann selbst äußern — von ihm, wie ich annehmen möchte, geteilt wurde.

In diese Zeit hinein fällt ein engeres politisches Sichaussprechen, wenn ich mich so ausdrücken soll, zwischen dem inzwischen verstorbenen Abgeordneten Erzberger und mir. Es war mir bekannt, daß Erzberger sich seit Kriegsbeginn in hohem Maße politisch betätigt hat, während ich längere Zeit nicht in Berlin, sondern militärisch an anderen Plätzen tätig war. Er war stets in Berlin geblieben und infolgedessen in Fühlung mit allen Stellen, und als das Jahr 1917 einsetzte, wurde mir bekannt, daß er große Bemühungen schon nach der Richtung machte, doch, wenn irgend möglich, eine geeignete Gelegenheit zu einem Friedensschluß zu ergreifen. Es ist ja ebenfalls bekannt, daß Herr Erzberger in der ersten Zeit des Krieges sehr anderer Meinung war. Und da ich von vornherein den Krieg für sehr schwierig und einen baldigen Friedensschluß für im Interesse des deutschen Volkes liegend angesehen hatte, so waren wir früher — in den Jahren 1915 und 1916 — eigentlich niemals zusammengekommen, da unsere diesbezüglichen Anschauungen sehr verschiedene waren. Sie haben sich erst im Jahre 1917 genähert. Wie ich vor kurzem einmal in einem Presseartikel in der „Vossischen Zeitung" dargelegt habe, führten diese unsere Beziehungen, die sich, wie gesagt, im Jahre 1917 etwas enger gestalteten, dazu, daß wir — es war in den Tagen, in denen die russische Revolution ausbrach und die Thronentsagung des Zaren stattfand — eine gemeinsame Reise nach Oberost, nach Brest-Litowsk, machten. Bei dieser Reise haben wir uns sehr gründlich über die außenpolitische Lage ausgesprochen, und ich konnte damals feststellen, daß Herr Erzberger auch damals noch ganz unverhältnismäßig optimistischer die Dinge ansah, als das bei mir der Fall war. In Brest-Litowsk waren wir Gäste des Oberkommandos und hatten eine Reihe sehr eingehender Besprechungen mit dem damaligen Chef des Stabes von Oberost, dem bekannten General Hoffmann. Diese Besprechungen, in denen uns Herr Hoffmann auch die ganze Kriegslage militärisch an der Hand der Karten sehr eingehend schilderte, haben auf Herrn Erzberger einen sehr großen Eindruck gemacht und unzweifelhaft bei ihm den bereits beginnenden oder einsetzenden Willen, alles daranzusetzen, um baldmöglichst die Beendigung des Krieges zu erreichen, außerordentlich verstärkt.

Wir waren nachher auf der Rückreise in Warschau auch Gäste des Generalgouverneurs General v. Beseler, mit dem über die gleichen

Fragen gesprochen wurde, und hier sah ich die starke Wandlung, die sich inzwischen bei Herrn Erzberger augenscheinlich in Brest-Litowsk vollzogen hatte.

Erzberger ist dann wohl gleich von dem Gedanken ausgegangen, daß eine entsprechende Aktion des Reichstags einsetzen müsse, da er der Meinung war, daß von seiten der Regierung etwas Derartiges sich kaum würde erreichen lassen. Ich habe diese Auffassung von vornherein nicht ganz für richtig gehalten, und hier haben sich gewisse Gegensätze zwischen Herrn Erzberger und mir entwickelt, die nachher auch bei der Beschlußfassung über die Friedensresolution selbst und bei der Haltung der Nationalliberalen Partei sich ausgewirkt haben.

Da ich ein überzeugter Anhänger der Notwendigkeit der Einführung des parlamentarischen Systems war und mir bei den Anschauungen, die man im Ausland über den geringen Einfluß des deutschen Reichstags damaliger Zeit hatte, sehr viel von einer einseitigen Aktion des Reichstags nicht versprechen konnte, sondern nur von einer solchen, die getragen war von einer deutschen Reichsregierung, ernannt vom damaligen Deutschen Kaiser, so habe ich mich damals bemüht, Herrn Erzberger in diesen Wochen dazu zu bringen, daß der Stoß zunächst in gewisser Beziehung innerpolitisch erfolgen müsse, um zunächst einmal eine dem Reichstage unzweifelhaft verantwortliche Regierung zu schaffen und sich dann mit ihr über die Ziele der zukünftigen auswärtigen Politik zu verständigen. Ich habe auch damals, unterstützt von verschiedenen anderen Persönlichkeiten, stets die Meinung vertreten, daß es die Hauptsache sei, eine unzweifelhaft mit der Mehrheit des Reichstags außenpolitisch harmonierende Reichsregierung zu haben, die es dann gar nicht notwendig gehabt hätte, öffentlich urbi et orbi ihre Programmpunkte zu erklären, und daß es daher vor allem darauf ankäme, durchzusetzen, daß eine solche Regierung zustande käme, und so eine klare und eindeutige Gesamt-Politik verfolgt werde.

Herr Erzberger hat es wohl nicht für möglich gehalten, etwas Derartiges zu erreichen. Er ist wohl der Meinung gewesen, daß innerpolitisch in der Frage der Abänderung der Verfassung — ich erinnere daran, daß es sich vor allem um den Artikel handelte, der die gleichzeitige Zugehörigkeit zum Bundesrat und Reichstag verbot — die Widerstände ganz außerordentlich groß sein würden. Er war mehr und mehr zu der Anschauung gekommen, daß es uns, wenn ich so sagen soll, auf den Nägeln brenne und daß etwas geschehen und namentlich das klare Programm des Friedens ohne Annexionen und Reparationen unbedingt ausgesprochen werden müsse.

Hierbei will ich einschalten, daß ich der Meinung bin, daß die inzwischen, namentlich auch von ausländischer Seite erfolgten Veröffentlichungen, wie ich glaube, Herrn Erzbergers Anschauung über

die grundsätzliche Bedeutung des annexionslosen Friedens rechtgegeben haben. Wenn man z. B. die kürzlich erschienenen Memoiren des damaligen englischen Botschafters in Petersburg, Sir George Buchanan, liest, so wird man erkennen, welche enorme Bedeutung es für die Politik des revolutionären Rußland gehabt hätte, wenn tatsächlich in dieser Zeit kein Zweifel darüber gewaltet hätte, daß Deutschland einem annexionslosen Frieden zustreben wollte. Also das Gefühl hat Herrn Erzberger in dieser Beziehung, wie ich glaube, richtig geleitet.

Als Erzberger dazu kam, die Aktion im Reichstage einzuleiten, über die ich nicht weiter zu sprechen brauche, weil sie in ihren äußeren Zügen vollständig bekannt ist, war es natürlich von außerordentlich großer Bedeutung — das war uns ja damals schon allen klar geworden —, welche Haltung die Nationalliberale Partei einnehmen würde; denn daß man einen Frieden, der dem sogenannten Siegfrieden widerstrebte, beim deutschen Volk durchsetzen und vor allem auch populär oder wenigstens erträglich machen könne gegen den Willen, gegen eine Stellungnahme der beiden, wenn ich so sagen darf, doch als besonders national angesehenen Parteien der Konservativen und der Nationalliberalen, das haben wir immer für etwas Unmögliches gehalten. Und man ist sich auch im Kreise der Nationalliberalen damaliger Zeit, wenigstens bei einem erheblichen Teil, zweifellos über die große Bedeutung klar geworden, die der von der Nationalliberalen Partei einzunehmenden Haltung zukommen würde. Daher auch der scharfe Kampf, der in jener Zeit innerhalb der Nationalliberalen Partei einsetzte, weil die Mehrheit in den Bestrebungen für einen annexionslosen und baldigen Frieden eine schwere Gefährdung der elementarsten Interessen des Deutschen Reichs und deutschen Volks sah und infolgedessen auch in der heftigsten Weise diejenigen bekämpfte, die hier eine andere Stellung einnahmen, unter denen sich dann neben meiner eigenen Persönlichkeit — wie bereits erwähnt — Herr Dr. Junck und insbesondere auch der inzwischen verstorbene Prinz zu Schönaich-Carolath auszeichneten, der in der Beziehung immer eine sehr präzise Haltung eingenommen hat. Als Erzberger seinen Vorstoß im Hauptausschuß gemacht hatte und nunmehr die Kommission zusammentrat, die über die Friedensresolution und ihren Text beraten sollte, entschied sich die nationalliberale Fraktion dahin, sich in dieser Kommission mit vertreten zu lassen. Hierbei war man innerhalb der Fraktion eigentlich im großen und ganzen darüber einig, daß nunmehr ein erheblicher Schritt im Sinne einer Parlamentarisierung des Deutschen Reichs vorwärts getan werden müsse. Das war das einigende Moment. Verschiedener Meinung war man über die außenpolitische Lage. Wir haben damals innerhalb der nationalliberalen Fraktion sehr heftige Debatten gehabt. Man entschloß sich dann aber doch, Persönlichkeiten in diese Kommission

zu entsenden, die an sich dem Gedanken eines annexionslosen Friedens sympathisch gegenüberstanden, und es ist, wenn ich mich nicht sehr irre, Herr Dr. Stresemann selbst gewesen, der dafür Sorge getragen hat, daß ich in diese Kommission entsandt wurde. Außerdem war in ihr auch noch Herr van Calker tätig, der ähnliche Anschauungen hatte. Ich weiß nicht, ob noch ein weiterer Vertreter der Nationalliberalen bestellt war.

Herr Dr. Stresemann verfolgte hierbei die Tendenz, in der er sich mit mir völlig einig wußte, wenn irgend möglich und in erster Linie dahin zu streben, eine parlamentarische, wirklich verantwortliche Reichsregierung zu schaffen. Wir waren darüber einer Meinung. Ich habe in dieser Beziehung meine ursprüngliche Ansicht auch damals nicht geändert, daß wichtiger als die Friedensresolution des Reichstags auch aus außenpolitischen Gründen zunächst die Erzielung einer innerpolitischen Umwandlung sei und daß eine dem Reichstag verantwortliche Regierung dann ihrerseits als ihr Programm in geeigneter Form ungefähr dasjenige wiedergeben müsse, was in der Friedensresolution enthalten sei. Herr Dr. Stresemann wollte zweifellos damit zu gleicher Zeit — das ist ja bekannt — die Persönlichkeit des Herrn v. Bethmann Hollweg durch einen anderen Politiker ersetzen. Auch ich habe damals mich dieser Auffassung angenähert, weil natürlich auch der Minorität daran liegen mußte, den Zusammenhang mit der Majorität der Nationalliberalen nicht zu verlieren, und den Standpunkt vertreten, daß ein Ersatz Herrn v. Bethmanns durch eine andere Persönlichkeit wünschenswert sei. Ich bin auch heute noch der Meinung, daß Herr v. Bethmann bei seiner ganzen Vergangenheit aus den Jahren 1914, 1915 und 1916 keineswegs eine geeignete Persönlichkeit zur Herbeiführung eines Friedens gewesen wäre.

In den Beratungen der Kommission sind wir aber mit dieser Anschauung, die ich sehr klar dargelegt habe, nicht durchgedrungen. Herr Erzberger und diejenigen, die ihm folgten, versprachen sich wesentlich mehr von der Friedensresolution des Reichstags und legten der Änderung der Regierung keine so entscheidende Bedeutung bei. Erzberger sagte damals mehrfach sowohl in der Kommission selbst wie in privaten Unterhandlungen, daß die Folge der Resolution die Erfüllung der Wünsche der Nationalliberalen, also einer Parlamentarisierung der Reichsregierung, ohne weiteres sein würde, während wir eben der Meinung waren, daß der Weg der umgekehrte sein müsse, und daß der Optimismus Erzbergers über die Folgewirkungen der Friedensresolution unberechtigt sei. Gleichwohl haben wir an der Abfassung der Resolution mitgearbeitet und ich bin sogar im engeren Ausschuß gewesen und habe an der Festlegung des Textes teilgenommen. In der nationalliberalen Fraktion setzte nun aber wiederum ein sehr erheblicher Kampf ein, der mit

dem Abschluß des Kompromisses endigte, daß die nationalliberale Fraktion als solche die Friedensresolution zwar nicht mitmachte, aber, wie ich glaube, durch den Mund des Prinzen zu Schönaich-Carolath — Herr Stresemann selbst hat das damals nicht getan — eine Erklärung für die Nationalliberalen abgeben ließ, die in zwar etwas anderen Worten doch im großen und ganzen ein sehr starkes Eingehen auf die Wünsche der Anhänger der Friedensresolution zeigte.

Gleichzeitig damit vollzog sich unter den bekannten Umständen der Sturz des Herrn v. Bethmann Hollweg und seine Ersetzung durch Herrn Michaelis. Diese Ernennung bedeutete für die nationalliberale Fraktion eine schwere Enttäuschung, und die Stimmung unter den Nationalliberalen war einmütig eine sehr erregte über diese Ernennung, insbesondere auch bei ihrem Führer Dr. Stresemann. Einerseits war wohl erreicht worden, daß ein anderer Reichskanzler an die Stelle des Herrn v. Bethmann Hollweg trat; aber es war eine Persönlichkeit ernannt worden, die uns allen eigentlich vollständig unbekannt war, die in keiner Weise darauf hindeutete, daß man nun einer Einsetzung eines mehr parlamentarischen Regierungssystems zustrebe. Infolgedessen ist die Haltung der nationalliberalen Fraktion von vornherein sehr einmütig eine sehr wenig freundliche für Herrn Dr. Michaelis gewesen.

(Sachverständiger Abg. D. Dr. Dr. *Bredt:* Freundlich hat ihn eigentlich keiner behandelt!)

— Ich erinnere mich, daß, als Michaelis seine unglückliche Rede hielt — die Marinerede vom 9. Oktober 1917 —, die zu seinem Sturze führte, bei der nationalliberalen Fraktion trotz der Mißstimmung über das Treiben der Unabhängigen nicht nur keine Schwierigkeiten vorhanden waren, sondern daß man durchaus dafür war, alles daran zu setzen, um Herrn Michaelis so schnell wie möglich von seinem Posten zu entfernen. Die Parteiführer kamen damals alle zusammen. Es herrschte — ich habe der Besprechung beigewohnt — von den Herren der Sozialdemokratie bis zu den Nationalliberalen nur eine Meinung, daß keine Rede davon sein könne, daß Herr Dr. Michaelis noch auf seinem Posten belassen werden könne. Ich wiederhole: abgesehen von wenigen besonders rechts gerichteten und dissentierenden Abgeordneten der nationalliberalen Fraktion war nur eine Meinung vorhanden: nunmehr die Parlamentarisierung durchzuführen. Herr Dr. Stresemann war in diesen Tagen, wenn ich mich recht erinnere, gesundheitlich etwas mitgenommen und konnte sich daher nicht wesentlich an der Führung der Verhandlungen beteiligen, die dann zu der Ernennung des Grafen Hertling zum Reichskanzler geführt haben.

In diesen Verhandlungen sind die Parteien der Friedensresolution eigentlich sehr einmütig in Verbindung mit der nationalliberalen Fraktion vorgegangen. Irgendwelche Meinungsverschiedenheiten herrschten kaum. Ich habe in jenen Tagen — auch im Auftrage des

Herrn Dr. Stresemann — verschiedentlich mit Herrn Erzberger verhandelt und bin infolgedessen recht genau über das informiert, was vorgegangen ist. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß Herr Erzberger ein starker Gegner der Ernennung des Grafen Hertling gewesen ist. Er hielt den Grafen Hertling für eine für dieses Amt durchaus ungeeignete Persönlichkeit. Zunächst hielt er ihn für viel zu alt. Er glaubte nicht, daß er schon rein körperlich imstande sein würde, dieses Amt noch auszufüllen. Er war weiterhin der Meinung, daß er doch zu sehr in seinen ganzen Anschauungen noch in der Vergangenheit lebe, als daß er in der Lage sein werde, den Bedürfnissen der damaligen Zeit sowohl außenpolitisch wie innerpolitisch Rechnung zu tragen. Namentlich war er der Überzeugung, daß er nicht die nötige Energie gegenüber der O. H. L. aufzubringen in der Lage sein würde, die Erzberger mit mir und vielen anderen als das Wichtigste für die Stellung des Reichskanzlers ansah.

Herr Erzberger war für die Ernennung des Fürsten Bülow zum Reichskanzler. Das ist zweifellos seine Ansicht zu damaliger Zeit gewesen, die ich geteilt habe, und die auch Herr Dr. Stresemann teilte. Es ist ja bekannt, daß damals auch gewisse Verhandlungen in dieser Richtung gespielt haben. Es hat einmal einen Zeitpunkt gegeben, in dem die Ernennung des Reichskanzlers Graf Hertling äußerst fraglich geworden war. Es handelte sich dabei um zweierlei, sowohl um eine Festlegung des Grafen Hertling auf eine Reihe bekannter politischer Forderungen, unter denen die Zukunft Elsaß-Lothringens erhebliche Schwierigkeiten bereitete, sowie um Personalfragen.

(Abg. *Joos:* Dieser Gedanke der Nachfolge Bülows spielte noch keine Rolle bei der Verabschiedung v. Bethmann Hollweg?)

— Auch damals schon, er ist aber damals noch nicht so akut geworden wie später.

(Sachverständiger Dr. *Delbrück:* Es ist damals schon sehr in Betracht gekommen, scheiterte aber daran, daß man es moralisch für unmöglich hielt, den Kaiser nach dem Verhältnis, das zwischen beiden Herren bestand, dazu zu bringen.)

— Gewiß, bei der Ernennung von Michaelis ist es so gewesen, daß damals diejenigen, die die Kandidatur des Fürsten Bülow betrieben, in sich selbst bereits zu dem Resultat kamen, daß sie dieselbe nicht würden durchsetzen können. Infolgedessen ist eine Aktion nach außen überhaupt nicht erfolgt, während es in dem Falle des Grafen Hertling wohl dazu gekommen ist.

(Abg. *Joos:* Ich habe gefragt, weil man immer wieder dabei landet: warum hat man Herrn Bethmann Hollweg gestürzt, um einen Herrn Michaelis dafür zu bekommen? Man muß doch etwas anderes erwartet haben!)

(Sachverständiger Dr. *Delbrück:* Nein, man wollte nur etwas Negatives; man wollte Bethmann Hollweg stürzen und wußte nicht, was nachkommen sollte!)

Das ist richtig: man wußte nicht bestimmt, was nachkommen würde. Aber es ist nicht richtig, daß das etwas rein Negatives war. Das Bestreben, an die Stelle von Bethmann Hollweg einen geeigneten Reichskanzler, etwa den Fürsten Bülow, zu setzen, ist in den Kreisen, die an dem Sturz Bethmann Hollwegs mitgewirkt haben, zweifellos vorhanden gewesen. Nur waren die Verhältnisse so, daß sich das machtpolitisch nach außen noch nicht auswirken konnte. Die Ernennung des Nachfolgers von Bethmann Hollweg ist ohne die Mitwirkung der Parteien erfolgt. Erst das völlige Fiasko der Regierung Michaelis war notwendig, um die Machtposition des Reichstags gegenüber der damaligen kaiserlichen Gewalt, wenn ich mich so ausdrücken soll, sehr erheblich zugunsten des Reichstags in der kurzen Spanne Zeit von einigen Wochen zu verschieben, so daß nun die Möglichkeit einer unverhältnismäßig stärkeren Einwirkung gegeben war.

Ich darf daran erinnern, daß in diesen Verhandlungen, die damals zwischen den Parteien der Mehrheit unter gewisser Assistenz der Nationalliberalen mit dem Grafen Hertling geführt wurden, eines Tages eine kritische Lage eingetreten war, die sich aus einigen sachlichen politischen Schwierigkeiten ergab. Der alte Graf Hertling war allmählich überaus ärgerlich geworden und hatte eigentlich schon erklärt, er mache nun nicht mehr mit, weiter wolle er nicht nachgeben und sich nicht binden. Ich glaube, namentlich in den Fragen der Parlamentarisierung waren die Schwierigkeiten recht große. Graf Hertling kündigte bereits an, er würde am Abend wieder nach München abreisen. In dieser Lage telephonierte mir Herr Erzberger, um mich von dieser Situation, die ich nicht kannte, in Kenntnis zu setzen. Er sagte mir, er habe sehr große Zweifel, ob die Ernennung des Grafen Hertling zustande kommen werde. Es sei jetzt wohl der geeignete Moment, um noch einmal den Fürsten Bülow durchzusetzen oder es wenigstens zu versuchen. Er bat mich, mit dem Fürsten Bülow, den ich aus meiner Jugendzeit und aus der Zeit, in der mein Vater Staatssekretär des Auswärtigen war, sehr gut kannte, zu sprechen Herr Erzberger selbst mußte sich wegen der gleichen Parteizugehörigkeit mit Graf Hertling etwas zurückhalten. Der Fürst Bülow war damals in Berlin im Hotel Adlon. Ich konnte ihn nicht direkt sprechen; aber sein Sekretär ging sofort zu ihm — es war alles sehr eilig und der Fürst war wohl gerade nicht angezogen — und kam mit der Nachricht zurück, es hinge alles von dem Herrn Staatssekretär v. Kühlmann ab. Wenn der Herr Staatssekretär v. Kühlmann der Meinung sein werde, daß der Fürst Bülow die geeignete Persönlichkeit als Reichskanzler sei und überhaupt mit ihm zusammenarbeiten

wolle, so zweifle der Fürst nicht an seiner Ernennung, auch nicht daran, daß sich die Schwierigkeiten beim Kaiser würden beseitigen lassen. Wenn also noch etwas in der Hinsicht geschehen könne, so wäre es notwendig, diesbezüglich schnellstens mit dem Herrn Staatssekretär v. Kühlmann zu sprechen. Ich habe mich vom Hotel Adlon damals sofort zum Herrn Staatssekretär v. Kühlmann begeben, habe ihn davon, was er noch nicht wußte, in Kenntnis gesetzt, daß die Verhandlungen zwischen den Parteien und dem Grafen Hertling an einem kritischen Punkt angelangt wären, der den Abbruch dieser Verhandlungen möglich erscheinen lasse. Ich sagte ihm, ich sei unverändert der Meinung, daß der Fürst Bülow als Reichskanzler sehr viel besser sei als der Graf Hertling. Ich habe in der Unterhaltung, die ich damals mit dem Herrn v. Kühlmann gehabt habe, insbesondere mit Nachdruck auf das Moment hingewiesen, das auch Herr Erzberger bei dieser Frage stets in den Vordergrund geschoben hatte, nämlich die Stellung des Reichskanzlers gegenüber der O. H. L. Denn es war immerhin anzunehmen, daß ein Mann von der politischen Vergangenheit und der ganzen Art des Fürsten Bülow — die Herren, die ihn kennen, werden mir in dieser Beziehung zustimmen — sich nicht auch nur annähernd in der gleichen Weise würde von den Generälen der O. H. L. imponieren lassen, wie dies bei anderen der Fall war, sicherlich nicht auf politischem Gebiete, auf dem der Fürst Bülow unzweifelhaft die Präponderanz sowohl der Geschicklichkeit wie der Erfahrung mit Energie für sich in Anspruch genommen hätte.

Herr v. Kühlmann verhielt sich ablehnend. Er sagte mir, daß er es für ausgeschlossen halte, eine Ernennung des Fürsten Bülow beim Kaiser durchzusetzen — eine Frage, die ich natürlich nicht zu entscheiden vermag. Er war entsetzt über die Schwierigkeiten, die der Ernennung des Grafen Hertling auf einmal entgegenstanden. Darauf sagte ich ihm: Wenn Sie der Meinung sind, daß es vollständig ausgeschlossen ist, den Fürsten Bülow zu ernennen und infolgedessen kein anderer übrig bleibt als Graf Hertling, müssen Sie sich schon selbst der Sache annehmen; denn ich glaube nicht, daß die Ernennung sonst zustande kommt. Herr v. Kühlmann hat sich darauf sofort zum Grafen Hertling begeben, hat sich vom Grafen Hertling die Vollmacht zu Verhandlungen geben lassen, hat dann anstelle des Grafen Hertling die Verhandlungen, ich glaube noch am gleichen Tage, mit den Parteien zu Ende geführt, so daß die Schwierigkeiten behoben wurden und die Ernennung des Grafen Hertling gesichert war. Die Bemühungen, die in letzter Stunde gemacht wurden, um anstelle des Grafen Hertling den Fürsten Bülow zum Reichskanzler zu erhalten, haben daher praktisch, soweit ich damit zu tun gehabt habe, bedauerlicherweise — auf diesem Standpunkt stehe ich auch heute noch — das entgegengesetzte Resultat, d. h. die Ernennung des Grafen Hertling erzielt.

Nicht nur sachliche Momente waren es, die bei der Ernennung des Grafen Hertling eine Rolle spielten, sondern auch personelle Fragen. Namentlich in der Fraktion, wenn ich nicht irre, der Fortschrittlichen Volkspartei, sicherlich aber in der Nationalliberalen Partei war man der Meinung, daß unter allen Umständen gegenüber dem mit dem Grafen Hertling nun einziehenden sehr süddeutschen, sehr katholischen Einfluß auch ein Gegengewicht geschaffen werden müsse, in erster Linie in Preußen. Graf Hertling war ja gar kein Preuße. Er war Hesse, glaube ich. Jedenfalls hat er sich nie als Preuße gefühlt. Er hat im Gegenteil sogar damals bei den Verhandlungen selbst darauf hingewiesen, daß er eigentlich kaum für den Posten des preußischen Ministerpräsidenten in Frage kommen könne.

(Sachverständiger Abg. D. Dr. Dr. *Bredt:* Er legte aber andererseits im Landtag Wert auf die Feststellung, er sei Preuße, weil er früher im preußischen Staatsdienst angestellt gewesen sei!)

— Das war später. — Jedenfalls konnte er kaum als Preuße betrachtet werden. Infolgedessen war es unbedingt notwendig, zur Ernennung eines Vizepräsidenten des preußischen Staatsministeriums zu schreiten, an dessen preußischem Charakter kein Zweifel sein konnte. So ist die Ernennung des Herrn Friedberg zu verstehen. Man war aber auch unter den Parteien des Reichstags einschließlich der Nationalliberalen absolut darin einig, daß auch im Reiche ein gewisses Gegengewicht gegen möglicherweise einsetzende Bestrebungen anderer, insbesondere partikularistischer Art des Grafen Hertling geschaffen werden müsse. So war man, wie gesagt, darüber einig, daß dem Grafen Hertling Herr v. Payer als Vizekanzler zur Seite gestellt werden müsse, zwar auch ein süddeutscher, über dessen reichsfreundlichen Charakter aber gar kein Zweifel sein konnte.

Diese beiden Ernennungen sind nun nicht in der gleichen Weise verlaufen. Während die Nomination des Herrn Friedberg weder beim Grafen Hertling noch bei den anderen Stellen, die sie zum Schluß zu genehmigen hatten, irgendeine Schwierigkeit bereitete, war das bezüglich des Herrn v. Payer nicht der Fall, und die Erklärungen, die in dieser Hinsicht abgegeben wurden, waren etwas unklar. Ich kann nicht den Tag angeben, er muß sich aber ohne Schwierigkeit aus dem aktenmäßigen Material feststellen lassen, an dem der Graf Hertling nach Potsdam fuhr, um als ebenernannter Reichskanzler dem Kaiser die anderen Angelegenheiten zur Unterschrift zu unterbreiten, die gleichzeitig gemäß den mit den Parteien getroffenen Vereinbarungen zu erledigen waren. Darunter befanden sich die Ernennungen des Herrn Friedberg zum Vizepräsidenten des preußischen Staatsministeriums und des Herrn v. Payer zum Vizekanzler. Herr Graf Hertling ist damals lediglich mit der vollzogenen Ernennung des Herrn Friedberg aus Potsdam zurückgekehrt. Die Ernennung des Herrn v. Payer hatte er nicht vollziehen lassen, hatte über diese

Sache auch dem Kaiser überhaupt keinen Vortrag gehalten. Dies erfuhren wir am Spätnachmittag des gleichen Tages.

Herr Erzberger setzte sich daraufhin sofort mit mir in Verbindung, da er — ich nehme das an, ich weiß es nicht ganz genau — wohl von den Parteien der Friedensresolution beauftragt war, über eine genaue Durchführung der mit dem Grafen Hertling getroffenen Vereinbarungen zu wachen. Ich habe mich darauf mit Herrn Dr. Stresemann, der, soweit ich mich erinnere, bettlägerig, jedenfalls nicht ganz wohl war, in Verbindung gesetzt, und Herr Stresemann hat sofort aufs deutlichste erklärt, daß die Ernennung des Herrn Friedberg nicht genüge, daß auch für die Nationalliberale Partei die weitere Entwicklung der Dinge nicht tragbar sein werde, wenn nicht unbedingt, wie man es zugesagt hatte und es abgesprochen war, auch die Ernennung des Herrn v. Payer erfolge. Er hat mich damals, obgleich ich, wenn ich so sagen soll, zur Opposition innerhalb der nationalliberalen Fraktion gehörte, ermächtigt, in der Beziehung zu tun, was notwendig sei, und auch in seinem Namen zu sprechen. Ich habe mich daraufhin mit Herrn Erzberger in Verbindung gesetzt, und wir sind noch am Abend desselben Tages in die Bayerische Gesandtschaft in der Voßstraße gegangen, um Herrn Grafen Hertling zu sprechen und ihm zu sagen, daß es schon am nächsten Tage die größten Schwierigkeiten geben würde, wenn nicht unbedingt die Ernennung des Herrn v. Payer sofort, spätestens im Laufe des folgenden Vormittags erfolge. Der Graf Hertling hat uns nicht empfangen, sondern hat uns erst durch einen anderen Herrn sagen lassen, daß er von den Aufregungen des Tages so erschöpft wäre, daß er gesundheitlich gar nicht in der Lage wäre, noch irgend etwas zu verhandeln, und daß vor dem nächsten Tage in der Beziehung nichts zu machen sei. Herr Erzberger und ich haben darauf beharrt, daß es unbedingt notwendig sei, hier eine Klärung zu erreichen, da wir am nächsten Morgen in unseren Fraktionen über die Sachlage berichten müßten. Herr Graf Hertling hat darauf den damaligen bayerischen Gesandten, den Grafen v. Lerchenfeld, zu uns geschickt, um die Verhandlungen mit uns zu führen, und es hat sich zwischen dem Grafen Lerchenfeld, der im übrigen ein sehr ausgezeichneter und liebenswürdiger Mann war, Herrn Erzberger und mir damals eine zwar zeitlich sehr kurze, aber überaus heftige Aussprache ergeben, in der Herr Graf Lerchenfeld u. a. sagte, diese Pressionen, wie sie hier von den Parteien geübt würden, müßten nunmehr ihre Grenzen haben, bei uns herrsche noch kein parlamentarisches System, und die Ernennung der Minister sei immer noch ein ausschließliches Recht des Kaisers. Man könne infolgedessen dem Grafen Hertling etwas Derartiges nicht zumuten. Es werde ihm ja wohl gelingen, den Kaiser zu der Ernennung des Herrn v. Payer zu führen, aber derartig sich die Pistole auf die Brust setzen zu lassen, davon wäre gar keine Rede.

Wir haben auftragsgemäß und wie es unsere Pflicht war, darauf aufmerksam gemacht, daß dies nicht den getroffenen Vereinbarungen entspräche, und daß die größten Schwierigkeiten die Folge einer solchen Haltung sein würden. Wir haben dann die Bayerische Gesandtschaft verlassen, nachdem wir dem Grafen Lerchenfeld mit größter Deutlichkeit gesagt hatten, daß jede Verantwortung diesbezüglich abzulehnen sei, und daß wir ihn dringend ersuchten, dem Grafen Hertling zu sagen, daß er am nächsten Tage bereits die allergrößten Schwierigkeiten zu erwarten haben würde, wenn die Ernennung nicht vollzogen würde.

Die Ernennung ist dann unmittelbar darauf, ich glaube schon am nächsten Vormittag, vollzogen worden. Jedenfalls lagen die Dinge am nächsten Vormittag so, daß kein Zweifel mehr darüber bestehen konnte, daß die Ernennung des Herrn v. Payer unter allen Umständen erfolgen würde.

Ich glaube, daß diese Vorgänge, wie sie sich damals abgespielt haben, historisch betrachtet, allerdings die tatsächliche Einleitung für die Verfassungsänderung im Deutschen Reiche und für die Parlamentarisierung des Deutschen Reiches gewesen sind. Daß nachher unter dem Grafen Hertling, wie das immer nach einem solchen Kampf ist — heutzutage ist es bei den Regierungskrisen nicht anders —, nun erst eine gewisse Ruhepause eintrat, daß man trotz eines zum Teil nicht unerheblichen Mißtrauens versuchte, sich mit ihm einzuleben, ist eine andere Frage. Die Dinge haben sich ja dann weiter bis zum Kriegsende hingezogen. Darüber zu sprechen, ist hier nicht meine Aufgabe. Ich glaube daher, mit dem, was ich ausgeführt habe, das gesagt zu haben, was ich hierzu zu sagen hatte.

Das eine wollte ich aber noch hervorheben, weil ich weiß, daß hier auch die polnische Frage mit behandelt worden ist. In dieser Frage der Unabhängigkeit Polens ist die Nationalliberale Partei und Fraktion stets vollständig einig gewesen. Da hat es dissentierende Mitglieder und verschiedene Meinungen nicht gegeben. Als bezeichnend kann ich in der Beziehung anführen, daß der seinerzeit von der nationalliberalen Fraktion des Reichstags dem Reichskanzler Bethmann Hollweg überreichte schriftliche Protest gegen eine Erklärung der Selbständigkeit Polens von mir verfaßt und einstimmig von der nationalliberalen Fraktion gebilligt worden ist. Im übrigen muß sich dieses Schreiben auch bei den Akten der Reichskanzlei befinden.

Abg. Dr. *Spahn:*

Wenn ich gebeten habe, auch zu Worte zu kommen, war es, weil ich glaube, in ähnlicher Weise, wie Herr Frhr. v. Richthofen das soeben getan hat, zu dem Gutachten des Kollegen Dr. Bredt gewisse Ergänzungen hinsichtlich der innenpolitischen Entwicklung geben zu können, auf die es bei dem Gutachten vornehmlich ankommt.

Herr Kollege Dr. Bredt geht in seinem Gutachten davon aus, daß der Reichstag auch schon in der Bismarckschen Zeit die Möglichkeit gehabt hätte, sich zur Geltung zu bringen, die faktische Gewalt im Reiche zu werden, und daß, wenn es anders gekommen sei, der Reichstag die Möglichkeit eben nicht ausgenutzt habe. Ich glaube ja auch, daß der Gedanke, den Herr Bredt voranstellt, durch die Geschichte der siebziger und achtziger Jahre bestätigt wird. Der Reichskanzler hatte sich 1866 in der Bedeutung vergriffen, die er dem Finanzproblem für die Verfassung des Reichs zugemessen hatte. Er hatte nicht geglaubt, daß der Finanzbedarf des Reichs so rasch und so stark anschwellen würde, wie es der Fall war. Da er das Finanzproblem nur mangelhaft gelöst hatte, ist er und ist das Reich bis zum Kriege nie mehr aus Versuchen und Anläufen herausgekommen, den Fehler wieder gutzumachen, ohne daß seine Verfassung von Grund aus umgekehrt werde. Bismarcks Autorität hielt die Entwicklung auf; latent war die Möglichkeit, daß der Reichstag maßgebend wurde, auch unter ihm schon da.

Nun hatte der Fürst keinen Nachfolger gleichen Ansehens. Es kam jedoch — das ist der Hauptpunkt, den ich bitten möchte, mit zu würdigen — zunächst nur zu einer Art Pause in der Verfassungsentwicklung. Diese Pause entstand, wenn ich die Vorgänge recht deute, dadurch, daß es unter der Kanzlerschaft des alten Fürsten Chlodwig zu Hohenlohe zu einem gewissen Ausgleich, zu einer Entspannung zwischen den bürgerlichen Mittelparteien und der Regierung kam. Hohenlohe hatte auf der einen Seite selbst eine parlamentarische Laufbahn hinter sich, war auch zudem Süddeutscher. Auf der anderen Seite brachte er eine sehr große Erfahrung und dazu als persönliche Eigenschaft eine große Ruhe mit ins Amt. So erfolgte unter ihm die Entspannung. Sie wurde dadurch möglich, daß die beiden Mittelparteien, die sich in der Kulturkampfzeit aufs schärfste gegenübergestanden haben, die Nationalliberalen und das Zentrum, einander näher kamen. Noch 1893 und 1894 bestand der scharfe Gegensatz zwischen dem damaligen Zentrumsführer Lieber und der nationalliberalen Führung. 1895/96 kam es namentlich über dem Zustandebringen des Bürgerlichen Gesetzbuchs zu persönlicher Berührung. Sie hatte zur Folge, daß sich Bennigsen und Lieber gegenseitig ihr Wohlgefallen aneinander erklärten. Zu den beiden hat sich dann sehr bald der Vater unseres jetzigen Reichstagskollegen v. Kardorff gesellt, und bei seinem Temperament hatte er sicherlich keinen geringen Anteil daran, daß das Verhältnis der Führer auf der nationalliberalen und auf der Zentrumsseite besser und besser wurde.

Fürst Bülow hat zur Tradition gemacht, was sein Vorgänger Fürst Hohenlohe angebahnt. Ich glaube, daß dadurch etwa für 20 Jahre, bis 1916/17, das Interesse an den eigentlichen Verfassungs-

problemen so gut wie vollständig zurücktrat. Wir Jüngeren fühlten zuerst um 1905/06, daß es wieder anders kommen werde. Heute wissen wir alle, daß es schon die Bewegung war, die zum Weltkriege und zur Revolution geführt hat. Wenn wir Jüngeren zu maßvollen Reformen beizeiten hindrängten, wurde z. B. mein verstorbener Vater immer außerordentlich empfindlich. Er warnte immer davor, programmatischen Gesichtspunkten nachzugehen. Als ich nach der Erledigung der Reichsfinanzreform 1908/09 die Ansicht vertrat, es sei gerade noch einmal gut gegangen, jetzt müsse aber sofort und unbedingt unsere Reichsfinanzpolitik in ihrem Verhältnis zur Finanzpolitik der Einzelstaaten neu orientiert und daraufhin das Reichsfinanzbedürfnis durchgreifend befriedigt werden, hat mein Vater mir gegenüber stärkste Bedenken geltend gemacht. Ich weiß noch, daß ich zu ihm sagte: Wir kommen mit dem Fortwursteln nicht mehr weiter, Du wirst sehen, daß Ihr überholt werdet. Er antwortete mir: Es geht nicht anders, auch Ihr Jüngeren müßt Rücksicht auf die Lage des Deutschen Reiches nehmen, wie sie nun einmal ist; das ist alles so gläsern und so zerbrechlich, das kann nur mit der höchsten Vorsicht von Fall zu Fall und von Person zu Person geregelt werden.

Die Erkenntnis, daß das um die Mitte der 90er Jahre begründete Verhältnis der Mittelparteien zueinander und zur Regierung nur auf Zeit bestehen konnte, darf aber nicht verhindern, ihm unsere volle Aufmerksamkeit und auch eine verfassungspolitische Wertung zu widmen. Es behauptete sich nicht nur 20 Jahre, sondern es festigte sich auch und entwickelte eine erhebliche Beharrungskraft dank der nicht gewöhnlichen Leistungsfähigkeit, die den sich dafür verantwortlich fühlenden Männern eignete. Vielleicht hat es sich zu unserem Verhängnis sogar zu lange gehalten. Ich habe mich oft gefragt, ob es nicht für die Engländer ein großer Vorteil war, daß, wenn nun doch einmal die Auseinandersetzung über eine weitere Demokratisierung des Verfassungslebens für sie wie für uns kommen sollte, die Sache bei ihnen 1905 bis 1910 abgemacht worden ist. Während des Krieges hatten sie infolgedessen innerpolitisch Ruhe, während bei uns durch die Widerstandskraft, ich möchte ausdrücklich sagen, nicht des alten Regierungssystems, sondern der Koalition von Mittelparteien und Reichsregierung die innerpolitische Entscheidung bis in den Krieg hinein verschleppt worden ist und dann, wie wir es eben wieder von dem Herrn Kollegen Frhr v. Richthofen gehört haben, mitten im Kriege die prinzipielle Auseinandersetzung losging und bald nicht mehr aufzuhalten war. Der Unterschied im Rhythmus der englischen und deutschen Entwicklung erklärt sich nicht aus irgendwelcher Verschiedenheit in der wirtschaftlichen Entwicklung — sie hätte die Verhältnisse bei uns eher noch vor der englischen zur Krisis treiben müssen —, sondern in der Reife und Zucht, mit der die Führer des Zentrums, der Nationalliberalen und Freikonservativen

einerseits die Parlamentsmaschine im Gange hielten, andererseits ihren Einfluß auf die Regierung zur Geltung brachten.

Weil ich die Dinge so sehe, habe ich den Eindruck, daß Herr Kollege Dr. Bredt in seinem Gutachten den Reichstag viel zu sehr als Einheit sieht und die Verhältnisse schematisiert. Ich halte es nicht für richtig, die Frage nach den inneren Spannungen unseres Verfassungslebens auf Regierung und Reichstag, sozusagen auf Obrigkeitsstaat und Volksstaat abzustellen, sondern sehe das Entscheidende für die Entwicklung darin, daß 1916/17 innerhalb des Reichstags eine Spannung entstand, die sich bis zum Zerreißen steigerte, daß sich im Reichstag geradezu zwei Gruppen herausbildeten, die ältere Führergeneration mit ihrem Anhang und der Stütze, die sie noch an der Bürokratie hatte, und die neue Führergeneration, die, sobald die außenpolitische Lage gefährlich wurde und also Kritik am „System" in der öffentlichen Meinung starken Widerhall zu wecken versprach, sich erhob und sich durchsetzte.

Das Einvernehmen unter den bürgerlichen Mittelparteien und der bürgerlichen Mittelparteien mit der Regierung gibt die Erklärung für eine Bemerkung in Payers Buch, auf die schon Herr Kollege Bredt hingewiesen hat. Es heißt hier in einer Anmerkung:

> Hätte der Reichstag seinen Einfluß, wie das anderwärts geschehen ist, als Kampfmittel ausgenützt, so hätte er sich im Laufe der Jahre auch eine Macht sichern können; er hat aber stets darauf verzichtet und sich selbst nicht einmal genügend zur Wehr gesetzt, wenn Heer, Marine oder Post sein Etatsrecht offen oder auf Umwegen zu umgehen bemüht waren. Bei der Besetzung der maßgebenden Regierungsstellen mitzureden hat er nie beansprucht, ja daran hat er niemals gedacht.

Die Angabe von Payer ist sicherlich richtig; aber diese ältere Führergeneration — also Kardorff, Bassermann, mein Vater, ich glaube, ich kann von den Konservativen Herrn v. Normann mit aufzählen bei dem guten Verhältnis, das er zu meinem Vater und wohl auch zu Kardorff gehabt hat — hatte sicherlich nicht den Eindruck, daß der Reichstag unterdrückt würde, daß der Reichstag sein Gewicht nicht genügend in die Wagschale werfen könnte. Ihr Eindruck war vielmehr, daß die Regierungsstellen, namentlich aber auch der Reichskanzler selbst, ebenso ein großer Teil der Minister, in loyaler Weise sich mit ihr verständigte und daß eigentlich nichts geschah, was nicht auf einer vorherigen Abrede beruhte. Diese Überzeugung muß unbedingt mit in die Wagschale geworfen werden, wenn es sich um die Urteilsbildung über die verfassungsrechtlichen Zustände von 1895—1917 handelt. Den Führern des Reichstags kam es nicht vor, als ob der Reichstag nichts gelte. Sie hatten ein sehr starkes Bewußtsein von seiner Bedeutung. Mein Vater ist, als er Lieber in der Führung der Fraktion praktisch folgte, von 1901 oder 1902 an —

1900 wurde Bülow Kanzler — regelmäßig alle Jahre nach Norderney gefahren, Bülow hat mit ihm dort alles durchgesprochen, was im Winter an Vorlagen kam und wie man die Sache anfassen sollte. Wenn er Bedenken hatte, daß seine Partei, die ja doch damals den größten Einfluß ausübte, für die Pläne der Regierung nicht zu haben war, ließ man sie fallen oder änderte sie.

Die Herren müssen daran denken, daß die mittelparteiliche Koalition vor allen Dingen dadurch auf die Regierung Einfluß gewann, daß sie den Kampf gegen die Obstruktion der Sozialdemokratie im Jahre 1902 siegreich durchfocht und die Linke niederkämpfte; es ging um den Zolltarif. Er barg in sich ein Grundproblem unseres damaligen politischen Lebens, die Richtung unserer Wirtschaftspolitik. Es hätte damals von der sozialistischen und demokratischen Seite her aus der Obstruktion im Falle, daß sie sich durchsetzte, eine Verfassungskrisis entwickelt werden können. Die Probe auf die Möglichkeit und die Aussichten einer Obstruktion bei der Lex Heinze — im Frühjahr 1900 — war erfolgreich gewesen! Im Vertrauen auf sie holte die Sozialdemokratie 1902 in einer entscheidenden wirtschaftspolitischen Frage zum Sturm aus, sie trug ihn wochenlang voran. Dieser Sturm aber ist nicht im geringsten durch die Regierung abgeschlagen worden. Bülow stand den Dingen, um die gekämpft wurde, innerlich ganz fern, Posadowsky war sozialpolitisch eingestellt. Der Widerstand ist ausschließlich von den bürgerlichen Mittelparteien geleistet worden. Ich erinnere mich, daß mir mein Vater erzählt hat, als sie dem Ansturm der Sozialdemokratie gegenüber Karree bildeten und die konservative Fraktion zögerte, habe ihm Kardorff gesagt: Entscheidend ist jetzt das Politische und nicht das Wirtschaftliche; wenn die Konservativen das nicht begreifen, dann muß eine Verständigung mit Eugen Richter herbeigeführt werden, damit die Obstruktion der Sozialdemokraten unter allen Umständen abgeschlagen wird. Es glückte, die Konservativen in die Abwehr mit hereinzuziehen, der Freisinn hat auf der anderen Seite gestanden. Was waren das für erregte Wochen von Oktober bis zum 18. Dezember 1902. Der Sieg war schon eine echte, rechte Leistung der Parteien!

Es war schon 1895—1917 gar nicht möglich, den Reichstag zu mißhandeln oder beiseite zu schieben. Nur wurde diese Tatsache nicht durch Kämpfe zwischen Reichstag und Regierung sichtbar. Nach außen hin vollzog sich die Wandlung im Machtverhältnis beider Faktoren in den Formen einer Verständigung, in der entscheidenden Stunde, beim Obstruktionskampfe sogar in der Form eines Einspringens der herrschenden Parteien für die Regierung. Der Weg, den man ging, entsprach überdies in hohem Maße der Art der beteiligten Persönlichkeiten. Bassermann war gewiß kein Revolutionär, und mein Vater ist durchaus in der Tradition des preußischen Beamten aufgewachsen. Das wurde also absichtlich alles in möglichster

Stille abgemacht. Auf seiten der Parteiführer war deshalb nicht minder das Gefühl vorhanden: wir haben eigentlich das, was wir an Ansehen brauchen; so kann in Deutschland ganz gut auf der einen Seite konstitutionelle Denkweise und auf der anderen Seite konservative Überlieferung in Einklang gebracht werden.

Ich möchte glauben, daß sich dieses System deshalb noch besonders gut bei uns durchsetzen konnte, weil es am meisten der Psyche des damaligen Zentrums entsprach. Das damalige Zentrum ist eine Partei gewesen, die bei allem lebendigen politischen Interesse an der Nation eben doch ein besonderes Verantwortungsgefühl dem katholischen Volksteil und der katholischen Kirche gegenüber hatte. Es hatte sich daraus eine, ich möchte sagen, im guten und ernsten Sinne opportunistische Einstellung dem Verfassungsleben gegenüber entwickelt. Die Frage war für die früheren Generationen des Zentrums ganz selbstverständlich: wenn wir verfassungspolitisch irgendeinen Schritt vorwärts oder rückwärts gehen, wie wirkt das auf die Stellung des katholischen Volksteils und der katholischen Kirche zurück? Diese Männer, die in den sechziger und siebziger Jahren groß geworden waren, hatten das Gefühl, daß die Stellung des katholischen Volksteils im Reich und in Preußen durch die Auswirkung des Reichsdeputationshauptschlusses von 1803 an sich nicht günstig war, und daß es also immer schwierig sei, Fragen der Toleranz wie der Parität im Sinne des katholischen Volksteils zu lösen. Im Kulturkampf, wo den Katholiken von der staatlichen Seite her der Kampf angesagt wurde, hatten sie sich entschlossen gewehrt. Aber nun waren sie doch sehr zufrieden, daß unter dem Fürsten Chlodwig v. Hohenlohe die Entspannung erfolgt war und daß nun von Fall zu Fall immer wieder versucht werden konnte, auf der einen Seite dem Staate zu geben, was des Staates war, dabei aber auch das Interesse des katholischen Volksteils und die Bedürfnisse der katholischen Kirche wahrzunehmen. Für die Denkart eines Mannes, wie es mein Vater war, war das System von 1895 bis 1917 wie geschaffen, und er hat bis an seinen Tod daran gehangen. Dabei unterstützte ihn vor allem ein Mann, der dem Reichstag den Rücken gekehrt hat, sobald die Änderung der Verhältnisse eintrat, der Domprobst Pichler, der im stillen sehr großen Einfluß gehabt hat. Im Sinne der beiden hat auch Hitze gedacht und gewirkt, wenn er sich früher mehr um die sozialpolitischen Dinge kümmerte. Hertling war ebenso gesinnt. Ich möchte glauben, daß Herold in Preußen die Entwicklung ebenfalls unterstützt hat, und ebenso Porsch.

(Zuruf: Vor allem auch Kardinal Kopp!)

— Gewiß, der stellte sich dahinter. Gegen Ende des Kulturkampfes bestanden keine engen Beziehungen zwischen dem Zentrum und dem Kardinal Kopp. In den Jahren jedoch, von denen ich eben sprach,

war mein Vater vielleicht ebenso oft auf Schloß Johannisberg zu Gaste, wie er den Reichskanzler in Norderney besucht hat.

Diese Männer waren sich einig in der absoluten Gegnerschaft der Sozialdemokratie gegenüber. Sie hatten wohl persönliche Beziehungen zu sozialdemokratischen Parlamentskollegen, aber daß die Sozialdemokratische Partei etwa mit in die Koalition hereingenommen werden könnte, daß man ihr auf die Entwicklung des Reiches Einfluß gewähren sollte, das ist von den Führern der Koalition — genauer kannte ich allerdings nur die Herren aus dem Zentrum — durchweg abgelehnt worden. Im Sommer 1907 erschien ein nicht gezeichneter Artikel an der Spitze der Kölnischen Zeitung, der sich wie ein Fühler las, ob es nicht möglich wäre, die Sozialdemokratie zu einer Annäherung an den Staat zu bringen. Es war ganz kurz, nachdem Posadowsky entlassen worden und Bethmann Hollweg an seine Stelle getreten war. Ich war damals mit den Führern des Zentrums am Rhein, in München-Gladbach, zusammen. Sie prüften, wie die politische Entwicklung voraussichtlich verlaufen würde. Ich wies Hitze auf diesen Artikel hin und sagte zu ihm: Passen Sie auf, da bahnt sich auf Grund des Wechsels im Staatssekretariat des Innern eine völlig neue Entwicklung an! Er lachte mich aus und meinte, daß ich den endgültigen Beweis erbracht hätte, für das Mögliche in der Politik gar kein Verständnis zu haben; derlei sei in Deutschland unmöglich. Das war eben damals noch die Auffassung der bürgerlichen mittelparteilichen Gruppen. Ich darf in diesem Zusammenhang noch an die Vorgänge im Reichstag nach der Neuwahl von 1912 erinnern. Als der Reichstagspräsident gewählt wurde, wurde mein Vater zum ersten Präsidenten und Scheidemann zum ersten Vizepräsidenten gewählt. Mein Vater trat darauf zurück. Er hatte verlangt, daß Scheidemann nicht nur beim Kaiserhoch im Saale bleiben, sondern auch mit zu Hofe gehen sollte. Er wußte, daß Scheidemann das ablehnen würde, deshalb forderte er es; es war für ihn eine Unmöglichkeit, mit Scheidemann im Präsidium zu sitzen. Bei seiner Befähigung zur Leitung von Versammlungen ist meinem Vater der Verzicht schwer gefallen; aber hier gab es nur ein Brechen, kein Biegen für ihn. So sahen die statischen Kräfte aus, die aus der Zeit vor dem Kriege bis in die Kriegszeit dem Reichstag sein Gepräge gaben. Sie hat Herr Kollege Dr. Bredt in seinem Gutachten nicht genügend beachtet. Gegen sie mehr als gegen die Regierung haben sich die dynamischen Kräfte der jüngeren Generation 1917 entwickelt.

In diesem Zusammenhang möchte ich noch ein Wort über Gröber sagen, weil es in der Politik nun einmal auch auf die Persönlichkeiten ankommt. Herr v. Payer macht eine Bemerkung darüber — Herr Kollege Bredt hat sie auch schon zitiert —, daß Gröber besonders temperamentvoll gewesen sei und gelegentlich kampffreudige Anwandlungen gehabt habe. Dem war in der Tat so, und

zwar nicht nur in der Außenpolitik, sondern auch in der Innenpolitik. Das unterschied ihn von Hertling und meinem Vater. Der Süddeutsche, der Schwabe meldete sich gelegentlich in ihm sehr stark. Gröber hat aber gerade in den innenpolitischen Fragen bis zum Kriegsende durchaus auf der Seite der alten Generation gestanden. Ich habe im Mai 1920 in Köln auf einer Versammlung der Deutschen Bauernvereine geglaubt, das folgende öffentlich wieder erzählen zu dürfen: Als mein Vater in den Julitagen 1917 zusammengebrochen war und nach Friedenweiler mußte, um sich zu erholen, besuchte ich anfangs August Gröber, ehe ich zu meinem Vater hinüberfuhr. Die beiden hingen persönlich aneinander. Gröber lag im Krankenhaus in der Niederwallstraße, ich wollte meinem Vater berichten, wie es Gröber ginge. Gröber war geladen mit politischem Temperament, weil er wochenlang im Bett liegen mußte; er äußerte sich mit der größten Heftigkeit über die Friedensresolution und das Erzbergersche Vorgehen. Seine Ansicht war, daß die sozialdemokratischen Führer aus Stockholm so niedergeschlagen zurückgekommen seien, so sehr mit dem Gefühl, daß die ganze Welt gegen uns wäre, daß ihr Rückgrat gebrochen sei. Er sagte zu mir, politisch notwendig wäre in dem Augenblick gewesen, den Sozialdemokraten die Verpflichtung abzuverlangen, daß sie bis zum Kriegsende keine Schwierigkeiten mehr bei der Bewilligung der Kriegskredite machten. Die Sozialdemokraten würden sich gefügt und damit sich jedes Einflusses auf den Verlauf des Krieges begeben haben. Wären sie aber nicht darauf eingegangen, dann hätte sofort der Reichstag aufgelöst werden müssen; wir hätten die Möglichkeit bekommen, den Krieg vollends durchzuhalten und zu gewinnen. Deutlicher kann der Unterschied im Denken der alten und der jüngeren Generation aber kaum gekennzeichnet werden! So scharf würde freilich mein Vater ihn niemals ausgedrückt haben; dazu gehörte das Temperament und die kampffreudigen Anwandlungen, die Gröber eigentümlich waren, — obwohl doch sonst manche Anschauung wieder eine Brücke von ihm zu Erzberger hinüber schlug.

Die alte Generation hatte bis 1917 ihre Schwierigkeiten mit Erzberger gehabt; aber sie hat immer auf dem Standpunkt gestanden, daß, wenn er wieder einmal ausgesprungen war, wieder eingerenkt werden konnte, was er ihnen in Unordnung gebracht hatte. Sie haben sich lange gegen den Gedanken gesträubt, daß durch die ungeheure Vitalität, die Erzberger besaß, ein wirklicher Umschwung im Reichstag und in unserem Vaterlande herbeigeführt werden könnte. Mein Vater, wenn ich mit ihm über Erzberger sprach, wandte gern ein, daß Erzberger hinterher regelmäßig nach der rechten Seite hinüberfalle und um so lauter die Rechte unterstütze. Er sah in Erzberger vielleicht vor allem die Eigenschaft, auf die Bethmann Hollweg abzielte, als er in seinen Erinnerungen für den Juli 1917

von dem „Leichtwendigen“ sprach; Herr Scheidemann urteilt in seinem Buche über diese Eigenschaft Erzbergers übrigens ebenso.

Mein Vater hat eigentlich an Erzberger am tragischsten genommen, daß er sich immer wieder von den Militärbehörden für deren Budgetwünsche einfangen ließ, daß er entweder von der Marine her oder vom Kriegsministerium aus hinter dem Rücken der Fraktionsführung eingespannt und für weitgehende Forderungen eingesetzt wurde.

(Abg. *Dittmann:* Das ist heute wieder die Schwäche aller bürgerlichen Parteien!)

Warten Sie ab, ob sich diese Schwäche nicht epidemisch verbreitet!

(Abg. Frhr. *v. Richthofen:* Aber es ist ganz richtig, was Sie soeben ausgeführt haben!)

Merkwürdig wurde der verfassungspolitische Zustand der beiden Vorkriegsjahrzehnte beeinflußt — und für das Gefühl eines Mannes in meinem Alter eigentlich auch schon zweifelhaft gemacht — durch das politische Verhalten Bethmann Hollwegs und die sich daraus ergebenden Beziehungen der alten Reichstagsführer zu ihm. Mit ihm kam eben doch ein Kanzler an die Reihe, der sich in das System nicht mehr innerlich einordnete, der vielmehr in Aussicht nahm, die Sozialdemokratie heranzuziehen; darüber trat eine Entfremdung zwischen Bethmann Hollweg und der älteren Führergeneration im Reichstag ein. Es muß doch einmal darauf geachtet werden, daß die entscheidende Verschiebung der Gewichte, die Umstellung gegenüber der Sozialdemokratie, nicht im Reichstag, nicht von den Parteien, sondern von der Regierung ausgegangen ist! 1912 und 1913 war das Verhältnis von Kanzler und Parteien durchaus kritisch. Bassermann stand Bethmann Hollweg nicht freundlich gegenüber — seine Stellungnahme war aber wohl mehr von außen- als innerpolitischen Gründen bedingt; mein Vater lehnte ihn ab. Nachher verlor die Spannung an Bedeutung dadurch, daß Bethmann Hollweg unmittelbar vor dem Kriege gegen seine innere Überzeugung in eine scharfe Kampfstellung der Sozialdemokratie gegenüber gedrängt wurde. In den letzten Wochen vor dem Kriege mußte er sich mit aller Heftigkeit gegen die Sozialdemokratie wenden. Während des Krieges schaltete sich dann Helfferich ein. Als Helfferich 1915 das Reichsschatzamt übernahm, kam merkwürdigerweise sehr bald nach der Zentrumsseite hin zu meinem Vater ein gutes persönliches Verhältnis zustande; Helfferich hat bis 1917 den Mittelsmann zwischen Bethmann Hollweg und meinem Vater gespielt. Als wir von Elsaß-Lothringen her — ich war ja in Elsaß-Lothringen — im Mai und Juni 1917 darauf drängten, es müsse eine Klärung der Zukunft Elsaß-Lothringens herbeigeführt werden, riet mir mein Vater: „Sprich mit Helfferich darüber und sprich die ganzen Dinge durch; mit ihm ist mehr anzufangen als mit dem Kanzler.“

So blieb Bethmann Hollweg, bis der völlige Szenenwechsel in unserer inneren Politik erfolgte. Bereits vor dem Kriege bildete sich eine aktivere Gruppe auf der liberalen Seite. Freiherr v. Richthofen gehörte ihr an, er war aber wohl nicht der erste, der hervortrat. Dagegen hat sich meiner Erinnerung nach Herr Schiffer sofort stark betätigt, einen gewissen Einfluß übte auch Paasche aus. Das Widerspiel auf der Zentrumsseite übernahm Erzberger. Er ging aus ganzem Herzen mit. Die Gruppe gab um die Wende 1912 in sehr bedeutsamer Weise der Reichsfinanzpolitik die andere Wendung. Der Übergang zur Reichsvermögenszuwachssteuer bildete, meine ich, den Auftakt zu der ganzen Entwicklung der folgenden Jahre bis zur Revolution hin. Sylvester 1912 war der inzwischen früh verstorbene rechtsliberale Reichsrat von Buhl in Straßburg mein Gast. Wir waren eng befreundet. Er fragte mich, ob ich wüßte, daß Schiffer und Erzberger in Berlin zusammen wären, um sich über die Zuwachssteuer zu verständigen. Täuscht mich mein Gedächtnis nicht, so drahtete ich am Neujahrstage meinem Vater die Nachricht. Er schrieb mir zurück, das sei von Buhl und mir eine Gespensterseherei; Dinge von solcher Tragweite könnten nicht ohne Überlegung mit den beiderseitigen Fraktionsführern im Reichstag durchgesetzt werden. Einige Wochen später hat er die Erfahrung gemacht, daß er die Warnung Buhls zu leicht genommen hatte.

Um die Wendung während des Krieges verständlich zu machen, muß aber auch ein anderes hier ausgesprochen werden. Während sich der bürgerliche Teil der Regierung, der Kanzler voran, — seit der Zeit Chlodwig Hohenlohes — in der geschilderten Weise eingestellt hatte und schließlich doch auch Bethmann Hollweg noch die Linie hielt, obwohl er die Heranziehung der Sozialdemokratie für notwendig ansah, haben die militärischen Behörden nicht nur Erzberger gegenüber eine abweichende Politik getrieben. Sie ließen sich dadurch beunruhigen, daß seit Anfang des Jahrhunderts mehrere jüngere Abgeordnete da waren, die sich unter den bürgerlichen Parteien ihre Sporen durch heftigste Kritik im Haushaltsausschuß verdienten. Erzberger ist hierfür nur das schlagendste Beispiel; es hat aber auch andere gegeben. Mit ihnen bekam die Sozialdemokratie ganz von selber Tuchfühlung. Noske und Erzberger sekundierten sich bei der Besprechung der Heeresfragen im Haushaltsausschuß und verhalfen sich dadurch gegenseitig zu Bedeutung. Die älteren Parteiführer hätten die Kritiker gern zurückgepfiffen und trauten sich wohl auch die Kraft innerhalb ihrer Fraktionen dafür zu. Aber sie fanden sich dadurch außer Gefecht gesetzt, daß die Referenten des Kriegsministeriums und der Marine Erzberger und die liberalen Herren, nach einiger Zeit wohl auch Noske, auf andere Art zu beruhigen versuchten. Sie pflogen freundliche persönliche Beziehungen zu ihnen, in der Erwartung, daß das gesellschaftliche Verhältnis,

sowie das Gefühl, ins Vertrauen gezogen zu werden, die Angreifer umstimmen werde. Die Kehrseite war die Untergrabung der Fraktionsdisziplin. Zur selben Zeit, als Roeren von der Reichsregierung vor der öffentlichen Meinung als ein besonders übler Gegner unserer Kolonialpolitik hingestellt wurde, suchte sich — so war es wenigstens die Ansicht meines Vaters — das Reichskolonialamt oder der Kanzler persönlich im November 1905 Erzbergers zu versichern. In der Zeit des Großadmirals hat das Reichsmarineamt geradezu eine Technik der Behandlung solcher Abgeordneten entwickelt. Das ganze große propagandistische Geschick des Reichsmarineamts spitzte sich auf die Beeinflussung der einzelnen Abgeordneten zu. Schwerfälliger wurde die Technik vom Preußischen Kriegsministerium nachgemacht. Der Erfolg war, daß die großen Heeresvorlagen gerade mit der Befürwortung Erzbergers, des rührigsten und deshalb für die Ämter gefährlichsten, durchgebracht werden konnten. Aber einmal hielt die Sorge, den gefürchteten Herren vielleicht zu viel zuzumuten, das Kriegsministerium davon ab, alles im Reichstag anzufordern, was der Generalstab für kriegsnotwendig erklärte. Mein Vater hatte darüber Ende 1914 mit Herrn von Stein bei einem Besuch der Front im Westen eine gereizte Aussprache, die ihn sehr verstimmte. Herr v. Stein legte ihm dar, daß wegen der Abneigung des Reichstags gegen Heeresforderungen nicht genug Truppen den Franzosen entgegengeworfen und nicht genug Munition bereitgestellt werden konnte; damit traf er die empfindlichste Stelle seines Begleiters, der die Ursache für das Versagen des Reichstags lediglich in der seines Erachtens verfehlten Bereitschaft des Kriegsministeriums zu Abmachungen mit Erzberger, statt der Vorbereitung der Verhandlungen mit ihm, des seines politischen Blicks und seiner Sachlichkeit gewissen Fraktionschefs, erblickte. Sodann jedoch wurde auf die Dauer das ganze System durch das Verfahren der Militärbehörden aufgelockert. Mein Vater fühlte sich stets vom Reichskolonialamt, vom Reichsmarineamt und vom Preußischen Kriegsministerium am meisten in der Führung seiner Fraktion gehemmt. Mit Beginn des Krieges stellten die Militärbehörden die von ihnen umworbenen Parlamentarier geradezu heraus, und seitdem wandte auch Herr von Bethmann Hollweg das gleiche Verfahren an. Herr Freiherr v. Richthofen sprach schon davon, eine wie überaus eifrige Kriegspropaganda Erzberger in den ersten Monaten des Krieges mit Zulassung des Kanzlers und mit Unterstützung des Militärs getrieben hat.

(Abg. Frhr. *v. Richthofen:* In den ersten *Jahren!)*

Letzten Endes entsprang dieser Vorgeschichte auf der militärischen Seite der Gedanke, daß auch die Durchführung des Krieges am besten durch eine Verbindung der O.H.L. mit den von Temperament oppositionellen Abgeordneten des Reichstags gesichert werden könnte. Vom Herbst 1916 ab — ich glaube, daß Herr Dr. Bredt den Zeit-

punkt richtig bezeichnet hat — finden sich die O. H. L. und die Dränger im Reichstage, die grundsätzlichen Kritiker an den militärischen Forderungen, die Kritiker zugleich an der Führung ihrer eigenen Parteien, zum einheitlichen Ansturm auf die Reichsregierung zusammen. Gröber hat 1916 noch seinen Namen dazu hergegeben; aber die Resolution zugunsten der Entscheidung über den unbeschränkten U-Bootkrieg durch die O. H. L. war nicht von ihm verfaßt, er sprach allerdings für seine Partei; gemacht war sie mit Erzberger worden. Mein Vater hat nie wahr haben wollen, daß die Resolution so hätte ausgelegt werden dürfen, daß gerade auf Grund der Zentrumsresolution die Machtverlegung zur O. H. L. hinüber erfolgt sei. Aber so gut wie ich verstehe, daß er es nicht wahr haben wollte, so stehe ich durchaus auf Seiten des Herrn Kollegen Bredt, wenn er der gegenteiligen Ansicht ist. Von da ab ist die Zusammenarbeit im Gange, Bethmann Hollweg zu stürzen. Man hat aber im Juli 1917 nicht nur Bethmann Hollweg gestürzt, sondern den seit zwanzig Jahren bestehenden Verfassungszustand zerstört. Erst das gab der Aktion im Hauptausschuß ihre revolutionäre Tragweite. Mein Vater schied aus dem Reichstag aus, Dr. Bassermann wurde im selben Monat noch durch den Tod abberufen. Es vollzieht sich ein vollständiger Umsturz des bis dahin praktisch wirksamen Verfassungsrechts. Der Stoß ist innerhalb des Reichstags mit genau der gleichen Wucht geführt worden wie gegen Bethmann Hollweg. Vielleicht war es noch wirkungsvoller und von meinem Standpunkt aus sicher verhängnisvoller — die Herren verstehen diese Auffassung bei mir —, daß man innerhalb des Reichstags den Generationenwechsel vollzog, als daß eine zaudernde Persönlichkeit wie Bethmann Hollweg beseitigt wurde.

Die O. H. L. ging nicht nur in jenem Augenblick mit Erzberger und seinen liberalen Gesinnungsgenossen zusammen. Bis Ende des Krieges blieb sie der Meinung, sie könnte den Krieg noch gewinnen, wenn sie sich mit der jüngeren Generation des Reichstags gut hielte. Wenn man Ludendorffs Erinnerungen liest, so ist er doch völlig dabei gewesen, als die Parlamentarisierung vom Kaiser bewilligt wurde. Er war mit der Friedensresolution einverstanden, damit keine inneren Wirren eintraten. Seinetwegen ging Hertling im Herbst 1918, weil er der Ansicht war, die Parlamentarisierung sei unser Verderben und Ludendorff sich für das Zugeständnis einsetzte. Ludendorff setzte sich für die Berufung parlamentarischer Staatssekretäre ein! Hertling wollte sie nicht. Ich weiß aus Erzählungen meines Vaters, daß er wegen Erzberger und Scheidemann ging. Er erklärte, deren Ernennung involviere eine Wendung unserer Verfassungsentwicklung, die unseren Widerstand gegen die Feinde schwächen müsse. Die Offiziere dagegen nahmen den Wechsel der inneren Politik damals und auch sonst nicht tragisch.

(Unterschiedliche Zurufe: Sie haben ihn nicht ernst genommen, sie haben ihn nicht verstanden! — Abg. Frhr. v. *Richthofen:* Nein, „nicht tragisch genommen", das ist der richtige Ausdruck!)

Die Offiziere dachten etwa so: Gott, laßt die Parlamentarier etwas mehr an Einfluß gewinnen, sie mögen ruhig auch offiziell den Einfluß bekommen, den sie praktisch ohnehin schon haben, wir werden sie schließlich auch weiterhin einseifen, — um mich einmal drastisch auszudrücken —

(Sehr richtig!)

und das Notwendige an der Front wird daraufhin sogar mit ihrer Verantwortlichkeit vor den Massen gedeckt werden. Darin sehe ich eine Schuld unserer Militärs. Nicht im absolutistischen Sinne haben sie unsere Entwicklung beeinflußt. Im Gegenteil! Ohne die Dinge genügend zu durchdenken, ohne sich die Tragweite der Dinge klarzumachen, trieben sie zunächst durch ihre parlamentarische Personalpolitik und dann auch durch ihre grundsätzliche Stellungnahme gegen die verfassungsmäßige politische Führung des Reichs, und unter Nichtachtung des praktischen Zustandes unseres Verfassungslebens, die Entwicklung im demokratischen Sinne mit vorwärts.

Die Entscheidung fiel im Juli 1917, als Erzberger, der gelegentlich mal ausgesprungene, aber immer wieder von den Älteren eingefangene, während Gröber schwerkrank im Krankenhause lag und nachdem mein Vater, der Anfang Juli sofort bemerkte, was kam, persönlich auch leidend, über der Abwehr völlig zusammengebrochen war — er erlitt während der entscheidenden Fraktionssitzung einen leichten Schlaganfall —, den Sprung zur Sozialdemokratie hinüber machte. Das war die entscheidende Wendung auf der parlamentarischen Seite! Die Regierung ist durch Bethmann Hollweg viel früher bereit gewesen, sich mit der Sozialdemokratie zu verbinden, wenn die Sozialdemokratie dazu bereit war, als es die Führer der bürgerlichen Mittelparteien gewesen sind. Ich darf diese Tatsache noch einmal unterstreichen.

Nun brach Erzberger endgültig aus; es war ein Ausbrechen, das im Sinne der bis dahin bestehenden Verfassungsverhältnisse nicht mehr gutgemacht werden konnte; darum die Erregung Gröbers, von der ich Ihnen vorhin erzählte, und die absolut ablehnende Haltung, die für eineinhalb Jahre lang mein Vater seiner Partei gegenüber eingenommen hat. Die Spannungen innerhalb des Zentrums, vielleicht aber auch in der Nationalliberalen Partei waren damals ganz außerordentlich stark.

Mein Vater erzählte mir in Friedenweiler, daß er am 1. oder 2. Juli nach Berlin gekommen sei und im Reichstag Erzberger getroffen habe. Der habe zu ihm gesagt: Warum sind Sie nicht bei dem Diner gewesen, das der Kanzler dem Nuntius Pacelli gegeben hat? Mein Vater gab ihm zurück, er wisse nichts von dem Diner;

was es damit sei? Erzberger erwiderte: „Ich habe persönlich dafür gesorgt, daß die Einladung an Sie eingeschrieben und als Eilbrief nach Frankfurt gegangen ist, damit Sie dabei wären.“ Mein Vater aber ist bis zuletzt überzeugt gewesen, daß die Einladung des Kanzlers von Erzberger aufgefangen worden ist, weil Erzberger ihn aus der päpstlichen Friedensvermittlungsaktion, die damals in ein entscheidendes Stadium eingetreten war, ausschalten wollte, weil Erzberger sich gesagt habe: wenn der alte Spahn darüber Bescheid weiß, wie weit die Verständigung mit Rom durch Bethmann Hollweg schon gefördert ist, dann wird er genug Autorität haben, um Ruhe im Reichstag zu halten, dann kann er auch der Fraktion ganz anders gegenübertreten, dann wird die Fraktion auf ihn hören und beschließen: jetzt wollen wir noch einmal ein paar Wochen warten, da gibt es wirklich Aussichten auf Frieden, die man nicht durch irgendeinen innerpolitischen Streit, durch den Sturz des Kanzlers stören darf.

(Sachverständiger Abg. D. Dr. Dr. *Bredt:* Wie sollte Erzberger einen eingeschriebenen Brief aufgefangen haben?)

— Mein Vater war der Ansicht, daß der Brief gar nicht bis auf die Post gekommen ist.

(Abg. *Joos:* Der Vater blieb auch bei dieser Ansicht, er hat es mir erzählt!)

— Es ist mir interessant, daß Sie das bestätigen können. Solche Einladungen liefen bei Bethmann Hollweg immer durch Erzberger. Erzberger arrangierte so etwas. Darin war Bethmann Hollweg durchaus vertrauensselig. Mein Vater aber — ich muß es sagen, auch wenn Erzberger tot ist — hielt dafür, Erzberger habe durch die Ablenkung des Verdachts auf die Post ihn gleichsam entwaffnen wollen, damit er nicht, sobald er von dem Diner hörte, bei Bethmann Hollweg Beschwerde einlegte, weil er nicht zugezogen worden sei. Von allem Persönlichen bitte ich bei der Auffrischung dieser Erinnerung abzusehen. Die Herren sollen nur daraus ersehen, wie stark im Sommer 1917 die Spannung zwischen der älteren und jüngeren Generation in den bürgerlichen Mittelparteien gewesen ist.

Die Spannung endete mit dem Riß. Erzberger ging auf die sozialdemokratische Seite hinüber, und damit war die alte Generation und ihr Einfluß erledigt. Die beiden nächsten Kanzler gehörten wohl mehr wieder der älteren Richtung an als der gestürzte Bethmann Hollweg. Wenn Herr Michaelis hier sagte, er hätte sehr gern mit dem Siebener-Ausschuß zusammengearbeitet, so hätte das nicht nur Bethmann Hollweg, sondern Chlodwig Hohenlohe und Bülow genau so gut sagen können. Die Bereitschaft, mit dem Reichstag sich zu verständigen, mit ihm sich auszusprechen, war beim Kanzler gewiß vorhanden. Mein Vater war inzwischen preußischer Justizminister geworden, schied also aus dem Reichstag aus. Herr Michaelis hat

trotzdem alles mit ihm weiter besprochen und fühlte sich wohl begreiflicherweise mehr zu dem alten Zentrumsführer hingezogen als zu Erzberger, mit dem er nicht auskam, der ihm persönlich unangenehm war. Ich habe dadurch eine Unmenge Dinge über den Verlauf der Außenpolitik des Sommers 1917 gehört. Hertling gehörte nun gar der alten Parlamentariergeneration an. Aber er hatte als Reichskanzler schon keine Möglichkeit mehr, seinen Ansichten Geltung zu verschaffen, weil die Entwicklung über den früheren Stand der Dinge allzu weit hinweggegangen war.

Herr Kollege Dr. Bredt hat auf der einen Seite darauf hingewiesen, daß an sich latent die Möglichkeit von vornherein in der Reichsverfassung enthalten war, daß der Reichstag sich in den Besitz der maßgebenden Gewalt setzte. Er meint nun auf der anderen Seite, daß doch eigentlich keine Leute da waren, die das Rad, als es sich schließlich in Bewegung setzte und immer rascher drehte, wirklich gelenkt hätten. Erzberger war von einer so ungeheuren Vitalität, daß er Einfluß gewinnen mußte, sobald die außenpolitische Lage die Dinge im Innern ins Fließen brachte; gegenüber dem matten Bethmann Hollweg war er der unvergleichlich Stärkere, aber auch im Reichstag war niemand, der ihm an Vitalität gleichkam. Um dann aber die Entwicklung zu meistern, Führer zu werden, dafür war er zu impressionabel. Alles, was an ihn herantrat, gleichviel, ob es von links oder rechts, von vorn oder hinten kam, das griff er mit seiner Rezeptionsfähigkeit sofort auf. Da hakte er ein, das nahm er auf sich. Nur so erklärt sich, daß er 1917 gleichzeitig außenpolitisch unter den Einfluß von Czernin kam und innenpolitisch mit seinen guten und alten Freunden aus der Nationalliberalen Partei zusammenging, wie es uns soeben der Herr Kollege v. Richthofen eindringlich schilderte. Ein Teil der Herren auf nationalliberaler Seite hat sicher außenpolitisch ganz andere Ziele verfolgt, als Czernin. Indeß Erzberger sich von beiden vorwärts treiben ließ, mußte das Tohuwabohu unentwirrbar werden. Erzbergers Einfluß hat sich bis ins Jahr 1918 hinein behauptet, solange als der Hauptanstoß zu dem Vorgehen im Juli 1917, sein Wille, nicht sowohl ein neues System durchzusetzen, als bestimmte Persönlichkeiten stärker zur Geltung zu bringen, noch nachwirkte. Im Vergleich zu Erzberger und den Nationalliberalen scheinen mir Männer wie Ebert und David — auch Südekum möchte ich eben noch mit nennen, nicht dagegen Scheidemann — ihrer ganzen geistigen Art nach im Grunde viel mehr Leute gewesen zu sein, wie sie auf der bürgerlichen Seite durch die frühere Generation herausgestellt wurden. Ich habe 1917 aber nie den Eindruck gehabt, daß Ebert verfassungspolitisch vorandrängte. Er bekannte sich zu seiner programmatischen Überzeugung —

(Sachverständiger Abg. D. Dr. Dr. *Bredt:* 1917 schon?)

— 1917/18 während des Winters sicher; ich habe einzelne Protokolle

des Hauptausschusses daraufhin durchgelesen —; aber 1917 im Sommer waren nicht er und sein Kreis es, die Revolution im Reichstag machten, Ebert stellte sich nur hinter Erzberger. Ich muß schon sagen, es hat mich außerordentlich berührt; vor einigen Monaten äußerte sich Herr David hier noch einmal zu den Dingen und sagte dabei, man hätte eigentlich immer sehr vorsichtig handeln müssen, es wäre immer die Rücksicht auf das Wohl des deutschen Volks, auf die Lage des Vaterlandes zu wahren gewesen. Das Ergebnis dieser Denkart war damals bestenfalls doch nur ein halbes Handeln auf der sozialdemokratischen Seite. Es sind die bürgerlichen Herren gewesen, die neue Führergeneration innerhalb der bürgerlichen Parteien, die schonungslos, rücksichtslos vorwärts drängte, sei es unter dem Einfluß einer politischen Überzeugung, sei es, weil die Regierung lahm war und sie als Männer in schwerer Zeit fühlten: es müßten endlich einmal Kerle an die Spitze kommen, denn man könne einen Krieg, der sich immer schlimmer anließ, nicht mit einem Zauderer wie Bethmann Hollweg und mit Bureaukraten an der Spitze durchführen.

Die Herren haben uns nachher auch nicht geholfen, und deshalb wurden sie schon im Jahre danach wieder in die zweite Reihe gedrängt. Soweit rechts ich auch stehe, habe ich eine sehr starke Empfindung dafür, daß mit dem Herbst 1918 an der Stelle von temperamentvollen, impressionablen, rein vitalen Menschen, wie Erzberger einer war, noch im letzten Augenblick ruhigere Leute wie Ebert die Führung übernahmen. Ich würde glauben, daß, wenn das nicht geschehen wäre, der Schlamassel vollständig geworden wäre.

Ich schließe damit, es möchten gegenüber der Auffassung des Herrn Kollegen Dr. Bredt, die die Dinge etwas schematisiert, den Reichstag wie die Regierung jeden Teil für sich zu sehr als Einheit sieht, meine Ausführungen dazu beitragen, daß die starke innere Spannung unserer Parteientwicklung während des Krieges und ihre Rückwirkung auf die Regierung mehr Beachtung findet. Dazu muß zwischen der Bismarckschen und der Zeit von Weimar die Zeit Wilhelm II. verfassungspolitisch in ihrer Eigenart begriffen werden. Ihre Eigenart zu umreißen, war meine Aufgabe.

Abg. Dr. *Quessel:*

Mir ist eine Angelegenheit nicht ganz klar geworden, nämlich die, inwieweit die Informationen, die die Führer der verschiedenen Parteien in der Reichskanzlei erhielten, sich auf außerpolitische Fragen bezogen haben. Herr Abg. Dr. Spahn hat in seinen Ausführungen das Verhältnis der alten Generation der Parteiführer zum konstitutionellen System anschaulich geschildert und die Ansicht vertreten, im Grunde hätten diese Herren über alles Auskunft erhalten, was in der Politik vorging. Nun scheint es mir allerdings sehr zweifelhaft, ob sich diese Auskunft auch auf die Vorgänge im Auswärtigen Amt bezogen hat.

Die alte Generation trat, wie dies Herr Kollege Dr. Spahn schon angeführt hat, im Kriege etwas in den Hintergrund. Ob nun vor dem Kriege eine Aussprache mit diesen Herren über die außenpolitischen Gefahren stattgefunden hat, die die Schaffung einer großen Kampfflotte für Deutschland heraufbeschwor, über die Veränderung gegenüber England, die damit notwendigerweise verbunden war, über die gewaltigen außenpolitischen Gefahren, die die Unterstützung des Baues der Bagdad-Bahn bedeutete, die ja an den empfindlichsten Punkt des britischen Weltreichs, an den Persischen Golf, führen sollte, die aber auch zugleich gewissermaßen die Mobilisierung der Türkei gegenüber Rußland bedeutete, wo wir also an verschiedenen Ecken in der empfindlichsten Weise anstießen, ob diese ganze Politik: Bagdad-Bahnbau, Flottenrüstung usw., wirklich gründlich durchgesprochen worden ist, nicht bloß im Sinne der inneren Politik, um diesen oder jenen Führer der Mittelparteien dafür zu gewinnen, sondern auch im Sinne der auswärtigen Politik, als außerpolitisches Problem von der ganzen Schwere und Tragweite, die ihm innewohnte, darüber hätte ich gern eine Auskunft. Ich für meine Person, soweit ich die Dinge kenne, bezweifle, daß der Ernst dieser Dinge überhaupt im Auswärtigen Amt genügend empfunden, und infolgedessen überhaupt eine Auskunft darüber gegeben werden konnte.

Abg. Dr. *Spahn:*

Man muß unterscheiden zwischen dem, was in dem letzten Satz von Herrn Dr. Quessel gesagt worden ist, und dem, was er sonst sagte. Das mußte sich uns ja aus den jetzt publizierten Akten des Auswärtigen Amts als Eindruck aufdrängen, daß man im Auswärtigen Amt die ganze Schwere der Situation nur mehr oder minder fest ins Auge gefaßt, nicht begriffen hat. Daß aber an sich die Bereitschaft da war, die Dinge mit den Parlamentsführern durchzusprechen, das möchte ich glauben. Die Chefs des Auswärtigen Amts, so Freiherr v. Richthofen, nahmen meines Wissens sehr starke Fühlung mit den Führern der Regierungsparteien.

(Abg. Frhr. *v. Richthofen:* Das war mein Vater! Ich besitze auch noch erhebliche Korrespondenz zwischen des Herrn Kollegen Spahn Vater und dem meinen!)

Der Staatssekretär Frhr. v. Richthofen ist verschiedentlich in Leipzig bei meinem Vater, der damals Reichsgerichtsrat war, gewesen, und ich weiß, daß z. B. die ganze Affäre 1905/06 mit meinem Vater sehr genau durchgesprochen worden ist. So hat mein Vater doch für damalige Verhältnisse sehr bedeutsame Einblicke in die auswärtige Politik bekommen. Schon vor Richthofen hatte auch Bülow es so gehalten. Ich habe z. B. mit Erlaubnis meines Vaters in einem kleinen Büchlein über Lieber 1906 darauf hingewiesen: als es zur zweiten Flottenvorlage kam, hat Bülow meinem Vater mitgeteilt, er müsse aus allgemeinen weltpolitischen Gründen die neue Flottenvorlage

bringen, der Zar habe dem Kaiser gesagt, wir wüßten ja, wie sehr seine ganze Absicht darauf gerichtet wäre, wieder zur alten Freundschaft mit uns zurückzukehren. Er habe jedoch auf der einen Seite Rücksicht auf Frankreich zu nehmen, dessen Abneigung gegen uns erst allmählich gemildert werden könnte, auf der anderen Seite könne er sich in der ostasiatischen Politik von Frankreich so lange nicht distanzieren, wie Frankreich die einzige Macht neben England sei, die über eine gewisse Flotte verfüge, er sei für die ostasiatische Politik an das Bündnis mit einer Flottenmacht gebunden. Wenn dagegen der Kaiser es für möglich halte, unsere Flotte wenigstens bis zur Stärke der französischen Flotte auszubauen, so bekomme er, der Zar, freie Hand. So weit gingen die Mitteilungen doch immerhin. So weit ich von meinem Vater her die Dinge sehe, so ist nur Kiderlen-Waechter anders verfahren und ist dadurch geradezu verderblich geworden. Kiderlen-Waechter hat eine Manier an sich gehabt, die ganz katastrophal auf das Verhältnis von Reichstag und Auswärtigem Amte eingewirkt hat, dieser Mann wird dabei so viel von demokratischer Seite gelobt. Wenn der Kanzler etwas von auswärtiger Politik verstand, so hatte es zur Folge, daß er, z. B. Fürst Bülow, die Fühlung mit den Parteien auch in Dingen der auswärtigen Politik an erster Stelle unterhielt. Herr Bethmann Hollweg stand der Außenpolitik innerlich fern. Er mischte sich freilich in sie ein, aber nicht aus innerem Beruf. Jedoch hat auch er wohl über seine Versuche einer Verständigung mit England gesprochen. Ich habe letzthin wieder eine Rede meines Vaters in der Hand gehabt, worin er sich ganz zweifellos auf Veranlassung von Bethmann Hollweg mit der Abrüstungsfrage gegenüber England beschäftigte und dafür einsetzte, daß wir entgegenkommen möchten, wenn England bereit wäre. Aber die Unterrichtung des Reichstags war jedenfalls in den letzten Jahren vor dem Kriege wieder schlechter als vorher, nicht weil eine andere Gesinnung eingetreten war, sondern weil die Personen gewechselt hatten: Bethmann Hollweg, der der Außenpolitik ferner stand als Bülow, und Kiderlen-Waechter, der seine saloppe Manier hatte.

Abg. Dr. *Quessel:*

Ich will jetzt die Dinge im Kriege besprechen. Aus den Verhandlungen des 2. Unterausschusses weiß ich, daß schon im Jahre 1916 der frühere Reichstagsabgeordnete Stinnes in Stockholm einen Friedensfühler vorgenommen hat. Durch die eidlichen Aussagen des Herrn Stinnes ist festgestellt worden, daß er den dahingehenden Auftrag von Herrn v. Bethmann Hollweg erhalten hat. Er selbst ging bei diesen Verhandlungen von folgender Einstellung aus. Er sagte: angesichts der großen Zahl unserer Gegner ist es unbedingt nötig, so zu verfahren, wie etwa Industrielle, die eine Interessengemeinschaft herstellen wollen, zu verfahren pflegen, d. h. man sucht sich aus der großen Zahl der Gegner diejenigen heraus, mit denen man am leich-

testen einig werden kann. Man sucht zunächst einmal festzustellen, ob mit diesen Gegnern, bei denen die Gegensätze weniger groß sind, eine Einigung zu erzielen wäre. Als solche Gegner sah er das frühere Zarenreich und Japan an. Er hatte Unterhandlungen mit dem japanischen Gesandten Ouchida. Er hatte späterhin auch Unterhandlungen mit dem Vizepräsidenten der Duma Protopopoff, der, als er von diesen Verhandlungen nach Petersburg zurückkehrte und von der Presse der Linken aufs lebhafteste angegriffen wurde, dennoch vom Zaren zum Innenminister ernannt wurde, also eine Treppe hinauffiel. Es kam dann noch die Ministerpräsidentschaft Stürmers hinzu, der in Rußland, aber auch in Deutschland als prodeutsch angesehen wurde. Ich frage nun den Abg. Frhr. v. Richthofen: Ist seine damalige Partei von diesen selbstverständlich geheim geführten Verhandlungen irgendwie unterrichtet worden? Meines Wissens hat die Sozialdemokratische Partei in direkter Weise von diesen Dingen nichts erfahren. Herr Stinnes hat hier vor dem Untersuchungsausschuß unter Eid ausgesagt, daß diese ganzen Verhandlungen, die einen relativ günstigen Verlauf genommen hatten, durch die Polenproklamation, die Bethmann Hollweg vorgenommen habe, zerschlagen worden seien.

Abg. Frhr. *v. Richthofen:*

Diese Frage kann ich dahin beantworten, daß ich persönlich diese Vorgänge gekannt habe. Das will aber natürlich nichts in der Richtung beweisen, daß etwa die nationalliberale Fraktion oder ihre offizielle Leitung informiert worden wäre. Denn meine Beziehungen zum Auswärtigen Amt waren während der Kriegszeit durchgehend sehr eng, da ich sowohl von früher her mit den Staatssekretären v. Jagow und Dr. v. Kühlmann in den besten und freundschaftlichsten Beziehungen gestanden habe, so daß ich über eine große Reihe von Informationen wohl verfügen konnte, über die andere nicht verfügt haben. Daß die nationalliberale Fraktion, namentlich ihr Führer über solche Sachen informiert worden ist, halte ich für unwahrscheinlich. Hierüber wird Dr. Stresemann wohl am besten Auskunft geben können. Bassermann stand, so lange er lebte, in gewissen Verbindungen mit dem Auswärtigen Amt. Da aber sein Verhältnis zu Bethmann bis zu seinem Tode sich immer mehr verschlechterte, so waren diese Verbindungen verhältnismäßig sehr lose. Ich habe immer den unzweifelhaft wichtigen Eindruck gehabt, daß die Beziehungen Bassermanns zur Obersten Heeresleitung unverhältnismäßig bessere waren als zu der politischen Leitung.

Abg. Frhr. *v. Rheinbaben:*

Es ist hier gesagt worden, daß in den Jahren vor dem Kriege auch in dem Auswärtigen Amt bzw. an verwandten Stellen die Größe der Gefahr in der sich Deutschland befand, nicht klar erkannt worden wäre. Ich möchte daher vorschlagen, daß sehr klar in der weiteren Behandlung dieses Ausschusses unterschieden werden sollte: Was

ist den Führern der Parteien bzw. den Parteien selbst mitgeteilt worden, und welche Auffassung hat in den Behörden geherrscht?

Ich darf ferner etwas aus meiner eigenen Praxis feststellen: Ich bin 1912/13 Marineattaché in Rom gewesen. Der spätere Staatssekretär v. Jagow war dort mein Chef. Er war Botschafter in Rom und hat auch später meinen Übertritt in den auswärtigen Dienst befürwortet. Ich bin daher ganz genau in der Lage, z. B. anzugeben, zum mindesten von dem Beobachtungsposten Rom aus, wie Herr v. Jagow die politische Weltlage 1912 und 1913 angesehen hat. Ich weiß natürlich auch ganz genau, wie man von der Marineseite her in allen den Jahren vorher, schon mit dem sich vergrößernden Flottenbau die Lage beurteilte, wie im besonderen auch der jetzige Großadmiral v. Tirpitz die Weltlage angesehen hat. Ich kann im besonderen bezüglich des Herrn von Jagow nur feststellen, daß er sie in den beiden genannten Jahren stets als für Deutschland äußerst gefährdet angesehen hat.

Abg. Frhr. *v. Richthofen:*

Ich halte im großen und ganzen das, was der Abgeordnete Dr. Spahn hier ausgeführt hat, für sachlich und historisch vollständig richtig. Ich glaube auch, daß er darin recht hat, daß in gewisser Beziehung in der Vorkriegszeit zwischen einzelnen Persönlichkeiten des Reichstags und den leitenden Persönlichkeiten der Reichsregierung ein zum Teil recht gutes und, man kann sogar sagen, ein Vertrauensverhältnis bestanden hat.

Ich möchte aber den Nachdruck darauf legen, daß diese doch Beziehungen rein persönlicher Art gewesen sind, die irgendeine Grundlage in dem Verfassungsleben unseres damaligen Staates nicht hatten. Es ist richtig, wenn der Herr Kollege Dr. Spahn ausgeführt hat, daß diese persönlichen Beziehungen ganz besonders gute zu der Zeit meines jetzt verstorbenen Vaters gewesen sind, also in den Jahren von 1898 bis zu seinem Tode, der Anfang 1906 erfolgte. Ich habe damals auch bei ihm als junger Sekretär mitarbeiten dürfen, und infolgedessen habe ich einen sehr starken Einblick in die Dinge gehabt. Aber ich möchte dabei doch betonen, daß hierbei verschiedene Gründe maßgebend gewesen sind. Zunächst einmal war mein Vater innerlich ein Mann, der auf einem verhältnismäßig sehr liberalen Boden stand, der, soweit er sich innerpolitisch überhaupt orientierte, starke und ausgesprochene Sympathien zu der Nationalliberalen Partei hatte, der immer der Überzeugung gewesen ist, die er mir gegenüber oft dokumentiert hat, daß er die Entwicklung unseres Verfassungssystems, wie es sich in den Jahrzehnten vor dem Kriege darstellte, als etwas Verderbliches für unser Volk ansah. Er ist dabei den Anschauungen meines Großvaters gefolgt, des Gesandten Freiherrn v. Richthofen, der ja zu dem Kreis derer um Kaiser Friedrich gehörte, und der sich gerade von einem Regierungsantritt und einer Regierung des Kaisers Friedrich eine wesentliche Änderung dieser Verhältnisse ver-

sprochen hatte. Ich erinnere mich beispielsweise, daß während der Krisis, die anläßlich des Björkö-Vertrages im Jahre 1905 eintrat, mein verstorbener Vater sehr mit dem Gedanken umgegangen ist und hierüber auch Besprechungen stattgefunden haben, ob man nicht von der Reichsregierung aus eine gewisse Initiative zu verfassungändernden Vorschriften ergreifen solle, weil eine Möglichkeit, so weiter zu regieren wie damals, eigentlich nicht recht bestanden hat. Die Herren werden sich erinnern, daß der Vertrag von Björkö mehr oder weniger, jedenfalls sehr erheblich allein aus der persönlichen Initiative des Kaisers heraus geschlossen wurde, daß er in einer Form zustandekam, die jeder staatsrechtlichen Korrektheit entbehrte, und daß der Kaiser während der Verhandlungen selbständig in dem Vertrage, um ihn mit dem Zaren zustandezubringen, eine die ganze Wesensart des Vertrages völlig verändernde Korrektur vorgenommen hat. Nicht nur der Fürst Bülow, sondern auch mein Vater stand auf dem Standpunkt, daß der Vertrag dadurch für uns praktisch ganz wertlos geworden sei und daß das Resultat des Vertragsabschlusses von Björkö, da Indiskretionen russischerseits sicher waren, lediglich in einer Verschlechterung der Lage Deutschlands und unserer Beziehungen zu England zu erblicken sein würde.

Gerade in dieser Zeit ging die Stimmung in den maßgebenden Kreisen sehr stark dahin, eine Veränderung in den Verfassungszuständen herbeizuführen. Ich erinnere Sie auch daran, was nachher im Jahre 1908 sich ereignet hat. Sie mögen es mir als Sohn meines Vaters nicht verübeln, wenn ich sage: wenn mein Vater 1908 noch gelebt hätte, würde, glaube ich, eine tatsächliche Konsequenz aus der Daily-Telegraph-Affäre gezogen worden sein, während so praktisch nichts erfolgt ist.

Es ist damals immer beklagt worden, daß der Reichstag eine Stütze für die Politik der Minister, des Reichskanzlers, und der Staatssekretäre infolge seiner politischen tatsächlichen Einflußlosigkeit gar nicht sein konnte. Deshalb haben auch diese guten Beziehungen — ich folge darin ganz Herrn Dr. Spahn —, die zwischen einzelnen Ministern und einzelnen hervorragenden Abgeordneten bestanden haben, auf den Gang der Ereignisse einen nennenswerten Einfluß effektiv nicht ausüben können. Das Ziel einer Verstärkung des Stellung des Reichstags lebte auch in besonderem Maße in der Nationalliberalen Partei, und ich darf darauf hinweisen, daß ja der Reichstag, der Januar 1912 gewählt worden ist, hervorgegangen war aus einem Kampf zwischen Konservativen und Zentrum auf der einen Seite und Nationalliberalen, Fortschrittlern und bis zu einem gewissen Grade der Sozialdemokraten auf der anderen Seite, und daß der Kampf es mit sich gebracht hatte, daß die Stellung der nationalliberalen Fraktion in dem neuen Reichstage mehr nach links tendierte, wenn ich so sagen darf, als das vorher der Fall war. Das hat

sehr deutlich darin seinen Ausdruck gefunden, daß bei der Präsidentenwahl gegen den Herrn Abg. Dr. Spahn sen. nationalliberalerseits mehrere Stimmen auf den Abgeordneten Bebel entfallen sind. Ich habe selbst zu denen gehört, die damals für Bebel gestimmt haben. Also diese Situation, die Herr Dr. Spahn sonst richtig charakterisiert hat, hat sich doch seit dieser Zeit erheblich verschoben, und in der Nationalliberalen Partei waren um diese Zeit, also von 1912 an, immer mehr diejenigen Persönlichkeiten — zum Teil allerdings jüngere Parlamentarier — hervorgetreten, die an die alte Tradition der Nationalliberalen Partei aus ihren Verfassungskämpfen um die Reichsverfassung in den Jahren 1867 und 1868 anknüpfen wollten, in denen sich Rudolf v. Bennigsen als Anhänger des parlamentarischen Systems dokumentiert hatte.

Was die Beziehungen zwischen Bethmann Hollweg und Bassermann anbetrifft, so war Bassermann an sich gegen Bethmann Hollweg vielleicht nicht einmal so eingenommen wegen der wirklichen Taten, die er politisch vollbracht hat, als wegen der Art seiner Persönlichkeit. Er hielt ihn für einen absolut schwachen, gänzlich ungeeigneten Mann, an der Spitze des Deutschen Reiches zu stehen. Er erwartete von seiner Schwäche, von seiner Unmöglichkeit, sich im entscheidenden Augenblick entschließen zu können, das Ungünstigste für das deutsche Volk. Die Stellungnahme gegen Herrn von Bethmann Hollweg im Jahre 1917 war daher an sich, ich möchte beinahe sagen, etwas in der Nationalliberalen Partei Traditionelles geworden. Diese Stimmung, die sich letzten Endes 1917 entscheidend ausgewirkt hat, bestand schon seit Jahren.

Was meine Person anbetrifft — und ich glaube, daß damals auch Herr Dr. Stresemann meinen Anschauungen beigestimmt hat —, so war ich insbesondere außenpolitisch beeinflußt. Ich war damals der Meinung — und ich bin es heute noch —, daß ein Friede nur durch eine Regierung zu erreichen war, die als eine parlamentarische Regierung, als ein Ausschuß des Vertrauens des Reichstages angesehen werden konnte. Und ich bin und war der Meinung, daß eine Durchführung dieser Umwandlung unter Beibehaltung Herrn von Bethmann Hollwegs als verantwortliche Persönlichkeit, also als Kanzler, im Ausland als Farce gewirkt haben würde und den beabsichtigten außenpolitischen Effekt einer solchen innerpolitischen Entwicklung zum größten Teil paralysiert haben würde. Dieser Überzeugung bin ich damals gewesen und bin ich unverändert heute noch, und ich halte es von diesem Gesichtspunkt auch heute noch unverändert für richtig, daß man 1917 Herrn von Bethmann Hollweg entfernt hat. Ich habe nur bedauert, daß die Energie und Kraft nicht ausgereicht hat, gleich einen entsprechenden Schritt weiterzugehen und für einen richtigen Nachfolger zu sorgen.

Was die Zusammenarbeit mit der O. H. L. anbetrifft, so ist es

richtig, was Herr Dr. Spahn sagt; Erzberger hat hierauf stets großen Wert gelegt, und diese Zusammenarbeit ist zeitweise eine sehr intensive gewesen. Ich persönlich habe diesen Dingen skeptischer gegenübergestanden. Ich habe mich auch Versuchen, die an mich herangetreten sind, gewisse vertrauliche Missionen für die O. H. L. auszuführen während des Krieges, stets — mit einer einzigen sehr geringfügigen Ausnahme — ablehnend gegenüber verhalten, weil ich eben in diesen Fragen doch in erster Linie außenpolitisch eingestellt war und ich nie geglaubt habe, daß die O. H.. L. sich zu solchen außenpolitischen Anschauungen bekennen werde, die meiner Ansicht nach die Voraussetzung für die Herbeiführung eines Friedens gewesen wären. Erzberger ist in allen diesen Dingen wesentlich optimistischer gewesen als ich. Ich möchte hierbei betonen, daß — wie ich in meinen ersten Ausführungen schon andeutete — die Beziehungen zwischen mir und Erzberger politischer Art und damit eigentlich zwischen der Nationalliberalen Partei und Erzberger — denn eine andere Brücke außer mir hat wohl kaum bestanden — erst in der zweiten Hälfte des Jahres 1916 angefangen haben. Bis dahin haben wir uns sehr fremd gegenüber gestanden, da innerpolitisch und auch auf anderen Gebieten bis in die letzte Lebenszeit Erzbergers zwischen ihm und mir sehr erhebliche Meinungsverschiedenheiten obgewaltet haben. Erzberger hatte damals den Wunsch gehabt, mit mir in nähere Verbindung zu treten. Er bediente sich hierbei Mittelspersonen —; so wurden wir zusammengebracht und haben in eingehenden Besprechungen außenpolitisch eine wesentliche Übereinstimmung der beiderseitigen Meinung festgestellt. Es ging allerdings etwas langsam vorwärts und hat sich zu einem Zusammenarbeiten erst im Frühjahr 1917 kristallisiert, als wir einer Einladung folgend die gemeinsame Fahrt nach Oberost machten, weil bekannt war, daß General Hoffmann in mancher Beziehung sehr andere außenpolitische Anschauungen hatte als die O. H. L. Ich möchte von diesem Gesichtspunkt aus dem einen Ausdruck des Herrn Kollegen Dr. Spahn widersprechen, wenn er von einem Tohuwabohu gesprochen hat. Das halte ich für falsch. An sich war die Linie, die seit dieser Zeit verfolgt wurde, wenigstens soweit Erzberger und meine Wenigkeit und auch einige andere Parlamentarier in Betracht kamen, vollständig klar. Es ist auch nicht richtig, daß wesentliche Meinungsverschiedenheiten gegenüber den Anschauungen des Grafen Czernin vorgewaltet hätten. Wir waren eigentlich der Meinung — jedenfalls ich bin es immer gewesen —, daß es auf die einzelnen Bestimmungen eines abzuschließenden Friedens nicht in einem solchen Maße ankäme, sondern, wie die Lage der Dinge sich gestaltet hatte, alles darangesetzt werden mußte, Deutschland und Österreich, so lange sie noch über ausreichend Kräfte verfügten, an den Verhandlungstisch zu bringen, bevor ihre Militärmacht zusammen-

brach, was nach dem Eintritt von Amerika in absehbarer Zeit unbedingt kommen mußte. Die ganze Entwicklung ist in hohem Maße beeinflußt und beeinträchtigt worden — das wird mir Herr Kollege Spahn bestätigen — durch das sehr schlechte Verhältnis, das zwischen dem Grafen Hertling und Erzberger bestand. Dadurch stieg auch der Einfluß des Herrn Dr. Spahn sen. in der damaligen Zeit, weil er mit dem Grafen Hertling sehr gut stand und die Beziehungen zwischen anderen Herren der Zentrumspartei und Gröber zum Grafen Hertling eigentlich dauernde waren, während die Beziehungen zwischen Hertling und Erzberger allmählich überhaupt aufgehört haben und infolgedessen ein Zusammenarbeiten nicht mehr stattfand, sondern das Büro in der Budapester Straße Ecke Voßstraße, das Erzberger hatte, eigentlich ständig gegen Hertling arbeitete, da er dem Grafen Hertling nichts zutraute und größte Versäumnisse befürchtete. Dieser Gegensatz hat die ganze Entwicklung sehr ungünstig beeinflußt; denn das schlimmste, was passieren konnte, war ein Gegeneinanderarbeiten statt eines Zusammenarbeitens.

Sachverständiger Dr. *Hobohm:*

Sehr überrascht war ich über die Bemerkung in Bezug auf eine gewisse Passivität oder retardierende Haltung der sozialdemokratischen Mehrheitsführer, namentlich der Abgeordneten Ebert und David, im Verlauf des Krieges, besonders im Zusammenhang mit der Friedensresolution. Ich glaube, daß das doch der Situation, wie sie im Proletariat bestand und den Verhältnissen der damaligen Zeit nicht gerecht wird. Der Abgeordnete Gröber hat in der sehr interessanten Bemerkung zum Frühjahr 1917 insofern das Richtige getroffen, als die Sozialdemokraten aus Stockholm wirklich in sehr pessimistischer Auffassung der Lage zurückkamen. Noch ein zweites möchte ich hinzufügen. Sie kamen noch von einer anderen Tagung her, wo sie in noch höherem Grade eine pessimistische Auffassung in sich aufgenommen oder verstärkt hatten. Das war die Parteiausschußsitzung der Mehrheitssozialdemokraten vom 26. Juni, in der nur noch mit knapper Not die Kreditverweigerung grundsätzlich abgelehnt worden ist. Hier trat die ganze Erschöpfung des Proletariats ins Licht und wirkte sich bei der Mehrheit dahin aus, daß man die Kredite verweigern wollte, wenn die Regierung nicht endlich in der Kriegszielfrage die notwendige Klärung schaffen würde. Inmitten dieser Mehrheit standen z. B. Löbe und Severing. Nur durch die ganz außerordentlich wuchtige Einflußnahme besonders von David und Gradnauer ist das bei jener Tagung paralysiert worden. Die Folge von diesen Dingen war, daß von der Mehrheitssozialdemokratie im Auftrage des Parteiausschusses auf die Regierung ein starker Druck ausgeübt wurde. Es entstand die große Denkschrift der Mehrheitssozialdemokraten für Bethmann Hollweg vom 28. Juni, welche

die Lage in einer klassischen Weise zusammenfaßt[1]). Ich möchte besonders hervorheben, daß m. E. heute und bei anderen Verhandlungen dieses Ausschusses in bezug auf die Entstehung der Friedensresolution nicht genügend den schlimmen Zustand im Proletariat und seine Rückwirkung auf die Haltung der sozialdemokratischen Führerschaft in Rechnung gesetzt worden ist. Die Urdokumente ergeben, daß damals bereits das Ende des Krieges durch Versagen des Proletariats in unmittelbare Nähe gerückt zu sein schien, und daß nur durch äußerste Aktivität von Ebert, David und ihren Gesinnungsgenossen eine Beschwichtigung der erregten Massen erzielt worden ist. Diese Sachlage hat starke Rückwirkungen auch auf die Haltung der Sozialdemokratie gegenüber der inneren politischen Entwicklung gehabt. Man zog den Schluß, daß man nun wenigstens in Bezug auf die Liberalisierung der Verfassungszustände die notwendigen Konsequenzen ziehen müßte.

Ich bin also der Meinung, daß das Nichtmehrkönnen des Proletariats den Hauptanstoß für die Entstehung der Friedensresolution gegeben hat. Ich möchte das auch in Bezug auf das Referat des Herrn Vorsitzenden über diese Dinge hier gleich feststellen. Man hat hier bei den Verhandlungen über die Entstehung der Friedensresolution vielleicht doch etwas zu wenig im Auge, daß Deutschland schon zur Hälfte oder zu mehr als der Hälfte über dem Abgrund hing und in den Abgrund hineinzustürzen im Begriffe war. Die Geschichte des Krieges muß auch betrachtet werden als Geschichte der Erschöpfung des deutschen Volkes. Wenn man das einmal zur Richtschnur nimmt, ergeben sich vielfach wichtige Maßstäbe. Die Oberste Heeresleitung selbst hat es oft zugestanden: wir können nicht mehr lange Krieg führen. Man begreift deshalb um so weniger, daß sie trotzdem immer wieder so weit ausschauende Pläne geschmiedet hat.

Es war mir wichtig, daß die Auffassung geäußert wurde, wenn Ludendorff am 28. September 1918 früh plötzlich Dinge forderte, die alle Welt als Übergang zur Parlamentarisierung ansah, dann wäre er doch innerlich nicht der Meinung gewesen, daß das die Parlamentarisierung sei, sondern vielmehr, daß er die Dinge mit Hilfe der Parteien, die ihm geneigter waren, auch parlamentarisch noch zugunsten seines Standpunktes „schmeißen" könnte. Ich möchte dazu erstens die Frage stellen, ob das in der ganzen Konsequenz inbezug auf die Beurteilung Ludendorffs gefragt worden ist, denn wenn Ludendorff auch in diesem Betracht die Situation und die Wirkungen seines plötzlichen Stellungswechsels so vollständig verkannt hat, so ergibt sich daraus sehr Ungünstiges inbezug auf die Beurteilung seiner Person. — Der Kanzler Hertling hat sich damals in der Tat entschieden gegen die Parlamentarisierung ausgesprochen. Maßgebend

[1]) Siehe Scheidemann: Zusammenbruch, S. 161 ff.

ist sein Bericht vom 1. Oktober an den bayerischen Ministerpräsidenten von Dandl.

Es ist die interessante Auffassung ausgesprochen worden, die Oberste Heeresleitung hätte gewissermaßen ihrerseits mit Hilfe der Parteien, die ihr näher standen, parlamentarisieren wollen. Wäre das eine wirkliche Parlamentarisierung geworden? Lag eine solche im Sinne der Obersten Heeresleitung? Wäre es ein Übergang zum parlamentarischen System gewesen, wenn man mit Hilfe Nationalliberaler und Konservativer und des rechten Flügels des Zentrums für den Rest des Krieges Politik gemacht hätte? Vielleicht hätte die Natur der Dinge es mit Gewalt auf das neue Gleis geschoben. Aber ich glaube, es war weder im Sinne der Obersten Heeresleitung noch der bürgerlichen Parteien irgend geplant, daß man die innere Struktur des Reichs ändern wollte.

Abg. *Dittmann:*

Auch mir fiel diese Bemerkung des Herrn Dr. Spahn auf, aber ich fand von vornherein eine meines Erachtens zutreffende Erklärung dafür. Herr Dr. Spahn hat sich zweifellos bemüht, die Dinge objektiv zu schildern. Aber selbstverständlich kann er sie nur so schildern, wie er sie aufgefaßt hat. Ein gewisses subjektives Empfinden läuft immer dabei unter und ich verstehe es durchaus, daß Herr Dr. Spahn auf Grund der Informationen, die ihm geworden sind, den Eindruck gehabt hat, daß damals Herr Erzberger und die Herren von der Nationalliberalen Partei und der Fortschrittspartei die Treibenden bei den Wünschen auf Verfassungsreform 1917 und in der Folgezeit gewesen sind. Für die Sozialdemokratie waren das alles keine neuen Gedanken, nicht nur für uns Unabhängige nicht, sondern auch nicht für die Führer der Mehrheitssozialdemokratie. Aber für die Führer der bürgerlichen Mittelparteien war es etwas absolut Neues, das ihnen erst auf Grund der bitteren Erfahrungen, die sie im Kriege gemacht hatten, aufgestoßen war. Auf Grund der Erfahrungen im Kriege waren sie zu der Erkenntnis gekommen: das geht so nicht weiter; und sie drängten nun natürlich viel impulsiver als die Sozialdemokraten, für die das etwas ganz Selbstverständliches war. Ich darf vielleicht auch annehmen — ich weiß das nicht: auch aus taktischen Gründen haben die Führer der Mehrheitssozialdemokratie bei den gemeinsamen Besprechungen sich ihrerseits nicht als die Dränger und Treiber hingestellt, weil das möglicherweise nur ungünstig für den Erfolg wirken könnte; denn man muß sich darüber klar sein: es kam nicht darauf an, wieweit die Sozialdemokratie, — hier die Mehrheitssozialdemokratie —, gehen wollte, es kam darauf an, wieweit Zentrum, Fortschrittler und Nationalliberale zu bewegen waren, der großen Reform sich günstig zu stellen, und daß in dieser Situation, wo eine Art Verständigung zwischen Herrn Ebert und Herrn Scheidemann von der Mehrheitssozialdemokratie und Herrn Erzberger

und den übrigen Herren aus den bürgerlichen Parteien stattfand, die Sozialdemokraten das Aussprechen bei diesen ganzen Verhandlungen den Herren der bürgerlichen Mittelparteien überließen, das war etwas taktisch und auch psychologisch Verständliches. Für die Sozialdemokraten war es aber nichts Neues.

Vielleicht kam auch für die Herren von der Mehrheitssozialdemokratie noch ein Moment dazu, denn im Rücken der Mehrheitssozialdemokratie stand die Unabhängige Sozialdemokratie, die auch dasjenige selbstverständlich für nicht weit genug gehend erklärte, wozu sich die bürgerlichen Mittelparteien bereit erklärten, so daß die Sozialdemokraten in bezug auf das, was sie forderten, vorsichtig sein mußten, weil es sonst schwer wurde, ihre eigenen Anhänger zu befriedigen über das hinaus, was schließlich von den bürgerlichen Mittelparteien in bezug auf die Parlamentarisierung zu erreichen war.

Abg. Dr. *Spahn:*

Ich will nur ein ganz kurzes Wort dazu sagen: Gewiß, die sozialdemokratischen Führer waren für die Fortentwicklung unserer Verfassung im Sinne des Programmes ihrer Partei. Das ist zweifellos. Ich lege aber den Hauptwert darauf, wie sich die einzelne Gruppe, die sozialdemokratische einerseits und die bürgerliche andererseits, in dem Augenblick des Sommers 1917 verhielt. Ich möchte da mit Rücksicht auf das, was eben der Herr Sachverständige Hobohm ausgeführt hat, sagen: ich habe das Gefühl, daß die sozialdemokratischen Führer in diesem Sommer schon im höchsten Maße davon in Anspruch genommen waren, ob sie ihre Organisation in der Gewalt behielten. Es war der Sommer nach dem Hungerwinter, dem Rübenwinter. Sie mußten sich sorgen: wie halten wir danach noch unsere Massen in Ruhe zusammen? Es war in ihnen das Bewußtsein der Führer einer großen, in Jahrzehnten entstandenen und entwickelten Partei, in denen erfahrungsgemäß das Persönliche, das bestimmte Meinungen oder bestimmte Wünsche unter allen Umständen zur Geltung zu bringen sucht, unwillkürlich zurückgedrängt und gebändigt wird durch die Disziplin, die Verantwortung für das Verhalten der großen, organisierten Masse. Schufen die Bürgerlichen damals die Möglichkeit, die Verfassung weiter zu entwickeln, dann war es ganz selbstverständlich — so sehe ich die Dinge auch an —, daß die sozialdemokratischen Führer mitgingen. Das half ihnen wahrscheinlich, die Massen einigermaßen in der Gewalt und in Ordnung zu halten. Wenn ich mir aber vorstelle, daß die bürgerliche Gruppe nicht, sagen wir einmal, voran gestürmt wäre, so hege ich den inneren Zweifel, ob auch dann etwa Männer wie Ebert gehandelt und statt der Bürgerlichen die Verfassungsänderung herbeigeführt hätten.

(Abg. Frhr. *v. Richthofen:* Sicher nicht!)

— Sehen Sie, der Herr Kollege Richthofen sagt aus der eigenen Erfahrung: sicherlich nicht. — Diese Leute waren aus ihrer psychischen

Einstellung zur Umwelt viel beruhigter, auch viel besorgter. Weder der Herr Kollege Richthofen noch Erzberger noch Herr Stresemann konnten in jenem Augenblick das gleiche Gefühl der Verantwortung gegenüber Hunderttausenden von organisierten Menschen kennen wie Ebert. Die ältere Zentrumsgeneration hatte es — ich wies vorhin schon darauf hin — gegenüber dem katholischen Volksteil und der katholischen Kirche —: in ihr war das Gefühl der Notwendigkeit stärkster Unterordnung momentaner Empfindungen unter die Bedürfnisse einer großen Organisation vorhanden. Mein Vater hat sich deshalb nach der Revolution mit Ebert gut gestanden, obwohl an den gegenseitigen Anschauungen sich nichts geändert hatte. Er konnte mit einem Manne wie Ebert sprechen. Ihr Geist begegnete sich an einer bestimmten Stelle. Mit einem Manne wie Erzberger konnte er nicht auskommen; der hatte eine andere Weise, an die Dinge heranzutreten. Ohne also in Zweifel zu ziehen, daß die sozialdemokratischen Führer die Fortentwicklung gewollt haben, daß sie ihnen am Herzen lag, glaube ich, daß im Sommer 1917 ein verschiedener Rhythmus im Empfinden der beiden Gruppen zu bemerken ist. Der Rhythmus auf der sozialdemokratischen Führerseite war der langsamere, beruhigtere. Sie wären eher bereit gewesen, sich noch einmal darüber zu verständigen, vielleicht mit Bethmann Hollweg oder wem sonst, langsam vorwärts zu gehen. Nicht sie stürmten. Die Bürgerlichen haben gestürmt.

Auf die Frage, die der Herr Sachverständige Dr. Hobohm wegen der militärischen Leitung hatte, bitte ich im Augenblick nicht antworten zu müssen, nicht weil ich etwa ausweichen möchte, sondern weil ich mir die Formulierung noch einmal genau überlegen möchte. Es bestand schon ein merkwürdiges Verhältnis zwischen den Militärs und den Parlamentariern.

Abg. Dr. *Quessel:*

Ich möchte zu den Ausführungen von Herrn Kollegen Dr. Spahn bemerken, daß der Schwerpunkt unserer Bewegung, die auf eine Änderung der Staatsform abzielte, in jener Zeit in der Forderung der Änderung des preußischen Wahlrechts zu suchen ist.

(Abg. Dr. *Spahn:* Das habe ich vergessen, ich hatte es mir auch notiert.)

Darin sahen wir eigentlich das Entscheidende, die Probe darauf, inwieweit es der Regierung und den bürgerlichen Parteien ernst sei, eine wirkliche Reform unserer Staatsform vorzunehmen. Diese Forderung war natürlich auch den Massen weit verständlicher und ihre Vertretung daher populärer. Das parlamentarische System ist überall, wo es sich durchgebrochen hat, nicht durch Verfassungsänderungen, nicht durch Abänderungen der Paragraphen der Verfassungsurkunde zustande gekommen, sondern durch die Bildung

einer festen Parteikoalition im Parlament, die nun darauf bestand, daß die Führer des Staates, die Minister, aus ihren Reihen genommen wurden. Der Monarch hatte sie lediglich zu bestätigen. In England, dem typischen Land dieser Entwicklung, hat eine Änderung der Verfassung zu diesem Zweck nicht stattgefunden. Aber auch in allen anderen Ländern, wo das konstitutionelle System durch das parlamentarische ersetzt wurde, ist dies nicht durch Paragraphenänderungen erreicht worden, sondern durch den ernsten Willen der Parteien, eine Koalition zu bilden, und den ernsten Willen, sich durchzusetzen.

Wie stand es nun mit dem ernsten Willen der bürgerlichen Parteien im Reichstag während des Krieges? Der Wille des Reichstags reichte aus, Bethmann Hollweg zu stürzen; er versagte sogleich, als es sich um die Ernennung des Nachfolgers handelte. Daß Graf Hertling etwa ein Vertrauensmann des deutschen Reichstags gewesen wäre, wird keiner behaupten können. Er war sogar den jüngeren Abgeordneten persönlich unbekannt; selbst die älteren kannten ihn nur aus ihrer früheren Abgeordnetenzeit her. Der Trieb etwa bei Stresemann oder Ihrem Herrn Vater (zum Abgeordneten Dr. Spahn), Persönlichkeiten aus dem Parlament zu Ministern ernennen zu lassen, die die Staatsgeschäfte und besonders den Krieg verantwortlich in einem anderen Sinne weiterführen sollten, war nicht vorhanden.

Dann kam noch ein anderes Moment hinzu, das uns mißtrauisch stimmte gegenüber den Bestrebungen der bürgerlichen Parteien, das parlamentarische System herbeizuführen: daß nämlich die Herren, die für diese Idee zu haben waren, gar keine konstruktive Außenpolitik mitbrachten. Wir sahen gar keine Änderung. Es war zu erwarten, daß eine parlamentarische Mehrheit, die sich gebildet hätte, die Sache ungefähr ebenso fortgesetzt hätte wie das kaiserliche Regime. Eine neue konstruktive Politik, den Frieden irgendwo anders zu suchen als bei Wilson, war ja gar nicht gegeben. Davon sah man ja nirgends etwas.

Wo ist jemals im Reichstag — ich war schon Abgeordneter in dieser Zeit — überhaupt die Frage aufgeworfen worden, welche Zugeständnisse man in Bezug auf Elsaß-Lothringen Frankreich machen könnte? Als diese Frage, gar nicht im Parlament, sondern in der Presse angeschnitten wurde, ging Herr v. Kühlmann schnell auf die Rednertribüne des Reichstags und trompetete sein dreimaliges „Niemals!“ in den Reichstag hinein, worauf ich dann völlig zerschlagen und verzweifelt den Saal verließ und sagte: Deutschland ist nicht zu helfen, Deutschland muß zugrunde gehen, wenn eine solche Politik getrieben wird.

Ich erinnere Sie daran, daß damals französischer Ministerpräsident Herr Painlevé war, ein Mann, von dem man wußte, daß er die „Reannexion“, von der in Frankreich viel gesprochen wurde, so auffaßte, daß er und seine Anhänger befriedigt gewesen wären mit

einem neutralen Elsaß Lothringen im Rahmen des deutschen Wirtschaftsgebiets, etwa in ähnlichem Verhältnis, wie Danzig jetzt zu Polen steht.

Abg. Frhr. *v. Richthofen:*

Ich glaube, daß das richtig ist. Es war unzweifelhaft so, daß das Streben nach einer Verfassungsänderung im Sinne des parlamentarischen Systems in erster Linie bei den Mittelparteien war, bei einem Teil der Nationalliberalen, bei der Fortschrittspartei, glaube ich, einmütig, und bei einem Teil der Zentrumspartei, während die Sozialdemokratie diesen Dingen zwar nicht unfreundlich gegenüberstand, aber sagte: darüber läßt sich auch reden, das ist wohl etwas durchaus Richtiges, — aber lange nicht im gleichen Maße dieser Entwicklung die Bedeutung beigemessen hat, wie das bei den liberalen bürgerlichen Parteien der Fall war. Das ergibt sich auch ganz klar aus den Erklärungen, die eben Herr Dr. Quessel ganz richtig dargestellt hat: diejenigen bürgerlichen Abgeordneten, die diese Dinge damals mit einer gewissen Energie, kann man doch wohl sagen, betrieben haben, waren sich über die Bedeutung und auch darüber sehr klar, daß man in der Lage, in der sich Deutschland befand, nicht die Dinge der historischen Entwicklung überlassen könnte, einer allmählichen Umordnung, daß es dazu zu spät geworden sei und daß außerdem effektive Verfassungsänderungen überhaupt die Voraussetzung bildeten, weil die alte deutsche Reichsverfassung einige Bestimmungen enthielt, die direkt der Umbildung in eine parlamentarische Regierungsform einen Riegel vorschoben. Es mußte insbesondere die Bestimmung, daß niemand gleichzeitig Mitglied des Bundesrats und Reichstags sein konnte, beseitigt werden.

(Sachverständiger Abg. D. Dr. Dr. *Bredt:* Nein, das war unnötig!)

— Doch! jedenfalls haben wir damals diesen Standpunkt eingenommen und haben das eigentlich als eine conditio sine qua non, um die Sache zur Durchführung zu bringen, angesehen, weil wir der Meinung waren, daß, wenn Abgeordnete nicht Minister werden könnten, vom parlamentarischen System keine Rede sein könnte und daß wiederum bei unserer damaligen Staatsform ein Minister, wenn er nicht seinen Standpunkt als Mitglied des Reichstags vertreten könnte, nicht diejenige Stellung bekommen könnte, die er zur Durchführung seines Programms braucht. Das waren Ideen, die damals mit besprochen wurden.

(Sachverständiger Abg. D. Dr. Dr. *Bredt:* Diese Bestimmung ist gar nicht geändert worden! — Abg. Dr. *Spahn:* Hauptsächlich weil mein Vater dagegen war; der hätte es erzwingen können!)

Ich sage nun nicht, daß das Gros, wenn ich mich so ausdrücken soll, derjenigen Fraktionen, die dabei mit die treibenden Kräfte stellten,

dieser selben Meinung waren und die Sache entsprechend unterstützt haben; das ist eben nicht der Fall gewesen. Und weil dem nicht so war, weil es sich im großen und ganzen doch nur um einzelne Persönlichkeiten gehandelt hat, die mit ihrer Initiative damals allerdings auch ihre Partei bis zu einem gewissen Grade mitgenommen haben, sind die Dinge immer ohne die richtigen Folgewirkungen geblieben. Daher der zwar auf parlamentarischem Willen beruhende Sturz des Herrn v. Bethmann Hollweg, dann aber das Versagen, als es sich um die Ernennung Michaelis' handelte, und ein partielles Versagen zweifellos bei der Ernennung des Grafen Hertling, die doch ein Kompromiß zwischen parlamentarischer Einflußnahme und anderen Einflüssen darstellte.

Was die Stellung der Obersten Heeresleitung zu den Verfassungsfragen anbetrifft, so möchte ich meine persönliche Überzeugung doch in Erinnerung an die damalige Zeit dahin zusammenfassen, daß ich sage: ich glaube nicht, daß die damals leitenden Persönlichkeiten, die die Dinge effektiv in Händen gehabt haben, sich sehr genau ein Bild davon gemacht haben, was für Folgewirkungen eigentlich diese Verfassungsänderungen mit sich bringen würden. Das halte ich für ganz unwahrscheinlich. Im übrigen hatten sie auch lediglich militärische und außenpolitische Sorgen, und ich bin überzeugt, daß eine geschlossene Mehrheit des Reichstags, wenn sie der Obersten Heeresleitung in ihren außenpolitischen Ideen gefolgt wäre, innerpolitisch, soweit die Oberste Heeresleitung in Betracht gekommen wäre, von ihr hätte haben können, was sie nur gewollt hätte. Davon bin ich absolut überzeugt. Diese Fragen hätten dabei keine entscheidende Rolle gespielt, sondern die Meinungsverschiedenheiten lagen zwischen Oberster Heeresleitung und führenden Personen des Reichstags auf einem ganz anderen Gebiet.

Was die Frage Elsaß-Lothringen anbelangt, so ist auch meiner Meinung nach ein großer Fehler begangen worden. Das „Niemals", das damals ausgesprochen wurde, war an sich um so erstaunlicher, als der Staatssekretär des Auswärtigen Amts, Herr v. Jagow, schon im Jahre 1914, namentlich im Dezember 1914, wo derartige Fühlungen stattgefunden haben, soweit die Außenpolitik in Frage kam, über die Möglichkeit einer Konzession an Frankreich in Elsaß-Lothringen ganz anderer Meinung war.

Damals wurde vom Auswärtigen Amt nur der Standpunkt vertreten, daß man mit etwas Derartigem dem Militär, dem Generalstab nicht kommen dürfe, und daß man infolgedessen praktisch hier nichts werde erreichen können. Das Auswärtige Amt selbst und namentlich der Herr Staatssekretär v. Jagow persönlich wären zweifellos damals schon bereit gewesen, gewisse territoriale Konzessionen zur Erreichung eines sonst akzeptablen Friedens zu machen.

Sachverständiger Dr. *Delbrück:*

Ich habe den Eindruck, daß die ganze heutige Debatte auf der Vorstellung aufgebaut war: wenn wir rechtzeitig ein parlamentarisches Regiment bekommen hätten, dann hätten wir zu einem Verständigungsfrieden gelangen können, dann wäre eine andere Politik gemacht worden, die zu einem Verständigungsfrieden geführt hätte.

Abg. Frhr. *v. Richthofen:*

Meine Auffassung ist nicht die, daß man rückschließend sagen könnte: wäre ein parlamentarisches System gekommen, so wäre unter allen Umständen ein solcher Friede zustande gekommen. Ich sage nur: die Voraussetzung, um überhaupt einen solchen Frieden zu machen, wäre allerdings ein parlamentarisches System gewesen.

Sachverständiger Dr. *Delbrück:*

Das akzeptiere ich, um dann dagegen zu sagen, daß mir nichts gegen die Darstellung des Sachverständigen Bredt bewiesen zu sein scheint, der umgekehrt sagt, die damalige Stellung des Reichstags genügte durchaus, um diese Politik durchzusetzen, und sie ist nur daran gescheitert, daß Herr v. Kühlmann den Reichstag über die Situation mit Bewußtsein vollkommen getäuscht hat. Das wäre vielleicht anders geworden, wenn man ein parlamentarisches Regiment gehabt hätte; dann hätte er die Kollegen nicht so täuschen können. Es muß aber immer wieder hervorgehoben werden: nicht die damalige Verfassung war das Hindernis, das uns nicht vorwärtskommen ließ, sondern die Politik eines ganz bestimmten Ministers.

Abg. Frhr. *v. Richthofen:*

Ich bin da grundsätzlich anderer Meinung. Ich halte es für richtig, daß der Reichstag damals in der Lage gewesen wäre, einen einmaligen Beschluß zu fassen, wie es ja die Friedensresolution war. Ich halte es aber für unrichtig, daß der Reichstag unter den damaligen verfassungsmäßigen Verhältnissen die Möglichkeit gehabt hätte, die Durchführung eines solchen Beschlusses entsprechend zu beeinflussen, sie überhaupt zu garantieren, sondern dazu hätten eben ganz andere verfassungsmäßige Zustände, vor allen Dingen auch die Schaffung eines parlamentarischen Reichsministeriums gehört. Ich glaube daher unverändert, daß der Reichstag allein dadurch, daß er etwas bezüglich der Art des Friedens verlangt hat, den Gang der Entwicklung nicht hat beeinflussen können. Das mußte bis zu einem gewissen Grade Theorie bleiben; denn die Praxis lag in der Ausführung, und solange der Reichstag keine Möglichkeit hatte, auf die Exekutivgewalt einen tatsächlichen Einfluß zu nehmen, sie zu kontrollieren, sie zum Teil durch eigene, ihm nahestehende Persönlichkeiten ausüben zu lassen, lag in der Beziehung meines Erachtens alles in der Luft.

Abg. Frhr. *v. Rheinbaben:*

Der Herr Kollege Dr. Quessel hat die berühmte Kühlmann-Rede mit dem „Niemals" hier erwähnt. Herr v. Kühlmann hat im 2. Unterausschuß längere Begründungen für diese Rede gegeben und sie ganz anders begründet, als der Herr Kollege Quessel es eben getan hat. Jetzt eben konnte man es so verstehen: Von Elsaß-Lothringen hatte niemand gesprochen, es hat aber eines Tages etwas in der Zeitung gestanden, und plötzlich geht Kühlmann auf die Tribüne des Reichstags und trompetet sein „Niemals" heraus. Im 2. Unterausschuß hat Kühlmann diese Rede ganz klar begründet mit dem allmählichen Scheitern der von ihm unternommenen Friedensaktion. Er hielt es dann im Rahmen seiner Politik, wie er sagte, für richtig, dieses „Niemals" auszusprechen. Es ist also keineswegs durch einen Zeitungsartikel veranlaßt, sondern von Herrn v. Kühlmann im Rahmen einer zusammenhängenden politischen Aktion, die das Jahr 1917 ausgefüllt hat, für notwendig gehalten worden. Ich weiß nicht, wie diese Diskussion weitergeführt werden soll; aber ich möchte immerhin schon jetzt sagen, daß ich persönlich auf Grund meiner vierjährigen Tätigkeit im 2. Unterausschuß der Auffassung bin, daß wir mit oder ohne parlamentarisches System, mit oder ohne Herrn v. Kühlmann und seine Mitteilung an den Siebenerausschuß, welcher Art sie immer gewesen wäre, leider Gottes keinen Verständigungsfrieden während des Krieges hätten bekommen können.

(Zustimmung und Widerspruch.)

Abg. *Dr. Bergsträßer:*

Ich möchte nur den Gedanken von Herrn Kollegen v. Richthofen in einem Punkte weiterführen. Die Bedeutung der Einführung des parlamentarischen Systems wäre praktisch doch die gewesen, daß dadurch eine Kontinuität in die Politik hätte hineinkommen können, während so eine Kontinuität in unserer Politik nicht drin war, wie das für das konstitutionelle System überhaupt charakteristisch ist.

Sachverständiger Abg. *D. Dr. Dr. Bredt:*

Nur zwei kurze Bemerkungen! Erstens: Das parlamentarische Regime ist in Deutschland tatsächlich ohne eine Änderung der Verfassung im Rahmen der alten Verfassung eingeführt worden, nämlich am 5. Oktober, woraus sich der Beweis ergeben dürfte, daß eine Verfassungsänderung nicht notwendig war. Zweitens: Das Haupthindernis, an dem alles gehangen haben soll, der berühmte Artikel 9, daß niemand gleichzeitig Mitglied des Reichstags und des Bundesrats sein durfte, ist im Verfassungsausschusse als irreführend anerkannt worden, und darum in dem berühmten Gesetz vom 28. Oktober auch nicht abgeändert worden.

(Abg. Frhr. *v. Richthofen:* Weil man sich nicht einigen konnte!)

## Sitzung, Freitag, den 18. März 1927

Fortsetzung der Aussprache über das Gutachten des Sachverständigen Abgeordneten D. Dr. Dr. Bredt „Der Deutsche Reichstag im Weltkrieg" und die dazu erfolgten Vernehmungen

Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp:*

Es wird das Richtigste sein: wir stellen in den Mittelpunkt unserer heutigen Verhandlungen die Aussagen des Herrn Staatssekretärs Dr. v. Kühlmann, die wir schriftlich angefordert haben. Diese sind am 11. März dem Büro des Untersuchungsausschusses zugestellt worden und am 12. März in meine Hände gelangt. An dem gleichen Tage ist, wie ich erst am 14. März erfahren habe, Herr v. Kühlmann durch einen Autounfall lebensgefährlich verunglückt. Wir wünschen ihm, daß er den schweren Unfall überstehe.

Die „Aufzeichnung des Staatssekretärs a. D. Dr. v. Kühlmann zu den nach der Vernehmung des Schriftstellers Adolf Stein an ihn gerichteten Fragen" lautet:

„Meine in nachstehender Aufzeichnung enthaltenen Aussagen bilden einen Teil meiner gesamten Aussage vor dem 2. und 4. Unterausschusse des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses. Diese Ergänzung bezieht sich, ebenso wie meine übrigen Aussagen vor den genannten Unterausschüssen, auf die Zeit der päpstlichen Friedensaktion, welche mit der päpstlichen Note vom 17. August beginnt, und, wie ich des weiteren ausgeführt habe, formell mit der Absendung der deutschen Antwortnote vom 19. September zum Abschlusse gekommen ist, tatsächlich aber durch die Note des Mr. Balfours an den englischen Botschafter vom 30. August 1917 vollkommen zum Abschluß gebracht war.

Auch für die schriftliche Ergänzung meiner anderen Aussagen gelten die anläßlich meiner Vereidigung in den beiden Unterausschüssen dort abgegebenen Erklärungen. Indem ich mich an die Diskussionsrede des Abgeordneten Dr. Philipp in der Sitzung des 4. Unterausschusses vom 20. Januar 1927 halte[1]), beantworte ich die Fragen wie folgt:

a) Mir ist nichts darüber bekannt, daß Erzberger im Auftrage oder Einvernehmen des Staatssekretärs oder des Auswärtigen Amtes oder in sonstigem Auftrage oder von sich aus amtliche, halbamtliche oder rein persönliche mit der Kurie bzw. einem Vertreter derselben über den Entwurf der deutschen Antwortnote an den Papst erläuternde Erklärungen abgegeben hätte.

b) Die Antwort zu b) ergibt sich aus dem vorstehenden. Sie lautet verneinend.

c) Sowohl das ‚Tageblatt für Borna' wie der im Ausschusse ver-

[1]) Vgl. o. S. 150 ff.

nommene angebliche Urheber der Notiz sind mir unbekannt. Ich habe keinerlei Anhaltspunkte dafür, auf welchen Grundlagen die Notiz aufgebaut ist. Ich habe weder über die päpstliche Friedensaktion noch über deren Behandlung in den Untersuchungsausschüssen mit irgend jemand gesprochen, von dem ich Beziehungen zur Tagespresse voraussetzen konnte."

Um die Verhandlungen abzukürzen, erlaube ich mir, folgende Bemerkungen zu der „Aufzeichnung" des Staatssekretärs a. D. Dr. v. Kühlmann vom 10. März 1927 vorzutragen, die ich am 13. März zu Hause abgefaßt habe:

„Zu der dem 4. Unterausschuß d. d. 10. März 1927 zugegangenen ‚Aufzeichnung' des Staatssekretärs a. D. Dr. v. Kühlmann habe ich als Vorsitzender des Unterausschusses folgendes festzustellen:

1. Die zufolge des Ausschußbeschlusses vom 22. Februar 1927[1]) an den Staatssekretär v. Kühlmann ergangene Aufforderung, sich schriftlich zu der Pressenotiz ‚Erzberger 1917' und die im Anschlusse daran geschehene Vernehmung des Schriftstellers Adolf Stein zu äußern, ist noch an demselben Tage an Herrn v. Kühlmann ergangen.
2. Die eingeforderte schriftliche Äußerung des Herrn v. Kühlmann ist auf telephonische Anfrage des Sekretärs des 4. Unterausschusses vom 10. März am 11. März nachmittags dem Büro des Untersuchungsausschusses zugegangen.
3. Für die Abfassung der jetzt vorliegenden Aufzeichnung des Herrn v. Kühlmann standen also 16 Tage zur Verfügung; im Hinblick darauf und mit Bezug auf die Kritik der ‚Verhandlungsregie' des Unterausschusses, die am 10. März in einer Sitzung des Gesamtausschusses der Abgeordnete D. Dr. Dr. Bredt geübt hat, stelle ich fest: die Verzögerung der Aussprache über die Vernehmungen von Dr. Michaelis und Dr. v. Kühlmann ist auf äußere Umstände zurückzuführen und von mir in keiner Weise betrieben worden.

Zur Sache selbst bemerke ich als Abgeordneter:

1. Die Antwort des Staatssekretärs a. D. Dr. v. Kühlmann zu der von mir am 20. Januar unter a) angeregten Frage schließt nicht aus, daß von Erzberger tatsächlich solche Verhandlungen geführt worden sind und andere Personen des Auswärtigen Amtes ohne Wissen des Staatssekretärs v. Kühlmann davon Kenntnis erhalten haben. Es liegt nahe, über diese Frage den damaligen Referenten des Auswärtigen Amtes für die Angelegenheiten mit der Kurie, Herrn v. Bergen, zu befragen. Für die Möglichkeit solcher Verhandlungen Erzbergers sprechen auch die von dem Staats-

[1]) Vgl. o. S. 214.

sekretär v. Kühlmann gemachten „Vorbehalte“ anläßlich seiner Vereidigung.

2. Das in der Pressenotiz „Erzberger 1917“ erwähnte Schreiben Erzbergers an den Staatssekretär v. Kühlmann, in dem der Abgeordnete über Verhandlungen mit dem Nuntius Pacelli berichtet haben soll, wäre nach der Aussage des Staatssekretärs v. Kühlmann unter b) in das Bereich der Erfindungen zu verweisen. Es ist trotzdem nicht ausgeschlossen, daß eine andere Person des Auswärtigen Amtes, als der Herr Staatssekretär, eine schriftliche Mitteilung von Erzberger über die eigene Tätigkeit anläßlich der päpstlichen Friedensaktion mit dem in der Pressenotiz angedeuteten Inhalte erhalten hat. Bei den nachweislich engen Beziehungen des Abgeordneten Erzberger zu Herrn v. Bergen 1917 liegt die Vermutung nahe, daß auch über diesen Punkt von letzterem Näheres zu erfahren ist.
3. Die vorsichtige Formulierung der Beantwortung meiner unter c) vorgeschlagenen Frage durch Herrn v. Kühlmann schließt nicht aus, daß auf mittelbarem Wege Äußerungen des Staatssekretärs über die päpstliche Friedensaktion und die Mitwirkung Erzbergers dabei an den Urheber der beanstandeten Pressenotiz gegangen sind. Ich verkenne nicht, daß es überaus schwer ist, hier die Zusammenhänge klarzustellen.
4. Vorausgesetzt, daß tatsächlich keine Verhandlungen Erzbergers mit Kreisen der Kurie im Sinne einer Beschwichtigung der Einwände des Heiligen Stuhles gegen den Wortlaut des Entwurfs der deutschen Antwortnote stattgefunden haben, ist der von mir in meinen Ausführungen am 20. Januar gemachte Versuch, „psychologisch“ das Verhalten Erzbergers bei seinem Vorstoße in der Nationalversammlung zu erklären, hinfällig. Die Annahme Kühlmanns, daß Erzberger den sogenannten Geheimbrief vom 24. September 1917 schon damals gekannt hat, erhält dann erhöhte Bedeutung. Der ganze Angriff Erzbergers in Weimar, der auf der Behauptung beruht, daß der Abgeordnete den Geheimbrief erst nach dem Sturze des „alten Systems“ kennengelernt hat, würde dann auf einer Unwahrheit aufgebaut worden sein.
5. Bei dem gesamten jetzigen Stande der Dinge ist die Frage der Mitwirkung Erzbergers bei der päpstlichen Friedensaktion 1917 noch ungeklärt. Die entscheidenden Gründe hierfür sind:
   a) der eidliche Vorbehalt des Staatssekretärs v. Kühlmann,
   b) der Einspruch der Kurie, die mit ihr zusammenhängenden Akten in öffentlicher Untersuchung zu verwerten,
   c) die Unmöglichkeit, Erklärungen seitens der Kurie bzw. ihrer Vertreter für diesen Teil unserer Untersuchungen beizuziehen.

Sachverständiger Abg. D. Dr. Dr. *Bredt:*

Es handelt sich bei der Vernehmung von Dr. Michaelis und

Dr. v. Kühlmann um die Frage der päpstlichen Friedensaktion im Rahmen meines Gutachtens. Die Frage der Friedensmöglichkeiten ist bereits im zweiten Unterausschuß behandelt worden. Wir haben es bei unserer Untersuchung nur mit der inneren Politik zu tun. Für diese war damals lediglich der Reichskanzler Michaelis, allenfalls der Staatssekretär des Innern verantwortlich, und deswegen war es richtig, daß wir hier zunächst Herrn Michaelis vernommen haben. Durch die Vernehmung Kühlmanns ist dann die ganze Plattform verschoben worden. Denn wenn man seine Aussage zusammenfaßt, dann sagt Herr v. Kühlmann nur, daß er gar nicht weiß, worum es sich gehandelt hat. Er hat all den Dingen gar nicht die Bedeutung beigemessen und auf die innere Politik keinen Wert gelegt. Er hat nur von der auswärtigen Politik Bekundungen gemacht.

Wenn ich nun selbst auf die Dinge als solche eingehe, so muß ich zunächst feststellen, daß sich eine Äußerlichkeit anders als in meiner Darstellung ergeben hat. Die unmittelbare Veranlassung zu dem bekannten Briefe vom 24. September 1917 ist nicht der Brief des Feldmarschalls vom 15. des Monats gewesen. Die ganz überraschende Behauptung von Herrn v. Kühlmann, diesen Brief habe er nicht gekannt, findet ihre einfache Erklärung nach meiner Meinung darin, daß dieser Brief des Feldmarschalls vom 15. in den Akten der Reichskanzlei ist, während das übrige Material sich in den Akten des Auswärtigen Amtes befindet. Es besteht jetzt kein Zweifel, daß Herr v. Kühlmann den Brief nicht gekannt hat. Aber ich glaube, diese Äußerlichkeit spielt keine erhebliche Rolle; denn Herr v. Kühlmann sagt ausdrücklich: Wir haben uns leiten lassen von dem ungeheuren Druck, den die O. H. L. auf uns ausübte. Ob der Druck durch den Brief ausgeübt wurde oder im ganzen, darauf kommt es nicht an.

Die Vernehmung von Michaelis hat wohl auf uns alle denselben Eindruck gemacht. Wir stehen heute vor einem vollkommenen Rätsel, wie man diesen zweifellos guten Verwaltungsbeamten zum Reichskanzler hatte machen können. Ich persönlich bin aber auch etwas bestürzt gewesen über die Art seiner Auffassung der auswärtigen Politik. Mit diesem Jonglierspiel, das uns Kühlmann vorgeführt hat, kann man wirklich keine auswärtige Politik machen.

(Abg. *Dittmann:* v. Jagow war noch schlimmer!)

Ich komme zu dem berühmten Kronrat vom 11. September 1917. Herr v. Kühlmann hat zu meiner Überraschung jetzt den Standpunkt eingenommen, daß dort eine klare Entscheidung gar nicht gefallen sei; so einfach lägen die Dinge nicht, wie sie bisher aufgefaßt worden seien. Ich glaube, daß hier wirklich das Gedächtnis Herrn v. Kühlmann im Stich läßt oder daß er die Dinge vielleicht unter einem anderen Eindruck sieht.

Wir haben einmal die ganz klare Aufzeichnung von Ludendorff:

„Seine Majestät der Kaiser nahm dieselbe Stellung ein wie der

Reichskanzler, kam damit den Wünschen des Feindes aufs weiteste entgegen."

Der letzte Zusatz beweist, daß Ludendorff gar nicht einverstanden war.

Ferner haben wir die Erklärung von Helfferich „Der Weltkieg" Band 3, Seite 171, wo genau das gleiche gesagt wird.

Endlich besitzen wir eine Erklärung von Michaelis, die bei Ludendorff abgedruckt ist, eine spätere Erklärung, die aber in den Urkunden nachzusehen ist.

Die Aufzeichnungen dieser Drei stimmen absolut darin überein, daß der Kaiser entschieden seinen Willen kundgegeben hat: die Erklärung über Belgien soll abgegeben werden!

Nun der neue Brief des Kaisers, den Michaelis bei seiner Vernehmung vorgelesen hat. Den hat er sich, wie man weiß, aus Doorn vorher bestellt. In Doorn bestanden sogar Zweifel, ob man darauf antworten solle oder nicht. Aber der Kaiser hat schließlich sich geäußert, und zwar auf Grund der Auszüge von Akten, die ihm Michaelis nach Doorn gesandt hatte. Es bedarf keiner weiteren Kommentierung.

Nun hat aber der Kaiser, der derartige Dinge stets durchzuredigieren pflegt, offensichtlich es auch bei dieser Antwort so gehandhabt und nunmehr den Satz hineingeschrieben:

„Auch heute noch bin ich der Meinung, daß es unverantwortlich gewesen wäre, im voraus einen glatten Verzicht auf Belgien, an dessen endgültige Freigabe ich mich durch meine Erklärung im Kronrat gebunden halten wollte, auszusprechen."

Jetzt schreibt also auch der Kaiser mit ganz klaren Worten: ich habe damals im Kronrat entschieden: Belgien soll endgültig freigegeben werden; nur habe ich es für richtig gefunden, die Erklärung jetzt nicht auszusprechen. Hier stimmen also die Zeugnisse des Kaisers, Ludendorffs, Helfferichs und Michaelis', die sicherlich ganz unabhängig voneinander entstanden sind, vollkommen überein.

Dagegen behauptet nun Herr v. Kühlmann: die Erklärung im Kronrat lautete nicht einwandfrei. Ich behaupte, nach den vier Zeugnissen hat sie absolut einwandfrei gelautet.

(Abg. *Joos:* Ich hatte immer das Gefühl, daß er unterschieden hat zwischen dem, was beschlossen wurde, und dem, was erklärt wurde; das ist das Entscheidende!)

Sie hat nicht gelautet, daß wir von Belgien etwa Lüttich haben wollen, nein, es wird herausgegeben!

Jetzt sagt Herr v. Kühlmann: Über dieses Wort im Kronrat ist die O. H. L. sofort hinausgegangen und hat die Annexion von Lüttich und die wirtschaftliche Angliederung Belgiens verlangt.

Es ist nun die Frage, ob das Auswärtige Amt oder der Reichskanzler auf dem Standpunkt des Kronrats stehen geblieben, oder ob diese zentralen Stellen auch über den Kronrat hinausgegangen

sind. Hier ist mir in der ganzen Deduktion von Kühlmann ein Punkt vollkommen unklar geblieben. Er sagt nämlich: Belgien ist das Faustpfand gewesen, das wir nicht aus der Hand geben durften. Ich glaube, jeder wird der Richtigkeit zustimmen.

(Abg. *Dittmann:* Da wird nicht jeder zustimmen! Ich muß dem widersprechen. Ich habe schon während des Krieges widersprochen!)

Was heißt denn: ein Faustpfand? Wenn wir nur an der deutschen Grenze gestanden und gar nichts in der Hand gehabt hätten, wenn uns die Kolonien verloren gegangen wären,

(Abg. *Dittmann:* Wir hatten ja die Besetzung feindlichen Landes!)

dann hätten wir gar nicht verhandeln können. Die Besetzung Belgiens war doch dasjenige, auf Grund dessen wir überhaupt zu Verhandlungen kommen konnten; denn für den Feind bestand doch die Frage: wie bekommen wir die Deutschen aus Belgien wieder heraus? — Man braucht sich nicht an das Wort „Faustpfand" zu klammern; man kann auch „Kompensationsobjekt" sagen. Belgien war eben das, was wir in der Hand hatten!

Nun sagt Herr v. Kühlmann: Wenn man von vornherein das, was man in der Hand hat, herausgibt, dem Gegner auf den Tisch legt, dann gibt der Gegner nichts mehr dafür. Das ist natürlich richtig. Aber es hat niemals ein Mensch von Deutschland verlangt, daß wir im voraus Belgien herausgeben und dann erst die Verhandlungen anfangen sollten. Das Verlangen, der Vorschlag der Kurie und die erste Andeutung der Engländer lautete dahin: Werdet ihr am Friedenstisch verlangen wollen, irgendetwas von Belgien zu behalten, oder werdet ihr dort erklären: Belgien könnt ihr ganz unter von uns noch zu bestimmenden Bedingungen wiedererhalten; Bethmann schreibt in seinen „Betrachtungen zum Weltkrieg" folgendes:

„Auf die Frage über unsere Ziele bezüglich Belgiens erwiderte ich dem Nuntius, daß wir seine volle Unabhängigkeit wiederherstellen würden. Mit dieser vollen Unabhängigkeit würde es freilich unverträglich sein, wenn Belgien politisch, militärisch, finanziell unter die Herrschaft Englands oder Frankreichs gerate, welche Mächte diese Herrschaft dann zu Deutschlands Schaden ausnutzen würden."

Das war am 24. Juni 1917, kurz bevor Bethmann zu Fall kam.

Offensichtlich auf diese Auskunft Bethmanns stützt sich der bekannte Brief des Nuntius vom 30. Juli 1917, der nach der päpstlichen Note kommt. Da schreibt er an den nunmehrigen Reichskanzler Michaelis, die englische Regierung habe geantwortet, und stellt die Sache optimistisch dar. Auf zwei Punkte käme es an: 1. eine bestimmte Erklärung über die Absichten der kaiserlichen Regierung bezüglich der vollen Unabhängigkeit Belgiens unter Entschädigung

für den in Belgien verursachten Schaden; 2. eine gleichfalls bestimmte Angabe der Garantien für politische, ökonomische und militärische Unabhängigkeit, die Deutschland verlangt, daß Belgien nicht unter englische oder französische Herrschaft kommt. Man sieht, daß dieser Brief des Nuntius vom 30. Juli 1917 genau mit der Auskunft des Reichskanzlers v. Bethmann 5 Wochen zuvor übereinstimmt. Daß Deutschland zunächst einmal Belgien herausgeben soll, wird gar nicht verlangt. Die Sache lag eben so: Wenn Deutschland erklärt hätte: wir geben Belgien ohne jede Einschränkung heraus und verlangen dafür — etwa die Insel Madagaskar, dann hätte das dem Wunsch der Kurie entsprochen: Belgien wird ganz herausgegeben; was ihr dafür verlangt, ist eine andere Frage.

Was ist denn überhaupt juristisch ein Faustpfand? Es ist ein Pfand, das ich so lange behalte, bis meine Forderung befriedigt wird. Wenn Sie einen Faustpfandgläubiger fragen: Willst du das Faustpfand behalten?, dann kann er nur antworten: Erstens will ich es nicht behalten, und zweitens darf ich es nicht behalten; denn es ist eben ein Pfand. Der Ausdruck Faustpfand, den Kühlmann immer wieder gebraucht, widerspricht also eigentlich seiner ganzen These.

Was den Kaiser anlangt, so ist diesem offensichtlich auch suggeriert worden: man hat verlangt, zunächst Belgien ohne jede Bedingung herauszugeben, und dann kommt das weitere. Und nun schreibt der Kaiser:

„Auch heute noch bin ich der Meinung, daß es unverantwortlich gewesen wäre, im voraus einen glatten Verzicht auf Belgien auszusprechen."

Hätte man dem Kaiser in Doorn die Frage so gestellt: Warst du einverstanden, daß wir schon in diesem Stadium auf Belgien verzichten wollten?, dann hätte er wohl geantwortet: Ja, Belgien sollte herausgegeben werden, an dessen endgültige Freigabe wollte ich mich durch meine Erklärung im Kronrat gebunden halten. Die Stellung des Kronrats ist also nach meiner Ansicht vollkommen klar.

Ich will Ihnen noch eine Mitteilung machen. Während der Vernehmung von Dr. Michaelis erhielt ich einen Brief des Herrn Pfarrers Traub, der mich fragte, ob ich auch glaubte, daß Michaelis sich von konfessionellen Gründen habe leiten lassen, um die Papst-Aktion zunichte werden zu lassen. Ich habe geäußert, das glaubte ich nicht; Michaelis sei gewiß ein evangelischer Streiter Gottes, aber von diesem Verdachte sei gar keine Rede. Aber bei Herrn v. Kühlmann bin ich doch jetzt irre geworden. Wenn man ihn über die Kurie reden hörte, so ist doch so manches unklar. Er sagte immer wieder: wir wollten nicht mit der Kurie arbeiten; wir wollten mit Villalobar arbeiten. Kühlmann hat offensichtlich die päpstliche Friedensvermittlung im Grunde nicht gewollt. So allein kann man ihn doch verstehen.

(Zuruf: Aus konfessionellen Gründen?)

— Nein, aus konfessionellen Gründen nicht.

(Abg. *Joos:* Es waren außenpolitische Gründe, er hat ausdrücklich gesagt: wir können einem Gremium nicht trauen, das international so zusammengesetzt ist.)

Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp:*

Bei der ganzen Zusammensetzung des Apparates der Kurie, an der Vertreter der verschiedensten Nationen zusammen waren, hatte er den Eindruck, daß die Sache nicht so dicht blieb, wie wenn er eine einzelne Person, wie Villalobar, für seine Aktion einspannte.

Sachverständiger Abg. D. Dr. Dr. *Bredt:*

Lesen Sie den „Zusammenbruch" von Scheidemann, der einige Quellen haben will, die mir glaubhaft erscheinen, daß der Kaiser damals den Standpunkt eingenommen habe, der Friede über die Stockholmer Konferenz sei ihm nicht sehr sympathisch, und er wähle bei der Wahl zwischen der Stockholmer Konferenz und der Kurie die Kurie. Der Kaiser hat von meinem Standpunkt aus Recht gehabt. Gegenüber der Stockholmer Konferenz der Sozialisten war er deutscher Kaiser und König von Preußen; deshalb wollte er lieber mit dem Papst zu tun haben.

Jetzt erklärt Herr v. Kühlmann: Von der Stockholmer Konferenz rede ich nicht, auch von der päpstlichen Kurie nicht, sondern ich arbeite mit Villalobar. Daß dabei nicht viel herauskommen konnte, konnte man sich sagen.

Aber nun kommen wir weiter zu der Frage: wenn Kühlmann den Standpunkt auch einnahm, was hat er nun geantwortet? — Da muß man, glaube ich, zwei Dinge auseinanderhalten. Erstens: Waren wir überhaupt materiell, sachlich bereit, Belgien bei Friedensschluß herauszugeben? — Antwort: Ja; denn im Kronrat war so entschieden worden, und der Reichstag war sicherlich einverstanden; denn die Friedensresolution sagte das. Hier war also eine Übereinstimmung zwischen Kronrat und Reichstag absolut vorhanden. Zweitens: Wenn wir sachlich bereit waren, Belgien herauszugeben, waren wir auch bereit, es jetzt in diesem Stadium schon zu erklären? — Das ist die formale Seite. Wie kann man nun darauf antworten? Zunächst, um die formale Seite vorwegzunehmen: Waren wir bereit, das jetzt schon zu erklären? Darüber ergibt die Antwort vom 19. September gar nichts. In dem Geheimbrief vom 24. September steht aber drin:

„. . . sind wir mithin im heutigen Stadium der Dinge noch nicht in der Lage, dem Wunsche Eurer Exzellenz zu entsprechen und eine bestimmte Erklärung über die Absichten der Kaiserlichen Regierung im Hinblick auf Belgien und die von uns gewünschten Garantien zu geben."

(Abg. *Dittmannn:* Ergo sagt die Friedensresolution de facto das noch nicht!)

— Jedenfalls wird doch die Erklärung abgelehnt, und wenn jetzt Herr v. Kühlmann kommt und sagt: Das ist kein Nein, sondern ein bedingtes Ja, dann kann ich einfach nicht mit. Ich lese nur die Worte: wir sind nicht in der Lage, die Erklärung abzugeben.

Waren wir überhaupt bereit, Belgien herauszugeben? — Ich glaube, auch da muß man wieder zwei Dinge unterscheiden. Es gab zwei Arten, über Belgien zu verhandeln. Das eine war die Frage: Was verlangt ihr als Kompensation für Belgien?, und das zweite war die Frage: Verlangt ihr etwas von der Substanz von Belgien? — Wenn wir Belgien herausgeben wollten, etwa gegen eine Kriegsentschädigung, gegen Abtretung von Kolonien, dann war das keine Forderung auf die Substanz von Belgien, sondern war eine Gegenforderung. Es kam darauf an, ob wir von der Substanz von Belgien etwas verlangten. Davon steht auch in der Antwort vom 19. September kein Wort. Dann heißt es hier in dem Geheimbrief vom 24. September:

„Genügende Klarheit zu gewinnen, wird das Bestreben der Kaiserlichen Regierung sein, und sie hofft, falls die Umstände ihr Vorhaben begünstigen, in nicht allzu ferner Zeit in der Lage zu sein, Euer Exzellenz über die Absichten und nötigen Forderungen der Kaiserlichen Regierung insbesondere in bezug auf Belgien genauer unterrichten zu können."

Ich meine: wenn man lesen kann und deutsch versteht, dann heißt das doch: Forderungen in bezug auf Belgien; wir werden in bezug auf Belgien, auf die Substanz von Belgien Forderungen stellen.

(Abg. *Joos:* Ganz recht!)

Wenn es gelautet hätte: wir werden demnächst in der Lage sein, anzugeben, was wir als Kompensation für die Herausgabe Belgiens verlangen, dann war das ganz etwas anderes.

(Abg. Dr. *Bergsträßer:* Oder wenn es nur wenigstens gelautet hätte: in bezug auf die Angelegenheit Belgien!)

Auch das wäre noch immerhin tragbar gewesen. Wenn man aber sagte: Forderungen in bezug auf Belgien, so war damit einfach Schluß; denn damit war nicht nur formell die Erklärung abgelehnt, sondern materiell auch die Herausgabe Belgiens abgelehnt, und das ist es doch, worauf es ankommt. Dr. Michaelis hat sich gar nichts gedacht. Kühlmann hat Dr. Michaelis herausziehen wollen und sich gesagt: lassen wir das liegen; wir wollen die Sache einmal auf ein anderes, das außenpolitische Geleis bringen, wo wir zu Hause sind. Ich habe doch selbst ein paarmal in meinem Gutachten gesagt, daß ich auch nicht glaube, daß eine greifbare Friedensmöglichkeit vorgelegen hat, und habe ausdrücklich gesagt: ich beziehe mich auf die Angaben des zweiten Unterausschusses; die Frage war ganz klar

gestellt, und es bestanden gar keine Differenzen mehr. Wenn sich nun bei mir herausgestellt hätte, daß der Siebener-Ausschuß in irgendeinem Punkt einmal von der Regierung belogen worden wäre, dann hätten wir das auch feststellen können! Bei allen diesen Dingen liegt nicht der Schwerpunkt.

Ich habe der Sache so großen Wert beigelegt, weil hier der Punkt ist, wo für die innere Politik des Krieges die beiden Schienenstränge auseinandergehen und es sich darum handelt, welche Weiche wir nun stellen sollten. Ich will einmal mit zwei Worten die Situation klarmachen. Plötzlich kommt der Reichstag mit der Friedensresolution und meldet seinen Anspruch an, von nun an auch mitreden zu können. Er sagt: Von jetzt an wollen wir bei den Friedensverhandlungen und den ganzen Friedensfragen mitreden; wir sind auf dem Plan; hier sind wir; wir bitten von jetzt an gefragt zu werden!

Der Reichskanzler v. Bethmann kommt darüber zu Fall, und nun kommt der neue Reichskanzler. Der soll sich nun zur Friedensresolution bekennen. Das tut er in der oft angeführten Rede, „wie ich sie auffasse". Darauf sagt der Reichstag: das genügt uns nicht, wir trauen dir nicht; du sollst mit klaren Worten erklären: bist du für die Friedensresolution, ja oder nein? Darauf sagt Michaelis: Ja, ich bin für die Friedensresolution, und um euch zu zeigen, daß ich tatsächlich dafür bin, setzen wir jetzt einen Siebener-Ausschuß ein; mit dem berate ich zunächst die Antwort an die Kurie. Er sagt dann weiter: wenn es sich bewährt, dann bauen wir den Siebener-Ausschuß weiter aus und übertragen ihm weitere Aufgaben.

Wir wollen einmal den Fall setzen, es wäre alles so gekommen. Der Reichskanzler konnte ja ruhig dem Siebener-Ausschuß sagen, es lägen die und die Bedenken vor. Er konnte mit ein paar Worten auf die Briefe und Telegramme des Kardinals Gasparri hinweisen. Wenn er die Begründung, die geheim war, nicht mitteilen konnte, dann konnte er dem Siebener-Ausschuß wenigstens sagen: Es ist eine Warnung gekommen, die ich Ihnen dem Namen nach nicht mitteilen kann; sachlich lautet sie dahin, daß dieser Brief nicht ausreicht. Kurz und gut, man konnte mit dem Siebener-Ausschuß wirklich vertrauensvoll die Antwort aufsetzen und konnte vor allen Dingen noch einmal sagen: gebt euch gar keinem Zweifel hin, die Friedensresolution wird innegehalten! Wenn das alles gemacht wurde, dann war damit die Weiche gestellt in der Richtung auf parlamentarisches Regiment, auf wirklich vertrauensvolles Zusammenarbeiten.

Nun schreibt der General Ludendorff:

„Ich kam von der Front zurück, um den Reichstagsabgeordneten klar zu machen: Wir werden siegen, wenn hinter dem Heere das Volk in geschlossener Einigkeit steht. Dazu muß die Volksvertretung helfen."

Dann schreibt er weiter:

„Die Veröffentlichung (der Friedensresolution) war nicht mehr aufzuhalten. Damit hatte sich die Reichstagsmehrheit festgelegt. Jede weitere Beratung erschien mir wenig zweckvoll und aussichtsreich."

Auf der dritten Seite sagt er:

„Der Feldmarschall und ich nahmen die Friedensresolution jetzt auf unsere Schultern, weil wir es für vernünftiger hielten, hier mitzumachen als grollend beiseite zu stehen."

Der erste Versuch des Generals Ludendorff zeigt also, daß er kein Mittel gegen den Reichstag hatte. Wenn der Reichstag einen Beschluß faßte, konnte er nichts dagegen tun. Was nun gekommen wäre, wenn die Weiche wirklich so auf ein vertrauensvolles Zusammenarbeiten gestellt worden wäre, kann man nicht sagen.

Aber die Weiche war anders gestellt. Herr v.. Kühlmann hat das klar gesagt, und Herr Michaelis, der das nicht gesagt hat, hat den Brief vom Feldmarschall v. Hindenburg erhalten.

Dazu kommt der Interessengegensatz zwischen Kronrat, O. H. L. und Reichstagsmehrheit. Es fragt sich: Auf welche Seite stellt sich die Regierung? Das ist der ganz kritische Punkt in der inneren Politik des Weltkrieges. Herr v. Kühlmann sagt: der Druck der O. H. L. war so groß, daß wir uns fügen mußten. Es war nicht viel zu machen. Die Reichstagsmehrheit wurde einfach hingehalten. Es wurden ein paar Worte gemacht, und damit war die Sache abgetan.

Da liegt tatsächlich der Schlüssel bei Erzberger. Der ist im Siebener-Ausschuß eingelullt und irgendwie bewogen worden, Ja zu sagen.

(Abg. *Joos:* Aber hätte man nicht das ersetzen können, was schwach in Erzberger war?)

Ich kann da nichts dazu sagen. Scheidemann ist festgeblieben. Ebert nicht ganz; denn er hat zum Schluß den Kampf aufgegeben. v. Payer und Fehrenbach sind mir ein Rätsel. Stresemann hat dem ganzen Siebener-Ausschuß nicht freundlich gegenübergestanden.

Was das Schreiben des Herrn v. Kühlmann auf unseren Antrag wegen des Zeitungsartikels anlangt, so muß ich sagen, ich hätte Herrn v. Kühlmann niemals eine so klare Antwort zugetraut, wie er sie jetzt gegeben hat; denn diese Antwort ist tatsächlich gehauen und gestochen.

(Zuruf: Wirklich?)

— Was da noch herausgelesen werden soll, ist mir unverständlich. Er schreibt: Ich weiß überhaupt nichts. Damit ist die Sache erledigt.

(Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp:* Er sagt: Mir ist darüber nichts bekannt, daß Erzberger usw.)

Ich muß sagen, der Punkt ist für mich damit erledigt und muß auch für alle Seiten erledigt sein. Denn wenn Herr v. Kühlmann mit solchen Pleonasmen sagt: Weder amtlich, noch außeramtlich, noch privat, so meine ich: mehr kann er wahrhaftig nicht sagen!

Wenn ich es zum Schluß zusammenfassend sagen darf, so ist die entscheidende Frage doch die: warum seid ihr damals eingelenkt in das Fahrwasser der Obersten Heeresleitung? Auf die Frage haben wir die Antwort von Herrn v. Kühlmann bekommen: weil es nicht anders ging. Irgendwelche plausiblen Gründe haben wir eigentlich nicht gehört.

(Abg. *Joos:* Aber nicht aus Rücksicht auf die Oberste Heeresleitung, das war nicht die Auffassung des Herrn v. Kühlmann.) — Doch, er sagt: der Druck war so, daß eine Militärdiktatur Ludendorff in absolut greifbarer Nähe stand.

(Abg. Dr. *Spahn:* Und sonst die Revolution!)

Das ist der einzige Grund gewesen, den wir gehört haben. Aber ich sage noch einmal: die große Bedeutung der ganzen Aktion liegt nicht in der Frage: konnten wir den Frieden bekommen? Das ist eine Frage, die man nur mit einer ungewissen Antwort bedenken kann. Aber das wissen wir: an dieser Frage hat sich die Frage der ganzen inneren Politik Deutschlands damals aufgerollt, und die folgenden Ereignisse sind nur auf dieser Grundlage zu verstehen. Graf Hertling hat später eine eigene wirkliche Reichskanzlerpolitik kaum mehr betrieben. Er ist vollkommen in dem Fahrwasser der Obersten Heeresleitung gesegelt. Aber Graf Hertling übernahm das Reichskanzleramt in dem Stadium, als bereits diese Weiche gestellt war, und der Reichswagen nicht mehr in die andere Weiche einzulenken war.

Abg. Dr. *Spahn:*

Der Herr Kollege Bredt ist vorhin von einer Feststellung ausgegangen, die mir doch von großer Bedeutung für das Ergebnis dieser Untersuchungen zu sein scheint. Soweit er aus dem verfassungsrechtlichen Gebiet früher ein wenig ausgebrochen war, schien mir der Hauptpunkt, auf den er zustrebte, und den er auch nachgewiesen zu haben meinte, die Behauptung zu sein: die damalige Regierung habe mit dem Siebener-Ausschuß deshalb nicht vertrauensvoll zusammengearbeitet, weil sie unter einem entscheidenden Druck der Obersten Heeresleitung gestanden haben. Er trug uns als eigentlichen Beweis für seine Auffassung die Verbindung vor, die er zwischen dem Brief an den Nuntius vom 24. September und dem ein paar Tage älteren Schreiben des Herrn Generalfeldmarschalls an Michaelis erkannt haben wollte. Es ist wichtig, daß er jetzt selber auf Grund der Wahrnehmungen vom Dezember 1926 hier feststellt: dieser Zusammenhang besteht nicht. Auch ich meine, gerade dieser Punkt ist durch das Verhör von Michaelis und Kühlmann wirklich restlos aufgeklärt.

(Sachverständiger Abg. D. Dr. Dr. *Bredt:* Das sind aber nur Äußerlichkeiten!)

— Nein, es sind keine Äußerlichkeiten. Es war der Beweis, den Sie führen wollten. Nur wenn wirklich sich nachweisen ließe, daß die

mit dem Siebener-Ausschuß vereinbarte Antwort an den Papst durch den Brief vom 24. September im Sinne einer Eroberungspolitik auf Grund des Schreibens des Feldmarschalls modifiziert wurde, nur dann hätten Sie meines Erachtens recht, dieser Beweis hat nicht erbracht werden können.

Ich glaube, es geht aus dem Verhör klar hervor, daß der Brief des Herrn Generalfeldmarschalls in einen ganz anderen Zusammenhang gehört. Michaelis hat hier durchaus glaubwürdig dargetan, daß er versucht habe, mit Hilfe des Grafen Westarp beruhigend auf die mehr radikalen Elemente seiner Partei einzuwirken.

(Sachverständiger Abg. D. Dr. Dr. *Bredt:* Es sollte auf Westarp eingewirkt werden!)

Gewiß, deshalb wurde Westarp zum Feldmarschall geschickt. Wer Graf Westarp kennt, der weiß: er ist schon zugänglich für solche Vorstellungen. Auf der anderen Seite hatte er das Vertrauen der außenpolitisch ausgesprochen konservativen Elemente.

(Abg. *Dittmann:* Damals war Graf Westarp doch ganz extremer Annexionist!)

Er ist durchaus für solche Erwägungen zugänglich gewesen.

(Sachverständiger Abg. D. Dr. Dr. *Bredt:* Michaelis schreibt an den Feldmarschall, ob er nicht einwirken könnte auf extreme Annexionisten wie Westarp, daß sie ihre Agitation etwas einschränkten!)

Ich sage nur, daß Graf Westarp ausgewählt wurde, weil Herr Michaelis ihn für die ernsten Gründe des Feldmarschalls zugänglich hielt, und weil, wenn er sich ihnen wider Erwarten verschloß, es dann immerhin seiner persönlichen Ehrfurcht vor dem Feldmarschall entsprach, daß er Rücksicht nahm, also so oder so nach der Rückkehr mit dem Einflusse auf seinen Kreis gerechnet werden durfte. Diese Aktion diente nicht dazu, wie hier dargetan werden sollte, den Frieden zu erschweren, sondern im Gegenteil, innerpolitisch den Weg freizumachen für einen Frieden, der praktisch auf die Herausgabe Belgiens herauskam.

Ist also der Brief von Michaelis rein innerpolitisch zu werten, so geht ebenso unzweifelhaft aus Kühlmanns Aussage hervor, daß sein Brief an den Nuntius vom 24. September 1917 durchaus in der Richtung der Kühlmannschen Außenpolitik lag. Gewiß hat Herr v. Kühlmann — allerdings nicht in der ersten Aussage, sondern erst allmählich, als er durch Fragen gedrängt wurde — den Druck sehr stark betont, der von der O. H. L. ausging. Aber was wollte er damit erzielen? Er wollte doch nur klarmachen, daß er als Leiter der Außenpolitik naturgemäß nicht ganz frei, nicht ganz so, wie er es vielleicht für richtig gehalten hätte, handeln konnte, sondern Rücksichten nehmen mußte, daß er schließlich die Diagonale von Kräften zu ziehen hatte. Ich gebrauche diesen Ausdruck absichtlich, weil

Herr v. Kühlmann ebenso energisch den Druck aus dem Reichstag und von der Sozialdemokratie her betont hat, wie er den Druck der O. H. L. betonte. Dabei hat er seiner Aussage nach dem Parlamentarismus innerlich freundlicher gegenübergestanden wie dem Militär. Er hat immer wieder in seiner Aussage hervorgehoben, es hätte mit dem Reichstag zusammengearbeitet werden müssen, es hätte ein Einvernehmen mit der Sozialdemokratie hergestellt werden müssen, ohne das wäre es nicht gegangen.

Ich meine, wenn Herr Kollege Dr. Bredt schon nicht mehr die Verbindung zwischen dem Brief des Feldmarschalls und dem Brief an den Nuntius aufrecht erhalten kann, so sollte er auch nicht mehr in der Weise, wie er es eben zweimal getan hat, den Druck der O. H. L. hervorheben. Dieser Druck ist in den Tagen, um die es sich hier handelt, nicht ausgeübt worden.

(Sachverständiger Abg. D. Dr. Dr. *Bredt:* Kühlmann sagt das doch unter Eid aus!)

Er sagte unter seinem Eide aus, daß er im allgemeinen mit dem Druck der O. H. L. zu rechnen hatte! Es handelt sich für uns aber um die Frage, wieweit sich die Reichsregierung in Sachen der päpstlichen Friedensvermittlung behindert fühlte durch die O. H. L. an der vertraulichen Zusammenarbeit mit dem Siebener-Ausschuß. Sie haben eben alle die Stellen zusammengestellt, woraus hervorgeht, daß im Kronrat von allen Teilnehmern zweifellos der Verzicht auf Belgien ausgesprochen war. Nirgendwo liegt ein Versuch von Ludendorff vor, die dahin ergangene Entscheidung des Kaisers rückgängig zu machen

(Sachverständiger Abg. D. Dr. Dr. *Bredt:* Der Brief des Feldmarschalls!)

Nein, der Brief des Feldmarschalls sollte beruhigend auf die Konservativen einwirken. Wir wissen doch, wie solche Dinge vor sich zu gehen pflegen. Stellen Sie sich vor, daß man den ganz extremen Elementen auf der rechten Seite einfach damit gekommen wäre: wir geben Belgien preis. Dann hätte man auf der rechten Seite die Revolte gehabt, die man auf der linken Seite vermeiden wollte. Daß da zunächst manövriert wurde, das anzuerkennen, darüber sollten wir uns hier doch einigen können. Ich finde nirgendwo einen Beweis dafür, daß Ludendorff, auf den es doch natürlich ankam, irgendeinen Versuch gemacht hat, die Entscheidung des Kaisers rückgängig zu machen. Er hat nicht eingegriffen.

(Sachverständiger Abg. D. Dr. Dr. *Bredt:* Sie kennen nicht die Ausführungen des Herrn v. Kühlmann, die Oberste Heeresleitung wäre sofort von dieser Entscheidung des Kronrats abgewichen und hätte doch Belgien annektieren wollen!)

— Die Oberste Heeresleitung ist erst später wieder darauf zurückgekommen. Ich habe die Verhandlungen sehr genau nachgelesen; ich glaube nicht, daß ich zu einer anderen Auffassung komme. Ich

habe gleich, als Herr v. Kühlmann seine Aussage gemacht hat, bedauert, daß er nicht schärfer zwischen dem allgemeinen Druck, dem Druck, der schlechthin auf allen seinen Überlegungen lag, und der sowohl einerseits von der Rücksichtnahme auf die Sozialdemokratie und den Reichstag ausging, wie andererseits von der Rücksichtnahme auf die Oberste Heeresleitung, und der besonderen Beeinflussung unterschied, die bei Gelegenheit der päpstlichen Friedensvermittlung auf ihn ausgeübt worden sein soll. Sein Verhalten in diesem Punkte kann ich mir psychologisch nur dadurch erklären, daß nun einmal die päpstliche Friedensvermittlung überhaupt nicht im Mittelpunkt seiner außenpolitischen Bemühungen stand, sondern daß er im August wie im September immer seiner spanischen Vermittlung nachhing. Da muß ich schon sagen: während meines Erachtens kein Beweis dafür erbracht werden kann, daß sich die Oberste Heeresleitung an diesem bestimmten Punkt verhängnisvoll eingemischt hat, habe ich aus allem, was hier nach und nach ausgesagt worden ist, immer mehr den Eindruck gewonnen, daß das wahre Verhängnis die Störung der von Bethmann Hollweg angenommenen päpstlichen Friedensvermittlung durch den Versuch mit Spanien war. Bei den Persönlichkeiten, durch die wir nun einmal handeln mußten, war schon ohnehin kaum vom Innehalten einer außenpolitischen Linie die Rede; sie ist aber vollends durch die Art verwirrt worden, wie der Reichstag oder einzelne Persönlichkeiten des Reichstags sich in die Sache eingemischt haben. Ich möchte zur Stützung meiner Ansicht mit einem Wort nochmals zusammenfassen: Bethmann Hollweg hatte doch die Dinge schon verhältnismäßig weit eingeleitet, als der Reichstag ihn stürzte. Darauf fanden weitere Verhandlungen durch den Nuntius statt. Wir wissen heute auch, warum man sich beeilt hat. Die Alliierten kamen am 7. oder 8. August zusammen, und die Kurie hat gehofft, daß bei der Gelegenheit schon in der mündlichen Aussprache der Staatsmänner der Alliierten eine Vereinbarung unter ihnen in entgegenkommendem Sinne getroffen würde. Pacelli brachte eine Aufzeichnung der Punkte mit, um die es sich nach der Meinung der Kurie handelte. In der ersten Regung wollte man ihm sofort Antwort geben. Man entschloß sich dann, auf den Amtsantritt Kühlmanns zu warten. Er erfolgte endlich am 7. August. Für diese Verzögerung trifft weder Herrn von Bethmann Hollweg, noch die neue Reichsregierung ein Verschulden, sondern lediglich den Reichstag, der im entscheidenden Augenblick eine Änderung der Regierung herbeiführte. Die Antwort wird ausgearbeitet. Herr von Bergen überbringt sie persönlich nach München. Warum ist im 2. Unterausschuß nicht die Gelegenheit ergriffen worden, Herrn v. Kühlmann zu fragen: was ist aus der Antwort auf die Punkte der Kurie geworden, warum hat sie nachher gar keine Rolle mehr gespielt? Sind die Punkte und die Stellungnahme der Reichs-

regierung zu ihnen im Siebener-Ausschuß vorgelegt worden? Herr v. Bergen hat im zweiten Unterausschuß ausgesagt, daß sich der Nuntius im wesentlichen von der Antwort befriedigt erklärte. Was stand in der Antwort vor allem in Bezug auf Belgien? Warum haben die Herren des 2. Unterausschusses da ihre Neugierde so gemäßigt und Herrn v. Kühlmann nicht besonders danach gefragt: Wo ist die innere Verbindung zwischen dem Brief an den Nuntius vom 24. September und dem, was im August mit Ihrer Einwilligung fixiert wurde, wozu der Kanzler seine Zustimmung gegeben hatte, was Herr v. Bergen persönlich dem Nuntius überbrachte und wozu eine zustimmende Äußerung des Nuntius schon vorlag?

Ich bedaure, daß Herr Kollege Dr. Bredt jetzt Herrn Dr. Michaelis zwar von dem Vorwurf konfessioneller Voreingenommenheit in der Friedensfrage reingewaschen hat, aber dafür Herrn von Kühlmann in ein Zwielicht rückte, als ob er der Kurie gegenüber befangen gewesen wäre. Ich bin immer sehr skeptisch gegenüber den Erfolgen unserer politischen Führung durch Herrn von Kühlmann gewesen. Hier ist Herr von Kühlmann uns als Vertreter einer Geheimdiplomatie gegenübergetreten, die wirklich nicht das Vertrauen einflößt, als genüge sie für außerordentliche Zwecke und Fälle. Die englische Schule, die er durchgemacht hat, mag seine Auffassung erklären. Er hat in seinen diplomatischen Lernjahren das „wie man sich räuspert und wie man spuckt", den Engländern unzweifelhaft abgeguckt. So kam er zu seiner großen Sorge: die Oberste Heeresleitung ist nicht vertrauenswürdig, sie soll nicht unterrichtet werden, weil dort doch nur eine größere Anzahl von Leuten zusammenhockt und schwatzt; dem Parlament gegenüber ist die gleiche Vorsicht geboten, mehr als der Buchstabe dazu verpflichtet, darf dem Siebener-Ausschuß nicht mitgeteilt werden. Und genau dieselbe Sorge hatte er gegenüber der Kurie. Damit soll nicht gesagt sein, daß die Sorge unbegründet war. Sie war wohl in allen drei Fällen nicht ohne Grund, auch nicht im Falle der Kurie. Ich war im Frühjahr 1916 in der Schweiz. Da sagte mir der schweizerische Vertrauensmann Erzbergers: wir müßten in Deutschland bedenken, daß außer dem Papste selber, der sich als der geistige Erbe Leo XIII. fühle, — Papst war damals Benedikt XIV. — niemand eine natürliche Sympathie für die Mittelmächte hätte. Ihr hättet einen ganz gewiegten, klugen, zurückhaltenden Diplomaten nehmen müssen, um die Beziehungen zur Kurie zu pflegen. Da warf ich ihm mit einer gewollten Naivität ein: wenn der Papst das Bedenken hat, warum läßt er das Bethmann Hollweg nicht wissen. Darauf erwiderte der Vertrauensmann: Wenn der evangelische Kaiser einen Führer des Zentrums und ein angesehenes Mitglied der deutschen Katholiken aussucht, um die Verhandlungen mit Rom zu führen, so kann der Papst doch unmöglich mit einem Einwand dagegen kommen, er muß das hinnehmen;

er hat wohl auf einigen Umwegen versucht, der Reichsregierung zum Bewußtsein zu bringen, es sei nicht richtig, einen so temperamentvollen Menschen zu benutzen, wie Herr Erzberger es ist, aber bis jetzt ist damit nichts erreicht worden, und einen direkten Wink kann er Berlin nicht geben. Sie sehen, in einer wie schwierigen Stellung sich der Staatssekretär angesichts all dessen der Kurie gegenüber befand.

(Abg. *Joos:* Das hat aber doch nun auf die offizielle Antwort, die die Regierung gab, nicht eingewirkt!)

— Kollege Bredt hat sich eben so ausgedrückt, als wenn Herr v. Kühlmann ganz ohne jeden Grund ängstlich gewesen wäre. Darum kam ich darauf zurück. Ich mache Herrn v. Kühlmann keinen besonderen Vorwurf wegen seiner Angst und weil er deshalb mit seinem Spanier besser von der Stelle kommen zu können glaubte. Während des ganzen Krieges haben es alle Staaten mit den ihnen geläufigen Winkelzügen der Geheimdiplomatie versucht. Haben wir nicht gesehen, wie fortgesetzt von Belgien, Frankreich, England Vertrauensmänner nach der Schweiz geschickt wurden? Die Österreicher haben darauf ja bis zum Exzess reagiert. Herr von Kühlmann hat nur keine Ausnahme gebildet; das ist das Einzige, was wir heute an ihm beanstanden können. Die Diplomaten waren es sicher nicht, die in dem Kriege eine Entscheidung herbeigeführt haben, weder zugunsten des einen noch zugunsten des anderen Teils. Darauf könnten wir uns vielleicht hier einigen, zu bedauern, daß sich die Führung unserer auswärtigen Geschäfte von der Allerweltsmethode auswärtiger Politik in schwerer Stunde nicht frei gemacht hat. Das Entscheidende bleibt aber doch, daß das wesentliche Hemmnis für die Unterstützung der päpstlichen Friedensvermittlung durch uns der vom Reichstag herbeigeführte Regierungswechsel blieb. Nur dadurch entstand die Möglichkeit, daß wir nicht auf dem Boden stehen blieben, auf den sich Herr von Bethmann Hollweg im Juni gestellt hatte, und zu einer bestimmten Erklärung über Belgien im September schon deshalb nicht die Entschlußkraft fanden, weil der neue Staatssekretär noch auf die Nachricht seines spanischen Mittelsmannes wartete.

Ich möchte den päpstlichen Versuch in seinen Anfängen für nicht aussichtslos halten. Auf keinen Fall aber war die Sache so, daß Rom unseren Brief vom 24. September benutzt hat, um zu sagen: es ist alles am Ende. Rom hat auch dann noch auf England in einem etwas hoffnungsvolleren Sinne eingewirkt. Ich bitte dabei gleich dem Einwande zuvorkommen zu dürfen, der etwa mit Berufung auf Erzberger gemacht werden könnte. Ich weiß, Erzberger hat erzählt, daß der Nuntius ihm, als er ihn damals besucht habe, gesagt habe: nun ist alles verloren. Woraufhin sollte aber alles verloren sein? Da sich Erzberger in den Tagen mit dem äußersten Nachdruck hier

in Berlin dafür eingesetzt hat, daß die deutsche Außenpolitik richtig geleitet werde, muß er doch den Nuntius gefragt haben: Exzellenz, warum ist alles verloren, wir sind im Gegenteil überzeugt, daß das Notwendige geschehen ist? Am 28. September erklärte er im Reichstage noch, daß, wer die deutsche Außenpolitik nicht für richtig halte, das ABC aller Politik nicht verstehe. Sein Besuch beim Nuntius aber fällt allem Anscheine nach in die Tage vorher. Ist die Äußerung des Nuntius gefallen, so muß Erzberger ihn um irgendeine Aufklärung gebeten haben.

Es liegt mir eine Äußerung unseres früheren Straßburger Bibliotheksdirektors, des Geheimrats Wolfram, vor, der in jener Zeit vom Grafen Hertling der elsaß-lothringischen Frage wegen empfangen wurde. Graf Hertling dehnte das Gespräch auf die allgemeine politische Lage aus und drückte bei dieser Gelegenheit Herrn Wolfram seine Bedenken über die Tätigkeit Erzbergers aus. Er ließ einfließen, er habe aus einem Gespräch mit dem Nuntius den Eindruck mitgenommen, als ob auch dieser das Empfinden habe, daß Erzberger in dieser überaus aufgeregten Zeit sehr stark zwischen verschiedenen Stimmungen hin und her getrieben würde.

(Abg. *Joos:* Wollen Sie damit andeuten, daß der Herr Nuntius nicht so pessimistisch war wie Erzberger?)

— Ja, ich möchte glauben, daß er Ende September nicht unbedingt pessimistisch gewesen ist. Ich halte es freilich mit dem Herrn Kollegen Dr. Bredt für wichtig, darauf zu achten, daß in dem Brief an den Nuntius die Worte „unsere Forderungen wegen Belgien" stehen. Sie können unter Umständen eine pessimistische Auffassung in Rom hervorgerufen haben. Aber gerade diese Möglichkeit veranlaßt mich, noch einmal zu bedauern, daß der Brief über das Verhör des Herrn von Kühlmann hier mit dem Antwortentwurf, den Herr von Bergen dem Nuntius im August überbrachte, nicht verglichen worden ist. Es fällt mir schwer zu glauben, daß trotz aller Ablenkung des Staatssekretärs durch seinen spanischen Friedensfühler eine große Differenz zwischen der von uns gewählten Formulierung im August und der im September nachweisbar sein soll. Schließlich hat Herr von Bergen doch wohl beide Schriftstücke bearbeitet. Das müßte doch einmal geprüft werden. Auch Graf Hertling hat die Sache nicht so aussichtslos angesehen, wie sie uns hinterher hingestellt wurde.

Durch den Streit über die Bedeutung des Briefes vom 24. September möchte ich aber keinesfalls verdunkeln helfen, daß die Kurie sich schon seit dem August nicht mehr viel von ihrer Vermittlung versprochen hat. Der Juli war durch unsere Parlamentarier verloren gegangen; die Kräfte, die gegen England und Frankreich und in den Vereinigten Staaten arbeiteten, konnten im Laufe des

August mobil gemacht werden. Blieb aber England nicht fest in der Frage der Friedensvermittlung, war nichts mehr zu machen. England kapitulierte am 30. August.

Nun zur verfassungsrechtlichen Seite der Frage noch ein paar Worte. Es ist deutlich zutage getreten, daß so, wie die Entwicklung damals vor sich ging, alle Erscheinungen einer verfassungspolitischen Übergangszeit vorlagen; die staatlichen Einrichtungen, ob alt, ob neu, konnten nicht zu einem geordneten, ruhigen Funktionieren kommen. Als der Siebener-Ausschuß eingesetzt wurde, hätte sich der Reichstag freuen können, auf dem Wege einer allmählichen Entwicklung das parlamentarische System zu erhalten. Es hätten alle Kräfte darauf konzentriert werden müssen, den Siebener-Ausschuß lebensfähig zu machen und auszubauen. Das ist aber nicht geschehen. Die Mitglieder des Reichstages, die sich schon gewöhnt hatten, als einzelne einflußreiche Persönlichkeiten in alles irgendwie einzugreifen, ließen sich durch die Bestellung des Siebener-Ausschusses nicht im geringsten beirren und dürften dadurch das meiste dazu beigetragen haben, daß der Siebener-Ausschuß nicht zu einer Auswirkung gelangte. Gerade, wenn man verfassungspolitisch in der Richtung auf das parlamentarische System vorwärtskommen wollte, war es unrichtig, die Verhandlungen über die päpstliche Friedensvermittlung hauptsächlich mit dem Auswärtigen Amt zu führen, das gar keine Verantwortlichkeit dem Reichstag gegenüber besaß. Es mußte darauf bestanden werden: was an Erklärungen kommt, dafür muß der Reichskanzler einstehen. Denn verfassungsmäßig war er der einzig Verantwortliche dem Reichstag gegenüber. Aber man hat Herrn Michaelis ruhig ausgeschaltet, man hat ihn einen guten Mann sein lassen und hat die Sache mit dem Auswärtigen Amt betrieben. Man hat selbst die Bedeutung des Siebener-Ausschusses eingeschränkt und entkräftet.

Nun scheint mir, um zum Schluß auf die Hauptfrage zu kommen, die Antwort des Herrn von Kühlmann gar nicht so klipp und klar und so gehauen und gestochen, wie Herr Kollege Bredt sie auffaßt. In seiner Aussage hat Herr von Kühlmann wiederholt betont, daß andere Leute sich in die Verhandlungen eingemischt haben, und daß gerade auch Erzberger eine Rolle gespielt habe. Jetzt weiß er auf einmal von nichts mehr. Ich könnte mir denken, daß man gerade vom Standpunkt des Herrn Kollegen Bredt aus hier etwa wie folgt plädieren könnte: Kühlmann hat Michaelis im Dezember soweit geholfen, wie Michaelis geholfen werden mußte. Das geht aus seiner Aussage hervor. Nun ist sein Name wieder Hase, und weiß er wieder von nichts mehr. So können die Dinge gar nicht verlaufen sein, wie sie nach der schriftlichen Antwort des Herrn von Kühlmann gesehen werden müßten. Ich erinnere mich an das, was mein Vater mir in der Weimarer Zeit erzählt hat, unmittelbar nach den Angriffen, die Erzberger auf die alte Regierung richtete. Ich habe damals sofort die

ausländische Presse des Jahres 1917 daraufhin verfolgt. Es ist doch auch damals in Weimar von seiten des Auswärtigen Amtes eine Mitteilung darüber gemacht worden, was sich 1917 wirklich zugetragen hat, wieweit die Erzbergersche Darstellung vom 28. VII. 1919 stimmte und wieweit nicht. Meines Wissens ist der Mann, der vom Auswärtigen Amte damals nach Weimar herübergeschickt wurde, Herr v. Rosenberg gewesen, unser späterer Außenminister. Wenn Herr v. Kühlmann heute das Gedächtnis vollkommen verloren hat, so meine ich, sollten wir uns ruhig noch an andere Zeugen wenden. Herr Kollege Philipp hat auf Herrn v. Bergen hingewiesen. Ich fürchte, da wird von dem Auswärtigen Amt der Einwand kommen, daß wir ihn mit Rücksicht auf seine amtliche Stellung unmöglich zu einem neuen Verhör hierher einladen können. An sich würde ich persönlich ja den größten Wert darauf legen, und zwar auch aus den Erinnerungen an meinen Vater heraus. Mein Vater sah das Schlimme darin, daß so enge persönliche Beziehungen zwischen Herrn v. Bergen und Erzberger bestanden haben. Es kam ihm jedenfalls nicht unerwartet, daß nach der Revolution gerade Herr v. Bergen als Gesandter an den Vatikan geschickt wurde.

(Abg. *Dittmann:* Da war Ihr Herr Vater wohl nicht ganz objektiv!)

— Darüber können Sie beruhigt sein. Er ist doch auch darin von einer außerordentlichen Gewissenhaftigkeit gewesen.

Ich würde mich jedenfalls freuen, wenn keine Bedenken erhoben würden, Herrn v. Bergen noch einmal zu fragen. Ich stehe aber auch auf dem Standpunkt, daß es nicht schriftlich geschehen darf; schriftliche Fragen haben keinen Zweck. Ich möchte weiter anregen, daß auch Herr v. Rosenberg einmal gefragt wird, was er denn nun eigentlich im Auftrage der Reichsregierung und des Auswärtigen Amtes in Weimar Herrn Erzberger über seine Nationalversammlungsrede zu sagen hatte.

Abg. *Joos:*

Wer hat Rosenberg hingeschickt?

Abg. Dr. *Spahn:*

Die Reichsregierung!

Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp:*

Die Sache lag ungefähr folgendermaßen. Nach der bekannten Erzberger-Rede in der Nationalversammlung waren die Herren vom Auswärtigen Amt bestürzt, weil eine ganze Reihe von Behauptungen Erzbergers nach ihrer Auffassung nicht stimmten. Daraufhin sind sofort die Akten nachgeprüft worden. Herr v. Rosenberg ist nach Weimar geschickt worden, um den Außenminister und die ganze Regierung genau zu unterrichten. Im Anschlusse daran ist die Angelegenheit von der schriftlichen Mitteilung von Erzberger an Kühlmann auch erörtert

worden. Einiges davon ist auch in den Gängen des Weimarer Theaters zu Ohren der Oppositionsparteien gekommen.

Abg. *Dittmann:*

Wir werden auf Abwege kommen, wenn wir noch die Herren v. Bergen und v. Rosenberg hören. Wir haben uns hier um die innere Politik zu kümmern, um das Verhältnis zwischen Reichsregierung und Reichstag bzw. Siebener-Ausschuß. Da kann doch durch die Vernehmung der Herren v. Bergen und v. Rosenberg gar nichts mehr geklärt werden.

Ich gewinne immer mehr den Eindruck, daß die Herren von der Rechten ein Interesse daran haben, Erzberger etwas am Zeuge zu flicken, seine Unglaubwürdigkeit nachzuweisen, nachzuweisen, daß er in der Nationalversammlung — um mich drastisch auszudrücken — geflunkert habe, wenn er gesagt habe, er hätte erst nachträglich davon Kenntnis erhalten. Erzberger ist nicht mehr am Leben, wir können ihn nicht mehr hören. Die Kurie wird uns auch nichts sagen, so daß wir in der Beziehung überhaupt in einer Sackgasse sind. Auch die ganze Bornaer Geschichte, die hier angerührt worden ist, ist überflüssig.

Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp:*

Es ist kein formeller Antrag gestellt worden, noch irgend jemand zu vernehmen. Ich bin der Auffassung, daß wir über die Frage, ob wir die ganze Angelegenheit noch weiter verfolgen, möglichst bald zu einem Abschlusse kommen müssen.

Abg. Dr. *Bergsträßer:*

Der Herr Kollege Dr. Spahn hat den Brief der O. H. L. an den Reichskanzler so ausgelegt, daß durch diesen Brief bestimmte konservative Kreise beeinflußt werden sollten. Wenn ich einmal als richtig unterstelle, daß nur diese Absicht obgewaltet habe, dann kann ich nicht einsehen, warum sich die O. H. L. in dem Brief nicht mit dem Kronentscheid identifiziert, sondern ausdrücklich das Gegenteil von dem fordert, was in dem Kronentscheid enthalten war; denn sie fordert die Annexion Lüttichs und anderes. Damit setzt man doch den Konservativen nicht den Kopf zurecht, sondern bestärkt sie noch in ihrem Gegensatz gegen den Entscheid des Kronrats.

(Abg. Dr. *Spahn:* Damit sie ruhig sind!)

— Nein, das ist unmöglich, so zu verfahren.

Weiter scheint es mir nötig, darauf hinzuweisen, daß man von der an den Papst gegebenen Antwort mindestens vermuten oder annehmen mußte, daß sie unter Umständen in die zweite Aktion mit Villalobar ungünstig eingreifen könne.

Ich komme nun auf die Folgerungen, die der Herr Kollege Dr. Philipp aus dem Kühlmannschen Bericht gezogen hat. Zunächst scheinen mir die Vorbehalte, die Kühlmann bei seiner Vereidigung

gemacht hat, nicht der Auslegung zu widersprechen, die man diesem neuen Schreiben Kühlmanns geben kann. Er hat ja in bezug auf eine Person ganz deutlich Negatives gesagt, er hat nur nicht in bezug auf dritte Personen Positives gesagt. Das einzige wirklich faßbare Reservat, das er gemacht hat, bezog sich darauf, daß er aus seiner Initiative heraus keine Person nennen wollte. Er ist aber aus unserer Initiative heraus positiv über gewisse Personen gefragt worden. Die Bezugnahme auf Kühlmanns Reservat bei seiner Vereidigung ist abwegig.

Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp:*

Die Reservation des Staatssekretärs v. Kühlmann enthält die Stelle:

„Die Gründe, die mich bewegen, sind sehr schwerwiegender Natur. Ich werde nachher gleich eingehen auf die delikate Natur von Vermittlungsaktionen im Kriege, sowohl im Innern wie im Äußern."

Es ist meines Wissens festgestellt worden, daß Herr v. Kühlmann darunter auch solche Aktionen verstanden hat, wie sie von Erzberger behauptet worden sind. Deshalb glaube ich, daß sich der Vorbehalt auch auf diesen besonderen Fall erstreckt.

Abg. Dr. *Bergsträßer:*

Ich sehe da doch einen ganz wesentlichen Unterschied.

Es können meiner Ansicht nach an den Verfasser der Pressenotiz in den deutschnationalen Provinzblättern gewisse Äußerungen gekommen sein, von denen Dritte behauptet haben, sie kämen unmittelbar von Kühlmann; aber sie können nach dem, was Kühlmann sagt, nicht unmittelbar an ihn gegangen sein. Es ist doch immer so: Wenn Äußerungen durch viele Hände gehen, kommt Unsinn heraus.

Ferner habe ich den Eindruck, sie wolle andeuten, die Frage der Mitwirkung Erzbergers bei der päpstlichen Friedensaktion sei deshalb nicht geklärt, weil gegenüber der Kurie internationale Gepflogenheiten beobachtet werden müssen. Das ist doch falsch. Ich halte die Sache in dem wichtigen Punkte der Zusammenarbeit der maßgebenden Persönlichkeit des Auswärtigen Amts und Erzbergers unbedingt für geklärt. Eine solche Zusammenarbeit hat nach den Ausführungen Kühlmanns nicht stattgefunden.

Ich bin deshalb gegen jede weitere Vernehmung.

Abg. *Joos:*

Ich möchte mich nur zu der formalen Frage äußern, ob noch irgendeine Veranlassung vorliegt, Herrn v. Bergen oder Herrn v. Rosenberg zu hören. Der Herr Kollege Dr. Spahn hatte selbst Zweifel, ob Herr v. Bergen sich dazu äußern würde, und ich habe begründeten Anlaß, anzunehmen, daß er es nicht tun würde. Von Herrn v. Rosenberg liegt eine schriftliche Stellungnahme vor, die der 2. Unterausschuß berücksichtigt hat; was soll er uns mehr sagen können?

Ich bin gegen jede weitere Vernehmung in dieser Angelegenheit. Die Materialien sind nach meiner Auffassung soweit zusammengetragen, daß man darüber einen Gesamtbericht machen kann.

Abg. Dr. *Quessel:*

Ich möchte eine Anschauung, die Herr Dr. Bredt in seinem Gutachten vertreten hat, nicht unwidersprochen lassen, nämlich die Auffassung, als ob in diesem Kreise hier Übereinstimmung darüber bestanden habe, daß Belgien für Deutschland ein Faustpfand war oder hätte sein können. So hat weder die alte Sozialdemokratische Partei noch die USPD die Dinge aufgefaßt. Unsere Auffassungen und die des Herrn Kollegen Bredt haben hier einen durchaus gegensätzlichen Charakter. Ein Faustpfand ist ein rechtmäßig erworbenes Gut. Wer ein Faustpfand besitzt, muß dieses rechtmäßig erworben haben. Bei Belgien lagen die Dinge so, daß nach Anschauung der beiden sozialistischen Parteien, auch nach der Anschauung der Staatsmänner der beiden angelsächsischen Reiche — was scharf betont werden muß —, ein Faustpfand nicht vorhanden war; denn die kaiserliche Regierung hatte sich unter Bruch des Völkerrechts Belgiens bemächtigt. Deshalb haben auch vom ersten Tage des widerrechtlichen Einbruchs in Belgien an, die angelsächsischen Staatsmänner streng an der Auffassung festgehalten, sowohl in Parlamentsreden wie in diplomatischen Noten, daß über Belgien am Verhandlungstisch nicht gesprochen werden dürfe; hier handle es sich — und das war auch die Ansicht meiner Fraktion — lediglich darum, ein widerrechtlich in Besitz genommenes Gut wieder herauszugeben. Weil die beiden sozialistischen Parteien über diesen Standpunkt der britischen und amerikanischen Staatsmänner genau informiert waren, haben wir immer den scheinbar intransigenten Standpunkt eingenommen, daß bei Verhandlungen Belgien gar nicht in Frage komme, sondern daß wir hier zu dem Worte des ersten Kriegsreichskanzlers stehen müßten: Wir haben Belgien überfallen, wir sind in Belgien widerrechtlich eingedrungen; wir haben einen völkerrechtlichen Vertrag in flagranter Weise gebrochen und haben nur den einen Entschuldigungsgrund für diese Handlung: Not kennt kein Gebot! Ich glaube, daß wir hier an einen Punkt gelangt sind, der von großer Wichtigkeit ist, weil er die Haltung der beiden sozialistischen Parteien voll erklärt. Verhandeln konnten wir über das besetzte Gebiet in Frankreich oder in Rußland, aber Belgien war für uns kein Verhandlungsgegenstand. Hier mußten wir zu den Erklärungen des ersten Kriegsreichskanzlers stehen. Diesen unseren Standpunkt haben wir an keinem Tage des Krieges verlassen.

Abg. Frhr. *v. Rheinbaben:*

Was die vorgeschlagene oder angeregte Vernehmung der Herren v. Bergen und v. Rosenberg angeht, so habe ich schon früher dem Ausschuß mitgeteilt, daß ich, wenn auch in beschränktem Ausmaß,

doch durch meine Tätigkeit im Auswärtigen Amt während des Krieges, gewisse Kenntnisse über diese Sache habe. Ich kann nur wiederholen, daß auch nach meiner Kenntnis der Dinge, der Abgeordnete Erzberger täglich im Auswärtigen Amt vorgesprochen hat, und zwar so regelmäßig, wie man morgens seinen Kaffee trinkt.

(Zuruf: Aber Herr v. Kühlmann sagt doch, er weiß nichts davon!)

— Die Erklärungen des Herrn v. Kühlmann zweifle ich in keiner Weise an, aber Erzberger ist ja nicht nur zu ihm gegangen, sondern auch zu Herrn v. Bergen und anderen Persönlichkeiten des Auswärtigen Amts. Der Staatssekretär war doch so beschäftigt, daß er nicht in jedem Augenblick dem Abgeordneten Erzberger zur Verfügung stehen konnte. Ich kann mir jedenfalls nach meiner Kenntnis der Dinge nicht denken, daß der Abgeordnete Erzberger bei dem intimen Verkehr, den er mit dem Auswärtigen Amt hatte, von irgendeinem entscheidenden Schritt der auswärtigen Politik, besonders in Richtung auf die Papstnote, nicht informiert gewesen sein soll. Das halte ich für ausgeschlossen.

Nun hat der Kollege Joos verschiedentlich gesagt, Erzberger sei nicht mehr unter den Lebenden, und es könne hier vielleicht etwas Ungerechtes gegen das Andenken des Verstorbenen geschehen, wenn man einseitig die andere Seite weiter vernehmen würde. Ich kann mir von solchen Vernehmungen nichts mehr versprechen. Ich war früher allerdings der Meinung, daß uns Herr v. Kühlmann über seine Aussagen im Dezember hinaus vielleicht noch etwas sagen könnte, und bin für eine nochmalige Vernehmung eingetreten in der Hoffnung, daß dann ein Strich unter die Sache gemacht werden kann. Herr v. Kühlmann hat ja tatsächlich die Dinge im ganzen sehr gut übersehen, aber er konnte sich an der unteren Ausführung nicht selber betätigen. Deshalb ist er scheinbar nicht in der Lage, über Einzelheiten, z. B. darüber, ob Erzberger ein bestimmter Passus vorgelegen hat oder nicht, etwas zu sagen. Ich hatte gehofft, daß man vielleicht aus einer mündlichen Vernehmung noch eine endgültige Klarstellung herausholen könnte. Sein Brief beweist, daß nicht darauf zu rechnen ist. Nun wollen wir damit aufhören.

Ich wende mich gegen die Vernehmung der Herren v. Bergen und v. Rosenberg. Bezüglich des Herrn v. Bergen besteht natürlich in allerhöchstem Maße das Bedenken, daß unser Botschafter am Vatikan nicht in aller Stille hier erscheinen kann.

Ich glaube nicht, daß über das hinaus, was wir jetzt wissen, noch eine weitere Klarheit zu erlangen ist. Ich halte es infolgedessen nicht für nötig, diese Vernehmungen noch vorzunehmen.

Sachverständiger Abg. D. Dr. Dr. *Bredt:*

Durch die Mitteilung im Chemnitzer Tageblatt, die Wahrheit vorausgesetzt, könnten unsere bisherigen Arbeiten im Resultat sehr

wesentlich verschoben werden. Es geht deshalb nur noch darum, diesen Stein aus dem Wege zu räumen. In dieser Notiz war einmal gesagt, Erzberger habe irgendeine Mission erfüllt, und ferner ausdrücklich gesagt, Herr v. Kühlmann habe davon gewußt und kenne die Sache, er werde aber den einen Brief wohl nicht vorzeigen. Es war also nicht auf v. Bergen oder auf v. Rosenberg Bezug genommen, sondern ausdrücklich darauf, daß Kühlmann von der Sache wisse.

Nun wird zunächst Herr Stein vernommen. Der sagt: das weiß ich nicht, das weiß allein Kühlmann. Darauf wird Kühlmann gefragt: Wissen Sie etwas? Da schreibt Kühlmann mit solcher Deutlichkeit, wie nur geschrieben werden kann: Nein, ich weiß davon nichts, weder privat, noch amtlich, noch außeramtlich. Damit ist nach meinem Dafürhalten diese Aktion wirklich abgeschlossen. Da sowohl das Chemnitzer Tageblatt wie Herr Stein beide auf Kühlmann Bezug nehmen, Herr v. Kühlmann aber sagt: Nein, ich weiß nichts, weiß ich nicht, was überhaupt die Herren v. Bergen und v. Rosenberg in der ganzen Geschichte noch sollen.

(Abg. Dr. *Bergsträßer:* Sehr richtig!)

Die ganze Schwierigkeit ist jetzt ausgeräumt. Sie ist klar.

(Abg. Dr. *Spahn:* Das muß ich bestreiten!)

— Ich möchte noch einmal sagen: Es ist richtig, der Brief vom 15. ist nicht die unmittelbare Veranlassung zu dem Brief vom 24. gewesen. Aber der Brief vom 15. bedeutet — das hat auch Herr Dr. Bergsträßer gesagt — die ganz klare Darlegung, daß das Ergebnis des Kronrates von der O. H. L. nicht geteilt werde. Das war für Herrn Michaelis natürlich eine ganz außerordentlich ernste Situation.

(Abg. Dr. *Spahn:* Woran hat sich gezeigt, daß das für ihn eine ernste Situation war? Er ist mit dem Brief nicht einmal zu v. Kühlmann gegangen!)

— Weil bei der O. H. L. der maßgebende Einfluß lag.

Herr v. Kühlmann hat den Brief nicht gekannt. Er hat aber gesagt: Wenn ich mich der O. H. L. nicht fügte, lief ich Gefahr, daß sich der General Ludendorff der Sache bemächtigte. Die Gefahr war die, daß wir unmittelbar einer Militärdiktatur Ludendorffs entgegengingen. Kühlmann sagt ganz klar: mein Verhalten erklärt sich durch den Druck, den die O. H. L. auf mich ausübte. Ob das nun durch den Brief vom 15. geschah oder im allgemeinen, macht keinen Unterschied.

(Abg. *Joos:* Über den Widerstand, den er von der O. H. L. bekam, sind wir uns doch einig! — Abg. Dr. *Spahn:* Aber doch nicht in dieser Frage! — Abg. *Joos:* Aber selbstverständlich!)

— Er sagt es doch!

(Abg. *Joos:* Es ist auch eine Stelle in dem Bericht von Rosenberg: Es gelang dem Reichskanzler und Staatssekretär, gegen

den Widerstand von Marineleitung und O. H. L. den Verzicht auf Belgien durchzusetzen! — Abg. *Dittmann:* Die ganze Marineleitung war gegen die Aktion!)

Ich will diese Darlegung von Herrn v. Kühlmann noch einmal festnageln. Er sagt: Mein Verhalten ist zu erklären durch den Druck der O. H. L. und die Gefahr einer militärischen Diktatur Ludendorffs. Ob der Brief vom 15. der unmittelbar wirkende Druck oder ob er nur ein einziger Strahl aus dem großen Strahlenbündel war, das ist doch nicht das Wesentliche.

Abg. Dr. *Spahn:*

Auf den Vorschlag des Herrn v. Rheinbaben einzugehen hat wohl keinen Zweck mehr. Darüber einigen wir uns doch nicht so bald. Ich habe schon vorhin gesagt, daß ich bei der Vernehmung Herrn v. Kühlmanns den Eindruck hatte, daß er bei den Antworten, die er nachträglich auf Fragen aus unserem Kreise gab, den tatsächlichen Sachverhalt wieder verwischte, daß er unter dem Eindruck dieser Fragen die Rücksicht, die er auf die O. H. L. zu nehmen hatte, mehr und mehr betonte, während er vorher, als er unbefangen und für sich sprach, klargelegt hatte, daß es sich für ihn um die zwei Friedensvermittlungsaktionen handelte und daß er sich in der von ihm gewünschten Friedensvermittlungsaktion sein Konzept durch eine vorzeitige Bindung England gegenüber auf dem Wege über die Kurie nicht habe stören lassen wollen. Aber hierüber werden wir nicht einig werden; in derlei Dingen bleibt man doch immer bei seiner subjektiven Meinung.

Wenn ich die Vernehmung der Herren v. Bergen und v. Rosenberg beantragt habe, so lag mir daran, weil ich im Augenblick noch nicht zu übersehen vermag, wie die Ansicht des Ausschusses niedergelegt werden soll. Wenn der Herr Sachverständige oder Berichterstatter beantragen würde, daß wir einfach sagen, wir müssen anerkennen, daß über diese Sache nichts mehr festzustellen und aufzuhellen ist, dann lege ich keinen Wert darauf, daß noch weitere Verhöre stattfinden. Wenn wir uns wirklich darauf einigten, zu sagen, daß wir hier vor einer Mauer stehen, daß der Parlamentarier, der damals den größten Einfluß hatte, durch Mörderhand weggerafft im Grabe liegt und daß die Kurie nicht bereit ist, Aussagen zu machen, dann brechen wir ab, das ist auch meine Meinung. Aber wenn der Versuch gemacht werden sollte, gegen irgend jemand eine Anschuldigung zu erheben, irgendwie festzustellen, daß der eine falsch und der andere nicht falsch gehandelt hat, müßte ich darauf bestehen, daß alles geschieht, was noch irgend geschehen kann, daß jeder Zeuge herbeigeholt wird, der uns noch eine Aufklärung über den tatsächlichen Sachverhalt von damals geben kann.

Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp:*

Ich glaube doch, es ist wohl die allgemeine Auffassung, daß es

nicht möglich ist, durch weitere Vernehmungen eine Klärung dieser Angelegenheit herbeizuführen.

Abg. Dr. *Bergsträßer:*

Ich möchte noch einmal auf den bekannten Brief der O. H. L. und seine Auslegung durch den Kollegen Spahn zurückkommen. Wenn die These des Kollegen Dr. Spahn richtig wäre, wäre es doch sachgemäß gewesen, daß dieser Brief vom Reichskanzler im strengsten Vertrauen dem Grafen Westarp gezeigt worden wäre. Sie selbst sagen, dieser Brief sei nur innenpolitisch aufzufassen in bezug auf die Konservativen. Dann muß ihn der Reichskanzler doch benutzt haben.

(Abg. Dr. *Spahn:* Ob er ihn direkt weitergegeben hat, oder wie er ihn benutzt hat, das weiß ich nicht!)

Diese Frage ist mir aber wichtig. Ich muß ja sagen: mich und jeden, der die O. H. L. und ihre Politik kannte, wunderte es überhaupt nicht, daß die O. H. L. an einem Tage so und am anderen Tag anders sagte. Die politische Linie der O. H. L. war eben Dilettantismus und Wirrwarr.

Sachverständiger Abg. D. Dr. Dr. *Bredt:*

Ich bin den Herren Deutschnationalen ehrlich dankbar, daß sie endlich einmal ihre Karten aufgedeckt haben und klar zum Ausdruck bringen: es soll hier nichts herauskommen.

(Abg. Dr. *Spahn:* Ich nehme nur Rücksicht auf Sie! Wir wollen Sie nicht noch tiefer in eine Situation hineingeraten lassen, in die Sie sich durch Zeitungsartikel zu unrechter Zeit hineingearbeitet haben!)

Die Behauptung in der deutschnationalen Presse lautete: Herr v. Kühlmann weiß, daß etwas gewesen ist. Das ist nun ausgeräumt. Und nun kommt der neue Antrag, Herrn v. Bergen zu hören, wobei gleich vermutet wird: er wird sich nicht äußern.

Ich kann Ihnen nur sagen: hier im Ausschuß können Sie die Sache im Sande verlaufen lassen, wie Sie wollen. Es kommt darauf an, was später in der Geschichtswissenschaft daraus gemacht wird. Und da ist die Sache klar, die Herren Deutschnationalen können sich darauf verlassen. Wir wissen ganz genau, daß wir noch 50 bis 100 Jahre zu kämpfen haben werden gegen eine Tendenzwissenschaft, und meine ganze Lebensaufgabe wird weiter darin bestehen, diese Tendenzwissenschaft zu bekämpfen, damit das herauskommt, was gewesen ist. Für die Wissenschaft ist 1918 ein Strich, und was gewesen ist, das ist gewesen. Das wollen wir ehrlich aufklären. Ich gebe mich nicht dazu her, jetzt die Geschichte kneten und drehen und fälschen zu wollen.

Wenn Sie beschließen, Herr v. Bergen soll noch vernommen werden, dann sage ich Ihnen vorher: er wird nicht antworten. Und selbst wenn Herr v. Bergen auch ehrlich antwortete: ich weiß nichts,

dann wird auch das noch gedreht werden. Ich schließe das daraus, daß selbst die schriftliche Aussage des Herrn v. Kühlmann, die so klar sagt: ich weiß von nichts, jetzt noch anders gedeutet wird.

Abg. *Dittmann:*

Die Kernfrage ist geklärt. Herr v. Kühlmann hat doch gesagt, daß er wie Michaelis unter dem Druck der O. H. L. gehandelt habe. Was besagt es denn, wenn die O. H. L. an einem Tage vielleicht einmal den Anschein erweckt hat, als wenn sie nicht für Annexionen gewesen wäre. Wir wissen doch, daß sie noch bis ins Jahr 1918 für Annexionen gewesen ist, und wir wissen, daß Herr v. Kühlmann als Staatssekretär des Auswärtigen Amts im Sommer 1918 gestürzt worden ist von der O. H. L., weil er Verhandlungen mit den Ententemächten angebahnt hatte und glaubte, sie zu Ende führen zu können, die O. H. L. aber nicht wollte, daß auf dem Wege der Verhandlungen der Frieden herbeigeführt würde. Es ist doch auch die Stellung der O. H. L. vor und während und nach der Offensive von 1918 bekannt. Und da will man noch darüber streiten, ob die O. H. L. für Annexionen gewesen sei oder nicht. Man braucht doch nur nachzulesen, was die Vertreter der Rechtsparteien im Reichstag gesagt haben, wenn über Friedensmöglichkeiten geredet wurde. Ich habe hier die Ausführungen des Grafen Westarp nach dem amtlichen Stenogramm. Es ist eine Broschüre, die die USPD 1917 herausgegeben hat und die die ganzen Verhandlungen über die Friedensresolution enthält. Daraus geht hervor, wie Westarp mit einer Handbewegung die ganze Friedensresolution beiseite schob. Er erklärte:

Durch Reden und Beschlüsse über den Frieden, durch sittliche Mahnungen an das Gewissen der Feinde, wie wir sie heute gehört haben, kommen wir dem Frieden um keinen Schritt näher. Die Entscheidung liegt auf anderem Felde.

Den heldenhaften Taten unserer Truppen zu Lande und zu Wasser wird der volle Sieg beschieden sein. (Bravo! rechts.) Gebiete von der Größe des Deutschen Reiches sind mit dem Blute unserer Brüder und Söhne gewonnen. An den ehernen Mauern weit in Feindesland wird wie bisher jeder Anprall einer Welt von Feinden zerschellen. Dem bevorstehenden feindlichen Ansturm, in dem Flandern das Losungswort heißt, werden wir standhalten. Unsere U-Boote fügen England, das die ganze Welt gegen uns ins Feld führt, Monat für Monat, unüberwindlich und unabwendbar, einen Schaden zu, den es auf die Dauer nicht ertragen wird. (Sehr richtig! rechts.) Auf das Urteil unserer Heerführer gestützt, erwarten wir mit unerschütterlicher Zuversicht den vollen Sieg unserer Waffen. (Bravo! rechts.) Ihm allein werden wir den Frieden verdanken. Bis er eintritt, muß, will und kann unser Volk aller Entbehrungen, aller Schwierigkeiten unserer wirtschaftlichen Lage Herr werden. (Unruhe und Zurufe links.)

Zu Friedensverhandlungen wird Deutschland bereit sein, sobald die Feinde unter uneingeschränktem Verzicht auf ihre Forderungen zwangsweiser Gebietserwerbungen und Entschädigungen sie anbieten. Dann wird es die Aufgabe sein, den Frieden so zu gestalten, daß er Deutschland und seinen Verbündeten Dasein, Zukunft und Entwicklungsfreiheit wirksam sichert. (Bravo! rechts.) Unsere Grenzmarken müssen für alle Zeiten besser geschützt sein; Ostpreußen darf nicht wieder den Greueln eines Russeneinfalls ausgesetzt werden. (Bravo! rechts.) An unseren stets vertretenen Auffassungen über das, was der Friede dem deutschen Vaterlande bringen soll, halten wir auch heute unbeirrt fest. (Bravo! rechts.)

Durch Verständigung, die allein auf dem guten Willen der Feinde beruht, lassen sich diese Ziele nicht erreichen. Von entscheidender Bedeutung für die Gestaltung des Friedens wird allein die militärische Lage sein, wie sie sich zur Stunde der Verhandlungen gestaltet haben wird. Aufgabe des leitenden Staatsmannes wird es dann sein, bei diesen Verhandlungen in engster Fühlung mit der O. H. L. der militärischen Lage Rechnung zu tragen, die militärischen Vorteile, die mit dem Blute unserer Tapferen errungen sind, und die Möglichkeiten zu weiteren militärischen Schlägen voll auszunutzen. Wenn er diese Aufgabe erfüllt, wird er der Zustimmung von Heer und Volk gewiß sein können.

Die vorgesetzte Entschließung entspricht diesen unseren Auffassungen nicht, wir lehnen sie deshalb einstimmig ab. (Lebhafter Beifall rechts.)

Darauf hat Haase unter anderem geantwortet:

Die Konservativen haben heute wieder durch den Mund des Grafen v. Westarp klar ausgesprochen, was sie wollen. Wir wissen, woran wir mit ihnen sind. Aber, was sie wollen, führt, wenn man ihnen nicht Halt gebietet, zum Ruin unseres Volkes; denn man muß sich ja Scheuklappen vor die Augen legen, um nicht zu sehen, daß sich vor uns ein Abgrund auftut, und daß wir in diesen Abgrund hineingestürzt werden, wenn die Kriegspolitik fortgesetzt wird, die die Herren Konservativen uns empfehlen. (Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Wie lange soll denn der Krieg fortgeführt werden? Wenn es nach ihrem Wunsche geht, dann wird der Zeitpunkt nicht fern sein, wo unser Volk verblutet ist und an Erschöpfung zugrunde geht. Wie der Frieden dann aussehen wird, brauche ich nicht auszumalen.

Das stammt aus einer Rede Haases, der unmittelbar Graf Westarp geantwortet hat. Heute wird man zugeben müssen, daß Haase recht gesehen hat. Weil die Kriegspolitik der Konservativen fortgesetzt worden ist von Ludendorff bis zum militärischen, wirtschaftlichen und physischen Zusammenbruch des deutschen Volkes, deshalb haben wir den Frieden bekommen, unter dem wir jetzt seufzen. Während

des ganzen Krieges ist die Annexionspolitik von den Konservativen bis zum letzten Augenblick vertreten worden und ebenso von der O. H. L. Daran hat unsere ganze Reichsleitung gekrankt, weil niemand imstande war, dem überragenden Einfluß der O. H. L. sich zu widersetzen. Auch Bethmann Hollweg ist daran gescheitert.

Am 9. Juli 1917 im Haushaltsausschuß des Reichtags, als Stresemann forderte, Ludendorff und Hindenburg über die Frage des Wahlrechts und der Beteiligung des Parlaments zu hören, hat Bethmann Hollweg wörtlich gesagt:

„Aber, meine Herren, ich würde doch außerordentlich davor warnen, die Oberste Heeresleitung unmittelbar zu einem Faktor des politischen Lebens zu machen." (Sehr richtig!)

— Dieses „sehr richtig" und das nächste habe ich damals gerufen. —

„Ich würde glauben, daß man derartigen Versuchen von vornherein entgegentreten sollte." (Sehr richtig!)

Also der kaiserliche Kanzler warnt das Parlament davor, die Oberste Heeresleitung mit zur Entscheidung heranzurufen: das Parlament ist aber hineingetaumelt.

(Zuruf: Die Rechte hat Bethmann nicht gestürzt!)

— Die Unabhängigen auch nicht, und auch die Mehrheitssozialdemokratie bestreitet ja heute, daß sie ihn habe stürzen wollen. Das aber sollte doch für niemand zweifelhaft sein, daß die Oberste Heeresleitung während des ganzen Krieges bis zum Ende Annexionspolitik getrieben hat, und daß sie, besonders von der Mitte des Krieges an, eine so überragende Macht erhalten hatte, eben zum Teil infolge der militärischen Erfolge, daß niemand imstande war, ihr in die Zügel zu fallen, und daß darauf allein Deutschlands Verhängnis beruht.

Die Versuche, die Dinge jetzt so hinzustellen, als wenn die Oberste Heeresleitung vernünftig gewesen sei, Michaelis und Kühlmann aber unvernünftig, übersehen den tatsächlichen Machtzustand während des Krieges. Wenn Kühlmann sagte, die Militärdiktatur habe damals gedroht, so mag das formell richtig sein, tatsächlich aber hatten wir die Diktatur Ludendorff schon längst, eigentlich schon von dem Augenblick an, wo im Innern des Landes die ganze vollziehende Gewalt auf die Militärmachthaber übergegangen war. Es wurde ja den zivilen Regierungs- und Verwaltungsstellen von den Militärs alles aus der Hand gerissen.

(Zuruf: Sie ließen es sich aus der Hand reißen!)

— Ja, leider!

Ich stimme vollständig mit dem überein, was der Herr Kollege Dr. Bredt sagt, bin sogar noch schärfer. Den Vorwurf, den Herr Dr. Bredt dem Kriegsreichstag macht, unterschreibe ich auf Grund meiner eigenen Erfahrungen und Eindrücke vollständig. Ich habe dieselben Vorwürfe bereits während des Krieges erhoben, nicht

erst jetzt hinterher. Ich bedaure, daß die Parteien, die sich nachher hinter die Friedensresolution gestellt haben, sich erst so spät aufzuraffen versucht haben, und dann nachher nicht bei der Stange geblieben sind, sondern nur halb mitgemacht haben. Es ist doch charakteristisch, daß Erzberger versucht hat, den Gewaltfrieden mit Rußland als mit der Friedensresolution vereinbar hinzustellen. Wenn in der Friedensresolution 1917 der Verzicht auf Belgien wirklich klipp und klar ausgesprochen gewesen wäre, wie es die Mehrheitssozialisten geglaubt haben, dann wäre es doch gar nicht möglich gewesen, daß Kühlmann und Michaelis hinterher die Ausrede hätten machen können, man sei ja zwar im Kronrat übereingekommen, Belgien letzten Endes preiszugeben, wolle aber den Kriegsgegnern Deutschlands das nicht ausdrücklich von vornherein sagen. Damit ist doch gesagt, daß nach Meinung der maßgebenden amtlichen Stellen in der Friedensresolution der Verzicht nicht ausgesprochen ist, denn sonst wäre doch die Entente informiert gewesen. Michaelis hat die Friedensresolution, nachdem sie eben erklärt war, dadurch unwirksam gemacht, daß er sagte: „Wie ich sie auffasse."

(Zuruf: Erzberger wußte doch, daß England Belgien forderte; das Entscheidende war schon die Unklarheit der Friedensresolution!) — Aber Erzberger und die Herren des Siebener-Ausschusses haben geglaubt, daß unter den gegebenen Machtverhältnissen im Augenblick nicht mehr zu erreichen sei, und haben sich deshalb mit der Formulierung zufrieden gegeben in der Hoffnung, die Entwicklung würde ihnen günstig sein, und sie würden die Entwicklung in ihrem Sinne weitertreiben können. Leider ist die Entwicklung aber in anderer Richtung gegangen. Die Militärs haben die Oberhand bekommen, bis alles kaputt war.

(Abg. *Joos:* Umso enttäuschter waren diese Abgeordneten über den Verrat, der an ihnen begangen worden war. Der Verlust des Gleichgewichts bei Erzberger beruht auf dieser namenlosen Enttäuschung; er fühlte sich hintergangen.)

Hinter den Militärs haben natürlich die Großindustriellen und Großagrarier gestanden. Das ist uns doch aus den Vernehmungen von Kühlmann und Michaelis klar geworden. Ich möchte ein Beispiel dafür geben, wie sich diese Kreise gegenseitig scharf gemacht haben. Ich habe hier eine Broschüre: „Jahresessen des Kriegsausschusses der deutschen Industrie mit Vortrag des Herrn Kapitän z. S. Brüninghaus über den U-Bootkrieg, gehalten am 30. Dezember 1917 im Hotel Adlon". Da hat unser nunmehriger Kollege Brüninghaus einen großen Vortrag über die Erfolge des U-Bootkrieges gehalten, der die Meinung erwecken mußte, als ob England schon besiegt sei. Eine Probe:

„Meine Herren! Ein kurzes Wort über die amerikanischen Truppensendungen, soweit sie in den Rahmen meiner Ausführun-

gen über den U-Bootkrieg hineingehören. Ich spreche eine Tatsache aus, wenn ich sage, daß Frankreich und England nur die Wahl haben zwischen militärischer oder wirtschaftlicher Hilfe Amerikas. Soldaten und Lebensmittel kann Amerika in nennenswertem Umfang nicht schicken. Dazu ist kein Frachtraum vorhanden und kann auch, da er immer mehr abnimmt, nicht geschaffen werden. Amerika selbst soll den Franzosen, auch hierin Geschäftsmann, geraten haben, Lebensmittel zu nehmen. Und, meine Herren, es bleibt der Entente ja auch gar nichts anderes übrig. Denn selbst, wenn Amerika im Laufe des nächsten Sommers trotz der immer mehr abnehmenden Tonnage einige Hunderttausend Mann nach Europa schicken sollte, so würden diese Soldaten doch nur zusammen mit den Franzosen hungern können. Sicherlich muß man damit rechnen, daß Flugzeuge in großer Anzahl herübergeschickt werden, wobei es noch eine offene Frage bleibt, ob sie auch ankommen und nicht unterwegs versenkt werden. — Hoffentlich sprechen da unsere U-Kreuzer auch noch ein Wort mit. Diese Hilfe hätte Amerika der Entente aber auch geleistet, vielleicht sogar in größerem Umfange, als es noch nicht offiziell und offen in den Krieg eingetreten war."

Soll man eine solche Auffassung überhaupt noch kritisieren? — Und welche Wirkung haben die Ausführungen des Herrn Brüninghaus gehabt? Auch das steht in der Broschüre:

„Nach dem Vortrage des Herrn Kapitän z. S. Brüninghaus stellte Herr Kommerzienrat Friedrichs mit Genugtuung fest, daß gegenüber den krampfhaften Bemühungen englischer Staatsmänner, das Bild der durch den U-Bootkrieg geschaffenen Lage zu verzerren, heute von autoritativer Seite der wirkliche Stand der Dinge dargelegt worden wäre, der uns zu der zuversichtlichen Erwartung berechtigte, dem militärischen Siege Deutschlands, den heute auch unsere Feinde zugeben, auch den deutschen Sieg im Wirtschaftskampfe folgen zu lassen. Insbesondere sei zu begrüßen, daß nunmehr auch in Deutschland amtliche Stellen die Gelegenheit dazu benutzen, dem mächtigen Bundesgenossen unserer Feinde, der internationalen Lüge, mit Erfolg entgegenzutreten."

Das war am 30. Dezember 1917, als Herr Brüninghaus vor den Industriellen seine Ausführungen machte, und die Industriellen haben ihm das geglaubt!

(Abg. *Joos:* Herr Brüninghaus hat es auch geglaubt!)

Aber welche Weltfremdheit zeigt das? Er galt als der Marinesachverständige. So haben sich gegenseitig die Militärs, die Industriellen und die Agrarier aufgeputscht, und so sind wir in das Unglück hineingeschlittert, bis alles kaputt war, bis Ludendorff plötzlich erklärte: nun muß innerhalb 24 Stunden Friede gemacht werden, was natürlich ein glattes Ding der Unmöglichkeit war. Das mußte jedes

Kind einsehen, daß man schließlich zu dem Ergebnis kommen mußte, daß die Kräfte nicht hinreichen. Man hätte Frieden machen müssen zu einem Zeitpunkt, wo es noch möglich war, sich langsam zurückzuziehen und wo man dem Feinde auch noch derart standhalten konnte, daß er sich überlegen mußte, ob es nicht klüger sei, zu einem modus vivendi zu kommen, zu einem glimpflichen Frieden für beide Teile. Das hat man alles nicht getan. Hinterher suchen nun die Rechtsparteien die Dinge so hinzustellen, als ob die Militärs nie ein Wässerlein getrübt hätten im ganzen Krieg und immer zur Verständigung bereit gewesen wären, als wenn nur die Herren der Zivilregierung und die Parlamentarier die bösen Karnickel gewesen wären, an denen die Geschichte gescheitert wäre.

Abg. Frhr. v. *Rheinbaben:*

Letzten Endes kommt die Frage aufs Tapet: Was soll eine Regierung in Kriegszeiten überhaupt mit der öffentlichen Meinung machen? In England wurden z. B. alle Rückschläge noch vergröbert und unterstrichen, und das englische Volk in seinem besonderen zähen Charakter schöpfte daraus neue Kraft. Von der deutschen Seite kann man sagen, daß die Schwächezeichen, die leider während des Krieges vorkommen, und zwar nicht nur in dem Reichstag, sondern an allen möglichen Stellen, besonders über österreichische Persönlichkeiten in der Schweiz z. B. das Tagesgespräch in jedem Kaffeehause waren und so dem Gegner ohne weiteres bekannt wurden. Man könnte gleich dem Kollegen Dittmann diese Dinge und noch viele andere anführen. Sie reden jetzt immer nur von Friedensmöglichkeiten in Verbindung mit England und Belgien. Sie tun so, als ob Frankreich überhaupt nicht unser Gegner gewesen wäre, Frankreich, das überhaupt nie einen Verständigungsfrieden gewollt hat. Das haben die Vernehmungen des 2. Unterausschusses klar ergeben. Bei der wichtigsten nach Frankreich führenden Aktion des Prinzen Sixtus v. Parma stand Elsaß-Lothringen im Vordergrund. Ich stelle fest, daß der verstorbene Reichspräsident Ebert noch im Frühjahr 1918 gesagt hat: kein Fuß von Elsaß-Lothringen wird abgetreten! Man könnte hierüber noch unendlich viel sagen und ohne Mühe die falschen Auffassungen des Herrn Dittmann widerlegen.

Ich lege aber Wert darauf, in diesem Stadium noch zu erklären, daß ich dagegen protestiere, daß bei der Abwicklung unserer Tagesordnung Reden, wie die des Abg. Dittmann über den Zusammenbruch gehalten und höchst anfechtbare und Werturteile über diese Dinge gegeben werden.

Und nun erinnere ich daran, daß das Thema unserer Untersuchung lautet: Ursachen des Zusammenbruchs, Heimatpolitik und Umsturz. Ein Teil betrifft den deutschen Reichstag, darüber liegt das Gutachten des Herrn Professors Bredt vor mit der Unterabteilung: Ist der Siebener-Ausschuß des Reichstags falsch informiert worden?

Das ist nach meiner Meinung ganz allein das Thema, das auf der Tagesordnung unserer jetzigen Debatte steht.

Ich will für meine Person also jetzt nur noch auf die Frage eingehen: Ist der Siebener-Ausschuß des Reichstages falsch informiert worden? Ich glaube, wir sind in der Beantwortung dieser Frage tatsächlich schon sehr weit gekommen, wenn wir das vorliegende Resultat einmal von allem nicht dazu gehörigen Beiwerk befreien. Ich habe früher als meine Auffassung hier schon mitgeteilt, daß der 2. Unterausschuß formuliert hat, die Regierung habe Fehler begangen. Jetzt braucht diese bereits in anderem Zusammenhang getroffene Feststellung zweckmäßig noch von innen her ergänzt zu werden. So könnten wir schnell zu einem Abschluß dieser Episode kommen.

Nun sagt der Herr Kollege Bredt, für ihn sei die Sache schon lange eine res judicata.

(Sachverständiger Abg. D. Dr. Dr. *Bredt:* Das Material ist vollständig!)

Nein — das Material ist nicht ganz erschöpft. Ich habe eine andere Auffassung. Ich glaube vielmehr, daß die Störung der klaren Fortsetzung der Untersuchung durch die eigenartige Auswertung Ihres Gutachtens gekommen ist.

Die deutschnationale Provinzpresse hat nun behauptet, Herr v. Kühlmann wisse noch etwas, während Herr v. Kühlmann in seiner schriftlichen Antwort erklärt: Mir ist darüber nichts bekannt. Sie könnten also, Herr Professor Bredt, nur dann zu irgendeiner res judicata kommen, wenn Sie sich allein auf die Äußerungen und Anfragen an Herrn v. Kühlmann und auf die bekannte Notiz beziehen.

Ich kann aber doch nicht darüber hinweggehen, daß ich selber vom Januar 1917 an im Auswärtigen Amt gesessen habe, daß ich Herrn v. Bergen in seinem Referat vertreten habe, daß ich auch mehrere Monate lang mich mit Erzberger zu unterhalten den Vorzug hatte.

Ich wiederhole, daß ich mir nicht denken kann, daß Erzberger über irgendeine wichtige Angelegenheit nicht informiert gewesen sein sollte. Deswegen ist für mich die Sache keineswegs res judicata, auch wenn Herr v. Kühlmann selbst hier erklärt: mir ist nichts darüber bekannt.

Ich sage noch einmal: wenn der Ausschuß diese Frage nun zu irgendeinem Abschluß zu bringen versucht, dann kommt er immer wieder vor die Entscheidung, ob er weitere Vernehmungen vornehmen will. Erzberger ist verstorben. Es besteht noch die Möglichkeit, weitere Funktionäre im aktiven Dienst des Auswärtigen Amtes zu vernehmen. Ich habe vorgeschlagen, dies nicht zu tun, weil ich mir davon ebensowenig wie Sie versprechen kann, weil es eben irgendwo eine Grenze gibt. Seien Sie sich doch darüber klar: Es ist ja sehr schön

diese schwierigen Einzelvorgänge nachträglich, viele Jahre nachher, zu beurteilen. Damals aber hatte kein Mensch eine richtige Übersicht über die Lage. Da tat jeder sein Bestes, sagte seine aus den damaligen Verhältnissen entspringende Ansicht und handelte so, wie es ihm nach der damaligen Auffassung richtig erschien. Wenn man jetzt Jahre nachher den Herrn Abgeordneten Dittmann vom hohen Kothurn seine Urteile fällen hört, könnte man meinen, jedes politische Kind hätte damals das alles wissen müssen, nur nicht die Idioten und Kindsköpfe, die uns regierten.

(Abg. *Dittmann:* Das ist leider richtig!)

— Nein, das bestreite ich auf das entschiedenste! Ich sage von mir aus nochmals, daß tatsächlich jetzt die Grenze erreicht ist, wo wir zu dem eigentlichen Thema hier noch irgend etwas feststellen können. Herr v. Kühlmann hat ja selbst zugegeben, daß er aus diplomatischen Gründen, aus dem Bestreben, die andere Aktion über Villalobar zu machen, in dieser Weise operiert hat. Wenn wir uns damit begnügen könnten, dann wäre das das Beste. Wenn wir aber weitergehen wollen und auf Grund der sich ausschließenden Vernehmungen bezüglich des Falles Erzberger noch weitere Einzelfeststellungen machen wollen, ist meine Auffassung die, daß die letzte Wahrheit nicht zutage treten kann.

(Abg. *Dittmann:* Ist es denn denkbar, daß der Staatssekretär nichts davon erfährt, wenn es gewesen ist? Kühlmann sagt, er weiß überhaupt gar nichts davon.)

— Natürlich ist es denkbar. Es steht da: Mir, Herrn v. Kühlmann, ist nichts bekannt. Das besagt aber durchaus nicht, daß der verstorbene Abgeordnete Erzberger nicht trotzdem irgendwie in diesen Dingen tätig gewesen ist.

Ich bezweifle also formell noch einmal, daß es möglich ist, den Tatbestand weiter aufzuklären und darüber Feststellungen zu machen, ob nicht, auch wenn Herrn v. Kühlmann selbst nichts darüber bekannt war, doch der Abgeordnete Erzberger irgendwelche Erläuterungen in der Richtung auf die Kurie abgegeben hat. Das ist der springende Punkt.

Ich sage noch einmal: Wir können das Letzte nicht untersuchen, wir stehen vor der Tür, wo es heißt: die Tür ist verschlossen. Darum ist meine Auffassung die, daß zwar geklärt ist, daß Herrn v. Kühlmann nichts darüber bekannt war, daß aber restlos nicht aufgeklärt ist, was der Abgeordnete Erzberger getan hat, und daß es auch keinen Zweck hat, die weitergenannten Funktionäre des Auswärtigen Amtes hier zu vernehmen.

Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp:*

Ich habe Herrn Dittmann nicht unterbrochen, obwohl seine Ausführungen bezüglich der annexionistischen Propaganda besser im Zusammenhang mit dem Gutachten Hobohm erörtert werden.

Abg. Dr. *Spahn:*

Wenn nicht der Unglücksfall des Staatssekretärs Dr. v. Kühlmann dazwischen gekommen wäre, hätte hier eine Aussprache über den Inhalt der beiden Aussagen von Michaelis und Kühlmann in Gegenwart des Herrn v. Kühlmann stattfinden können. Dabei hätte sich meines Erachtens abweichend von der Meinung des Herrn Dr. Bredt sehr bald gezeigt, daß wir nicht dicht vor dem Abschluß der Ergebnisse standen, sondern daß im Gegenteil noch erst recht tief in die Zusammenhänge seiner eigenen Gedankenführung hineingeleuchtet werden muß. Ich bin ganz der Meinung des Herrn v. Rheinbaben: die Sache, um die es sich eigentlich gehandelt hat, war die schriftstellerische Tätigkeit des Kollegen Bredt außerhalb des Ausschusses und die falschen, nicht zutreffenden Meinungen über den Sachverhalt, die dadurch in der Öffentlichkeit geweckt worden sind. Den Zwischenfall in der deutschnationalen Presse kann ich deshalb nicht nur nicht begrüßen, sondern ich bedauere ihn, weil ich glaube, daß er uns die Durchführung unserer Verhandlungen erschwert hat. Ich möchte betonen: wo ist jemals von rechts her der Versuch gemacht worden, nichts herauskommen zu lassen? Wir sind es immer gewesen, die gedrängt haben, daß man noch einmal die Dinge aufgriff, um sie wirklich aufzuhellen. Ich erinnere daran, wie zögernd sich einige Herren hier in dieser Korona immer entschlossen, in ein weiteres Verhör zu willigen. Noch zuletzt ist der Versuch mit Erfolg gemacht worden, Herrn v. Kühlmann nur zu einer schriftlichen Äußerung zu veranlassen. Man soll uns also jetzt nicht hier mit dem Einwurf kommen, wie es der Herr Kollege Dr. Bredt tut, wir hätten offen zu erkennen gegeben, daß wir bei der ganzen Sache nichts herauskommen lassen wollten. Ich wende mich durchaus dagegen, daß meine Worte von vorhin so interpretiert werden. Ich habe den Standpunkt vertreten, den auch Herr v. Rheinbaben vertreten hat: Die Dinge sind durchaus noch nicht aufgehellt; aber wir können darauf verzichten, daß weitere Versuche zur Aufhellung gemacht werden angesichts der bestehenden persönlichen und politischen Schwierigkeiten. Wenn etwa hier festgestellt werden sollte — ich greife das auf, was Herr v. Rheinbaben eben gesagt hat —, daß Herr v. Kühlmann den Siebener-Ausschuß über den weiteren Verlauf der Verhandlungen nicht unterrichtet hat, weil er sein Hauptaugenmerk vorwiegend der spanischen Sache zugewendet hat, so kann man dem zustimmen. Ich würde zwar wünschen, daß noch hinzugefügt wird — nachdem von dem Berichterstatter ursprünglich das Gegenteil behauptet worden ist —: ein Einfluß der O. H. L. auf die Behandlung des Siebener-Ausschusses durch Herrn v. Kühlmann und auf die Beantwortung der päpstlichen Friedensanregung hat nicht stattgefunden. Das Minimum wäre aber meines Erachtens mit der Feststellung erreicht, daß eine weitere Unterrichtung des Siebener-Ausschusses durch den Staatssekretär des Aus-

wärtigen Amts nicht stattgefunden hat, weil er sein Augenmerk auf die andere, auf seine Friedensaktion gerichtet hatte.

Das zweite würde dann sein, nachdem im Ausschuß nicht nur nach dem Verhältnis von Siebener-Ausschuß und Reichsregierung gefragt ist, sondern nachdem es der Ausschuß auf sich genommen hatte, auch nach der Einwirkung einzelner Abgeordneter auf den Gang der Dinge zu fragen, daß festgestellt wird, es habe sich die Unmöglichkeit herausgestellt, Näheres nachzuweisen. Der Kampf muß dann eben so enden, daß nicht die eine Seite versucht, für ihre etwas vorzeitig kundgegebenen Schlüsse aus dem Beschluß des Ausschusses Kapital zu schlagen, sondern daß wir uns in dem Wunsch, zu einer Verständigung zu kommen, aufrichtig begegnen.

Abg. *Dittmann:*

Ich will insbesondere den mir gemachten Vorwurf zurückweisen. Ich habe die Reden angehört, die besonders von den Herren Spahn und Bredt gehalten worden sind. Dann habe ich das Wort genommen und gesagt, wir hätten uns hier mit der Frage des Verhältnisses zwischen Reichstag, insbesondere Siebener-Ausschuß, und Reichsregierung zu beschäftigen, und dazu sei die Vernehmung der Herren v. Bergen und v. Rosenberg nicht notwendig. Ich habe mich insbesondere gegen die Erörterung der päpstlichen Aktion gewendet. Trotzdem ist man ruhig fortgefahren. Besonders der Herr Kollege Spahn hat versucht, den Hindenburg-Brief an Michaelis, der die teilweise Annexion von Belgien fordert, als annexionsgegnerisch hinzustellen. (Widerspruch des Abg. Dr. Spahn.) Er hat versucht, den Grafen Westarp als einen gemäßigten Politiker hinzustellen, der besonders geeignet gewesen sei, auf die Annexionisten beruhigend zu wirken. Um nachzuweisen, wie falsch diese Argumentation des Kollegen Spahn ist, habe ich hier die Stelle aus der Rede des Grafen Westarp und die Antwort Haases verlesen. Um zu zeigen, wie die Militärs im Gegensatz zu den Ausführungen des Kollegen Spahn bis zum Kriegsende immer noch für Annexionen eingetreten sind, habe ich auf die Annexionspropaganda hingewiesen und als Beispiel einige Sätze aus der „berühmten" Rede des Kollegen Brüninghaus beim Jahresessen der Industriellen zitiert.

Die deutschnationale Provinzpresse hat behauptet, Herr v. Kühlmann sei derjenige, der die Geschichte kenne. Jetzt haben wir Herrn v. Kühlmann gehört, und er hat uns klar gesagt, er wisse von nichts. Er hat sich schriftlich geäußert, daß ihm nichts bekannt sei. Aus der persönlichen Formulierung kann man doch keinen Schluß ziehen. Er persönlich ist gefragt worden, also kann er doch nur für sich persönlich antworten. Da gibt es nichts zu deuteln. Ich glaube auch nicht, wenigstens kann ich es mir nicht vorstellen, daß, wenn eine solche Aktion stattgefunden hatte, Herr v. Bergen oder ein anderer Beamter des Auswärtigen Amts Herrn v. Kühlmann darüber nicht informiert

hätte. Gewiß, der Staatssekretär brauchte nicht von jeder Einzelheit Kenntnis zu erlangen, aber daß er von einer solchen Aktion, wenn sie stattgefunden hätte, nichts erfahren haben sollte, scheint mir nicht gut möglich.

Aber die Rechtsparteien möchten diese Dinge im Unklaren halten und sagen, es sei nichts geklärt. Es ist aber in diesem Falle geklärt, und das werden wir als Ausschuß klipp und klar feststellen müssen. Die Behauptung der deutschnationalen Provinzpresse ist ausgeräumt.

Abg. Dr. *Bergsträßer:*

Ich will nur noch einmal ganz kurz auf einen Punkt kommen. Herr Spahn war es, glaube ich, der ganz richtig gesagt hat, es handle sich darum, daß wir nachher Feststellungen machen.

(Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp:* Richtig!)

Aber was haben wir eigentlich festzustellen? — Wir haben festzustellen, wie der Siebener-Ausschuß informiert worden ist, und diese Feststellung ist eigentlich — das steht wohl auch bei Herrn v. Rheinbaben schon längst fest —

(Abg. Frhr. *v. Rheinbaben:* Selbstverständlich!)

im Grunde genommen alles andere, nur nicht unser Thema. Ich gebe das vollkommen zu. Wir sind da auf die Abwege unseres Themas gekommen, und das ist dadurch gekommen, daß die Behauptung hereingetragen worden ist, es sei doch das prominenteste Mitglied des Siebener-Ausschusses, nämlich Herr Erzberger, informiert worden,

(Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp:* Richtig!)

und zwar sei er von Herrn v. Kühlmann informiert worden. Das stand in der Steinschen Notiz. Herr v. Kühlmann habe es an einen Herrn X. erzählt, Herr X. habe es Herrn Stein erzählt, und wenn man Genaues wissen wolle, solle man Herrn v. Kühlmann fragen.

Nun haben wir gesagt: eine solche Privatinformation eines Abgeordneten hat mit unserer These, ob der Siebener-Ausschuß unterrichtet worden sei oder nicht, im Grunde genommen auch nichts zu tun, da wir feststellen konnten, daß gewißlich alle anderen sechs Mitglieder dieses Ausschusses nicht privat informiert worden sind.

(Zuruf: Und Scheidemann?)

— Nein, Scheidemann ist nicht privat informiert worden über die Absichten der Note, über ihre Unzulänglichkeit usw. Das waren ja unsere Thesen. Da aber von der anderen Seite gesagt worden ist, wenn man dieser Geschichte nicht nachgehe, dann werde sich eben aus der ganzen Sache die Folgerung ziehen lassen: Ihr seid dieser Stein-Notiz nicht nachgegangen; also trifft die Notiz zu; also hat Herr Erzberger im Jahre 1919 das und das getan. — Dadurch sind wir zu dieser Nachprüfung gekommen.

Nun kommt die Frage des Zeugnisses und des Zeugniswertes. Das Zeugnis des Herrn v. Kühlmann ist insofern klipp und klar, als

es sagt, daß er das, was von „Rumpelstilzchen" ihm unterstellt wird, nicht getan hat und von sich aus gar nichts darüber weiß.

Dagegen gibt es nun zwei Gegenzeugnisse: Das eine Gegenzeugnis des Herrn v. Rheinbaben, wie er selbst gesagt hat.

(Abg. Frhr. *v. Rheinbaben:* Ich habe gesagt: erscheint es mir unmöglich, daß Erzberger nichts gewußt haben sollte von irgendeiner wichtigen Aktion besonders in Angelegenheiten mit der Kurie!)

— Ich will einmal diese Äußerung von Ihnen aufnehmen. Dann wäre noch die konkrete Frage, ob er in ganz genauen Einzelheiten alles gewußt haben müßte. In diesem Falle sind Sie zwar ein Zeugnis, aber doch ein Zeugnis aus zweiter Hand, weil Sie da eben nicht Herr v. Bergen gewesen sind, ich meine, weil Sie damals nicht Referent in dieser Sache gewesen sind, sondern nur der zweite Mann.

Abg. Frhr. v. *Rheinbaben:*

Ich halte es auch nicht für wahrscheinlich, daß, wenn auch Erzberger etwas im Ganzen vom Gang der Dinge gewußt hat, er auch über alle und jede Einzelheiten informiert war. Meine Behauptung bezieht sich ausschließlich darauf, daß generell Erzberger gewußt hat, wie die Dinge liefen, und wie sie nach Ansicht Kühlmanns und der Referenten laufen sollten.

Abg. Dr. *Bergsträßer:*

Dann können wir also sagen, daß Sie nur über das Generale aussagen, und dieses paßt als Mutmaßung genau in unsere Auffassung.

Das Zeugnis des Kollegen Spahn ist auch aus zweiter oder dritter Hand. Man kann also darauf ein sicheres Urteil nicht gründen. Da aber erwiesen ist, daß, was „Rumpelstilzchen" gesagt hat, falsch ist, so ist erwiesen,

(Abg. Dr. *Spahn:* Nein wir erbieten uns für weitere Zeugen!)

— nein, Sie sprechen von Zeugen, die nicht greifbar sind, und das ist eine Ausflucht.

Abg. Dr. *Spahn:*

Nein, Herr v. Rosenberg ist greifbar. Ich behalte mir alles vor.

Sachverständiger Abg. D. Dr. Dr. *Bredt:*

Wir hatten nun glücklich eine klare Äußerung von Kühlmann und konnten abschließen. Jetzt kommt der Kollege v. Rheinbaben mit einer viel vageren Sache und behauptet: „Da ist sicher etwas gewesen. Was, weiß ich nicht; ob, weiß ich nicht. Ich sage nur, da ist sicher etwas gewesen." So kommen wir zu keinem Ergebnis.

(Abg. Dr. *Spahn:* Untersuchen Sie es doch. Behaupten Sie wenigstens nicht, daß Kühlmanns Aussage erwiesen ist. Es liegt für mich ein glatter Widerspruch zwischen seiner Aussage und dem jetzigen Brief vor, den ich aufgehellt wissen möchte.)

Wenn das wahr ist: die beiden Aussagen sind unter Eid gemacht!

Abg. Frhr. v. *Rheinbaben:*

Ich war im Auswärtigen Amte an einer Stelle, wo ich vom Gang der Dinge genügend wußte. Ich bin außerdem ein Jahr Vertreter des Auswärtigen Amtes in der Presseabteilung gewesen, habe fast täglich die leitenden Stellen gesehen und Instruktionen bekommen. Im Sommer 1918 habe ich in Vertretung des Herrn v. Bergen mich täglich mit dem Abgeordneten Erzberger unterhalten. Auf Grund dieser Tatsachen habe ich ganz bestimmte Erklärungen hier abgegeben. Ich muß mich dagegen wenden, daß gesagt wird: das hätte nichts zu bedeuten. Worauf ich hinaus will ist, daß wir vor einem non liquet stehen. Wir können ganz einfach die Sache nicht restlos aufklären. Das ist eine Tatsache, die zuzugeben manchem Kollegen sehr schwer wird, aber sie ist nicht zu umgehen. Es gibt eben für die Tätigkeit dieses Ausschusses Grenzen. Auch Herr v. Kühlmann hat sich ausdrücklich auf die Reservation seines Eides, die er vor dem 2. Unterausschuß machte, bezogen. Ich sage nochmals und werde die These aufrechterhalten: Wir können in der Klärung der Frage, ob der verstorbene Abgeordnete Erzberger in der Richtung auf die Kurie Erläuterungen abgegeben hat, nicht weiterkommen. Im übrigen gebe ich die weitere Erklärung ab, daß ganz unabhängig von der Presse-Notiz bei Besprechung der Episode Michaelis-Kühlmann ich selbstverständlich die Gelegenheit gesucht hätte, meine persönliche Kenntnis der Dinge hier zum Ausdruck zu bringen, und ich wäre dazu sogar verpflichtet gewesen. (Gegen einen Zuruf des Abg. Dittmann.) Auch ich muß natürlich für gewisse Zusammenhänge mutmaßen und konstruieren. Aber schon das, was ich sicher weiß, genügt zu der Behauptung: Es ist unmöglich, durch weitere Vernehmungen zum Ende zu kommen, es bleibt ein ungeklärter Rest übrig.

Abg. Dr. *Spahn:*

Nach der Haltung, die die Herren Abgeordneten Dittmann und Dr. Bredt hier eingenommen haben, will ich feststellen: Ich sehe einen starken Widerspruch zwischen den Aussagen des Herrn v. Kühlmann, die er mündlich im Dezember gemacht hat, und der Absolutheit der Antwort, die er uns nunmehr schriftlich gegeben hat. Ich hätte gern vermieden, daß darauf eingegangen wird, zumal Herr v. Kühlmann jetzt durch schweren Unfall daniederliegt. Aber nach der Haltung der Herren Dr. Bredt und Dittmann behalte ich mir vor, hier zu motivieren, warum diese Aussage für mich nichts endgültiges bedeutet. Wir werden gern eine Brücke bauen helfen, aber sie kann nur gebaut werden in dem Sinne, wie Freiherr v. Rheinbaben hier vorzeichnete. Sonst muß die Sache weiter verfolgt werden.

Der Vertreter des Auswärtigen Amtes empfiehlt auf Befragen des Vorsitzenden, von einer Vernehmung der Herren v. Bergen und v. Rosenberg abzusehen.

Die folgenden Ausführungen wurden vom Abgeordneten *Dr. Stresemann,* dem Führer der nationalliberalen Fraktion des Reichstags seit Februar 1917, dem 4. Unterausschuß mit Schreiben vom 19. Mai 1927 überreicht:

Soweit meine Mitwirkung an der Kriegspolitik in Frage kommt, muß ich zunächst betonen, daß ich dem Kriegsreichstag erst seit einer Nachwahl im Wahlkreise Aurich angehört habe, die im Dezember 1914 stattfand. Die Führung der Fraktion ging de facto erst am 28. September 1917 auf mich über, als ich nach Bassermanns Tode zum Fraktionsvorsitzenden gewählt wurde. Allerdings habe ich schon seit Bassermanns Erkrankung, die ihn zwang, von Berlin fortzubleiben, also etwa seit Februar 1917, die Fraktion bei den wichtigen außenpolitischen Fragen vertreten. Soweit aber die Zeit vor meiner Wahl zum Fraktionsvorsitzenden liegt, kann ich nur meine persönlichen Auffassungen außerhalb der Führerschaft äußern.

Eine einheitliche Auffassung der nationalliberalen Fraktion über die Innen- und Außenpolitik während der Kriegszeit war, ebenso wie bei manchen anderen Fraktionen, nicht vorhanden. Auf dem rechten Flügel der Fraktion, den Konservativen und Alldeutschen nahestehend, standen Persönlichkeiten wie der ebenfalls in einer Nachwahl in die Fraktion gewählte Syndikus der Handelskammer Essen, Herr Hirsch.

Auf dem linken Flügel der Fraktion, in der Innen- und Außenpolitik mehr demokratischen Ideen nahestehend, standen Persönlichkeiten wie die Reichstagsabgeordneten Dr. Junck und Freiherr von Richthofen. Die Mehrheit der Fraktion, die den Ideen Bassermanns und später meinen Ideen folgte, bildete die Mitte und umfaßte etwa zwei Drittel der Fraktion.

In bezug auf meine Auffassung über die Fragen der Kriegszeit unterscheide ich zwischen innerpolitischen und Verfassungsfragen, der Kriegführung selbst und der Stellungnahme zum Abschluß des Krieges.

Was die innenpolitischen und Verfassungsfragen anbetrifft, so lag hier eine gewisse Tradition innerhalb der Fraktion vor. Schon in der Vorkriegszeit lag die Initiative bei den Kämpfen gegen das persönliche Regiment vielfach bei Ernst Bassermann. Die Interpellationen, die aus diesem Anlaß eingebracht wurden, trugen in erster Linie seinen Namen, so bei der bekannten „Daily-Telegraph"-Affäre. Man hat der nationalliberalen Fraktion von linksstehender Seite vorgeworfen, daß sie anläßlich dieser Debatten über das „Daily-Telegraph"-Interview keine Konsequenzen aus der Haltung des Kaisers gezogen hat. Diese Feststellung ist an sich zutreffend. Für die Nationalliberale Partei war bei der Stellungnahme entscheidend, daß sie einmal eine Wirkung erwartete von der starken und beinahe einheitlichen Kritik des Reichstages, und daß sie ferner die Überzeugung hatte, daß die

Unterhaltung zwischen dem Kaiser und dem Fürsten Bülow in Potsdam sowie die veröffentlichte Erklärung des Kaisers genügen würden, um künftighin dem Reichskanzler den Einfluß zu sichern, der ihm verfassungsmäßig zustand. Dazu kam die Auffassung, daß die Einführung des parlamentarischen Systems in Deutschland bei der deutschen Parteizersplitterung nicht ein so reibungsloses Funktionieren ergeben würde, wie es etwa in England der Fall wäre.

Die Erwartungen in bezug auf die Änderung der Stellungnahme des Kaisers erwiesen sich als irrig. Die Schuld daran lag an Parlament und Volk. Der Sturz des Fürsten Bülow, zu dem die Konservativen die Hand boten, indem sie einen fanatischen Kampf der Landwirtschaft gegen eine unverhältnismäßig geringe Besteuerung der direkten Erbschaften entfesselten, mußte dem Kaiser als eine Genugtuung gegenüber der Haltung des Fürsten Bülow erscheinen. Das Volk selbst nahm in seinen Kundgebungen bei Besuchen und Ansprachen des Kaisers überhaupt keine Notiz von der Kritik des Reichstags, sondern jubelte ihm überall zu, wo er erschien, so daß die Umgebung des Kaisers mit Recht den Eindruck erwecken konnte, als sei die Stimmung des Reichstags eine gemachte, die im Volk selbst keinen Widerhall fände.

Was die Frage des parlamentarischen Systems betraf, so war nach der Meinung der nationalliberalen Kreise ein solches System, wenn es als notwendig erschien, aber überhaupt nicht aufzubauen auf einem gesetzgeberischen Akt, sondern mußte sich entwickeln auf der Basis einer sich herausbildenden Tradition. Die Erörterungen, auf die auch in der Stellungnahme anderer Altparlamentarier hingewiesen wird, stammen aus der Zeit des sogenannten Bülow-Blocks. Gerade in der Zusammenfassung dieses Bülow-Blocks, der konservativen und liberalen Paarung, wie sie genannt wurde, sah man aber in nationalliberalen Kreisen die Einleitung einer Entwicklung, die zu einem traditionsgemäßen Parlamentarismus führen würde. Die Schaffung des Bülow-Blocks war doch der bewußte Versuch des Reichskanzlers, auf Grund einer parlamentarischen Mehrheit zu regieren. Man kann diese Auffassung um so mehr als diejenige des Reichskanzlers selbst ansehen, als Fürst Bülow entgegen der bis dahin im alten Reich praktisch vertretenen Auffassung der Stellungnahme des Reichskanzlers zum Parlament aus der Ablehnung der Erbschaftssteuer die Konsequenzen für seine Person zog.

Die Behauptung, daß die Nationalliberale Partei sich während des Krieges nicht für innenpolitische Reformen eingesetzt habe, ist ungerechtfertigt. Ich darf demgegenüber auf meine Rede im Reichstag am 26. Oktober 1916, auf meine Rede anläßlich des fünfzigjährigen Bestehens der Nationalliberalen Partei am 28. Februar 1917 sowie auf meine Reichstagsrede vom 29. März 1917 verweisen. Von bürgerlicher Seite ist, soweit mir bekannt, die schärfste Kritik am

alten Regime in der Forderung der Einführung des parlamentarischen Systems überhaupt zum erstenmal durch mich als Sprecher der nationalliberalen Fraktion erfolgt. Allerdings war auch hier keine einheitliche Auffassung der Fraktionen im Reichstag und Landtag. In der Reichstagsfraktion stand die große Mehrheit hinter der Forderung des allgemeinen Wahlrechts für Preußen und starker innerer Reformen im Reich. In der preußischen Landtagsfraktion überwogen diejenigen, die sich gegen eine Änderung des Wahlrechts sträubten oder zum mindesten doch nur bis zu einem Pluralwahlrecht gehen wollten. Die Reichstagsfraktion, die infolge des allgemeinen Wahlrechts in viel engeren Beziehungen zu den Volksmassen stand, fand sich zusammen in der Forderung, daß in einer Zeit, in der alle Kreise und Klassen des Volkes gemeinsam im Schützengraben für Deutschland fochten, die Bedenken gegen das allgemeine Wahlrecht zurücktreten mußten vor dem größeren Ziele der Zusammenfassung aller Volksschichten zur Mitverantwortung am Staat und an den großen Zielen der Landesverteidigung. Was das parlamentarische System betrifft, so war von denen, die Bethmann nicht für geeignet hielten, die Reichsgeschäfte zu führen, bei seinem Sturz nicht nur in Aussicht genommen, sondern auch besprochen worden, daß der neue Kanzler bei Übernahme seines Amtes ein parlamentarisches Mehrheitskabinett von möglichst weit rechts bis zu den Sozialdemokraten bilden solle. Dieses wird insbesondere Freiherr von Richthofen bestätigen können, der an den damaligen Bestrebungen dieser Art beteiligt gewesen ist. Die Stellungnahme der Nationalliberalen Partei zu dem Reichskanzler Bethmann war bei der Mehrheit eine gegnerische. Freunde hatte der Kanzler im wesentlichen nur bei einigen Persönlichkeiten der Fraktion, z. B. bei Herrn Schiffer. Die Mehrheit der Fraktion hatte zunächst gegen den Kanzler psychologische Bedenken. Bethmann hatte es nicht verstanden, die Stimmung von 1914 in einen entschlossenen Willen zum Durchhalten umzuformen. Es war ihm vor allem nicht gelungen, den einheitlichen Willen des Volkes zu erhalten. Seine ersten Kriegsreden, mit denen er den deutschen Einmarsch in Belgien mit der zwingenden Notlage Deutschlands begründen wollte, hatten nicht den von ihm erhofften moralischen Erfolg, sondern waren eine Waffe in der Hand der Gegner und trugen zur Depression im eigenen Volke bei. Bethmann selbst war der geborene Pessimist, der die Entmutigung und die Hemmungen, die in ihm lagen, in seiner Haltung und in seinen Gesprächen auch auf andere übertrug. Dabei hatte die Öffentlichkeit von seinem Willen keine feste Vorstellung, die einen glaubten, daß er für den sogenannten Verzichtfrieden einträte, andere hielten ihn für den Annexionisten, und beide konnten ihre Ansichten begründen, weil seine Erklärungen bald der einen, bald der anderen Auffassung Rechnung zu tragen versuchten. Beklemmend wirkte auch das fortwährende Erzählen Bethmanns von

angeblich gegen ihn geschmiedeten Intrigen. Die Auffassung von der Philosophenruhe dieses Kanzlers ist eine völlig unzutreffende. Daß das Gegenteil richtig ist, weiß jeder, der den Kanzler während des Krieges im Parlament und außerhalb des Parlaments erlebt hat.

Zwischen Bassermann und Bethmann bestanden die stärksten persönlichen Differenzen. Als Bassermann in einem Telegramm an einen pfälzischen Parteifreund über ein bevorstehendes Manifest des Kanzlers Besorgnisse aussprach, und als die „Nationalliberale Korrespondenz" starke Angriffe gegen die Politik der Reichsregierung veröffentlichte, ließ Bethmann im Frühjahr 1916 sieben angesehene Mitglieder der Partei, darunter die Abgeordneten Schiffer, Friedberg, ferner den Präsidenten Vogel aus Dresden und Geheimrat Kahl, zu sich bitten, um sich auf das bitterste über die Führung der Partei zu beklagen und darauf hinzuweisen, daß er mit der Nationalliberalen Partei nicht weiterarbeiten könne. Diese eigenartige und seltsame Art, in Abwesenheit des beklagten Führers der Partei bei anderen Persönlichkeiten sich über ihn zu beklagen, rief die entschlossene Gegenwehr Bassermanns hervor, der auf den 21. Mai 1916 eine Sitzung des Zentralvorstandes berief, welcher ihm mit allen gegen eine Stimme das Vertrauen aussprach und den Kanzler aufs schärfste kritisierte. Daß der Kanzler in dem Kampfe gegen Bassermann auch vor starken persönlichen Mitteln nicht zurückscheute, zeigt die unwidersprochen damals durch die Presse gegangene Mitteilung, nach welcher der Kanzler ein militärisches Disziplinarverfahren gegen den Major Bassermann angeregt habe, weil dieser in dem genannten Telegramm einen Bundesstaat gegen das Reich habe aufwiegeln wollen. Im übrigen beziehe ich mich bezüglich meiner Auffassung über Bethmann auf den Aufsatz, den ich im Anschluß an die Veröffentlichung seiner Denkwürdigkeiten verfaßt habe (Stresemann, Reden und Schriften, I. Band, Seite 296).

In der Wahlrechtsfrage gab es drei Möglichkeiten: man konnte das gleiche Wahlrecht sofort bei Beginn des Krieges durch eine große Geste geben. Auf der anderen Seite stand die Möglichkeit eines entschiedenen Verbots jeder Erörterung der Wahlrechtsfrage bis nach Beendigung des Krieges. Bethmann wählte die dritte und unglücklichste Lösung: er versprach eine Änderung der Verhältnisse, erweckte nebelhafte Vorstellungen, rückte durch seine Reden die Innenpolitik in den Vordergrund der Erörterungen, ohne den Mut zu haben, Reformen entschlossen durchzuführen. Erst in der letzten Stunde, kurz vor seinem Abschied, war er bereit, das gleiche Wahlrecht durchzuführen, in diesem Moment unterlag er gegenüber seinen Ministerkollegen.

Entscheidend für die gegnerische Stellung der Mehrheit der Nationalliberalen Partei zu Bethmann war jedoch die Frage der Errichtung des Königreichs Polen. Ich weise in dieser Beziehung auf das Schreiben der nationalliberalen Reichstagsfraktion vom 29. Sep-

tember 1916 hin („60 Jahre nationale und liberale Politik". Von Gustav Wittig, Seite 73). Die Nationalliberale Partei sah die Errichtung eines selbständigen Polens während des Krieges als einen großen Fehler der Außenpolitik an, weil dadurch die Möglichkeiten eines Sonderfriedens mit Rußland gestört, wenn nicht zerschlagen wurden. Daher der Widerstand Bassermanns, als der Kanzler versuchte, die Parteien des Reichstags zu bewegen, eine zustimmende Erklärung zu der Errichtung des Königreichs Polen abzugeben; derselbe Widerstand auch gegen den zweiten Versuch des Kanzlers, den Präsidenten des Reichstags zu veranlassen, im Namen des Reichstags die Errichtung des selbständigen Polens zu begrüßen und die Drohung Bassermanns, daß er in diesem Falle zur Geschäftsordnung erklären werde, daß der Reichstagspräsident nicht berechtigt sei, für alle Parteien des Hauses zu sprechen.

Alle diese Gesichtspunkte trugen dazu bei, daß die nationalliberale Fraktion in ihrer Mehrheit an der Seite derjenigen stand, welche Bethmanns Sturz mit herbeiführten. Dabei war aber die Frage der Nachfolgerschaft nicht außer acht gelassen, sondern bildete einen wichtigen Teil der damaligen Erörterungen und Verhandlungen. Ich bin persönlich dabei dafür eingetreten, den Fürsten Bülow zu Bethmanns Nachfolger zu machen und habe wiederholt mit dem Herzog Ernst Günther von Schleswig-Holstein hierüber gesprochen. Der Herzog hat mir zugesagt, durch seine Schwester, die Kaiserin, auf den Kaiser einzuwirken und ihn von dem Ernst der Lage zu überzeugen und darauf hinzuweisen, daß irgendwelche persönlichen Empfindlichkeiten hinter der Aufgabe zurückzutreten hätten, dem Reich den Kanzler zu geben, der den Frieden herbeiführen könnte. Wenn ich recht berichtet bin, hat der Herzog auch eine Denkschrift an den Kaiser eingereicht, in welcher er die damalige Situation geschildert und Bülow in Vorschlag gebracht hat. Dafür, daß Aussicht bestand, den Fürsten Bülow als Nachfolger Bethmanns zu erhalten, sprachen viele Dinge: einmal war unter den Staatsmännern, die für die Nachfolgerschaft in Betracht kamen, Bülow wohl der meistgenannte, der durch seine Geschicklichkeit, seine Beziehungen, seine Persönlichkeit und seine Welterfahrung am geeignetsten erschien, in dieser schweren Zeit die Außenpolitik zu führen. Die Stellung der Parteien zu Bülow war eine andere als zur Zeit der Kämpfe um die Blockpolitik. Die Konservativen waren nicht gegen ihn, Nationalliberale und Fortschrittler für ihn, das einstmals gegnerische Zentrum wurde im wesentlichen durch Erzberger beeinflußt, der von Bülow nur mit der größten Hochachtung sprach und aus seiner persönlichen Wertschätzung für ihn kein Hehl machte. Die O. H. L. hätte sich nicht gegen ihn gewandt und stand ihm zum mindesten neutral, wenn nicht wohlwollend gegenüber. Da der Kaiser den Kronprinzen damals nach Berlin kommen ließ, um mit ihm die Frage der Belassung oder Entlassung Bethmanns zu

besprechen, konnte man erwarten, daß er auch die Nachfolgerschaft mit dem Thronerben besprach, der mit einer Kandidatur des Fürsten Bülow sicher einverstanden gewesen wäre. Auch der Übergang zu der Tradition einer Mehrheitsregierung wäre durch Bülow am ehesten gegeben gewesen, da er, wie vorher bemerkt, in der Zeit des Bülow-Blocks dafür bereits die Basis geschaffen hatte. So schienen alle Voraussetzungen dafür vorhanden zu sein, daß Bülow Bethmanns Nachfolger wurde. Der Name Michaelis war niemals genannt worden, und kein Mensch dachte daran, daß der in der Außenpolitik völlig fremde und auch sonst nur in wirtschaftspolitischen Dingen hervorgetretene Michaelis Nachfolger v. Bethmanns werden würde.

Gegen die Kandidatur Bülows wandte sich vor allem die Hofumgebung, die den Kaiser davon zu überzeugen suchte, daß er einen Mann nicht wieder zum Kanzler machen dürfe, der ihn in der „Daily-Telegraph"-Affäre „im Stich gelassen" hätte. Man wußte ferner dem Kaiser auch nahezubringen, daß Bülow eine sehr selbstherrliche Stellung einnehmen würde, denn es wird behauptet, daß der Kaiser damals eine Äußerung getan hätte, „daß Bülow ja sein Kabinett schon fertig hat, ich werde dann wahrscheinlich nicht mehr gefragt werden". Der Kronprinz kam nicht dazu, seine Meinung abzugeben, und den wenigen, die gefragt wurden, wußte man in bezug auf Bülow zu suggerieren, daß er nicht in der Lage wäre, an der Stelle des Reichskanzlers zu wirken, so kann man zwar sagen, daß die Bestrebungen, Bülow zum Kanzler zu machen, scheiterten, aber man kann denen, die sich am Sturze Bethmanns beteiligten, nicht vorwerfen, daß sie sich um die Frage der Nachfolgeschaft überhaupt nicht gekümmert hätten.

Die Aufrechterhaltung des Siegeswillens ist für die Politik jeder Kriegführung eine Selbstverständlichkeit. So haben im Altertum die Heerführer vor entscheidenden Schlachten Ansprachen an ihre Soldaten gerichtet und ihnen den Sieg in sichere Aussicht gestellt. Dasselbe gilt für die öffentliche Meinung unserer Tage. Ein Volk, das in einen Krieg ziehen würde mit dem Bewußtsein, ihn doch zu verlieren, würde ihn psychologisch schon vor der ersten Schlacht verloren haben. Deshalb habe ich seinerzeit die Rede des Staatssekretärs v. Kühlmann vom 24. Juni 1918 bekämpft, weil Form und Art, in der sie gehalten wurde, in eine Zeit fiel, in der nach dem Glauben des größten Teiles des deutschen Volkes das deutsche Heer zur letzten großen Schlacht antrat. Der Staatssekretär v. Kühlmann hat diese Rede nicht mit den Parteiführern vorher besprochen und sie nicht darüber unterrichtet, daß er mit einzelnen Wendungen bestimmte außenpolitische Wirkungen erzielen wollte. Er war körperlich übermüdet, und ich entsinne mich, daß ich meinen Platz, den ich in der vordersten Reihe im Reichstag hatte, verließ und mich auf die Estrade stellte, um ihn überhaupt verstehen zu können.

Daher die Wirkung der Rede auf die Abgeordneten, die sich nicht wiedergeben läßt, wenn man jetzt die Rede nur gedruckt liest. Daß der Inhalt dieser Rede mit dem Obersten v. Haeften vereinbart worden war, wußte ich nicht. Daß durch das Scheitern der Offensive im März und Mai die Hoffnung auf einen deutschen Sieg endgültig geschwunden sei, ist mir von militärischer Seite nicht gesagt worden, wenn auch wiederholt der Oberst Bauer sich gegen zu starke Hoffnungen der deutschen Öffentlichkeit wandte. Ein Hinweis der O. H. L., daß man auch Opfer bringen muß, um zum Frieden zu gelangen, ist vor dem 30. September nicht erfolgt. Eine sehr pessimistische Auffassung der Gesamtlage ist mir seinerzeit von dem Grafen Harry Keßler unterbreitet worden, der mir auch die Frage vorlegte, ob es tragbar sein würde, diejenigen Teile Elsaß-Lothringens aufzugeben, die von Frankreich besetzt waren, eine Frage, die ich dann für diskussionsfähig hinstellte, wenn tatsächlich Aussichten vorhanden wären, zum Frieden zu kommen. Die ganze Schwierigkeit der Lage war mir seit der zweiten Junihälfte klar, und zwar durch Unterrichtung seitens des Barons von Maltzan auf Rügen, der mir die Eindrücke übermittelte, die er selbst an der Front gesammelt hatte. Die Mitteilungen, die am 1. Oktober 1918 erfolgten, waren für alle Anwesenden niederschmetternd, da niemand eine derartige Auffassung der O. H. L. für möglich gehalten hätte. Ich entsinne mich des Eindrucks, den die vorher anscheinend dem Staatssekretär gemachten Mitteilungen auf Herrn von Krause machten, der völlig entsetzt aus dem Zimmer herauskam und mir sagte, daß alles verloren sei. Die gleiche Auffassung hatte der verstorbene Abgeordnete Gröber. Bis zu jener Zeit aber war, abgesehen von den Äußerungen des Obersten Bauer, meine Auffassung die, daß wir nach dem Zusammenbruch Rußlands militärisch nicht überwunden werden könnten, da wir ja, selbst wenn die Linie in Belgien und Frankreich verlorenging, die Möglichkeit hatten, uns an die Maas zurückzuziehen, und da ein Übergang über den Rhein überhaupt für unmöglich angesehen wurde. Die Blockade Deutschlands war gewiß wirtschaftlich bedrohlich, aber es war kein Zweifel, daß Frankreich in Anbetracht der Okkupationsarmeen, die tief im Lande standen, ebenfalls mit einer Stimmung zu kämpfen hatte, die sowohl in bezug auf die Armee als auch auf die Bevölkerung kritisch werden konnte, und die ein Jahr vorher schon äußerst kritisch gewesen war, wie die letzten Veröffentlichungen Churchills gezeigt haben. Das war die Frage: ob Frankreich der Atem eher ausgehen würde infolge der Besetzung oder Deutschland infolge der Blockade. England gegenüber war zu bedenken, daß nicht nur das englische Gold nach Amerika wanderte, sondern daß England auch durch die Verluste seiner Handelsflotte und durch die Bildung einer amerikanischen Handelsflotte seine Stellung im Welthandel an die Vereinigten Staaten zu verlieren drohte. Es hat nicht an Stimmen

in England gefehlt, die schon während des Krieges auf diese Gefahr hinwiesen. Es war wohl möglich, daß aus dieser Einsicht heraus auch England friedensbereit werden könnte, wenn es seinerzeit sah, daß Deutschland militärisch nicht niedergerungen werden könnte.

Die Frage der Führung des unbeschränkten U-Boot-Krieges ist wiederholt im Hauptausschuß des Reichstages erörtert worden. Ich entsinne mich einer Sitzung, in der nach meiner Erinnerung der Reichskanzler v. Bethmann Hollweg ein Resümee über die Lage gab, indem er darauf hinwies, daß keine Aussicht auf baldige Friedensverhandlungen bestünde und auch keine Aussicht, durch Erfolge zu Lande in absehbarer Zeit zum Frieden zu kommen. Angesichts dieser Lage habe ich in meiner Erwiderung dem Reichskanzler vor Augen gehalten, daß eine Fortführung des Krieges ohne Aussicht auf militärischen Sieg und ohne Aussicht auf baldige Friedensverhandlungen die Gefahr in sich berge, daß der wirtschaftliche Notstand uns immer mehr schwächen könnte. Ich habe die Frage gestellt, wodurch wir die Gegner friedensbereit machen könnten, und habe von diesem Gesichtspunkt aus zum Ausdruck gebracht, daß auch der Gegner wirtschaftlich so geschwächt werden müßte, daß auf diesem Gebiet mindestens die Parität der Schwächung erreicht wird. Diesem Gesichtspunkte ist auch nicht widersprochen worden, wohl aber ist die politische Frage erörtert worden, ob durch eine derartige Führung des unbeschränkten U-Boot-Krieges die Gefahr bestände, daß die Vereinigten Staaten in den Krieg eintreten und mit ihrem Reservoir an Menschenkräften den Sieg an die Seite der Gegner bringen würden. Der Staatssekretär des Reichsmarineamts, Herr v. Capelle, hierüber befragt, äußerte sich dahin, er schätze die Gefahr, daß Amerika irgendwelche Truppen nach Europa werfen könnte, mit Null ein. Da Herr v. Capelle die Gewohnheit hatte, die Endworte seiner Sätze zu wiederholen, so sagte er auch hier, wie mir deutlich in Erinnerung steht, diese Worte dreimal: „mit Null, mit Null, mit Null." Herr v. Capelle führte auch an, daß für die Amerikaner gar nicht der Schiffsraum verfügbar wäre, um Truppen nach Europa in größeren Mengen zu senden, wenigstens nicht vor Ablauf einer langen Zeit. Seine Berechnung des Schiffsraums (die tatsächlich nachher dadurch über den Haufen geworfen wurde, daß Amerika ein anderes System des Truppentransportes einführte) wurde in der Sitzung angefochten. Seine Ausführungen über die Verhinderung der Truppentransporte, die er noch durch den Satz ergänzte: „Wenn die Amerikaner wirklich kommen sollten, freuen sich meine U-Boote schon im voraus auf die Beute, die sie machen werden", war für die Haltung der Fraktion mit entscheidend. Die Frage des unbeschränkten U-Boot-Krieges war, wie wir wußten, Gegenstand monatelanger Kämpfe innerhalb der einzelnen Ressorts gewesen. Für die Frage der Verhinderung der Truppentransporte war das Reichsmarineamt die verantwortliche In-

stanz. Bei der ungeheuren Verantwortung, die auf einer Erklärung in dieser Frage lag, war der ganz dezidierte Hinweis darauf, daß irgendeine Möglichkeit, amerikanische Truppen nach Europa zu bringen, nicht bestände, von ausschlaggebender Wirkung.

Die Nationalliberale Partei hat den Standpunkt vertreten, daß sie es für notwendig hielte, einen Sieg Deutschlands auch auszunutzen. Das ist meist in die Form gebracht worden: Sicherung nach Ost und West. Wenn es möglich war, war es ganz selbstverständlich, daß man sich sichern mußte gegen die Wiederkehr der militärischen Lage vom August 1914. Deshalb ist insbesondere auch von nationalliberaler Seite wiederholt erklärt worden, daß man auf die strategischen Wünsche der O. H. L. Rücksicht nehmen müsse, wenn die militärische Lage dazu die Möglichkeit gäbe. Die nationalliberale Fraktion hat die Erklärungen wiederholt zusammen abgegeben mit den Fraktionen des Zentrums und der Fortschrittlichen Volkspartei. Ich erinnere insbesondere an die Erklärungen, die im Namen der drei Parteien der Abgeordnete Spahn am 2. Dezember 1914 und am 10. März 1915 vortrug. Ich darf weiter an die Erklärung der Fraktionen anläßlich der Friedensresolution erinnern, die von der sogenannten Friedensresolution sich dadurch unterschied, daß sie ähnliche Gedankengänge aussprach, aber den Zeitpunkt der Abgabe einer solchen Erklärung nicht für richtig gewählt erachtete. Die gemeinsamen Erklärungen mit anderen Parteien führten wiederholt zu Auseinandersetzungen im Zentralvorstand, in denen Bedenken dagegen ausgesprochen wurden, daß die Nationalliberale Partei sich zu stark von den Konservativen trennte und mit der Zentrums- und der Fortschrittlichen Volkspartei zusammenginge. Dabei trat dieselbe Gliederung in der Partei zutage, wie ich sie für die Fraktion geschildert habe.

Aus den gemeinsamen Erklärungen der Parteien ging hervor, daß sie es für notwendig hielten, in bezug auf Belgien wirtschaftliche, politische und militärische Sicherungen zu erreichen. Was die Ostfragen anbetrifft, so waren diese durch die polnische Lösung antizipiert, und nachdem das Königreich Polen errichtet war, mußte es eine selbstverständliche Folgerung sein, die baltischen Staaten in ein festes freundschaftliches Verhältnis mit dem Reiche zu bringen. Es schwebten die verschiedensten Lösungen in der Luft. An eine Annexion oder Eingliederung ins Reich ist von der Nationalliberalen Partei nicht gedacht worden.

Von Verhandlungen, die Stinnes in Schweden geführt hat, ist mir nichts bekannt, obwohl einmal bekannt wurde, daß in Schweden sich Persönlichkeiten aufhielten, die mit Vollmachten versehen wären, um Verhandlungen über einen Sonderfrieden mit Rußland zu führen. Die Stellungnahme der Nationalliberalen Partei habe ich in der

Rede, die ich in Erwiderung auf den Staatssekretär v. Kühlmann am 25. Juni 1918 hielt, folgendermaßen präzisiert:

„Der Abgeordnete Gröber hat gestern eine sehr glückliche Formel gefunden über die Kriegsziele an sich, indem er sagte: ‚Wenn unsere Lebensnotwendigkeiten erkämpft sind und über das, was an Sicherungen notwendig ist, unsere politische und militärische Leitung einig ist, wird das deutsche Volk ihnen gern folgen. Ich bin überzeugt, das können wir auch vom Standpunkt meiner Fraktion aus durchaus anerkennen.‘ (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.) Ich lehne es ab, im einzelnen darzulegen: das und das muß errungen werden, sonst ist der Krieg verloren. Das ist nicht meine Auffassung, daß man sich von vornherein nach dieser oder jener Richtung festlegt. Aber die eine Überzeugung haben wir, daß, wenn ein Sieg erfochten ist, er auch benutzt werden soll, die realen Sicherungen zu schaffen, deren wir bedürfen, deren Ausmaß in Übereinstimmung zwischen der politischen und militärischen Leitung gesucht werden darf.“

Ich bemerke dazu, daß diese Sätze meiner Rede vorher mit meinen Freunden festgelegt worden waren, und daß sie der politischen Leitung zum Ausdruck bringen sollten, daß sie von unserer Seite keine Schwierigkeiten zu erwarten hätte, wenn sie diese oder jene Kriegsziele nicht erreichte. Die Rede ist auch so aufgefaßt worden und, wenn ich nicht irre, in diesem Sinne als eine bedeutsame Erklärung der Partei seinerzeit von der „Frankfurter Zeitung“ kommentiert worden. Ich darf daran erinnern, daß die Frage des Status quo auch von sozialdemokratischer Seite niemals dogmatisch aufgefaßt worden ist, denn auch Herr Scheidemann hat den bekannten Satz ausgesprochen, es sei selbstverständlich, daß nach einem Kriege nicht jeder Grenzstein auf dem Fleck stehen bleiben könne, wo er gestanden habe.

Der Friedensresolution in dem bekanntgewordenen Wortlaut hat die Nationalliberale Partei, wie der Herr Abgeordnete v. Richthofen sehr richtig ausgeführt hat, deshalb widersprochen, weil sie es für falsch hielt, zu diesem Zeitpunkt diese Erklärung öffentlich abzugeben. Die Politik der nationalliberalen Fraktion und Partei war vielmehr darauf gerichtet, durch innere Reformen die tatsächliche Macht in die Hände einer Parteikonstellation zu legen, die auf einen Frieden hinwirkte und dadurch auch de facto einen Frieden nach unseren Kräften herbeiführen konnte. Der tatsächliche Erfolg der Friedensresolution ist ein geringer gewesen. Die Parteien der Friedensresolution haben sich selbst nicht an sie gehalten; weder der Frieden von Bukarest noch der Frieden von Brest-Litowsk entsprachen ihr. Wenn man darauf hinweist, daß die Nationalliberale Partei in ihrer Stellung zu den Kriegszielen wiederholt geschwankt habe, so teilt sie das mit anderen Parteien, denn natürlich beeinflußt die militärische Lage die psychologische Stimmung. Ich erinnere in dieser

Beziehung an die bekannte Denkschrift des verstorbenen Herrn Reichsministers Erzberger, ich erinnere ferner an den bekannten Brief, den Dr. Rathenau an Ballin wegen der Sicherungen der belgischen Küste geschrieben hat. Auch ein anderer Vorfall ist mir in Erinnerung geblieben: Herrn Scheidemann wurde einst das Wort in den Mund gelegt: jedes Volk müsse bei diesem Frieden seine eigene Last tragen, und er war auf Grund dessen starken Angriffen der bürgerlichen Parteien ausgesetzt. Er sprach mich auf diese Angriffe einmal im Plenum des Reichstags an und sagte mir, daß er ein solches Wort niemals ausgesprochen habe und einmal handgreiflich werden würde, wenn man ihm fortwährend diesen Satz in den Mund legte.

Ich habe nicht unter dem Eindruck gestanden, daß die Aktion des Papstes so bedeutsam war, wie sie nach den jetzigen Veröffentlichungen erscheint. Der Papst hatte wiederholt während des Weltkrieges Gelegenheit genommen, seine Stimme für den Frieden zu erheben. Dazu kam, daß wiederholt von Friedensaktionen die Rede war und daß man sich in der Öffentlichkeit mit diesen Friedensaktionen, die bald von dieser, bald von jener Seite ausgehen sollten, wiederholt beschäftigte, ohne daß irgendeine dieser Aktionen zum Ziele geführt hätte. In meiner Erinnerung habe ich das Gefühl bewahrt, daß nach der Darstellung, die der Reichskanzler über den Schritt des Heiligen Vaters gab, man wohl vor einem ernsthaften Wunsch des Papstes stand, zum Frieden zu kommen, daß ihm aber eine hochpolitische aktuelle Bedeutung nicht innewohnte. Ich glaube mich zu erinnern, daß uns bedeutet wurde, daß die Frage Belgien ja durch den Hinweis auf die Friedensresolution erledigt sei. Die Frage, ob die Nationalliberale Partei auf irgendwelchen Forderungen Belgien gegenüber bestünde, wenn dadurch der Frieden verhindert werden könnte, ist niemals gestellt worden. Wohl aber walteten Bedenken ob, ob es klug wäre, einen ausdrücklichen Verzicht auf Belgien zu erklären und dann sozusagen mit leeren Händen an den Friedenstisch heranzukommen. Man hatte die Empfindung, daß dann weitere Verzichte gefordert werden würden und daß wir taktisch in eine sehr schwierige Lage kommen könnten. Aber dessen, daß Frieden oder Krieg von unserer Stellung abhinge, war ich mir bei diesen Verhandlungen nach den abgegebenen Erklärungen nicht bewußt. Von einem weiteren Schriftwechsel zwischen dem Reichskanzler und dem päpstlichen Nuntius bin ich nach meiner Erinnerung nicht unterrichtet worden. Auch die Verhandlungen über Villalobar waren mir bisher unbekannt, dagegen entsinne ich mich, daß um diese Zeit von Verhandlungen über Holland die Rede war.

Für die Stellung der Nationalliberalen Partei ist die Frage entscheidend, die ich, wie aus den Verhandlungsberichten hervorgeht, an den Abgeordneten Grafen Westarp gerichtet habe: „Würden Sie, Herr Kollege, wenn Sie heute einen Frieden auf der Basis des status

quo haben könnten, diesen Frieden annehmen?" worauf Graf Westarp mit „Nein" antwortete. Aus der Stellung der Frage durch mich ging aber gleichzeitig hervor, daß die Nationalliberale Partei diese Frage dann nicht verneint hätte, wenn sie überzeugt war, daß man tatsächlich zum Frieden käme.

In bezug auf die Unterrichtung der Parteiführer über die kritische Lage kann ich zusammenfassend nur folgendes sagen: Ich bin von dem Obersten Bauer gewarnt worden, die militärische Lage nach den Erfolgen der Frühjahrsoffensive zu überschätzen. Er hat wiederholt als seine Meinung, aus der ich doch die Meinung Ludendorffs zu erkennen glaubte, gesagt, daß wir suchen sollten, zum Frieden zu gelangen, solange wir noch auf der Höhe der militärischen Leistungsfähigkeit ständen. Die Aussprache, die am 23. August 1918 zwischen dem Staatssekretär v. Hintze und den Parteiführern stattfand, habe ich damals als die erste kaum noch verhüllte Erklärung des Auswärtigen Amtes angesehen, daß wir uns beeilen müßten, zum Frieden zu kommen. Herr v. Hintze hat damals meiner Erinnerung nach gesagt, daß wir alle Fäden anknüpfen müßten, um zum Frieden zu gelangen, und neue Fäden suchen müssen, wenn etwa die alten Fäden abrissen. Er hat auf die schwierige militärische Lage hingewiesen. Ebenso ging aus den Darlegungen des damaligen Abgeordneten Ebert hervor, daß der Frontgeist längst gewichen sei, daß die Soldaten ihren Urlaub überschritten, ohne bestraft zu werden, weil man froh war, wenn sie überhaupt zur Front zurückkehrten. Aus dieser Sitzung ging ich mit dem Bewußtsein nach Hause, daß alle Bemühungen darauf konzentriert würden, auf diplomatischem Wege zum Frieden zu kommen.

Diesen Bemühungen wurde durch die Erklärungen des 1. Oktober ein Ziel gesetzt.

Nach dem bekannten Vortrage des Majors v. dem Bussche wurde uns erklärt, daß wir nunmehr die Wilsonschen Friedensbedingungen annehmen müßten. Wir waren so wenig auf diese niederschmetternden Mitteilungen vorbereitet, daß die Frage entstand, was eigentlich in diesen Wilsonschen Punkten alles enthalten wäre, insbesondere, ob in diesen Wilsonschen Punkten die Abtretung Elsaß-Lothringens einbegriffen sei. Selbst der Abgeordnete Haase von der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei erklärte, daß seine Partei stets den Standpunkt vertreten habe, die elsaß-lothringische Frage durch Abstimmung zu regeln. Es wurde uns das Wort abgenommen, über die Besprechungen unseren Fraktionsfreunden gegenüber nicht zu sprechen. Ich begab mich nach meiner Erinnerung in mein Zimmer im Reichstag und schrieb nach längerer Überlegung eine Karte an Herrn v. Hintze, in der ich ihm mitteilte, daß ich mich nicht entschließen könnte, einen Schritt gutzuheißen, der die bedingungslose Annahme dieser Wilsonschen Punkte bedeutete. Am Abend desselben Tages versuchte ich, telephonische Verbindung mit der O. H. L. zu erhalten. Ich weiß nicht,

ob mir dies am selben Abend oder erst am nächsten gelang. Ich sprach einen Herrn der O. H. L., dem ich meine Erschütterung darüber nicht verbarg, daß dieser Schritt erfolgt sei, hörte aber von ihm, daß dieser Schritt die Meinung der O. H. L. wiedergäbe, daß wir in einem hoffnungslosen Kampfe ständen, täglich 10000 Gefangene verlören und die Situation den Waffenstillstand unbedingt erheische.

Wenige Tage später wurden wir von unserer Schweigepflicht entbunden. Die Dinge waren auch nicht mehr geheimzuhalten. Als dann einige Zeit später uns die Mitteilung wurde, daß General Ludendorff bei einer Besprechung mit Herrn v. Payer nach der ersten Ablehnung unseres Waffenstillstandsangebotes erklärt hätte, man könne auch weiterkämpfen, man müsse auf sein Kriegsglück vertrauen, und als die Ablehnung unseres Friedensangebotes bekannt und bei Truppentransporten wieder bessere Stimmung an der Front eintrat, war trotzdem die Stimmung in der Heimat nicht mehr zu halten, weil der Gegensatz zwischen den jahrelang aufrechterhaltenen Siegeshoffnungen und der Zusammenbruch aller dieser Erwartungen sich zu tief in der öffentlichen Meinung des Volkes ausgewirkt hatte.

---

Die folgenden Ausführungen wurden von dem früheren Abgeordneten der Fortschrittlichen Volkspartei Reichsminister a. D. Dr. *Gothein* dem 4. Unterausschuß am 14. Juni 1927 überreicht:

Bei den Verhandlungen des Haushaltsausschusses des Reichstages vom 29. September bis 10. Oktober 1916 über den uneingeschränkten U-Bootkrieg ist weder von seiten der O. H. L. noch von seiten des Staatssekretärs v. Capelle die Erklärung des uneingeschränkten U-Bootkrieges verlangt worden. Weder vom Reichskanzler v. Bethmann Hollweg, noch von den Staatssekretären v. Jagow und Dr. Helfferich ist er aber auch prinzipiell abgelehnt worden. Alle drei haben lediglich betont, daß es eine Frage der politischen wie der Kriegslage sei, ob man den Entschluß dazu fassen solle oder nicht. Einigkeit bestand bei ihnen in der Auffassung, daß die Erklärung des uneingeschränkten U-Bootkrieges die Kriegserklärung der Vereinigten Staaten, wahrscheinlich aber auch weiterer bis dahin neutraler Staaten nach sich ziehen würde. Diese Auffassung wurde auch wohl von allen Abgeordneten geteilt, die in diesen Verhandlungen das Wort ergriffen haben. Nur daß die darin liegende Gefahr verschieden hoch eingeschätzt wurde. Die Vertreter der Regierung — vom Staatssekretär v. Capelle abgesehen — schätzten sie sehr hoch ein, die konservativen, reichs-

parteilichen, nationalliberalen und die meisten Zentrumsabgeordneten sehr niedrig. Umgekehrt wurde sie von den Vertretern der beiden sozialistischen Parteien und der Fortschrittlichen Volkspartei (v. Payer und Gothein) überaus ernst angesehen.

Über den Erfolg des uneingeschränkten U-Bootkrieges gingen ebenfalls die Meinungen sehr weit auseinander. Capelle rechnete mit einer monatlichen Versenkung von 600 000 t Schiffstonnage, die er für ein halbes Jahr nach oben auf 4 Millionen Tonnen abrundete. Stresemann folgerte daraus, daß dabei England in einem halben Jahre so an Tonnage geschwächt sein werde, daß es zum Frieden geneigt sein werde. Payer wies ihm nach, daß es sich bei der Versenkung von Tonnage nicht bloß um englische, sondern um die Welttonnage handle, Stresemanns Rechnung also falsch sei; binnen Jahresfrist werde England höchstens $^1/_5$ seiner Tonnage einbüßen. Ich selbst wies auf die wachsenden Abwehrmaßnahmen gegen U-Bootangriffe hin, wodurch auch die Capelleschen Versenkungsziffern leicht illusorisch werden könnten. Auch sei England in der Lage, seine Nahrungsmittelversorgung durch Frankreich über den Kanal zu bewerkstelligen, welch letzteren es gegen U-Boote weitgehend sichern könnte. Bethmann Hollweg, Helfferich und Jagow waren über den Erfolg, England durch den U-Bootkrieg friedensbereit zu machen, sehr skeptisch.

Die Situation hatte gegenüber den Frühjahrsdebatten im Haushaltsausschuß über das gleiche Thema eine entscheidende Änderung dadurch erfahren, daß das Zentrum, das vorher den den U-Bootkrieg ablehnenden Standpunkt Bethmanns unterstützt hatte, nunmehr unverblümt für ihn eintrat. Am vorsichtigsten taten das noch die Abgeordneten Bell und Erzberger. Letzterer verlangte die Blockade allein der englischen Kohlenausfuhrhäfen, da eine U-Bootblockade ganz Englands keine effektive Blockade sei und daher vom neutralen Ausland nicht anerkannt werden würde, was die Neutralen im Falle der Versenkung ihrer Schiffe ohne Anruf im „Sperrbezirk" in die Reihen unserer Feinde führen würde. Capelle aber erklärt, daß eine effektive U-Bootblockade auch nur der englischen Kohlenausfuhrhäfen technisch unmöglich sei. Auch Erzberger war skeptisch gegenüber einer dauernden monatlichen Versenkungszahl von 600 000 t, damit aber auch bezüglich des Gesamterfolges.

Anders *Gröber*. „Die von ihm eingebrachte Entschließung der Zentrumsfraktion sollte dem unentschlossenen und zögernden Reichskanzler den Entschluß zum U-Bootkrieg erleichtern. Er sollte beruhigt werden, daß er bei seiner endgültigen Stellungnahme die Zustimmung des Reichstages habe, wenn die O. H. L. die Zeit für die Erklärung des U-Bootkrieges für gekommen erachte. Selbstverständlich sollte aber dem Reichskanzler die alleinige verfassungsmäßige Verantwortlichkeit gegenüber dem Reichstag verbleiben. Das Gutachten

der O.H.L. sei freilich auch nur Material für ihn. Mitverantwortlich sei auch der Reichstag, schon weil er die Gelder für den Krieg bewilligen müsse. Aber ein Gutachten Hindenburgs würde allerdings von größtem Einfluß auf ihn sein. Erkläre sich Hindenburg für den uneingeschränkten U-Bootkrieg, dann müßten die Abgeordneten ihre Bedenken dagegen zurücktreten lassen. Da die bisherigen Kriegsmittel versagt hätten, müsse man zu schärferen greifen, um nicht schließlich an Erschöpfung zugrunde zu gehen. Entscheidend sei allein die Frage, ob England durch den U-Bootkrieg so schwer geschädigt würde, daß es zum Nachgeben gezwungen würde. Nur von dem rücksichtslosen U-Bootkrieg sei ein schneller Erfolg zu erwarten.

Die Angst vor Amerika sei ihm (Gröber) nicht recht verständlich. Viel mehr als bisher könne es unseren Feinden auch nicht helfen, wenn es in den Krieg eintrete."

In ähnlicher Weise äußerte sich der damals zur Zentrumsfraktion gehörende Abgeordnete Dr. *Pfleger,* der der Berichterstatter über Marinefragen war. Er schilderte düster die schweren Versorgungsnöte Englands infolge der U-Bootversenkungen. „England zittere vor dem rücksichtslosen U-Bootkrieg; nur dieser werde uns den Frieden bringen."

Die Erläuterung, die der Abgeordnete Dr. Spahn in einer Polemik gegen den Abgeordneten Dr. Helfferich am 23. Juni 1922 im Plenum des Reichstags über die mit dem im Oktober 1916 im Haushaltsausschuß eingebrachten Antrag verfolgten Zwecke abgegeben hat, ist nicht imstande, den Eindruck zu verwischen, den dieser damals bei den Ausschußmitgliedern wie bei den Regierungsvertretern hervorgerufen hat. Er ging dahin, daß das Zentrum zwar formell die verfassungsmäßige Verantwortlichkeit des Reichskanzlers respektieren, die wirkliche Entscheidung über den U-Bootkrieg aber in die Hände der O.H.L. legen wollte. Bei der allen damals bekannten Meinungsverschiedenheit zwischen dieser und dem Reichskanzler und seinen Zivilstaatssekretären bedeutete das, daß sich das Zentrum auf die Seite der O.H.L. und des Admiralstabes stellte; damit ging dem Kanzler die Mehrheit im Reichstag verloren. Die Entscheidung für den U-Bootkrieg war damit gefallen.

Da der Kanzler und die Staatssekretäre dringend vor der Erörterung der U-Bootfrage im Plenum warnten, so wurde auf eine solche verzichtet. Damit wurde der seitens des Haushaltsausschusses bereits angenommene Antrag hinfällig. Ich erhob geschäftsordnungsmäßigen Einspruch, da die Ausschüsse ihre Anträge nur dem Plenum als Vorlagen unterbreiten, aber nicht selbständige Beschlüsse fassen könnten. Daraufhin wurde er in eine Erklärung der Zentrumsfraktion umgewandelt, der die Rechtsparteien beitraten. Gröber betonte, auf die Form käme es nicht an, der Reichskanzler wisse jetzt, woran er sei.

Wer die oben wiedergegebenen Ausführungen der Abgeordneten Gröber und Dr. Pfleger liest, die doch zur Begründung des damaligen Zentrumsantrages gemacht wurden, wird über dessen Sinn und Zweck nicht im Zweifel sein können.

---

## Sitzung, Freitag, den 6. Mai 1927

Schlußaussprache über das Gutachten des Sachverständigen Abgeordneten D. Dr. Dr. Bredt „Der Deutsche Reichstag im Weltkrieg" und die dazu erfolgten Vernehmungen und Berichte

Abg. Dr. *Bergsträßer:*

Ich will zu der längeren Diskussionsrede des Herrn Abg. Dr. Philipp einiges bemerken. Der Herr Abg. Philipp geht davon aus (S. 155) daß das parlamentarische System im Deutschen Reiche als späte Kriegsfrucht nur dadurch möglich geworden sei, daß es aus Mangel an einem geeigneten politischen Führer an der entscheidenden Stelle nicht möglich war, bei uns mit Zustimmung des Parlaments eine diktatorische Gewalt zu schaffen. Daraus ergibt sich für mich zunächst einmal die zwingende Schlußfolgerung, daß auch Herr Dr. Philipp weder Wilhelm II. noch die Regierung als politische Führer angesehen hat, die geeignet gewesen wären, aber auch nicht die oberste Heeresleitung.

Wenn man seine These durchdenkt, so kommt man dazu, wie er es ja selbst ausdrückt, daß eine schicksalhafte Tatsache vorhanden gewesen sei, d. h. der Zufall, daß wir keinen großen Mann gehabt hätten. Ich halte gerade diese These, auf den Zufall ein geschichtliches Urteil aufzubauen, für unzutreffend. Denn dann kämen wir dazu, daß moderne Geschichte überhaupt nur auf dem großen Mann beruht. Das möchte ich ablehnen.

Das Problem scheint mir so zu liegen. „Mit Zustimmung des Parlaments", sagt der Herr Kollege Philipp sehr richtig. Das heißt, es muß bei einer derartigen Diktatur, wie sie Herrn Philipp vorschwebt, ein Vertrauensverhältnis zwischen dem Parlament und dem zu schaffenden Diktator bestehen. Warum bestand nun in Deutschland diese Möglichkeit nicht? Einfach deswegen, weil von vornherein kein Vertrauensverhältnis zwischen Parlament und Regierung bestand. Mit dem Mangel an Vertrauen und vertrauensvoller Zusammenarbeit an diesen Stellen sind wir in den Krieg hineingegangen. Herr Graf Westarp hat ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht, daß zwischen

seiner Fraktion und Bethmann Hollweg kein Vertrauensverhältnis bestanden habe. Mein Freund Freiherr v. Richthofen hat das für die Nationalliberale Partei, und zwar nicht nur für seine Person, sondern für den damals führenden Kopf der Partei, Herrn Bassermann, ausdrücklich bestätigt. In Frankreich dagegen bestand dieses vertrauensvolle Verhältnis, und dort konnte die Diktatur darauf aufgebaut werden als eine zeitweise schärfste Zusammenfassung von Staatskräften in einem krisenhaften Augenblick, die möglich war auf dem Boden der demokratisch-parlamentarischen Gestaltung in diesen Ländern, die bei uns nicht möglich war, weil wir diese Gestaltung nicht gehabt haben. Das Genie als schicksalhafte Gestaltung ist, möchte ich sagen, anormal. Es ist kein normaler Zustand, daß das Genie in die Politik eingreift — sonst würden wir es ja nicht Genie nennen —, worin beschlossen ist, daß es ein ausnahmsweiser Fall ist.

Der Herr Kollege Philipp sagt dann, die reine Demokratie, als Lockmittel von außen für Deutschland gefordert, habe beim Zusammenbruch Wunder für unsere Feinde gewirkt. Hierfür scheint mir der Beweis durchaus nicht erbracht zu sein, und ich bitte darum, diesen Beweis zu erbringen. Bislang halte ich auch diese These für eine subjektive Äußerung, aber nicht für mehr.

Wenn er dann meint, daß die Parteien die Kriegszeit planmäßig benutzt hätten zur Stärkung ihrer Position, so möchte ich feststellen, daß das Drängen auf einen Personenwechsel gerade bei der Nationalliberalen Partei hervorgegangen ist aus einer bestimmten Einschätzung der außenpolitischen Lage, also aus außenpolitischen Gründen stattgefunden hat. Herr v. Richthofen hat das hier sehr eindringlich dargestellt. Dr. Stresemann ist von ihm in dieselbe Linie eingeordnet worden. Bei der Nationalliberalen Partei sind also außenpolitische Gründe das unbedingt Primäre gewesen. Überdies hat ja auch in Frankreich und England ein Personenwechsel in der Regierung genau so wie in Deutschland stattgefunden.

Ein Vertrauensverhältnis zwischen Regierung und Parlament zu schaffen, war die Absicht der Aktion wenigstens der Nationalliberalen, weil sie sagten, erst auf Grund dieses Vertrauensverhältnisses könne die Möglichkeit geschaffen werden, Friedensverhandlungen mit Aussicht auf Erfolg zu führen, während die Oberste Heeresleitung ein durchaus anderes Streben gehabt hat. Es ist deswegen nicht möglich, zu sagen, daß ohne die Parteien der Abgang Bethmann Hollwegs nicht erfolgt wäre; denn die Oberste Heeresleitung hat Bethmann Hollweg vorher schon einmal stürzen wollen, bei der Erklärung des unbedingten U-Boot-Krieges. Da hat Bethmann Hollweg aus einer wie mir scheint falschen Auffassung seiner Stellung, weil er sich aus außen- und innenpolitischen Gründen für unersetzlich hielt, diese Entscheidung mitgemacht. Ebenso hat nachher die O. H. L. z. B. den Kaiser gezwungen, den Chef seines Zivilkabinetts zu entlassen. An

der Aktivität der O. H. L. in dieser Beziehung ist also kein Zweifel. Noch am 25. Oktober 1918 hat die O. H. L. einen Armeebefehl herausgebracht, in dem sie den Wilson-Frieden als „für uns Soldaten unannehmbar" bezeichnet. Sie arbeitet also auch da klar heraus, daß sie eine ganz bestimmte politische Linie haben will.

Wenn Herr Philipp dann von dem „Machtstreben der politischen Parteien" (S. 157) spricht, so scheint es mir eine reine Imputation, wenn gesagt wird, bestimmte Parteien hätten den Wunsch der O. H. L., Bethmann zu beseitigen, als willkommenen Vorwand genommen. Im Gegenteil, sie hatten bestimmte politische Absichten damit und haben es aus eigenster Initiative getan. Überdies kann man schließlich vom Machtstreben der Parteien nicht als von etwas sprechen, was an sich verdammenswert sei; denn eine politische Partei muß dieses Machtstreben haben, wenn sie innerhalb der politischen und parlamentarischen Möglichkeiten überhaupt etwas tun will.

Noch abwegiger scheint mir, von den Liberalen zu behaupten, daß sie die Reform des preußischen Wahlrechts eigentlich nicht gewollt hätten, sondern sie nur mitgemacht hätten, sagen wir einmal, um ihr Gesicht teils ihren Wählern, teils demgegenüber zu wahren, was sie früher als Programm aufgestellt hatten. Dem steht die Tatsache entgegen, daß im Preußischen Landtag der Abgeordnete Dr. Pachnicke als damaliger Führer oder mindestens Sprecher seiner Fraktion immer wieder aufs schärfste in der preußischen Wahlrechtsfrage vorstellig geworden ist, daß auf seine Anregung hin Bethmann Hollweg — ich glaube, es war im Jahre 1916 — erwogen und durchgesetzt hat, eine Andeutung darüber in die Thronrede aufzunehmen. Eine derartige Initiative, wie sie die Fortschrittliche Volkspartei in Preußen entfaltet hat, ist mit der These von Herrn Philipp durchaus unvereinbar, und die Unterstellung einer solchen Halbheit ist in diesem Falle genau so abwegig wie die Unterstellung einer Halbheit in bezug auf die Stellung von Stresemann; denn Stresemann ist seit März 1917 einer der Initiatoren bei der Lösung der Frage des preußischen Wahlrechts.

Nun liegen die Dinge so, daß die preußische Wahlrechtsfrage seit dem Jahre 1917 nicht mehr allein eine preußische Frage blieb, sondern eine deutsche Frage wurde. Die Anerkennung dieser an sich im Mechanismus des Reichs schon begründeten Tatsache steht gerade z. B. in der Rede, die Stresemann am 31. März 1917 gehalten hat. Sachlich ist dieser Gesichtspunkt richtig; denn nach der damaligen politischen Arbeit innerhalb des Reichs ist ja Preußen immer das Land, das die Initiative hat. Es gibt keine Reichsregierung. Alles, was im Reiche geschieht, geschieht erst, nachdem sich das preußische Staatsministerium damit beschäftigt hat. Wer die Protokolle der Sitzungen des preußischen Staatsministeriums während des Krieges kennt, weiß das ohne weiteres. Infolgedessen ist die Zusammensetzung des preußi-

schen Staatsministeriums eigentlich der Angelpunkt der Reichspolitik, und von diesem Standpunkte aus hat Stresemann damals ausdrücklich gehandelt.

Es ist auch falsch, wenn Graf Westarp (Bd. 7, I. dieser Reihe, S. 101) sagt, daß die Agitation die Wahlrechtsfrage benutzte, um eine andere innerpolitische Machtverteilung herbeizuführen. Das ist deswegen falsch, weil die tatsächliche innerpolitische Machtumgruppierung schon längst dagewesen ist. Es war die Tatsache vorhanden, daß ein unendlich großer Prozentsatz der Bevölkerung Preußens nicht mehr wie bis zum Jahre 1850 oder bis zum Jahre 1867 am Dreiklassenwahlrecht teilnahm, sondern durch das Dreiklassenwahlrecht von der Einflußnahme auf den Staat ausgeschlossen war, weil sich eine riesenhafte Arbeitermasse entwickelt hatte. Überdies ist die Agitation für die Änderung des preußischen Wahlrechts nicht etwa während des Krieges von den betreffenden politischen Parteien akut zu einer Machtverschiebung aufgenommen worden, sondern schon von Lassalle im Jahre 1863 — ich glaube im „Offenen Antwortschreiben an die Leipziger Arbeiter" — als Programm für die Arbeiterbewegung aufgestellt worden. Der Arbeiter gewinnt nur durch das allgemeine Wahlrecht Einfluß innerhalb des Staates. Man kann also nicht sagen, daß die Situation benutzt worden sei von den betreffenden politischen Parteien, um während des Krieges eine innerpolitische Machtverschiebung herbeizuführen. Seit dem 4. August besteht ja auch insofern eine innenpolitische Kräfteverschiebung — ich will nicht sagen Machtverschiebung —, als die Mehrheitssozialdemokratische Partei eine neue Politik gegenüber dem Staate entriert hatte, und sie selbstverständlich auf Grund dieser neuen Politik innerhalb des Staates eine andere Stellung haben wollte. Die Änderung des preußischen Wahlrechts ist infolgedessen nur eine Konsequenz dieser Tatsache.

Wenn man schließlich diese Änderung von seiten bestimmter Parteien nicht auf die Zeit nach dem Kriege vertagen wollte, so deswegen, weil ein Mißtrauen bestand, daß nach dem Kriege etwas Derartiges doch nicht gemacht würde. Herr Philipp sagt:

> „Die agitatorisch viel ausgenutzte Behauptung von dem zu erwartenden Wortbruch des Kaisers in der Wahlrechtsfrage entbehrt jeder Begründung."

Sie entbehrt nicht jeder Begründung, denn es hat zwei Vorgänge gegeben: den Vorgang vom Jahre 1813, wo das Manifest von Kalisch eine Konstitution verspricht und nachher keine Konstitution geschaffen wird, und den Vorgang des Jahres 1912, wo eine Änderung des preußischen Wahlrechts im Sinne einer Weiterentwicklung, einer stärkeren Herbeiziehung der breiten Volksmassen, so will ich es einmal ausdrücken, auch als ein Wort des Kaisers versprochen und dieses Wort tatsächlich nicht eingelöst wird.

Noch weniger richtig ist es, wenn Herr Philipp meint, daß in anderen Ländern eine derartige Aktion zur Änderung der Verfassung nicht stattgefunden habe.

„Auch in Frankreich und England hatten die Arbeiter zahlreiche politische Wünsche. Hat man sie dort durch Versprechungen auf politischem Gebiet zum Durchhalten und zur Zufriedenheit zu bringen versucht? Niemals, und doch hat man den Krieg dort gewonnen."

Er sagt dann: „Hätten unsere Waffen gesiegt und wären Heer und Heimat nicht planmäßig durch wilde Agitation zermürbt worden." Schon die erste These ist völlig falsch. England hat im Jahre 1916 oder 1917 sein Wahlrecht fundamental geändert und ungeheuer erweitert, so daß die gesamte männliche Bevölkerung und auch ein großer Teil der weiblichen Bevölkerung nunmehr wahlberechtigt wurde. England hat hiermit eine der allergrößten Wahlrechtsänderungen während des Krieges vorgenommen, weil man die Klugheit hatte, einer Entwicklung vorauszugehen, während man bei uns diese Klugheit und Kraft nicht hatte. Das ist ein ungeheurer Unterschied zwischen der englischen und der deutschen Politik. Ich weiß aus den Akten der Reichskanzlei, daß damals mein Parteifreund Dernburg diese englische Wahlreform ganz eingehend in einer Denkschrift dem Reichskanzler — es muß vor dem Juli 1917 gewesen sein, es war, soviel ich mich erinnere, noch Bethmann — als Modell dargestellt hat, um daran zu zeigen, wie notwendig nunmehr auch für Deutschland eine Wahlrechtsreform sei.

Wenn Herr Philipp nun sagt „Wären Heer und Heimat nicht planmäßig durch wilde Agitation zermürbt worden", so möchte ich auch hier bitten, uns den Beweis hierfür zu erbringen. Er bleibt uns den Beweis völlig schuldig. Ich möchte dabei nur auf folgendes hinweisen. Es sind inzwischen im Reichsarchiv die gesamten Kriegsbriefe aus dem Deutschen Studentendienst — das ist die Organisation des früheren Reichskanzlers Dr. Michaelis — durchgesehen und inventarisiert worden. In allen diesen Kriegsbriefen, die fast durchweg von Akademikern, von Offizieren geschrieben sind, steht kein einziges Wort von einer Agitation im Heere. Damit ist immerhin schon die These von der Zermürbung des Heeres durch Agitation sehr stark erschüttert. Ich gehe noch weiter. Ich habe inzwischen verschiedenste Sammlungen von Kriegsbriefen, die mir privatim zugänglich wurden, ich habe überdies den Gesamtbestand an Kriegsbriefen im Reichsarchiv, wo Briefe von Offizieren und Mannschaften, wie sie einkamen, aufbewahrt wurden, durchgesehen und in keinem einzigen dieser Briefe etwas von Agitation gefunden. Ich mache ferner darauf aufmerksam, daß in den Berichten über die Lage des Heeres in der letzten Oktoberwoche 1918, die aus dem Reichsarchiv zu den Drucksachen unseres Ausschusses gekommen

sind, auch kein Wort davon steht, außer in einem einzigen Bericht, der von einer Agitation der Unabhängigen Sozialdemokratie spricht, und ich erinnere mich, daß es etwa 80 oder 90 Berichte im ganzen sind.

Man kann also den Beweis einer solchen Agitation nicht führen. Es ist nichts weiter als eine Wiederholung von Äußerungen, die vielfach gemacht worden sind, die aber durch die Wiederholung nicht richtiger werden. Solange der Beweis nicht erbracht werden kann, besteht aber die Tatsache, daß die Niederlage Deutschlands sehr wohl auf anderem Wege erklärt werden kann. Ich beziehe mich da wiederum auf das, was Graf Westarp gesagt hat, als er von der englischen Hungerblockade als einer der wirksamsten Kräfte zur Herbeiführung der Niederlage gesprochen hat, und auf das, was Graf Westarp auch anerkannt hat und was gerichtsnotorisch ist, daß eine ungeheure Überlegenheit an Mannschaften und zuletzt eine geradezu entsetzliche Überlegenheit an Material auf der Seite der Gegner bestanden hat. Das sind die natürlichen Erklärungspunkte. Man braucht also den Begriff „Agitation" nicht künstlich herbeizuziehen.

Ich möchte dann einige Bemerkungen über die Ostpolitik machen und zunächst einmal von der Fragestellung ausgehen, die der Herr Kollege Philipp selbst an die Spitze seiner diesbezüglichen Ausführungen gestellt hat. Er hat gesagt, die voreilige Gründung des Königreichs Polen sei durch Bethmann erfolgt und habe von vornherein die Gleise der deutschen Ostpolitik in verhängnisvoller Weise bestimmt. Dabei sagt er selbst, daß der Initiator für die Gründung Polens Generalgouverneur v. Beseler gewesen ist, der den Militärs eine riesenhafte Armee versprach. Daß diese Armee nachher aus Wind und nicht aus Menschen bestand, ist ja nicht die Schuld derer, die auf diese Information hineingefallen sind, sondern die Schuld Beselers.

Überdies besteht die Tatsache, daß die Befreiung der nordwestrussischen Völkerschaften, will ich einmal sagen — Nordwestrußland ist ja in der russischen Politik und im russischen Staatsrecht ein häufig vorkommender, feststehender Begriff — von Rußland ein Ziel von Oberost gewesen ist, und zwar längst ehe es zur Begründung von Polen überhaupt gekommen ist. Im November 1916 ist Polen begründet worden. Schon im März 1916 hat Oberost eine Reihe von Denkschriften ausgearbeitet, die auf die Loslösung dieser ganzen Gebiete — Litauen, Lettland, Weißrußland, Kleinrußland — von dem eigentlichen Rußland hingearbeitet haben. Ich habe seinerzeit selbst, da ich in der Presseabteilung Oberost tätig war, zu einem Völkeratlas Nordwestrußlands das Vorwort geschrieben. Dieser Atlas stellt sehr hübsch die Verteilung der Nationalitäten dar und überläßt es dem Leser, daraus Schlußfolgerungen darüber zu ziehen, inwieweit die Zugehörigkeit dieser Gebiete zu Rußland berechtigt sei.

Darin liegt ja genau dieselbe Politik der Loslösung von Rußland. *Man kann also mit gutem Recht sagen, daß Oberost — und das war Hindenburg-Ludendorff — damals schon dieselbe Politik gemacht hat, ehe es zu der Begründung des polnischen Staates gekommen ist.* Seit Ende 1915 liegt diese Politik von Oberost fest. Die Begründung von Litauen ist nicht die Folge der Begründung Polens, sondern war vorher schon von Oberost gewollt. Die ganze Politik von Oberost war auf diese Loslösung eingestellt. Man hat sich schon im Sommer 1916 in Oberost erzählt — das pfiffen die Spatzen vom Dach —, daß sich General Ludendorff im Gebiete Litauens einen Landstrich ausgesucht habe, wo er sich nach dem siegreichen Kriege seine Dotation geben lassen wolle.

Im übrigen war bei dieser Loslösung nordwestrussischer Gebiete auch der Gesichtspunkt sehr stark vertreten, daß durch das Hinzukommen rein agrarischer Gebiete ein Gegengewicht gegen die industrielle Entwicklung Preußens geschaffen und dadurch die agrarische Basis Preußens, aber auch die Stellung der die Agrarier vertretenden Parteien und der Landwirtschaft überhaupt in Preußen gestärkt werden könne. Deswegen wollte man dieses Land für Preußen mit gewinnen. Das waren zum Beispiel die Gesichtspunkte, die im Einverständnis mit dem Stab Oberost der damalige inzwischen verstorbene Leiter der „Kownoer Zeitung", ein Redakteur der „Deutschen Tageszeitung", Oßmann, immer wieder, auch in Privatgesprächen mit mir, vertreten hat.

Brest-Litowsk erscheint mir nicht als eine Fortsetzung von Bethmann Hollwegs Randstaatenpolitik, sondern als eine Fortsetzung der Randstaatenpolitik, die die spätere Oberste Heeresleitung als Chef von Oberost in unsere ganze politische Arbeit eingeführt hat. Überdies ist es etwas anderes, ob man eine derartige Politik, Landgebiete von einem Staat loszulösen, mit dem man sich im Kriege befindet, in der Zeit macht, wo man sich noch mit ihm im Kriege befindet. Da läßt sich über etwas derartiges immerhin reden. Wenn man aber dann bestimmte Ziele und Grundlagen für einen Friedensschluß aufstellt, nämlich den Frieden ohne Annexionen, und trotzdem diese Politik beim Friedensschluß weiterführt, dann ergibt sich daraus eine Zwiespältigkeit, die nicht mehr eine Propaganda gegen eine feindliche Macht ist, sondern das Zeichen einer vollkommen unklaren, unsicheren und — wie die Gegenseite in gewissem Sinne mit Recht behaupten kann — hinterhältigen Politik. Man hatte ja über das künftige Verhältnis dieser Gebiete zu Deutschland ganz bestimmte Vorstellungen. Über den litauischen Kur- und sonstigen Hut will ich mich nicht weiter auslassen. Daß man aber für Kurland einen Kurhut hat haben wollen, ist gewiß; denn das war damals allgemein bekannt. Auch hier haben innerpolitische Gesichtspunkte bei manchen Leuten mitgesprochen. Man wollte eine Verbindung dieser Gebiete mit Preußen,

weil man sich sagte: dann haben wir ein zweites Argument gegen die Änderung des Wahlrechts. Das wichtigste Argument gegen die Änderung des preußischen Wahlrechts war doch immer: wir können das nicht machen wegen der polnischen Gebiete, die Preußen hat. Nun hätte man dann noch die lettischen Gebiete dazu gehabt und also sagen können: um so weniger können wir das Wahlrecht ändern. Das sind Gesichtspunkte, die mir, als ich 1917 und 1918 in Lettland militärisch stationiert war, immer wieder, auch von einflußreicher und bestimmter Seite, gesagt worden sind.

Nun noch ein Wort zur Behandlung der Bevölkerung. Ich erinnere mich sehr gut, daß zwischen der Absicht, diese Bevölkerung für Deutschland zu gewinnen, und der tatsächlichen Behandlung dieser Bevölkerung ein ungeheurer Unterschied bestanden hat. Man hat diese Bevölkerung nicht nur auf dem Gebiete der Lebensmittelversorgung zum Teil recht schlecht behandelt. Hier bin ich durchaus geneigt, unter Berücksichtigung unserer damaligen deutschen Notverhältnisse die weitesten Zugeständnisse zu machen. Man hat aber auch jedes eigene Leben sowohl in Litauen wie in Lettland vollkommen unterbunden. Herr v. Gayl verteidigt die Einführung des deutschen Schulunterrichts mit praktischen Gründen, aber es war doch weiter nichts als ein verkapptes Hinarbeiten auf — ich will nicht sagen: die Annexion, aber — die Angliederung. In Lettland hat man es noch deutlicher gemacht. Es gab da ein Statut über die Behandlung der Volksschulen, das von Oberost ausgearbeitet war, von dem damaligen Chef der Schulabteilung — es war ein Ministerialrat im Preußischen Kultusministerium, Altmann —, in dem gesagt war, daß jeweils die nationale Volksschule durchgeführt werden müsse. Der Unterricht sollte in der Landessprache erteilt werden. Das hat man in Kurland nicht getan. Man hat keine lettischen Volksschulen errichtet mit der Begründung, es gäbe keine Lehrbücher dafür, obwohl diese Lehrbücher längst schon vorhanden waren. Die Schulabteilung in Kurland, die unter Führung eines Königsberger Archivrats Seraphim stand, wollte eben für eine balto-deutsche und anti-lettische Einstellung sorgen. Für die Einstellung dieser Schulverwaltung will ich Ihnen nur ein Beispiel anführen. Als ich Oberlehrer am Gymnasium in Libau war, mutete mir dieser Herr Seraphim eines Tages zu, ich sollte einen Juden, den ich unter den Abiturienten hatte, durchfallen lassen, weil es für Deutschland unerwünscht sei, daß Juden an dieser Schule ihr Abitur machten. Das ist charakteristisch für die ganze Einstellung dieser Verwaltung: Unterdrückung der Nationalitäten, aber den Anschein erwecken, als wolle man sie nicht unterdrücken, sondern mit ihnen zusammenarbeiten. Es ist ja damals auch kein Lette in der Verwaltung herangezogen worden. Man hat in Riga noch im Jahre 1918 die merkwürdigsten Versuche gemacht, mit den Letten äußerlich zusammenzuarbeiten, aber sie innerlich zu übergehen.

Ich komme nun noch ganz kurz auf die preußische Wahlrechtsvorlage überhaupt, indem ich mir vorbehalte, da ja eine ganze Menge Material des Herrn v. Loebell vorliegt, eventuell in einem späteren Stadium unserer Verhandlungen das gesamte Material dem Ausschuß zu unterbreiten, das ich in einer wissenschaftlichen Arbeit niedergelegt habe, die noch nicht gedruckt worden ist. Herr v. Loebell behauptet wiederholt — er hat es auch meiner Arbeit gegenüber behauptet —, daß die Initiative einer Änderung des preußischen Wahlrechts bei ihm gelegen habe. Er bezieht sich dabei immer auf eine Denkschrift, die er Ende 1914 an den Kaiser geschickt hat. Ich kenne diese Denkschrift; in ihr ist von dem preußischen Wahlrecht überhaupt nicht die Rede. Wenn ich gesagt habe, Bethmann Hollweg habe im Dezember 1914 schon den zuständigen preußischen Minister beauftragt, so gebe ich vollkommen zu, daß dieses Wort „beauftragt" nicht richtig gewesen ist, denn bei der Kollegialverfassung konnte er nicht beauftragen. Aber bei seinem Aufenthalt in Berlin im Dezember 1914 sprach der Kanzler dem Minister des Innern gegenüber den Wunsch aus — so müßte es wissenschaftlich richtig lauten —, daß die Frage einer Abänderung des preußischen Wahlrechts in seinem, des Herrn v. Loebell, Ministerium erneut einer eingehenden Prüfung und Bearbeitung unterzogen und nach Möglichkeit so gefördert werde, daß die Staatsregierung in der Lage sei, alsbald nach Beendigung des Kriegszustandes mit einer Vorlage an den Landtag heranzutreten. Auf Grund dieser Aufforderung, dieses Wunsches des Reichskanzlers ist dann die erste Ausarbeitung durch Herrn v. Berger im Einverständnis mit dem Minister v. Loebell erfolgt. Bethmann Hollweg hat diese Ausarbeitung einige Zeit zurückbehalten, um sie erst in einem schicklichen Augenblick günstiger Stimmung Wilhelms II. vorzulegen; denn die ganze Politik Bethmann Hollwegs ging ja immer darauf hinaus, günstige Gelegenheiten bei Wilhelm II., dessen launische, dilettantische Einstellung ihm sehr wohl bekannt war, auszunützen. Dies hat er dann getan, und dabei fand er einen guten Boden. Dann entwickelten sich die Dinge weiter. Ich kann auf die Einzelheiten nicht eingehen, weil das zu weit führen würde. Ich will nur das eine bemerken: Wenn behauptet wird, eine Änderung des preußischen Wahlrechts sei nicht möglich gewesen wegen der Mehrheitsverhältnisse im Preußischen Abgeordnetenhaus, so ist das zwar formal vollkommen richtig, aber der Druck bei einer etwaigen Neuwahl wäre so stark geworden, daß unbedingt eine sehr starke Änderung zu erreichen gewesen wäre, wenn Bethmann Hollweg oder ein späterer Reichskanzler Neuwahlen angekündigt hätte.

Auch auf die Einzelheiten der Entwicklung der preußischen Wahlrechtsfrage im Preußischen Innenministerium gehe ich nicht ein. Ich bemerke nur, daß in einer der Denkschriften des Herrn v. Loebell ausdrücklich ein Vorschlag Bethmann Hollwegs abgelehnt wird. Das ist

sehr charakteristisch. Bethmann Hollweg — es handelt sich noch um ein Stufenwahlrecht — schlug vor, jeden Kriegsbeschädigten eine Stufe höher zu setzen, und das lehnte der Minister v. Loebell ausdrücklich während des Krieges ab, weil dadurch unerwünschte Wirkungen bei diesem neuen Wahlrecht sich ergeben würden, weil dann ja jeder Kriegsteilnehmer kommen und dasselbe verlangen könnte. So hat Herr v. Loebell die ganze Wahlrechtsvorlage behandelt. Das ist der Geist, in dem auch die damalige Konservative Partei die Wahlrechtsvorlage behandelt hat, wozu man nur sagen kann: Und alle Schuld rächt sich auf Erden.

Abg. *Dittmann:*

Wir haben über die Haltung der Parteien des Reichstags während des Krieges eine Reihe Persönlichkeiten gehört, die damals in ihren Parteien führend gewesen sind. Nur über die Haltung der USPD haben wir bisher keine der damals führenden Personen gehört. Ich will deshalb versuchen, diese Lücke auszufüllen.

Es ist vielfach versucht worden, die Haltung der USPD zu erklären aus einer utopistisch-pazifistischen Einstellung oder gar aus einem übertriebenen Vertrauen in die militärische Tüchtigkeit der deutschen Obersten Heeresleitung heraus. Beides ist absolut falsch.

Die Politik der USPD im Kriege war eine grundsätzlich sozialistische und zugleich eine nüchtern realistische. Sie ging davon aus: 1. daß der Krieg schleunigst beendet werden müsse; 2. daß es dabei zu keinerlei Vergewaltigung irgendeines Volkes kommen dürfe; 3. daß es Pflicht sei, in jedem Lande alle Kraft für die Verwirklichung dieser beiden Grundsätze einzusetzen; 4. daß es notwendig sei, gegenüber den Kräften, die sich bei uns im Lande diesem Friedensziel in den Weg stellten, die Volksmassen selber zur Entscheidung aufzurufen.

Dieser letztere Punkt trennte die USPD von der Mehrheitssozialdemokratie. Konkret habe ich diesen Gegensatz in der Reichstagsrede vom 9. Oktober 1917, die dem bekannten Vorstoß des Kanzlers Michaelis und des Staatssekretärs v. Capelle gegen die USPD unmittelbar voraufging, mit folgenden Worten formuliert:

„Statt die alldeutsche Propaganda für Annexionen, so wie sie sich in den ersten Kriegsmonaten bemerkbar machte, hier von der Reichstagstribüne herab öffentlich und rücksichtslos zu bekämpfen, hat die sozialdemokratische Reichstagsfraktion aus falscher Rücksicht auf das Ausland geschwiegen. Wenn wir von der Opposition in der Fraktion darauf drängten, den Kampf gegen die Annexionspolitiker zu führen, von der Regierung ein unzweideutiges Abrücken von der alldeutschen Eroberungspolitik zu fordern, dann wurde uns stets erwidert: Ach, die Alldeutschen! Das ist eine Handvoll verrückter Phantasten, die keinen Einfluß auf die Regierung haben; der Reichskanzler wirft ihre Eingaben in den Papierkorb; würde

man die Alldeutschen öffentlich im Reichstag bekämpfen, so würden sich Leute im Reichstag finden, die öffentlich für sie und ihre Annexionsforderungen einträten; das würde der Entente neuen Stoff gegen Deutschland liefern. So wurde immer und immer wieder in der sozialdemokratischen Fraktion argumentiert."

Diese Formulierung stammt aus der Kriegszeit, ist also keine nachträgliche Konstruktion. Was ich in jener Reichstagsrede in ein paar allgemeinen Sätzen über den Gegensatz zwischen USPD und SPD gesagt habe, das hatte ich am 15. und 16. Juni desselben Jahres bereits in zwei Artikeln der „Leipziger Volkszeitung", betitelt „Die Wahrheit über die Friedenspolitik der Regierungssozialisten", ausführlich unter Anführung von Einzelheiten dargelegt. Ich werde diese Artikel hier folgen lassen, denn sie zeigen, wie der Streit über die Taktik bei der Bekämpfung des Annexionismus zur Spaltung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion geführt hat.

## I.

Seit die Erörterung der Kriegs- und Friedensziele freigegeben ist und nicht mehr der Zensur unterliegt, besonders aber seit die russische Revolution die Friedensfrage auf die Tagesordnung gesetzt hat, wird zwischen den Alldeutschen und den Regierungssozialisten eine lärmvolle Preßfehde über Kriegsziele und Friedensbedingungen geführt. Dabei gebärden sich die Regierungssozialisten, als wenn sie seit Kriegsbeginn ununterbrochen einen energischen Kampf gegen die Annexionspolitiker geführt und von der Regierung ein unzweideutiges Bekenntnis zu einem Frieden ohne Annexionen und Kriegsentschädigungen gefordert hätten. Beides aber ist falsch!

Vom Herbst 1914 bis zum Frühjahr 1916 hat in der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion ein zäher und erbitterter Kampf um diese Fragen getobt. Immer und immer wieder vergebens hat dabei eine nach und nach von 14 auf 44 Fraktionsmitglieder angewachsene Minderheit von Tagung zu Tagung darauf gedrängt, den Kampf gegen die Annexionisten von der Reichstagstribüne aus energisch zu führen und vom Reichskanzler Klarheit über seine Kriegsziele sowie die Bereitschaft zu einem Frieden ohne Annexionen zu fordern. Scheidemann, David, Heine, Ebert, Legien, Bauer und andere Führer der Regierungssozialisten wußten solche Fraktionsbeschlüsse immer wieder zu hintertreiben. Ja, sie boten alles auf, den Fraktionsrednern im Reichstage zu verbieten, die Friedensfrage in ihren Reden auch nur zu berühren, und sie wußten durchzusetzen, daß im Reichstage gegen die Annexionspolitiker nicht Front gemacht werden durfte. Dabei beriefen sie sich fortgesetzt auf Wünsche des Reichskanzlers und seiner Vertreter, nach deren Meinung solche öffentlichen Erörterungen mit Rücksicht auf das Ausland unter-

bleiben müßten. Vergebens bekämpfte die Minderheit diese fortgesetzte Rücksichtnahme auf die Regierungswünsche und wies nach, daß gerade das Schweigen der Sozialdemokratie zu all diesen wichtigen Fragen ungünstig auf das Ausland und kriegsverlängernd wirke. Die Regierungssozialisten hatten die Mehrheit in der Fraktion und zwangen die Minderheit durch die Fraktionsdisziplin zum Schweigen im Reichstage. Die fortgesetzte Mundtotmachung der Minderheit in Situationen, in denen das Reden sozialistische Pflicht war, führte schließlich dazu, daß ein Teil der Minderheit gegen den Willen der regierungssozialistischen Mehrheit im Reichstage selbständig auftrat und deswegen wider alles Parteirecht aus der Fraktion ausgeschlossen wurde. Die Spaltung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion resultiert also aus der Pflichtvergessenheit ihrer Mehrheit in der Annexions- und Friedensfrage, und die gleiche Ursache führte schließlich zur Gründung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zu Ostern 1917 in Gotha.

Wenn die Regierungssozialisten in ihrer Preßfehde mit den Alldeutschen und in ihren Auslassungen zur Stockholmer Friedenskonferenz jetzt von all diesen Dingen schweigen, so ist das von ihrem Standpunkte aus verständlich, wenn sie aber der Wahrheit zuwider behaupten, von Anbeginn des Krieges so wie jetzt aufgetreten zu sein, so zwingt uns das, der Öffentlichkeit einmal Aufschluß zu geben über das wahre Verhalten der Regierungssozialisten zur Annexions- und Friedensfrage während der ersten Kriegsjahre.

Eine lange Zeit hindurch wollten die Führer der Regierungssozialisten ebensowenig wie die Alldeutschen etwas wissen von einem Verständigungsfrieden, auch sie wollten einen Siegerfrieden, der auf Grund der militärischen Gewalt diktiert wird. Scheidemann schrieb in seinem bekannten Neujahrsgruß 1914/15 an seine Solinger Wähler im Inseratenteile der Bergischen „Arbeiterstimme“ wörtlich:

> . . . wir wollen die Absichten unserer Gegner zuschanden machen, wir wollen siegen!

Ebenso erklärte Scheidemann wenige Wochen später, am 4. Februar 1915, in der Reichstagsfraktion:

> Ich glaube nicht an ein remis, an einen unentschiedenen Ausgang dieses Weltkrieges. Käme es dazu, dann würden wir nur einen Frieden auf zwei bis drei Jahre bekommen.

Weil die Alldeutschen auch jetzt noch dasselbe sagen, nennt Scheidemann sie heute im Reichstage „Narren“. In jener Fraktionssitzung wandte Scheidemann sich heftig dagegen, daß von der Fraktion im Reichstage die Friedensfrage zur Erörterung gebracht und von der Partei im Lande eine Friedenspropaganda eingeleitet würde. Damit würden die Annexionisten auf den Plan gerufen, und

die Kriegsgegner Deutschlands würden daraus Ermutigung schöpfen. Er warnte dringend davor, „denn" — so sagte er:

> Die Regierung bittet, nach dieser Richtung nichts zu unternehmen, und wenn wir es doch tun, so laufen wir Gefahr, daß uns unter der Gewaltherrschaft des Belagerungszustandes unsere Organisationen zerschlagen werden.

Mit ähnlichen Argumenten operierten David, Cohen, Schöpflin und Quessel gegen die Erörterung der Friedensfrage im Reichstage und die Entfachung einer Friedenspropaganda im Lande.

Davon reden sie heute nicht mehr.

Als Anfang März 1915 der Reichstag wieder zusammentrat, wandten sich die Mehrheitsführer sogar dagegen, daß zur ersten Lesung des Etats eine Generalrede gehalten werde, und vor allem sträubten sie sich dagegen, daß im Reichstag über den Frieden geredet würde. Am 8. März sprachen in der Fraktionssitzung Scheidemann, David, Ebert, Cohen, Südekum, Molkenbuhr, Legien und Bauer in diesem Sinne. Die Fraktion beschloß aber trotzdem, daß Haase zum Etat eine Rede halten und dabei auch vom Frieden sprechen solle. Am andern Tage suchten Scheidemann, David, Legien, Richard Fischer und Robert Schmidt diesen Beschluß unter Berufung auf Mitteilungen, die der Reichskanzler abends vorher den Fraktionsvertretern gemacht hatte, wieder umzustoßen. Scheidemann sagte dabei:

> Der Reichskanzler hat uns auf das allerdringendste (in Solingen sagte er später — am 2. Mai 1915 — sogar „händeringend") gebeten, von der Erörterung der Friedensfrage Abstand zu nehmen.

Aber die Fraktion blieb bei ihrem Beschluß vom Tage vorher, und so sprach Haase am 10. März 1915 zum Etat und dabei auch über den Frieden und tags darauf erklärten selbst die Vertreter der bürgerlichen Parteien im Seniorenkonvent des Reichstags, daß die Rede keinen Anstoß erregen könne: die Regierungssozialisten waren also päpstlicher gewesen als der Papst. Haase hatte gefordert, daß die deutsche Regierung die Friedenshand ausstrecke zu einem Frieden, bei dem kein Volk vergewaltigt werde.

Am 17. März 1915 wurde Scheidemann in der Fraktionssitzung beauftragt, zum Etat des Auswärtigen Amts zu reden. Von der Minderheit wurde verlangt, er solle dabei gegen die bekannte Annexionseingabe der sechs Wirtschaftsverbände und die Annexionsrede des Herrenhauspräsidenten v. Wedel-Piesdorf protestieren. Dagegen wendeten sich Scheidemann, David, Gradnauer, Hildenbrand, Noske und Richard Fischer und setzten es durch, daß mit 48 gegen 39 Stimmen beschlossen wurde, davon Abstand zu nehmen. Scheidemann verstieg sich dabei sogar zu der Behauptung, Wedel-Piesdorf, der erklärt hatte, die Abwehr unserer Feinde sei uns ge-

lungen, und wenn wir nichts weiter wollten, sei ein Friede wohl in kurzer Zeit zu haben, damit aber könne sich Deutschland nicht befriedigt erklären — habe eigentlich nichts anderes gesagt, als was auch in der Erklärung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion vom 4. August 1914 gefordert werde, wo auch vom „Ziel der Sicherung" die Rede sei. Ebenso betonte Scheidemann, nochmals vom Frieden zu reden, ginge nicht an, erst müßten es jetzt unsere französischen und englischen Genossen tun. Er sprach dann auch in seiner Rede im Reichstage vom 18. März weder gegen Wedel-Piesdorf und die Annexionisten, noch für den Frieden. Heute behauptet er, das immer und bei jeder Gelegenheit getan zu haben.

Erst in der Maitagung des Reichstags, vom 29. Mai 1915, flocht dann Ebert einen Passus gegen die Annexionspolitiker und für den Frieden in seine Rede mit ein, aber die Regierung aufzufordern, ihr die Bedingung zu stellen, ihre Bereitschaft zu einem Frieden ohne Annexionen zu erklären, das lehnte die Mehrheit der Reichstragsfraktion beharrlich ab, ja ihre Führer gaben sogar die Forderung „keine Annexionen" preis und suchten sie zu diskreditieren, ebenso auch das „Selbstbestimmungsrecht der Völker", das jetzt bei der Stockholmer Friedenskonferenz im Vordergrund steht.

Am 14. und 15. August 1915 tagte die Reichstagsfraktion gemeinsam mit dem Parteiausschuß und nahm mit Mehrheit Davids stark imperialistisch gefärbte Leitsätze über die Kriegsziele und Friedensbedingungen an. Bei der Beratung erklärte David, er habe absichtlich den Grundsatz des Selbstbestimmungsrechts der Völker nicht in die Leitsätze aufgenommen, nachdem er gesehen habe, daß damit Unfug getrieben werde, indem man die Anwendung dieses Grundsatzes auf Elsaß-Lothringen fordere. Gegen ihn wurde der Grundsatz in die Leitsätze eingefügt. David sagte weiter, es habe auch nie ein sozialistisches Prinzip gegen Annexionen gegeben. Wir hätten immer nur das Prinzip der Nationalitäten vertreten. Heute möchte er das alles nicht gesagt haben.

Von der Minderheit wurde am 17. August 1915 in der Fraktion betont, im feindlichen Auslande herrsche auf Grund der militärischen Siege Deutschlands die erklärliche Furcht, Deutschland wolle nur einen Frieden, der ihm Eroberungen bringe, und es herrsche dort auch die Annahme, die deutsche Sozialdemokratie billige diese Haltung der Regierung. Daher sei es notwendig, den Reichskanzler, zunächst vielleicht in der Budgetkommission, dann aber auch öffentlich im Reichstage, zu fragen, ob er bereit sei, in Friedensverhandlungen einzutreten auf einer Grundlage, die die Vergewaltigung irgendeines Volkes ausschließe und die Unabhängigkeit aller Völker gewährleiste. Dagegen erklärten sich wiederum die Regierungssozialisten. Landsberg sagte:

Der Kanzler kann nicht eine solche Erklärung abgeben aus Rücksicht auf das Ausland, das darin ein Zeichen der Schwäche sehen würde.

David forderte von der Fraktion „den Mut zu schweigen", und Schulz-Erfurt sagte gar:

Ich lehne es ab, dem Reichskanzler solche Daumschrauben anzulegen!

Dieselben Leute aber behaupten heute, von der Regierung immerfort den Verzicht auf Annexionen gefordert zu haben. Mit 57 gegen 37 Stimmen wurde damals abgelehnt, dem Kanzler eine solche Frage zu stellen. Ja, als dann beantragt wurde, daß der als Redner bestimmte David seine eigenen Leitsätze zur Kriegsziel- und Friedensfrage in seiner Rede wenigstens verlesen, wenn auch nicht begründen möge, damit sie ohne Behinderung der Zensur abgedruckt werden könnten, da sprachen David, Quarck, Bauer und Landsberg dagegen und erreichten, daß der Antrag mit 49 gegen 48 abgelehnt wurde; David selber gab den Ausschlag durch seine Stimme! So kam es, daß der in jener Situation wichtigste Satz der Leitsätze, der sich für die Wiederherstellung Belgiens aussprach, monatelang nicht abgedruckt werden konnte, bis ihn Dittmann, ohne die Fraktion zu fragen, in seiner Zensurrede vom 18. Januar 1916 verlas.

II.

Als die Fraktion am 24. November 1915 wieder zusammentrat, drängte die Minderheit erneut darauf, daß der Reichskanzler über die Friedensfrage interpelliert und diese Frage in der Fraktion zuerst beraten werde. Gegen das letztere Verlangen sprachen Schulz, David, Ebert, Thiele und Bauer, der da sagte: „Die Friedensfrage ist ein rein theoretisches Gerede; wir sollten die praktischen Arbeiterfragen voran- und die hohe Politik zurückstellen."

So wurde denn auch mit 48 gegen 34 Stimmen beschlossen. Als die Friedensfrage dann am 29. November 1915 in der Fraktion zur Verhandlung kam, beantragte die Opposition folgende Interpellation im Reichstage einzubringen:

Ist der Herr Reichskanzler zu sofortigen Friedensverhandlungen auf der Grundlage des Verzichts auf Annexionen jeder Art durch alle beteiligten Länder bereit?

Gegen diesen Wortlaut liefen die Mehrheitsführer Sturm und verlangten die Ausmerzung der Frage nach der Bereitschaft zu einem Frieden ohne Annexionen. David, Ebert, Richard Fischer, Molkenbuhr und Scheidemann beantragten für die Interpellation folgenden harmlosen Wortlaut:

Ist der Herr Reichskanzler bereit, Auskunft darüber zu geben, unter welchen Bedingungen er geneigt ist, in Friedensverhandlungen einzutreten?

Scheidemann bekannte bei der Begründung:

Wir können vom Kanzler nicht fordern, öffentlich zu sagen, daß er alles aus der Hand geben will. Übrigens hörte ich neulich in Wien vom Genossen Renner sehr richtig sagen, Annexionen unter keinen Umständen sei eine Redensart, die mit Sozialismus und Demokratie nichts zu tun habe. Was solle man z. B. mit Polen machen? Es sei doch eine Utopie, es zum selbständigen Staat machen zu wollen. Auch Viktor Adler sagte, mit der Phrase „gegen Annexionen" sei nichts anzufangen.

Scheidemann erreichte denn auch, daß die Resolution der Minderheit mit 58 gegen 43 Stimmen abgelehnt und dann seine eigene angenommen wurde. In der vom Parteivorstand herausgegebenen Broschüre „Ein Jahr sozialdemokratischer Reichstagsarbeit im Kriege" heißt es auf Seite 7, die Interpellation der Minderheit sei auf eine „bloße Demonstrationspolitik" hinausgelaufen, es sei aber darauf angekommen,

dem Reichskanzler nicht für zukünftige Friedensverhandlungen die besten Trümpfe aus der Hand zu schlagen.

Und heute? Dieselbe Argumentation der Alldeutschen verwerfen die Regierungssozialisten von heute, ohne zu verraten, daß sie sie einst selber vertreten haben. Als Scheidemann am 9. Dezember 1915 seine Interpellation begründet hatte, erklärte der Reichskanzler, er lehne es ab, ein Friedensangebot zu machen, die Gegner möchten damit kommen, dann sei er zur Prüfung bereit, aber er müsse Garantien im Osten und Westen fordern usw. Im Namen aller bürgerlichen Parteien verlangte der Zentrumsabgeordnete Spahn einen Frieden mit „Gebietserwerbungen", also mit Annexionen. Der zweite sozialdemokratische Redner, Landsberg, stellte sich taub und erhob weder Protest gegen Spahns offene, noch gegen Bethmanns versteckte Annexionsforderung. Die Fraktion billigte diese Vogelstraußpolitik hinterher mit 60 gegen 24 Stimmen, indem sie die einfache Feststellung verwarf, daß die Fraktion mit Landsbergs Antwort auf die Kanzlerrede nicht einverstanden sei.

Als kurz darauf die Fraktion beschloß, trotz Bethmanns Annexionsrede ihm wieder 10 Milliarden neue Kriegskredite zu bewilligen, da hielten es 20 Fraktionsmitglieder für unvereinbar mit ihrer sozialistischen Pflicht, sich länger durch den Fraktionszwang zum Schweigen verurteilen zu lassen. Am 21. Dezember 1915 stimmten sie öffentlich im Reichstage gegen die Kriegskredite und ließen durch Geyer eine begründete Erklärung abgeben, in der es hieß:

Wie wir Eroberungspläne, die von Regierungen und Parteien anderer Länder aufgestellt werden, mit aller Kraft bekämpfen, so wenden wir uns mit derselben Entschlossenheit auch gegen das verhängnisvolle Treiben der Annexionspolitiker unseres Lan-

des, die in gleicher Weise wie jene das stärkste Hindernis für die Einleitung von Friedensverhandlungen sind. Diese gefährliche Politik hat der Reichskanzler, als er zu der sozialdemokratischen Interpellation das Wort ergriff, nicht von sich gewiesen, er hat ihr vielmehr Vorschub geleistet, und die sämtlichen bürgerlichen Parteien haben in Unterstützung seiner Ausführungen ausdrücklich Gebietserwerbungen gefordert. Erfolgversprechende Friedensverhandlungen sind aber nur möglich auf der Grundlage, daß kein Volk vergewaltigt, daß die politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit jedes Volkes gewahrt, daß allenthalben Eroberungsplänen jeder Art entsagt wird. . . . Der deutschen Regierung käme es zu, . . . den ersten Schritt zum Frieden zu tun. Von der sozialdemokratischen Fraktion ist sie aufgefordert worden, den Gegnern ein Friedensangebot zu machen. Der Reichskanzler hat dies jedoch schroff abgelehnt. Eine (solche) Politik . . . durch unser parlamentarisches Verhalten zu unterstützen, ist uns unmöglich. . . . Wir lehnen die Kredite ab."

Dieses durch Pflicht und Gewissen diktierte sozialistische Bekenntnis trug den 20 Dissidenten ein Tadelsvotum der Fraktionsmehrheit ein. Von jetzt an waren die Geister auch öffentlich geschieden, und ganz selbstverständlich stimmten die 20 nunmehr am 24. März 1916 auch öffentlich gegen den Notetat und ließen ihre Haltung durch Haase mit einer Rede begründen. Die Fraktionsmehrheit erkannte ihnen darauf wider alles Parteirecht mit 58 gegen 33 Stimmen die Fraktionsrechte ab. Sie konstituierten sich darauf unter dem Namen Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft als selbständige Fraktion im Reichstage.

In seiner Rede zum Notetat wandte sich Haase mit besonderem Nachdruck gegen die Annexionspolitik und forderte schleunigen Frieden ohne Vergewaltigung. Dabei wurde er unter der lärmenden Zustimmung der Regierungssozialisten fortgesetzt vom Präsidenten unterbrochen, und ihm wurde dann sogar auf Beschluß des Hauses das Wort entzogen, wofür die Führer der Regierungssozialisten sich nicht entblödeten mitzustimmen!

Aber seitdem war im Reichstage der Bann gebrochen, die Diskussion über die Kriegsziele und die Friedensfrage war nicht mehr zu verhindern, denn die neue Fraktion ließ sich darin keinerlei Bindung auferlegen. Ihre Redner benutzten im Gegenteil jede Gelegenheit, im Reichstage die Annexionspolitiker zu bekämpfen und vom Reichskanzler einen Verständigungsfrieden ohne Sieger und Besiegte zu fordern. Das fand im Lande mächtigen Widerhall, und in der Sorge um das schwindende Ansehen und Vertrauen bei den Volksmassen bequemten sich nunmehr die Regierungssozialisten allmählich, ebenfalls gegen die Annexionspolitik und für einen

Verständigungsfrieden einzutreten. So wurden sie durch den Druck der Arbeitsgemeinschaft vorwärts getrieben.

Als nun gar die russische Revolution daherbrauste und der Petersburger Arbeiter- und Soldatenrat die Friedensformel prägte: Ohne Annexionen und Kriegsentschädigungen, da mußten die deutschen Regierungssozialisten wohl oder übel an die Regierung dieselbe Forderung stellen, nachdem sie deren rücksichtslose Vertretung im Reichstage und im Lande mehr als 2 Jahre lang mit dem Fraktionszwang und allen Mitteln brutaler Gewalt verhindert hatten. So ließen sie am 20. April 1917 endlich ihren Parteiausschuß beschließen:

„Wir erklären unser Einverständnis mit dem Kongreßbeschluß des russischen Arbeiter- und Soldatenrats, einen gemeinsamen Frieden vorzubereiten, ohne Annexionen und Kriegsentschädigungen, auf der Grundlage einer freien nationalen Entwicklung aller Völker.

Wir betrachten es daher als die wichtigste Pflicht der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands wie der Sozialisten aller Länder, die Machtträume eines ehrgeizigen Chauvinismus zu bekämpfen, die Regierungen zum klaren Verzicht auf jegliche Eroberungspolitik zu drängen und so rasch wie möglich Friedensverhandlungen auf dieser Grundlage herbeizuführen."

Dieser Beschluß veranlaßte die konservative Reichstagsfraktion, im Reichstage eine Interpellation gegen ihn einzubringen. Dadurch sah sich nunmehr auch die sozialdemokratische Fraktion gezwungen, eine Gegeninterpellation im Sinne des Beschlusses des Parteiausschusses zu stellen, um, wie der „Vorwärts" vom 15. Mai 1917 sagte, „einwandfreie Klarheit über die Kriegsziele der deutschen Regierung zu schaffen". Schon am 6. Mai hatte dasselbe Blatt des Parteivorstandes gar trutziglich geschrieben:

„Die politische Aufgabe der deutschen Arbeiter ist unter diesen Umständen völlig klar. Sie müssen den stärksten Druck auf ihre Regierung ausüben, damit sie das unwürdige Versteckspiel aufgibt und der Welt sagt, wie die Dinge wirklich liegen."

„Gut gebrüllt, Löwe!" Wie erfüllten aber die Regierungssozialisten diese Aufgabe? Am 15. Mai wurden die beiden Interpellationen im Reichstage verhandelt. Der Reichskanzler lehnte es ab, sich zu einem Verzicht auf Annexionen jeder Art zu erklären und verwies auf seine früheren annexionistischen Auslassungen zur Friedensfrage. Selbst der „Vorwärts" mußte am 16. März zugeben:

Bethmanns Rede „schließt die Möglichkeit nicht aus, daß Deutschland Rußland in einen Separatfrieden locken wolle, um dann nach Westen hin Eroberungen vorzunehmen . . . und dieser Verdacht ist heute das größte Hindernis für die Beendigung des Krieges".

So urteilte der „Vorwärts“ des Parteivorstandes. Was aber tut dieser und was tut die sozialdemokratische Reichstagsfraktion, um „das größte Hindernis für die Beendigung des Krieges“ aus dem Wege zu räumen und den Kanzler „zum klaren Verzicht auf jede Eroberungspolitik“ zu drängen? Worin besteht „der stärkste Druck“? Wird den stärksten Worten jetzt endlich eine energische Tat folgen? Wird das unwürdige Schaukel- und Gaukelspiel jetzt aufhören? Ach nein! Es bleibt alles beim alten! Die Regierungssozialisten werden nicht in eine grundsätzliche Opposition zur Regierung treten, sie werden in ihrer Gefolgschaft bleiben und ihr neue Kriegskredite bewilligen. Um so lauter aber werden sie die Friedensdeklamationen ertönen lassen.

Kann aber das arbeitende Volk zu solchen Politikern noch das geringste Vertrauen haben? Die Regierungssozialisten haben jeden Anspruch darauf verwirkt, so radikal sie sich auch später gebärden mögen. Das arbeitende Volk darf und wird sich von ihnen nicht täuschen und betören lassen, es wird immer klarer erkennen, daß einzig und allein die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands und ihre Vertretung im Reichstag offen und unerschrocken die Volksinteressen vertritt und einem Frieden ohne Annexionen und Kriegsentschädigungen dient, indem sie jegliche Mittel zur Fortführung des Krieges verweigert. Ihr allein gebührt daher auch das Vertrauen der Arbeitermassen. Deshalb: Hinein in die Unabhängige Sozialdemokratische Partei!

Soweit der Text der beiden Artikel in der „Leipziger Volkszeitung“.

Die Bekämpfung der Annexionspolitik von der Tribüne des Reichstags war unter dem Belagerungszustand, der zu Beginn des Krieges erklärt und gesetz- und verfassungswidrig aufrechterhalten worden war, die einzige Möglichkeit der öffentlichen Bekämpfung überhaupt. In Versammlungen und in der Presse unterdrückte die Militärzensur die Kritik an der Eroberungspolitik.

Der Reichskanzler v. Bethmann Hollweg suchte einer klaren Stellungnahme gegen die Annexionspolitik auszuweichen. Er lehnte sie nicht grundsätzlich ab, wenn er auch wußte, daß die verstiegenen Annexionspläne der Alldeutschen nicht realisierbar waren. Bethmanns zweideutige Redewendungen über die Annexionsfrage wurden im Reichstag von den Parteien der Rechten für und von den Mehrheitssozialdemokraten gegen Annexionen ausgelegt. Im Ententelager und bei den Neutralen sah man darin mehr oder minder verschleierte Annexionsforderungen.

Da die USPD die erste Voraussetzung, zu einem schleunigen Frieden zu kommen, in der klaren Ablehnung jeder Annexionsabsicht durch die deutsche Reichsregierung erblickte, sah sie in Bethmanns zweideutigen Erklärungen zur Annexionsfrage eine der wesentlichen Ursachen zur Verlängerung des Krieges. Deshalb sah sie sich außer-

stande, die Kriegspolitik der Regierung durch Bewilligung von Kriegskrediten zu unterstützen. Die Ablehnung der Kriegskredite erfolgte zum ersten Male noch vor der Spaltung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion am 21. Dezember 1915 von 20 Mitgliedern der Opposition in der sozialdemokratischen Fraktion. In der von Geyer abgegebenen Erklärung hieß es zur Begründung wörtlich:

„Wie wir Eroberungspläne, die von Regierungen und Parteien anderer Länder aufgestellt werden, mit aller Kraft bekämpfen, so wenden wir uns mit derselben Entschlossenheit auch gegen das verhängnisvolle Treiben der Annexionspolitiker unseres Landes, die in gleicher Weise wie jene das stärkste Hindernis für die Einleitung von Friedensverhandlungen sind. Diese gefährliche Politik hat der Reichskanzler, als er zu der sozialdemokratischen Interpellation das Wort ergriff, nicht von sich gewiesen, er hat ihr vielmehr Vorschub geleistet, und die sämtlichen bürgerlichen Parteien haben in Unterstützung seiner Ausführungen ausdrücklich Gebietserwerbungen gefordert. Erfolgversprechende Friedensverhandlungen sind aber nur möglich auf der Grundlage, daß kein Volk vergewaltigt, daß die politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit jedes Volkes gewahrt, daß allenthalben Eroberungsplänen jeder Art entsagt wird. . . . Der deutschen Regierung käme es zu, . . . den ersten Schritt zum Frieden zu tun. Von der sozialdemokratischen Fraktion ist sie aufgefordert worden, den Gegnern ein Friedensangebot zu machen. Der Reichskanzler hat dies jedoch schroff abgelehnt. Eine solche Politik durch unser parlamentarisches Verhalten zu unterstützen, ist uns unmöglich. . . . Wir lehnen die Kredite ab."

Zu jener Zeit hatte sich bereits nach der Auffassung der damaligen Opposition in der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion klar gezeigt, daß der Kanzler Bethmann Hollweg der Gefangene der Annexionspolitiker geworden war. Als Bethmann am 2. Dezember 1914 seine Erklärung vom 4. August widerrief, daß Deutschland gegenüber Belgien das Völkerrecht verletzt habe, war das bereits unter dem Druck der Alldeutschen, der Militärs, der Großagrarier und der Schwerindustriellen geschehen, jener Kreise also, die den Krieg mit Eroberungen abschließen wollten. In der Folge häuften sich die Eingaben und Forderungen dieser Kreise nach Annexionen.

Am 8. März 1915 schickte der „Deutsche Wehrverein" den Reichstagsmitgliedern eine Denkschrift über Belgien, die in den Sätzen gipfelte:

„Jetzt ist der Augenblick gekommen, die alten Reichslande Flandern und Brabant, sowie das Fürststift Lüttich dem Vaterlande wiederzugewinnen. . . .

Der dauernde Besitz Belgiens ist für Deutschland eine unbedingte Notwendigkeit, sowohl unter dem militärischen Gesichtspunkte, wie unter dem völkischen und wirtschaftlichen."

Einer der heutigen Führer der Deutschnationalen Volkspartei, Herr Schultz (Bromberg), hatte am 4. August 1914, als ich ihm gelegentlich eines Gesprächs gesagt hatte, nachdem die deutschen Heere in Belgien eingedrungen seien, würde man dort wohl bald anfangen, zu annektieren, entrüstet geantwortet: „Daran denkt kein Mensch! Haben Sie noch nicht genug Katholiken in Deutschland? Wir können doch mit den Polen kaum fertig werden. Was sollen wir denn mit den 7 Millionen katholischer Belgier dazu anfangen?" Als ich im März 1915 Herrn Schultz (Bromberg) an diese Worte erinnerte und ihn fragte, ob er noch derselben Ansicht sei, antwortete er mir: „Eine Gegenfrage! Wollen Sie, daß später noch einmal wieder so viel deutsches Blut wegen Belgien vergossen wird?" Diese Antwort entsprach der Stimmung, die damals ganz allgemein bei den bürgerlichen Parteien des Reichstags vorhanden war. In der Budgetkommission des Reichstags sprachen sich die Vertreter aller bürgerlichen Parteien im März 1915 mehr oder minder offen für Annexionen aus. Als der Abgeordnete Mumm in der Budgetkommission Eroberungen forderte und ich ihm dazwischenrief: „Mit welchem Recht?", antwortete Herr Mumm: „Mit dem ersten und ursprünglichsten Recht der Erde, dem Recht des Eroberers."

Der Präsident des Preußischen Herrenhauses, Herr v. Wedel-Piesdorf, erklärte am 15. März 1915 in einer feierlichen Schlußansprache:

„Man kann aussprechen, daß damit das Vorhaben unserer Feinde, Deutschland zu vernichten, zuschanden geworden ist, daß wir insofern als Sieger dastehen. Und wenn wir nichts weiter wollten, als diesen Angriff abschlagen, so glaube ich, würde es nicht allzu schwer sein, einen Frieden in kurzer Frist zu erlangen. Damit aber kann Deutschland sich nicht befriedigt erklären."

Hier verzeichnet der Bericht ein „Lebhaftes Bravo".

„Nach den ungeheuren Opfern, die wir gebracht haben, an Menschen sowohl wie an Hab und Gut, müssen wir mehr fordern. Wir können das Schwert erst wieder in die Scheide stecken, wenn Deutschland eine Sicherung erlangt hat dagegen, daß in ähnlicher Weise wie dieses Mal die Nachbarn wieder über uns herfallen."

Und zum Schluß:

„Ich bemerke, daß zahlreiche Mitglieder dieses Hauses mich gebeten haben, dies auch in ihrem Namen auszusprechen."

Der König von Bayern hielt zu jener Zeit eine Rede, in der er forderte, daß am Kriegsschluß die Rheinmündung deutsch sein müsse, was natürlich in dem neutralen Holland, das im Besitz der Rheinmündung ist, die größte Beunruhigung hervorrief. Es ist damals behauptet worden, der alte Herr habe überhaupt nicht gewußt, daß die Rheinmündung holländisch sei. Ich lasse das dahingestellt. Jedenfalls zeigt auch diese Äußerung des damaligen bayerischen Königs,

tätig war, dringend geschrieben, daß man mit der Erörterung von Annexionsplänen aufhören sollte. Wir hätten wichtigeres zu tun."

Abg. Dittmann erklärt dazu, daß er seine Darstellung des Vorganges aufrechterhalte und beruft sich auf die damaligen Abgeordneten Henke und Wendel als Ohrenzeugen. Abg. Dittmann verweist ferner darauf, daß er den Vorgang bereits am 2. März 1924 im „Vorwärts" geschildert habe, ohne daß Herr Schultz ihn damals bestritt.

---

In der Sitzung vom 19. Oktober 1927 lenkt der Abg. Dr. *Moses* die Aufmerksamkeit des Unterausschusses auf einen in der „Welt am Montag", Nr. 39, erschienenen Briefwechsel zwischen dem früheren deutschen Kronprinzen und dem Reichskanzler a. D. Dr. Michaelis. Es wird beschlossen, den Reichskanzler a. D. Dr. Michaelis zu fragen, ob der Briefwechsel authentisch sei.

---

Auf die Anfrage des Vorsitzenden Abg. Dr. Philipp antwortet Reichskanzler a. D. Dr. Michaelis:

D. Dr. Michaelis
Oberpräsident a. D.

*Bad Saarow (Mark),* den 14. Oktober 1927.
Berlin NW. 23, Flensburgerstr. 9.

An

den Vorsitzenden des 4. Unterausschusses
des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses

Herrn Dr. Philipp, M. d. R.,

Berlin NW. 7,
Reichstag.

Hochverehrter Herr Doktor!

Ihren Brief vom 12. Oktober 1927 betreffend meinen Briefwechsel mit dem deutschen Kronprinzen im Jahre 1917 habe ich erhalten. Ich besitze persönlich weder den Brief des Kronprinzen noch meine Antwort an ihn. Ich erinnere mich an den Wortlaut des kronprinzlichen Schreibens und meiner Antwort jetzt nach zehn Jahren nicht mehr genau, doch glaube ich, daß das, was in der Presse, insbesondere in der „Welt am Montag", publiziert ist, den Briefen entsprechen mag. Der kronprinzliche Brief und vielleicht auch ein Konzept meines Briefes müßte ja in der Reichskanzlei zu finden sein. Ich darf auf die nunmehr von dem Ausschuß aufgegriffene Angelegenheit noch kurz zurückkommen. Mir ist nicht erfindlich, warum zu meiner Äußerung über die Juli-Resolution des Jahres 1917 in dem Brief an den Kronprinzen jetzt mit ganz besonderer Lebhaftigkeit und An-

Die Volksmassen würden dann erkennen, daß man sie einem Abgrund entgegenführe, würden sich gegen die Raubpläne der Annexionisten erklären und unserer Forderung nach einem Frieden ohne Sieger und Besiegte, einem Frieden der Verständigung zustimmen. Verbleibe aber die Sozialdemokratie im Regierungslager, so sähe das Volk nicht klar, daß die Annexionspolitiker die Regierung in der Gewalt hätten. Das Volk zweifle dann nicht, daß es selber in Aktion treten müsse, um dem Druck der kriegstollen Annexionisten den Gegendruck der friedenfordernden Volksmassen entgegenzusetzen.

Das war der Standpunkt, wie ihn die Opposition in der sozialdemokratischen Fraktion entwickelte und wie ihn dann später die USPD vertreten hat. Bis zur Fraktionsspaltung am 24. März 1916 war die Minderheit in der sozialdemokratischen Fraktion bereits auf 44 Köpfe angewachsen; die Mehrheit zählte noch 66 Köpfe. Wenn die Fraktion zusammengeblieben wäre, so wäre beinahe vorauszuberechnen gewesen, wann die Minderheit sich in eine Mehrheit verwandelt hätte.

Die Wirkung der deutschen Annexionspropaganda im Auslande war eine fortgesetzte Aufpeitschung des Kriegswillens im Ententelager und bei den Neutralen die Verscherzung der letzten Sympathien für Deutschland.

Schon im Sommer 1916 erschien in Lausanne das 460 Seiten starke Buch von Grumbach „Das annexionistische Deutschland", in dem alle Annexionsforderungen der deutschen Annexionspolitiker wörtlich wiedergegeben wurden. Selbstverständlich war dieses Buch eine Fundgrube von Material für die Ententepresse, um die Notwendigkeit zu beweisen, Deutschland niederzuringen. In dem Vorwort zu dem Buche betont Grumbach, der ja die meisten führenden Politiker Deutschlands sowohl wie Frankreichs persönlich sehr genau kannte und auch heute kennt, daß in keinem anderen Lande, besonders nicht in Frankreich, so große und einflußreiche Kreise für Annexionen eingetreten seien, als es in Deutschland geschehe; vor allem meine er dabei Annexionen in Europa. Die deutschen Annexionspläne seien aber schon um deswillen weit gefährlicher als die in anderen Ländern, weil Deutschlands Armee ganz Belgien, Nordfrankreich und mit Österreich zusammen auch Polen, die baltischen Provinzen, Serbien und Montenegro besetzt habe.

Die Annexionsforderungen sind bekanntlich 1917 nach der Friedensresolution des Reichstags wieder neu mit aller Schärfe hervorgetreten und bis in den Sommer 1918 erhoben worden. Ich führe einige der Denkschriften an, die uns damals als Information zugegangen sind. Hier ist z. B. eine Denkschrift: „Die Bedeutung des Briey-Beckens für Deutschlands volkswirtschaftliche und militärische Zukunft", den Abgeordneten damals übersandt von der Gewerkschaft „Deutscher Kaiser". In dieser Denkschrift wird auseinandergesetzt,

daß die französisch-lothringischen Eisenerzgebiete von Longwy und Briey unter allen Umständen am Kriegsende zu Deutschland kommen müßten. Und der Verein Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller und der Verein deutscher Eisenhüttenleute gaben eine ähnliche Denkschrift mit dem Titel „Zur Einverleibung der französisch-lothringischen Eisenerzbecken in das deutsche Reichsgebiet" heraus, die der Reichs- und Obersten Heeresleitung angeblich streng vertraulich zugeschickt wurde. Sogar noch im April 1918 gab Professor Dr. Martin Spahn, der heutige deutschnationale Reichstagsabgeordnete, im Auftrage dieses Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller und des Vereins deutscher Eisenhüttenleute eine Denkschrift heraus mit dem Titel: „Die Wiedereinverleibung der Eisenerzbecken von Briey und Longwy in das deutsche Reichsgebiet". Er sucht in dieser Denkschrift historisch nachzuweisen, vor 800 Jahren hätte dieses Gebiet schon zum alten Deutschen Reich gehört, ergo müsse es am Kriegsende wieder an Deutschland fallen [1]).

---

[1]) Zu dieser Bemerkung des Abg. Dittmann gibt Abg. Dr. Spahn zu Protokoll: In dem von mir Ostern 1918 ausgearbeiteten Gutachten greife ich auf die Vergangenheit zunächst zurück, um den Habsburgern zum Bewußtsein zu bringen, daß gerade sie Jahrhunderte lang für die Erhaltung der verloren gegangenen Gebiete beim Reiche und bei der Nation gekämpft hatten — welche Erinnerung zur Zeit der Regierung Kaiser Karls II. nicht unnötig war —, sodann, weil gerade die Franzosen jederzeit aufs stärkste mit geschichtlichen Berufungen — bekanntlich rückwärts bis auf die Tage Julius Cäsars — gearbeitet haben. Die Franzosen, nicht wir, hatten das Wort „Reannexion" in den Sprachgebrauch eingeführt. Sodann wollte ich dartun, daß wir keinesfalls, wenn wir uns mit der Wiederangliederung der Becken von Longwy und Briey an das Reich beschäftigten, auf von uns niemals besessenen Boden übergriffen. Ich schrieb: „So gut die Franzosen Elsaß und den heute schon zum Reich gehörigen Teil von Lothringen nur zu reannektieren wünschen, wäre auch die Umwandlung unseres augenblicklichen Okkupationsrechtes an einem weiteren Teile Lothringens in ein Eigentumsverhältnis nur als Reannexion zu bezeichnen . . . Die Wissenschaft hat beobachtet, daß manche zu großer Staatsentwicklung berufene Nationen gleich im ersten Anlauf die ihnen natürlichen, für sie geeigneten Grenzen erreichen. Ihre organisatorischen Mittel langen noch nicht zu deren Behauptung. Das Staatsgebiet verengert sich wieder. Aber das Ziel ist ihnen vorgezeichnet. Ohne eigensinnig nach der Wiederherstellung gerade der Grenzen zu streben, die das Hl. Römische Reich in den Tagen seiner Blüte innehatte, dürfen wir diese Beobachtung doch nicht in den Wind schlagen. So wenig die Demokratie einer Nation vorschreiben kann, daß sich ihre Volkszahl und die damit gegebene politische Kraft nicht mehr vermehren, so wenig sollte sie ihr zumuten, auf alles Wachstum ihres Staatsgebietes zu verzichten. Ganz und gar wider die Natur ist es jedoch, einem Volke zu verwehren, daß es seinen alten Wurzelboden wiedergewinnt, nachdem es eine Zeitlang durch Vorgänge in seinem Organismus einer gewissen Verkümmerung und Verschrumpfung verfallen war." Mein Gutachten stützte sich aber wesentlich auf einen Grund, der der gegenwärtigen Lage entnommen war. Ich nahm an, daß die Franzosen „nicht mehr Herr ihrer selbst, sondern in Abhängigkeit von England geraten" seien. In der „neuen Weltstellung", an der England „seit 1880 baut, und die es während des Krieges emsig ge-

Ich habe bei anderer Gelegenheit schon darauf aufmerksam gemacht, daß der Abgeordnete Brüninghaus, damals Departementsdirektor im Reichsmarineamt, auch noch um die Jahreswende 1917/18, am 30. Dezember 1917, auf dem Jahresessen des Kriegsausschusses der deutschen Industrie im Hotel Adlon in Berlin vor den deutschen Industriellen einen Vortrag über den Unterseebootkrieg hielt und dabei zu dem Ergebnis kam, daß gegen den U-Boot-Krieg in diesem Kriege kein Kraut gewachsen sei und der U-Boot-Krieg Deutschland den Sieg bringen würde. Geringschätzig sprach Herr Brüninghaus dabei dann von der amerikanischen Hilfe für die Entente. Er behauptete, Amerika könne nicht Soldaten und Lebensmittel liefern, und deshalb würden

---

fördert hat, bildet Frankreich ein wichtiges Glied. Zusammen mit Italien und Portugal verbindet es das Mutterland mit Afrika und Indien zu einer in sich fast geschlossenen Landmasse. Das neue Britenreich ist aus einer See- zu einer Landmacht geworden. Die Mittelmächte werden seinen Druck an ihrer ganzen Grenze entlang zu spüren haben. Sie handelten deshalb gegen ihre Pflicht zur Selbsterhaltung, wenn sie dieser völlig geänderten Lage nicht Rechnung trügen und blindlings die Grenze von 1871 nach dem Kriege wieder herstellten. Blieben Calais, Gibraltar und Malta künftig in einer Hand, so können wir nicht darauf verzichten, daß die Bodengewichte im Westen anders verteilt werden." „Für die lange Vernachlässigung der welt- und volkswirtschaftlichen Gesichtspunkte in der Raumpolitik wird die deutsche Staatsleitung heute gestraft. Unsere öffentliche Meinung ist gleichgültig gegen sie, wo sich nicht gar die Geister offen gegen ihre Berücksichtigung auflehnen. Da aber für uns die Notwendigkeit nicht zu verkennen ist, im harten weltwirtschaftlichen Wettbewerb mit England auch nach dem Kriege auszuharren, und da anderseits das französische Staats- und Wirtschaftsgebiet unserem entschlossenen und tüchtigen Nebenbuhler auf dem Weltmarkt dauernd durch ein Bündnis angegliedert zu werden droht, muß von uns nachgeprüft werden, ob wir im Falle eines glücklichen Kriegsausgangs ein weiteres Stück unserer einstigen Westmark von Frankreich zurückfordern sollen." Ich lege Wert darauf, festzustellen, daß das Gutachten mit keinem Satze einer Eroberungspolitik das Wort redet. Der Rückblick auf die Vergangenheit sollte dem Einwand begegnen, daß durch ein Rütteln an der deutsch-französischen Grenze von 1871 das Rechtsempfinden der zivilisierten Menschheit durch uns allzu schwer gereizt und aufs neue gegen uns eingenommen würde. „Es ist", so meinte ich, „gewiß nicht zu leugnen, daß Rechtsvorstellungen eine immer wichtiger werdende Rolle in den Beziehungen der Staaten zueinander spielen. Aber hier fehlt es ihnen am zureichenden Grunde." Der Schlußabschnitt setzt sich auseinander mit dem Einwurfe, daß die Franzosen für ihre Rückforderung Elsaß-Lothringens die Bestätigung ihres Besitzes durch die gesamte europäische Diplomatie auf dem Wiener Kongreß für sich hatten, der Frankfurter Friede dagegen seine Bestätigung nicht gefunden habe. „Die Völkerrechtslehre neigt aber immer mehr dazu, solchen Verbürgungen ganz Europas Wert beizumessen. Es soll dagegen weder eingewandt werden, daß Frankreich unter allen europäischen Staaten zuerst und am stärksten an den europäischen Vereinbarungen des Wiener Kongresses gerüttelt hat, noch daß wir mittlerweile durch das Erscheinen Frankreichs auf dem Berliner Kongreß von 1878 sowohl seine eigene mittelbare Anerkennung für unsere Erwerbung von Straßburg und Metz wie neuestens auch durch unmittelbare Zusagen, zunächst einmal die Anerkennung Österreich-Ungarns, erhalten haben. Entscheidend ist, daß das Ver-

jedenfalls nur Lebensmittel kommen und keine Soldaten, und er sagte wörtlich:

„Selbst wenn Amerika im Laufe des nächsten Sommers trotz der immer mehr abnehmenden Tonnage einige hunderttausend Mann nach Europa schicken sollte, so würden diese Soldaten doch nur zusammen mit den Franzosen hungern können."

Wir wissen ja, wie die Dinge in Wirklichkeit geworden sind. Wir wissen, daß 2 Millionen frische amerikanische Soldaten schließlich den Sieg der Entente herbeigeführt haben.

So sind die Annexionsforderungen auf deutscher Seite wieder neu aufgelebt und noch bis in den Sommer 1918 hinein erhoben worden.

---

langen des Völkerrechts nach einer Billigung jedes staatlichen Besitzwechsels durch die Gesamtheit der Großmächte noch keine allgemeine Annahme gefunden hat. Es kann darum unmöglich rückwirkende Kraft haben." Es wurde sodann die Frage aufgeworfen, ob das heutige Deutsche Reich als Rechtsnachfolger des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation angesehen werden dürfe, und bejaht: „Unsere Nation führt schon seit einem Jahrtausend ihr staatliches Eigenleben auf Grund derselben seitdem nicht mehr löslichen Zusammengehörigkeit von Land und Leuten, die in Frankreich und England statthatte. Das Heilige Römische Reich hat sich mit klarem Bewußtsein vor tausend Jahren ebenso als Staatswesen der deutschen Nation bezeichnet, wie der Deutsche Bund 1815 die Verpflichtung des Schutzes allen deutschen Bodens übernahm und wie das Deutsche Reich wieder als das Staatswesen deutscher Nation erscheint. Die kurzen Monate, in denen die Tatsache des eigenen Staatslebens der Nation nicht nach außen hin sichtbar zum Ausdruck gelangte, entscheiden nichts gegen die Beständigkeit unseres nationalstaatlichen Lebens, so wenig wie schon ein kurzes Aussetzen des Herzschlages beweist, daß das Leben aus einem Körper entflohen ist." Die Schlußsätze des Gutachtens lauten: „Wir dürfen also genau so gut wie die zeitgenössischen Franzosen und Engländer Forderungen auf den Rückerwerb einstmals uns gehöriger Gebiete erheben. Wir werden es aber nach der ganzen seelischen Stimmung unserer Nation nicht tun, ohne daß es sich um ein lebenswichtiges Wachstumsbedürfnis handelt und ohne mit zu überlegen, ob wir bei seiner Wahrnehmung nicht anderen tödliche Wunden schlagen. Greifen wir zu, so werden wir auch bereit sein, den anderen bei der Neuordnung der Welt nach diesem Kriege zum Ersatz zu verhelfen. Bismarck hat uns durch seine auswärtige Politik von 1878 bis in die Mitte der 80er Jahre den Weg dafür gewiesen, als er Frankreich bei der Bildung eines überseeischen Reiches unterstützte. Nach seinem Beispiel wird unsere Staatskunst wie unser Generalstab ohne Zweifel mit Frankreich und England jede notwendige Erweiterung ihrer Betätigungsgebiete erörtern, wenn uns nur von ihnen eingeräumt wird, auf was wir nach dem Stande unserer wirtschaftlichen Entwicklung und nach den Bedingungen unserer geographischen Lage nicht mehr verzichten können." Ich halte mich für verpflichtet, noch hinzuzufügen, daß ich, als die Aufforderung zu dem Gutachten an mich erging, erklärte, daß ich dazu nur bereit wäre, wenn der Friede auf dem Wege des Versuchs gegenseitigen Gerechtwerdens der Völker angestrebt werden solle, und dafür sofort die Zustimmung des Vertreters des Vereins Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller fand.

Berlin, den 20. Juli 1927. (gez.) Dr. Spahn.

Ich erwähnte das von Grumbach in seinem Vorwort betonte Moment, daß Deutschland doch im Osten und Westen riesige Gebiete besetzt habe und deshalb die deutschen Annexionspläne viel gefährlicher seien als die Annexionspläne, die in anderen Staaten vorgebracht worden wären. Mir scheint überhaupt, daß dieses Moment der Besetzung weiter feindlicher Gebiete nach seiner psychologischen Wirkung in Deutschland nie richtig gewertet worden ist. Man mußte sich doch klarmachen, daß der Ruf „der Feind im Land" alle Energien der Abwehr weckte. Deshalb waren unsere militärischen Anfangserfolge zweifellos später unser politisches Unglück. Behaupten konnte man sie, diese militärischen Erfolge, auf die Dauer nicht; ihre Preisgabe aber erschien den Militärs und den Annexionisten als Eingeständnis der Schwäche, als Preisgabe des Sieges, den man eigentlich schon in der Tasche zu haben glaubte, und als Vorstufe des Kriegsverlustes.

Nur von dem Standpunkt aus, den die USPD damals im Kriege einnahm, dem Standpunkt der grundsätzlichen Gegnerschaft gegen Annexionen, auch dann also, wenn sie praktisch möglich waren, war es für Deutschland denkbar, rechtzeitig der militärischen Niederlage zu entgehen.

Deshalb wäre zweifellos das Schicksal Deutschlands ein anderes, günstigeres geworden, wenn die USPD sich mit ihrer Haltung gegenüber den Annexionisten hätte durchsetzen können.

Der Streit zwischen USPD und SPD über die richtige Taktik im Kriege hat heute keine aktuelle Bedeutung mehr; er hat nur noch historisches Interesse. Dreiviertel Jahre nach dem Zusammenbruch, am 4. August 1919, schrieb Heinrich Pëus, ein bekannter sozialistischer Reichstagsabgeordneter, der stets rechts gestanden und die Kriegspolitik der Mehrheitssozialdemokratie bis zum Zusammenbruch mitgemacht hat, in einem Leitartikel „Der 4. August" in den „Sozialistischen Monatsheften" unter dem Gesichtspunkt, daß der Erfolg über die Richtigkeit der Politik entscheidet, folgende kritische Betrachtungen:

„Man kann jetzt vielfach der Behauptung begegnen, der Friede von Versailles sei die stärkste Rechtfertigung für die Haltung der Mehrheitssozialisten, die eben deshalb zu ihrem Land gehalten hätten, weil sie diesen Frieden vorausgesehen hätten. Diese Beweisführung kann ich nicht anerkennen. Der Versailler Friede ist für uns Deutsche und für die Sozialisten der ganzen Welt der denkbar stärkste Zusammenbruch. Wer den kommen sah, der durfte nicht vier Jahre lang und länger Krieg führen, der mußte schon sofort nach dem Verlust der Marneschlacht im September 1914 mit allerstärkster Energie zum Frieden drängen. Denn das ist klar: Wenn der Krieg zu dem bitteren Ende von 1918 führen mußte, dann war es besser, ihn so schnell wie möglich zu einem wie immer auch

gearteten Abschluß zu bringen. Es ist also sinnlos, daß diejenigen, die die Kreditbewilligung verteidigen wollen, sich mit ihrer angeblichen Voraussicht brüsten. Diese Voraussicht war eben nicht da. Die Wahrheit ist vielmehr, daß man in unserer Partei zu allermeist, in autoritärem Vertrauen auf die Vortrefflichkeit unseres Militärsystems, an den Sieg der Mittelmächte glaubte. Aber auch das andere Argument, das jetzt angeführt wird: wir hätten die Kredite bewilligen müssen, um den drohenden Gewaltfrieden der Entente abzuwenden, beweist eine merkwürdige Verblendung. Hat denn die Kreditbewilligung diesen Erfolg gehabt? Wir haben doch die Kredite bewilligt, und der Zusammenbruch ist doch erfolgt. Die Unabhängigen können jetzt der alten Partei sagen: Ihr habt mit eurer Politik des 4. August ja die Probe auf das Exempel gemacht; und diese ist genau so ausgefallen, wie wir Unabhängigen es stets vorausgesagt haben: sie hat zum Zusammenbruch des deutschen Volkes geführt. Nun können ja freilich die Unabhängigen nicht beweisen, daß ihre eigene Politik, wenn sie durchgeführt worden wäre, diesen Zusammenbruch verhindert hätte. Aber sie können sich eben darauf berufen, daß bei ihnen die Probe nicht gemacht, der Beweis gegen sie also nicht geliefert worden ist. Und sie können ferner sagen: Selbst wenn unsere Politik dasselbe katastrophale Ergebnis gehabt hätte wie die faktisch betriebene eurige, so wäre der Zusammenbruch eben einige Jahre früher erfolgt; und das allein wäre schon ein gewaltiger Vorteil gewesen. In der Tat: Wer gäbe nicht alles darum, wenn die letzten drei Kriegsjahre uns erspart geblieben wären? Auch hätte ein Gewaltfriede vor drei Jahren nicht entfernt so schwer sein können wie jetzt, da eben die Zerstörungen dreier Jahre nicht einzubringen gewesen wären."

Ich glaube, der inneren Logik dieser kritischen Betrachtungen wird sich niemand entziehen können.

Die USPD hat die realen Kräfteverhältnisse zweifellos nüchterner und klarer gesehen als irgendeine andere Partei im Reichstag. Ihre Politik, damals verlästert, als landesverräterisch oder bestenfalls hingestellt als verstiegen utopisch aus weltfremdem Pazifismus heraus, war in Wirklichkeit praktische Realpolitik.

Nach dem Wort von Marx, daß dieselben einfachen Gesetze der Moral und des Rechts, die zwischen den Gliedern eines zivilisierten Volkes Geltung haben sollten, auch die gegenseitigen Verhältnisse der Völker regeln müssen, stellte sich die USPD auf den Standpunkt, den ich am 16. Januar 1916 im Plenum des Reichstags in die bekannten Worte gekleidet habe:

„Was du nicht willst, daß man dir es tu,
Das füg' auch keinem andern zu!"

Von diesem grundsätzlichen Boden aus war die Herausgabe Belgiens und der übrigen besetzten Gebiete bei Friedensschluß eine glatte

Selbstverständlichkeit, und das offene, ehrliche Bekenntnis der deutschen Reichsregierung zu diesem Grundsatz hätte auf der Ententeseite die Bereitschaft zum Frieden zweifellos gestärkt und gefördert.

Bei der tatsächlichen Überlegenheit der Entente an Menschen und Wirtschaftskräften, die mit den Jahren — besonders nach Eintritt Amerikas in den Krieg — die Kriegsentscheidung unfehlbar gegen Deutschland bringen mußte, wäre diese Politik auch die einzig kluge gewesen.

Spätere Geschichtsschreiber und spätere Geschlechter werden das sicher einsehen. Heute steht die Animosität, die gegen die USPD aus der Kriegszeit noch besteht, dieser Einsicht noch im Wege. Auch der Kollege Dr. Bredt hat sich in seinem Gutachten ja nur dazu durchringen können, den Standpunkt der bürgerlichen Parteien während des Krieges zu verurteilen und den Standpunkt der Mehrheitssozialdemokratie für den richtigen zu erklären. Das ist immerhin ein Fortschritt, aber doch erst die halbe Wahrheit. Spätere Geschichtsschreiber werden in den Reichstagsreden von Haase, Ledebour, Cohn und anderen Abgeordneten der USPD im Kriege eine Fundgrube von Tatsachen zur Beurteilung der jeweiligen Kriegssituation sehen. Besonders die in einem knappen, geradezu klassischen Stil gehaltenen Reden Haases, die er noch kurz vor seinem Tode in einer 200 Seiten starken Broschüre herausgegeben hat, werfen stets scharfe Schlaglichter auf die Situation.

Im Kriege wurde die USPD von allen anderen Parteien bekämpft, ebenso von der Regierung, vor allem aber von den Militärmachthabern, und zwar auf Grund des Belagerungszustandes. Belagerungszustand und Zensur verhinderten den öffentlichen Kampf gegen den Annexionswahnsinn und den Kampf für einen Frieden der Verständigung. Nach dem preußischen Gesetz über den Belagerungszustand vom 4. Juni 1851, das gemäß Artikel 68 der damaligen Reichsverfassung für das ganze Reichsgebiet galt, durfte der Belagerungszustand nur verhängt werden „in den vom Feinde bedrohten oder teilweise schon besetzten Provinzen", nicht aber für das ganze Reichsgebiet. Bei der Mobilmachung hatte der Oberbefehlshaber in den Marken beteuert, daß der Belagerungszustand nur verhängt worden sei, um die rasche und gleichmäßige Durchführung der Mobilmachung zu sichern. Und noch am 20. März 1915 hatte Staatssekretär Dr. v. Delbrück als Vertreter des Reichskanzlers im Reichstage erklärt, der Reichskanzler sei dafür verantwortlich, daß der Belagerungszustand nicht länger dauert, als die verfassungsmäßigen Voraussetzungen dafür vorliegen". Aber die Zivilregierung hatte nicht mehr die Macht, sich gegen die 25 Kommandierenden Generale in den einzelnen Armeekorpsbezirken durchzusetzen, an die nach dem Belagerungszustandsgesetz vom Kriegsbeginn her die vollziehende Gewalt übergegangen war. In die Generalkommandos hatten sich bereits

als Hilfsorgane der Kommandierenden Generale die Vertreter der Alldeutschen, der Schwerindustriellen und der Großagrarier eingenistet, die es verstanden hatten, die Handhabung der vollziehenden Gewalt den Annexionisten dienstbar zu machen.

Den dadurch geschaffenen Zustand habe ich am 18. Januar 1916 im Plenum des Reichstags mit den Worten gekennzeichnet:

„Nach Clausewitz ist bekanntlich der Krieg die gewaltsame Fortsetzung der Politik des leitenden Staatsmanns. Der Politik des leitenden Staatsmanns, des Herrn Reichskanzlers, müßte also die militärische Gewalt dienstbar gemacht sein. Aber, was ist geschehen, meine Herren? Durch den Belagerungszustand wird im Innern des Reiches das gerade Gegenteil bewirkt. Der Reichsleitung werden die Zügel aus der Hand genommen, und die vollziehende Gewalt geht über auf 25 von der Reichsleitung vollständig unabhängig kommandierende Generale. Das Werkzeug wird zum Meister, das Militär beherrscht die Regierung, statt ihr dienstbar zu sein."

Die vollständige Abdankung der Reichsregierung gegenüber der Obersten Heeresleitung brachte Staatssekretär Zimmermann vom Auswärtigen Amt in der Budgetkommission des Reichstags einmal klassisch mit folgenden Worten zum Ausdruck:

„Die Reichsleitung ist eine selbständige Behörde, und die Oberste Heeresleitung ist eine selbständige Behörde. Keine von ihnen hat der anderen zu befehlen."

In diesem Ausspruch offenbarte sich die Diktaturstellung der Obersten Heeresleitung während des Krieges. Auch der Reichstag hatte sich ihr unterworfen. Als der unbeschränkte U-Boot-Krieg erklärt werden sollte, war die Haltung der Obersten. Heeresleitung vor allem für das Zentrum dafür maßgebend. Der Zentrumsabgeordnete Gröber, ein süddeutscher Demokrat, erklärte in der Budgetkommission, maßgebend für das, was zu geschehen habe, sei Hindenburg. Auf meinen Zwischenruf, Hindenburg möge für die Armee maßgebend sein, aber doch nicht für die Politik, antwortete Gröber — es war das erste und einzige Mal, daß ich ihn berlinern hörte —: „Er is der Macher von't Janze!" Darin kam der völlige Verzicht auf eigene Meinung gegenüber der Obersten Heeresleitung drastisch zum Ausdruck.

Das zeigte sich auch 1917 beim Sturze Bethmann Hollwegs. In der Budgetkommission hatte Stresemann vorgeschlagen, die in Berlin anwesenden Heerführer Hindenburg und Ludendorff über Wahlrecht und Parlamentarisierung zu hören. Der Kanzler Bethmann Hollweg wandte sich dagegen mit der treffenden Begründung:

„Aber, meine Herren, ich würde doch außerordentlich davor warnen, die Oberste Heeresleitung unmittelbar zu einem Faktor

des politischen Lebens zu machen. Ich würde glauben, daß man derartigen Versuchen von vornherein entgegentreten sollte."

Das sagte der kaiserliche Kanzler zum Reichstag!

Aber die Abgeordneten waren taub für eine solche Mahnung. Sie hörten Hindenburg und Ludendorff, nachdem sie vorher noch vom Kronprinzen gehört worden waren, und der Erfolg war bekanntlich der Sturz Bethmann Hollwegs, des Kanzlers, der sich gegen die Diktatur des Militärs gesträubt hatte.

Gegen diese Militärdiktatur öffentlich Front zu machen, wurde aber, wie ich schon sagte, durch den Belagerungszustand verhindert, dessen Aufhebung im Reichstage immer wieder vergebens von der Sozialdemokratie beider Flügel beantragt, von den bürgerlichen Parteien aber abgelehnt wurde. So mußte notwendigerweise der Gegensatz zwischen Volk und Regierung wachsen. In der schon zitierten Reichstagsrede vom 9. Oktober 1917 sagte ich darüber:

„Wir treiben immer tiefer hinein in den Konflikt zwischen der überwältigenden Mehrheit des Volkes und der von den Alldeutschen und den Militaristen beherrschten Reichsregierung. Zwei Welten stehen sich schroff gegenüber."

Der ganze Kampf der USPD richtete sich gegen die Verlängerung des Krieges aus Annexionsabsichten. Wenn damals gesagt wurde, die militärische Lage bei Kriegsende werde keine Annexionen gestatten, so sah die USPD darin nur einen Ansporn, erst recht den Annexionswahnsinn zu bekämpfen, der einer Illusion wegen das Volk der Katastrophe entgegenführte.

Daß die USPD die Katastrophe befürchtete und nicht, wie gesagt worden ist, infolge ihres angeblichen Vertrauens in die militärische Tüchtigkeit der Obersten Heeresleitung über den Kriegsausgang beruhigt gewesen ist, dafür zeugen zahlreiche Stellen in den Reichstagsreden der Führer der USPD. So sagte Haase am 30. März 1917 im Reichstage:

„Ohne Frieden — das ist sicher — das allgemeine Verbluten und die Vernichtung unserer nationalen Zukunft. Wer eine derartige Politik unterstützt, macht sich mitschuldig an der entsetzlichen Katastrophe, die uns bevorsteht."

Das sieht doch nicht aus nach Vertrauen auf die Militärs, zeigt aber die große Befürchtung, von der der Redner ausging.

Noch mehr als in diesem Zitat kommt in Haases Rede vom 19. Juli 1917, der Rede zur Friedensresolution des Reichstags, klar zum Ausdruck, daß die Haltung der USPD diktiert war von der Sorge und der Befürchtung, daß das deutsche Volk in den Abgrund geführt und hineingestürzt würde. Haase sagte dort:

„Die Konservativen haben heute wieder durch den Mund des Herrn Grafen v. Westarp klar ausgesprochen, was sie wollen. Wir

wissen, woran wir mit ihnen sind. Aber, was sie wollen, führt, wenn man ihnen nicht Halt gebietet, zum Ruin unseres Volkes; denn man muß sich ja Scheuklappen vor die Augen legen, um nicht zu sehen, daß sich vor uns ein Abgrund auftut, und daß wir in diesen Abgrund hineingestürzt werden, wenn die Kriegspolitik fortgesetzt wird, die die Herren Konservativen uns empfehlen. Wielange soll denn der Krieg fortgeführt werden? Wenn es nach Ihrem Wunsche geht, dann wird der Zeitpunkt nicht fern sein, wo unser Volk verblutet ist und an Erschöpfung zugrunde geht. Wie der Frieden dann aussehen wird, brauche ich nicht auszumalen."

Wir sahen also die Katastrophe kommen und wollten sie verhindern durch unser Eintreten für einen rechtzeitigen Verständigungsfrieden. Dabei gerieten wir natürlich in ständigen Kampf besonders mit den Konservativen. Am 7. Juli 1917 polemisierte Graf Westarp in der Budgetkommission des Reichstags gegen Erzberger und die Friedensresolution. Er pochte auf unsere militärischen Erfolge. Ich rief ihm zu: „Es gibt auch ein Totsiegen!" Er antwortete: „Ja, lieber totsiegen als schmählich unterliegen." Er bedachte offenbar nicht, daß das Totsiegen das schmähliche Unterliegen zur Folge haben muß. Aber aus meinem Zwischenruf klingt ebenso wie aus Haases zitierten Äußerungen die Befürchtung des militärischen Zusammenbruchs heraus.

Ebenso falsch wie die Unterstellung, die USPD habe übergroßes Vertrauen zur militärischen Fähigkeit der Obersten Heeresleitung gehabt, ist der Vorwurf, der vielfach gegen sie erhoben wird, sie habe die militärische Kriegsführung sabotieren wollen. Kein anderer als Ledebour hat am 30. März 1917 im Reichstag erklärt:

„Meine Herren! Ich habe bei der ersten Lesung des Etats mich schon bemüht, nachzuweisen, daß es uns gar nicht einfällt, irgendwie die Kriegsführung zu hindern. Aber wir können nicht die Kriegspolitik der Regierung unterstützen, und deshalb müssen wir die Kriegskredite ablehnen."

Diese Äußerung deckt sich mit den Äußerungen von Haase, Vogtherr und mir, die ich schon in meinem ersten Marinebericht vor diesem Ausschuß am 22. und 23. Januar 1926 zitiert habe.

Ebenso falsch ist es, zu behaupten, die Taktik der USPD sei vor allem dahin gegangen, die politische Macht an sich zu reißen. Wäre das unsere Absicht gewesen, dann hätten wir nicht fortgesetzt so energisch verlangt, Frieden zu schließen, ehe es zu einer Katastrophe kam. Schleuniger Frieden war unser oberstes Ziel, nicht aber die Ergreifung der politischen Macht durch uns. Als marxistisch geschulte Sozialisten wußten wir, daß eine Revolution als Folge eines verlorenen Krieges gerade uns Sozialisten vor unlösbare Aufgaben stellen würde. Karl Kautsky, der berufenste Interpret von Marx und Engels, der während des Krieges zur USPD gehörte, hatte bereits Ende 1914

in einer Artikelserie in der „Neuen Zeit", die dann als Broschüre „Die Internationalität und der Krieg" erschienen ist, erklärt:

„Die Verheerung des Krieges und die Notlage des Besiegten werden so groß sein, daß selbst der kühnste sozialistische Neuerer es für eine harte Aufgabe halten wird, neues soziales Leben aus so trostlosen Ruinen erwachsen zu lassen."

Diese Auffassung beherrschte auch die Leitung der USPD im Kriege, eine Auffassung, die schon jahrelang vorher Gemeingut aller geschulten Sozialisten war. In besonders prägnanter Form ist diese Auffassung in einer kleinen Wahlbroschüre ausgesprochen, die der sozialistische Volkswirtschaftler Julius Marchlewski, bekannt unter dem Schriftstellernamen Karski, zur Reichstagswahl von 1912 unter dem Titel „Krieg, Zusammenbruch und Revolution" im Verlage der „Leipziger Volkszeitung" herausgegeben hat. Er sagt dort:

„Wir aber, die revolutionären Sozialdemokraten, wie sollen wir uns zu dem Kriegstreiben des Imperialismus stellen? Wir wollen den Untergang der Weltbourgeoisie. Je schneller sie zugrunde geht, desto lieber ist es uns. Sollten wir daher nicht auch lieber heute als morgen den Kriegsbrand auslösen? Trotzdem hören wir nicht auf, gegen den Krieg, gegen die Rüstungen, gegen den Imperialismus, gegen die Kolonialpolitik zu protestieren. Ist das nicht ein Widerspruch? Keineswegs. Indem wir gegen den Krieg protestieren, lassen wir uns nicht nur von den Geboten der Humanität leiten, sondern handeln auch im Sinne unserer ganzen revolutionären Weltanschauung. Wir sind auf Grund unserer wissenschaftlichen Erkenntnis der sozialen Verhältnisse der felsenfesten Überzeugung, daß die Entwicklung der kapitalistischen Wirtschaft mit Naturnotwendigkeit zu der Umwälzung führen muß, die die sozialistische Weltordnung herbeiführt. Diese Umwälzung aber kann erst dann von Dauer sein, wenn die sozialen Verhältnisse dafür reif sind. Weil wir keine Utopisten sind, weil wir wissen, daß die sozialistische Ordnung sich nicht willkürlich durchsetzen läßt, sind wir die unbedingten Gegner dessen, was man den revolutionären Putschismus nennt. Da aber eine Revolution, wie sie sich als Folge eines Krieges ergeben würde, zurzeit keineswegs soziale Zustände schaffen kann, bei denen die sozialistische Weltordnung von Bestand wäre, so liegt eine solche Revolution keineswegs im Interesse des Proletariats, kann sie uns als Sozialdemokraten nicht als erstrebenswertes Ziel erscheinen. Doch mehr noch: Krieg bedeutet Barbarei, ein europäischer Krieg würde eine unsägliche Verrohung der Menschen herbeiführen, er würde alle bestialischen Instinkte aufwühlen, er würde die Menschen um Jahrzehnte in der Kultur zurückwerfen, ganz abgesehen von dem materiellen Ruin. Der Sozialismus aber kann nur das Ergebnis fortschreitender Kultur sein, nicht eines kulturellen Rückganges."

So Karski 1912! Die in diesen Sätzen niedergelegte Grundauffassung hat die Politik der USPD während des Krieges beherrscht. Sie wollte die Kriegsfurie sobald als möglich wieder zum Stillstand bringen; deshalb hat sie sich so leidenschaftlich und energisch für den „Frieden der Verständigung", den „Frieden ohne Sieger und Besiegte" eingesetzt. Wäre ihr oberstes Ziel die Entfesselung der Revolution gewesen, so hätte sie doch durch ihre Friedenspropaganda ihre Revolutionsabsichten selbst durchkreuzt. Zudem wußten wir, was Haase in einer Reichstagsrede am 30. März 1917 in die Worte kleidete:

„Revolutionen entstehen, wenn die sozialen, politischen und psychologischen Vorbedingungen gegeben sind; fehlen diese, so kann eine Revolution nicht ‚gemacht' werden."

Auch die Revolution von 1918 ist nicht „gemacht" worden. Sie ist aus den Kriegsverhältnissen herausgewachsen mit der Notwendigkeit eines naturgesetzlichen Prozesses.

Die Mehrheit der Volksmassen war während des Krieges ebenso wenig sozialistisch wie vor dem Kriege. Sie war vielmehr durch die Kriegspsychose stark nationalistisch-egoistisch eingestellt. Dieser bürgerlichen Mehrheit stand die sozialistisch beeinflußte Minderheit gegenüber, wenn auch die Austragung der Gegensätze im Kriege unterblieb. Erst seit der Friedensresolution des Reichstages, also seit Juli 1917, stieß ein Teil der bürgerlichen Mehrheit zu der sozialistischen Minderheit in der Frage des Friedens, und beide zusammen bildeten eine Mehrheit für einen Verständigungsfrieden.

Aber der nationalistische Block, der von den Rechtsparteien, den Alldeutschen und den Militärs beherrscht wurde, verharrte in seiner nationalistisch-egoistischen Geistesverfassung. Gewiß, die Not und der Druck des Krieges lasteten gleich stark auf den Massen im sozialistischen und im nationalistischen Lager. Aber die innere Kraft, die sie aufrecht erhielt, war bei beiden eine grundverschiedene. Was die sozialistischen Massen aufrecht erhielt, das habe ich in einer Reichstagsrede vom 24. Mai 1916 in die Worte gekleidet:

„Diese Millionen wären unter dem Grauen und Entsetzen dieses Massenmordes seelisch längst zusammengebrochen, wenn das Ideal der sozialistischen Völkerverbrüderung ihnen nicht als Trost und Hoffnung für die Zukunft leuchtend vor der Seele stünde."

Welches Ideal aber hielt die Massen des nationalistischen Blocks aufrecht? Die hohen Militärs, die Großindustrie und das Großagrariertum hofften Ruhm und Ehre und vor allem große materielle Gewinne aus dem Kriege heimzubringen. Durch hohe Kriegsgewinne an den Heereslieferungen wurden alle selbständigen Mittelstandsexistenzen für die Fortsetzung des Krieges interessiert, durch das Hineintreiben der Kriegsanleihen in die Schichten der kleinen Sparer auch die große Masse der kleinen Leute im nationalistischen Lager.

Während in England mitten im Kriege bereits eine fühlbare Kriegssteuer erhoben wurde, prahlte Helfferich als Reichsschatzsekretär, Deutschland brauche das nicht, es werde seine Kriegslasten mit den Kriegsentschädigungen seiner Gegner bezahlen. Die in Aussicht gestellten Kriegsentschädigungen und Annexionen in Ost und West erweckten phantastische Vorstellungen und Illusionen über den Gewinn, den jeder einzelne Deutsche aus dem Kriege erzielen werde.

Dazu kamen die ständigen Siegesmeldungen der Obersten Heeresleitung, so daß sich bei den nationalistischen Massen in Heer und Volk die Auffassung festgesetzt hatte, all die unerhörten Opfer an Blut, Gesundheit und Gut, die gebracht worden waren, würden nach siegreich beendetem Kriege zehn- und hundertfach aufgewogen durch den Milliardensegen, der aus den Ländern der besiegten Entente nach Deutschland hereinströmen werde. Dieser Glaube hielt die nationalistischen Massen im Kriege aufrecht; er war egoistisch und materiell fundiert, während der sozialistische Glaube auf rein ideeller Grundlage beruhte.

Deshalb konnten auch die sozialistischen Massen nicht enttäuscht werden, als im Sommer und Herbst 1918 jede Hoffnung auf Sieg und Kriegsgewinn endgültig verloren ging. Anders aber wirkte diese Erkenntnis auf die nationalistische Masse in Heer und Volk. Mit dem Vertrauen auf den Sieg brach bei ihnen auch die moralische Kraft zu weiterem Durchhalten zusammen. Ludendorffs Waffenstillstandsforderung traf gerade diese Kreise wie ein betäubender Keulenschlag. Alle Hoffnungen waren vernichtet, alle Opfer umsonst gebracht, aschgraues Elend starrte ihnen aus der Zukunft entgegen. Das war zu viel! Das Vertrauen zur Heeresleitung, zur ganzen bisherigen Politik kam bei ihnen jäh ins Rutschen und donnerte wie eine Lawine in den Abgrund. Das war der Zusammenbruch.

Nicht die Sozialisten sind damals zusammengebrochen, sondern die Nationalisten! Diese zusammengebrochenen nationalistischen Massen in Heer und Volk waren plötzlich genau so blindlings friedenstoll geworden, wie sie vorher kriegstoll gewesen waren. „Nur Schluß und heim!“ war jetzt ihre Parole. Sie gerade drängten am stürmischsten nach dem Frieden, nun sie zu ihrem Entsetzen sahen, daß sie nicht nur nichts heimbringen würden aus dem Kriege, sondern hinterher noch große Opfer würden tragen müssen. Von sozialistischem Geist war nicht ein Hauch auf sie gekommen, als sie nun nach Frieden schrien. Ihr Friedensverlangen war genau so egoistisch-materialistisch fundiert wie vorher ihre Kriegsbegeisterung.

Diese nationalistisch-egoistische Friedensströmung floß damals zusammen mit der sozialistisch-linksbürgerlichen, und dadurch wurde der Friedensstrom unwiderstehlich. Das ist die geschichtliche Wahrheit über den Zusammenbruch. Das allein erklärt auch, warum sich im November 1918 keine Hand gerührt hat, um das alte System

aufrechtzuerhalten, warum König Ludwig III. von Bayern bei Nacht und Nebel von den Pforten der Adelsschlösser abgewiesen wurde und der Sturz der Monarchien sich überall als eine glatte Selbstverständlichkeit vollzog.

Was das alte System zum Sturz brachte, war der jähe Zusammenbruch all der Hoffnungen, die es im Kriege erweckt hatte. Im Herbst 1918 ist eingetreten, was Freiherr von Gebsattel bereits am 5. Mai 1915 in dem schon erwähnten Briefe an den Reichskanzler Bethmann Hollweg für den Fall in Aussicht gestellt hatte, daß die im nationalistischen Lager erweckten Hoffnungen auf Sieg und Kriegsgewinn, die er neu beleben wollte, enttäuscht würden. Er sagt dort prophetisch voraus:

„Die Stimmung in den breitesten Schichten unseres Volkes ist heute verbittert, ja der Verzweiflung nahe. Die Ursache dieser mit der Größe unserer Volksleistungen in Widerspruch stehenden Anschauungen zu untersuchen, ist hier nicht am Platze. Es sei nur gesagt, daß allzu vieles dafür spricht, daß die Reichsregierung das politische Kriegsziel zu eng gesteckt hat, und daß gerade jene treuesten und politisch zuverlässigsten Kreise hierin einen Verzicht auf die Ausnutzung eines sicheren Zieles erblicken würden. Man beginnt immer mehr, vor einem solchen Verzicht zu warnen. Es wäre der verhängnisvollste politische Fehler, der bisher gemacht werden konnte, und seine nächste Folge wäre die Revolution. Das Wort muß ausgesprochen werden. Bedenkt man, welch eine Schuldenlast nach dem Kriege auf dem Reiche ruhen wird, so ist es klar, daß die Steuern ins Ungeheure wachsen müssen, wenn das Kriegsergebnis unzulänglich ist. Man versetze sich in die zurückkehrenden Krieger, von denen jeder sich bestimmte Hoffnungen auf irgendwelchen Lohn macht. Statt dieses Lohnes finden sie eine wesentlich gesteigerte Steuerlast. Diese Menge kommt aus dem Felde mit einer ungeheuren Enttäuschung und Verbitterung. Was wird das Ergebnis sein? Es wird keinen Halt geben, und das nach solchen Leistungen enttäuschte Volk wird sich erheben. Die Monarchie wird gefährdet, kann gestürzt werden. Damit wird das Schicksal unseres Volkes besiegelt sein."

Die Revolution der enttäuschten Nationalisten, die Gebsattel hier 1915 prophetisch an die Wand malt, ist 1918 ausgebrochen. Er und seine Kreise haben im Kriege alles getan, die psychologischen Voraussetzungen dafür zu schaffen, die nationalistischen Massen in verstiegene Sieges- und Beutehoffnungen zu verstricken, so daß ihr moralischer Zusammenbruch erfolgen mußte, als sie die wahre Lage erkannten. „Wir sind belogen und betrogen worden!" Dieser bekannte Aufschrei des Herrn v. Heydebrand und der Lasa[1]) offenbarte

[1]) Vgl. Bd. 1 dieser Reihe, S. 359.

die ganze Fassungslosigkeit der zusammengebrochenen Nationalistenfront.

Wilhelm II. und die Machthaber sind durch die Angst vor der Revolution der Nationalisten immer wieder dazu getrieben worden, dem großen Wunder nachzujagen, das den versprochenen Sieg mit klingendem Gewinn doch noch bringen würde. Gleichzeitig haben sie Angst vor der Revolution der sozialistisch gesinnten Volksmassen gehabt. So haben sie hin und her gependelt in der Angst vor der nationalistischen Szylla und der sozialistischen Charybdis, und schließlich stürzten sie in beide hinein.

Warum aber spricht man heute nur von der sozialistischen Welle der Revolution und übergeht die nationalistische mit Totschweigen? Nun, die Nationalisten hatten im November 1918 kein positives Ziel mehr; sein plötzliches Versinken in das Nichts hatte ja ihre Revolution ausgelöst. Die Sozialisten dagegen hatten ein positives Ziel: den Aufbau einer besseren Welt, eine neue Organisation der Arbeit und die Herbeiführung des Friedens zwischen den Völkern. So problematisch für die wissenden Geister in jener Situation auch die Verwirklichung dieser Ideale war, für die Massen waren sie die Hoffnungssterne, denen sie folgten. So ging die Aktivität zu etwas Neuem, Besserem, das an die Stelle des Alten, Zusammengebrochenen treten sollte, an die Sozialisten über. Sie hatten die Führung, auf sie war das allgemeine Vertrauen übergegangen. So erschienen sie für Freund und Feind als die alleinigen Exponenten der Revolution, und die lediglich negativ und destruktiv sich auswirkende Revolution der Nationalisten, die überhaupt erst das Hervortreten des sozialistischen Elements ermöglicht hatte, wurde völlig ignoriert. Nur wer sich diesen zwieschlächtigen Ursprung der Novemberrevolution stets gegenwärtig hält, kann sie und ihren Verlauf richtig verstehen. Für die Machthaber des alten Systems war die Novemberrevolution von 1918 aber in ihrer Totalität die Nemesis der Geschichte. Die Weltgeschichte war auch hier das Weltgericht!

Sachverständiger Dr. *Hobohm:*

Ich bin durch meine Studien immer stärker zur Klarheit darüber gekommen, wie sehr die Rücksicht auf die Landesverteidigung, die Sorge, die Landesverteidigung zu gefährden, die gemäßigte Linke außerstand gesetzt hat, ihre Macht im Reichstage zu gebrauchen. Das gilt für die Mehrheitssozialdemokratie, für die USPD und auch den entschieden liberalen Flügel des Bürgertums. Diese Dinge sind nach meiner Auffassung in den Mittelpunkt zu rücken. Das war um so schwerer für die gemäßigte Opposition, als dort der Ernst der Kriegslage verhältnismäßig gut bekannt war. Es ist so wichtig wie nur irgend etwas, daß die Sammlung dieser Opposition um die Friedensresolution aus der Einsicht entstanden ist, daß die Katastrophe in Deutschland schon überfällig wäre, daß die Kriegs-

erschöpfung und die Kriegsverbitterung tatsächlich bereits die äußerste Gefahr herbeigeführt hatten. Ich möchte also wieder energisch darauf hinweisen, daß die Friedensresolution aus der Einsicht in diese Kriegserschöpfung und durch die Initiative der Mehrheitssozialdemokraten entstanden ist. Erzberger hat den ans Geniale grenzenden Schritt getan, diesem Einfluß der Mehrheitssozialdemokraten nachzugeben, nachdem die Regierung sowohl wie die Heeresleitung es abgelehnt hatten, in dieser Beziehung Konsequenzen zu ziehen.

Die Mehrheitssozialdemokratie hat die Politik des 4. August über alles gestellt. Aus dieser Politik heraus ist die Friedensresolution zustandegekommen, indem aus der absolut trügerischen politischen Basis des 4. August 1914 selber durch Erzberger und die gemäßigte Linksopposition im ganzen eine wenn auch schmalere, so doch für den Moment etwas tragfähigere Basis dieser Politik des 4. August zustandegebracht wurde, welche einerseits Landesverteidigung schlechthin und um jeden Preis zum Inhalt hatte, andererseits als Konsequenz die Demokratisierung und das Streben nach dem Verständigungsfrieden. Nur darauf konnte die gemäßigte Linke sich einlassen.

Unglücklicherweise ist die neue Mehrheitsregierung vom Juli 1917 mit innerer Notwendigkeit unverläßlich geblieben, aus all den Verhältnissen der inneren Politik und dem Einfluß des Annexionismus heraus. Es war eine ungeheure Tragik, daß das Festhalten an der Landesverteidigung zugleich die Vollmacht für die Oberste Heeresleitung zur Fortsetzung des Krieges — das bedeutete wider den Willen der Linken die Fortsetzung des alldeutschen Ikarusfluges — in sich schloß. Man berücksichtigt hier, wenn ich nicht irre, doch noch nicht immer vollständig, in wie hohem Grade die Kriegsführung von annexionistischen Richtlinien geleitet worden ist. Allerdings war auf seiten der gemäßigten Linken ein Irrtum im Spiel. Man hielt die Landesverteidigung für gesichert. Man ließ sich bis zur spartakistischen Gruppe einschließlich dadurch täuschen, daß die Oberste Heeresleitung mit eiserner Stirn die Landesverteidigung garantierte. Von Spartakus bis zu Bethmann Hollweg konnte man sich nicht vorstellen, daß die Landesverteidigung so hasardiert werden würde, wie es durch die Offensiven und die ungenügende Vorbereitung des Rückzuges im Jahre 1918 tatsächlich geschehen ist. Aber dieser Irrtum war nicht Schuld der Linken. Und für die Sozialdemokratie war es nicht tunlich, von sich aus die Bahn der Landesverteidigung selbständig zu verlassen. Ich kann in bezug darauf mit dem Herrn Abgeordneten Dittmann, so interessant und schwerwiegend seine Bedenken sind, nicht konform gehen. Ich bin überzeugt, daß die Mehrheitssozialdemokratie letzten Endes doch das Richtige gewählt hat, als sie die Landesverteidigung unter allen Umständen durchführen zu müssen glaubte, als sie sich nicht entschließen konnte, ihrerseits

zu erzwingen, daß die Liquidierung des Krieges zu einem früheren und allerdings besseren Zeitpunkt herbeigeführt wurde. Denn das wäre, ebenso wie jede Kreditverweigerung im großen Stil, der Ruin Deutschlands, die Katastrophe, der Zusammenbruch und notabene auch der Verlust der stabil aufgebauten proletarischen und sozialdemokratischen Machtstellung gewesen, ein Verlust, den Deutschland ebenfalls nicht hätte ertragen können.

## Sitzung, Sonnabend, den 7. Mai 1927

1. Schlußaussprache über das Gutachten des Sachverständigen Abgeordneten D. Dr. Dr. Bredt „Der Deutsche Reichstag im Weltkrieg" und die dazu erfolgten Vernehmungen und Berichte

2. Erste Beratung einer Entschließung „Der Deutsche Reichstag im Weltkrieg"

Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp:*

Ich möchte mich zunächst darauf beschränken, auf ein paar Fragen einzugehen, die der Herr Abgeordnete Dr. Bergsträßer an mich gerichtet hat und deren Beantwortung mir notwendig erscheint, um meine früheren Ausführungen, auf die er Bezug genommen hat, zu erläutern.

Der Herr Abgeordnete Dr. Bergsträßer hat meine Behauptung beanstandet, daß die „reine Demokratie, als Lockmittel von außen für Deutschland gefordert, beim Zusammenbruch für unsere Feinde Wunder gewirkt hat". Er fordert den Beweis dafür. Ich habe bei dieser Wendung an zwei Einflüsse von außen gedacht. Einmal an die Suggestion, die aus dem Westen kam und sich schließlich zu den Wilsonschen Punkten verdichtete, an die weite Kreise des deutschen Volkes geglaubt haben. Viele Deutsche waren der Überzeugung, daß mit Wilson ein erträglicher Friede erreicht werden konnte; die „Punkte" haben sich doch in der Praxis nachher als ein Schaumbild herausgestellt, das durch die Macht der anderen in nichts zerstoben ist. Der zweite Einfluß von außen ist der vom Osten. Die radikalen demokratischen Forderungen, die die praktische Folge der russischen Revolution waren, haben natürlich auch in Deutschland kräftig für die Zersetzung gearbeitet.

Weiterhin hat Herr Kollege Dr. Bergsträßer behauptet, daß meine Bemerkung, der Sturz Bethmanns wäre nicht erfolgt, wenn die Parteien der Linken und der Mitte sich nicht dafür ins Zeug gelegt hätten, abwegig sei. In dieser Frage stimme ich mit Herrn Dr. Bredt überein. Bethmann wäre nicht gestürzt worden, wenn

nicht der feste Wille einer Mehrheit des Reichstags dafür vorhanden gewesen wäre. Daß die Konservativen Bethmann los werden wollten, war eine allgemein bekannte Tatsache. Daß die O. H. L. ihn weg wünschte, wissen wir auch.

Aber die Erfüllung dieser geheimen Wünsche wurde doch erst möglich in dem Augenblick, als die Mittelparteien den Sturz Bethmanns durch einzelne ihrer Vertreter betrieben und die Linke sich ins Schlepptau dieser Bewegung begab.

(Abg. Dr. *Bergsträßer:* Außer dem Fortschritt!)

— Ich erkenne sehr gern an, daß die Fortschrittler die einzigen waren, die loyal in jeder Hinsicht an Bethmann festgehalten haben. Das Merkwürdige bei dieser ganzen Aktion war, daß die eigentlichen Gegner Bethmanns, die Konservativen, ausgeschaltet blieben. Sie „paßten" vollkommen und haben, wie feststeht, es sogar abgelehnt, sich an einer Sturzaktion gegen Bethmann zu beteiligen. Es ist mehrfach von Helfferich gesagt worden, daß er, als diese Dinge sich anbahnten, im Auftrage der Reichsregierung mit dem Grafen Westarp verhandelt hat. Er hat ihn klipp und klar gefragt: Wollen Sie jetzt Bethmann stürzen? Da wurde vom Grafen Westarp ungefähr die Antwort gegeben: Wir werden Bethmann von uns wegen seiner Friedensaktion nicht stürzen; aber selbstverständlich, wenn die anderen Parteien den Sturz von Bethmann betreiben und schließlich durchsetzen, können wir das nicht verhindern.

Auf die Bemerkungen des Herrn Abgeordneten Dr. Bergsträßer über meine Kritik an der Politik der liberalen Gruppen brauche ich, glaube ich, nicht näher einzugehen. Es ist bisher in Deutschland immer das Schicksal des Liberalismus gewesen, daß er versagt hat, wenn die Dinge zu einer Entscheidung herangereift waren. Er hat sich dann regelmäßig gespalten und oft schließlich das, was er jahrzehntelang theoretisch vertreten hatte, nicht mitgemacht. Ich gebe zu, daß hier vom Standpunkt der politischen Logik die Politik der rein demokratisch eingestellten Kreise gegenüber der der Nationalliberalen im Vorteil ist. Wir haben an vielen Beispielen gesehen, wie die deutsche Entwicklung durch die Halbheiten des Liberalismus in entscheidenden Augenblicken unheilvoll beeinflußt worden ist.

(Abg. *Dittmann:* Daß euch Konservativen das Knie nicht genug auf die Brust gedrückt wurde! — Heiterkeit. — Abg. Dr. *Bergsträßer:* Ich wandte mich ja nur dagegen, daß Sie meinten, daß gerade die Fortschrittliche Volkspartei zwar vom Wahlrecht geredet, es aber nicht gewollt habe. Das ist eben falsch!)

— Daß die preußische Fortschrittliche Volkspartei eifrig die Demokratisierung des preußischen Wahlrechts betrieben hat, gebe ich zu. Es steht aber auch fest, daß sie aus Opportunitätsgründen alles getan hat, um die Übertragung des gleichen Wahlrechts auf die Gemeinden zu verhindern.

(Abg. Dr. *Bergsträßer:* Das gebe ich auch zu!)

Die einzige demokratisch ehrliche Politik vom Standpunkt der Wahlrechtsfrage hat die Sozialdemokratie getrieben. Alles andere war eine Politik der Kompromisse, die ausschließlich von Opportunitätsgesichtspunkten bestimmt wurde und die psychologisch nicht anders zu verstehen ist als die Politik der Konservativen, die wie die Fortschrittler in den Städten mit einer gewissen Brutalität sagten: Wenn wir die Macht in Preußen in den Händen haben, dann haben wir keinen besonderen Grund, das Wahlrecht unsererseits zu ändern, solange nicht welthistorische Kräfte einen Zwang zur Änderung des Landtagswahlrechts ausüben.

Ich glaube auch, es ist abwegig, wenn der Herr Abgeordnete Dr. Bergsträßer die Auffassung vertritt, daß, weil die Versprechungen im Sinne einer demokratischen Entwicklung vor 100 Jahren von den preußischen Königen — nach seiner Auffassung — nicht gehalten worden sind, das Mißtrauen, das man dem kaiserlichen Versprechen der Demokratisierung des Wahlrechts entgegenbrachte, begründet war. Ich habe keine besondere Hochschätzung für die politischen Fähigkeiten Kaiser Wilhelms II. Aber die Überzeugung habe ich, daß er in der Frage des preußischen Wahlrechtes ein ehrliches Versprechen gegeben hat, das zu halten er auf alle Fälle gewillt war. Ich sehe daher eine verhetzende Agitation darin, wenn den Leuten immer wieder gesagt wurde: Friedrich Wilhelm III. hat das Wort gebrochen und Friedrich Wilhelm IV.; Wilhelm II. wird euch auch betrügen; die kaiserliche Botschaft wird schließlich nichts als ein leeres Versprechen bleiben!

Endlich möchte der Herr Abgeordnete Dr. Bergsträßer den Beweis haben für meine Behauptung, daß eine wilde Agitation in Heer und Heimat gewirkt habe. Das ist eine Frage, die besser bei dem Referate des Herrn Abgeordneten Dr. Rosenberg über das allgemeine Dolchstoßprogramm erörtert wird. Jeder Mensch, der 1917 mit offenem Blick in Deutschland die Dinge gesehen hat, konnte schon damals die Agitation zur Zersetzung von Heer und Staat beobachten. In den Industriegebieten waren in der 4. Klasse der Eisenbahn überall deutlich die Spuren einer solchen Agitation zu beobachten. Dafür lassen sich Tausende von Beispielen bringen.

Der Herr Abgeordnete Dr. Bergsträßer hat weiterhin darauf hingewiesen, daß die Reichsregierung, die O. H. L. den Reichstag bzw. seine Organe bewußt irregeführt hat. Daß die Reichsregierung sich in vielen Punkten gegenüber Mitteilungen an den Reichstag eine gewisse Zurückhaltung auferlegen mußte, war mit durch die Zusammensetzung des Reichstages bedingt. Es waren dort Vertreter des polnischen Ostens, franzosenfreundliche elsässische Abgeordnete usw. Was im Reichstage vertraulich gesprochen wurde, das war in ganz kurzer Zeit draußen im Auslande. Ich möchte in diesem

Zusammenhang auf die Erinnerungen hinweisen, die der Däne Hanssen aufgezeichnet hat[1]). Da kann man fast Zug um Zug sehen, wie das, was im Hauptausschusse besprochen wurde, sofort nachher in das Ausland gekommen ist. Hanssen hat im Reichstag überall die Dinge belauscht und stets sofort mit den polnischen Abgeordneten Fühlung genommen. In dem Augenblick des Zusammenbruchs sind dann die Forderungen der Minderheitsvölker in Deutschland ins Ungemessene geschraubt worden.

Abg. Dr. *Rosenberg*[2]):

Eine kurze Bemerkung zur Demokratie. Es ist richtig, daß Marx in seinem System die Demokratie wesentlich anders beurteilt, als wie die landläufige Auffassung ist, und daß er zwischen „Demokratie" und „Diktatur des Proletariats" keinen Unterschied macht. Aber in der täglichen politischen Propaganda haben die bolschewistischen Gruppen niemals die allgemeine Wahlrechtsforderung vertreten, die Forderungen, die man in der Politik als „demokratisch" bezeichnet, sind immer im scharfen Gegensatz zu den Forderungen des Bolschewismus gewesen. Da es sich hier nicht um die Theorie des marxistischen Systems, sondern um Tagespolitik handelt, muß man einen scharfen Unterschied zwischen demokratischen und bolschewistischen Forderungen machen.

Abg. *Dittmann:*

Die Demokratie im Westen und in Amerika hat auf die deutschen Volksmassen im Sinn der Demokratisierung Deutschlands nicht maßgebend eingewirkt. Soweit ein Einfluß da war, ist er vorhanden gewesen auch bei Männern wie Stresemann, der gesagt hat: „Dieser Krieg hat bewiesen, daß das parlamentarische System ganz andere Staatsmänner hervorzubringen vermag als unser autokratisches System. Ich will auf Lloyd George hinweisen, der geradezu Diktatorstellung in England hat, der es in einer Weise verstanden hat, die englischen Energien für den Kriegszweck dienstbar zu machen, wie es in Deutschland unter dem autokratischen System keinem Staatsmann möglich gewesen wäre." So hat Stresemann ausdrücklich in einer Rede im Hauptausschuß und Plenum des Reichstages ausgeführt.

Ähnlich haben sich Erzberger und andere Herren von Parteien geäußert, die vorher nie für Demokratie eingetreten waren. Es darf doch auch nicht vergessen werden, daß wir in Deutschland in der Sozialdemokratischen Partei bereits eine Partei gehabt haben, die den Gedanken der Demokratie grundsätzlich Jahrzehnte vor dem Kriege vertreten hat und daß das Streben auf Parlamentarisierung und Demo-

---

[1]) Abdruck der Tagebuchaufzeichnungen Hanssens s. u. S. 395 ff. (D. Her.)

[2]) Abg. Dr. Rosenberg ist seit seinem Ausscheiden aus der Kommunistischen Partei nicht mehr stimmberechtigtes Mitglied des Unterausschusses. Er nimmt aber auf einmütige Aufforderung weiter an der Aussprache teil.

kratisierung des Staatswesens in Deutschland deshalb ein urdeutsches Gewächs ist bei diesen Massen, die durch Eindrücke, wie den der Persönlichkeit eines Lloyd George, gar nicht erreicht wurden. Also der ausländische Einfluß gerade auf die linksstehenden Massen ist gar nicht vorhanden gewesen. Es ist — das kann ich aus eigener Erfahrung betonen — eine starke Tendenz in der deutschen Sozialdemokratie vorhanden gewesen, sich vor allem zu hüten, was auch nur so ausgelegt werden könnte, als wenn es in die Ideengänge der Partei und in ihre Praxis fremd hineingetragen wäre. Darauf ist mit einem gewissen Fanatismus gerade von der Führerschicht immer gehalten worden. Es ist also eine ganz falsche Auffassung, als ob 1918 irgendein ausländisches Gewächs nach Deutschland verpflanzt worden sei. Das ist allerdings immer die Auffassung der rechtsstehenden Kreise gewesen. Wir kennen ja die schöne Melodie: „Ausländer, Fremde sind es meist, die unter uns gesät den Geist der Rebellion. Dergleichen Sünder, Gottlob, sind selten Landeskinder." So heißt es ja wohl bei Heine. Das ist so alt, wie überhaupt die Geschichte der Revolutionen ist. Diese Deutung ist von den rechtsstehenden Kreisen hinterher immer gekommen. Nur insofern kann ihr eine gewisse Gültigkeit zugesprochen werden, als selbstverständlich Deutschland in der Welt nicht dauernd isoliert bleibt und daß, wenn in der ganzen Welt eine andere Gesamtrichtung aufkommt, sie naturgemäß auch auf das Geistesleben in Deutschland übergreifen muß. Aber irgendeine direkte Beeinflussung der deutschen Massen, die für die Demokratisierung und Parlamentarisierung Bedeutung gehabt hätte, hat nicht vorgelegen.

Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp:*

Ich gebe Ihnen darin recht, daß die westlichen Einflüsse bei den rein sozialistischen Kreisen nicht dieselbe Wirkung haben konnten, wie bei anderen Kreisen des deutschen Volkes, da dort schon diese Forderungen seit Jahrzehnten Programmpunkte und Gegenstand des politischen Kampfes waren. Die Entwicklung der Dinge in den letzten Kriegsjahren hat dazu geführt, daß immer weitere Kreise des deutschen Bürgertums den Formeln aus dem Westen erlegen und in das Schlepptau der stärkeren Kräfte weiter links geraten sind.

Abg. Dr. *Bell:*

Über die Behandlung des Reichskanzlers v. Bethmann Hollweg habe ich mich in diesem Ausschuß bereits ausgesprochen. Ich lege Wert darauf, hier zu erklären, daß auch die späteren Erörterungen über den Sturz Bethmann Hollwegs mir in keiner Weise Anlaß geben, von meinen damaligen, auf Kenntnis der Verhältnisse beruhenden Ausführungen abzuweichen.

Nun hat aber der Herr Vorsitzende die ganze Angelegenheit noch einmal erwähnt und seine Auffassung zu den Dingen in bestimmtem Umfang präzisiert. Ich halte es daher für zweckmäßig, zur Klarstellung des Sachverhalts nochmals in gedrängter Kürze auf die Tat-

sachen hinzuweisen. Es war ein offenes Geheimnis, wie ja auch der Herr Abgeordnete Dr. Philipp bemerkt hat, daß Bethmann Hollweg bei den Rechtsparteien persona ingratissima war.

(Abg. *Dittmann:* Man hatte sich sogar als vornehmstes Kriegsziel gestellt, Bethmann Hollweg so bald wie möglich zu beseitigen.)

Wenn es in der vorgeschlagenen Entschließung des Abgeordneten Dr. Philipp heißt[1]):

„Die konservative Fraktion des Reichstags war damals aber nicht gewillt, den Sturz von Bethmann Hollweg zu betreiben",

so muß ich demgegenüber auf einen wichtigen Umstand hinweisen. Wir hatten damals kein parlamentarisches System wie heute; es kam also auf ein „Betreiben" des Sturzes Bethmann Hollwegs gar nicht an. Es steht fest: die O. H. L. und auch starke Gruppen der Rechten waren sich darüber einig, daß Bethmann Hollweg entfernt werden sollte. Jetzt kam es lediglich darauf an, ob andere Parteien entgegen diesem starken Streben, Bethmann Hollweg zu beseitigen, den Kanzler stützen wollten. Das war der ausschlaggebende Gesichtspunkt.

Dabei stoßen wir auf die historische Tatsache, daß jene Kräfte, die den Sturz Bethmann Hollwegs seit Jahren betrieben, plötzlich im Juli 1917 zu diesem Endziel die Unterstützung Stresemanns und Erzbergers fanden. Erzberger und in gewisser Hinsicht auch Stresemann gingen aber von entgegengesetzten Motiven aus, als die O. H. L. und die Konservativen. Erzberger war damals der Überzeugung, daß Bethmann Hollweg nicht die genügende Kraft aufbrächte, um der politischen Machtstellung der O. H. L. wirksam zu begegnen, und daß er sich auch nicht stark genug zeigen werde, um die Friedensresolution mit dem gebotenen Nachdruck durchzusetzen. Diese seine Auffassung hat Erzberger in den Sitzungen der Zentrumsfraktion zur Geltung gebracht. Ich will keineswegs verschweigen, daß gegen diese Auffassung Erzbergers in den Reihen der Zentrumsfraktion Stimmen laut wurden, die erklärten, Bethmann Hollweg müsse gestützt und dürfe nicht gestürzt werden. Aber es setzte sich schließlich doch die Auffassung Erzbergers durch; es bestand an der wirksamen Durchsetzung der Friedensresolution ein so starkes vaterländisches Interesse, daß es zu dem schmerzlichen Bedauern der Zentrumsfraktion — dieser Ausdruck fiel tatsächlich — nicht möglich erschien, Bethmann Hollweg zu halten.

Gleichwohl wird man heute aus gereifter Erfahrung sagen dürfen, daß es ein politischer Fehler war, Bethmann nicht zu stützen; jedenfalls hätte man sich für sein Verbleiben solange einsetzen müssen, bis die Person seines Nachfolgers geklärt war. Es hat damals vielleicht ein zu starker Optimismus in der Richtung vorgeherrscht, daß ein

[1]) Vgl. S. 378.

Nachfolger Bethmann Hollwegs kommen werde, der sich der O. H. L. gegenüber mit größerem Nachdruck durchzusetzen verstände, der auch die Friedensresolution mit Energie zu vertreten in der Lage wäre.

Ich habe den Eindruck aus den damaligen Verhandlungen gewonnen, daß Erzberger und Stresemann für Bülows Wiederkehr waren. Erzberger war der Auffassung, Bülow sei der geeignete Mann, um diese schwierigen Fragen zu meistern. Er war dann äußerst enttäuscht darüber, daß aus der Kandidatur Bülow nichts wurde und statt dessen plötzlich Michaelis, an den niemand gedacht hatte, auftauchte.

Hätte man damals geahnt, daß der Nachfolger Bethmann Hollwegs Michaelis sein würde, dann hätte man sich in der Zentrumsfraktion keinesfalls dazu verstanden, Bethmann Hollweg fallen zu lassen; man hätte ihn vielmehr mit allem Nachdruck gestützt und sich für sein Verbleiben wenigstens solange eingesetzt, bis die Gewähr für einen energischen Nachfolger im Sinne der Friedensresolution geboten war.

Abg. Dr. *Spahn:*

Ich glaube, im Ausschuß besteht weitgehende Übereinstimmung in der Beurteilung der Vorgänge beim Sturz des Kanzlers Bethmann Hollweg. Nun lagen die Dinge nach meinen damaligen Informationen aber doch kaum so, daß Erzberger deshalb der erste war, der den Anstoß zur Beseitigung Bethmann Hollwegs gab, weil er ihn nicht für stark genug der O. H. L. gegenüber hielt. Wenn das wirklich Erzbergers Absicht gewesen wäre, dann hätte er damals nach meinem Eindruck eine Art macchiavellistischer Politik getrieben, die ich ihm eigentlich nicht zutraue. Erzberger war in den Tagen vorher mit dem Obersten Bauer zusammen. Die Fühlungnahme zwischen Erzberger und der O. H. L. über den Oberst Bauer geht meines Wissens mindestens bis in den Juni 1917 zurück. Gerade diese Fühlungnahme Erzbergers mit der O. H. L. war für meinen Vater ein starker Grund für seine Verstimmung gegenüber Erzberger wie gegenüber der O. H. L., die sich seitdem beständig weiter verschärft hat. Nicht nur Erzberger, sondern auch offenbar Herren von der Nationalliberalen Partei und sogar Herr Südekum von der Mehrheitssozialdemokratie hatten Beziehungen zur O. H. L. Für mich ist es unverständlich, daß dabei die Frage der Nachfolgerschaft Bethmann Hollwegs offenbar selbst gesprächsweise kaum berührt worden ist. Die O. H. L. war sich, glaube ich, darüber klar, daß sie die Kandidatur Bülow gegenüber dem Kaiser nicht durchzusetzen vermochte. Es hat mir allerdings erst nach dem Kriege ein Herr, der an den Ereignissen als Militär beteiligt war, gesagt, auch die O. H. L. habe anfangs den Gedanken erwogen, eine Kandidatur Bülow dem Kaiser vorzuschlagen. Aber der Versuch, beim Kaiser den Namen Bülow auch nur zu nennen, wäre sofort gescheitert, der Kaiser hätte seine alte persönliche Abneigung gegenüber Bülow unvermindert in sich getragen und auch in diesem Falle geltend gemacht.

Daraufhin habe die O. H. L. den Gedanken erwogen, es sei am wünschenswertesten, einen Mann zu wählen, der dem Zentrum dadurch, daß er Katholik sei, genehm wäre. So habe die O. H. L. zunächst an den General v. Gallwitz gedacht. Dieser Name sei dem Kaiser denn auch genannt worden, und er habe zunächst kein Zeichen der Ablehnung geäußert. Ganz unvorhergesehen habe der Kaiser vielmehr zwei oder drei Tage später eine Inspektionsreise zu der Armee unternommen, die damals, im Osten, General v. Gallwitz kommandierte. Im Hinblick auf diese immerhin bezeichnende Tatsache sei Hindenburg schon der Meinung gewesen, der Kaiser würde sich für Gallwitz entscheiden, einen Mann, den die O. H. L. als sehr ruhig und besonnen eingeschätzt habe, der Kaiser habe dann auch mit Gallwitz ein langes Gespräch über politische Dinge geführt. Gallwitz, der über die Absichten bezüglich seiner Person vollkommen ununterrichtet gewesen sei, habe sich vielleicht etwas zu freimütig und zu kritisch ausgesprochen, so daß der Kaiser von der Kandidatur Gallwitz wahrscheinlich wieder abgekommen sei[1]). Daraufhin habe man sich bei der O. H. L. überlegt, ob es denn nicht zweckmäßig wäre, in dem Augenblick, wo Bethmann Hollweg gestürzt wurde, den Grafen Hertling vorzuschlagen. Sobald Bethmann Hollweg gestürzt war, hat die O. H. L. tatsächlich die Kandidatur Hertling betrieben. Das hat mir Ludendorff selbst nach dem Kriege erzählt — während des Krieges habe ich ihn nicht gekannt —. Er sagte mir bei dieser Gelegenheit, es sei sowohl für ihn als auch für den Feldmarschall eine sehr schmerzliche Enttäuschung gewesen, daß Graf v. Hertling im Juli 1917 die Übernahme der Kanzlerschaft mit der Begründung abgelehnt habe, er habe nicht das Zutrauen, mit der O. H. L. ersprießlich zusammen arbeiten zu können. Diese Absage sei für die O. H. L., die doch selbst dem Kaiser die Kandidatur Hertling vorgeschlagen habe, ein empfindlicher Rückschlag gewesen. Nun kam Valentini mit der Kandidatur Michaelis. Valentini hat sich immer gerühmt, daß er der Erfinder der Kandidatur Michaelis gewesen sei. Ich sehe hier eine entscheidende Lücke in der ganzen Vorbereitung des Sturzes von Bethmann Hollweg: einerseits haben die beteiligten Parlamentarier auf die Kandidatur Bülow hingearbeitet. Sie zogen zusammen mit der O. H. L. an demselben Strick, um Bethmann Hollweg zu erdrosseln. Auf der anderen Seite war sich die O. H. L. schon damals klar, daß mit einer Kandidatur Bülow nichts zu machen sei,

---

[1]) Sachverständiger Dr. Herz hat in einem Zwischenruf auf das Protokoll über die Sitzung vom 8. Januar 1917 bei Exzellenz v. Hindenburg hingewiesen, das vom 2. Unterausschuß in den „Beilagen Nr. 5 zu den Stenographischen Berichten über die öffentlichen Verhandlungen des Untersuchungsausschusses“ veröffentlicht worden ist. (Neuveröffentlichung in der zweiten Reihe dieses Werkes.) Dort ist allerdings „Dallwitz“ genannt; gemeint ist aber vermutlich „Gallwitz“.

weil der Kaiser einer solchen Kandidatur einen persönlichen Widerstand entgegensetzen würde. Keiner sprach und überlegte mit dem andern, was nach dem Sturze des Kanzlers kommen werde.

Abg. *Dittmann:*

Mir lag vorhin bei einem Zwischenruf bei der Rede des Herrn Abgeordneten Bell daran, die innere Logik in dem Verhalten Erzbergers klarzustellen. Wer Erzberger persönlich gekannt hat, ist sich darüber klar, daß Erzberger auf weite Sicht gearbeitet hat. Er hat nicht nur auf die Annahme der Friedensresolution hingearbeitet, sondern er hat auch erwogen, welcher Mann als Reichskanzler die Friedensresolution durchzusetzen geeignet sei. Es steht doch wohl fest: Erzberger war des Glaubens, es würde ihm nicht nur gelingen, im Reichstag eine Mehrheit für die Friedensresolution zusammenzubringen, sondern er würde es auch durchsetzen, den früheren Reichskanzler Bülow als Nachfolger Bethmann Hollwegs ans Ruder zu bringen. Für diese Annahme spricht die innere Wahrscheinlichkeit. Dafür spricht auch, daß Bülow, ehe er Staatssekretär des Äußern wurde, deutscher Botschafter in Rom gewesen ist und auch noch in den Jahren 1914—15 dort mit der Kurie auf sehr gutem Fuße stand. Erzberger glaubte also offenbar, Bülow sei vor allem der Kurie ein besonders genehmer Kanzler, und mit Hilfe der Kurie würde es ihm gelingen, auf Grund der Friedensresolution einen wirklichen Frieden herbeizuführen. Ich glaube, nach dieser Richtung sind die Dinge gelaufen. Ich stimme dem Herrn Kollegen Dr. Bell durchaus zu, der sagte, Erzberger sei in der Durchsetzung seines ganzen Planes etwas zu optimistisch gewesen. Erzberger ist nur die Erreichung der ersten Etappe seines Ziels gelungen; er hat die Friedensresolution durchgesetzt. Es ist ihm aber nicht gelungen, seinen Mann an den Kanzlerposten zu bringen. Da ist der Plan stecken geblieben, und daher konnte er sich auch nicht mehr auswirken.

Abg. Dr. *Bell:*

Der Herr Kollege Dr. Spahn findet eine Diskrepanz in der Tatsache, daß Erzberger vor dem Sturz Bethmann Hollwegs mit dem Vertreter der O. H. L., dem Oberst Bauer verhandelt habe. Ich habe schon bei einer früheren Gelegenheit ausgesprochen: ich sehe gerade darin die geschichtliche Tragik, daß hier zwei Gruppen, auf der einen Seite Erzberger, auf der anderen die O. H. L. und die Rechte, aus ganz verschiedenartigen Motiven heraus zu völlig entgegengesetzten Zwecken sich zusammengefunden haben zu dem Endziele, Bethmann Hollweg fallen zu lassen.

Erzberger kam von Ober-Ost. Er hörte dort Mitteilungen über die Lage unserer Armee im Osten und Westen, die ihm geradezu Entsetzen einflößten und ihn veranlaßten, mit der O. H. L. in engere Verbindung zu treten, um genau und einwandfrei festzustellen, wie sich die gesamte Kriegslage entwickelt habe. Aus diesen Besprechungen

glaubte er auch bei der O. H. L. eine Geneigtheit zu Friedensverhandlungen zu entnehmen. Daher erklären sich seine wiederholten Besprechungen mit Oberst Bauer. Gleichzeitig hielt er seine Verbindung mit Bethmann, mit dem er bisher in bestem Einvernehmen gestanden hatte, aufrecht. Seine Besprechungen mit Bethmann brachten ihn aber zu der Überzeugung, daß dieser nicht stark genug sei, um sich gegenüber der O. H. L. durchzusetzen und die Friedensresolution tatkräftig ins Werk zu setzen. Aus dieser gewonnenen Überzeugung entnahm er dann die Gewissenspflicht, Bethmann nicht mehr zu stützen, sondern sich für einen geeigneteren und tatkräftigeren Nachfolger einzusetzen. Erzberger hat sich bei allen denjenigen Besprechungen, an denen ich teilgenommen habe, offen und klar in diesem Sinne ausgesprochen. Er hat die Kriegslage eingehend und gründlich geschildert und berichtet, wie die O. H. L. die Dinge ansehe. Darauf hat er mit Nachdruck betont, wir müßten zum Frieden kommen, Bethmann Hollweg werde aber nicht stark genug sein, um sich durchzusetzen. Daraufhin kam die Zentrumsfraktion in ihrer Mehrheit zu dem Ergebnis, daß es sich bei dieser Sachlage aus vaterländischen Erwägungen leider nicht mehr ermöglichen lasse, Bethmann Hollweg zu stützen. Bei den Verhandlungen der Zentrumsfraktion ist nach meiner Erinnerung über die Nachfolgerschaft Bethmann Hollwegs im Sinne einer bestimmten Kandidatur überhaupt nicht die Rede gewesen.

Wir hatten damals kein parlamentarisches System. Wir hatten keinen irgendwie maßgebenden Einfluß auf die dem Kaiser verfassungsrechtlich zustehende Ernennung des Reichskanzlers. Zur Erörterung in einer Fraktion war dieses Thema keineswegs geeignet. Wollte man durch Fühlungnahme einen gewissen Einfluß auf eine bestimmte Kandidatur gewinnen, so konnte das nur mit äußerster Vorsicht und Diskretion durch einzelne besonders einflußreiche Persönlichkeiten geschehen. In diesem Sinne sind damals, vor Bethmanns Rücktritt, Schritte unternommen worden, sowohl von Erzberger wie von Stresemann. Wenn diese Schritte erfolglos blieben, so lag das wohl wesentlich daran, daß es maßgebenden Kreisen nicht gelang, den Widerstand des Kaisers gegen den ihm persönlich unsympathischen Bülow zu beseitigen.

Was das Verhältnis Erzbergers zu Bülow anlangt, so ist hierüber bereits eingehend gesprochen worden. Erzberger und Bülow hatten sich 1915 zur Gemeinschaftsarbeit in Italien wiedergefunden. Auf Grund seiner häufigen Besprechungen und Verhandlungen mit Bülow kam Erzberger zu der Überzeugung, daß Bülow der geeignete Mann sei, um einen für uns erträglichen Frieden in die Wege zu leiten, besonders auch im Hinblick auf seine guten Beziehungen zum Ausland und zur Kurie, sein Ansehen bei der Entente und bei den Neutralen. In der Auffassung, daß Bülow der geeignete Nachfolger Bethmanns sei, begegnete sich Erzberger mit Stresemann, obgleich sich

ihre Motive und Erwägungen vielleicht nicht in allen Punkten vollständig deckten.

(Abg. *Dittmann:* Nach meiner Auffassung glaubte Stresemann, Bethmann Hollweg sei der Entente wegen wiederholter schroffer Erklärungen nicht genehm.)

Ich höre, daß Minister Stresemann noch Gelegenheit nehmen werde, sich darüber ausführlich auszusprechen. Vielleicht wird er sich dann auch darüber auslassen, wie die Kandidatur Michaelis damals aufgenommen und aufgefaßt wurde, und daß sie geradezu überraschend auch in solchen Kreisen gewirkt hat, die sehr eingeweiht zu sein vermeinten und mit einer anderen Kandidatur rechneten [1]).

Abg. Dr. *Bergsträßer:*

Abgeordneter Dr. Spahn sagt, die O. H. L. habe die Kandidatur Bülow erwogen, aber festgestellt, daß dieser Plan am Widerstand des Kaisers scheitern werde. Hat nun die O. H. L. diesen Umstand die Parlamentarier wissen lassen oder nicht?

Abg. Dr. *Spahn:*

Ich sagte bereits, es sei mir unerklärlich, daß Erzberger und die O. H. L. zwar zusammengewirkt haben, um Bethmann Hollweg zu stürzen, sich aber über das Nachher gar nicht unterhalten haben.

Abg. Dr. *Rosenberg:*

Es wäre abwegig, aus den Ausführungen des Herrn Abgeordneten Dr. Spahn den Schluß ziehen zu wollen, als ob die O. H. L. nicht die Kraft gehabt hätte, die Kandidatur Bülow beim Kaiser durchzusetzen. Wenn Ludendorff ernsthaft gewollt hätte, dann hätte er den Kaiser glatt an die Wand gedrückt; der Kaiser hätte gegenüber der unbeschränkten Autorität, die Ludendorff damals besaß, unbedingt nachgeben müssen.

(Abg. Dr. *Spahn:* Das ist ein psychologisch unrichtiger Schluß.)

Die Lage war doch so: Seit dem Jahre 1916 war der Kaiser — Belege dafür könnte man in großer Zahl anführen — glatt ausgeschaltet. Er durfte ja nicht einmal mehr gegen den Willen der O. H. L. einen Divisionsgeneral ernennen. Die O. H. L. sagte sich: Wenn es Bülow nicht ist, dann eben ein anderer. Ihr war schließlich Gallwitz oder Michaelis genau so genehm. Die Neubesetzung des Kanzlerpostens war für die O. H. L. keine Lebensfrage; ihr war es lediglich darum zu tun — und das war ihr ernster Wunsch —, Bethmann Hollweg so bald wie möglich zu stürzen. Die Person des Nachfolgers trat demgegenüber zurück. Schließlich war ja die O. H. L. auch nicht empört darüber, daß Michaelis kam. Und sie hat ihn ja auch ganz gut beherrschen können, wie sich in der Folge gezeigt hat.

---

[1]) Die Ausführungen des Abg. Dr. Stresemann sind dem 4. Unterausschuß am 19. Mai 1927 zugegangen; s. o. S. 300 ff.

Es ist für die gesamte Frage wichtig, ob der Kaiser damals noch eine solche Macht besaß, daß er sich gegen die O. H. L. durchsetzen konnte. Ich bestreite das.

Die Darlegungen des Herrn Abgeordneten Dr. Bell waren sehr interessant. Aus ihnen ging vor allem die ungeheure Schwäche des damaligen Parlamentarismus hervor. Die Friedensresolution war ein revolutionärer Schritt auf dem Wege, eine Reichstagsmehrheit zu schaffen, die maßgebenden Einfluß auf die Führung der Außenpolitik haben sollte. Nun war man sich aber innerhalb des Reichstags nicht darüber klar, wie man die Sache weitertreiben sollte. Der Sturz Bethmann Hollwegs von zwei Seiten her ist eine in der Politik alltägliche Erscheinung. Bethmann Hollweg mußte einem konzentrisch einsetzenden Druck von rechts und links weichen. Aber nach dem Sturz Bethmann Hollwegs zeigte sich die Schwäche des Parlaments in ganz eklatanter Weise. Der Reichstag vermochte seine Wünsche nicht durchzusetzen. Die maßgebenden Parlamentarier haben nicht gewagt, die Frage der Nachfolgerschaft Bethmann Hollwegs auch nur zu diskutieren. Zum mindesten hätte doch die Zentrumsfraktion als die stärkste und einflußreichste der bürgerlichen Parteien zur Frage der Nachfolgerschaft Stellung nehmen müssen. Angesichts dieser Kräfteverhältnisse ist es kein Wunder, daß sich eben die anderen Machtfaktoren, die im Reiche vorhanden waren, durchsetzten, so daß die neue Parlamentsmehrheit schon im Augenblick ihrer Entstehung vollständig geschlagen wurde. Sie konnte nur stürzen, was die O. H. L. auch stürzen wollte.

Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp:*

Bei der O. H. L. gab es auch Kreise, die Helfferich als Reichskanzler forderten. Man kam aber gar nicht dazu, diese Kandidatur näher in Erwägung zu ziehen, weil man in der O. H. L. von vornherein wußte, daß der Reichstag hierbei nicht mitmachen würde. So einfach, wie Dr. Rosenberg meint, konnte die O. H. L. den Reichstag nicht führen.

Abg. Dr. *Spahn:*

Die Frage, ob Ludendorff dem Kaiser eine Kadidatur Bülow hätte aufzwingen können, führt uns in ein psychologisches Problem hinein, das durchaus nicht so einfach zu lösen ist, wie der Herr Abg. Dr. Rosenberg glaubt. Es ist nicht so, daß die O. H. L. die Besetzung des Kanzlerpostens als eine nebensächliche Frage empfunden hätte. Ich glaube, daß die O. H. L., namentlich seitdem Hindenburg und Ludendorff die ganze Armee führten und die Verantwortung für alle Kriegshandlungen trugen, auch die Frage einer Neubesetzung des Kanzlerpostens durchaus ernst beurteilt hat. Aber da gab es dem Kaiser gegenüber doch noch Hemmungen, die die O. H. L. bei rein militärischen Fragen vielleicht nicht mehr oder nie hatte, denn in mili-

tärischen Dingen konnte sie aus eigener Machtvollkommenheit und aus dem Gefühl sachlicher Zuständigkeit heraus handeln.

Ich möchte die Darlegungen des Herrn Kollegen Dr. Bell in einigen Punkten ergänzen. Mein Vater, der im allgemeinen Helfferich sehr günstig gesinnt war, hatte während der Julitage 1917 mit ihm eine bestimmte Meinungsverschiedenheit. Aber was der Herr Kollege Bell soeben mitteilte, bestärkt mich in der Gewißheit, daß das von mir bewunderte scharfe Gedächtnis meines Vaters auch in diesem Fall sich nicht getäuscht hat, oder daß er jedenfalls die Äußerungen Helfferichs so verstehen konnte, wie er sie tatsächlich verstand. Helfferich hat, als der Krach mit Erzberger im Hauptausschuß kam, nach der Erinnerung meines Vaters mit ihm über die Auffassung des Feldmarschalls von der militärischen Lage gesprochen. Meines Vaters Erinnerung ging dahin, Hindenburg sei der Überzeugung, es werde gelingen, bis zu Anfang September 1917 die militärische Lage zu unseren Gunsten so günstig zu beeinflussen, daß die Stunde eines für Deutschland erträglichen Friedens gekommen sein werde. Helfferich hat nachher nur wahr haben wollen, daß Hindenburg von bedeutenderen kriegerischen Aktionen gesprochen habe, die in Aussicht stünden. Diese kriegerischen Aktionen sind dann ja auch eingetreten, denn es kam der Marsch nach Riga, der Zugriff im Osten. Aber mein Vater hat sehr zähe an der Überzeugung festgehalten, daß nach der Darstellung Helfferichs die O. H. L. Anfang Juli 1917 geglaubt habe, man werde in wenigen Wochen militärisch so weit kommen, daß die Feinde sich mit uns auf einen Verständigungsfrieden einließen.

Diese Erinnerung meines Vaters würde gut zu dem passen, was der Herr Abg. Dr. Bell soeben über die Unterhandlungen Erzbergers mit den Herren des Großen Hauptquartiers berichtet hat.

Den Herrn Abgeordneten Dittmann möchte ich auf folgendes aufmerksam machen: Erzberger ist im Mai und Juni 1917 wiederholt bei Bülow gewesen, der damals in Luzern war. Erzberger reiste bekanntlich sehr häufig in die Schweiz und hatte dabei verschiedentlich Gelegenheit, zu Bülow zu kommen. Mein Vater hatte damals schon den Eindruck, Bülow bereite durch diese Besprechungen mit Erzberger seine Kandidatur vor. Erzberger war begeistert von Bülow und nicht nur von Bülow, sondern auch von Bülows Gemahlin aus dem Winter 1914/1915 her. Mein Vater hatte von Bülow schon 1906 den Eindruck, er wolle es in seiner sehr diplomatischen Art nicht zu einem Bruche mit Erzberger kommen lassen, er fürchte die vehemente Art Erzbergers als Gegner. Mein Vater sah eine überlegte Handlungsweise Bülows dahinter, daß im November 1906 Roeren vorgeschoben wurde und Erzberger plötzlich in den Hintergrund trat. Das war mit ein Grund, weswegen mein Vater mit Bülow gebrochen hat. Er sagte, die großen Schwierigkeiten, die die Regierung be-

kommen hatte, seien durch die Angriffe Erzbergers auf die Kolonialpolitik heraufbeschworen worden. Nun wolle man es aber mit Erzberger nicht verderben, stelle alles andere deshalb zurück und richte die ganze Wut der öffentlichen Meinung gegen Roeren, weil der zufälligerweise einmal etwas tappig eingegriffen hatte. Ich möchte die Herren nur bitten, darauf zu achten, daß die Linie Bülow–Erzberger vielleicht weit zurückführt. Daß Erzberger große Pläne der Parlamentarisierung im Sommer 1917 mit der Kandidatur Bülow verfolgt hat, glaube ich nicht. Er hat sich die Dinge natürlich überlegt, aber vielleicht nicht allzu nachdrücklich. Wir haben gehört, daß Herr von Richthofen und auch andere Leute im Reichstag für die Kandidatur Bülow waren. Erzberger glaubte sicher, daß die Ernennung leichter durchzusetzen wäre, als sich nachher herausgestellt hat. Ich möchte — darin stimme ich mit Herrn Dittmann überein — sagen, daß die erste Hälfte des Planes, das Zerschlagen des Geschirrs, den Parlamentariern und der O. H. L. gelang, daß ihnen aber die zweite Hälfte, ein neues, brauchbares Geschirr herzustellen, nicht gelungen ist.

Abg. Dr. *Moses:*

Ich möchte mit ein paar ganz kurzen Worten auf die Frage eingehen, die Herr Dr. Rosenberg aufgeworfen hat, ob der Kaiser damals noch eine solche Macht gehabt hätte, Bülow gegen Ludendorffs Wunsch abzulehnen. Er stellt das so hin, als wäre es eine Machtprobe der O. H. L. und des Kaisers gewesen. Nach meiner Meinung handelte es sich da gar nicht mehr um eine Machtprobe, sondern um die Lösung des psychologischen Rätsels: Wilhelm II. Ich bin überzeugt, nach dem ganzen Charakterbild, das man sich von Wilhelm II. gemacht hat: selbst wenn der Kaiser die Empfindung gehabt hätte, Bülow wäre im gegebenen Moment der einzige, der die Karre noch aus dem Dreck hätte ziehen können, hätte er ihn doch nicht genommen. Das zeigt sich bei solchen Naturen immer wieder: sie können nicht vergessen, wenn ihnen irgendeiner etwas angetan hat, wie es Bülow im November 1908 dem Kaiser angeblich getan hat. Aus diesem Grunde handelte es sich auch nicht um eine Machtprobe, sondern lediglich um die psychologische Eigenart, die Wilhelm II. auszeichnete.

Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp:*

Ich glaube, daß in diesem Zusammenhang der Herr Abgeordnete Dr. Moses recht hat. Die Ernennung Bülows war psychologisch für den Kaiser eine Unmöglichkeit. Außerdem bin ich der Auffassung, daß auch Ludendorff sie nicht von sich aus verfolgt hat. Daß diese Hemmungen bestanden, geht aus der einen Bemerkung hervor, die Kühlmann gegenüber dem Abg. v. Richthofen gemacht hat, als es sich um die Nachfolge von Bethmann handelte [1]). Damals ist bei ihm son-

[1]) Vgl. S. 223.

diert worden. Mit einer Handbewegung hat Kühlmann die Auffassung vertreten: Bülow völlig indiskutabel! Ob das mit Rücksicht auf die O. H. L. oder den Kaiser gegolten hat, war aus der Bemerkung von Kühlmann nicht zu entnehmen.

Abg. Dr. *Spahn:*

Herrn Dittmann gegenüber darf ich noch folgendes bemerken: Ich glaube doch, daß Männer, wie Erzberger und Richthofen und wohl auch Stresemann, nicht erst auf die Kriegserschütterung von 1917 hin für das parlamentarische System eingetreten sind, sondern daß das auch schon früher der Fall war. Anfang 1908 hat Erzberger sich schon schriftstellerisch dahin geäußert, es wäre ein Zusammenschluß von Zentrum und Liberalen nötig, um die Entwickelung der deutschen Verfassung in diesem Sinne in die Wege zu leiten. Ich erinnere mich, daß Erzberger sehr eifrig an der Enquétekommission teilnahm, die infolge der Angriffe von Liebknecht im Winter 1913/1914 tagte. Er lebte damals in scharfer Spannung zur Sozialdemokratie und erwarb sich also in den Kreisen der Schwerindustrie viele Sympathien. Ich glaube, daß sein Zusammenhang mit Thyssen in diese Zeit zurückreicht. Es wurde mir gelegentlich erzählt, er habe damals offen gesagt: Die Entwicklung kommt, daß das preußische monarchische System durch den Parlamentarismus abgelöst wird. Männer wie er machen keine Lebensfrage für sich daraus, ein System zu erkämpfen. Das ist aber auch bei den Sozialdemokraten nicht der Fall gewesen. Als jedoch 1917 der Strudel kam, haben sich die Herren der Mittelparteien, weil sie immerhin von je dazu bereit waren, sehr rasch davon ergreifen lassen. Ich habe deshalb in der Februarsitzung unseres Ausschusses den Standpunkt vertreten, daß sie im Sommer 1917 aktiver gewesen sind als die Herren von der Sozialdemokratie.

Ich darf Herrn Dittmann gegenüber noch etwas hinzufügen. Seine Mitteilung ist sicherlich sehr interessant, daß in der Sozialdemokratischen Partei das Eintreten für die parlamentarische Verfassungsform als etwas Deutsches empfunden worden ist und man Bedacht darauf genommen hat, die Abhängigkeit vom Westen abzulehnen. Aber wollen Sie nicht auch einmal selber darüber nachdenken — ich möchte nur das unterstreichen, was Herr Kollege Philipp schon zum Ausdruck bringen wollte —: Dem sozialdemokratischen Wirken für die Demokratie sind doch zwei Menschenalter liberalen Eintretens für sie vorangegangen. Für das Bürgertum läßt sich die Abhängigkeit vom Westen her nicht leugnen, wenn sein Liberalismus auch durch die idealistische Philosophie, durch Kant usw. vertieft worden ist. Die Formen wurden unbedingt vom Westen übernommen. Für einen bürgerlichen Akademiker wie mich ist es immer wieder ein Problem, warum die Sozialdemokratie die entscheidenden Krisen, in denen sie mitwirken konnte, niemals ausnutzte, um Sozialismus zu treiben, sondern dann immer die Verfassungspolitik für dringlicher

erklärte. Vielleicht rührt es daher, daß die Anfänge unserer deutschen Sozialdemokratischen Partei nach Südwestdeutschland führen! Sie war mit der schwäbischen Demokratie eng verbunden. Aber wenn diese Verbindung schon für sie so bedeutsam geworden ist, dann hätte sie immerhin eine ganze Reihe von Anregungen in sich aufnehmen können, um eine nach meiner Auffassung mehr deutsche Form der Demokratie herauszubilden, als es nachher geschehen ist.

(Abg. Dr. *Moses:* Die Lassallesche Richtung und die marxistische!)

In der Zeit zwischen 1866 und 1870 hat Sonnemann noch gehofft, die Entstehung einer eigenen sozialdemokratischen Partei verhindern und die Arbeiterbewegung in einer großen demokratischen Parteibewegung auffangen zu können. So eng war die Verbindung. Aber von deren Auswirkung ist um die Mitte der siebziger Jahre schon nichts mehr zu spüren. Die Partei wandelt verfassungspolitisch ganz in den Bahnen des normalen Liberalismus der Fortschrittspartei und der Nationalliberalen. Sie denkt nicht daran, eine besondere deutsche Form herauszubilden. Um die Selbstverwaltung hat sie sich meines Erachtens sehr wenig gekümmert.

(Abg. Dr. *Rosenberg:* Das stimmt nicht. Die Selbstverwaltung spielt immer eine große Rolle. Die Schriften von Rosa Luxemburg treten immer für Gemeindepolitik und dergleichen ein.)

Das ist später gewesen. Erst nach der Jahrhundertwende. Damals habe ich einmal von Südekum in einer Zeit, wo ich ihn noch gar nicht kannte, ein Lob bekommen, weil wir in der Betonung von Aufgaben der Selbstverwaltung übereinstimmten. In den siebziger und achtziger Jahren tritt das Verständnis hierfür vollständig zurück. Da bewegte sich die Sozialdemokratie in der geistigen Abhängigkeit vom Liberalismus.

Abg. *Dittmann:*

Wenn das richtig ist, was Kollege Spahn ausgeführt hat, daß Erzberger und Stresemann sich schon Jahre vor dem Kriege für das parlamentarische System ausgesprochen haben — ich erinnere mich auch an Äußerungen der beiden Herren —, dann spricht das gerade gegen den Kollegen Philipp, der gemeint hat, während des Krieges sei ein ausländisches Gewächs boshafterweise nach Deutschland verpflanzt worden. Durch die Kriegserfahrungen sind Erzberger und Stresemann, die schon vorher mit dem Gedanken geliebäugelt hatten, erst recht zu der Überzeugung gebracht worden. Sie sagten sich: Hier haben wir aufs neue den Beweis, daß das parlamentarische System geeignet ist, alle Volkskreise in einem Lande mobilzumachen für ein gemeinsames nationales Ziel, und aus diesem Grunde — das war die Einstellung von Stresemann und Erzberger — müssen wir danach trachten, auch in Deutschland zum Parlamentarismus und zur Demokratisierung zu kommen.

Nun komme ich zu den übrigen Ausführungen des Kollegen Spahn. Es ist durchaus richtig, daß die Sozialdemokratie vor dem Kriege jahrzehntelang vor allen Dingen liberale und demokratische Gedankengänge in der deutschen Politik vertreten hat, die Jahrzehnte vorher in der Sturm- und Drangperiode des Liberalismus von Liberalen und Demokraten vertreten worden sind, deshalb eben, weil Liberale und Demokraten immer mehr von der Vertretung dieser Grundsätze abgekommen sind, weil sie, vor allem wirtschaftlich orientiert, in die Gedankengänge des Kapitalismus verstrickt waren und dadurch verhindert wurden, ihre eigenen Grundsätze mit Energie zu vertreten. Das ist auch die Erklärung dafür, weshalb die grundsatztreuen bürgerlichen Kreise in den fünfziger und sechziger Jahren des vorigen Jahrhunderts, die zum Liberalismus gestanden haben, allmählich im späteren Verlauf der Entwicklung zur Sozialdemokratie übergegangen sind.

Wenn Sie sagen, Sie haben sich gewundert, daß die Sozialdemokratie sich während des Krieges nicht gedrängt habe, spezifisch sozialistische Gedankengänge zu vertreten, verkennen Sie da eins. Gerade Marx ist der Auffassung, daß auch die Politik letzten Endes von der Wirtschaft abhängig ist und daß der Sozialismus, wie ihn Marx und Engels erstrebt haben und wie ihn die Sozialdemokratie heute noch erstrebt, vor allen Dingen eine Umgestaltung des Produktions- und Umtauschsystems erfordert. Sie werden zugeben müssen, daß im Kriege alle Voraussetzungen fehlten, um die Wirtschaft umzustellen. Durch die Zwangslage des Krieges wurde das Wirtschaftssystem, das noch in Geltung war und heute noch in Geltung ist, oftmals in einer Weise eingeschränkt, daß man überhaupt sich nicht mehr zurechtfand. In einer solchen Zeit war die Fortentwicklung des kapitalistischen Systems im sozialistischen Sinne ein Ding der Unmöglichkeit. Andererseits zwangen die Kriegsereignisse dazu, zunächst für das Unmittelbare zu sorgen. Das Hemd sitzt eben näher als der Rock, und das unmittelbare Ziel während des Krieges war, dafür zu sorgen, daß der Krieg so schnell als möglich beendet und verhindert wurde, daß er mit einem Gewaltfrieden abschloß, der den Keim neuer Kriege in sich tragen mußte. Im Rahmen dieser Debatte läßt sich über diese Probleme natürlich nicht erschöpfend reden. Ich wollte hier nur einige Gegenargumente anführen.

Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp:*

Ich möchte zu den letzten Bemerkungen des Herrn Abgeordneten Dittmann nur noch eins sagen: Ein Bekenntnis zum parlamentarischen System hat bei den liberalen Gruppen jahrzehntelang bestanden; aber das Entscheidende ist, daß erst Anfang 1917 im Zusammenhange mit den Kriegsereignissen der Versuch unternommen wurde, mit dem parlamentarischen System Ernst zu machen. Ich weise vor allem hin auf die Aufmachung der demokratischen Forderungen

des Westens, die den Glauben erweckten, daß, wenn wir diesen Wünschen entsprechend Deutschland umgestalteten, wir zu dem guten Kriegsausgang kämen. Das hat nach meiner Auffassung zweifelsohne auf den Kriegswillen schwächend eingewirkt und so den Zusammenbruch beschleunigt.

Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp:*

Punkt 2 der Tagesordnung: Erste Beratung einer Entschließung „Der Deutsche Reichstag im Weltkriege". Hierzu sind Ihnen „Unterlagen zum Entwurf einer Entschließung" zugegangen; diese beruhen auf einem ersten Versuch, den Dr. Fischer auf meine Anweisung und mit Zustimmung des Herrn Berichterstatters Abg. Dr. Moses gemacht hat. Ich habe meinerseits eine erste Umarbeitung der Vorschläge Dr. Fischers vorgenommen. Der Herr Berichterstatter Abg. Dr. Moses hat dann 35 Leitsätze zur Verfügung gestellt und gebeten, sie, soweit es möglich ist, in den Entwurf einzuarbeiten. Das ist geschehen. Weitere Anregungen haben die Abgeordneten Dr. Bredt und Dr. Bell gegeben. Auch diese sind in den Entwurf aufgenommen oder ihm angehängt.

Nach kurzer Aussprache werden die zur Beratung stehenden „Unterlagen zum Entwurf einer Entschließung" als Grundlage für die weiteren Verhandlungen angenommen. Die Mitglieder stellen für die zweite Lesung Zusätze und Abänderungen schriftlich oder mündlich in Aussicht.

Der Abdruck dieser Vorlage erübrigt sich, da sie sich in der Fassung für die zweite Lesung wiederfindet. Lediglich ein Satz muß erwähnt werden, weil er zu einer längeren formulierten Erklärung Anlaß gibt. Unter Ziffer II a „Der U-Bootkrieg" heißt es unter d:

> „Schon am 16. Oktober 1916 hatte das Zentrum den rücksichtslosen U-Boot-Krieg von der Entschließung der O. H. L. abhängig gemacht und dem Reichskanzler aufgegeben, sich nach ihren Wünschen zu richten."

Diesem Satz widerspricht der Abgeordnete Dr. Bell. Auf Grund seines Widerspruchs wird der Satz in der Formulierung der Entschließung für die zweite Lesung fortgelassen. Abgeordneter Dr. *Bell* gibt aber nachträglich in der Sitzung vom 12. Mai 1927 zur weiteren Begründung seines Standpunktes folgende Erklärung ab:

Da die Stellungnahme des Reichstags zum unbeschränkten U-Boot-Krieg und die hierauf gerichtete Entschließung der Zentrumsfraktion des Reichstags zum Gegenstande der Erörterungen des Untersuchungsausschusses gemacht und auch in die zu fassende Entschließung hineingearbeitet worden sind, so möchte ich auf Grund meiner persönlichen Kenntnis der damaligen Verhältnisse und insbesondere der Veranlassung zur Zentrumsentschließung folgende Erklärung abgeben:

Zu der hier in Betracht kommenden Zeit, nämlich im Herbst 1916, standen wir vor der Tatsache, daß sich die wirtschaftliche Abschnürung und die Aushungerung des deutschen Volkes in immer bedrohlicherem Umfange bemerkbar machten. Dieser Tatsache entsprach der dringende Wunsch des deutschen Volkes, so schleunig als möglich zu einer friedlichen Verständigung oder, falls diese nicht erreichbar war, zu einer tunlichst schleunigen Entscheidung zu kommen. Gerade in letzterer Hinsicht fiel in die Wagschale, daß die Marineverwaltung und die Heeresleitung sich für die nachdrückliche und unbeschränkte Durchführung des U-Boot-Krieges entschlossen hatten, da sie überzeugt waren und dieser Überzeugung auch Ausdruck gaben, daß hierdurch ein baldiges günstiges Kriegsende gewährleistet werde. Demgegenüber wurde von anderen Seiten die Auffassung vertreten, daß die Durchführung des uneingeschränkten U-Boot-Krieges die Gefahr einer Hineinziehung der Neutralen und insbesondere Amerikas in den Krieg gegen uns heraufbeschwören werde und dadurch unsere Lage verhängnisvoll verschlimmern könne. Der Reichskanzler v. Bethmann Hollweg neigte stark zu letzterer Auffassung, zauderte aber in seinen Entschlüssen. Angesichts dieser außerordentlich schwierigen und verantwortungsvollen Situation glaubte die Zentrumsfraktion, ohne irgendwie dem Reichskanzler oder der O. H. L. die diesen zufallende politische Entscheidung über die Kriegführung abnehmen oder darin eingreifen zu wollen, lediglich ihre Auffassung über die Sachlage zum Ausdruck bringen zu sollen und den zaudernden Reichskanzler für den Fall zu beruhigen, daß er sich für den U-Boot-Krieg entschließen solle. Dementsprechend gab der Abgeordnete Gröber am 7. Oktober 1916 in der Sitzung des Reichshaushaltsausschusses (Drucksache Nr. 353 des Reichshaushaltsausschusses, 13. Legislaturperiode, II. Session 1914/1916) folgende Erklärung ab, und zwar namens sämtlicher Mitglieder der Zentrumsfraktion:

> Für die politische Entscheidung über die Kriegführung ist dem Reichstag gegenüber der Reichskanzler allein verantwortlich. Die Entscheidung des Reichskanzlers wird sich dabei wesentlich auf die Entschließung der O. H. L. zu stützen haben. Fällt die Entscheidung für die Führung des rücksichtslosen U-Boot-Krieges aus, so darf der Reichskanzler des Einverständnisses des Reichstags sicher sein.

Zur Erläuterung sei bemerkt, daß damals in der Zentrumsfraktion nach sorgfältiger Abwägung aller in Betracht kommenden Umstände zum Ausdruck gebracht wurde, daß es lediglich auf den letzten Satz ankomme, da eine ausdrückliche Erklärung des Einverständnisses des Reichstags mit dem Verhalten des Reichskanzlers, falls dieser sich gegen die Führung des rücksichtslosen U-Boot-Krieges entscheide, nicht erforderlich sei. An dieser Zustimmung sei von keiner Seite

ein Zweifel erhoben worden. Vielmehr solle der in seiner endgültigen Stellungnahme noch immer zögernde Reichskanzler über die Haltung und Zustimmung des Reichstags für den Fall beruhigt werden, daß etwa seine Entscheidung zugunsten des U-Boot-Krieges ausfallen werde. Selbstverständlich sollte aber die alleinige Verantwortung über die Entscheidung dem Reichstage gegenüber beim Reichskanzler verbleiben. Nur brachte in dieser Hinsicht die Erklärung des Zentrums der militärischen Sachlage entsprechend zum Ausdruck, daß sich die Entscheidung des Reichskanzlers dabei wesentlich auf die Entschließung der O. H. L. zu stützen haben werde.

In der 233. Reichstagssitzung vom 23. Juli 1922 (Seite 8028) hat der Zentrumsabgeordnete Dr. Spahn, der im Oktober 1916 Vorsitzender der Zentrumsfraktion war und infolgedessen eine authentische Interpretation über Grundgedanken und Absichten der Zentrumserklärung vom 7. Oktober 1916 geben durfte, hierüber folgendes ausgeführt:

„Der Herr Abgeordnete Dr. Helfferich hat in der Würdigung des Beschlusses, der in bezug auf den U-Boot-Krieg von den Mitgliedern des Zentrums, die damals dem Hauptausschuß angehörten, gefaßt, und der schriftlich dem Reichskanzler Bethmann Hollweg übermittelt worden ist, dem Zentrum eine Verantwortung aufgebürdet, die, glaube ich, weiter geht, als gerechtfertigt ist. Ich habe bereits Gelegenheit gehabt, im Untersuchungsausschuß die Auffassung, die der Reichskanzler Bethmann Hollweg in diesem Ausschuß über dieses Schreiben zu erkennen gab, richtigzustellen. Es ist mir leid, daß diese Richtigstellung unbeachtet geblieben ist. Im zweiten Bande der „Denkwürdigkeiten" von Bethmann Hollweg finden Sie in einer Anmerkung die Bemerkung, daß ihm diese Auffassung neu gewesen sei. Die Mitteilung ist dort nicht vollständig, auch ist mein Name nicht genannt; aber ich darf jetzt wiederholen, um was es sich handelt.

Bethmann Hollweg hat schwere Bedenken gegen den U-Boot-Krieg getragen, und er ist aus seinem Zweifel — ich glaube, der Ausdruck ist hier richtig — nicht herausgekommen. Dagegen war die Heeresleitung der Ansicht, daß der U-Boot-Krieg nach der Kriegslage unbeschränkt geführt werden müsse, und daß er Erfolg haben würde. Das ist verschiedentlich zum Ausdruck gebracht worden. Einzelne unserer Parteimitglieder teilten die Auffassung, die von der Heeresleitung vertreten wurde, andere hielten mehr zurück. Aber wir alle waren in dieser Situation der Auffassung, Bethmann Hollweg seien seine eigenen Erwägungen dadurch zu erleichtern, daß wir ihm sagten: Du trägst zwar die Verantwortung, davon wird dir nichts genommen; wenn aber die Heeresleitung der Auffassung ist, daß der U-Boot-Krieg geführt werden müsse, und

du dich auf Grund dieser Auskunft zu dem U-Boot-Krieg entschließest, dann darfst du beruhigt sein, daß das Zentrum mit seinen Mitgliedern hinter dir steht. Das war der Wortlaut und der Sinn dieser Erklärung. Wir haben uns dabei nicht auf die Entschließung der Marineverwaltung gestützt, wir hatten nur die Tendenz, dem Kanzler seine Stellungnahme zu erleichtern dadurch, daß wir ihm sagten, wir ständen auch dann hinter ihm, wenn er sich entschließe, dem Standpunkte der Marineverwaltung beizutreten. Wenn er bei seinem Entschluß geblieben wäre, nicht in den U-Boot-Krieg einzutreten, so wäre das seine Sache gewesen; wir haben bewußt nach der Richtung hin keine Stellung nehmen wollen."

Auf die Beanstandung des Abgeordneten Dr. Helfferich, daß die Erklärung eine Deckung des Kanzlers nur für den einen Fall enthalten habe, nicht dagegen für die entgegengesetzte Alternative, antwortete der Abgeordnete Dr. Spahn:

„Ich darf dann noch bemerken: Wir waren der Auffassung, daß es für den Fall, daß der Reichskanzler auf diesem Standpunkt verbliebe, einer Erklärung unsererseits gar nicht bedürfe, da wir ihn ja nur, weil er zauderte, für den Fall beruhigen wollten, daß er sich für den U-Boot-Krieg entschließen sollte. Wie Bethmann Hollweg das Schreiben damals beurteilte, zeigt die Mitteilung Weizsäckers in der „Deutschen Revue", daß er ihm im Februar 1917 geschrieben habe, seine Erwartungen über die Erfolge des U-Boot-Krieges seien übertroffen, seine Zuversicht sei in stetigem Steigen und damit seine Überzeugung, daß wir gar nicht anders handeln konnten. Meines Erachtens könnte diese Entschließung des Zentrums aus unserer Debatte ausscheiden."

Hiernach dürfte in der Entschließung zu II a „Der U-Boot-Krieg" unter d folgende Änderung aufzunehmen sein:

„Die Eröffnung des U-Boot-Krieges am 1. Februar 1917 wurde von den bürgerlichen Parteien des Reichstages gutgeheißen. Schon am 7. Oktober 1916 hatte die Zentrumsfraktion, um den in seiner Entschließung zaudernden Reichskanzler für den Fall zu beruhigen, daß er sich etwa für den U-Boot-Krieg entschließen sollte, folgende Erklärung in der Sitzung des Reichshaushaltsausschusses abgegeben:

Für die politische Entscheidung über die Kriegführung ist dem Reichstag gegenüber der Reichskanzler allein verantwortlich. Die Entscheidung des Reichskanzlers wird sich dabei wesentlich auf die Entschließung der O. H. L. zu stützen haben. Fällt die Entscheidung für die Führung des rücksichtslosen U-Boot-Krieges aus, so darf der Reichskanzler des Einverständnisses des Reichstags sicher sein."

# Sitzungen am 12., 14., 18. Mai, 30. Juni, 1., 2., 8. Juli, 10. und 11. Oktober 1927

## Zweite und dritte Beratung einer Entschließung „Der Deutsche Reichstag im Weltkrieg"

Zu der Vorlage erster Beratung waren von den Abgeordneten Dr. Bergsträßer und Dr. Rosenberg schriftliche Abänderungsvorschläge eingegangen. Andere Mitglieder des Unterausschusses beteiligten sich in Vorbesprechungen unmittelbar an der Formulierung der Entschließung für die zweite Beratung. Unter Berücksichtigung der schriftlich und mündlich gemachten Vorschläge legte der Vorsitzende die Entschließung für die zweite Beratung in folgender Form vor:

### Vorbemerkung

Aufgabe des Unterausschusses war es, klarzustellen, wie der Reichstag von seiner staatsrechtlichen und tatsächlichen Stellung im Jahre 1914 zu der entscheidenden politischen Macht, die ihm am Kriegsende zugefallen war, gelangt ist.

### I. Die Lage bei Kriegsbeginn

1. Der deutsche Reichstag sah sich mit dem Ausbruch des Weltkrieges vor eine Tatsache gestellt, an deren Zustandekommen er keinen bestimmenden Anteil gehabt hatte, deren Folgen aber im Dienste des Volkes zum Besten zu wenden seine Pflicht war.

2. Die in kriegerischen Willen verwandelte Kraft der Nation machte die Waffen zum entscheidenden, fast einzigen Mittel der Politik. Daraus ergab sich die politische Einstellung der Parteien im Lande und der Fraktionen des Reichstags.

3. Infolge dieser Kriegsgebundenheit kam die Verweigerung der Kriegskredite, die gleichbedeutend gewesen wäre mit der Unterwerfung unter die Feinde, im deut-

(Anträge Dr. Bergsträßer).

1. Deutschland ging in den Weltkrieg mit unfertigen parlamentarischen Zuständen, infolgedessen mit einer Regierung, die nicht gewohnt war, mit allen Parteien in dem Maße vertrauensvoll zusammenzuarbeiten, wie dies in anderen Ländern längst üblich war. Keine der großen politischen Parteien hatte bei Beginn des Krieges Vertrauen zur Regierung und deren Leiter.

2. Das sichtbare Mißverhältnis der deutschen inneren Politik bei Kriegsausbruch bestand darin, daß trotz der gewaltigen Umschichtung der Bevölkerung, die sich in den letzten Jahrzehnten vollzogen hatte, der größte und nach der Organisation des Reiches bestim-

schen Reichstage so wenig wie in einem anderen Parlamente in Betracht.

4. Schon eine Auflösung des Reichstags infolge der Verweigerung der Kriegskredite durch einen großen Teil des Reichstags und etwaige Neuwahl hätte die Einheit des deutschen Kampfwillens gebrochen.

5. Dieselbe Rücksicht auf die Einheit des Kampfwillens verbot auch die öffentliche Kritik der Kriegführung und Politik im Reichstage, sie ließ ferner das Aufrollen innerpolitischer Fragen unzweckmäßig erscheinen. Insoweit war der Reichstag in der Geltendmachung seiner verfassungsmäßigen Machtmittel beschränkt.

6. Der Einfluß, der dem Reichstag blieb, machte sich zunächst nur im Rahmen der Kriegführung und Politik der kaiserlichen Regierung geltend, und äußerte sich zu Beginn des Krieges in freiwilliger und begeisterter Unterstützung der Regierung durch die Volksvertreter.

7. Je schwieriger sich die Kriegslage gestaltete, desto größer wurde die Gefahr, daß Teile des Reichstags den Kampf mit der Regierung aufnahmen, öffentliche Kritik übten, die Kredite verweigerten und den Umsturz des Staates betrieben.

8. Um diese Entwicklung hintanzuhalten, ging die Reichsregierung jedem Machtkampf mit dem Reichstage möglichst aus dem Wege und machte um des inneren Friedens willen, wo es ihr nötig schien, Zugeständnisse. Anderseits mende Bundesstaat ein Wahlrecht beibehalten hatte, das den zahlenmäßig wie in ihrer wirtschaftlichen Bedeutung gewachsenen Volksschichten keinerlei Möglichkeit politischen Einflusses gab.

3. Die Regierung selbst mußte sofort bei Kriegsbeginn durch ihr Verhalten zugeben, daß die bisherige innere Politik, insoweit sie darauf ausgegangen war, bestimmte Parteien und deren Anhänger von jeder Mitarbeit an und im Staate fernzuhalten, falsch war und im Kriege nicht mehr weitergeführt werden konnte, wenn man überhaupt einig in den Krieg gehen wollte.

4. In der Annahme, daß der Krieg nur kurze Zeit dauern werde, versuchte die Regierung, durch den sogenannten Burgfrieden alle innerpolitischen Fragen zu vertagen.

5. Von dem Augenblick an, wo eine Kriegsentscheidung nicht mehr unmittelbar nahe erschien, erkannte die Regierung, daß die Weiterentwicklung der inneren Verhältnisse an sich unausweichlich sei und hielt es für nötig, das Anfang 1915 auch öffentlich auszusprechen. Das war tatsächlich der Bruch des Burgfriedens durch die Regierung.

6. Da der Reichstag von der Regierung in entscheidenden Fragen sowohl der auswärtigen wie der inneren Politik oft gar nicht, wiederholt bewußt falsch informiert wurde, fehlte ihm die Grundlage, die notwendige Voraussetzung war, eine klare Politik zu machen. Zumindest ein Teil des

war das Verlangen des Reichstags, maßgeblich die Reichsregierung zu beeinflussen, zu schwach und unbestimmt, um gegenüber dem Widerstand der Regierung, die möglichst freie Hand behalten wollte, sich durchzusetzen.

9. Das deutsche Volk war bei Ausbruch des Krieges mit dem Reichstage in der Überzeugung einig, daß ihm der Krieg aufgezwungen war und es allein zur Verteidigung des nationalen Bodens die Waffen ergriffen hatte. Aus dieser Auffassung heraus schlossen sämtliche Parteien des Reichstags zu Kriegsbeginn den sogenannten Burgfrieden und bildeten nach außen eine feste Einheit. Schwankens der Mittelparteien ist darauf zurückzuführen.

## II. Der U-Bootkrieg

1. In der Frage des U-Bootkrieges stand die Mehrheit des Reichstages in den ersten Jahren des Weltkrieges auf dem Standpunkte der Reichsregierung, die ein gutes Einvernehmen mit den neutralen Staaten, insbesondere mit den Vereinigten Staaten von Amerika, erhalten wollte und darum die warnungslose Versenkung von Handelsschiffen verwarf.

2. Bei den Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Reichskanzler v. Bethmann Hollweg und dem Großadmiral v. Tirpitz stand die Mehrheit des Reichstags auf seiten des Reichskanzlers.

3. Die Eröffnung des uneingeschränkten U-Bootkrieges am 1. Februar 1917 wurde von den bürgerlichen Parteien des Reichstags von bestimmten Erklärungen der O. H. L. abhängig gemacht. Als diese erfolgt waren, durfte sich die Reichsregierung zur Erklärung des uneingeschränkten U-Bootkrieges für ermächtigt halten. Die Sozialdemokratie erhob auch nach der Erklärung gegen den uneingeschränkten U-Bootkrieg noch Einspruch.

4. Eine neue Lage ergab sich im Juli 1917, als im Haushaltsausschuß des Reichstags festgestellt wurde, daß der uneingeschränkte U-Bootkrieg den Erwartungen nicht entsprochen habe und nicht zu entsprechen vermöge.

## III. Der Streit um die Friedensziele und die Friedensresolution

1. Nach dem schweren Winter 1916/1917, nach dem Eintritt Amerikas in den Krieg und nachdem der U-Boot-Krieg den erwarteten entscheidenden Erfolg nicht gebracht hatte, waren alle Parteien der Überzeugung, daß mit höchster Tatkraft auf einen baldigen Frieden hingearbeitet werden müsse.

2. Dabei standen sich zwei Auffassungen gegenüber. Die eine ging dahin, daß nur höchste militärische Kraftanstrengung und geschlossener Kampfwille die Gegner von ihrer auf Vernichtung Deutschlands gerichteten Kriegspolitik abbringen könne. Die andere Ansicht ging dahin, daß die gegnerischen Völker zum Frieden bereit wären, sobald sie die Überzeugung hätten, daß Deutschland keine Eroberungen suche und friedlich neben den anderen Nationen leben wolle.

3. Es entsprach dem Gegensatz dieser Meinungen, daß darüber gestritten wurde, wieweit es wünschenswert sei, daß Deutschland beim Friedensschluß Annexionen direkter oder indirekter Art vornehme.

4 Die Gegensätzlichkeit dieser Anschauungen, deren Anhänger sich nicht klar nach Parteien schieden und im Laufe der Zeit mehrfach von der einen zur andern übergegangen sind, trat bei allen wichtigen Entscheidungen, die der Reichstag zu treffen hatte, zutage.

5. Die Enttäuschung über die Kriegslage, ganz besonders über den Verlauf des U-Boot-Krieges, führte im Sommer 1917 zu einer selbständigen Aktion der Reichstagsmehrheit. Zentrum, Sozialdemokraten und Fortschrittliche Volkspartei schlossen sich zusammen, um als feste Reichstagsmehrheit durch eigene Initiative den Frieden näherzubringen. Eine Veränderung der deutschen Verfassungszustände im Sinne des Parlamentarismus sollte den Frieden erleichtern. Die Friedensresolution ist in erster Linie innerpolitisch wichtig gewesen. In ihrer Konsequenz hätte die Parlamentarisierung Deutschlands gelegen. Objektiv richtete sich der Vorstoß der Reichstagsmehrheit nicht gegen Kaiser und Bundesrat, sondern gegen den realen Machthaber, die Oberste Heeresleitung.

6. Die Friedensresolution ging aus von dem in seinem Glauben an den für Deutschland siegreichen Kriegsausgang plötzlich erschütterten Abgeordneten Erzberger, nachdem er im Hauptquartier Oberost vom Obersten Hoffmann über die Kriegslage und durch seine Verbindung mit dem Grafen Czernin über die Gefahr des Zusammenbruchs Österreich-Ungarns unterrichtet worden war.

7. Die Sozialdemokraten, sowohl die Mehrheitspartei wie die Unabhängigen, teilten Erzbergers Urteil über die Kriegslage. Ihre Hauptabsicht war, die Unruhe der Arbeiterbevölkerung über eine Fortsetzung des Krieges für Eroberungen zu beschwichtigen.

8. Die Nationalliberalen widersprachen dem Gedanken der Friedensresolution, nicht weil sie Gebietserweiterung oder Kriegsentschädigung für eine unerläßliche Bedingung des Friedens hielten, sondern weil sie glaubten, die Bereitschaft zu einem Frieden ohne Annexionen und Entschädigungen sollte von der Regierung ohne öffentliche Ankündigung praktisch verwirklicht werden.

9. Die Konservativen widersprachen grundsätzlich der Friedensresolution, weil sie in einem solchen Vorstoß des Reichstags eine Gefahr für den Friedensschluß und den Übergang zu dem von ihnen für unzweckmäßig gehaltenen Parlamentarismus erblickten. Außerdem schien ihnen die militärische Lage den Verzicht auf begründete territoriale und wirtschaftliche Ansprüche nicht zu gebieten.

10. Die Oberste Heeresleitung hat nach anfänglichem Widerstreben sich dem Zustandekommen der Friedensresolution nicht länger widersetzt und an deren endgültiger Fassung mitgewirkt.

## IV. Der Sturz des Reichskanzlers v. Bethmann Hollweg

1. Der parlamentarische Vorstoß zur Entfernung des Reichskanzlers v. Bethmann Hollweg aus seinem Amte ist vom Abgeordneten Erzberger gemacht worden, nachdem dieser Fühlung mit dem Obersten Bauer, der als Vertreter der Obersten Heeresleitung nach Berlin gekommen war, und mit dem Abgeordneten Dr. Stresemann genommen hatte. Die Ersetzung v. Bethmann Hollwegs durch eine für die Zusammenarbeit mit der Obersten Heeresleitung geeignetere Persönlichkeit war eine Forderung der rechtsstehenden Kreise. Die konservative Fraktion des Reichstags war damals aber nicht gewillt, den Sturz v. Bethmanns zu betreiben. Auf Befragen des Staatssekretärs Helfferich ist es seitens des Grafen v. Westarp ausdrücklich abgelehnt worden, den Rücktritt v. Bethmanns zu fordern. Die Abneigung der Konservativen gegen jede Initiative des Reichstags in dieser Frage hat dabei mitgesprochen.

2. Die Nationalliberalen schlossen sich der Aktion Erzbergers zum Sturze Bethmann Hollwegs an, weil sie den Kanzler der Aufgabe nicht für gewachsen hielten, alle Möglichkeiten zur Herbeiführung eines günstigen Friedens auszunutzen, und weil sie durch einen neuen Mann eine enge Verbindung der Regierung mit dem Reichstage im Sinne der Anbahnung des parlamentarischen Systems herstellen zu können hofften. Den Rücktritt des Reichskanzlers v. Bethmann Hollweg forderte zunächst der Abgeordnete Dr. Stresemann im Hauptausschusse des Reichstags.

3. Das Zentrum hat sich der Haltung und den Gesichtspunkten der Nationalliberalen angeschlossen.

4. Die Sozialdemokraten stimmten der Entfernung Bethmann Hollwegs zu, weil er sich nach ihrer Meinung die Ansichten der auf Gebietserweiterungen gerichteten Kräfte in zu weitgehendem Maße zu eigen gemacht hatte.

5. Die Fortschrittliche Volkspartei allein trat für das weitere Verbleiben des Reichskanzlers v. Bethmann Hollweg im Amte ein.

6. Die Entlassung des Reichskanzlers v. Bethmann Hollweg stellt sich im ganzen dar als unmittelbare Folge der Drohung des Feldmarschalls v. Hindenburg und des Generals Ludendorff mit ihrem Rücktritt, falls der Reichskanzler v. Bethmann Hollweg im Amt verbliebe.

7. Als Nachfolger für Bethmann Hollweg wünschten die Nationalliberalen und auch Erzberger den Fürsten Bülow. Die Reichstagsmehrheit erwies sich aber als zu schwach, um die Ernennung des neuen Reichskanzlers irgendwie zu beeinflussen.

8. Alle Parteien, die Bethmanns Sturz betrieben hatten, waren durch die Berufung des Reichskanzlers Dr. Michaelis schwer enttäuscht.

## V. Die päpstliche Friedensaktion

1. Der 4. Unterausschuß hatte zu untersuchen, welche staats- und verfassungsrechtlichen Machtverhältnisse sich bei der Behandlung der päpstlichen Friedensaktion von 1917 ergeben haben. Seine Aufgabe bestand nicht darin, festzustellen, ob irgendeine reale Friedensmöglichkeit durch irgendwelche Handlung oder Unterlassung der deutschen Regierung im Jahre 1917 gestört worden ist. Das war die Aufgabe des 2. Unterausschusses.

2. Offiziell begann die Friedensaktion mit der Überreichung der Note der Kurie vom 1. August 1917, die am 15. August 1917 der deutschen Regierung übergeben wurde. Schon Reichskanzler v. Bethmann Hollweg hatte sich einer schon im Juni an ihn gelangten Anregung des päpstlichen Stuhles zur Anbahnung von Friedensverhandlungen gegenüber durchaus entgegenkommend verhalten. Auch der Kaiser hat in einer Besprechung mit dem Nuntius Pacelli dieser päpstlichen Aktion zugestimmt.

3. Parallel mit dem päpstlichen Schritte lief eine diplomatische Sondierungsaktion, die Staatssekretär v. Kühlmann sofort nach seinem Amtsantritt am 7. August 1917 eingeleitet hatte mit dem Zweck, durch unmittelbare Aussprache mit der englischen Regierung dem Frieden näherzukommen. Diesem Vorgehen gab der Staatssekretär „mit Rücksicht auf die internationale Zusammensetzung des Kardinalkollegiums“ den Vorzug vor der Friedensvermittlung durch den Papst. Auch hielt er seine eigene Sondierungsaktion nach England für aussichtsreicher.

4. Die Grundlage für die Haltung der deutschen Regierung in

beiden Aktionen bildete die Entscheidung des Kronrates im Schloß Bellevue vom 11. September 1917. Der Kaiser erklärte sich am Schluß des Kronrates grundsätzlich für die Wiederherstellung Belgiens. Staatssekretär v. Kühlmann verstand die kaiserliche Willensmeinung dahin, daß er das „Faustpfand" Belgien herausgeben dürfe, wenn es ihm gelinge, für dieses Zugeständnis die Gegner an den Friedenstisch zu bringen. Reichskanzler Dr. Michaelis hatte dieselbe Auffassung. Er meinte aber in Übereinstimmung mit der O. H. L. und auf Grund eines mit ihr geführten vertraulichen Schriftwechsels, die Freigabe Belgiens solle an gewisse deutsche Forderungen geknüpft sein, die die wirtschaftliche Angliederung des Landes zum Zwecke hätten. Für deren Durchführung rechnete er mit der Möglichkeit einer zeitweisen Besetzung Lüttichs über den Friedensschluß hinaus.

5. Nach einer vergeblichen Beratung über die Behandlung der Papstnote in dem zu großen Kreise des Haushaltsausschusses des Reichstags lud der Reichskanzler Dr. Michaelis Vertrauensleute der großen Fraktionen zur weiteren Beratung ein. Diese bildeten den sogenannten Siebener-Ausschuß. Dieser Ausschuß stellte keinen Ausschuß im Sinne der Geschäftsordnung des Reichstags dar. Er war aber eine über die bisherigen staatsrechtlichen Kompetenzen des Reichstags hinausgehende Einrichtung. In ihm wirkten sämtliche Parteien mit außer den Unabhängigen Sozialdemokraten, den Polen, der Deutschen Fraktion und den kleineren Gruppen.

6. Im Siebener-Ausschuß verlangte die Sozialdemokratie, die Fortschrittliche Volkspartei und das Zentrum, daß die vom Papst erwartete Erklärung über die Wiederherstellung Belgiens abgegeben und veröffentlicht werde. Die Erklärung konnte an die Bedingung der Unversehrtheit des deutschen Reichsgebiets mit Einschluß der Kolonien geknüpft werden. Die Regierung widersetzte sich der öffentlichen Erklärung. Staatssekretär v. Kühlmann drohte für den Fall, daß eine öffentliche Erklärung erfolgen solle, mit seinem Rücktritt.

7. An Stelle der ausdrücklichen Erklärung über die Wiederherstellung Belgiens wurde in der Beantwortung der Papstnote lediglich auf die Friedensresolution des Reichstags Bezug genommen. Diesem Vorschlage stimmten außer den Sozialdemokraten und den Konservativen sämtliche Parteien zu. Die konservativen Vertreter wollten den Verzicht auf Belgien auch in dieser abgeschwächten Form nicht aussprechen. Die zustimmenden Parteien der Reichstagsmehrheit sahen in der Erwähnung der Friedensresolution deren feierliche Anerkennung durch die Regierung, wodurch die Entschließung erst den Wert einer maßgeblichen deutschen Erklärung in der Kriegszielfrage erhielt. Weiter waren diese Parteien, wie auch der Abgeordnete Ebert von den Sozialdemokraten, der Ansicht, daß der Hinweis auf die Entschließung den Verzicht auf Belgien bedeute. Die Regierung hatte

Erklärungen in diesem Sinne gegenüber Mitgliedern des Siebener-Ausschusses abgegeben.

8. Die deutsche Regierung hatte schon den Entwurf ihrer Antwort der Kurie zugeleitet. Die Beurteilung des Entwurfes durch die Kurie ließ keinen Zweifel daran, daß nach ihrer Auffassung eine ausdrückliche und eindeutige Erklärung über Belgien für das Gelingen der päpstlichen Aktion notwendig war. Die Kurie hielt den Entwurf für ungenügend und ließ das die Reichsregierung wissen.

9. Gleichwohl ging die Note in der beschlossenen Form am 19. September 1917 ab. Die Mitglieder des Siebener-Ausschusses erhielten von den seitens der Kurie gelegentlich der Vorlegung des Entwurfs gemachten Einwänden keine Kenntnis. Sie kamen so nach dem Mißlingen der Aktion zu der Überzeugung, daß der Verzicht auf Belgien nicht genügt habe, um die Gegner zur Einleitung von Friedensverhandlungen zu bewegen. Die spätere Haltung der Parteien der Friedensresolution, besonders der Fortschrittlichen Volkspartei und der Sozialdemokratischen Partei zu allen Fragen der Kriegführung und der Friedensschlüsse wurde durch die Erfahrung, die sie mit ihrem denkbar weiten Entgegenkommen an die Entente gemacht zu haben glaubten, mitbeeinflußt.

10. Am 30. August — also *nach* Überreichung der päpstlichen Note und *vor* Absendung der deutschen Antwort, die am 19. September 1917 erfolgte — schickte der päpstliche Nuntius in München einen persönlichen Brief an den Reichskanzler, in dem die Notwendigkeit einer unzweideutigen Erklärung über Belgien betont war. Dieser Brief wurde nach dem Abgang der deutschen Note vom Reichskanzler am 24. September 1917 dahin beantwortet, daß erst nach Erfüllung einiger Bedingungen, die Deutschland zu stellen habe, die Voraussetzung für eine Erklärung betreffend Belgien gegeben sei. Reichskanzler Dr. Michaelis hat dabei vorwiegend an Forderungen gedacht, die den wirtschaftlichen Anschluß Belgiens an Deutschland sicherstellen sollten. Der Brief, der vom Auswärtigen Amt, und zwar in der Hauptsache von Staatssekretär v. Kühlmann entworfen war, ließ die Freigabe Belgiens fraglicher erscheinen, als die Note. Auch von diesem Brief erhielt der Siebener-Ausschuß des Reichstags keine Kenntnis.

11. Reichskanzler Dr. Michaelis brachte auch in dem oben erwähnten vertraulichen Briefwechsel mit Feldmarschall v. Hindenburg am 12. September 1917 die Bedingungen, an die der Verzicht auf Belgien geknüpft sein sollte, zum Ausdruck. Hier ist von der Besetzung Lüttichs bis zur Erfüllung der Bedingungen die Rede. Weder Staatssekretär v. Kühlmann noch der Siebener-Ausschuß des Reichstags erhielten von diesem Brief Kenntnis. Nach der Aussage des früheren Reichskanzlers hatte der Brief hauptsächlich den Zweck, die von der O. H. L. im Kronrat am 11. September gemachten Zugeständnisse festzulegen. Dieses Zeugnis, wie gewisse Äußerungen des früheren Staats-

sekretärs v. Kühlmann vor dem Untersuchungsausschuß über „Rücksichten", die die Politik auf die Wünsche und Auffassungen der O. H. L. zu nehmen hatte, beweisen, daß die O. H. L. einer öffentlichen Erklärung über die Freigabe Belgiens nach dem Friedensschluß sich damals widersetzt hat.

12. Obgleich Staatssekretär v. Kühlmann einzelnen Mitgliedern des Siebener-Ausschusses, besonders dem Abgeordneten Scheidemann, Andeutungen über seine durch den spanischen Gesandten in London Villalobar unternommene Friedenssonderung machte, mußte festgestellt werden, daß der Siebener-Ausschuß über die deutsche Politik hinsichtlich Belgiens unzureichend unterrichtet war und so zu der Vorstellung kam, Deutschland habe sich zur Freigabe Belgiens unter der Voraussetzung der Unantastbarkeit des deutschen Reichsgebiets mit einer auch nach Ansicht der Kurie ausreichenden Deutlichkeit verpflichtet. Die schwerwiegenden Folgerungen, die die Parteien der Friedensresolution aus der Erfahrung mit dem vermeintlichen Verzicht auf Belgien gezogen haben, beruhten daher wesentlich auf irriger Voraussetzung.

13. Durch dieses Verhalten der Regierung wurde der erste Versuch eines vertrauensvollen Zusammenarbeitens von Regierung und Reichstagsmehrheit verhindert. Der Siebener-Ausschuß hat so alle Bedeutung verloren.

## VI. Die Reichskanzlerschaft des Grafen v. Hertling

1. Der Sturz des Reichskanzlers Dr. Michaelis erfolgte, nachdem das Vertrauen der Reichstagsmehrheit durch seine Bemerkung über die Friedensresolution schwer erschüttert war („Wie ich sie auffasse"), anläßlich seines mißglückten Vorstoßes gegen die USPD wegen der Vorgänge in der Marine im Sommer 1917. Von keiner Seite, auch nicht von der O. H. L., ist der Versuch gemacht worden, Dr. Michaelis als Reichskanzler zu halten.

2. Nach dem Abgange des Reichskanzlers Dr. Michaelis wünschten die Nationalliberalen und das Zentrum die Ernennung des Fürsten v. Bülow. Diese Kandidatur wurde durch die Erklärung des Staatssekretärs Dr. v. Kühlmann erledigt, daß das Verhältnis zum Kaiser die Ernennung v. Bülows nicht zulasse.

3. An der Ernennung des Grafen v. Hertling haben die Parteien mit Einschluß des Zentrums nicht entscheidend mitgewirkt. Es fanden aber vor der Ernennung des Grafen v. Hertling vertrauliche Besprechungen mit den Parteiführern statt. Graf v. Hertling machte von der Zustimmung der Mehrheitsparteien des Reichstags zu seiner Ernennung zum Reichskanzler die Übernahme des Amtes abhängig. Dabei forderten die Linke und das Zentrum die Ernennung des Abgeordneten v. Payer zum Vizekanzler als Bedingung für ihre Unter-

stützung des Kabinetts v. Hertling. In der Außenpolitik wurde Reichskanzler Graf v. Hertling auf die Innehaltung der in der Antwortnote an den Papst vom 19. September 1917 festgesetzten Richtlinien festgelegt. In dieser Verpflichtung war nach Ansicht der Parteien, die die Friedensresolution angenommen hatten, die Verpflichtung zur Freigabe Belgiens mitenthalten.

4. In dem Friedensschlusse von Brest-Litowsk wurde der Grundsatz der Friedensresolution, auf Gebietserwerb zu verzichten, nur äußerlich gewahrt. Die in dem Frieden von Brest-Litowsk von der O. H. L. eingeleiteten Angliederungen ehemals russischer Gebiete widersprachen dem Geiste der Friedensresolution. Bei Abschluß des Friedens von Bukarest war die deutsche Regierung an die Einhaltung der Verpflichtung gebunden, die sie Bulgarien gegenüber bei seinem Eintritt in den Krieg übernommen hatte: die Wiedereinverleibung der südlichen Dobrudscha in Bulgarien durchzusetzen. Außerdem mußte Rumänien die nördliche Dobrudscha an die vier Mittelmächte abtreten. Wesentliche Grenzberichtigungen zugunsten Ungarns, deren Abtretung von dieser Macht verlangt wurde, kamen hinzu.

5. Für die Zustimmung der bürgerlichen Parteien zu beiden Friedensschlüssen war der Eindruck maßgebend, daß sich die Kriegslage seit der Friedensresolution verbessert habe und man daher gewisse territoriale, politische und wirtschaftliche Bindungen anderer Länder an das Deutsche Reich im Interesse einer erhöhten Sicherheit verantworten könne.

6. Die Sozialdemokratische Partei enthielt sich bei der Abstimmung über die beiden Friedensverträge der Stimme, sah aber in ihnen die ersten Schritte auf dem Wege zum allgemeinen Frieden. Die USPD stimmte gegen beide Friedensschlüsse.

## VII. Die Einführung des parlamentarischen Systems

1. Die Frage der Verfassungsreform im Reiche wurde bereits im Sommer 1917 in Angriff genommen durch den zu diesem Zwecke eingesetzten Verfassungsausschuß. Dessen Arbeit blieb unfruchtbar, weil die Regierung, die Rechts- und teilweise auch die Mittelparteien entscheidenden Änderungen widerstrebten und die Arbeit des Verfassungsausschusses durch formale Schwierigkeiten hemmten.

2. Die Einführung des formalen parlamentarischen Regiments erwies sich als möglich zunächst ohne Änderung der Reichsverfassung. Auch die darauf folgende Verankerung des parlamentarischen Regiments durch die Gesetze vom 28. Oktober 1918 geschah ohne Abänderung des Artikel 9 der Reichsverfassung, der bis dahin als Hindernis der Parlamentarisierung gegolten hatte. Die Gesetze des 28. Oktober bedeuteten nur die Verbriefung der durch die Bildung der Regierung des Prinzen Max tatsächlich schon erreichten Parlamentarisierung.

3. Der Sinn der Regierung des Prinzen Max von Baden war die Machtübernahme durch die Reichstagsmehrheit der Friedensresolution. Den unmittelbaren Anlaß zur Einführung des parlamentarischen Systems bildete das Verlangen der O. H. L. nach einem Waffenstillstand und Einführung einer parlamentarischen Regierung am 29. September 1918. Damit trat die bisherige in Deutschland herrschende O. H. L. politisch vom Schauplatz ab und machte der Reichstagsmehrheit Platz. Die entscheidende Macht war damit übergegangen auf ein anderes Staatsorgan, von dem man nicht erwarten konnte, daß es noch einmal zugunsten der alten kaiserlichen Gewalt zurücktreten würde.

4. Die Regierung des Prinzen Max von Baden erwies sich gegenüber den Wirkungen der militärischen Lage und der infolgedessen beginnenden Auflösung der Staatsordnung machtlos. Die Revolution setzte den Reichstag außer Kraft.

5. Nach der vorübergehenden Herrschaft der Arbeiter- und Soldatenräte hat die alte Reichstagsmehrheit der Friedensresolution in der Nationalversammlung wieder die Führung übernommen und die Weimarer Verfassung beschlossen.

## VIII. Die preußische Wahlrechtsfrage

1. Die preußische Wahlrechtsfrage war keine unmittelbare Angelegenheit des Reichstages. Er zog sie aber in den Kreis seiner Verhandlungen, weil die Parteien von links bis zu den Nationalliberalen der Meinung waren, daß das Vertrauen der unteren Schichten des preußischen Volkes in die Regierung und damit der freie Wille dieser Schichten zur Fortsetzung des Krieges ohne eine befriedigende Lösung der Wahlrechtsfrage nicht zu erhalten sei.

2. Die Einführung des allgemeinen gleichen Wahlrechts in Preußen hätte innerpolitisch einen Grund zur Unzufriedenheit bei den Wählern der zweiten und dritten Klasse beseitigen können. Ob indessen diese Maßnahme, die sich vor der Beendigung des Krieges nicht praktisch auswirken konnte, den inneren Zusammenbruch verhütet oder die kriegerische Ausdauer der Bevölkerung wesentlich gestärkt hätte, muß dahingestellt bleiben.

3. Die Bereitwilligkeit, ein den demokratischen Forderungen weit entgegenkommendes Wahlrecht zu gewähren, hat beim König von Preußen und der preußischen Staatsregierung bestanden. Auch die Parteien vom Zentrum bis zu den Konservativen waren bereit, ein alle Volksschichten berücksichtigendes Pluralwahlrecht auf demokratischer Grundlage einzuführen.

4. (Antrag Dr. Moses: Die Wahlrechtsreform mit Preußen führte zu keinem Ergebnis, weil die Konservativen, Freikonservativen und

Nationalliberalen des Landtags ihr zu starken Widerstand entgegensetzten und die Regierung vor tatkräftigen Angriffen zurückschreckte.)

5. Die in letzter Stunde im Oktober 1918 erfolgte Änderung des preußischen Wahlrechts kam zu spät und wurde infolge der allgemeinen Erregung in ihrer Bedeutung nicht mehr erkannt.

Dieser Entwurf wird eingehend in den Sitzungen vom 12., 14. und 18. Mai 1927 in zweiter Beratung verhandelt und mit einer Reihe von Änderungen angenommen.

Die dritte Beratung der Entschließung erfolgt in den Sitzungen vom 30. Juni, 1., 2., 8. Juli, 10. und 11. Oktober 1927 und findet ihren Abschluß mit der Annahme der am Eingange von Bd. 7, I S. 1*ff. abgedruckten Fassung.

Der Unterausschuß beschließt darauf, folgenden Antrag an den Gesamtausschuß zu richten:

„Der 4. Unterausschuß des 20. (Untersuchungs-) Ausschusses hat mit der Beschlußfassung über das Ergebnis seiner Teiluntersuchung ‚Der Deutsche Reichstag im Weltkrieg' diesen Teil seiner Arbeit beendet.

Er empfiehlt dem Gesamtausschuß, beim Reichstag zu beantragen:

Der Reichstag wolle beschließen:

Der 7. und 8. Band der vierten Reihe im Werk des Untersuchungsausschusses zu der Sonderuntersuchung ‚Der Deutsche Reichstag im Weltkrieg' werden zur Kenntnis genommen."

Außerdem macht in der Sitzung vom 10. Oktober 1927 der Vorsitzende Abg. Dr. Philipp Mitteilung von einem Schreiben des Abg. Schultz (Bromberg) an ihn vom 4. Oktober 1927, in dem der genannte Abgeordnete zu Ausführungen des Abg. Dittmann in der Sitzung des 4. Unterausschusses vom 6. Mai 1927 (s. o. S. 335) Stellung nimmt:

„Daß ich am 4. August 1914 mit Herrn Dittmann gesprochen haben soll, ist mir überhaupt nicht erinnerlich und sehr unwahrscheinlich. Jedenfalls habe ich nicht das gesagt, was mir dort in den Mund gelegt wird, sondern, soweit ich mich erinnere, vor einer Karte stehend, auf Belgien zeigend, einigen herumstehenden Abgeordneten mitgeteilt, daß unsere Truppen in diesem Augenblick dort in Belgien einmarschieren, was bis dahin allgemein unbekannt war. Von einer Annexion Belgiens war damals überhaupt nicht die Rede und konnte daher weder das noch die Bemerkung über die sieben Millionen Katholiken gefallen sein. Ich und wohl auch alle anderen Reichstagsabgeordneten hatten damals andere Gedanken und Sorgen, als an Annexion zu denken, die doch erst im Laufe des so günstig verlaufenen Kriegsbeginns auftauchten. Ich habe niemals eine Annexion Belgiens befürwortet, weder im Jahre 1915 noch sonst, sondern im Gegenteil meinem Freund, dem bekannten freikonservativen Führer v. Zedlitz, aus Rußland, wo ich

tätig war, dringend geschrieben, daß man mit der Erörterung von Annexionsplänen aufhören sollte. Wir hätten wichtigeres zu tun."

Abg. Dittmann erklärt dazu, daß er seine Darstellung des Vorganges aufrechterhalte und beruft sich auf die damaligen Abgeordneten Henke und Wendel als Ohrenzeugen. Abg. Dittmann verweist ferner darauf, daß er den Vorgang bereits am 2. März 1924 im „Vorwärts" geschildert habe, ohne daß Herr Schultz ihn damals bestritt.

---

In der Sitzung vom 19. Oktober 1927 lenkt der Abg. Dr. *Moses* die Aufmerksamkeit des Unterausschusses auf einen in der „Welt am Montag", Nr. 39, erschienenen Briefwechsel zwischen dem früheren deutschen Kronprinzen und dem Reichskanzler a. D. Dr. Michaelis. Es wird beschlossen, den Reichskanzler a. D. Dr. Michaelis zu fragen, ob der Briefwechsel authentisch sei.

---

Auf die Anfrage des Vorsitzenden Abg. Dr. Philipp antwortet Reichskanzler a. D. Dr. Michaelis:

D. Dr. Michaelis
Oberpräsident a. D.

*Bad Saarow (Mark)*, den 14. Oktober 1927.
Berlin NW. 23, Flensburgerstr. 9.

An

den Vorsitzenden des 4. Unterausschusses
des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses

Herrn Dr. Philipp, M. d. R.,

Berlin NW. 7,
Reichstag.

Hochverehrter Herr Doktor!

Ihren Brief vom 12. Oktober 1927 betreffend meinen Briefwechsel mit dem deutschen Kronprinzen im Jahre 1917 habe ich erhalten. Ich besitze persönlich weder den Brief des Kronprinzen noch meine Antwort an ihn. Ich erinnere mich an den Wortlaut des kronprinzlichen Schreibens und meiner Antwort jetzt nach zehn Jahren nicht mehr genau, doch glaube ich, daß das, was in der Presse, insbesondere in der „Welt am Montag", publiziert ist, den Briefen entsprechen mag. Der kronprinzliche Brief und vielleicht auch ein Konzept meines Briefes müßte ja in der Reichskanzlei zu finden sein. Ich darf auf die nunmehr von dem Ausschuß aufgegriffene Angelegenheit noch kurz zurückkommen. Mir ist nicht erfindlich, warum zu meiner Äußerung über die Juli-Resolution des Jahres 1917 in dem Brief an den Kronprinzen jetzt mit ganz besonderer Lebhaftigkeit und An-

feindung Stellung genommen wird, als wenn es sich um ein ganz neues „Geständnis“ (vgl. den Artikel des „Vorwärts“ vom 1. Oktober 1927) meinerseits handelt. Ich habe in meinem Buch „Für Staat und Volk“ auf S. 324 ff. inhaltlich dasselbe gesagt und habe dies auch mit den damaligen Vertretern der Parteien in tagelangen Verhandlungen offen zum Ausdruck gebracht. Ich habe geschrieben:

„Die Geschichte der Resolution mußte zum Kampf führen. Nachdem ich beim Kaiser gewesen und ihm zugesagt hatte, das Kanzleramt zu übernehmen und er seinen Kabinettschef beauftragt hatte, ihm die Ernennungsurkunden am nächsten Morgen vorzulegen, begab ich mich mit Herrn v. Valentini zu Exzellenz v. Bethmann Hollweg; wir teilten ihm die Entscheidung des Kaisers mit, Herr v. Bethmann Hollweg und die bei ihm befindlichen Herren, Staatssekretär Helfferich und Unterstaatssekretär Wahnschaffe, begrüßten mich mit großer Erregung. Erstens waren sie erregt, weil der Kaiser die Entscheidung getroffen hatte, ohne Herrn v. Bethmann Hollweg und Herrn Helfferich zu hören. Sodann war aber bekannt geworden, daß die Resolution, über deren Form und Inhalt noch zwischen den Parteien und der Regierung lebhaft gestritten wurde, an diesem Abend durch Indiskretion in ihrem damals vorliegenden Wortlaut in den Zeitungen veröffentlicht war. Damit erschien jede Abänderung ausgeschlossen, denn sie hätte vor den Feinden klargelegt, auf welchen Punkten der Widerspruch zwischen Parlament und Regierung bestehe und hätte dadurch unsere geheimste Friedenspolitik kundgetan. Die Lage war furchtbar ernst.

Die Resolution hatte folgenden Wortlaut:

(folgt der Wortlaut)

Ich war mir darüber klar, daß die Resolution in dieser Form von mir nicht angenommen werden konnte. Nach tagelangen Verhandlungen mit den Parteiführern von rechts und links habe ich mich nur dazu bereit erklärt, meinerseits in meiner ersten Reichstagsrede die Kriegsziele zu umschreiben, wie ich sie der Kriegslage und unserer Würde entsprechend uns zu stecken für richtig erachtete und wie ich sie andererseits im Rahmen der Resolution für erreichbar hielt. Den hierauf bezüglichen Teil meiner Rede legte ich im voraus schriftlich fest und gab ihn auch einigen Parteiführern bekannt.“

Hieraus dürfte sich ergeben, daß meinerseits eine Täuschung nicht beabsichtigt oder gar durchgeführt worden ist, sondern daß es sich um offene Verhandlungen über die mir bedenklich erscheinende Friedensresolution gehandelt hat.

Mit vorzüglicher Hochachtung
ganz ergebenst
Michaelis.

Darauf wendet sich der Vorsitzende Abg. Dr. Philipp an die Reichskanzlei und erhält den Bescheid, daß der in der „Welt am Montag" veröffentlichte Text mit den Originalen im wesentlichen übereinstimmt.

Der authentische Wortlaut der Briefe ist demnach folgender:

Charleville, 18. Juli 1917.

Euer Exzellenz

erlaube ich mir anbei eine Darstellung der Vorgänge während der Tage vom 10.—13. Juli zu übersenden.

Dieses Schreiben ist nur für Euer Exzellenz bestimmt.

Sie werden daraus ersehen, welche wenig glückliche Rolle der Kabinettschef v. Valentini in diesen Tagen schwerwiegendster Entscheidungen gespielt hat.

Ich möchte mich über die Persönlichkeit des Herrn Kabinettschefs noch etwas eingehender äußern:

Die unerhörte innere Politik des Herrn v. Bethmann Hollweg, welche ihre Krönung in der *dem König von Preußen vom deutschen Reichstag abgetrotzten demokratischen Wahlrechtsreform in Preußen* gefunden hat, wäre niemals möglich gewesen, wenn Valentini schon seit Jahren seine Pflicht getan hätte und Se. Majestät den Kaiser über die wirklichen Stimmungen im Volke orientiert hätte.

An Warnungen meinerseits hat es nicht gefehlt, doch setzte er sich jedesmal mit einem Lächeln über dieselben hinweg.

Er hat es nie verstanden, welche *schwere Besorgnis mich bei dem Gedanken beseelte an das Erbe,* das ich dermaleinst antreten sollte.

Die Klagen, welche mir aus allen Kreisen der Bevölkerung seit Jahren zugehen, über die *Abschließung Sr. Majestät des Kaisers* — die sogenannte chinesische Mauer — waren durchaus berechtigt, und alle meine Versuche, Se. Majestät wieder in nähere Beziehungen zu den führenden Leuten im Volke zu bringen, scheiterten an dem Widerstand der Kabinettschefs. In allererster Linie infolge des unheilvollen Einflusses von Exzellenz v. Valentini.

Eine Kabinettsregierung bildet immer eine schwere Gefahr für den Staat, wenn die Kabinettschefs es nicht verstehen, die Fühlung des Monarchen mit den Behörden und den weiteren Kreisen des Volkes dauernd aufrechtzuerhalten.

Die ständige Anwesenheit dieser Herren in der Umgebung Sr. Majestät sichert ihnen einen ungeheuren Einfluß, und bei nicht unbedingt integren Persönlichkeiten liegt die Gefahr nahe, daß sie, um ihre eigene Macht zu vergrößern, alle anderen Einflüsse vom Monarchen ängstlich fernhalten.

*Die Persönlichkeit meines Vaters ist für eine Entwicklung der Dinge in dieser Richtung leider sehr geeignet; es ist ihm sehr viel*

*bequemer, mit seinen Kabinettschefs zu arbeiten, als die Vorträge seiner Minister entgegenzunehmen.*

Ich habe es nicht glauben wollen, als seinerseits der frühere *Minister des Innern* mir einmal sagte, er hätte *nur einmal im Vierteljahr einen Vortrag* bei Sr. Majestät gehalten.

Eine derartige Entwicklung muß unbedingt zur Isolierung des Souveräns führen.

Die mancherlei *Enttäuschung und Mißerfolge,* welche wir während der Regierungszeit meines Vaters erlebt haben, haben letzten Endes ihre Wurzel in diesem Übelstande.

Das deutsche Volk hat ein sehr feines Gefühl für diese Situation. Die Dinge hätten niemals eine so bedauerliche Wendung genommen, wenn die Kabinettschefs, und in erster Linie Exzellenz v. Valentini, ihre Pflicht getan hätten.

Es ist meine erste Bitte an Euere Exzellenz, daß Sie dafür sorgen, daß dieser Mann beseitigt wird.

Er ist der böse Geist Sr. Majestät.

Ein guter Nachfolger wäre meines Erachtens Exzellenz v. *Berg,* der frühere Oberpräsident in Ostpreußen.

Auch die beiden anderen Kabinettschefs werden bald ersetzt werden müssen.

Exzellenz v. Lyncker, eine an sich vornehme Natur, mit beschränkten Fähigkeiten, ohne jede Fühlungnahme mit der Armee, durch den Verlust seiner beiden Söhne vollständig verbittert, ist ungeeignet für seinen Posten.

*Exzellenz v. Müller, der in der ganzen Marine allgemein verhaßt ist, und dort den Namen „der deutsche Rasputin" erhalten hat, außerdem als Gesundbeter bekannt ist,* muß ersetzt werden.

Die drei Herren sind ausgemachte Pessimisten und Flaumacher; sie drücken in der nachteiligsten Weise auf die Stimmung Sr. Majestät.

Ich würde solche Persönlichkeiten nicht 14 Tage in meiner Umgebung dulden. Ich bin überzeugt, daß ein vertrauensvolles Zusammenarbeiten zwischen Euer Exzellenz und mir, das ich sehr erhoffe, von vornherein in Frage gestellt ist, wenn Exzellenz v. Valentini in seiner Stellung verbleibt.

Zum Schluß möchte ich noch die Punkte kurz angeben, auf die es jetzt meines Erachtens nach ankommt: Feste Siegeszuversicht nach außen, Geschlossenheit, Vertrauen und Friede im Innern, starke Einwirkung auf die Presse, jede Erörterung zu unterlassen, die im Auslande den Schein der Zwietracht im Innern erwecken könnte, rechtzeitige Versorgung der großen Städte mit Nahrungsmitteln, speziell Berlin, unbedingte Sicherstellung der Kohlenversorgung schon jetzt der großen Städte für den Winter.

Ich bitte Euere Exzellenz, mir die Offenheit meiner Ausführungen nicht verübeln zu wollen. Nur durch Offenheit kann meines Erachtens eine Besserung aller Verhältnisse herbeigeführt werden.

Einer Antwort Euer Exzellenz entgegensehend, verbleibe ich Euer Exzellenz

getreuer

*Wilhelm*
Heeresgruppenführer.

Der Reichskanzler Berlin, den 25. Juli 1917.

Durchlauchtigster Kronprinz!
Gnädigster Kronprinz und Herr!

Euerer Kaiserlichen und Königlichen Hoheit danke ich untertänigst für das gnädige Schreiben vom 18. dieses Monats und seine Anlagen, insbesondere die mich außerordentlich interessierende Denkschrift über die Ereignisse vom 11.—13. Juli 1917 und die Gedanken Ew. Kais. Hoheit über die Lage Mitte Juli.

Ich bin nun zehn Tage im Amt, kann aber natürlich noch kein abschließendes Urteil haben und auch noch nicht endgültig über die Erledigung der Krise berichten. — Die berüchtigte Resolution ist mit 212 gegen 126 Stimmen bei 17 Stimmenthaltungen angenommen. *Durch meine Interpretation derselben habe ich ihr die größte Gefährlichkeit geraubt.* Man kann schließlich mit der Resolution jeden Frieden machen, den man will. — Dann wurden die Kredite (15 Milliarden) bewilligt, gegen die Stimmen der Unabhängigen Sozialdemokraten. Nach dieser Leistung, die den Konflikt beilegte, wurde der Reichstag geschlossen.

Am Nachmittag hatte dann Seine Majestät der Kaiser die Gnade, mit den Vorständen der Reichstagsfraktionen mehrstündig beim Staatssekretär Helfferich (ich konnte noch nicht über die Reichskanzlerräume verfügen) bei Tee und „kalter Ente" zusammen zu sein. Majestät sprachen mit fast allen Abgeordneten, *auch* den Sozialdemokraten (außer mit *Scheidemann),* aber auch mit Heydebrand. Die Abgeordneten waren *sehr erfreut und befriedigt,* und ich glaube, daß diese ungezwungene Berührung zwischen Monarch und Volksvertretern eine glückliche Veranstaltung war.

Die Personalfrage ist noch nicht abgeschlossen. Die Angelegenheit ist zu verwickelt; eine Besetzung greift immer in die andere ein, wegen des Ausgleichs, der erforderlicherweise geschaffen werden muß.

Wegen des Auswärtigen Amts werde ich übermorgen mit Botschafter v. Kühlmann verhandeln. — Exzellenz Helfferich wird Staatssekretär ohne Portefeuille und bleibt mein Vertreter. Dadurch werde ich wesentlich entlastet und habe Exzellenz Helfferich verfügbar für die systematische Vorbereitung der Friedensverhandlungen, an der

ich mich aber selbst intensiv beteiligen werde, *um das Auswärtige Amt in die Hand zu bekommen.* Die gewonnene Zeit will ich namentlich zur Aufrechterhaltung der Verbindung zwischen dem Hauptquartier und mir benutzen und bitte untertänigst, auch mit dem Hauptquartier Euerer Kaiserlichen Hoheit in häufiger Verbindung bleiben zu dürfen . . .

Ich verharre als Euerer Kaiserlichen Hoheit untertänigster Diener

*Michaelis*
Reichskanzler.

---

In der Sitzung vom 20. Oktober 1927 werden die Antwort des Reichskanzlers a. D. Dr. Michaelis und das Schreiben der Reichskanzlei zur Kenntnis gebracht. Es wird beschlossen, den Briefwechsel, sowie die Stellungnahme des Reichskanzlers a. D. Dr. Michaelis dazu im Verhandlungsberichte zu veröffentlichen.

Damit ist die Beratung über die Teiluntersuchung „Der Deutsche Reichstag im Weltkrieg" endgültig geschlossen.

# Beilage

## *Aus dem Tagebuch des früheren Reichstagsabgeordneten Hanssen (Däne)*[1]

### I

### Zu Bethmanns Sturz

*Zum 6. Juli 1917: Anschließend an den Bericht über die Sitzung des Haushaltsausschusses heißt es:*

Die Sitzung wird aufgehoben. Die Mitglieder sind stark bewegt. Dr. v. Heydebrand ist von den Konservativen herbeigerufen worden und bespricht eifrig die Situation mit seinen Parteigenossen. Die Parteiführer sammeln sich in Gruppen. Fehrenbach steht im eifrigen Gespräch mit Schiffer und Scheidemann. Wahnschaffe bearbeitet Payer. Cohen-Reuß, der mir gerade gegenüber saß, rief aus: „Es ist die höchste Zeit, daß wir stopp sagen. Ich habe reichliches Material aus Rußand. Nächstes Jahr werden wir vernichtet sein. Hoffmann in der Schweiz war, wie alle wissen, von der Regierung instruiert. Rußland, Frankreich und England wissen es. Zimmermann stellt die Sache bewußt falsch dar.“ Payer schließt sich einer Gruppe an, der ich mich auch zugesellt hatte. „Niemand glaubt länger an Helfferichs Zahlenkünste,“ sagt er, „niemand mag ihn länger anhören.“ „Diese verdammte Spielerei mit Zahlen“, sekundierte Cohen. Dr. Müller-Meiningen richtet außerordentlich scharfe und bittere Angriffe gegen Helfferich, den er als einen ehrgeizigen Streber ersten Ranges bezeichnet. „Sein eigener Vater,“ sagt er, „der ein getreuer Freisinniger bis zu seinem Todestage war, hat mich gewarnt, ihm als Politiker zu vertrauen.“

Naumann geht schweigend in tiefen Gedanken herum und sieht, wie immer bei ernsten Situationen, leidend aus. Helfferich ist sichtlich nervös. Er bespricht eifrig die Lage mit Zimmermann. Junck und Frhr. v. Richthofen gestikulieren sehr aufgeregt. Dr. David geht vorbei. Da ich mich umdrehe, sagt er leise und feierlich: „Dies ist eine historische Stunde!“

[1]) Veröffentlicht in: „Fra Krigstiden. Dagbogsoptegnelsen“ („Aus der Kriegszeit“), Kopenhagen 1924, 3. Auflage.

Der Saal leerte sich. In der Vorhalle traf ich Dr. Blunck. „Erzbergers Rede war eine Tat!“ sagte er. Die Polen Korfanty und v. Trampczynski kamen, und ich schloß mich ihnen an. „Die Ernte wird reif!“ sagte Korfanty. „Man will, daß wir die Erklärung mitunterschreiben sollen,“ sagte Herr v. Trampczynski, „aber wir wollen uns schon hüten. Wir wollen nicht mit anerkennen, daß die Situation dieselbe war wie 1914.“

Etwas später saß ich im Lesesaal und las die Zeitungen. Da kam Pospiech, nahm mir die Zeitung weg, faßte mich unter den Arm und führte mich hinaus in eine stille Ecke, um ein vertrauliches Gespräch mit mir anzufangen. Er hatte mit Mayer-Kaufbeuren gesprochen, der gesagt habe, Erzberger hätte den Vorstoß unternommen, ohne vorher die Fraktion von seinem Vorhaben unterrichtet zu haben.

Pospiech sprach sich, wie gewöhnlich, mit rücksichtsloser Schärfe aus. Seine Forderungen sind sehr weitgehend. „In Russischpolen“, sagte er, „wächst die deutschfeindliche Stimmung stark. Nicht fünf Prozent der Bevölkerung sympathisiert mit den Deutschen. Die Universität in Warschau ist geschlossen. Die Regierung wagt nicht, ein polnisches Heer zu bilden.“

Danach sprachen wir von den Grenzfragen. Sein Programm ist ein Königreich Polen, das Oberschlesien umfaßt und bis zu der Ostsee reicht, westlich von Danzig. Wir gingen zu einer Karte hin, auf welcher er die Grenze zog.

Während wir da standen, kam Peirotes aus Straßburg. „Nun,“ sagte er, „sind Sie dabei, die neuen Grenzen zu ziehen?“ Wir bestätigten dies. „Ja,“ fuhr er fort, „einen Status-quo-Frieden bekommt Deutschland nicht mehr. Die Zeiten sind vorbei. Die Alliierten werden jetzt weitergehende Ansprüche stellen. Man wird dies sowohl als jenes verlangen. Wir werden wahrscheinlich jetzt auf das Selbstbestimmungsrecht zurückgreifen. Aber es werden selbstverständlich Garantien für eine wirklich freie Abstimmung gefordert werden: Keine Truppen im Lande, kein Stimmrecht für Beamte usw.“

„Wie wird die Abstimmung in Elsaß-Lothringen ausfallen?“ fragte ich. „Nicht zehn Prozent der Bevölkerung werden für Deutschland stimmen,“ antwortete er. „Im übrigen wird die Stimmung geteilt sein. Wir werden Wünschen gegenüberstehen, die teils auf Anschluß an Frankreich, teils an die Schweiz und teils auf Errichtung eines selbständigen Staates hinzielen.“ Aber bei einer Wahl zwischen Deutschland und Frankreich wird eine gewaltige Mehrzahl für Frankreich stimmen.

pp.

Sonntag, den 8. Juli, hatten die Vertrauensmänner der vier großen Fraktionen langwierige Verhandlungen im Reichstag. Abends war ich mit einigen freisinnigen Kollegen im „Hotel Habsburger Hof“ zusammen. Hier teilte mir Gothein mit, daß Fehrenbach von Anfang an Erzberger unterstützt, und das Zentrum jetzt mit allen gegen

zwei — oder, wie andere behaupteten, drei — Stimmen sich seinem Vorschlage angeschlossen habe. Alle waren darüber einig, daß dies außerordentlich bedeutungsvoll sei. Professor Liszt erzählte, daß er während der Sitzung am Freitag direkt hinter einem hohen Offizier gesessen habe, welcher eifrig mit einem Mitglied des Bundesrats sprach. Sie waren beide sehr empört über Erzbergers Vorstoß. „Wie kann er dies wagen," sagte das betreffende Mitglied des Bundesrats. „Auf eigene Faust tut er es nicht. Fürst Bülow muß hinter ihm stehen."

Im Anschluß hieran teilte Professor Doormann mit, daß Erzberger, als er im Herbst 1914 als politischer Agent nach Rom geschickt worden war, sofort den Fürsten Bülow, den damaligen deutschen Gesandten in Rom, aufgesucht, und daß während dieses Besuches eine Versöhnung stattgefunden habe. Sie glaubten alle, daß Bülow die Hand im Spiele habe.

Im übrigen wurde das kommende Koalitionsministerium besprochen. Man rechnete mit Spahn, Rießer und Payer als zukünftige parlamentarische Minister.

*Zum 10. Juli: Anschließend an den Bericht über die Sitzung des Haushaltsausschusses heißt es:*

pp.

Die Mitglieder erhoben sich in starker Erregung und sammelten sich in stark diskutierenden Gruppen. Der Reichskanzler geht zu Ebert und Dr. David und bespricht mit erzwungener Ruhe aber doch sichtbar nervös die Situation mit ihnen. v. Stumm, Helfferich und Zimmermann bearbeiten Erzberger. Um Spahn, Schiffer und Wahnschaffe bildet sich eine neue Gruppe, zu der sich Graf Roedern, Helfferich und später auch der Reichskanzler gesellen.

Ich verließ den Saal mit Wurm und Gunßer. Wurm sagte, daß die katholischen Arbeiter in den Kohlendistrikten ganz unlenkbar geworden seien. Die Streiks greifen stetig um sich. Gunßer erklärte, die Stimmung in Süddeutschland sei sehr aufgeregt. „Kommt der Kaiser in ein Dorf meines Wahlkreises hinein, wird er kaum lebend aus ihm herauskommen."

Als ich am 11. Juli den Reichstag besuchte, hatte eine Gruppe sich um Noske gebildet, zu der ich hinzutrat. Noske teilte mit, daß der Kaiser müde und niedergeschlagen sei. Gegenüber der Forderung nach der Parlamentarisierung Deutschlands verlangte er Aufschub. „In meinem Alter", so hätte er erklärt, „kann ich so eingreifende Entscheidungen wie die, wovon hier die Rede ist, nicht treffen, ohne meinen Nachfolger mit zu Rate zu ziehen. Persönlich kann ich dem, was da verlangt wird, beistimmen." Der Kronprinz ist deshalb herbeigerufen worden und ist heute früh mit dem Extrazug angekommen.

„Die russische Revolution", erzählte Noske weiter, „hat einen

überwältigend starken Eindruck auf den Kaiser und vielleicht noch mehr auf seine nächste Umgebung gemacht. Er hat nicht länger Kraft und Mut, sich der Demokratisierung Deutschlands zu widersetzen. Es ist indes ein Unglück, daß die Regierung sich nur Schritt für Schritt zwingen läßt, anstatt freiwillig mit einer großen Geste sofort zu tief einschneidenden inneren Reformen zu schreiten. Die Sozialdemokraten halten jetzt an ihrer Forderung fest. Für sie gibt's kein Zurück!"

In einer Ecke des großen Foyers saß Herr v. Heydebrand und d. Lasa in vertraulichem Gespräch mit Freiherrn v. Zedlitz und Herold. Der Adjutant des Kronprinzen, Herr v. Maltzan, beriet sich mit den konservativen Führern und hatte unter anderem ein langes vertrauliches Gespräch mit dem Grafen Westarp. Die Gegner der Demokratisierung sind augenscheinlich im Begriffe, Gegenaktionen zu planen.

Dr. Blunck schlug mir einen Spaziergang im Tiergarten vor. „Der Reichstag hat in Wahrheit die Macht," sagte er. „Die Regierung ist genötigt nachzugeben. Tut sie es nicht, haben wir den Generalstreik. Deshalb ist sie, selbst wenn sie sich noch auf das Heer verlassen kann, genötigt, nachzugeben."

Die Nationalliberalen haben durch Dr. Stresemann und Junck folgende Erklärung in dem Interfraktionellen Ausschuß abgegeben: „Die Nationalliberale Fraktion will vor allen Dingen Sicherheit für einen Reichskanzlerwechsel haben. Wenn er vorliegt, sind die Vertrauensmänner der Fraktion gewillt, in eine Regierung einzutreten, die sich auf den Boden des vorgeschlagenen Programms stellt und willig ist, Frieden ohne Annexionen und Kontributionen zu schließen."

Des Morgens am 12. Juli brachten die Zeitungen das kaiserliche Reskript bezüglich der Einführung des gleichen Wahlrechtes in Preußen. Das Reskript war erwartet worden und erweckte deshalb keine besondere Überraschung mehr. Die Blätter der Linken notierten es als einen bedeutungsvollen Schritt in der richtigen Richtung. Die konservative Presse verkündete, daß das Reskript den Untergang des alten Preußens bedeute.

Mittags wurde die Nachricht verbreitet, daß der Kronprinz sich eine Unterredung mit einigen hervorragenden Parlamentariern erbeten hatte. Viel deutet darauf hin, daß die Auswahl dieser Parlamentarier von den konservativen Führern Herrn v. Heydebrand und dem Grafen Westarp bei ihrer Unterredung mit dem Adjutanten des Kronprinzen, Herrn v. Maltzan, bestimmt worden war. Außer Payer, den man nicht gut umgehen konnte, ist sie durchweg auf die entschiedenen Gegner des Herrn v. Bethmann Hollweg, ja teilweise auf seine bittersten Feinde gefallen. Zu den letzteren gehören Graf Westarp und Dr. Stresemann, während Dr. David als derjenigen bezeichnet werden muß,

welcher innerhalb der sozialdemokratischen Reihen ihm am wenigsten wohlgesinnt ist.

Nachmittags traf ich Keil im Reichstag. Er erzählte mir, daß der Kronprinz einen ausgezeichneten Eindruck auf Dr. David gemacht habe, mit dem er sich über eine Stunde unterhalten hatte. Seine Fragen wären einsichtsvoll gewesen und seine Intelligenz bedeutend größer, als Dr. David erwartet habe.

Später erzählte Dr. Müller-Meiningen mir, der Kronprinz habe ebenfalls einen über Erwarten guten Eindruck auf Payer gemacht. Die Unterredung habe sich hauptsächlich um Herrn v. Bethmann Hollweg gedreht, und er habe die Parlamentarier direkt gefragt, ob sie meinten, daß der Reichskanzler geeignet wäre, den Frieden zu schließen. Die Unterredungen werden, nach der allgemeinen Meinung in parlamentarischen Kreisen, den Sturz Bethmann Hollwegs zur Folge haben.

Die Nationalliberalen, die anscheinend fest entschlossen sind, das Eisen zu schmieden, solange es heiß ist, haben in einem besonderen Schreiben an Herrn v. Valentini die Notwendigkeit betont, daß Herr v. Bethmann Hollweg sofort zurücktritt und gleichzeitig eine Abschrift dieses Schreibens an Staatssekretär Helfferich gesandt, damit er den Reichskanzler, der neulich meinte, einen Gegensatz zwischen Dr. Stresemann und seiner Fraktion konstatieren zu können, mit diesem Mißtrauensvotum bekannt machen kann. Während der interfraktionellen Sitzung heute, die um 3 Uhr nachmittags anfing und bis spät in den Abend dauerte, gab, wie mir Dr. Müller-Meiningen mitteilte, die Nationalliberale Fraktion den übrigen Fraktionen offizielle Mitteilung von diesem Schritte.

Im Reichstage hatte ich wieder eine längere Unterredung mit Seyda, der mir verabredungsgemäß die Entschlüsse der Polnischen Fraktion mitteilte. Sie gehen darauf hinaus, daß die Polen mit einer besonderen Motivierung weiße Stimmzettel abgeben werden, wenn über die Resolution der Mehrheitsparteien abgestimmt wird.

Die Abendausgabe des „Lokal-Anzeigers", der übrigens unter einem anderen Namen herausgekommen ist, weil der Kommandierende General die Zeitung auf unbestimmte Zeit verboten hat, unter Bezugnahme auf Ernst Zimmermanns heftigen Angriff auf den Reichskanzler, teilte mit, daß fünf konservative preußische Minister: Breitenbach, Beseler, Trott zu Solz, v. Schorlemer-Lieser und v. Loebell ihren Abschied genommen hatten. Ich war der erste, der die Nachricht in den Reichstag brachte. Ich traf dort Keil, Hermann Müller, die soeben aus Stockholm zurückgekehrt waren, und Meerfeld. Hermann Müller erklärte sofort: „Es müssen noch mehr fallen, es muß auch im Reiche ausgeräumt werden."

Es ist, als ob sich die Sozialdemokratie erst jetzt ihrer Macht bewußt geworden ist. Aber sie ist wiederum, nach allem zu urteilen,

jetzt fest entschlossen, sie auch zu gebrauchen. Gerstenberger vom Zentrum, mit dem ich eine längere Unterredung hatte, beklagte sich bitter darüber, daß die Vorsitzenden und bedeutendsten Führer der Partei, Spahn und Gröber, beide krank und in dieser kritischen Situation abwesend seien.

Vor dem Reichstagsgebäude begegnete ich Dr. Mugdan. Wir sprachen von der Krise. „Die Wahlrechtsreform nutzt nichts," sagte er, „wenn der Reichskanzler bleibt. Bethmann muß gehen. Bleibt er, bricht die Krise wieder in drei Monaten in verschärfter Form aus und dann muß der Kaiser abdanken."

Am 13. Juli trat der Haushaltsausschuß wieder zusammen. Ich begleitete Prof. Liszt in den Reichstag. Unterwegs besprachen wir die Lage. Beim Brandenburger Tor stieß Conrad Haußmann zu uns. Er hatte gehört, daß das Zentrum sich von der Resolution zurückgezogen habe und war deshalb sehr niedergeschlagen. „Die Bayern", sagte er, „hätten unter der Leitung des Freiherrn v. Hertling wieder die Oberhand innerhalb der Fraktion gewonnen." Im Foyer trafen wir Dr. Struve, Waldstein und mehrere Abgeordnete, welche die Nachricht bestätigten und weiter mitteilten, daß der Reichskanzler die Resolution abgewiesen habe. Auch hier meinte man den Einfluß Hertlings zu spüren.

Im Ausschußzimmer waren Hoch, Dr. Quessel und Dr. Oskar Cohn. Sie hatten die Nachricht noch nicht gehört, erklärten aber mit großer Bestimmtheit, daß die Sozialdemokraten diesmal unerschütterlich feststehen würden. Kurz darauf trat ein Teil der Zentrumsmitglieder ein. Sie wurden gleich mit Fragen bestürmt und erklärten zur allgemeinen Freude, daß die Fraktion mit überwältigender Mehrzahl beschlossen habe, für die Resolution zu stimmen.

Da Dr. Spahn krank war, übernahm Dr. Südekum den Vorsitz. Ebert ergriff sofort das Wort und äußerte: „Die Situation ist zu meinem Bedauern noch nicht geklärt. Die Regierung hat noch nicht Stellung zu der entscheidenden Frage genommen. Ich schlage deshalb vor, daß wir die Sitzung wieder unterbrechen."

Staatssekretär Helfferich sprach gegen Eberts Vorschlag. Ebenfalls Dittmann als Wortführer für die Unabhängigen Sozialisten. Aber bei der Abstimmung wurde der Vorschlag mit großer Majorität angenommen und die Sitzung danach aufgehoben.

Der Tag war sehr bewegt. Das Zentrum stand fest. Dr. Belzer sagte mir, was die Friedensresolution beträfe, so ließe sich nicht länger daran rütteln. Im Reichstage war großes Gehen und Kommen bei fortwährend wechselnden, eifrig diskutierenden Gruppen. Im Laufe des Nachmittags kam Pospiech, v. Grabski und Seyda in den Lesesaal herein und erzählten mir, daß Bethmann gefallen sei. „Von allen verlassen!" brach Herr v. Grabski aus. „Schade," sagte Herr v. Tramp-

czynski, der hinzukam, „einen besseren Kanzler bekommen wir nicht." „Er war durch und durch ein anständiger Kerl", fügte Seyda hinzu.

Während wir uns unterhielten, kam Bureaudirektor Jungheim, rief v. Trampczynski bei Seite und wechselte einige Worte mit ihm. „Der Bureaudirektor bestätigt," sagte er, als er zu uns zurückkam, „daß der Reichskanzler verabschiedet worden ist und daß Hindenburg die Vorsitzenden der Fraktionen zu einer Zusammenkunft im Generalstabsgebäude um 5 Uhr einladet, um uns einige Auskünfte über die militärische Lage zu geben."

Wir trennten uns. Es war lebhaft in den Gängen herum. Überall sah man Gruppen von Abgeordneten, die die Lage besprachen. Viele Gerüchte schwirrten herum. Ich ging hinab, den Wandelgang entlang, während ich an die Erzählung Plutarchs von Themistokles' Vater dachte, der seinen Sohn mit zum Meere hinabnahm und ihm die alten Schuten, die am Strande standen, zeigte, indem er warnend sagte: Sieh, das ist das Los des Politikers, wenn er die Gunst der Menge verliert! Jetzt steht Bethmann am Strande als Wrack.

Abends ging ich zum Stammtisch in den „Habsburger Hof", wo ich Prof. Liszt und Jan Fegter traf. Fegter hatte mit Fischbeck gesprochen, als dieser und Payer von Hindenburg und Ludendorff kamen. Wahnschaffe war während der Unterredung anwesend gewesen. Die zwei Feldherren billigten in allem Wesentlichen die Friedensresolution. Ludendorff wünschte jedoch den Schluß „etwas mehr gepfeffert".

Vom Reichskanzler war nicht gesprochen worden. Die ganze Unterredung mit den Parteiführern hatte $^3/_4$ Stunde gedauert.

Dr. Mugdan trat hinzu. „Hindenburgs Eingreifen ist ein großer Mißgriff, der nach außen hin einen außerordentlich schlechten Eindruck machen wird," sagte er. „Unsere Feinde werden sicher sofort daraus Kapital schlagen." Von da glitt die Unterhaltung auf die Ernährungsschwierigkeiten hinüber und weiter auf den Mangel an Schuhzeug. Prof. Liszt erzählte, daß er das letzte halbe Jahr eigenhändig sein letztes Paar Stiefel mit Lederstücken besohlt habe. Dr. Mugdan hatte selbst seine Stiefel mit Eisen beschlagen und empfahl dies als das beste. Eine wunderliche Zeit!

Der Ältestenrat war am späten Nachmittag versammelt gewesen, und es wurde mitgeteilt, daß die Sitzungen ein paar Tage ausgesetzt wären, bis die Verhältnisse sich mehr geklärt hätten. Tags darauf — am 14. Juli — wurde der Unterstaatssekretär Michaelis zum Reichskanzler erwählt. Die Ernennung war eine große Überraschung. Niemand wußte, was der neue Reichskanzler im Schilde führe. Im Reichstage war in den folgenden Tagen starkes Kommen und Gehen. Die Personenfrage wurde eifrig besprochen. Die allgemeine Auffassung drückte Conrad Haußmann am besten aus in den Worten: „Wir haben einen Staatsmann verloren und an seiner Statt einen Beamten erhalten."

## II

## Aufzeichnungen aus dem Jahre 1918

Berlin, den 3. Januar 1918

. . . . . .

Die Polen, mit denen ich nach der Versammlung eine längere Unterhaltung hatte, sind sehr gedrückt durch die Lage. „Unsere Stellung ist außerordentlich schwierig," sagte Seyda, „es ist zweifelhaft, ob wir im Finanzausschuß das Wort ergreifen." Ich forderte sie eindringlich auf, in die Diskussion einzugreifen und klar und bestimmt das Selbstbestimmungsrecht zu fordern. Aus sicherer Quelle wußten sie, daß die Deutschen schon 110 Divisionen von der Ostfront nach der Westfront geschickt hatten.

. . . . . .

Berlin, den 4. Januar 1918

Gestern beim Schluß der Versammlung überreichte mir ein Kollege, mit dem ich auf vertraulichem Fuße stand, einen großen Briefumschlag, indem er sagte: „Es wird Sie sicher sehr interessieren, den Inhalt zu lesen, aber warten Sie damit, bis Sie zu Hause sind, und bringen Sie mir den Umschlag mit dem Inhalt morgen zurück."

Als ich später den Briefumschlag in meinem Hotel öffnete, zeigte es sich, daß er eine mit Schreibmaschine geschriebene Abschrift einer Denkschrift des früheren deutschen Gesandten in London, Fürst Lichnowsky, über den Krieg enthielt, über die ich in der späteren Zeit viel sprechen hörte. Man sagte, die Abschrift würde von einem Generalstabsoffizier vertrieben, der kriegsmüde ist. Die Denkschrift atmet einen dunklen Pessimismus. Ich benutzte die Nacht, um mir eine Abschrift von ihr anzufertigen, da sie außerordentlich interessant ist und man sie nicht auf andere Weise erhalten kann.

. . . . . .

Berlin, den 19. Januar 1918

. . . . . .

Während ich in der Nähe von Trimborn stand, um seine Rede besser zu hören, kam Wurm, mit dem ich vor der Sitzung über das gespannte Verhältnis zu Österreich gesprochen hatte, und rief mich bei Seite. „Haase", sagte er, „ist gerade in den Saal gekommen; er hat über die österreichisch-bayerische Grenze sichere Nachrichten darüber bekommen, daß in Österreich-Ungarn Generalstreik ausgebrochen ist. Die Eisenbahnen stehen still, die Brücke zwischen Ofen und Budapest ist von Sozialdemokraten besetzt, aber die Zensur unterdrückt alle Nachrichten. Da unten handelt man, während wir nur reden."

Wurm ließ mich verstehen, daß man die Verbreitung dieser Nachrichten wünsche. Ich rief Dr. Struve, der Mitglied des Ausschusses ist, bei Seite und teilte ihm die Neuigkeit mit. „Woher haben Sie

die Nachricht?" fragte er aufgeregt. „Das kann ich nicht sagen," antwortete ich, „aber sie ist sicher und wahr." Nach einer kurzen Unterredung mit Gothein und den anderen anwesenden Parteigenossen kam er wieder zu mir und fragte: „Sind Sie auch sicher, daß die Nachricht richtig ist, sie ist ja von höchster Wichtigkeit." „Meine Quelle ist gut", antwortete ich, „und in jeder Beziehung zuverlässig, aber es schließt natürlich nicht aus, daß der eine oder andere Punkt darin übertrieben ist."

Inzwischen war das Gerücht weiter gelangt, und man bemerkte eine starke Unruhe im Saal. Nehbel ging zu einem der Unterstaatssekretäre aus dem Auswärtigen Amt und sprach eifrig mit ihm. Dr. Struve erörterte die Sache mit Vertretern des Generalstabs. Kurz darauf ging Nehbel zurück, rief noch einige Kollegen bei Seite und winkte mich heran. „Sie haben ja das Gerücht aufgebracht," sagte er, „aber die Sache ist bedeutungslos. Die Mehlrationen in Wien sind herabgesetzt infolge augenblicklichen Mangels, und das hat lokale Arbeiterunruhen mit sich gebracht. Wir haben aber schon zwei Züge mit Mehl heruntergeschickt, und damit wird die Sache in Ordnung sein." Ich lächelte und ging. Einer der Generalstabsoffiziere ging an das Telephon und brachte kurz darauf Dr. Struve den gleichen Bescheid, den dieser wieder weiter an mich gelangen ließ.

. . . . . .

Berlin, den 26. Januar 1918

. . . . . .

Gestern abend teilte mir ein sozialistischer Kollege mit, daß ein weitverzweigter Streik Montag morgen ausbrechen würde. Die Verhandlungen hatten den Charakter einer drohenden Stille vor Ausbruch des Gewitters.

Berlin, den 27. Januar 1918

Auf besondere Einladung verbrachte ich den Abend bei einem Bekannten, wo ich verschiedene Kollegen, darunter den Landtagsabgeordneten Hofer mit Frau, traf. Hofer ist ein Neffe des Landtagspräsidenten Graf Schwerin-Löwitz, hat sein Gut in Ostpreußen verkauft und hat sich den Unabhängigen Sozialdemokraten angeschlossen. Sowohl er als auch seine Frau sind sehr radikal in ihren Anschauungen. Zurzeit steht er mitten in der Streikbewegung. Er erwartete, daß der Streik nächste Woche einen großen Umfang annehmen würde. Es stehe ein Kampf auf Tod und Leben gegen die Reaktion bevor. Wenn diese siege, würde er nicht in Deutschland bleiben, sondern nach der Schweiz übersiedeln.

Berlin, den 30. Januar 1918

Gemäß früherer Abrede wollte mich Hauptmann v. Beerfelde heute Nachmittag in meinem Hotel besuchen, um mir einige Exemplare

der Denkschrift des Fürsten Lichnowsky zu überbringen, die ich auf eindringliche Aufforderung eines großen Kreises von Mißvergnügten aller Parteien über die Grenze ins Ausland zu schaffen versprochen habe. Als Herr v. Beerfelde gegen 6 Uhr kam, zeigte es sich zu meiner peinlichen Überraschung, daß er die Denkschrift bei Kempinski vergessen hatte. Das war eine bedenkliche Sache, da sie heimlich gedruckt und von der Zensur streng verboten worden war. Er war indes glücklicherweise in der Uniform des I. G. R. mit dem E. K. I auf der Brust, und als er sogleich in die bekannte Weinstube zurückging, zeigte es sich, daß der Kellner das Paket mit der Denkschrift sorgfältig beiseite gelegt hatte, und alles ging gut. Dies ist indes eine ernste Mahnung zur Vorsicht gegenüber diesem hitzigen Hauptmann. Im Übrigen brachte Hauptmann v. Beerfelde interessante Neuigkeiten mit. Dittmann ist am Nachmittag festgenommen, und Scheidemann von der Polizei verprügelt.

. . . . . .

Berlin, den 2. Februar 1918

. . . . . .

Hauptmann v. Beerfelde hatte gestern abend mitgeteilt, daß die fertiggestellte Auflage von Lichnowskys Denkschrift gestern in der Druckerei beschlagnahmt sei. Es sei nur geglückt, ganz vereinzelte Exemplare zu retten. Dittmann solle morgen vors Kriegsgericht. Haase, der ihn verteidigen soll, ist sehr pessimistisch, da das Kriegsgericht ganz unberechenbar sei. Er rechnet damit, daß es Dittmann zu mehreren Jahren, ja bis zu 10 Jahren Zuchthaus verurteilen kann. Sein Verbrechen besteht darin, daß er, nachdem Ebert vor ihm gesprochen hat, eine Rede im Treptower Park gehalten hat, die damit schloß, daß der Streik fortgeführt werden solle. Während dieser Rede fiel ein Schuß, der, nachdem was festzustellen war, von einem Anhänger der Vaterlandspartei abgefeuert wurde.

Die Polizisten hatten Hand an Ledebour gelegt, um ihn festzunehmen, aber er drohte ihnen mit allen Unglücken des Landes, wenn sie wagten, ihn als Reichstagsabgeordneten anzufassen, und in ihrer Verwirrung ließen sie ihn gehen. Scheidemann war tatsächlich von der Polizei geschlagen worden.

Während wir zusammen sprachen, kam ein junger Arbeiter und bat, einige Flugblätter zur Verteilung unter die Streikenden zu erhalten. Mein Kollege mußte ihm erklären, daß er keine Flugblätter hätte und auch nicht wüßte, wo man welche herbekommen könne, da alle Druckereien unter Polizeibewachung stünden. Auf die Frage, wie die Stimmung in den Arbeiterkreisen sei, antwortete er: „In den großen Fabriken fest und gut, in den kleinen schlecht, weil die Parole fehlt. Das Volk weiß nicht, ob es arbeiten soll oder nicht.“ Er erzählt, daß der Arbeiterrat bei einer heimlichen von ca. 200 Vertrauens-

männern gestern abend besuchten Versammlung beschlossen habe, die Arbeit Montag nicht wieder aufzunehmen. Nur ein Vertrauensmann habe eine andere Auffassung gehabt, aber sogleich erklärt, daß er sich der Mehrheit unterwerfe. Ebert und Scheidemann, die an der Versammlung teilgenommen haben, haben beide dafür gestimmt, die Arbeit nicht wieder aufzunehmen.

. . . . . .

Berlin, den 12. März 1918

Fürst Lichnowskys Schrift ist jetzt, wie man im Reichstag erzählt, in Stockholm herausgekommen und wird bald in allen kriegführenden Ländern verbreitet sein.

Berlin, den 25. Juni 1918

. . . . . .

Während wir sprachen, kam Eduard Bernstein und der Vertreter des „Neuen Wiener Journals", Dr. Fridegg, der erzählte, daß er soeben eine vertrauliche Unterhaltung mit Scheidemann gehabt habe. „Scheidemann scheint sich merkwürdigerweise gar nicht über Österreichs Niederlage an der Piave zu freuen," sagte er, „er sprach wie ein alter Veteran, ja versuchte sogar, mir Vorwürfe zu machen, daß die Österreicher sich nicht besser hielten." — Dr. Fridegg erzählte weiter, daß in Budapest Generalstreik ausgebrochen sei, und daß der Streik sich von dort über das ganze Land ausbreite.

Wir erörterten darauf die Aussichten einer allgemeinen Revolution in Österreich. „Alles ist möglich, wenn der Krieg weitergeht," sagte Dr. Fridegg, „denn die Stimmung ist äußerst erregt." „Aber hier in Deutschland", erwiderte Bernstein, „machen wir erst Revolution, wenn es soweit ist, daß sie durch die von der Zensur freigegebenen Plakate eingeleitet werden kann, die wir mit Hilfe der Polizei an allen Straßenecken anschlagen. Auf den Plakaten fügen wir natürlich hinzu: ‚Wenn das Wetter gut ist, wird die Revolution im Freien gemacht, bei schlechtem Wetter werden die Ereignisse in den Saal verlegt.'"

Berlin, 26. September 1918

. . . . . .

Ich ging zu Seyda und sprach ihm in Korfantys und Trampczynskis Beisein meine Zustimmung und Anerkennung seiner ausgezeichneten Rede aus. Wir erörterten die Situation, und im Verlaufe der Unterhaltung entfuhr Herrn v. Trampczynski eine Äußerung, daß die Türken keine Verstärkungen für Palästina erwarten könnten, da Deutschland seine Truppen anderweitig brauche. Er verbesserte sich dann und fügte hinzu: „Das ist etwas, was ich in den Zeitungen gelesen habe."

Dadurch wurde mir klar, daß Bulgarien Frieden schließen wollte.

Eine nervöse Spannung herrschte inzwischen im Saale. Die Partei-

führer, welche den Geheimverhandlungen beigewohnt hatten, wurden mit Fragen bestürmt, deren Beantwortung sie indes unter Hinweis auf das Schweigegebot abwiesen. Es wurde jedoch schnell gerüchtweise bekannt, daß ein paar von ihnen geäußert hätten, die eingelaufenen Nachrichten seien sehr schlecht.

Berlin, 3. Oktober 1918

. . . . . .

Ich ging in den Lesesaal. Sivkovich hielt mich an und grüßte. Ich fragte ihn, ob etwas Neues vom Kronrat vorläge. Er sagte: „In der Fraktion ist uns mitgeteilt worden, daß Hindenburg gestern die Fortsetzung des Krieges als ‚zwecklos' bezeichnet hat, da es jetzt als ausgeschlossen betrachtet werden müsse, daß Deutschland eine Entscheidung erzwingen könne. Dagegen ist es unrichtig, wenn das Gerücht behauptet, daß er gesagt habe, es läge Gefahr für eine Katastrophe vor. Er hat im Gegenteil gesagt, das Heer könne noch eine zeitlang den Kampf fortsetzen."

. . . . . .

. . . . . .

Vor dem Reichstag begegnete mir Haase. „Was Neues?" fragte er, als er mich ansah. „Ich komme eben von einer Reise, und deswegen muß ich Sie fragen" antwortete ich. „Ist es wahr, daß Hindenburg im Kronrat erklärt hat, daß die Fortsetzung des Krieges ‚zwecklos' ist?" „Sie haben das Wort gesagt," antwortete er, „und das stimmt, aber ich darf nichts sagen. Alles wird jetzt schnell zusammenbrechen." Wir sprachen weiter über die Situation. Es kam eine Schar Journalisten, von denen einer ihn knipste.

. . . . . .

. . . . . .

Nachdem ich einige Stunden zu Hause gearbeitet hatte und unter anderem das Vorhergehende niedergeschrieben hatte, ging ich wieder in den Reichstag, wo ich Dr. Cohn traf. Wir sprachen über die Situation. „Hindenburg hat nicht nur gesagt," meinte er im Verlaufe der Unterhaltung, „daß die Fortsetzung des Krieges zwecklos ist, sondern er hat den Waffenstillstand und Frieden gefordert und hinzugefügt: ‚Es ist die letzte Stunde!' Er zeichnete ein sehr schwarzes Bild der Lage. Dem Heere fehlt alles, die Leute laufen von der Front weg, die O.H.L. hat weder Munition noch Tanks. Sie kann, kurz gesagt, nicht weiter, sie ist bankerott. Deshalb sorgt die Regierung dafür, jetzt Frieden zu bekommen auf der von Wilson in seiner letzten Rede hergestellten Grundlage."

„Zu welchen Bedingungen glauben Sie, daß Deutschland jetzt Frieden haben kann?" fragte ich. „Belgiens und Elsaß-Lothringens

Preisgabe. Posens und möglicherweise auch Oberschlesiens Abtretung, dazu Kriegsschadenersatz an Belgien," antwortete er. „Und hoffentlich Nordschleswigs Abtretung an Dänemark," fügte ich hinzu. „Damit habe ich noch nicht gerechnet," antwortete er, „aber im übrigen wissen Sie ja, daß ich gegen eine solche Ordnung der Dinge nichts einzuwenden habe."

. . . . . .

Berlin, 5. Oktober 1918

. . . . . .

Dr. Hofrichter kam, zog mich bei Seite, und wir spazierten den Wandelgang herunter. „In Österreich", sagte er, „hat die Regierung jetzt keinen anderen Ausweg, als eine Verständigung mit den Tschechen zu suchen." Wir ließen uns auf eine der Seitenbänke nieder, wo er vertraulich und unter dem bestimmten Versprechen der Verschwiegenheit mir mitteilte, daß Deutschlands militärische Stellung durchaus schlecht sei. Die erste Note, die die Regierung an Wilson abgeschickt habe, wäre von den Ereignissen überholt. Eine neue Note, welche sehr viel weiterginge, ja nach einer Quelle, die er für zuverlässig hielte, sogar die Kapitulation anböte, sei abgeschickt. Ich: „Wer ist Ihre Quelle?" Er: „Das kann ich nicht sagen, da ich zur Verschwiegenheit verpflichtet bin. Ich kann Ihnen das nur im tiefsten Vertrauen mitteilen, aber ich wiederhole, daß ich meine Quelle für absolut gut halte. Als ich Dienstag die Mitteilung des Presseamts betreffend Bulgarien erhielt, sah ich sofort, daß die Stellung durchaus kritisch sein müsse. Das Presseamt teilte mit, daß der Beschluß des Waffenstillstandes durch Bulgarien eine Tatsache sei, an der sich nicht mehr deuteln ließe. Der Weg nach Konstantinopel sei damit unterbrochen. Man wolle versuchen, die Verbindung nach Konstantinopel über Odessa aufrechtzuerhalten. Im übrigen würden die Truppen langsam aus Bulgarien zurückgezogen. Als ich dieses hörte, war ich, der sonst nicht sentimental ist, tief erschüttert, denn ich sagte mir selbst: Wenn die O. H. L. sich genötigt sieht, eine solche Sprache zu sprechen, ist es weit mit uns gekommen."

Ich: „Sie meinen also, daß Deutschlands militärische Situation nun als durchaus schlecht beurteilt werden muß?" Er: „Unzweifelhaft, und sie wird dauernd schlechter. Dies ist mir heute morgen wieder von sehr glaubwürdiger und wohlunterrichteter Seite bestätigt worden. Man fürchtet einen konzentrischen Angriff in Verbindung mit einem Angriff der englischen Großflotte auf die flandrische Küste. Diesem Angriff, dem man nicht widerstehen könne, sucht man mit der letzten Wilsonschen Note vorzubeugen. Die Stellung ist unhaltbar. Das Heer hat keine Reserven mehr, und das ganze wird sehr schnell zusammenbrechen."

. . . . . .

5. Oktober 1918

. . . . . .

Lange hatte ich Fr. Naumann gesucht. Nun traf ich ihn in der Rotunde und zog ihn gleich in eine vertrauliche Unterhaltung. Wir gingen in den Wandelgängen und setzten uns auf eine von den Seitenbänken.

„Als Sie im August 1914", fing ich an, „wohlwollend in die Schranken für uns traten, und energisch meine Bemühungen unterstützten, die nordschleswigschen Gefangenen auf freien Fuß zu bekommen und zu erreichen, daß unsere Zeitungen neu herausgegeben würden, versprach ich Ihnen, korrekt als deutscher Staatsbürger aufzutreten, oder wenn ich meine politische Tätigkeit nicht länger im Rahmen der Verfassung und Gesetzgebung halten könne, Sie rechtzeitig zu warnen, damit Sie nicht für Handlungen verantwortlich gemacht werden können, die Sie nicht würden billigen können. Deswegen will ich Ihnen jetzt mitteilen, daß ich mich verpflichtet fühle zu verlangen, daß die nordschleswigsche Frage durch eine allgemeine Volksabstimmung gelöst werde, sobald mir hier im Hause Gelegenheit geboten wird, die Sache vorzubringen, was, wie ich hoffe, gelegentlich der bevorstehenden Debatte über die Rede des Reichskanzlers der Fall sein wird."

Naumann saß eine kurze Weile schweigend und nachdenklich. Darauf sagte er leise: „Ja, das finde ich richtig; ich habe nichts dagegen, daß Sie auf diese Weise auftreten. Sie wissen, daß ich längst gewünscht habe, daß die Frage auf diese Art gelöst wird."

. . . . . .

Berlin, den 10. Oktober 1918

. . . . . .

Heute Vormittag war es recht leer im Reichstag. Die Führer hatten alle Hände voll zu tun mit allerlei Versammlungen und Verhandlungen. Viele der Abgeordneten sind nach Hause gereist, um ihren Wählern Bericht zu erstatten. Ich verfaßte einen Bericht über die Lage an die Folketingsmaend J. C. Christensen und Neergaard, las ihn den beiden Landtagsabgeordneten vor, die ihn guthießen, und werde ihn nach Kopenhagen absenden, sobald ich ihn sicher über die Grenze bekomme. Im Bericht habe ich sie aufgefordert, unsere Bestrebungen energisch zu unterstützen.

Die beiden Landtagsabgeordneten sind nun auf meine Aufforderung hin in das Hotel „Fürstenhof" gezogen, wo ich ein besonderes Bureau eingerichtet habe. Wir treffen uns nun täglich in diesem Bureau, um die Lage zu besprechen und unsere Entschlüsse zu fassen. Heute beschlossen wir, daß Nissen hier zur Wacht in Berlin bleiben und die Arbeit leiten solle, während Kloppenborg und ich nach Flensburg reisen, um an den Versammlungen und Ausschußsitzungen der Wahlvereinigungen teilzunehmen.

# Register

Altmann, Ministerialrat im Preußischen Kultusministerium. S. 322.
Asquith, Lord, englischer Ministerpräsident bis 1916. S. 113.
Auguste Viktoria, Deutsche Kaiserin. S. 304.

Balfour, Lord, englischer Minister. S. 113. 131. 260.
Ballin, Direktor der Hamburg-Amerika-Linie. S. 310.
Bassermann, früher M. d. R. (nationalliberal), Parteiführer. S. 230. 231.
— Beziehungen zum Auswärtigen Amt und zur O.H.L. S. 245.
— Gegner von Bethmann Hollweg. S. 215. 217. 235. 245. 248. 303. 304. 316.
— Initiative bei den Kämpfen des Parlaments gegen das persönliche Regiment des Kaisers. S. 300.
— Tod 1917. S. 238. 245. 300.
— Anschauungen über den Weltkrieg. S. 215.
Bauer, Oberst, Chef der Abteilung IIb der Operationsabteilung des Chefs des Generalstabes des Feldheeres. S. 306. 311. 359. 361. 365. 378.
Bauer, früher M. d. R. (Sozialdemokrat), Reichskanzler 1919. S. 5. 6. 325. 327. 329.
Bebel, sozialdemokratischer Führer. S. 248.
v. Beerfelde, Hauptmann. S. 403—405.
Bell, Dr., M. d. R. (Zentrum).
— Der Sturz Bethmann Hollwegs. S. 357—359. 361. 362. 364. 365.
— Ausführungen zum Gutachten Bredt. S. 357.
— Anregung zur Entschließung „Der Deutsche Reichstag im Weltkrieg". S. 370.

Bell, Dr. (Fortsetzung):
— Die Gründe Erzbergers bei Bethmanns Sturz. S. 361. 362.
— Erzbergers Beziehungen zu Bülow. S. 362.
— U-Bootkrieg. S. 313.
— Erklärung über die Haltung des Zentrums zum U-Bootkrieg. S. 370—373.
Belzer, Dr., früher M. d. R. (Zentrum). S. 400.
Benedikt XV., Papst. S. 275. 310.
v. Bennigsen, nationalliberaler Führer. S. 228. 248.
v. Bergen, Vortragender Legationsrat, später Botschafter beim Vatikan.
— Beziehungen zu Erzberger. S. 279.
— Verfasser des Antwortentwurfs an den Papst. S. 24. 25. 87. 103. 145. 261. 262. 274. 276. 280. 281. 283—287. 293. 296. 298. 299.
— Vernehmung vor dem 2. Unterausschuß. S. 171. 274. 275. 281.
v. Berger, Ministerialrat im Preußischen Ministerium des Innern. S. 166. 323.
Bergsträßer, Dr., M. d. R. (Demokrat), Mitglied des 4. Unterausschusses.
— Schriftlicher Abänderungsvorschlag zur Entschließung „Der Deutsche Reichstag im Weltkrieg". S. 374 ff.
— Kein Beweis der Zermürbung der Heimat und des Heeres durch Agitation. S. 319. 320. 355.
— Die Wahlreform in England während des Krieges. S. 319.
— Der Brief von Hindenburg an Michaelis. S. 280. 286.
— Verwahrung gegen einen Artikel der „Kreuzzeitung" vom 15.

Dezember 1926 (Morgenausgabe). S. 62.
— Gegen sofortige Vernehmung v. Kühlmanns. S. 18.
— Fragen an den Zeugen v. Kühlmann. S. 86—93.
— Die v. Kühlmannsche schriftliche Zeugenaussage. S. 280. 281. 298.
— Die Liberalen und die Reform des preußischen Wahlrechts. S. 317. 354.
— v. Loebell und die Wahlrechtsfrage. S. 323. 324.
— Frage an Dr. Michaelis betr. sein Verhalten dem Siebener-Ausschuß gegenüber. S. 30. 31.
— Frage an Dr. Michaelis, ob er über die Mitteilung von Bethmann Hollweg an Pacelli unterrichtet war. S. 57. 58.
— Fragen an Dr. Michaelis über das Schreiben vom 24. September 1917. S. 45. 46.
— Die außenpolitischen Gründe der Nationalliberalen beim Sturz Bethmann Hollwegs. S. 316. 317.
— Die Oberostpolitik in den Randstaaten. S. 185. 186. 320—322.
— Der Dilettantismus der O. H. L. in politischen Dingen. S. 286.
— Gegen weitere Vernehmungen in der päpstlichen Friedensaktion. S. 281.
— Die Einführung des parlamentarischen Systems hätte eine Kontinuität in der Politik bedeutet. S. 259.
— Ausführungen zur Diskussionsrede von Dr. Philipp zum Gutachten Bredt. S. 315 ff. 353—355.
— Der Siebener-Ausschuß und die päpstliche Friedensaktion. S. 148—150.
— Die notwendig falschen Folgerungen der Mitglieder des Siebener-Ausschusses infolge ihrer Nichtinformation. S. 91—93.
— Der Zweck der Vernehmung des Journalisten Stein. S. 297. 298.
— Stresemann und die preußischen Wahlrechtsfragen. S. 317. 318.
— Der Mangel an Vertrauen zwischen Regierung und Parlament in Deutschland. S. 315. 316.
— Ausführungen zur Wahlrechtsfrage in Preußen. S. 164—166, 317. 318. 323. 324.
— Zwischenruf gegenüber Graf v. Westarp bei der Vernehmung von Dr. Michaelis. S. 52.
Bernstein, M. d. R. (Sozialdemokrat). S. 405.
v. Bernstorff, Graf, deutscher Botschafter in Amerika. Buch: „Deutschland und Amerika". S. 86.
v. Beseler: Generalgouverneur von Polen. S. 176. 217. 218. 320.
v. Beseler, preußischer Justizminister. S. 399.
v. Bethmann Hollweg, Dr., deutscher Reichskanzler von 1909 bis 13. Juli 1917.
— Zweideutige Stellungnahme in der Annexionsfrage (Dittmann). S. 333. 334.
— Die auswärtige Politik. S. 244.
— Beschwerde über Bassermann bei nationalliberalen Parteimitgliedern. 1916. S. 303.
— „Betrachtungen zum Weltkrieg". S. 57. 86. 234. 235. 265. 372.
— Autonomiegedanke für Elsaß-Lothringen. S. 119.
— Erklärung vom 4. August 1914. S. 58. 86.
— Ersuchen an ihn um Vorsicht gegenüber den Reisen von Erzberger nach Österreich 1915. S. 145.
— Vertrauen zu Erzberger. S. 240.
— Rede vom 9. Juli 1917 im Haushaltsausschuß gegen die Heranziehung der O. H. L. zur Entscheidung politischer Fragen. S. 289. 344. 345.
— Keine klare Linie in der Ostpolitik. S. 179. 303. 304. 320.
— Antwort an Pacelli wegen Belgien (26. Juni 1917). S. 57. 58. 86. 87. 265. 266. 274. 276. 379.
— Gründung des Königreichs Polen. S. 176. 177. 227. 245. 303. 304. 320.
— Reichstags-Rede vom 9. Dezember 1915. S. 330.

v. Bethmann Hollweg, Dr. (Forts.):
— Rücktritt, von der O. H. L. erzwungen. S. 15. 16. 156. 157. 164. 191. 221. 222. 223. 238. 240. 248. 255. 257. 265. 269. 274. 276. 289. 302. 304. 316. 317. 344. 345. 353. 354. 357—364. 378. 379. 395 bis 401.
— Verhalten gegenüber der Sozialdemokratie. S. 235. 236. 239.
— Auftrag an Stinnes zu Friedens-Unterhandlungen in Stockholm. S. 244. 245.
— Der U-Bootkrieg. S. 307. 312—314. 371—373. 376.
— Die Erörterung der Kommandofrage im Verfassungsausschuß. S. 161.
— Stellung zur Wahlrechtsfrage in Preußen. S. 165. 190. 191. 196. 303. 317. 323. 324.
v. Biegeleben, Freiherr: hessischer Gesandter in Berlin. S. 41.
v. Bismarck: Reichsverfassung S. 228. 340.
Bloch, Dr., Sekretär des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses. S. 76.
Blunck, Dr., früher M. d. R. (Fortschrittliche Volkspartei. S. 396. 398.
Boden, Dr., braunschweigischer Gesandter in Berlin. S. 41.
Bredt, D. Dr. Dr., M. d. R. (Wirtschaftliche Vereinigung), Mitglied und Sachverständiger des 4. Unterausschusses.
— Artikel in den „Preußischen Jahrbüchern": „Reichskanzler Michaelis und die päpstliche Friedensaktion". S. 1. 6—9. 15. 16. 71. 73—75. 87. 110. 150. 295.
— Das Auseinandergehen der beiden Schienenstränge in der inneren Politik des Krieges. S. 269. 270. 271.
— Auseinandersetzung in der Öffentlichkeit mit Dr. Michaelis. S. 1. 2. 34.
— Ausführungen zu der Vernehmung v. Kühlmanns und Dr. Michaelis. S. 262—271.
— Die Vernehmung der Herren v. Bergen und v. Rosenberg überflüssig. S. 284.

Bredt, D. Dr. Dr. (Fortsetzung):
— Anregung zur Entschließung „Der Deutsche Reichstag im Weltkrieg". S. 370.
— Das Rätsel Erzberger im Siebener-Ausschuß. S. 270.
— Keine greifbare Friedensmöglichkeit 1917. S. 93. 268. 271.
— Gutachten: „Der Deutsche Reichstag im Weltkrieg". S. 1. 2. 4. 8. 10. 11. 13. 15. 16. 27. 29. 50. 62. 64. 70. 71. 75. 76. 78. 80. 85. 91. 93. 95. 96. 103. 121. 129. 146. 147. 151. 153. 154. 158. 159. 164. 171. 174. 176. 188. 194. 196. 213. 215. 227. 228. 230. 233. 237. 238. 241. 242. 258. 262. 263. 268. 277. 282. 289. 290. 292. 293. 343. 353.
— Graf Hertling und die Kurie. S. 94. 149.
— Graf Hertling und seine Abhängigkeit von der O. H. L. S. 271.
— Der Brief von Hindenburg vom 15. September 1917 an Dr. Michaelis nicht die Veranlassung zu dessen Schreiben vom 24. September 1917. S. 263. 271. 284. 285.
— Gegen eine Untersuchung des Verhältnisses von Dr. Michaelis zum Kaiser. S. 6.
— Das Schreiben des Kaisers an Dr. Michaelis vor dessen Zeugenvernehmung im Untersuchungsausschuß. S. 27. 35. 264. 266. 284.
— Der Kronrat von Bellevue vom 11. September 1927. S. 263—267.
— Die Frage der Vernehmung v. Kühlmanns. S. 3. 27. 28.
— Kühlmanns Faustpfandtheorie. S. 265. 266.
— Zwischenrufe bei der Zeugenaussage v. Kühlmanns. S. 74. 75.
— v. Kühlmanns Aussage zum Artikel „Erzberger 1917". S. 270. 278. 284. 295. 298.
— Die phantastische These des Ritters v. Lama. S. 93.
— Andere Interpretation des Schreibens vom 24. September 1917 als Professor Meinecke und v. Kühlmann. S. 28. 29. 96. 268. 269.
— Kardinalfragen an Dr. Michaelis. S. 3. 4. 5.

Bredt, D. Dr. Dr. (Fortsetzung):
— Zwischenrufe bei der Zeugenaussage von Dr. Michaelis. S. 16. 36. 51.
— Die Zeugenaussage von Dr. Michaelis bringt keine Einzelheiten der Papstaktion. S. 38. 39.
— Dr. Michaelis frei von einseitigen konfessionellen Gründen bei der Papstaktion. S. 266. 275.
— Der persönliche Eindruck von Dr. Michaelis. S. 263.
— Die Einführung des parlamentarischen Regimes ohne Verfassungsänderung in Deutschland; keine Abänderung des Artikels 9 der Reichsverfassung notwendig. S. 259.
— Zwischenrufe bei den Ausführungen von Dr. Philipp über die päpstliche Friedensaktion. S. 172.
— Zwischenrufe bei den Ausführungen von Frhrn. v. Richthofen. S. 221. 225. 256.
— Die Richtigkeit seiner These. S. 147. 268.
— Für Ladung der noch lebenden Mitglieder des Siebener-Ausschusses zu der Zeugen-Vernehmung von Dr. Michaelis. S. 7.
— Der Zweck der Einsetzung des Siebener-Ausschusses und seine Nichtinformierung über den weiteren Gang der Papstaktion. S. 27—29. 95. 96.
— Zwischenbemerkungen zu den Ausführungen von Dr. Spahn gegen seine Kritik nach der Zeugenvernehmung Michaelis—Kühlmann. S. 271—273.
— Kampf gegen die Tendenzwissenschaft. S. 286.
— Bearbeiter der Verfassungsfragen der Randstaaten während des Krieges. S. 180.
— Bemerkung zu den Ausführungen von Dr. Philipp über die preußische Wahlreform. S. 186.
v. Breitenbach, preußischer Minister. S. 399.
Breitscheid, Dr., M. d. R. (Sozialdemokrat), Vorsitzender des 2. Unterausschusses des Untersuchungsausschusses. S. 32. 185.
Bruhn, M. d. R. (Deutschnationale Volkspartei, während des Krieges Deutsche Fraktion). Keine Mitunterzeichnung der Friedensresolution. S. 168. 169.
Brüninghaus, M. d. R. (Deutsche Volkspartei), Mitglied des 4. Unterausschusses.
— Eintreten für die Fragen-Vorschläge von Dr. Philipp an Dr. Michaelis. S. 6.
— Antrag auf Zeugen-Vernehmung v. Kühlmanns. S. 18. 31. 32.
— Vortrag als Kapitän z. S. über den U-Bootkrieg beim Jahresessen des Kriegsausschusses der deutschen Industrie im Hotel „Adlon". S. 290. 291. 339. 340.
Buchanan, Sir, englischer Botschafter in Petersburg: Memoiren. S. 219.
v. Buhl: bayerischer Reichsrat. S. 236.
v. Bülow, Fürst, deutscher Reichskanzler 1900—1909. S. 240.
— Ansicht über den Björkö-Vertrag. S. 247.
— „Daily-Telegraph"-Affaire. S. 301. 305. 366.
— Verhältnis zu Erzberger. S. 365. 366.
— Die Unterrichtung der Parteiführer über die auswärtige Politik. S. 243. 244.
— Reichskanzler-Kandidat 1917. S. 222—224. 304. 305. 359 bis 366. 367. 379. 382.
— Rücktritt als Reichskanzler wegen der Erbschaftssteuer. S. 301.
— Rücksprachen mit Abg. Dr. Peter Spahn in Norderney. S. 231. 233.
— Verfassungsprobleme des Deutschen Reiches. S. 228. 229.
v. dem Bussche, Freiherr, Major: Vortrag vom 1. Oktober 1918 vor den Parteiführern. S. 311. 312.

van Calker, Dr., früher M. d. R. (nationalliberal). S. 220.
v. Capelle, Staatssekretär des Reichsmarineamts von 1916 bis 1918.
— Reichstagsrede vom 9. Oktober 1917. S. 324.
— Verhandlungen über den U-Bootkrieg. S. 307. 308. 312—314.
zu Schönaich-Carolath, Prinz, früher M. d. R. (nationalliberal):

Pessimistische Einstellung zum Kriege. S. 215. 219. 221.
Christensen, früher M. d. R. (Däne). S. 408.
Churchill-Winston, englischer Minister. S. 113. 306.
v. Clausewitz. S. 344.
Clémenceau, französischer Ministerpräsident ab 15. November 1917. Diktator. S. 156.
Cohen-Reuß, früher M. d. R. (Sozialdemokrat). S. 327. 395.
Cohn (Nordhausen), Dr., früher M. d. R. (USPD). S. 182. 343. 400. 405.
v. Czernin, Graf, k. u. k. Minister des Äußern vom 22. November 1916 bis 14. April 1918. S. 249. 250.
— Geheime Denkschrift an Kaiser Karl. S. 92. 99.
— Einfluß auf Erzberger. S. 241. 377.
— Antwort auf die Papstnote. S. 146.

v. Dandl, Ritter, bayerischer Ministerpräsident. S. 252.
David, Dr., M. d. R. (Sozialdemokrat). S. 182. 325. 327.
— Aktivität in der Beschwichtigung der Massen 1917. S. 251.
— Friedensresolution. S. 168. 242. 395. 397—399.
— Die „Kriegsgebundenheit". S. 160. 241. 242. 250.
— Leitsätze über Kriegsziele und Friedensbedingungen 1915. S. 328. 329.
— Frage an Dr. Michaelis nach dem Siebener-Ausschuß. S. 59.
— Reise mit Abg. v. Winterfeld-Menkin zu Ober-Ost. S. 178. 179.
— Selbstbestimmungsrecht der Nationen. S. 182.
Deermann, Dr., früher M. d. R. (Hospitant der bayerischen Volkspartei), Berichterstatter des 4. Unterausschusses über die „Ursachen des Zusammenbruchs". S. 151.
v. Delbrück, Dr., preußischer Minister, Staatssekretär des Innern bis Mai 1916. S. 343.
Delbrück, Dr., Professor, Sachverständiger im 4. Unterausschuß. S. 34.
Delbrück, Dr. (Fortsetzung):
— Artikel „Erzberger 1917". S. 188.
— Die Reichskanzler-Kandidatur des Fürsten v. Bülow. S. 222. 223.
— Die Wirkung der Friedensresolution, insbesondere in England, und gegebenenfalls die Wirkung einer offenen Erklärung über Belgien. S. 128—130.
— Zwischenrufe bei der Zeugenvernehmung v. Kühlmanns. S. 89.
— Frage an v. Kühlmann wegen des „Faustpfandes" Belgien. S. 125. 126.
— Frage an v. Kühlmann nach dem Grunde der Täuschung des Siebener-Ausschusses. S. 126. 127.
— Die Täuschung des Reichstags durch v. Kühlmann. S. 258.
— Das vorläufige Gutachten Professor Meineckes. S. 124. 125.
— Ende der Papstaktion noch nicht im August/September 1917. S. 130. 131.
— Die Voraussetzung, zum Verständigungsfrieden zu gelangen, war das parlamentarische System. S. 258.
— Zwischenrufe bei den Ausführungen von Dr. Philipp zur päpstlichen Friedensaktion. S. 172. 175.
Dernburg, Dr., M. d. R. (Demokrat): Denkschrift an den Reichskanzler über den Wert der englischen Wahlreform während des Krieges. S. 319.
Dittmann, M. d. R. (Sozialdemokrat), Mitglied des 4. Unterausschusses. S. 109.
— Annexionspläne und -politiker in Deutschland. S. 334—342.
— Artikel vom 15. und 16. Juni 1917 in der „Leipziger Volkszeitung". S. 325—333.
— Kein ausländischer Einfluß bei dem Streben nach Demokratisierung bei den linksstehenden Massen. S. 356. 357. 367.
— Die Handhabung des Belagerungszustandes. S. 343—345.
— Gegen eine Vernehmung der Herren v. Bergen und v. Rosenberg. S. 280. 296. 297.
— Bethmanns zweideutige Erklä-

rungen zur Annexionsfrage. S. 333. 334.
— Die Notiz des „Bornaer Tageblatts". S. 175. 185. 188. 280. 296. 297.
— Zwischenrufe zu den Ausführungen Bredts über die Vernehmung Michaelis—Kühlmann S. 263. 265.
— Der Abg. Bruhn und die Friedensresolution. S. 169.
— Vortrag des Kapitäns z. S. Brüninghaus beim Jahresessen des Kriegsausschusses der deutschen Industrie über den U-Bootkrieg (30. Dezember 1917). S. 290. 291. 296.
— Erzberger, die Friedensresolution und die Kandidatur Bülows. S. 361. 366. 397.
— Frage an v. Kühlmann wegen des Endes der Friedensaussichten am 26. August 1917. S. 141. 142.
— Frage an v. Kühlmann nach dem Gegensatz zwischen Regierung und Parlament in der Frage der Friedensresolution. S. 137.
— Broschüre der USPD 1917 über die Friedensresolution. S. 287. 288. 296.
— Bemerkungen zur Geschäftsordnung betr. die Zeugenvernehmung von Dr. Michaelis. S. 32. 34.
— Mangel an Idealen beim nationalistischen Block während des Krieges. S 348. 349.
— Die Annexionspolitik der Konservativen. S. 287—289. 296.
— Verwahrung gegen einen Artikel der „Kreuzzeitung" vom 15. Dezember 1926 (Morgenausgabe). S. 62.
— Die Notwendigkeit der Verweigerung der Kriegskredite. S. 336. 337.
— Vorwurf gegen den Kriegsreichstag. S. 289. 290.
— Gegen Vernehmung v. Kühlmanns als Zeuge. S. 18.
— Zwischenrufe und Bemerkungen bei der Zeugenvernehmung v. Kühlmanns. S. 81. 121. 132. 145. 150.
— Die schriftliche Antwort des Herrn v. Kühlmann auf die Anfrage des 4. Unterausschusses. S. 296. 297.

Dittmann (Fortsetzung):
— Liberalismus und Sozialdemokratie. S. 368. 369.
— Die Diktatur Ludendorffs. S. 289.
— Bericht über die Vorgänge auf der Marine 1917. S. 346.
— Die Abhängigkeit Dr. Michaelis von der O.H.L. S. 54.
— Frage an Dr. Michaelis nach den deutschen Kreisen, die Annexionen wünschten. S. 59.
— Frage an Dr. Michaelis, worin das vertrauensvolle Zusammenarbeiten zwischen ihm und dem Siebener-Ausschuß bestanden habe. S. 37. 53. 54.
— Zwischenruf bei den Ausführungen von Dr. Michaelis. S. 55.
— Frage an v. Kühlmann nach der Entwertung der Wirkung der Friedensresolution im Auslande durch die Michaelis-Rede „wie ich sie auffasse". S. 143.
— Der Annexionismus der O.H.L. S. 287. 289. 296.
— Die Diktatur der O.H.L. S. 344. 345.
— Frage an v. Kühlmann, ob der päpstlichen Friedensanregung nicht energischer nachgegangen hätte werden müssen. S. 143.
— Frage nach v. Kühlmanns Vertrauen zum Papst. S. 139. 141.
— Eintreten für Ladung des früheren Abg. v. Payer zur Vernehmung Michaelis'. S. 7.
— Das Protokoll der mehrheitssozialdemokratischen Reichstagsfraktion vom 24. August 1917. S. 135 bis 137.
— Reichstagsrede vom 16. Januar 1916. S. 342. 344.
— Reichstagsrede vom 24. Mai 1916. S. 348.
— Reichstagsrede vom 9. Oktober 1917. S. 324. 325. 345.
— Das wahre Verhalten der Regierungssozialisten zur Annexions- und Friedensfrage während der ersten Kriegsjahre. S. 326 bis 330. 352.
— Zurückweisung des gegen ihn seitens des Abg. Frhrn. v. Rhein-

baben gemachten Vorwurfes. S. 296.
— Der Siebener-Ausschuß. S. 52.
— Keine notwendige Offenheit dem Siebener-Ausschuß gegenüber. S. 144.
— Frage an v. Kühlmann nach der Täuschung des Siebener-Ausschusses durch die Auffassung der Parteiführer, daß im Kronrat vom 11. September 1917 Belgien freigegeben sei. S. 138.
— Die Spaltung der sozialistischen Partei während des Krieges. S. 325. 326.
— Die Unmöglichkeit der Fortentwicklung des kapitalistischen Systems während des Krieges durch das sozialistische. S. 369.
— Zwischenruf bei den Ausführungen von Dr. Spahn zum Gutachten Bredt. S. 235.
— Antrag auf Entlassung des Zeugen Stein. S. 214.
— Die Politik der USPD im Kriege. S. 324 ff.
— Die USPD und der Verständigungsfrieden. S. 346—348.
— Zurückweisung des Vorwurfs gegen die USPD, sie habe die militärische Kriegführung sabotieren wollen. S. 346.
— Widerlegung der Behauptung, die USPD wollte die politische Macht an sich reißen. S. 346. 347.
— Das größere Drängen der bürgerlichen Politiker nach Verfassungsreformen während des Krieges psychologisch verständlich. S. 252. 253.
— Verhaftung Januar 1918. S. 404.
— Die Notwendigkeit eines rechtzeitigen Verständigungsfriedens. S. 292.
— Durchbrechung des Prinzips der Vertraulichkeit durch Veröffentlichung der deutschen Antwortnote an den Papst. S. 144.
— Zusammenbruch 1918 nicht bei den Sozialisten, sondern bei den Nationalisten! S. 349—351.

Doormann, Dr., früher M. d. R. (Fortschrittliche Volkspartei). S. 397.

Ebert, früher M. d. R. (Sozialdemokrat). S. 101. 104. 325. 327. 329.
— Aktivität in der Beschwichtigung der Massen 1917. S. 251.
— Bericht in der Fraktion vom 24. August 1917. S. 135—137.
— Die elsaß-lothringische Frage. S. 120. 294.
— Brief an Erzberger. S. 110.
— Die Friedensresolution. S. 168. 397. 400.
— Darlegungen in der Aussprache v. Hintzes mit den Parteiführern vom 23. August 1918. S. 311.
— Fühlung mit der auswärtigen Politik während des Staatssekretariats v. Kühlmann. S. 71.
— Die Verantwortung für die Massen. S. 253. 254.
— Auseinandersetzung mit Dr. Michaelis über die Friedensresolution. S. 111. 136. 137.
— Einsichtnahme in die Antwortnote an den Papst. S. 25. 270.
— Reichstagsrede vom 29. Mai 1915. S. 328.
— Mitglied des Siebener-Ausschusses. S. 23—25. 28. 270.
— Kein verfassungspolitisches Vorwärtsdrängen 1917 (Spahn). S. 241. 242. 250. 253. 254.

Engels, Sozialistenführer. S. 346. 369.

Ernst Günther, Herzog zu Schleswig-Holstein. S. 304.

Erzberger, früher M. d. R. (Zentrum), später Staatssekretär ohne Portefeuille. S. 182. 238.
— Bei Kriegsbeginn Annexionist. S. 217. 237. 310.
— Fühlung und Wirken in der auswärtigen Politik. S. 71. 108—110. 134. 145. 187. 188. 217. 237. 283. 293. 294.
— Beziehungen zu v. Bergen. S. 279. 293.
— Der Sturz Bethmanns. S. 156. 358. 361. 362. 378. 395 ff.
— Der Frieden von Brest-Litowsk. S. 290.

Erzberger (Fortsetzung):
— Beziehungen zu Bülow. S. 365. 366. 397.
— Die Kandidatur des Fürsten Bülow. S. 222—224. 304. 359. 361. 362. 379.
— Der Einfluß von Czernin 1917. S. 241. 377.
— Die Czerninsche Denkschrift. S. 99.
— „Erlebnisse im Weltkriege". S. 98. 99. 102.
— Die Verhandlungen über die Friedensresolution. S. 168. 218 bis 220. 234. 240. 290. 352. 356. 361. 396. 397.
— Friedensresolution-Hilfsmaßnahme für den päpstlichen Friedensvorschlag (Philipp). S. 167.
— Gegner der Ernennung des Grafen Hertling und schlechtes Verhältnis zu ihm. S. 222—224. 250.
— Sitzung des Interfraktionellen Ausschusses vom 10. September 1917. S. 105. 106.
— Angriffe auf die Kolonialpolitik 1906. S. 365. 366.
— Rücksprache mit v. Kühlmann in der Papstaktion (Scheidemann). S. 24. 40. 41. 99. 101. 102.
— Verhältnis zur Kurie. S. 99—103. 106. 108—110. 134. 139. 145. 146. 172—174. 187. 240. 262.
— Ungeeignet als Vertrauensmann der Kurie (Spahn). S. 276.
— „Leichtwendigkeit". S. 234. 235.
— Keine Kenntnis des Schreibens von Dr. Michaelis vom 24. September 1917. S. 146. 170. 172. 174. 262. 280. 297.
— Angriff gegen Dr. Michaelis wegen des Schreibens vom 24. September 1917 in der Nationalversammlung. S. 2. 5. 6. 150. 170 bis 172. 174. 262. 278—280.
— Der Besuch beim Nuntius nach dem 24. September 1917. S. 276. 277.
— Reise mit Abg. v. Richthofen zu Ober-Ost. S. 217. 218. 249. 361. 377.
— Referent des Kriegsministeriums und der Marine im Haushaltsausschuß des Reichstags und Beziehungen zur O. H. L. S. 236. 237. 249.

Erzberger (Fortsetzung):
— Anhänger des parlamentarischen Systems. S. 367. 368.
— Reichsvermögenzuwachssteuer 1912. S. 236.
— Reisen 1915, insbesondere nach Österreich. S. 145.
— Aussprachen mit Frhrn. v. Richthofen und Beziehungen zu ihm. S. 217. 218. 220—223. 226. 249.
— Verhalten im Siebener-Ausschuß. S. 24. 27. 28. 40. 99. 262. 270 290. 293. 294. 297.
— Beruhigungsaktion des Siebener-Ausschusses (Spahn). S. 145. 147. 148. 173. 262. 279. 280. 294. 297.
— Resolution zum U-Bootkrieg. S. 238. 313.
— Die Kandidatur des Herzogs von Urach. S. 180. 181.
— Politische Vitalität (Spahn). S. 241. 242.
— Vorstoß Juli 1917 im Hauptausschuß. S. 241. 242. 377. 396. 397.
— Sein „Ausbrechen" aus der Zentrumsfraktion. S. 239. 240.

Fehrenbach, früher M. d. R. (Zentrum).
— Die Friedensresolution. S. 168. 389. 396.
— Verhalten im Siebener-Ausschuß. S. 27. 28. 270.

Fegter, früher M. d. R. (Fortschrittliche Volkspartei). S. 400.

Fischbeck, M. d. R. (Demokrat), früher Fortschrittliche Volkspartei): Der Bericht des Reichstagspräsidenten Kaempf über die Abneigung des Kronprinzen gegen das allgemeine Wahlrecht. S. 163. 164.
— Die Friedensresolution. S. 168.

Fischer (Eugen), Dr., Generalsekretär des Parl. Untersuchungsausschusses. S. 9. 94. 175. 184. 370.

Fischer (Richard), früher M. d. R. (Sozialdemokrat). S. 327. 329.

Fleuriot, französischer Geschäftsträger in London 1917. S. 65.

Freund, Dr., Ministerialdirektor im Preußischen Ministerium des Innern. S. 166.

Friedberg, Dr., früher M. d. L.

(nationalliberal), später Vizepräsident des Preußischen Staatsministeriums. S. 216. 225. 303.
Friedrich III., Deutscher Kaiser. S. 246. 247.
Friedrich Wilhelm III., König von Preußen. S. 355.
Friedrich Wilhelm IV., König von Preußen. S. 355.
Friedrichs, Kommerzienrat. S. 291
Fridegg, Dr., Vertreter des „Neuen Wiener Journals". S. 405.
v. Gallwitz, General der Artillerie, Führer der Armeegruppe Gallwitz: Reichskanzlerkandidat. S. 360. 363.
Gasparri, Kardinalstaatssekretär. S. 9. 20. 28. 65. 74. 94. 98. 102. 128. 134. 148. 269.
v. Gayl, Freiherr, Mitglied des Reichsrats: Niederschrift vom 9. August 1926. S. 178—182. 185. 322.
v. Gebsattel, Freiherr, Zweiter Vorsitzender des Alldeutschen Verbandes. S. 336. 350.
Gerlach: Monsignore. S. 140.
Gerstenberger, früher M. d. R. (Zentrum). S. 400.
Geyer, früher M. d. R. (USPD): Begründung der Ablehnung der Kriegskredite am 21. Dezember 1915. S. 330. 331. 334.
Gothein, Dr.-Ing., früher M. d. R. (Fortschrittliche Volkspartei). S. 182. 403.
— Die Friedensresolution. S. 168. 396.
— Die Verhandlungen des Haushaltsausschusses über den U-Bootkrieg. S. 312—315.
v. Grabski, früher M. d. R. (Pole). S. 400.
Gradnauer, Dr., früher M. d. R. (Sozialdemokrat). S. 250. 327.
Gröber, früher M. d. R. (Zentrum), später Staatssekretär ohne Portefeuille: Berichterstatter im Verfassungsausschuß. S. 161. 162.
— Schwere Erkrankung in den kritischen Tagen Juli 1917. S. 239.
— Gegen die Friedensresolution und das Vorgehen Erzbergers. S. 233. 234. 239.
— Gute Beziehungen zum Grafen Hertling. S. 250.
— Bestürzt über die Mitteilungen der O. H. L. vom 1. Oktober 1918. S. 306.
— Abgabe einer Erklärung des Zentrums zugunsten des unbeschränkten U-Bootkrieges. S. 238. 313—315. 344. 371.
Grumbach: „Das annexionistische Deutschland". S. 337. 341.
Gunßer: früher M. d. R. (Fortschrittliche Volkspartei). S. 397.
Haase, früher M. d. R. (USPD). S. 182. 406.
— Broschüre über seine Reden. S. 343.
— Elsaß-Lothringen. S 311.
— Etatsrede vom 10. März 1915. S. 327.
— Reichstags-Rede vom 24. März 1916. S. 331.
— Reichstags-Reden vom 30. März und 19. Juli 1917. S. 345. 346. 348.
— Erwiderung auf Graf v. Westarps Rede zur Friedensresolution. S. 288. 296.
v. Haeften, Oberst, seit 8. Juli 1916 Leiter der militärischen Abteilung des Auswärtigen Amts. S. 306.
Hanssen, früher M. d. R. (Däne). S. 356.
— Aufzeichnungen. S. 395 ff.
Hauß, früher M. d. R. (Elsässer). Friedensresolution. S. 168.
Haußmann, früher M. d. R. (Fortschrittliche Volkspartei), später Staatssekretär ohne Portefeuille.
— Die Friedensresolution. S. 168. 400. 401.
— „Schlaglichter". S. 91.
Heine, früher M. d. R. (Sozialdemokrat). S. 325.
Helfferich, Dr., Staatssekretär des Reichsschatzamts, seit Juli 1916 des Innern, seit August 1917 Stellvertreter des Reichskanzlers. S. 126. 170. 372. 373.
— Verhandlungen mit Dr. Michaelis über einen wirtschaftspolitischen Friedensplan. S. 48.
— Gegner einer Kriegssteuer. S. 349.
— Mittelsmann zwischen Abg. Dr. Peter Spahn und Bethmann. S. 235.

Helfferich, Dr. (Fortsetzung):
— Wahrscheinlich Kenntnis von dem Pacelli-Brief. S. 44. 56. 71.
— Gespräch mit Abg. Dr. Peter Spahn über die Auffassung Hindenburgs in bezug auf die militärische Lage Juli 1917. S. 365.
— U-Bootkrieg. S. 312—314. 395.
— „Der Weltkrieg". S. 264.
— Frage an Graf v. Westarp, ob die Konservativen Bethmann im Juli 1917 stürzen wollten. S. 354. 378.
— Zeugen-Vernehmung vor dem 2. Unterausschuß. S. 32. 34.
Herold, M. d. R. (Zentrum). S. 232. 398.
v. Hertling, Graf, Dr., Reichskanzler vom 2. November 1917 bis 3. Oktober 1918.
— Förderung der bayerischen Hausmachtspläne. S. 119.
— Bericht vom 1. Oktober 1918 an den bayerischen Ministerpräsidenten v. Dandl. S. 251. 252.
— Vorgänge bei und nach seiner Ernennung. S. 221—226. 250. 255. 257. 382. 383.
— Schlechtes Verhältnis zu Erzberger. S. 250.
— Information der Kurie? S. 148. 149.
— Reichskanzlerkandidat der O. H. L. an Stelle von Bethmann-Hollweg. S. 360.
— Abhängigkeit von der O. H. L. (Bredt). S. 271.
— Ostkonferenz November 1917. S. 179. 182.
— Die päpstliche Friedensvermittlung. S. 277.
— Rücktritt. S. 238.
— Zentrumsführer. S. 232. 233. 234. 241. 255. 400.
— Ausschlaggebend für seine Ernennung zum Kanzler seine Zugehörigkeit zur Zentrumspartei und sein früheres Referat über die Außenpolitik. S. 71. 257.
Herz, Dr., Sachverständiger im 4. Unterausschuß.
— Zwischenruf bei der Vernehmung v. Kühlmanns. S. 95.
— Der Zeitpunkt der Bindung Englands an die französischen Kriegsziele. S. 113. 114.
v. Heydebrand und der Lasa, Dr., früher M. d. R. und d. L. (konservativ). S. 395. 398.
— Angebliche Äußerung „wir sind belogen und betrogen worden". S. 350. 351.
— Das gleiche Wahlrecht für Preußen. S. 163. 164.
Hildenbrand, M. d. R. (Sozialdemokrat). S. 327.
v. Hindenburg, Generalfeldmarschall, Chef des Generalstabes des Feldheeres. S. 364.
— Friedensresolution. S. 401.
— Schriftwechsel mit Dr. Michaelis vom 12. u. 15. September 1917 wegen Belgiens. S. 4. 47. 48. 50. 58. 68. 131. 132. 172. 263. 270—273. 280. 380—382.
— Auffassung von der militärischen Lage (Juli 1917). (Gespräch Helfferichs mit Dr. Spahn.) S. 365.
— Randstaatenpolitik. S. 321.
— Rücktrittsdrohung beim Verbleiben Bethmanns im Amte. S. 379.
— Sitzung vom 8. Januar 1917. S. 360.
— Rücksprache mit Graf v. Westarp über Belgien Ende September 1917. S. 58. 272.
v. Hintze, Staatssekretär des Äußern vom 16. Juli bis 7. Oktober 1918: Aussprache vom 23. August 1918 mit den Parteiführern. S. 311.
Hirsch-Essen, früher M. d. R. (nationalliberal), rechter Flügel. S. 300.
Hitze, Dr., früher M. d. R. (Zentrum). S. 232. 233.
Hobohm, Dr., Professor, Sachverständiger im 4. Unterausschuß.
— Gutachten über den Annexionismus im Weltkriege. S. 60. 154. 224.
— Ausführungen zum Gutachten Bredt. S. 250—252.
— Geschichte des Krieges — Geschichte der Erschöpfung des deutschen Volkes. S. 251.
— Die Friedensresolution, entstanden aus der Einsicht der Kriegserschöpfung. S. 352.

Hobohm, Dr. (Fortsetzung):
— Die Kriegsgebundenheit der Linken. S. 351—353.
— Das Hasardieren der Landesverteidigung 1918. S. 352.
— Ludendorff und die Parlamentarisierung. S. 251. 254.
— Die pessimistische Auffassung der Mehrheitssozialdemokraten 1917 und die Denkschrift vom 28. Juni 1917. S. 250. 251. 253.
Hoch, M. d. R. (Sozialdemokrat). S. 400.
Hofer, früher M. d. L. (USPD). S. 403.
Hoffmann, General, Chef des Stabes Ober-Ost. S. 178. 217. 249. 377.
Hoffmann, Bundesrat (Schweiz). S. 394.
Hofrichter, früher M. d. R. (Sozialdemokrat). S. 407.
zu Hohenlohe-Schillingsfürst, Fürst, deutscher Reichskanzler 1894—1900. S. 228. 232. 236. 240.

v. Jagow, Staatssekretär des Auswärtigen bis 1916. S. 245. 263.
— Botschafter in Rom. S. 246.
— Die Möglichkeit einer Konzession in Elsaß-Lothringen. S. 257.
— Pessimistische Auffassung in bezug auf den Weltkrieg. S. 215.
— U-Bootkrieg. S. 312. 313.
Joos, M. d. R. (Zentrum), Mitglied des 4. Unterausschusses.
— Ablehnung Roms auf eine Friedensanregung im Januar 1918. S. 6. 98. 116. 117.
— Zwischenbemerkung zum Artikel „Erzberger 1917". S. 175.
— Die erneute Kühlmannsche Vernehmung wegen des Artikels „Erzberger 1917". S. 183. 184. 186. 188—190.
— Zwischenruf gegenüber Graf v. Westarp bezüglich der ev. Vernehmung des Herrn v. Bergen. S. 103.
— Gegen eine Vernehmung der Herren v. Bergen und v. Rosenberg. S. 281. 282.
— Eintreten für die Fragen Dr. Bredts bei der Zeugenvernehmung von Dr. Michaelis. S. 6.

Joos (Fortsetzung):
— Zwischenruf zu Bredts Ausführungen über die Deutung des Schreibens vom 24. September 1917. S. 29.
— Zwischenrufe und Bemerkungen zu den Ausführungen Bredts nach der Zeugenaussage Michaelis—Kühlmann. S. 264. 267. 268. 270. 271.
— Die Reichskanzler-Kandidatur Fürst Bülows. S. 222.
— Die Einladung von Bethmann-Hollweg an Dr. Spahn zu dem Pacellidiner. S. 240.
— Hat Erzberger auf den Siebener-Ausschuß beruhigend eingewirkt? S. 147.
— Erzberger fühlte sich hintergangen. S. 290.
— Geschäftsordnungsmäßige Anregungen. S. 26. 27. 43.
— Frage an v. Kühlmann nach der Konkretisierung seiner Bedenken wegen der Internationalität des Kardinalkollegiums. S. 140.
— Verwahrung gegen einen Artikel der „Kreuzzeitung" vom 15. Dezember 1926 (Morgenausgabe). S. 61. 62.
— Gegen sofortige Vernehmung v. Kühlmanns. S. 18.
— Zwischenfragen und -rufe an v. Kühlmann. S. 79. 116. 141.
— Der mangelnde Verständigungswillen in dem Schreiben vom 24. September 1917. S. 43.
— Das Schreiben vom 24. September 1917 mußte nach dem voraufgegangenen Schriftwechsel mit der Kurie das Ende bedeuten. S. 97. 98.
— Frage an Dr. Michaelis nach dem Ende der Mission des Siebener-Ausschusses. S. 59.
— Frage nach dem Einvernehmen zwischen Dr. Michaelis und v. Kühlmann auf Fernhaltung des Siebener-Ausschusses von den weiteren Verhandlungen in der päpstlichen Friedensaktion. S. 44.
— Frage an Dr. Michaelis, warum das Schreiben des Nuntius Pacelli als Antwort auf den Entwurf der deutschen Note nicht dem Siebener-

Ausschuß vorgelegt wurde. S. 34. 41—44. 102.
Junck, Dr., früher M. d. R. (nationalliberal). S. 215. 219. 300. 395. 396. 398.
Jungheim, früher Direktor beim Reichstag. S. 400.

Kaas, Dr., M. d. R. (Zentrum): Berichterstatter des 2. Unterausschusses über die päpstliche Friedensaktion. S. 2. 3.
Kahl, D. Dr., M. d. R. (Deutsche Volkspartei, früher nationalliberal). S. 303.
Kaempf, Dr., früher M. d. R. (Fortschrittliche Volkspartei), Reichstagspräsident. S. 41. 163.
Kant. S. 367.
v. Kardorff, früher M. d. R., freikonservativer Führer. S. 228. 230. 231.
Karl, Kaiser von Österreich. S. 86. 92. 119. 146. 338.
Karski: „Krieg, Zusammenbruch und Revolution" 1912. S. 347. 348.
Kautsky, sozialistischer Schriftsteller. S. 346. 347.
Keil, M. d. R. (Sozialdemokrat). S. 399.
Kerenski, russischer Ministerpräsident 1917. S. 177.
v. Keßler, Graf, Legationssekretär. S. 306.
v. Kiderlen-Waechter, Dr., Staatssekretär des Äußern. S. 244.
Kloppenborg, früher M. d. L. (Däne). S. 408.
v. Kopp, Kardinal. S. 232. 233.
Korfanty, früher M. d. R. (Pole). S. 396. 405.
v. Krause, Dr., Staatssekretär des Reichsjustizamts. S. 306.
v. Kühlmann, Dr., Staatssekretär des Äußern vom 7. August 1917 bis 9. Juli 1918. S. 245.
— Die Ablehnung der Entente bei der päpstlichen Friedensaktion im Vergleich zu der deutschen Bereitschaft. S. 116. 117.
— Aide-mémoire der französischen Regierung in London vom 26. August 1917. S. 65. 131.
— Beantwortung der Frage Schwertfegers nach der im Kronrat vom 11. September 1917 festgelegten Marschroute in bezug auf Belgien. S. 122. 123.
— Das Faustpfand Belgien und die Erklärung über Belgien. S. 13. 122. 123. 125—127. 138. 143. 265. 380.
— Der Wunsch der Kurie nach einer Erklärung über Belgien. S. 102. 103.
— Die Wahrscheinlichkeit der Kenntnis der Kurie von der Auffassung der deutschen Regierung über Belgien. S. 133. 134. 140.
— Beschluß des 4. Unterausschusses, ihn über die Zeitungsnotiz „Erzberger 1917" zu hören. S. 214. 226.
— Widerspruch gegen das Gutachten Bredt in bezug auf die Auffassung über die Interpretation des Briefes vom 24. September 1917, der ein bedingtes „Ja" enthalten habe. S. 80—82. 90. 92. 93. 96. 97. 117. 118. 171. 268.
— Unterredung mit Frhrn. v. Richthofen über die Kandidatur des Fürsten Bülow. S. 223.
— Die Gefahr der Diktatur. S. 127—129. 271. 284. 289. 382.
— Eidesreservation vor dem 2. Unterausschuß. S. 61. 184—186. 189. 213. 260. 262. 281. 299.
— Bindung Englands an Frankreich wegen Elsaß-Lothringens. S. 69. 113. 118. 123. 142.
— Autonomisierung Elsaß-Lothringens. Gegner: O.H.L. und Dynastien. S. 118—121.
— Rede über Elsaß-Lothringen. S. 255. 257. 259.
— Auf Englands Seite eher Friedensgeneigtheit als bei Frankreich. S. 64. 65. 142.
— Das Verhalten Englands auf die päpstliche Note vom 28. September 1917. S. 65. 66. 130. 131.
— Offizieller Friedensfühler Englands Sommer 1918. S. 135.
— Zusammenarbeiten mit Erzberger. S. 99. 100. 102. 106. 109. 110. 146. 187. 188.
— Die Tätigkeit Erzbergers im Informations- und Propaganda-Dienst. S. 109. 110.

v. Kühlmann, Dr. (Fortsetzung):
— Erzberger und die Kurie. S. 99. 100. 102. 106. 110. 146. 173.
— Aussprache mit Erzberger zwischen der ersten und zweiten Siebener-Ausschußsitzung. S. 40. 41. 83. 101. 102. 106. 382.
— Keine Beruhigungsaktion des Siebener-Ausschusses durch Erzberger. S. 148.
— Ende der Friedensaussichten 1917 am 26. August. S. 63. 64. 86. 123. 130. 141. 147.
— Keine Vorwürfe der Entente gegen Deutschland wegen einer Zurückweisung von Friedensmöglichkeiten. S. 141.
— Keine außenpolitische Wirkung der Friedensresolution. S. 130. 143.
— Gedanken bei Übernahme des Amts als Staatssekretär. S. 66. 114.
— Der Gegensatz zwischen Annexionisten und Verständigungsfriedensanhängern im deutschen Volke. S. 72. 110. 111. 122. 127.
— Verhandlungen mit den Parteien vor Ernennung d. Grafen Hertling. S. 224. 366. 367. 382.
— Intellektueller Urheber der außenpolitischen Aktionen. S. 6. 7. 33. 74. 171. 278.
— Die Internationalität des Kardinalkollegiums. S. 139. 140. 266. 267. 380.
— Keine Kenntnis von dem Schriftwechsel Hindenburg—Michaelis September 1917. S. 68. 87. 131. 132. 172. 263. 284. 382.
— Der Kronrat von Bellevue vom 11. September 1917. S. 67. 68. 72. 83. 89. 122. 123. 138. 140. 143. 149. 172. 263. 264. 290. 380.
— Der Antrag der Reichsregierung im Kronrat vom 11. September 1917. S. 68. 122.
— Kein Abbruch der Verhandlungen durch die Kurie. S. 134. 135. 171.
— Der Verdacht der Entente gegen die Kurie, daß diese ihren Friedensschritt im Interesse der deutschen Politik gemacht habe. S. 84. 85.

v. Kühlmann (Fortsetzung):
— Zurückweisung der Behauptung des Ritter v. Lama, daß Dr. Michaelis als Protestant den Frieden durch Vermittlung der Kurie nicht gewünscht hätte. S. 74. 75. 93. 176.
— Gegner einer außerpolitischen Machtpolitik während des Krieges. S. 67. 111.
— Brief an Dr. Michaelis vor Übernahme des Amts des Staatssekretärs, enthaltend seine politischen Gedanken zum Friedensschluß. S. 48. 49. 66.
— Harmonie mit Dr. Michaelis. S. 66. 119. 131. 132. 137. 138.
— Die englische Note an den Vatikan. S. 79. 80. 260.
— Die Note des Vatikans vom 28. September 1917 an England mit Übermittlung der deutschen Antwort. S. 80. 81. 83. 87. 94. 97. 100. 132. 174.
— Die Bedeutung der O. H. L. und ihre Berücksichtigung bei der Außenpolitik. S. 66. 67. 122. 127—129. 263. 270—273. 284. 285. 287. 382.
— Die Behandlung des päpstlichen Friedensschritts. S. 21—23. 64 ff. 69. 70. 72. 75. 82. 83 ff. 171. 260. 275. 276. 296. 297. 379—382.
— Der Einfluß der neutralen Sondierung Englands auf die Behandlung des päpstlichen Friedensschritts. S. 69.
— Der Grund der Veröffentlichung der Papstnote. S. 110. 111. 144.
— Anhänger einer schrittweisen Parlamentarisierung. S. 70. 71. 120. 273.
— Reichstagsrede vom 24. Juni 1918. S. 305. 306. 309.
— Der Einfluß des Reichstags. S. 70. 71. 114. 272. 273.
— Zusammenarbeiten mit dem Reichstag. S. 121. 275.
— Unterredung mit dem Abg. Scheidemann am 9. September 1917. S. 23—26. 39. 41. 52. 83. 100. 101. 106. 111. 144. 382.
— Entwurf des Schreibens vom 24. September 1917. S. 139. 381.
— Die Voraussetzungen des Schreibens vom 24. September 1917

und seine Interpretation. S. 79—82. 171. 381.
— Verhalten im Siebener-Ausschuß bei der Behandlung der Papstnote. S. 12. 33. 40. 72. 82—84. 138. 144. 149. 275. 296. 297. 380.
— Englische Sondierung durch neutralen Vertrauensmann (Villalobar). S. 66—69. 84. 90. 97. 105. 124—126. 141. 143. 267. 274. 276. 380. 382.
— Sturz Sommer 1918 durch die O. H. L. S. 287.
— Artikel des „Temps" über die Friedenssondierung Englands. S. 69.
— Artikel des „Temps" über die päpstliche Friedensaktion. S. 118.
— Unfall. S. 260. 295. 299.
— Schriftliches Ersuchen an den Untersuchungsausschuß um seine Zeugenvernehmung. S. 2.
— Die Gründung der Vaterlandspartei. S. 72.
— Fühlungnahme mit den Verbündeten während der Papstaktion. S. 146. 148.
— Die Notwendigkeit der Vertraulichkeit bei den Friedenssondierungen. S. 82—85. 91—93. 95. 98. 114. 126. 139. 140. 144.
— Zeugenaussage vor dem 2. Unterausschuß. S. 3. 61. 83. 84. 100. 101. 104. 130. 147. 259. 274. 275.
— Zeugenvernehmung vor dem 4. Unterausschuß. S. 63 ff. 107 ff. 213. 214. 263. 278.
— Schriftliche Zeugenaussage auf die an ihn nach der Vernehmung des Schriftstellers Stein gerichteten Fragen. S. 260. 261. 270. 278—281. 283. 284. 286. 287. 293.

v. Lama, Ritter: Kontroverse mit Dr. Michaelis. S. 1. 2. 6. 8. 42. 74. 93. 107. 146. 147. 175. 176.
v. der Lancken-Wakenitz, Frhr., Gesandter, Leiter der politischen Abteilung im Generalgouvernement Belgien: Zeugenaussage vor dem 2. Unterausschuß. S. 34.
Landsberg, M. d. R. (Sozialdemokrat).
— Mehrheitssozialist während des Krieges. S. 328. 329.
Landsberg (Fortsetzung):
— Rede vom 9. Dezember 1915. S. 330.
— Ausführungen zur preußischen Wahlrechtsfrage. S. 164.
Lassalle. S. 318. 368.
Ledebour, früher M. d. R. (USPD). S. 343. 346. 404.
Legien, früher M. d. R. (Sozialdemokrat). S. 325. 327.
v. Lerchenfeld, Graf, bayerischer Gesandter in Berlin. S. 41. 226. 227.
Lewald, Dr., Unterstaatssekretär: Schreiben vom 8. November 1926 an Dr. Philipp über den Verfassungsausschuß. S. 160—162.
v. Lichnowsky, Fürst, deutscher Botschafter in London bis Kriegsausbruch: Private Denkschrift. S. 92. 402—405.
Lieber, Dr., Zentrumsführer. S. 228. 230. 243.
Liebknecht, Dr., früher M. d. R. (wild). S. 367.
v. Liszt, Dr., früher M. d. R. (Fortschrittliche Volkspartei). S. 397. 400. 401.
Lloyd George, englischer Ministerpräsident seit Dezember 1916. S. 69.
— Diktator (v. Kühlmann, Dr. Philipp). S. 84. 156. 356. 357.
— Verhandlungen mit Painlevé über dessen Wunsch auf öffentliche Erklärung Englands wegen Elsaß-Lothringens. S. 113. 114.
Löbe, Sozialistischer Führer. S. 250.
v. Loebell, früher Preußischer Minister des Innern.
— Denkschrift vom Dezember 1915 zur Wahlrechtsfrage. S. 165.
— Denkschrift des Staatsministers v. Loebell über die preußische Wahlrechtsfrage vom 18. Juni 1917. S. 197—212.
— Rücktritt. S. 399.
— Wahlrechtsfrage. S. 165. 166. 323. 324.
— Empfehlung des gleichen Wahlrechts für Preußen (Juli 1917). S. 164.
— Stellungnahme zur preußischen Wahlrechtsfrage und der sogenannten Neuorientierung und

ergänzende Bemerkungen (13. November 1926). S. 190 ff. 323.
Ludendorff, General der Infanterie a. D., Erster Generalquartiermeister.
— Rücksprache mit Graf v. Westarp über Belgien Ende September. S. 58.
— Diktator (Dittmann). S. 289.
— Einverständnis mit der Friedensresolution. S. 238. 269. 270. 401.
— „Meine Kriegserinnerungen". S. 238. 263. 264. 269. 270.
— Der Kronrat von Bellevue vom 11. September 1917. S. 263. 264.
— Einverständnis mit der Parlamentarisierung. S. 238. 251.
— Gespräch mit v. Payer nach der ersten Ablehnung des Waffenstillstandsangebots. S. 312.
— Randstaatenpolitik. S. 321.
— Die Reichskanzlerkandidaturen nach dem Sturz Bethmanns. S. 360. 363. 364. 366.
— Rücktrittsdrohung beim Verbleiben Bethmanns im Amte. S. 379.
— „Urkunden der Obersten Heeresleitung". S. 264.
— Verständigungsfrieden? S. 311.
— Waffenstillstandsersuchen. S. 291. 349. 384.
Ludwig III., König von Bayern. S. 335. 336. 350.
Luxemburg, Rosa. S. 368.

v. Maltzan, Freiherr zu Wartenberg und Penzlin. S. 306. 398.
Marx, Karl. S. 342. 346. 356. 368. 369.
Max, Prinz v. Baden, Reichskanzler vom 3. Oktober bis 10. November 1918. S. 384.
— „Erinnerungen und Dokumente". S. 167.
Mayer (Kaufbeuren), Dr., früher M. d. R. (Zentrum): Friedensresolution. S. 168. 396.
Meerfeld, Dr., früher M. d. R. (Sozialdemokrat). S. 399.
Meinecke, Dr., Professor, Historiker. S. 2. 11.
— Deutung des Schreibens vom 24. September 1917. S. 11. 28. 29. 80. 124. 125. 171.
Meister, Ministerialdirektor im Preußischen Ministerium des Innern. S. 166.
Meyer-Rodehüser, Vortragender Legationsrat, Vertreter des Auswärtigen Amts beim Parlamentarischen Untersuchungsausschuß. S. 37. 73. 94. 299.
Michaelis, Dr., Reichskanzler vom 13. Juli bis 2. November 1917. S. 197. 221. 222. 257. 359. 360. 363. 379. 382. 401.
— Die Zukunft Belgiens. S. 44. 45. 48. 144. 264. 380.
— Antwort auf die Frage Dr. Bergsträßers nach seiner Kenntnis über die Unterhaltung Bethmanns mit Pacelli. S. 58.
— Zwischenbemerkungen zu den Ausführungen Dr. Bredts. S. 29. 38. 39. 42. 51.
— Verwahrung gegen den angeblichen Vorwurf Dr. Bredts, sein Verhalten sei aus Besorgnis vor der O. H. L. zu erklären gewesen. S. 15. 16.
— Auseinandersetzung mit Ebert über die Friedensresolution. S. 111. 136. 137.
— Die mangelnde Friedensgeneigtheit Englands. S. 12. 13.
— Das Verhältnis von Erzberger zum Auswärtigen Amt während seiner Kanzlerschaft. S. 108. 109.
— Schlechte persönliche Beziehungen zu Erzberger. S. 241.
— Mangel eines wirklichen Friedensplanes während seiner Kanzlerschaft. S. 48.
— Rede zur Friedensresolution „wie ich sie auffasse". S. 143. 144. 269. 290. 382.
— Schriftwechsel mit Hindenburg vom 12. und 15. September 1917 wegen Belgiens. S. 4. 47—50. 54. 55. 58. 59. 68. 131. 132. 172. 270 bis 273. 380—382.
— Verhältnis zum Kaiser. S. 6. 13.
— Der Kaiser und die Herausgabe Belgiens. S. 13—15. 27. 42. 264.
— Der Kronrat von Bellevue vom 11. September 1917 und die Papst-

aktion. S. 44. 45. 68. 144. 172. 264. 290. 380.
— Vorschlag der Zeugenvernehmung v. Kühlmanns. S. 17. 29. 30. 33. 34. 38. 43. 59.
— Brief v. Kühlmanns vor Übernahme des Amts des Staatssekretärs über seine politischen Gedanken über den Friedensschluß. S. 48. 49.
— Der Vorwurf des Ritter v. Lama. S. 74. 93. 107.
— Beantwortung der Frage von Dr. Moses wegen der Unklarheit des Schreibens vom 24. September 1917. S. 36.
— Auseinandersetzung in der Öffentlichkeit mit dem Gutachten von Dr. Bredt. S. 1. 2. 11. 34. 62.
— Keine Kenntnis der O. H. L. von dem Schreiben vom 24. September 1917. S. 46.
— Keine klare Linie in der Ostpolitik. S. 179.
— Die Beantwortung der Papstnote sollte ehrlich dem Frieden dienen. S. 36. 144.
— Reichstags-Rede vom 9. Oktober 1917. S. 221. 324. 382.
— Antwort auf Scheidemanns Fragen. S. 21. 42. 56.
— Das Schreiben vom 24. September 1917 an Nuntius Pacelli. S. 2. 3. 4. 5. 6. 8. 10. 11—15. 28. 29. 33. 34. 35. 41—46. 51. 52. 56—58. 61. 75. 76—78 (Wortlaut). 80. 81. 85. 87. 89. 92. 93. 96. 97. 111. 117. 118. 130. 132. 133. 139. 146. 170 bis 172. 174. 213. 262. 263. 267. 268. 271—273. 275. 276. 381.
— Die vertrauliche Natur des Schreibens vom 24. September 1917. S. 41—43. 56.
— Antwort auf die Frage des Sachverständigen Schwertfeger. S. 57.
— Der Gedanke der Einrichtung des Siebener-Ausschusses und die Bedenken gegen ihn von rechts und links. S. 49. 50. 51. 53. 59. 96. 114. 269. 380.
— Der Siebener-Ausschuß und die Papstnote. S. 3. 4. 5. 6. 8. 11. 12. 16. 17. 23—26. 31. 33. 34. 56. 59. 82. 240. 269. 380—382.
— Antwort auf die Frage der Abgg. Joos und Dittmann nach dem Grunde der Nichtinformation des Siebener-Ausschusses. S. 34. 35. 38.
— Beziehungen zum Abg. Dr. Peter Spahn. S. 240. 241.
— „Für Staat und Volk". S. 5. 14. 95. 112.
— Der deutsche Studentendienst. S. 319.
— Angesichts der damals vorhandenen Erfolge des U-Bootkrieges durfte man gegenüber England Forderungen stellen. S. 55.
— Vereidigung als Zeuge vor dem 2. Unterausschuß. S. 9. 11.
— Die Hoffnung auf die Friedensfühler durch Vermittlung Villalobars. S. 38. 59.
— Telegramm vom 22. August 1917 an Botschafter Graf Wedel. S. 20.
— Die Reise des Grafen Westarp zur O. H. L. Ende September 1917. S. 58. 60. 132.
— Garantien gegen einen Wirtschaftskrieg der Entente nach dem Kriege. S. 124.
— Zeugenaussage vor dem 2. Unterausschuß. S. 32. 34. 108.
— Schriftliches Ersuchen an den 4. Unterausschuß um seine Zeugenvernehmung. S. 2. 62.
— Zeugenaussage. S. 9 ff. 107ff. 263.

Molkenbuhr, früher M. d. R. (Sozialdemokrat): Friedensresolution. S. 168. 327. 329.

v. Moltke, preußischer Minister des Innern. S. 190.

Moses, Dr., M. d. R. (Sozialdemokrat), Mitglied des 4. Unterausschusses. S. 58.
— Antrag zur Entschließung „Der Deutsche Reichstag im Weltkrieg" betr. Wahlrechtsreform in Preußen. S. 384. 385.
— Berichterstatter des 4. Unterausschusses über das Gutachten Bredt: „Der Deutsche Reichstag im Weltkrieg". S. 154—159. 174.

Moses, Dr. (Fortsetzung):
— Die Unmöglichkeit der Kandidatur Fürst Bülows bei dem psychologischen Charakterbild des Kaisers. S. 366.
— Fragen an v. Kühlmann wegen seiner Rede über Elsaß-Lothringen am 9. Oktober 1917. S. 112. 113.
— Der Brief des Kaisers an Dr. Michaelis. S. 35.
— Die Rede v. Kühlmanns vom 24. September 1917 im Reichstag. S. 111. 112.
— 35 Leitsätze zur Entschließung „Der Deutsche Reichstag im Weltkrieg". S. 370.
— Absichtliche Unklarheit in dem Schreiben vom 24. September 1917? S. 36.
— Die Irreführung des Siebener-Ausschusses. S. 114. 115.
Mugdan, Dr., früher M. d. R. (Fortschrittliche Volkspartei). S. 400. 401.
Müller, Hermann, M. d. R. (Sozialdemokrat), früher Reichsminister des Äußern. S. 171. 399.
Müller (Fulda), früher M. d. R. (Zentrum). S. 167. 168.
Müller-Meiningen, Dr., früher M. d. R. (Fortschrittliche Volkspartei): Friedensresolution. S. 168. 395. 399.
Mumm, D., M. d. R. (früher Deutsche Fraktion, jetzt Deutschnationale Volkspartei). S. 335.

Naumann, D., früher M. d. R. (Fortschrittliche Volkspartei). S. 395. 408.
Neergaard, früher M. d. R. (Däne). S. 408.
Nehbel, früher M. d. R. (konservativ). S. 403.
Nissen, früher M. d. L. (Däne). S. 408.
v. Normann, früher M. d. R. (konservativer Reichstagsführer). S. 230.
Noske, früher M. d. R. (Sozialdemokrat). S. 236. 237. 327.

Oßmann, Redakteur der „Deutschen Tageszeitung". S. 321.
Ouchida, japanischer Gesandter in Stockholm. S. 245.

Paasche, Dr., früher M. d. R. (nationalliberal). S. 236.
Pacelli, Päpstlicher Nuntius. S. 239. 310.
— Unterredung mit dem Kaiser. S. 19. 20.
— Verhandlungen während der Friedensaktion des Papstes. S. 9. 10—12. 14. 16. 17. 26. 28—31. 34. 42—45. 51. 52. 55—58. 70. 74. 83. 86. 87. 94. 98. 102. 167. 174. 188. 213. 274. 275. 276. 379—382.
— Schreiben während der Verhandlungen über den päpstlichen Friedensschritt. S. 3. 42—44. 51. 55. 56. 98. 102. 108. 109. 145. 213. 265. 266.
Pachnicke, Dr., früher M. d. R. und d. L. (Fortschrittliche Volkspartei). S. 190. 317.
— Ausarbeitung „Das Wahlrecht und der Weltkrieg". S. 2.
Painlevé, französischer Minister.
— „Comment j'ai nommé Foch et Petain". S. 113. 114. 118.
— Auffassung über Elsaß-Lothringen. S. 255. 256.
v. Payer, früher M. d. R. (Fortschrittliche Volkspartei), Stellvertreter des Reichskanzlers, Vizekanzler a. D. S. 7. 8. 71. 168. 397.
— „Von Bethmann-Hollweg bis Ebert". S. 230. 233.
— Der Rücktritt Bethmanns. S. 156. 395. 399. 401.
— Gespräch mit Ludendorff nach der ersten Ablehnung des Waffenstillstandsangebots. S. 312.
— Mitglied des Siebener Ausschusses. S. 7. 8. 9. 27. 28. 40. 106. 270.
— Der U-Bootkrieg. S. 313.
— Seine Ernennung zum Vizekanzler. S. 225—227. 383.
Peirotes, früher M. d. R. (Elsässer). S. 396.
Pëus, früher M. d. R.: Artikel vom 4. August 1919 in den „Sozialistischen Monatsheften". S. 341. 342.
Pfleger, Dr., M. d. R. (früher Zentrum, jetzt Bayerische Volkspartei). S. 169. 170. 314. 315.
Philipp, Dr., M. d. R. (Deutschnationale Volkspartei). Vorsitzender des 4. Unterausschusses.

Philipp, Dr. (Fortsetzung):
— Die Agitation in Heer und Heimat. S. 355.
— Artikel 15 des Vertrages von London vom 26. April 1915. S. 107. 108.
— Artikel „Erzberger 1917" 25. Dezember 1926 (Tageblatt für Borna). S. 173—175. 183. 185—190. 212. 260. 261. 262. 270. 280. 283. 284. 293. 295—297.
— Die Schuld der Reichstagsmehrheit am Sturze Bethmanns. S. 156. 157. 316. 317. 353. 354.
— Ausführungen in der Schlußaussprache zu den Bemerkungen des Abg. Dr. Bergsträßer über das Gutachten Bredt. S. 353. 354. 355. 356.
— Ausführungen zum Gutachten Bredt. S. 151 ff. 186. 315. 353 bis 356.
— Die Unmöglichkeit der Kandidatur Bülows. S. 366. 367.
— In England und Frankreich auch kein Sieg des Parlaments, sondern der Diktatoren Clemenceau und Lloyd George. S. 155. 156. 315.
— Der Einfluß der westlichen Demokratie auf das deutsche Bürgertum. S. 357. 367—370.
— Entschließung über die Ursachen des Zusammenbruchs im Jahre 1918. S. 151.
— Entschließung „Der Deutsche Reichstag im Weltkrieg". 374 ff.
— Entwurf einer Entschließung zur sogenannten Dolchstoßfrage. S. 151.
— Die Erzberger-Rede in der Nationalversammlung vom 25. Juli 1919 S. 170. 171.
— Frage nach den Beziehungen zwischen Reichsregierung und dem Abgeordneten Erzberger. S. 108. 109.
— Fragen-Vorschlag für die Vernehmung von Dr. Michaelis und v. Kühlmann. S. 3. 4. 6.
— Die deutsche Friedensentschließung vom 19. Juli 1917. S. 167—170.
— Die Versuche, die Rechte für die Friedensentschließung zu gewinnen. S. 169. 170.

Philipp, Dr. (Fortsetzung):
— Die Verantwortung Erzbergers für das Zustandekommen der Friedensresolution. S. 168.
— Mangel an politischer Führung in Deutschland. S. 155. 315.
— Eine Reichskanzler-Kandidatur Dr. Helfferichs bei Teilen der O.H.L. S. 364.
— Die Indiskretionen im Reichstag. S. 355. 356.
— Neue Formulierung der Fragen an v. Kühlmann. S. 174. 183. 185 bis 190.
— Bemerkungen zu der „Aufzeichnung" v. Kühlmanns vom 13. März 1927. S. 261. 262. 280. 281.
— Das Versagen des bürgerlichen Liberalismus. S. 157. 158. 317. 354. 355.
— Die Nationalliberalen in Sachsen und der Verfassungsausschuß. S. 158.
— Die Reise der Abgg. v. Winterfeldt-Menkin und Dr. David zu Oberost. S. 178. 179.
— Unterrichtung der Öffentlichkeit über den Zweck der Zeugenvernehmung von Dr. Michaelis. S. 8. 9.
— Die deutsche Ostpolitik. S. 176—183. 320.
— Die päpstliche Friedensaktion. S. 170—176. 260.
— Die Ergebnisse der Untersuchungen in Sachen der päpstlichen Friedensvermittlung. S. 170 ff.
— Frage nach dem Grunde der Veröffentlichung der Papstnote. S. 42. 43. 110.
— Die Vorbereitung des parlamentarischen Systems. S. 154 bis 157. 315.
— In Deutschland Übergang zum parlamentarischen System keine historische Notwendigkeit. S. 154. 155. 315.
— Die Entwicklung zum Parlamentarismus in Deutschland wird im Ausland als Zeichen versiegender Kraft angesehen. S. 155. 156. 316. 353. 370.
— Der Fehler der Gründung des Königreichs Polen. S. 176. 177. 182. 183. 320.

Philipp, Dr. (Fortsetzung):
— Die Schuld des Reichstags am deutschen Schicksal 1918. S. 182. 183.
— Polemik gegen Dr. Rosenberg. S. 167.
— Die Auslegung des Schreibens vom 24. September 1917. S. 46.
— Das Beiseiteschieben des Siebener-Ausschusses durch die Sonderverhandlungen mit einzelnen Abgeordneten. S. 52.
— Der Wert der parlamentarischen Untersuchung für die Lösung einer historischen Schulduntersuchung. S. 152—154.
— Der Verfassungsausschuß des Reichstags. S. 157—163.
— Die Einsetzung des Verfassungsausschusses ist Anfang zum Umsturz. S. 159.
— Die Hemmungen bei der parlamentarischen Arbeit der Verfassungsausschüsse wurden vom Freisinn und manchen sozialistischen Politikern nicht ungern gesehen. S. 159. 160. 317.
— Die Verfassungsfragen nicht schuld am Kriegsausgang. S. 166.
— Verhandlungsführung. S. 1. 2. 7. 8. 9. 13. 14. 17—23. 25. 26. 30—33. 51. 52. 54—57. 59—63. 73. 74. 76. 78. 85. 93. 94. 103. 107. 108. 114. 121. 124. 125. 129. 130. 150. 184—186. 212—214. 260. 261. 267. 279. 280. 285. 286. 294. 370. 374. 385.
— Notiz des „Vorwärts“ Nr. 186. vom 10. Juli 1917. S. 157.
— Die preußische Wahlrechtsfrage. S. 163—167. 318. 319.
— Teilnahmslosigkeit der Fronttruppen gegenüber der Wahlrechtsfrage. S. 163.
— Kritik an den Ausführungen der Abgg. Landsberg und Dr. Bergsträßer über die preußische Wahlrechtsfrage. S. 164—166.
— Eintreten für eine Zeugenvernehmung von Dr. Michaelis und v. Kühlmann. S. 6. 7.
Pichler, Dr., früher M. d. R. (Zentrum). S. 232.
Poincaré, Präsident der französischen Republik.
Poincaré (Fortsetzung):
— Keine Verständigungsbereitschaft 1917. Wunsch nach Zertrümmerung Deutschlands. S. 64. 65. 119. 120. 130. 142.
Porsch, Dr., M. d. R. (Zentrum). S. 232.
v. Posadowsky-Wehner, Dr. Graf, früher Staatssekretär des Innern. S. 231. 233.
Pospiech, früher M. d. R. (Pole). S. 396. 400.
Protopopoff, früher russischer Minister des Innern, Vizepräsident der Duma. S. 245.

Quarck, Dr., früher M. d. R. (Sozialdemokrat). S. 329.
Quessel, Dr., M. d. R. (Sozialdemokrat). S. 400.
— Der Standpunkt der Sozialdemokratie über Belgien. S. 282.
— Elsaß-Lothringen. S. 255. 256. 259.
— Das Mißtrauen der Sozialdemokraten gegenüber den Bestrebungen der bürgerlichen Parteien auf Herbeiführung des parlamentarischen Systems. S. 254—256.
— Frage nach der außenpolitischen Information der früheren Parteiführer. S. 242. 243.
— Die Verhandlungen von Stinnes in Stockholm zum Zweck eines Sonderfriedens im Osten. S. 244. 245.
— Die Forderung der Änderung des preußischen Wahlrechtes. S. 254. 255.

Rathenau, Dr. S. 310.
v. Rheinbaben, Freiherr, M. d. R. (Deutsche Volkspartei), stellvertretendes Mitglied des 4. Unterausschusses.
— Gegen eine Vernehmung der Herren v. Bergen und v. Rosenberg. S. 283. 293. 294.
— Protest gegen Dittmanns Ausführungen über die Gründe des Zusammenbruchs. S. 292. 294.
— Der Eidesvorbehalt v. Kühlmanns. S. 186.
— Die „Niemals“-Rede v. Kühlmanns über Elsaß-Lothringen und deren Gründe. S. 259.

v. Rheinbaben (Fortsetzung):
— Eine letzte Aufklärung über die Rolle Erzbergers bei der Papstaktion unmöglich. S. 293. 294. 298. 299.
— Bemerkung zur Geschäftsordnung. S. 115.
— Die Ansichten v. Jagows über die Weltlage 1912 und 1913. S. 245. 246.
— Für weitere Auskunftserteilung v. Kühlmanns zum Artikel „Erzberger 1917". S. 186—189. 283.
— Ein Verständigungsfrieden während des Krieges nicht möglich. S. 259. 292.
Ribot, französischer Außenminister 1917. S. 65. 113. 120. 142.
Richter, Eugen, früher M. d. R., Freisinniger Führer. S. 231.
v. Richthofen, Freiherr, M. d. R. (früher nationalliberal, jetzt Demokrat).
— Die Notwendigkeit der Änderung des Artikel 9 in der Reichsverfassung. S. 256. 259.
— Die Beziehungen der Nationalliberalen zu Bethmann. S. 248.
— Der notwendige Rücktritt Bethmanns. S. 156. 220. 248. 316. 395.
— Der Björkö-Vertrag 1905. S. 247.
— Ausführungen zum Gutachten Bredt. S. 214 ff., 229.
— Die Kandidatur des Fürsten Bülow. S. 222—224. 366.
— Unterhaltung mit v. Kühlmann über die Kandidatur des Fürsten Bülow. S. 223. 224.
— Nicht wesentliche Meinungsverschiedenheiten mit Czernin. S. 249. 250.
— „Daily-Telegraph"-Affäre. S. 247.
— Die notwendigen Konzessionen in der Frage Elsaß-Lothringen. S. 257.
— Aussprache mit Erzberger und Beziehungen zu ihm. S. 217. 218. 220—223. 226. 241. 249.
— Erzberger und die Friedensresolution. S. 218 ff.
— Die Friedensresolution. S. 168.
— Die Friedensresolution und die Kämpfe in der nationalliberalen Fraktion. S. 219—221. 309.
— Mitglied der Friedensresolutionskommission. S. 220.
— Die Ernennung des Grafen Hertling. S. 221—225. 257.
— Linker Flügel der nationalliberalen Fraktion. S. 300.
— Die Links-Tendierung der Nationalliberalen 1912. S. 247. 248.
— Die Ungeeignetheit des Reichskanzlers Dr. Michaelis. S. 221. 223. 257.
— Reise mit Erzberger zu Oberost. S. 217. 218. 249.
— Die O. H. L. und die Verfassungsfragen. S. 257.
— Die Voraussetzung, zum Verständigungsfrieden zu gelangen, war das parlamentarische System. S. 258. 316.
— Erster nationalliberaler Abgeordneter, der für den Übergang zum Parlamentarismus eingetreten ist. S. 216. 218. 220. 248. 367.
— Die Ernennung v. Payers zum Vizekanzler. S. 225—227.
— Pessimistische Einstellung zum Kriege. S. 215. 217. 219.
— Protest der nationalliberalen Fraktion gegen die Erklärung der Selbständigkeit Polens. S. 227.
— Keine Schuld des Reichstags. S. 258.
— Zwischenbemerkungen zu den Ausführungen Dr. Spahns zum Gutachten Bredt. S. 235. 237. 239. 256 bis 258.
— Kenntnis der Stinnesschen Versuche, in Stockholm zu Sonderverhandlungen mit Rußland und Japan zu gelangen. S. 245.
— Die politische Einstellung seines Vaters. S. 246. 247.
— Das Streben nach Verfassungsänderungen bei den Mittelparteien. S. 256. 257.
— Das Versagen des Parlaments bei der Ernennung von Dr. Michaelis und Graf v. Hertling. S. 257.
— Vertrauensverhältnis in der Vorkriegszeit zwischen einzelnen Persönlichkeiten des Reichstags und den leitenden Persönlichkeiten der Reichsregierung. S. 246. 247.

v. Richthofen (Fortsetzung):
— Das preußische Wahlrecht und die Nationalliberalen. S. 216.
— Gegen eine Zeugenvernehmung von Dr. Michaelis und v. Kühlmann im Falle der Nichtveröffentlichung der geheimen Akten des Auswärtigen Amts. S. 5.
Frhr. v. Richthofen, Staatssekretär des Äußern. S. 243. 246. 247.
Frhr. v. Richthofen, Gesandter. S. 246.
Rießer, Dr., M. d. R. (nationalliberal, jetzt Deutsche Volkspartei). S. 397.
v. Roedern, Graf, Staatssekretär des Reichsschatzamts seit 1. Juni 1916. S. 397.
Roeren, früher M. d. R. (Zentrum). S. 237. 366.
Rosen, Dr., früher deutscher Gesandter im Haag. Vernehmung vor dem 2. Unterausschuß. S. 34.
v. Rosenberg, Gesandter. S. 171. 279—281. 283—285. 296. 298. 299.
Rosenberg, Dr., M. d. R. (früher Kommunist), Mitglied des 4. Unterausschusses.
— Schriftlicher Abänderungsvorschlag zur Entschließung „Der Deutsche Reichstag im Weltkrieg". S. 374 ff.
— Frage an Dr. Michaelis über den Unterschied in den Auffassungen betr. die Zukunft Belgiens bei dem Siebener-Ausschuß einerseits und den amtlichen Stellen mit Einschluß der O.H.L. andererseits. S. 47—49.
— Unterstützung des Vorschlags Bredts bezüglich der Hauptfragen an Dr. Michaelis. S. 4.
— Referat zum allgemeinen Dolchstoßproblem. S. 355.
— Die Frage Erzberger. S. 189.
— Bemerkung zur Geschäftsordnung bei der Vernehmung von Dr. Michaelis. S. 30. 32.
— Frage an v. Kühlmann, ob etwa durch die Korrespondenz Hindenburg-Michaelis eine Behinderung der Friedensaktion stattgefunden habe. S. 131.
— Gegen eine Vernehmung v. Kühlmann. S. 6. 18. 19.
Rosenberg, Dr. (Fortsetzung):
— Frage an v. Kühlmann, ob ein Abbruch der Verhandlungen durch die Kurie nach dem Schreiben vom 24. September 1917 vorgelegen habe. S. 134.
— Die Machtlosigkeit des Kaisers gegenüber der O. H. L. S. 363. 364. 366.
— Der Wunsch der O. H. L. nach dem Sturz Bethmann-Hollwegs. S. 363.
— Die Schwäche des Reichstags beim Sturz Bethmanns. S. 364.
— Hoffnung auf die Rückwirkung auswärtiger Umwälzungen in Deutschland. S. 167.
— Keine Beziehung zwischen dem Schreiben vom 24. September und der Note vom 28. September 1917. S. 132. 133.
— Die Idee der Selbstverwaltung bei der Sozialdemokratie. S. 368.
— Der Unterschied zwischen demokratischen und bolschewistischen Forderungen. S. 356.
— 1917 keine Frage Belgien oder Elsaß-Lothringen, sondern Vernichtung der konkurrierenden deutschen Großmacht. S. 131.
— Zwischenruf bei der Zeugenaussage von Dr. Michaelis. S. 36.
v. Salis, Graf, englischer Gesandter beim Vatikan 1917. S. 64. 65. 79. 128. 130. 131.
Scheidemann, M. d. R. (Sozialdemokrat), früher Staatssekretär ohne Portefeuille. S. 238. 325. 329. 404.
— Bericht in der Reichstagsfraktion vom 24. August 1917. S. 135 bis 137.
— Die Friedensresolution. S. 168. 169. 170.
— Satz von den zu verrückenden Grenzsteinen. S. 309.
— Die Sitzung des Interfraktionellen Ausschusses vom 10. September 1917. S. 105. 106.
— Interpellation vom 9. Dezember 1915. S. 330.
— Der Protest der Kurie gegen den Antwortsentwurf trotz der Bezugnahme auf die Friedensresolution. S. 55. 56.

Scheidemann (Fortsetzung):
— Die Unterredung mit v. Kühlmann am 9. September 1917. S. 23. 24. 26. 39—41. 52. 100. 101. 104—106. 111. 144. 382.
— Schreiben an Dr. Lewald vom 11. November 1926. S. 162. 163.
— Fragen an Dr. Michaelis bei dessen Zeugenvernehmung. S. 19 bis 21. 29.
— Sein Mißtrauen gegen die Regierung. S. 54. 72. 101. 395.
— „Papst, Kaiser und Sozialdemokratie". S. 8. 74. 86.
— Reichstagsrede vom 18. März 1915. S. 327. 328.
— Reichstags-Präsidentenwahl 1912. S. 233.
— Keine Kenntnis von dem Schreiben von Dr. Michaelis vom 24. September 1917. S. 25. 297.
— Die Verhandlungen des Siebener-Ausschusses. S. 7. 9. 23 bis 25. 39—41. 106. 270.
— Der Verlauf der ersten Siebener-Ausschuß-Sitzung vom 28. August 1917. S. 23. 39.
— Der Verlauf der zweiten Siebener-Ausschuß-Sitzung. S. 24. 25. 27. 28. 40. 41. 106.
— Das Resümee von Dr. Michaelis nach Schluß der ersten Siebener-Ausschußsitzung. S. 39. 41.
— Keine Beruhigung des Siebener-Ausschusses durch Erzberger. S. 147.
— Anhänger des Siegerfriedens bei Beginn des Krieges (Dittmann). S. 326—328.
— Tagebuchaufzeichnungen S. 12. 21. 23. 38—40. 104—106. 146. 156. 157.
— Vereidigung als Zeuge vor dem 2. Unterausschuß. S. 19.
— Der Verfassungsausschuß. 160—162.
— Verschiedenheit in der Auffassung der Kurie und v. Kühlmanns. S. 21.
— Zeugenvernehmung vor dem 2. Unterausschuß. S. 32. 104.
— „Der Zusammenbruch". S. 22. 23. 25. 26. 39. 52. 100. 162. 235. 251. 267.

Scheidemann (Fortsetzung):
— Die Zweideutigkeit der Verhandlungen während der Papstaktion. S. 41.
Schiffer, früher M. d. R. (nationalliberal). S. 236. 302. 303.
Schmidt, Robert, M. d. R. (Sozialdemokrat). S. 327.
v. Schorlemer-Lieser, Freiherr, Dr., preußischer Landwirtschaftsminister. S. 399.
Schultz (Bromberg), M. d. R. (Deutschnationale Volkspartei). S. 335. 385. 386.
Schultze, Dr., sächsischer Ministerialdirektor. S. 161.
Schulz (Erfurt), M. d. R. (Sozialdemokrat). S. 329.
Schwander, Dr., Staatssekretär für Elsaß-Lothringen. S. 119.
v. Schwerin-Löwitz, Graf, Präsident des Preußischen Abgeordnetenhauses. S. 403.
Schwertfeger, Oberst a. D., Sachverständiger im 4. Unterausschuß. S. 85. 86.
— Frage an Dr. Michaelis wegen der Beweiskraft der belgischen Dokumente von 1914. S. 57.
— Frage an Dr. Michaelis wegen der Durchsetzbarkeit der deutschen wirtschaftlichen Wünsche in bezug auf Belgien. S. 123. 124.
— Frage nach einem Versuch der Beseitigung der im Kronrat vom 11. September 1917 für die auswärtige Politik bezüglich Belgiens stipulierten Bedingungen. S. 122. 123.
Seraphim, Archivrat, S. 322.
Severing, M. d. R., Sozialistischer Führer. S. 250.
Seyda, früher M. d. R. (Pole). S. 182. 399—402. 405.
Sivkovich, früher M. d. R. (Fortschrittliche Volkspartei). S. 406.
Sixtus, Prinz von Parma. S. 119. 292.
Sonnemann, früherer fortschrittlicher Politiker. S. 368.
Spahn, Dr. (Martin), M. d. R. (Deutschnationale Volkspartei), stellvertretendes Mitglied des 4. Unterausschusses. S. 153.
— Für ein Abbrechen der Verhandlungen über die Papstaktion

wegen der Unmöglichkeit weiterer Feststellungen. S. 285.
— Die Abhängigkeit des Sozialismus in Deutschland von liberalen Gedankengängen. S. 367—369.
— v. Bethmann-Hollweg und die auswärtige Politik. S. 244.
— Die Stellung Bethmanns zur Sozialdemokratie. S. 235.
— Die Notiz des „Bornaer Tageblatts". S. 187. 188.
— Ausführungen zum Gutachten Bredt. S. 227 ff.
— Die Schematisierung der Verhältnisse im Gutachten Bredt. S. 230. 233. 242.
— Anerkennung der Ebertschen Führung 1918. S. 242.
— Die Rolle des früheren Abg. Erzberger. S. 145. 183. 187. 285. 359.
— Charakteristik des Politikers Erzberger. S. 241.
— Erzbergers „Ausbrechen". S. 239. 240.
— Die Fühlungnahme Erzbergers mit Oberst Bauer. S. 359. 361.
— Erzberger und Bülow. S. 365. 366.
— Erzberger und der Parlamentarismus. S. 367. 368.
— Erzberger und die Zentrumsfraktion. S. 234. 235.
— Gespräch mit einem Vertrauensmann Erzbergers (Frühjahr 1916) in der Schweiz. S. 275. 276.
— 2 Gruppen der älteren und jüngeren Führergeneration. S. 230. 233. 234. 240. 242. 243.
— Unterredung mit Gröber. S. 233. 234.
— Gutachten „Die Wiedereinverleibung der Eisenerzbecken von Briey und Longwy in das deutsche Reichsgebiet". S. 338—340.
— Die Politik v. Kühlmanns. S. 275. 276. 285.
— Die Schwierigkeiten v. Kühlmanns gegenüber der Kurie. S. 275. 276.
— Der Widerspruch zwischen der Kühlmannschen Zeugenaussage und seiner schriftlichen Bekundung. S. 298. 299.

Spahn, Dr. (Fortsetzung):
— Die Kulturkampfentspannung unter Hohenlohe. S. 228.
— Frage an v. Kühlmann, ob die Auffassung des Ritter v. Lama zutreffend sei, daß die päpstliche Friedenskundgebung nur eine Kulisse für englischen Friedensfühler darstellen sollte. S. 146. 147.
— Aktivere liberale Gruppe Schiffer, Richthofen, Paasche. S. 236.
— Die Korrespondenz Michaelis—Hindenburg. S. 271. 272. 296.
— Das Verhalten der militärischen Behörden gegenüber Erzberger und Noske. S. 236. 237. 249.
— Die O. H. L. und ihr Zusammengehen mit der jüngeren Generation. S. 238. 239. 252.
— Kein Druck der O. H. L. auf die deutsche Außenpolitik 1917. S. 272 bis 274. 285. 286. 296.
— Die O. H. L. und der Rücktritt Bethmanns. S. 359—361. 363.
— Die O. H. L. und die Neubesetzung des Kanzlerpostens. S. 364. 365.
— Frage an v. Kühlmann wegen der Wirkung der österreichischen Antwort auf die Papstnote. S. 146.
— Die wesentliche Hemmung der päpstlichen Friedensvermittlung war der durch den Reichstag herbeigeführte Regierungswechsel. S. 276—278.
— Die Unterrichtung der Parteiführer über die Grundlagen der auswärtigen Politik unter Fürst Bülow und Frhr. v. Richthofen. S. 243. 244.
— Die Reichstagspräsidentenwahl 1912. S. 233.
— Der Rhythmus der neuen Führergeneration der bürgerlichen Parteien und der Sozialdemokraten bei den Verfassungsreformen. S. 242. 250. 252—254. 367.
— Keine Beendigung des päpstlichen Friedensschrittes durch d. Schreiben vom 24. September 1917. S. 276. 277.
— Der Reichstag hat das meiste zur Bedeutungslosigkeit des Siebe-

ner-Ausschusses beigetragen. S. 278.
— Das Verhalten der bürgerlichen Parteien der Vorkriegszeit gegenüber der Sozialdemokratie. S. 233.
— Keine Tendenzforschung der Rechten (Zurückweisung der Vorwürfe Bredts). S. 295. 296.
— Die Zentrumsresolution zum U-Bootkrieg. S. 238.
— Politische Gespräche mit seinem Vater. 229. 231. 233—241. 278. 279. 365.
— Der Umsturz des praktisch wirksamen Verfassungsrechts 1917. S. 238.
— Die Verfassungsentwicklung seit Bismarck. S. 228 ff.
— Die Verfassungsentwicklung in England und in Deutschland. S. 229. 230.
— Die Verantwortlichkeit des Zentrums gegenüber dem katholischen Volksteil und der Kirche. S. 232.
— Der Sieg der Parteien in den Zolltarifkämpfen 1902. S. 231.
Spahn, Peter, Dr., früher M. d. R. (Zentrum). S. 230—232. 397.
— Gegner Bethmanns. S. 235.
— Rücksprache mit Bülow in Norderney. S. 230. 231. 233.
— Bruch mit Bülow. S. 365.
— Gutes Verhältnis zu Ebert nach der Revolution. S. 254.
— Erklärungen vom 2. Dezember 1914 und 10. März 1915. S. 308.
— Verhältnis zu Erzberger. S. 254. 359.
— Gespräch mit Helfferich über die Auffassung Hindenburgs in bezug auf die militärische Lage Juli 1917. S. 365.
— Gute Beziehungen zu Graf Hertling. S. 250.
— 1917 preußischer Minister und Ausscheiden aus dem Reichstag. S. 238. 240.
— Die Einladung des Reichskanzlers an Pacelli. S. 239. 240.
— Kein Verlangen nach Ernennung von Ministern aus Persönlichkeiten des Parlaments (Quessel). S. 255.
Spahn, Peter, Dr. (Fortsetzung):
— Reichstagspräsidentenwahl 1912. S. 233. 248.
— Schlaganfall 1917. S. 239. 400.
— Rücksprache mit Kriegsminister v. Stein Ende 1914. S. 237.
— Unterredung mit Graf Westarp wegen der Friedensresolution. S. 169. 170.
— Reichstagsrede vom 23. Juni 1922 zur Erläuterung der Zentrumsresolution über den U-Bootkrieg. S. 314. 372. 373.
v. Stein, preußischer Kriegsminister. S. 160—162. 237.
Stein, Schriftsteller: Zeugenaussage vor dem 4. Unterausschuß. S. 212 bis 214. 260. 284. 297. 298.
Stinnes, Großindustrieller: Verhandlungen in Stockholm mit Ouchida und Protopopoff. Eidliche Aussage vor dem 2. Unterausschuß. S. 244. 245. 308.
Stresemann, Dr., M. d. R. (früher nationalliberal, jetzt Deutsche Volkspartei). S. 7.
— Führer der Nationalliberalen nach Bassermanns Tode. S. 215. 216. 221. 300.
— Bethmann und die Wahlrechtsfrage. S. 303.
— Der Pessimismus Bethmanns. S. 302. 303.
— Der Rücktritt Bethmanns. S. 156. 220. 248. 302. 304. 316. 358. 362. 363. 378. 399.
— Ausführungen zum Gutachten Bredt. S. 300—312.
— Verhandlungen mit Herzog Ernst Günther v. Schleswig-Holstein wegen der Notwendigkeit der Nachfolgeschaft Bülows an Bethmanns Stelle. S. 304. 305. 359. 362. 379.
— Der Unterschied in der Haltung des Reichstags und der Volksstimmung nach der „Daily-Telegraph"-Affäre. S. 301.
— Entsendung des Abg. Frhrn. v. Richthofen in die Friedensresolutionskommission. S. 220.
— Keine Kenntnis der Schwierigkeit der militärischen Lage vor Juni 1918. S. 306.

Stresemann, Dr. (Fortsetzung):
— Die Ernennung von Dr. Michaelis. S. 221. 305. 359. 379.
— Die Nationalliberalen und Bethmann. S. 302—304. 316. 363. 378.
— Die Nationalliberalen und die „Daily-Telegraph"-Affäre. S. 300. 301.
— Die Nationalliberalen und die Friedensresolution. S. 309. 399.
— Die Nationalliberalen und das parlamentarische System. S. 301. 302. 316. 356.
— Die Nationalliberale Partei und die Ausnutzung eines Sieges Deutschlands. S. 308.
— Der päpstliche Friedensschritt. S. 310.
— Kein Verlangen nach Ministerernennungen aus Persönlichkeiten des Parlaments (Quessel). S. 255.
— Anhänger eines parlamentarischen Systems in der Kriegszeit. S. 216. 220. 301. 302. 356. 367. 368.
— Die Unterrichtung der Parteiführer über die kritische Lage. S. 311.
— Die Notwendigkeit der Ernennung v. Payers zum Vizekanzler. S. 226.
— Rede vom 2. Juli 1917 im Haushaltsausschuß. S. 289. 344.
— Reichstagsrede vom 25. Juni 1918. S. 309.
— „Reden und Schriften". S. 303.
— Mitglied des Siebener-Ausschusses. S. 7. 9. 23. 28. 270.
— Die Notwendigkeit der Aufrechterhaltung des Siegeswillens. S. 305. 306.
— Der U-Bootkrieg. S. 307. 308. 313.
— Das Waffenstillstandsangebot. S. 311. 312.
— Die Stimmung in der Heimat nach dem Waffenstillstandsangebot. S. 312.
— Das preußische Wahlrecht. S. 317. 318.
— Der Unterschied zwischen Reichstags- und preußischer Landtagsfraktion in der Wahlrechtsfrage. S. 302.

Stresemann, Dr. (Fortsetzung):
— Frage an Graf Westarp wegen eines Verständigungsfriedens. S. 310. 311.
Struve, Dr., früher M. d. R. (Fortschrittliche Volkspartei). S. 400. 402. 403.
v. Stumm, Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt. S. 397.
Stürmer, russischer Ministerpräsident. S. 245.
Südekum, Dr., früher M. d. R. (Sozialdemokrat). S. 368.
— Friedensresolution. S. 168. 241. 327. 400.
— Beziehungen zur O. H. L. S. 359.

Thiele, früher M. d. R. (Sozialdemokrat). S. 329.
Thyssen, Großindustrieller. S. 367.
v. Tirpitz, Großadmiral. S. 246. 376.
v. Trampczynski, früher M. d. R. (Pole). S. 182. 396. 400. 401. 405.
Traub, Dr., Pfarrer. S. 266.
v. Treutler, preußischer Gesandter in München. S. 94.
Treviranus, M. d. R. (Deutschnationale Volkspartei), Mitglied des 4. Unterausschusses. Die erforderliche Vernehmung v. Kühlmanns. S. 18. 43.
Trimborn, früher M. d. R. (Zentrum). S. 402.
v. Trott zu Solz, früher preußischer Kultusminister. S. 399.

v. Urach, Herzog. S. 180. 181.

v. Valentini, Dr., Geheimer Kabinettsrat, Chef des Geheimen Zivilkabinetts des Kaisers bis Januar 1918: Die Kandidatur Michaelis. S. 360. 399.
de Villalobar, Marquis, spanischer Gesandter im Haag. S. 18. 38. 266. 267. 280. 310. 382.
Vitzthum v. Eckstädt, Graf, sächsischer Ministerpräsident. S. 158.
Vogel, Präsident (nationalliberal). S. 303.
Vogtherr, früher M. d. R. (USPD). S. 346.

Wahnschaffe, Unterstaatssekretär der Reichskanzlei. S. 161. 395. 397. 401.
Waldstein, früher M. d. R. (Fortschrittliche Volkspartei). S. 168. 400.
v. Wedel, Graf, deutscher Botschafter in Wien. S. 20. 146.
v. Wedel-Piesdorf, Präsident des Preußischen Herrenhauses. S. 327. 328. 335.
Werner, Dr., M. d. R. (Deutschnationale Volkspartei, früher deutschsozial). S. 150.
v. Westarp, Graf, M. d. R. (früher konservativ, jetzt Deutschnationale Volkspartei).
— Die Agitation der Wahlrechtsfrage. S. 318.
— Annexionist. S. 60. 272. 296.
— Kein Vertrauen der Konservativen zu Bethmann. S. 315. 316. 378.
— Der Sturz Bethmann Hollwegs und die Konservativen. S. 354. 378. 398.
— Persönliche Bemerkung gegenüber Dittmann bei der Vernehmung von Dr. Michaelis. S. 60.
— Erzbergers Beziehungen zur Kurie. S. 106. 145. 184.
— Frage an v. Kühlmann über die Beziehungen zwischen Erzberger und der Kurie. S. 101—103. 145. 184.
— Die Friedensresolution. S. 169.
— Reichstagsrede vom 7. Juli 1917 gegen Erzberger und die Friedensresolution. S. 287. 288. 296. 346.
— Die Hungerblockade und Überlegenheit des Materials auf seiten der Gegner. S. 320.
— Keine vertrauliche Informationen durch v. Kühlmann. S. 103. 104.
— Rücksprache mit der O. H. L. über die Kriegsziele in bezug auf Belgien nach dem Schriftwechsel Michaelis—Hindenburg. S. 58. 60. 132. 272. 273. 286. 296.
— Eintreten für die Fragenvorschläge von Dr. Philipp und die mündliche Vernehmung v. Kühlmanns. S. 4. 5.
— Anfrage wegen der Scheidemannschen Rücksprache mit v. Kühlmann am 9. September 1917. S. 25. 26. 100.
— Mitglied des Siebener-Ausschusses. S. 7. 9. 22. 23. 27. 28. 52.
— Die Tätigkeit des Siebener-Ausschusses war abgeschlossen, ehe der Brief vom 24. September abging. S. 51. 52.
— Frage Stresemanns an ihn wegen eines Verständigungsfriedens. S. 310. 311.
— Die preußische Wahlrechtsfrage (Landsberg). S. 164.
Wiemer, Dr., M. d. L., früher M. d. R. (Fortschrittliche Volkspartei).
— Stellvertretendes Mitglied im Siebener-Ausschuß. S. 8. 9. 22.
— Der Verlauf der Siebener-Ausschuß-Sitzung vom 28. August 1917. S. 22.
— Zwischenruf bei der Vernehmung von Dr. Michaelis. S. 23.
Wilhelm II., Deutscher Kaiser.
— Ansicht über Belgien. S. 13 bis 15. 41. 44. 264.
— Die Nachfolgerschaft Bethmanns. S. 304. 305. 362.
— Der Björkö-Vertrag 1905. S. 247.
— Die Kandidatur des Fürsten Bülow. S. 222. 224. 359—363. 366. 367. 382.
— „Daily-Telegraph"-Affäre. S. 300. 301.
— Die Ernennungen von Dr. Friedberg und v. Payer. S. 225. 226.
— Keine Führernatur (Bergsträßer). S. 315.
— Die Reichskanzler-Kandidatur v. Gallwitz'. S. 360.
— Der Kronrat von Bellevue vom 11. September 1917. S. 4. 42. 44. 45. 72. 264. 380.
— Anregung, die Friedensdemarche der Kurie zu verfolgen. S. 19. 21. 379.
— Machtlosigkeit gegenüber der O. H. L. S. 363. 364. 366.
— Verhältnis zu Dr. Michaelis. S. 6.
— Schreiben an Dr. Michaelis wegen der Verhandlungen über Belgien. S. 14. 15. 27. 35—37. 41. 264. 266.
— Osterbotschaft. S. 190. 195.

Wilhelm II. (Fortsetzung):
— Unterredung mit Pacelli bei Einleitung der Papstaktion. S. 19. 20. 86.
— Bewilligung der Parlamentarisierung. S. 238. 397. 398.
— Angst vor der Revolution (Dittmann). S. 351.
— Schiedsrichter zwischen O.H.L. und Reichsleitung. S. 67.
— Das preußische Wahlrecht. S. 164. 165. 190. 191. 196. 318.
— Guter Wille zur Schaffung des allgemeinen Wahlrechts (Philipp). S. 163. 318. 355. 384.
Wilhelm, Deutscher Kronprinz. S. 397.
— Rücksprachen mit Parlamentariern vor Bethmanns Rücktritt. S. 398. 399.
— Einverständnis mit der Reichskanzler-Kandidatur Bülows als Nachfolger Bethmanns. S. 304. 305. 345.
— Abneigung gegen das allgemeine Wahlrecht. S. 163.
Wilson, Präsident der Vereinigten Staaten.
— Friedensschritt 1916. S. 77. 79. 80. 82. 86.
— 14 Punkte. S. 182. 311. 353. 406. 407.
v. Winterfeldt, Oberst, Verbindungsoffizier zwischen Reichskanzler und O.H.L. S. 46. 58.
v. Winterfeldt-Menkin, früher M. d. R. (konservativ): Reise mit Dr. David zu Oberost. S. 178. 179.
Wittig: „60 Jahre nationale und liberale Politik". S. 304.
Wolfram, Geheimer Regierungsrat, früher Direktor der Universitätsbibliothek in Straßburg. S. 277.
Wurm, früher M. d. R. (USPD). S. 397. 402.
v. Zedlitz und Neukirch, Freiherr, früher M. d. L. (freikonservativer Führer). S. 398.
Zimmermann, Dr., Staatssekretär des Äußern vom November 1916 bis August 1917. S. 156. 344. 395.
Zimmermann, Ernst, Journalist. S. 399.